

Digitized by the Internet Archive  
in 2022 with funding from  
Kahle/Austin Foundation



# Handbuch

des

## Katholischen Kirchenrechts

auf Grund des neuen Kodex vom 28. Juni 1917

herausgegeben von

Prälat Dr. Martin Leitner  
o. Hochschulprofessor in Passau

In Einzellieferungen



Vierte Lieferung  
Sacramente

4

Verlag Jos. Kösel & Friedrich Duffel  
Kommanditgesellschaft / Verlagsabteilung Regensburg



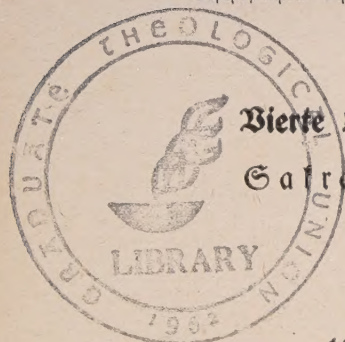


# Handbuch des katholischen Kirchenrechts

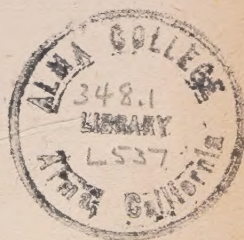
auf Grund des neuen Kodex  
/ vom 28. Juni 1917 /

herausgegeben von

Prälat Dr. Martin Leitner  
o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht und  
Grundzüge des bayerischen Staats- und  
Verwaltungsrechts, Defensor vinculi am  
Bischöflichen Ehegericht zu Passau



**Vierte Lieferung**  
**Sakramente**



1921

---

Verlag Jos. Kösel & Friedrich Pustet  
Kommanditgesellschaft / Verlagsabteilung Regensburg

32460



KBU  
2210  
.H36  
1918  
v.4

## Imprimatur.

Ratisbonae, die 10. Jan. 1921

**Dr. Scheglmann**  
Vic. Gen.

---

### Abkürzungen.

- AAS. = Acta Apostolicae Sedis.  
A.-L. = Acta Conc. Plen. Americae Latinae.  
ASS. = Acta S. Sedis.  
D.-B. = Denzinger-Bannwart: Enchiridion (12. A.).  
f. s. = ferendae sententiae.  
„Handbuch“ I = Leitner M.: Handbuch, Lieferungen 1—3.  
l. s. = latae sententiae.  
QS. = Linzer Quartalschrift.  
ME. = Monitore Ecclesiastico.  
PM. = Passauer Monatschrift.  
BVB. = Verordnungsblatt einer Diözese.  
BGB. = Bürgerliches Gesetzbuch des Deutschen Reichs.  
ABGB. = Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch Österreich.
-

# Inhaltsverzeichnis.

Das Gesetzbuch des Kirchenrechts. Codex Iuris Canonici.

## 3. Buch. Das kirchliche Sachenrecht.

	Seite
§ 1. Überblick	1
§ 2. Die ordentliche und übertragene Gewalt	2
Saframente.	
§ 3. Von den Saframenten im allgemeinen	16
Von der Taufe.	
§ 4. Rechtliche Bedeutung der Taufe	30
§ 5. Spender der Taufe	35
§ 6. Empfänger der Taufe	38
§ 7. Äußere Umstände der Taufspendung	46
§ 8. Die Taufpaten	54
§ 9. Wirkungen und Folgen der Taufe	59
§ 10. Die heilige Firmung	63
Die heiligste Eucharistie	
§ 11. Das Meßopfer	72
§ 12. Die Eucharistie als Kommunion	102
§ 13. Das Bußsakrament	115
§ 14. Die Ablässe	145
§ 15. Die letzte Ölung	159
§ 16. Die Weihe	166
Die Ehe. Die Ehe der Ungetauften	
§ 17. Begriff der naturrechtlichen Ehe	167
§ 18. Die Ehe ein Vertrag	168
§ 19. Zweck der Ehe	169
§ 19a. Notwendigkeit und Erlaubtheit der Ehe	170
§ 20. Das göttlich-positive Recht über die Ehe	171
§ 21. Die Heiligkeit der Ehe	172
§ 22. Staat und Kirche hinsichtlich der Ehe	173
Die Ehe der Getauften.	
§ 23. Die Ehe als Sakrament	174
§ 24. Einteilung der Ehe	176
§ 25. Die bürgerliche oder Zivilehe	178
§ 26. Gewalt der Kirche über die Ehe	180
Die Ehehindernisse.	
§ 27. Begriff und Einteilung	181
§ 28. Das Hindernis des fehlenden Vernunftgebrauches	182
§ 29. Das Hindernis des fehlenden Alters	184
§ 30. Das Hindernis des Irrthums in der Sache	185
§ 31. Das Hindernis des Irrthums in der Person	186
§ 32. Der Irrthum über den Sklavenstand einer Person	188
§ 33. Der freiwillig entzogene Konsens	188
§ 34. Das Hindernis der Bedingung	190
§ 35. Das Hindernis der Gewalt und Furcht	191
§ 36. Das Hindernis des Raubes (der Entführung)	193
§ 37. Das Hindernis des geschlechtlichen Unvermögens	194



	Standeshindernisse.	Seite
38.	Das Hindernis der Ehebandes	200
39.	Das Hindernis des Ordensstandes	205
40.	Das Hindernis der Weihe	208
	Verwandtschaftshindernisse	210
41.	Blutsverwandtschaft	210
42.	Schwägerschaft	213
43.	Das Hindernis des öffentlichen Anstandes	216
44.	Geistliche Verwandtschaft	219
45.	Gesetzliche Verwandtschaft	220
46.	Das Hindernis des Verbrechen	221
47.	Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit	226
48.	Das Hindernis des geheimen Eheabschlusses	228
	Die Eheabschließungsform vor dem 19. Mai 1918	237
	Die verbotenden Ehehindernisse	239
49.	Das verbotende Hindernis des Keuschheitsgelübdes	240
50.	Das verbotende Hindernis der gesetzlichen Verwandtschaft	243
51.	Das verbotende Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit	243
52.	Der Eheabschluß mit moralisch Behinderten	252
	Die tatsächliche Eheeingehung	255
53.	Tätigkeit des Pfarrers in Aufdeckung von Ehehindernissen	255
54.	Die Eheverkündigungen	256
55.	Die kirchlichen Ehedispenen. Grundsätzliches	262
	Das Dispensgesuch	268
56.	Das Dispensgesuch bei öffentlichen Hindernissen	268
57.	Dispensreskript und dessen Ausführung	277
58.	Das Dispensgesuch und Dispensreskript für den Gewissensbereich	285
59.	Gültigmachung der Ehe	288
60.	Heilung der Ehe in der Wurzel	290
61.	Die Dispensgewalt der Bischöfe und Ordinarien	293
62.	Vollmachten der Pfarrer und anderer Priester	302
	Positive Vorbereitung des Eheabschlusses	304
63.	Die Verlobung	305
64.	Das Brautexamen	306
65.	Die Trauungszeugnisse	307
66.	Der Eheabschluß	308
67.	Wirkungen des gültigen Eheabschlusses	314
	Anklage und Trennung der Ehe	318
68.	Anklage gegen eine Ehe	318
	Die Trennung gültiger Ehen.	
69.	Die Trennung des Ehebandes bei gültigen Ehen	333
70.	Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft	342
71.	Staatliche Gesetzgebung über Anklage und Trennung der „Ehe“	346
	Einige Winke für das Verhalten des Seelsorgers gegenüber der Zivilehe	347
72.	Die zweite Ehe	349
73.	Die Sakramentalien	351
	Ergänzungen	358

### 3. Buch. Das kirchliche Sachenrecht.

#### § 1. Überblick.

Man hat die Gewalt der Kirche nach Mt 28, 19—20 in den drei Ämtern: Lehr-, Priester- und Hirtenamt, zur Darstellung gebracht. Häufiger findet man die Kirchengewalt eingeteilt in eine Weihe- und Leitungsgewalt (*potestas ordinis und iurisdictionis*) nach Thomas von Aquin in seiner *Summa theol.* 2. 2 q. 39 a. 3, welcher die eine *potestas sacramentalis*, die andere *iurisdictionalis* nennt. Die Weihegewalt ist nach den Englischen Lehrern jene, „welche durch eine Weihe (*consecratio*) übertragen wird und die in einem Geweihten dem Wesen nach bleibt, solange er lebt, wenn er auch in Häresie oder Schisma fällt. Die Leitungsgewalt oder Regierungsgewalt dagegen wird durch Übertragung erteilt, weshalb sie nicht unverändert im Bevollmächtigten bleibt, so auch nicht in den Häretikern und Schismatikern.“ — Trotz dieser Drei- bzw. Zweiteilung bleibt die Einheit der kirchlichen Gewalt dadurch gewahrt, daß die *ordentlichen* Träger dem Klerikalstande angehören müssen.

Das neue Gesetzbuch der Kirche betont nicht die Dreiteilung der Ämter; das Lehramt ist unter das kirchliche *Sachenrecht* (Cann. 1322—1408) aufgenommen, sondern hält sich an die Zweiteilung. „Nach göttlicher Einsetzung besteht die Hierarchie auf Grund der *Weihe* aus Bischöfen, Priestern und (Religions-) Dienern; auf Grund der *Jurisdiction* (der Regierungsgewalt) aus dem obersten Hirtenamt (Pontifikat, Papsttum) und dem diesem untergeordneten Episkopat; dazu kamen noch andere Stufen kirchlicher Einsetzung“ Can. 108 § 3; vgl. noch Cann. 109; 118; 196; 210 u. a. Die Hierarchie der Weihe bezeugt bereits Papst *Klemen s I.* (90—99) in seinem Briefe an die Korinther (D.-B.: *Enchiridion*<sup>12</sup> n. 42) ebenso Papst *Kornelius I.* in seinem Briefe an Fabian 251 (D.-B. n. 45). — Das Prinzip der Einheit wird betont in Can. 118: „Nur die Kleriker können die Weihe- und Regierungsgewalt . . . erlangen.“

Die Dreiteilung der Kirchengewalt, nach dem dreifachen Amte, hat besonders der bekannte Kirchenrechtslehrer Ferd. Walter in seinem „Lehrbuch des Kirchenrechts“ (1822; 14. Aufl. bes. von S. Gerlach 1871) vertreten; später faßte er die *potestas ministerii, magisterii, iurisdictionis* in die eine *potestas ordinis* zusammen; vgl. Zankow Steph.: „Die Verfassung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (Zürich 1918) § 26 S. 104 A. 4. Dieser Dreiteilung schlossen sich auch manche von den „orthodoxen“ Kirchenrechtslehrern an, so von den Griechen Johannes Papalouka Entagio, von den Serben Milasch, von den Russen Pawlow, Sjuworow, E. Joh. Smolensky, während Sosserski N. in seinem Werke „Über die heilige und regierende Gewalt und die Formen der Verfassung der orthodoxen Kirche“ (russisch; Moskau 1891) die Zweiteilung des Aquinaten zugrunde legt. Steph. Zankow bekämpft in seiner „Verfassung“ S. 106 die Zweiteilung der Kirchengewalt als eine Auseinanderreißung derselben auf Grund der Tradition: „In den symbolischen Büchern und in den Literaturen der orthodoxen Kirche bis auf die neueste Zeit ist keine Spur von einem Unterschiede zwischen *hierarchia ordinis* und *hierarchia iurisdictionis* zu finden. Der Grund dafür liegt in der festen und stetigen Anschauung und Praxis der Kirche, daß ein Kleriker nicht ordiniert werden dürfe, ohne zuvor (durch das Zeugnis der Kirche) für ein Kirchenamt bestimmt worden zu sein, also ohne die *potestas ordinis* mit der *potestas iurisdictionis* innerlich eng verbunden zu haben“ (S. 106 f.). Zwingende Gründe hat Zankow hier nicht gebracht; im Gegenteil fühlt er selbst, daß bei kirchlicher Amtssetzung, bei Verzicht, bei Suspension, bei Abfall der Gemeinde von dem Jurisdiktionsinhaber usw. die Weihengewalt bleibt, die Regierungsgewalt ganz oder teilweise verloren geht (vgl. Zankow II, § 64, § 82). Gerade wegen der inneren Notwendigkeit werden eben die neueren Kirchenrechtslehrer der orthodoxen Kirche zur reinlichen Scheidung der Gewalten gedrängt; wie Sjuworow N.: „Lehrbuch des Kirchenrechts“ (russisch) 3. Aufl. Moskau 1908 S. 192 und Sosserski N. a. a. O. S. 17—47. Freilich leugnen wir nicht, daß die beiden Gewalten sich gegenseitig ergänzen und durchdringen; daß die Weihengewalt nicht geordnet ausgeübt werden kann ohne das Steuerruder der Jurisdiktion; daß aber auch die kirchliche Regierungsgewalt in ordentlicher Weise nur von Geweihten gehandhabt wird. Bevor wir darum dem „Sachenrecht“ unsere Aufmerksamkeit zuwenden, müssen wir die kirchliche Jurisdiktion im allgemeinen kennenlernen.

## § 2. Die ordentliche und übertragene Gewalt.

I. **Träger.** Sowohl die Weihengewalt als die Regierungsgewalt kann nur von **Klerikern** erlangt werden Can. 118. Über die Rechte der **Laien** gegenüber dieser doppelten Gewalt haben wir bereits im „Laienrechte“ gehandelt „Handbuch“ I. S. 91—92.

II. **Forum.** Die Kirchengewalt (Weihengewalt Can. 948; Leitungsgewalt Can. 196) kann sowohl im **äußeren** als

auch im inneren Forum betätigt werden; letzteres Forum ist ein im Bußsakrament oder außerhalb desselben geltendes Can. 196.

a) Forum bedeutet zunächst den Marktplatz; dann das dort gehaltene Gericht und die Gerichtsbarkeit; im weiteren Sinne aber die Machtbefugnis. — Man unterscheidet *forum ecclesiasticum* und *forum saeculare* (Can. 2341) als kirchliche und staatliche Machtbefugnis, wozu noch ein *forum mixtum* kommt Cann. 1553 § 2; 1933 § 3, welches jene Angelegenheiten umfaßt, in denen die Kirchen- und zugleich die Staatsgewalt zuständig sind, z. B. in Klagen auf Schadloshaltung bei Verlobungsbruch Can. 1017 § 3. — b) Man unterscheidet in der Kirche ein *forum externum* und *internum seu conscientiae* Can. 196. Das äußere Forum (äußerer Rechtsbereich, *forum fori*) hat zum Zweck unmittelbar das Wohl der Gesellschaft, während das innere Forum (innerer Rechtsbereich, Gewissensbereich, *forum poli*) auf das Wohl des einzelnen abzielt. Wird die Gewalt im Bußsakramente ausgeübt, so nennt man sie *potestas fori interni sacramentalis*, sonst *potestas fori interni extra sacramentalis* Can. 196.

Eine durch ein Keuschheitsgelübde gebundene Person möchte sich verhehelichen. Hat diese Person in einem Orden oder in einer Kongregation das Gelübde abgelegt, so ist es ein öffentliches (*votum publicum*) Can. 1308 § 1. Die Kirche als Gesellschaft ist dabei interessiert. Die Dispense gehört zum äußeren Forum; die Religionskongregation ist hierin zuständig Can. 251 § 3. — Hat die Person es für sich abgelegt und wurde es der Öffentlichkeit nicht bekannt, so ist eine Dispense im Interesse des Gewissens dieser Person; der Fall gehört in das innere Forum. Hat die Person durch den Pfarrer das Bittgesuch an den Ordinarius eingereicht, so dispensiert dieser kraft eigener Vollmacht oder erhält die Dispense von der Pönitenziarie (Can. 258 § 1); beide Male im inneren Forum ohne Bußsakrament, aber mit Angabe erdichteter Namen. — Hat die Person bei Gelegenheit der heiligen Beichte dem Beichtvater ihr Anliegen vorgebracht und erhält dieser von dem Ordinarius oder der Pönitenziarie die erbetene Vollmacht, oder besitzt er sie selbst Can. 1044, so kann er sie nur ausführen bei Gelegenheit der heiligen Beichte; wir haben hier das *forum internum sacramentale*. — Von einer Irregularität aus einem geheimen Verbrechen kann der Ordinarius bzw. der Beichtvater nur im inneren Forum dispensieren Can. 990. — In gewissen Ehehindernissen kann bei dringender Todesgefahr der Ordinarius (Pfarrer, Priester des Can. 1098) im äußeren Forum dispensieren; sind dieselben geheime, auch im inneren Forum Cann. 1043—44. Außer der Todesgefahr kann der Ordinarius in dringenden Fällen in beiden Foren dispensieren; die Pfarrer, Priester des Can. 1098 und Beichtväter aber nur im inneren Forum Can. 1045, während der Beichtvater in der Todesgefahr nur im inneren sakramentalen Forum zu dispensieren vermag Can. 1044.

III. Einteilung. Die Regierungsgewalt in der Kirche ist entweder eine ordentliche (*potestas ordinaria*) oder



eine *übertragene* (*potestas delegata*); sie ist ordentlich, wenn sie rechtlich an ein Amt geknüpft ist; wird sie einer Person anvertraut, so heißt sie übertragen delegiert (*potestas delegata*) Can. 197 § 1. Die ordentliche Gewalt kann sein eine *eigene* (selbständige, *potestas propria*) oder eine stellvertretende (*potestas vicaria*) ibi § 2. Wer eine ordentliche Gewalt im äußeren Forum besitzt, heißt *Ordinarius*; hat er ein eigenes örtliches Gebiet, so nennt das Recht ihn *Ordinarius loci seu locorum*. Indes hat der Kodex diese Begriffe noch genauer umschrieben. Unter *Ordinarii* (Ordinarien) werden im Rechte verstanden (ausdrückliche Ausnahmen wären möglich): der Papst; ferner für ihre Gebiete der Residenzbischof; der Abt oder Prälat mit eigenem Gebiet (*Abbas vel Praelatus nullius*), deren Generalvikar, Administrator; der Apostolische Vikar oder Präsekt; ebenso diejenigen, welche in Ermangelung der Genannten einstweilen entweder nach Anordnung des Rechtes oder bestätigter Konstitutionen diesen in der Regierungsgewalt nachfolgen; endlich die höheren Obern in den exempten Klerikalgenossenschaften Can. 198 § 1. — Alle Genannten, die betreffenden Ordensobern ausgenommen, heißen Ortsordinarien („*Ordinarii loci seu locorum*“) ibi § 2.

Erläuterung: 1) Wenn die Leitungsgewalt rechtlich an ein Amt geknüpft ist, so heißt sie stets eine *ordentliche*, mag sie eine Jurisdiktion bloß des äußeren oder bloß des inneren Forums oder des doppelten Bereiches sein. Der Residenzbischof, Generalvikar; Kapitelvikar; der Abt, Provinzial, General haben Jurisdiktion kraft ihres Amtes im äußeren und inneren Forum. Der Pfarrer, der Pönitenziar einer Kathedralekirche haben ordentliche Jurisdiktion nur im inneren, und zwar sakramentalen Forum Can. 873 §§ 1 u. 2. Der Offizial dagegen hat Jurisdiktion nur im äußeren Forum Can. 1573 § 1.

2) Soll die Jurisdiktion eine ordentliche sein, so muß sie durch das Recht an ein Amt geknüpft sein Can. 197 § 1, sei es das *gemeine* Recht, sei es das *Partikularrecht* einer Diözese, eines Ordens usw., solche Ämter werden im Can. 198 aufgezählt. Doch ist diese Aufzählung nicht vollständig und ausschließlich, da sie ja nur die Jurisdiktion in beiden Foren berücksichtigt und auch da nicht alle Stufen namhaft macht; so sind die Metropolitani, Primaten, Patriarchen nicht genannt. Zur Beleuchtung des Unterschiedes zwischen ordentlicher und übertragener Gewalt diene das *Beichtvateramt*. Die Gewalt des ordentlichen (auch des außerordentlichen) Beichtvaters namentlich der weiblichen Religiosen ist eine *ordentliche*. Wird ein Priester zum Klosterfrauenbeichtvater bestellt, so erhält er ein Amt („*munus*“ Can. 524 § 1),



bei dem die Erfordernisse eines Amtes („*officium*“) zutreffen Can. 145 § 1. Mit diesem Amte ist die Jurisdiktion im sakramentalen Forum verknüpft Can. 520 § 1. Man wende nicht ein, daß die Beichtväter unter den Inhabern der ordentlichen Beichtjurisdiktion nicht aufgezählt sind Can. 873 § 1; denn wenn sie auch nicht ausdrücklich genannt sind, so sind sie doch angedeutet in dem Ausdrücke „*alii qui loco parochi sunt*“, zumal auch die Pfarrer von der ordentlichen Beichtvater-Jurisdiktion als solche ausgeschlossen sind Can. 876.

3) Wir müssen eine selbständige und eine stellvertretende ordentliche Gewalt unterscheiden Can. 197 § 2. Führt ein Geistlicher das Amt in eigenem Namen als eigentlicher Inhaber, so besitzt er „*potestas ordinaria propria*“, so der Bischof, der Pfarrer usw. Übt er kraft seines Amtes nur eine Stellvertretung aus, so besitzt er zwar eine ordentliche, aber nur stellvertretende Gewalt („*potestas ordinaria vicaria*“), so der General- oder Kapitelvikar; die verschiedenen Pfarrvikare: Can. 471 sqq. Sicher haben der Pfarrvikar und der Pfarrverweser (*vicarius oeconomicus*) stets ordentliche Beichtjurisdiktion; der Pfarrstellvertreter und Pfarrhelfer nur dann, wenn sie den Pfarrer vollständig vertreten. Die Hilfspriester dürfen kaum ordentliche Beichtjurisdiktion haben, da sie dieselbe nicht „*loco parochi*, an Stelle des Pfarrers“, sondern neben dem Pfarrer haben, auch wenn sie *Expositi* oder Kuratbenefiziaten sind.

4) Es erübrigt noch die Ausdrücke des Can. 198 zu erklären. Der Papst ist nicht nur als Bischof von Rom Ordinarius des römischen Bistums, wo ihn der Kardinalvikar vertritt, sondern er ist Ordinarius für alle Gebiete der katholischen Kirche und für ihre Gläubigen, Geistlichen und Hirten Can. 218 § 2. — In der Diözese hat der Residentbischof ordentliche Gewalt; dann neben ihm sein Generalvikar oder Administrator (dieser in außerordentlichen Fällen Can. 312); bei Erledigung des Bistums das Domkapitel Can. 431 und der Kapitelvikar Can. 432 sqq. — Es gibt in der Kirche auch Abteien oder Prälaturen mit eigenem Gebiet (25); die Inhaber, *Abbat*es vel *Praelati nullius*, ebenso ihre Generalvikare, Administratoren und Kapitelvikare Can. 319—29; — in den Missionen die Apostolischen Vikare und Präfecten sind Ordinarien. Ihre Provikare oder Propäfecten sind zu Lebzeiten des Apostolischen Vikars oder Präfect nicht Ordinarien, wohl aber nach deren Tode, wenn nicht ein „*Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge*“ vom Apostolischen Stuhle aufgestellt wurde Can. 309 sqq. — Die höheren Ordensoberen, welche zwar „*Ordinarii*“, aber nicht „*Ordinarii loci seu locorum*“ sind, werden aufgezählt in Can. 488 n. 8; vgl. „*Handbuch*“ I. S. 281.

IV. Die Möglichkeit der Bevollmächtigung Can. 199. Eine Jurisdiktion kann in vier Fällen delegiert werden: 1) vom Inhaber der ordentlichen Jurisdiktion, außer es ist im Rechte ausdrücklich untersagt; 2) vom Inhaber einer vom Apostolischen Stuhl delegierten Gewalt; 3) vom Inhaber der zu einer Gesamtheit von Ge-

schäft en delegierten Gewalt; 4) vom Inhaber einer delegierten Gewalt, dem die Subdelegationsgewalt eigens eingeräumt wurde Can. 199 §§ 1—4. Eine subdelegierte Gewalt kann nur dann subdelegiert werden, wenn dies ausdrücklich eingeräumt wurde ibi § 5.

1) Die ordentliche Jurisdiktion kann im vollen Umfange oder teilweise delegiert werden, außer das Recht bestimmt ausdrücklich anders Can. 199 § 1. So kann der Pönitentiarius an Dom- oder Kollegiatkirchen seine ordentliche Jurisdiktion nicht delegieren Cann. 873 § 2; 401 § 1. Der Generalvikar kann seine Gewalt nicht vollständig auf einen anderen übertragen, auch nicht im Verhinderungsfalle Can. 366 § 3. — 2) Wurde eine Gewalt vom Apostolischen Stuhle delegiert, so kann der Delegierte diese Jurisdiktion ganz oder teilweise subdelegieren, und zwar entweder für einen Fall („ad actum“) oder für eine begrenzte oder unbegrenzte Mehrheit von Fällen („etiam habitualiter“), außer die Subdelegation wurde verboten oder es wurde die Person wegen ihres Eifers („industria personae“) gewählt. Wenn in einem Indult keine Beschränkung enthalten ist, so kann der Delegierte, z. B. der Ortsordinarius, eine andere taugliche Person subdelegieren. Indes ist zuweilen jede Delegation ausgeschlossen, zuweilen die Delegation auf bestimmte Personen beschränkt; so sind die Vollmachten der Pönitentiarie zur habituellen Delegation auf den Canonicus Poenitentarius und auf die Vicarii Foranei (Defane), sowie auf einige andere Beichtväter beschränkt. — Der Ausdruck „nisi electa fuerit industria personae“ muß aus den Worten des Rescriptes erkenntlich sein, nämlich daß gerade dieser Delegierte gewählt wurde und kein anderer, daß das Geschäft in seiner Wichtigkeit gerade diesen erfordere vgl. cc. 3 u. 43 De off. Iud. delegati (I 20); c. 12 h. t. (I 12); l. 31 D. 46, 3; S a n t i-  
L e i t n e r: Praelectiones<sup>4</sup> ad I 29 nn. 8. 9. — Erhielt der Ordinarius oder ein anderer Bevollmächtigter keine Jurisdiktion zur freien Betätigung, sondern „eine bloße Dienstleistung“ (nudum ministerium), so kann er den eigentlichen Dispensakt keinem anderen übertragen GG. des heiligen Offizium vom 14. Dezember 1898 und vom 1. (2.) Juni 1904 (ME. 16, 243). — 3) Wenn ein Ordinarius unter dem Papste delegiert, so kann der Delegierte nur dann subdelegieren, wenn dieser a) für eine Gesamtheit von Geschäften („ad universitatem negotiorum“ oder causarum); b) mit ausdrücklicher Vollmacht zu subdelegieren delegiert wurde. Wurde ein Kooperator zur Führung der Gesamtseelsorge vom Pfarrer delegiert (z. B. während seiner Abwesenheit), so kann er subdelegieren; ebenso bei Trauungen, wenn er vom Pfarrer für alle Eheschließungen delegiert wurde Can. 1096 § 1. — 4) Der Delegierte (Subdelegierte) kann für alle Fälle einen Akt, der keine Jurisdiktion bedeutet („articulum non iurisdictionalem“), subdelegieren; so kann der Ordinarius bei Dispensrescripten die Prüfung der Wahrheit (verificatio, die „processetti“) dem Pfarrer überlassen, während er die Dispense in eigener Person ausführen muß.

V. Auslegung der Jurisdiktionsgewalt. Can. 200.  
Die Kirche kennt eine weite und eine enge Aus-

legung, z. B. im Can. 19; so auch bei der Jurisdiktion. Ist die Jurisdiktion eine *ordentliche* oder eine für eine *Gesamtheit* von Geschäften übertragene, so ist sie *weit* auszulegen; jede andere *enger* Can. 200 § 1. Auch obliegt dem, der seine Delegation behauptet, die Beweislast *ibi* § 2. Freilich mag die Jurisdiktion ordentlich sein oder delegiert, stets sind alle Vollmachten als gegeben zu erachten, ohne welche die Jurisdiktion nicht ausgeübt werden kann *ibi* § 1.

Ein Ordinarius erhält vom Apostolischen Stuhle die Vollmacht, eine Ordensschwester von den einfachen ewigen Gelübden zu dispensieren unter folgenden Klauseln: „*dummodo ipsa libere et sponte petat, et servato Can. 643 § 2*“. Der Ordinarius ist hier delegatus S. Sedis, nicht für eine Gesamtheit von Fällen, sondern in einem bestimmten Falle. Die Vollmacht ist darum *enge* auszulegen; die Klauseln müssen eingehalten werden. Es muß also die Schwester nochmals einvernommen werden, ob sie aus einem freien Entschluß um die Dispense bitte. Auch muß das Institut aufmerksam gemacht werden, daß die Liebesgabe („*subsidium caritativum*“) dieser Schwester nach Can. 643 § 2 zu leisten ist. Da der Ordinarius die Dispense nicht gewähren kann, bevor das Institut sich nicht verpflichtet hat, die Liebesgabe zu leisten, so hat der Ordinarius das Recht, diese Erklärung vom Institute zu fordern, auch wenn es nicht seiner Diözese angehört; denn er handelt als „*delegatus Sedis Apostolicae*“. Wenn jedoch später das Institut die „Liebesgabe“ nicht leistet, so muß sich die entlassene Schwester nicht an ihren Ordinarius, sondern an die Vorgesetzten des Institutes wenden.

## VI. Umfang der Regierungsgewalt Cann. 201—203.

Die kirchliche Jurisdiktion ist begrenzt in Rücksicht 1) auf die Natur der Sache; 2) auf die Personen; 3) den Ort; 4) den Rechtsbereich; 5) die Art der Ausübung.

1) Der kirchlichen Jurisdiktion sind alle Gesetze des göttlichen und natürlichen Rechtes entzogen, soweit diese nicht ihren alleinigen Ursprung vom menschlichen Willen haben. St. Alfonsus: Theol. mor.: De matrimonio n. 1119; vgl. Cann. 1311 (Gelübde); 1320 (Eid); 1119 (nicht vollzogene Ehe). Ebenso sind der Jurisdiktion des niederen kirchlichen Obern die dem höheren vorbehaltenen Vollmachten entzogen Can. 81.

2) Die kirchliche Jurisdiktion kann rücksichtlich der Personen nur gegenüber *Untergebenen* ausgeübt werden Can. 201; 1 Kor 5, 12. 13. Freilich können *Nichtuntergebene* durch die Ausübung der Kirchengewalt *indirekt*

getroffen werden, so in Fällen der Cann. 1070 (Glaubensverschiedenheit); 1060 (Bekenntnisverschiedenheit); 1043 (Dispensgewalt über Fremde); 881 § 1 (Beichten der Fremden) usw. Bezüglich der eigenen Person muß man unterscheiden zwischen der eigentlichen Gerichtsbarkeit („*potestas iudicialis*“) und der uneigentlichen oder freiwilligen Gerichtsbarkeit („*iurisdictio voluntaria seu non-iudicialis*“). Die eigentliche Gerichtsbarkeit kann nicht zum eigenen Vorteile ausgeübt werden; denn hier gilt „*nemo iudex in propria causa*“ sowohl im inneren als äußeren Forum. Handelt es sich dagegen um eine Jurisdiktion, welche nicht gerichtlicher, sondern freiwilliger Natur ist, so kann sie auch zum eigenen Vorteil gebraucht werden. So kann die Dispense vom Fasten- und Abstinenzgebote, welche der Ordinarius auf Grund des Can. 1245 § 2 erteilt, er selbst benützen; ebenso kann der Pfarrer, wenn ein rechtmäßiger Grund vorhanden ist, sich selbst oder die Bewohner des Pfarrhofes dispensieren ibi § 1. Der Ordens- oder Tertiarpriester, welcher Ordensschwestern die Generalabsolution erteilt, kann sie auch für seine Person gewinnen S. C. Indulg. d. 18. Iunii 1876 (*Nouvelle revue théologique* 15, 562; 23, 227).

3) Der gleiche Unterschied (wie unter 2) gilt auch für den Ort. Die freiwillige Gerichtsbarkeit kann innerhalb und außerhalb des Gebietes geübt werden, z. B. die Dispense von Gelübden, mögen die Untergebenen auch auswärts sein. Die eigentliche Gerichtsbarkeit kann nur innerhalb des Gebietes betätigt werden außer in folgenden zwei Fällen: a) „Wer ordentliche Absolutionsvollmacht hat, kann seine Untergebenen auf dem ganzen Erdkreise absolvieren“ Can. 881 § 2; z. B. der *Canonicus Poenitentarius* Can. 401 § 1; b) „Ein (kirchlicher) Richter kann, wenn er aus seinem Gebiete gewaltsam vertrieben oder an der Betätigung der Jurisdiktion dort gehindert ist, außerhalb des Gebietes seine Gewalt ausüben bis zur Fällung des Urteilspruches; doch muß er zuerst den Ortsordinarius hievon verständigen“ Can. 1637.

4) **R e c h t s b e r e i c h.** „Ein Akt der ordentlichen oder delegierten Jurisdiktion, betätigt im äußeren Forum, hat Gültigkeit auch im inneren, nicht aber umgekehrt § 1. Die für das innere Forum verliehene Gewalt kann ausgeübt



werden auch im inneren außersakramentalen Bereich, wenn nicht der sakramentale verlangt wird § 2. Wenn der Bereich, für welchen eine Gewalt gegeben wurde, nicht klar bezeichnet wurde, so gilt die Gewalt für die beiden Bereiche, außer die Natur der Sache verlangt offenbar etwas anderes § 3" Can. 202.

Erläuterung: a) Wurde jemand z. B. im äußeren Forum von Häresie absolviert, so bedarf der erwähnte Beichtvater keiner Vollmacht mehr; die Zensur ist auch im inneren Forum gehoben, nur die Sünde muß getilgt werden Can. 2314 § 2. Wird die Jurisdiktionsgewalt im inneren Forum zur Ausführung gebracht, so hat sie an sich keine Wirkung im äußeren. Doch gibt es Ausnahmen. „Ein im inneren (auch nur sakramentalen) Forum von Zensuren Absolvierter kann sich, wenn Argerniß ausgeschlossen ist, auch im äußeren Bereiche als absolviert betrachten und benehmen;“ indes kann die Zensur von den kirchlichen Obern im äußeren Forum betont werden, wenn nicht die im inneren Forum gewährte Absolution für das äußere Forum bewiesen oder wenigstens rechtmäßig präsumiert wird Can. 2251. Jemand hat zu Lebzeiten seiner von ihm geschiedenen Frau ein afatholisches Mädchen vor dem afatholischen Religionsdiener „geheiratet“. Nach dem Tode seiner rechtmäßigen Frau wird er im inneren Forum, da seine Lage am Aufenthaltsorte unbekannt ist, mit der Kirche ausgesöhnt. Der Mann erfüllt fortan seine Pflichten als Katholik, besonders auch durch katholische Kindererziehung. Wurde die Absolution im inneren außersakramentalen Forum erteilt, so kann der Akt bewiesen werden; wurde sie nur im sakramentalen Forum erteilt, so kann man seine Ausöhnung präsumieren. — Die von der Pönitenzarie für das innere (nicht-sakramentale) Forum gewährten Dispensen wirken auch für den Rechtsbereich Can. 1047.

b) Die Dispensgewalt für geheime Irregularitäten aus einem Verbrechen wird dem Ordinarius verliehen Can. 990 § 1; ebenso die Dispensvollmacht von rein kirchenrechtlichen Hindernissen in dringenden Fällen Can. 1045 § 1. Der Ordinarius kann davon dispensieren in foro interno sacramentali et extra-sacramentali und externo; im letzteren Falle ist Voraussetzung bei Can. 990 § 1, daß ihm der Fall durch Geständnis des Weikeandidaten oder Geweihten bekannt ist, vgl. Can. 2314 § 2. Auch den Beichtvätern wird in diesen Fällen eine gewisse Vollmacht zuerteilt Cann. 990 § 2; 1045 § 3. Die Beichtväter können nicht im äußeren Forum die Gewalt ausüben; aber sie können dieselbe gebrauchen nicht nur im sakramentalen, sondern auch im außersakramentalen Forum. Die Vollmacht ist ja nicht auf den Akt der Beicht beschränkt. Aber die Cann. 990 § 2; 1045 § 3 u. 1044 reden ausdrücklich von „confessarius“ und „poenitens“. Gewiß, es muß zwischen Dispensierenden und Empfänger der Dispense das Verhältnis sein des Beichtvaters und des Pönitenten, allein das kann auch nach der Beicht noch bestehen, und daß diese Bezeichnung „confessarius“ nicht genügt, beweist Can. 1044, der für die Todesgefahr ausdrücklich vorschreibt: „in actu sacramentalis confessionis tantum“; darum gilt, wenigstens wahrscheinlich, Can. 202 §§ 2 u. 3.



5) Art der Vollmachtausübung. „Wenn der Delegierte in Rücksicht auf Sachen oder Personen die Grenzen seiner Vollmacht überschreitet, so ist seine Tätigkeit bedeutungslos § 1. Freilich ist die Tätigkeit des Delegierten nicht als ein Übergriff anzusehen, wenn er seine Vollmacht in einer vom Plane des Delegierenden abweichenden Form zur Ausführung bringt, es müßte denn die Form selbst vom Delegierten zur Bedingung gemacht worden sein § 2“ Can. 203.

Wird vom Apostolischen Stuhle eine Vollmacht gegeben, so wird der Delegierte auch die von Rom erteilten Winke beachten. Allein wenn aus den Umständen ein anderes Vorgehen ratsam erscheint, so kann der Delegierte auch diesen Weg einschlagen, außer es wäre die Weise des Vorgehens zur unerläßlichen Bedingung gemacht, was die Päpste nicht zu tun pflegten, wie Alexander III. an den Erzbischof von York schreibt c. 13 De off. Iud. delegati (I 29).

VII. Das Zusammentreffen der Inhaber einer kirchlichen Gewalt kann ein z w e i f a c h e s sein: ein Zusammentreffen u n g l e i c h e r und g l e i c h e r Gewaltinhaber Cann. 204—206.

A. „Wenn jemand einen höheren Vorgesetzten aufsucht mit Übergehung des niederen, so erlischt deswegen die freiwillige Jurisdiktion des niederen nicht, ob sie eine ordentliche oder eine delegierte war § 1. Indes soll sich der niedere in eine zum höheren Vorgesetzten gebrachte Angelegenheit nicht einmischen außer aus einem gewichtigen Dringlichkeitsgrund; und in diesem Falle soll er sofort an den Obern Anzeige erstatten § 2“ Can. 204.

Der Rodey selbst unterscheidet von der richterlichen Gewalt („iudicialis potestas“) die nicht-richterliche oder freiwillige Can. 201 §§ 2. 3. Nur von der „voluntaria potestas“ redet Can. 204. Durch die Aufsuchung des höheren Obern erlischt die nicht-gerichtliche Gewalt niemals; darum ist der Akt des niederen Obern stets g ü l t i g; u n e r l a u b t ist er nur dann, wenn der niedere Vorgesetzte weiß, daß der höhere Obere sich der Sache angenommen hat, außer es wäre ein gewichtiger Dringlichkeitsgrund zum Handeln gegeben. E r l a u b t ist dies Vorgehen des niederen Obern auch dann, wenn er fortfährt, eine Sache zu betreiben, welche er vor den höheren Vorgesetzten in Angriff nahm. Hier gilt, was Can. 1569 § 2 von der G e r i c h t s g e w a l t ausführt.

B. Mehrere gleichgestellte Delegierte können die Delegation entweder zu g l e i c h e r Zeit bekommen haben oder n a c h e i n a n d e r Cann. 205—206. Im ersteren Falle

muß wieder unterschieden werden zwischen einer *Gesamtbevollmächtigung* („solidarische Bevollmächtigung, *delegatio in solidum*“) und einer *Kollegialbevollmächtigung* („*delegatio collegialiter facta*“) Can. 205 § 1. Eine *Gesamtbevollmächtigung* liegt vor, wenn jeder der Delegierten das Geschäft so vollziehen kann, als ob er der einzige Delegierte wäre; bei der *Kollegialbevollmächtigung* muß das Kollegium als solches vorgehen. In *Gerichtssachen* steht die *Rechtsannahme* für Kollegialbevollmächtigung, sonst für solidarische Can. 205 § 1. Diese Grundlagen vorausgesetzt, ergeben sich folgende Regeln: 1) Bei der Gesamtbevollmächtigung ist das *Zuvorkommen* („*praeventio*“; vgl. Can. 1568) statthaft. 2) Hat ein Delegierter sich der Sache angenommen, so ist die Gewalt der anderen ausgeschlossen, außer der erste kann oder will nicht mehr Can. 205 § 2. 3) Bei Kollegialbevollmächtigung müssen alle gemeinsam vorgehen; sonst sind die Verhandlungen ungültig, wenn nicht der Auftrag anders bestimmt ibi § 3. 4) Bei nacheinanderfolgender Bevollmächtigung hat der erste die Vollmacht, wenn ihm nicht in dem Reskript des zweiten Abbruch getan wurde Can. 206. — Zutweilen kommt die Gesamt- und Kollegialdelegation *gemischt* vor. So werden bei den apostolischen Selig- und Heiligsprechungsprozessen wenigstens fünf Richter bestimmt Can. 2088 § 1; indes genügt es, daß entweder der Präsident mit zwei Richtern oder wenigstens andere drei Richter in seiner Abwesenheit den Sitzungen anwohnen Can. 2094.

**VIII. Das Erlöschen der Vollmacht** Cann. 207; 208. Wir sprechen zunächst von der *delegierten*, dann von der *ordentlichen* Vollmacht.

**A. Die delegierte Vollmacht** erlischt nach Can. 207 in folgenden Fällen: 1) mit der Ausführung des Auftrages; 2) mit Ablauf der Zeit, für die Delegation gegeben wurde; 3) mit Erschöpfung der Zahl von Fällen, welche die Vollmacht nannte; 4) mit Aufhören des Endzweckes der Delegation; 5) mit der direkten Mitteilung des Widerrufs an den Delegierten; 6) mit der Annahme des Verzichtes des Delegierten durch den Vollmachtgeber; 7) mit dem Erlöschen der Gewalt des Delegierenden nur dann, wenn die Klauseln es so bestimmen oder

wenn die Vollmacht eine Gnadengewährung für bestimmte Personen enthielt, deren Ausführung noch nicht begonnen war Can. 61.

Ist der Auftrag des Delegierten zur Ausführung gebracht, so erlischt die Delegation; doch darf eine fehlerhafte Ausführung durch eine neue gut gemacht werden Can. 59 § 1. — Die Vollmachten (facultates) der Römischen Kongregationen wurden (werden) häufig auf bestimmte Jahre erteilt (2, 3, 5, 10 Jahre), zuweilen auf eine bestimmte Zahl von Fällen, z. B. 100. Ist die Zeit verstrichen und die Zahl erschöpft, so erlischt die Vollmacht, doch ist für das innere Forum durch das Recht (früher durch Klauseln) eine eigene Fürsorge getroffen worden: „Wurde eine Vollmacht für das innere Forum gewährt, so ist ein Akt, aus Unachtsamkeit gesetzt nach Ablauf der Frist oder nach Erschöpfung der nach Zahlen benannten Fälle, gültig“ Can. 207 § 2. — Der Endzweck der Bevollmächtigung kann leicht gegenstandslos werden: durch den Tod des delegandus; bei Ehedispensen auch durch Aufgabe der Verheiratung der fraglichen Brautleute; durch Eintritt eines neuen Rechtes, z. B. im Falle des Can. 640 § 1 n. 1.

Wenn von mehreren kollegialiter Delegierten der eine versagt, so erlischt auch die Delegation der übrigen, wenn nicht das Gegenteil sich aus dem Wortlaute der Delegation ergibt Can. 207 § 3. Wenn in den Fällen des Can. 1576 § 1 n. 1 einer von den drei Richtern behindert ist, so können auch die beiden anderen die Verhandlungen nicht fortführen.

B. Die ordentliche Vollmacht erlischt nicht mit Aufhören des Rechtes dessen, welcher das Amt, dem die Vollmacht anhaftet, verliehen hat Can. 208; 183 § 2. Indes gibt es Ausnahmen: a) wenn das Recht es so bestimmt, z. B. beim Generalvikar Can. 371; b) wenn die Verleihung Klauseln enthält, wie ad beneplacitum nostrum Can. 183 § 2. — Sie erlischt mit dem Verluste des Amtes (Can. 203) durch Verzicht, Entziehung, Entfernung, Versetzung, Ablauf der festgesetzten Zeit Can. 183 § 1; sie schweigt, wenn rechtmäßige Berufung eingelegt ist, außer die Berufung gilt nur für die Übertragung („in devolutivo“). Auch sind die Akte eines Exkommunizierten oder Suspendierten nach Verhängung oder Erklärung dieser Zensuren in der Regel ungültig Can. 2264; 2284.

IX. Ergänzung der Jurisdiktion durch die Kirche Can. 209 — „Supplet Ecclesia“. „Bei allgemeinem Irrtum oder im Falle eines sachlichen und be-

gründeten Rechts- oder Thatfachen zweifels ergänzt die Kirche die Jurisdiktion sowohl für das äußere als auch das innere Forum" Can. 209. Dieser Kanon ist ein Rechtsatz größter Tragweite; darum erfordert er auch genaueste Erklärung.

1) „*Jurisdictionem supplet Ecclesia*, die Kirche ergänzt die Jurisdiktion“, soweit die Kirche eben die Jurisdiktion ergänzen kann. Handelt es sich also um ein göttliches Recht, so kann die Kirche die Jurisdiktion nicht ergänzen. Wird ein Diakon oder sonstiger Nichtpriester ganz allgemein für einen Priester gehalten, so kann die Kirche seine Jurisdiktion für die Absolution von Sünden nicht ergänzen, da kraft göttlichen Rechtes zum Sündennachlaß die Priesterweihe gehört Can 871. Dagegen wäre die Ehe gültig, welche vor zwei Zeugen und einem Diakon (Kleriker, auch Laien) eingegangen würde, den man ganz allgemein für den Pfarrer hält. Die Missionsbefugnis des Pfarrers ruht ja auf dem Kirchenrecht.

2) Diese Ergänzung gilt „*pro foro tum externo tum interno*“. Zum äußeren Forum gehören alle Ämter- und Pfründeverleihungen; die Gesetzgebungs-, Richter- und Strafgewalt zum Besten der Gesellschaft; die Verleihung von öffentlichen Dispensen und Privilegien. — Zum inneren Forum gehören die „Absolutionen, Dispensationen, Umwandlungen, Sanierungen, Erlasse“ (Can. 258 § 1) zum Besten des Gewissens.

3) Die Kirche ergänzt die Jurisdiktion für das äußere und innere Forum zunächst „bei allgemeinem Irrtum, in *errore communi*“. Diese Maßnahme ist uralte; schon Ulpianus (170—228 n. Chr.) löst die Frage, was es mit den Edikten und Rechtsakten eines Sklaven (Barbarius Philippus) für eine Bewandnis hat, der sich zur Würde eines Prätors emporzuschwindeln wußte, während man ihn allgemein für einen Freien hielt, in vernünftiger Weise dahin, daß seine Erlasse und Entscheide nicht verworfen werden, und zwar wegen des Wohles derer, die bei ihm Recht suchten. In der Macht des römischen Volkes und (später um so mehr) der Kaiser sei es gelegen gewesen, ihm die Freiheit zuzuerkennen l. 3 D. De off. praetorum (1, 14). Diesen Grundsatz finden wir in c. 1 C. 3 q. 7 als dictum Gratiani, und so ging er über in das Kirchenrecht, freilich verlangten viele Kanonisten neben



dem allgemeinen Irrtum noch wenigstens einen Scheintitel (*titulus coloratus*) und die Praxis der Kirche schloß sich diesem Verlangen an; vgl. *Thesaurus: De poenis eccl. ad v. „absolutio“ c. 2 § „Limita“*; *S. C. Concilii in Patavina* d. 11. Dec. 1683 (*Institutio* 84. *Benedicti XIV.* in fine); *Pius VI.* in *Instructione ad Episcopos Galliae* d. 26. Sept. 1791 (*Santi-Leitner: Praelectiones*<sup>4</sup> IV 3 n. 90). Petrus Gasparri trat schon früher für das Genügen des allgemeinen Irrtums ohne Scheintitel ein (*Tractatus de matrimonio* II n. 913), weshalb es nicht Wunder nimmt, daß im Roder der „*error communis*“ ohne weiteres als genügend erscheint.<sup>1</sup> Dieser „*Error communis*“ ist vorhanden, wenn alle entweder schlechthin oder mit wenigen Ausnahmen (*Santi-Leitner* II 1 n. 14; *Can. 2197 nn. 4 u. 1*) in Unkenntnis sind über das Fehlen der Jurisdiktion.

4) Die Jurisdiktion wird in der Kirche auch ergänzt „*in dubio positivo et probabili sive iuris sive facti*“ *Can. 209*, also im Falle eines Zweifels, mag dieser sich auf das Recht oder die Tatsache beziehen, wenn ein vernünftiger Grund für die Jurisdiktion spricht; vgl. *Cann. 15* (zweifelhafte Gesetze); *84 § 2* (zweifelhafter Dispensgrund) *Lehmkuhl: Theol. mor.*<sup>12</sup> I a. 119. Wird das göttliche Recht berührt, so ist es Sache der obersten Gewalt in der Kirche, über auftauchende Zweifel zu entscheiden; hierher gehört *Can. 1038* („*authentice declarare*“).

In einer Pfarrei hält sich während der Ferien ein Priester aus einer fremden Diözese auf; dieser besitzt Beichtjurisdiktion in der Heimatdiözese, aber nicht in der Aufenthaltsdiözese. Am Feste Mariä Himmelfahrt ist großer Beichtkonkurs; deswegen lädt der Pfarrer den fremden Priester zum Beichtören ein und überträgt ihm die Beichtjurisdiktion in seiner Pfarrei. Die Absolutionen dieses auswärtigen Priesters waren gültig und erlaubt. Sie waren gültig bei allgemeinem Irrtum; sie waren aber auch ohne diesen allgemeinen Irrtum gültig; denn es war eine wahrscheinliche und gut begründete Ansicht, daß der Pfarrer die Beichtjurisdiktion wenigstens einem geprüften Priester („*approbatus*“ im engeren Sinne) übergeben kann; vgl. *Cann. 199; 873 § 1; 401 § 1*; (dagegen *Cann. 874 § 1; 893 § 1*). Wir hatten hier also ein „*dubium positivum et probabile iuris*“. Die Kirche ergänzte die Jurisdiktion. Der Pfarrer und der Priester handelten auch erlaubt, da ein gewichtiger Grund vorlag. Die Sachlage hat sich aber seit der E. der R.R. vom 16. Oktober 1919 ad 3 (*AAS. 11, 477*) geändert; denn die Pfarrer, Pfarrvikare usw. bedürfen zur Beichtjurisdiktionserteilung einer besonderen Vollmacht oder Anweisung (*speciali facultate seu*



mandato) des Ortsordinarius; damit sind die Pfarrer gleich den Pönitziaren (Can. 401 § 1) ausdrücklich in der Ausübung des Can. 881 § 2 beschränkt. — Im Weltkrieg 1918 bittet ein Mann, welcher mit seiner rechtmäßigen Frau im Jahre 1896 nur drei Monate lebte, „ohne Geschlechtsverkehr“, wie er behauptet, den Ordinarius um Dispense von seiner nichtvollzogenen Ehe; denn er möchte ein ehebrecherisches Konkubinats, aus dem vier Kinder stammen, aus der Welt schaffen. Der Ordinarius fragt nach einem etwaigen Nichtigkeitsgrund; es findet sich keiner. Im Bewußtsein, daß nur der Heilige Vater dispensieren kann „super matrimonio non consummato“ Cann. 1119; 1963, weist er den Bittsteller zurück, da der Verkehr mit Rom damals unterbunden war. Allein dieser läßt sich nicht abweisen. Auf das hin beginnt der Ordinarius den Prozeß auf Grund des Can. 81. Der Verkehr mit Rom war damals wirklich sehr schwierig; der Apostolische Stuhl pflegt die gerichtliche Untersuchung des Nichtvollzuges einer Ehe den Ordinarien zu übertragen. Zweifelhaft war dem Ordinarius nur, ob das „simul in mora sit periculum gravis damni“ des Can. 81 gegeben, da ja der Mann vielleicht doch enthaltsam leben konnte. Da der Ordinarius nicht die Dispense, sondern nur die Einleitung des Prozesses unternimmt, so ergänzt die Kirche „in hoc dubio positivo et probabili facti“ die Jurisdiktion. Der Prozeß ist gültig.

**X. Übertragung der Weihewalt** Can. 210. „Die Weihewalt, welche ein rechtmäßiger kirchlicher Oberer entweder mit einem Amte verknüpft oder einer Person anvertraut hat, kann anderen nicht übertragen werden, wenn das nicht im Rechte oder auch im Indult ausdrücklich eingeräumt ist.“

Nach dem Kodex ist eine begrenzte Weihewalt mit gewissen Ämtern in der Kirche verknüpft, so die Firmungsgewalt gemäß Can. 782 § 3; so die Gewalt, die Tonsur und Niederen Weihen zu erteilen gemäß Cann. 957 § 2; 964 n. 1. Doch von dieser ist hier nicht die Rede, sondern nur von jener Weihewalt, die ein kirchlicher Oberer erteilt. Der Bischof von Concepcion (Chile) erhielt am 4. März 1903 vom heiligen Offizium die Vollmacht, einen oder zwei Priester für die Firmungsspendung zu subdelegieren, wie das schon im Dekrete vom 9. Mai 1888 als möglich ganz allgemein dargestellt wurde (ME. 15, 246). Wenn nun auf Grund dieser Vollmacht z. B. ein Vicarius foraneus mit der Firmungsgewalt betraut wurde, so kann dieser nur in eigener Person die Firmung spenden. — Ein Diakon, der vom Ordinarius oder Pfarrer aus einem rechtmäßigen Grunde zur Spendung der feierlichen Taufe delegiert wurde Can. 741, kann einen anderen Diakon subdelegieren, wenn er diese Vollmacht ausdrücklich bekam Can. 210, aber u. E. auch dann, wenn er ad universitatem negotiorum, hier zur Gesamtheit der Tausen, delegiert wurde; denn die Weihewalt zu taufen erhält der Diakon in der Diakonatsweihe Can. 741, das Ausübungsrecht dieser Weihewalt erlangt er durch die Erlaubnis des Ortsordinarius oder Pfarrers, also durch einen Jurisdiktionsakt, für welchen Can. 199 gilt.

**XI. Strafen.** Der dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Exkommunikation l. s. verfallen diejenigen, „welche die Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion des inneren oder äußeren Forum direkt oder indirekt verhindern, indem sie zu diesem Zwecke den Refurs an irgend eine Laikalgewalt ergreifen“ Can. 2334 n. 2. Kleriker sind außerdem mit Suspension oder Entziehung von Pfründen, Ämter, Würden, Zahlungen oder Stellungen; Religiosen mit Veraubung des aktiven und passiven Wahlrechts und mit Strafen nach Maßgabe der Konstitutionen zu belegen Can. 2336 § 1. Nicht jede Verhinderung der kirchlichen Jurisdiktion ist mit diesen Strafen belegt, sondern nur die Verhinderung, welche geschieht durch den Refurs an die Staatsgewalt „ad hoc recurrentes ad quamlibet laicalem potestatem“, mag dieser Refurs beim obersten Inhaber der Staatsgewalt, bei den Gerichten oder den Verwaltungsbehörden geschehen; man nennt diesen Refurs „*appellatio tamquam ab abusu, appel comme d’abus, recursus ad principem*“; **Eichmann** **Eduard**: „Das Strafrecht des CIC.“ (1920) S. 153.

In Bayern bestand der „landesherrliche Refurs“ seit der Verfassung 1818 RE. §§ 52 ff.; in Baden und Württemberg seit 1830; in Österreich, Preußen, Hessen und Sachsen seit der Kulturkampfzeit. Nunmehr gilt Art. 137 III der Verfassung des Deutschen Reichs: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.“

## Sakramente.

### § 3. Von den Sakramenten im allgemeinen.

Die Sakramente, welche Christus seiner Kirche zur Vollziehung, Bewahrung und Verwaltung übertrug, werden vorzüglich in der Dogmatik behandelt. Allein die Sakramente üben als äußere Zeichen auch auf das Gesellschaftsleben der Kirche einen großen Einfluß aus; darum hat sich von jeher auch das Kirchenrecht damit beschäftigt; vgl. *Decretum Gratiani* pars III.; von den Dekretalen Gregors IX. seien hervorgehoben I 11—13; 15—21; III 29; 33; 40—44; IV; V 3; 7—9; 27—30. So hat denn auch das neue Gesetzbuch der Kirche dem Sakramentenrechte einen weiten Platz eingeräumt von Can. 731—1143, abgesehen von anderen ge-

legentlichen Behandlungen. „Größte Achtſamkeit und Ehrfurcht muß bei der zeit- und ſachgemäßen Verwaltung und dem Empfange der Sakramente angewendet werden; denn alle Sakramente des neuen Geſetzes, von Chriſtus unſerm Herrn eingeſetzt, ſind ganz vorzügliche Mittel der Heiligung und Rettung“ Can. 731. Dieſe „Achtſamkeit und Ehrfurcht“ muß ſich kundthun bei der Erwägung, wem, wie oft, in welcher Form ſie zu ſpenden ſind; ſie muß ſich erſtrecken auf die natürlichen Dinge, welche den Sakramenten zugrunde liegen, endlich auf die Uneigen nützigeit, welche den Spender auszeichnen muß.

**I. Empfänger der Sakramente** Can. 731 § 2; 948; 682; 87. Bezüglich des Empfanges der Taufe gelten eigene Grundſätze; vgl. „Handbuch“ I § 1 S. 86; Cann. 745 ſqq. Von dem Empfang der übrigen Sakramente können ausſchließen: a) trennende Hinderniſſe, wie von der letzten Ölung der Stand der Geſundheit; von der Ehe der Ordens- und Weiheſtand und die übrigen trennenden Hinderniſſe; b) kirchliche Zensuren; c) der Mangel der Kirchengemeinſchaft Can. 87; nur letzterer Punkt iſt hier zu würdigen. „Es iſt verboten, die Sakramente der Kirche den Häretikern oder Schiſmatikern zu ſpenden, auch wenn ſie im guten Glauben irren und darum bitten, wenn ſie nicht vorher ihre Irrtümer abgelegt und mit der Kirche ausgeſöhnt wurden“ Can. 731 § 2.

Wie die Abſchwörung der Irrtümer und die Ausſöhnung mit der Kirche vor ſich gehen, wurde bereits dargelegt („Handbuch“ I S. 88 f.). — Hat dieſe Ausſöhnung nicht ſtattgefunden, ſo kann man Irrgläubigen und Schiſmatikern die Sakramente der Kirche nicht ſpenden, auch wenn ſie guten Glaubens ſind und ſelbſt um die Sakramente bitten. Der Grund liegt klar zutage: Wer der Gemeinſchaft der Kirche nicht angehört, hat auch kein Recht auf die geiſtlichen Güter dieſer Gemeinſchaft. Auch wäre ein Argerniß der Gläubigen nicht zu vermeiden, welche ſich ſagen müßten: Was nützt die Mitgliedschaft der Kirche, wenn man auch ohne dieſelbe der geiſtlichen Güter teilhaft wird.

Neben der heiligen Taufe müſſen wir hier auch das Eheſakrament ausſcheiden; denn wir wiſſen, daß das Eheſakrament auch außerhalb der Gemeinſchaft der katholiſchen Kirche geſpendet und empfangen

werden kann Can. 1012. Unter welchen Umständen Katholiken dieses Sakrament getauften Andersgläubigen spenden und katholische Priester (und Laien) vermitteln können, wird im Eherecht gezeigt Can. 1060—64. — Von den fünf übrigen Sakramenten kommt hier hauptsächlich Buße und Letzte Ölung in Frage. Handelt es sich um das äußere Forum, so gilt das Verbot des Can. 731 § 2 in vollem Umfang. Kommt jedoch das Gewissensforum allein in Betracht, so kann man gutgläubigen Schismatikern und Häretikern im äußersten Notfalle und mit Ausschluß jeden Argernisses die heilige Absolution spenden, wenn sie ihrerseits das Wesensnotwendige leisten, denn man kann sie im Gewissensforum mit der Kirche als ausgesöhnt betrachten; vgl. Pius IX. in der Allocution „Singulari quadam“ vom 9. Dezember 1854 (ME. X 1, 254). Darum erlaubte das heilige Offizium am 20. (22.) Juli 1894 ad I die Absolvierung einer schismatischen Person in der Todesnot mit Beseitigung des Argernisses (ME. X 2, pag. 146). Außerlich im Widerspruch, innerlich aber in Übereinstimmung hiemit entschied das heilige Offizium am 17. Mai 1916 ad I: „Requiri, ut meliori quo fieri potest modo, (schismatici) errores reiiciant et professionem fidei faciant.“ Eine gewisse Verwerfung der Irrtümer und ein gewisses Glaubensbekenntnis zur katholischen Kirche ist notwendig. Aber es genügt eine *allgemeine* Form (modus implicitus), wie sie eben in diesen Umständen erreichbar ist, und eine große Klugheit, damit nicht der unwissentlich Irrende in einen formellen Schismatiker oder Häretiker verwandelt werde. Ausgehend von den drei göttlichen Tugenden kann man den Andersgläubigen fragen: Willst du alle deine Sünden herzlich bereuen, namentlich die Sünden gegen Glaube, Hoffnung und Liebe? Willst du alles befolgen, was Gott zu deinem Heile verordnet hat; auch alle Heilmittel empfangen, wie sie der Erlöser eingesetzt hat? Eine aufrichtige Bejahung dieser Fragen dürfte genügen; vgl. Eibel-Bierbaum O. S. F.: „Theol. mor.“ pars II. conf. I nn. 34—36; pars IX conf. 8 nn. 213—14; Göpfert: Moralthologie III<sup>7</sup> n. 187; Arndt Aug. S. J. in *NSC.* 1916 (69.) S. 836. — Wenn jedoch in der Todesnot Schismatiker der Besinnung entbehren, so kann ihnen die Absolution und die Letzte Ölung *bedingungsweise* gespendet werden unter der doppelten Voraussetzung, a) daß aus den Umständen die allgemeine Verwerfung der Irrtümer erschließbar ist; b) daß das Argernis wirksam beseitigt wird durch die Erklärung an die Umstehenden, „die Kirche nehme an, sie (die Schismatiker) seien im letzten Augenblick zur Einheit zurückgekehrt“ S. Off. d. 17. Maii 1916 ad II (*NSC.* 1916 S. 693). Fassen wir das Ausgeführte kurz zusammen, so ergeben sich folgende Regeln: 1) Ein bewußtloser gutgläubiger Schismatiker kann bedingungsweise absolviert und mit der heiligen Ölung gestärkt werden, und zwar a) ohne weiteres, wenn Priester und Schismatiker allein sind; b) mit Aufklärung an die Umstehenden („adstantes“), wenn solche vorhanden sind. — 2) Einem gutgläubigen Schismatiker, welcher seiner bewußt ist, kann gerade so geholfen werden, wenn eine wenigstens allgemeine Ablegung der Irrtümer vorausging („*implicite saltem*“). — 3) Für Häretiker gelten die gleichen Regeln, jedoch ohne die Letzte Ölung.



„Wenn ein Religionsdiener (minister) es wagt, Sakramente jenen zu spenden, welchen der Empfang nach göttlichem oder kirchlichem Rechte verboten ist, so werde er von der Spendung der Sakramente suspendiert f. s., solange das Ermessen des Ordinarius dies für gut findet, auch werde er entsprechend der Schuld mit noch anderen Strafen bedacht f. s.“, abgesehen von den besonderen Strafen für bestimmte Fälle Can. 2364.

II. **Wiederholung** Can. 732. „Die Sakramente der Taufe, Firmung und Weihe, welche einen Charakter ausdrücken, können nicht wiederholt werden“ Can. 732 § 1. Wir haben hier die Unwiederholbarkeit *absolut*; doch gibt es andere Sakramente, die *unter Umständen* (relative) nicht wiederholt werden dürfen, so die Eucharistie Cann. 857; 858 § 1; 2321; die Letzte Ölung Can. 940 § 2 (neue Todesgefahr) und die Ehe Cann. 1118 sqq. (Tod; feierliche Profeß; päpstliche Vollmacht). Schon der Wortlaut deutet an, daß über die Gültigkeit des Empfanges dieser Sakramente kein vernünftiger Zweifel obwalten darf. — Von den Strafen des früheren Rechts (z. B. V 9) sind nur Strafen f. s. geblieben im Can. 2321 (öfteres unerlaubtes Messesehen an demselben Tag) und Can. 2364 (Spendung an Unwürdige nach göttlichem Rechte).

„Wenn ein vernünftiger Zweifel besteht, ob Sakramente wirklich oder gültig gespendet wurden, so sind sie bedingungsweise wieder zu spenden.“ Can. 732 § 2. — Dieser Satz gilt zunächst von den drei Charakter sakramenten, allein derselbe kann auch von den übrigen Geltung haben; denn die gleichen Zweifel können auch hier austauschen, außer bei der Kommunion, bei welcher der Zweifel hauptsächlich die *Vollziehung* des Sakramentes betrifft. Vor allem kann ein vernünftiger Zweifel austauschen, ob das Sakrament *überhaupt* empfangen wurde („num revera collata fuerint sacramenta“). Freilich darf man bezüglich der Taufe die Präsump tion des Papstes Innozenz III. in c. 3 De presbytero non baptizato (III 43) teilen, daß ein von christlichen (lege hisce diebus katholischen) Eltern Getaufter, welcher zeitlebens unter Christen als guter Christ (fideliter) weilte, als getauft anzusehen ist. Diese Präsump tion gilt aber nicht von Kindern getaufter Katholiken, aus Misch-



ehen und herumziehender Eltern.<sup>1)</sup> — Doch meistens tauchen Zweifel auf, ob die gespendeten Sakramente gültig empfangen wurden. Der Kodex selbst enthält verschiedene Möglichkeiten des Zweifels, welche meist den Empfänger betreffen; vgl. Cann. 746 §§ 3—5; 747—49; 752 § 3; 941. Ist das zweifelhaft empfangene Sakrament zur Erreichung eines bestimmten Zieles (des ewigen Heiles oder des Sakramentes der Weihe) notwendig, so muß es unter Bedingung wiederholt werden; sonst aber kann dies geschehen zum Nutzen des Empfängers; darum sagt Can. 732 § 2 „sub conditione iterum *conferantur*“.

Man beachte, daß im Kodex mit keinem Worte der Sakramentsspendung seitens Andersgläubiger Erwähnung geschieht. Das Prinzip von der bedingten Wiederholung der Taufe und der übrigen Sakramente gilt in ganz gleicher Weise wie von den Katholiken, so von den Schismatikern und Häretikern. Diese ruhige Objektivität des neuen Gesetzbuches der Kirche hat auch den protestantischen Gelehrten U. St u ß ungemein wohlthuend berührt, wie er selbst bezeugt in seinem „Geist des Codex iuris canonici“ (1918) n. III S. 91.

Immerhin ist die prinzipiell gleiche Behandlung der Sakramentsspendung bei Katholiken und Katholiken Erbgut der Kirche. „Nihil innovetur . . . nisi quod traditum est“, dieser Grundsatz des heiligen Papstes Stephan I. (254—57) klingt harmonisch durch die Jahrhunderte. Als der Herausgeber der „Casus conscientiae“ von J. P. G u r y (editio Melitensis 1878 pag. 393) die Lösung eines praktischen Falles mit den Worten endete: „Quia notum est, haereticos errare saepius in baptismo conferendo; ergo prudenter haeretici ad veram fidem conversi communiter rebaptizari debent“, so entschied das heilige Offizium am 20. November 1878 dagegen und befahl die Verbesserung des Buches in dem Sinne, daß jeder Fall einer Häretikertaufe untersucht werden muß, wie die Kirche das immer gelehrt hat (S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones<sup>4</sup> III 42 n. 6 pag. 440). Doch muß natürlich die katholische Kirche vorsichtig sein gegenüber jenen protestantischen Religionsdienern, welche den Glauben an die Dreifaltigkeit und den sakramentalen Charakter der Taufe über Bord geworfen haben. Wenn schon der Bremer Senat die Taufen, welche Pastor Mauriß mit willkürlich veränderter Form von 1900

<sup>1)</sup> Dieser Satz wird durch die Praxis besonders der Großstädte bestätigt; vgl. den Fall, welchen der verdiente Vorstand des Franz-Regis-Berein in Wien, Koop. Karl K r a s a in der QuSchr. 1903, S. 405 berichtet unter dem Titel „Ein Jude, der gebeichtet hat“.

bis 1905 gespendet hatte, für ungültig und deren Bescheinigung für unstatthaft und strafbar (RSGW. §§ 271 u. 348) erklärt, so hat die Kirche um so mehr ein Recht, auftauchende Zweifel zu prüfen und Sakramentspendungen zu verwerfen, bei welchen es am Wesen der Sakramente fehlte. Die Unitarier in Dänemark haben ein Taufformular zusammengestellt, nach dessen Anwendung bei einem Ungetauften man sagen muß: Der ist sicher nicht getauft, „Berlingske Tidende“ vom 16. März 1916 (LDS. 1916 S. 909); vgl. auch Gottlob Egelhaaf: „Politische Jahresübersicht für 1912“ S. 128; Viktor Cathrein S. J.: „Das Heidentum im evangelischen Deutschland“ (LDS. 1902 S. 13 bis 25); S. Alfonsus: Theol. mor. (Parisii 1878) vol. III 79.

Die Unwiederholbarkeit der Sakramente und die Anerkennung der Sakramentspendung Andersgläubiger bei den Orientalen. Der „ökumenische Patriarch“ Cyrillus V. von Konstantinopel erließ im Jahre 1755 eine (auch nach orientalischer Rechte nichtige) Erklärung, wonach die von Andersgläubigen gespendeten Sakramente als ungültig bezeichnet wurden.

Infolgedessen wurden alle schon nach abendländischem Ritus Getauften bei ihrem Übertritt zur Orthodogie nochmals getauft. Doch nicht alle Einzelkirchen teilten diese Auffassung des Patriarchen und die von ihm vorgeschriebene Übung. Die russische Kirche z. B. sah die römische Taufe als gültig an. War aber einmal eine Taufe in St. Petersburg als gültig erklärt, so galt sie auch beim ökumenischen Patriarchen ohne weiteres als gültig kraft der Lehre von der *οικονομία*; vgl. Konrad Lübeck: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 98. Die bulgarische Kirche hat nach Zankow Steph.: „Die Verfassung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (1918) § 22 S. 85 eine folgerichtige Anschauung: „Mitglieder anderer christlicher Konfessionen, deren Taufe die orthodoxe Kirche als gültig anerkennt, werden in der bulgarischen Kirche als Mitglieder aufgenommen entweder durch den Empfang des Sakraments der Konfirmation (z. B. die Protestanten, die das Sakrament der Konfirmation nicht anerkennen, oder die Katholiken, wenn sie noch nicht konfirmiert waren), oder durch bloßes Glaubensbekenntnis (Losagung von den Irrtümern ihrer bisherigen christlichen Konfession und Bekenntnis aller Lehrlätze der orthodoxen Kirche).“

**III. Riten und Zeremonien** Cann. 733; 98; 106; 1097; 2378. Can. 733: „Bei der Bereitung und Spendung, sowie beim Empfang der Sakramente sollen genau jene Gebräuche und Zeremonien beobachtet werden, welche in den von der Kirche bestätigten Ritualbüchern vorgeschrieben werden (§ 1).— Ein jeder hat seinem eigenen Ritus zu folgen mit Beachtung der Cann. 851 § 2; 866 (§ 2).“

1. Die dogmatische Grundlage dieses Kanons finden wir, abgesehen von der 15. der den Wicleffiten und Hussiten am 22. Februar 1418 vorgelegten Fragen, im Tridentinum sess. 7 en. 13: Wer behauptet, man dürfe die approbierten Riten der katholischen Kirche verachten oder sie nach Belieben aus-

lassen oder sie verändern, wird mit dem Banne bedroht (D.-B. nn. 665; 856). — Die genaue Beobachtung der Gebräuche und Übungen („ritus et ceremoniae“) verpflichtet genau so, wie die liturgischen Bücher sie vorschreiben („quae . . . praecipuntur“), demnach als schwere Pflichten, als leichte Pflichten, als bloße Weisungen, vgl. Wernz: *Ius decretalium* III. n. 332 rit. 52. Daß es tatsächlich liturgische Gesetze gibt, das zu bezweifeln, wäre in Anbetracht der Worte der Cann. 2 und 2378 widersinnig. Welche Gesetze schwer, welche leicht verpflichten, muß aus der Natur der Sache, aus dem Texte der liturgischen Bücher, aus den Entscheidungen der Ritenkongregation und aus der Lehre bewährter Fachmänner entnommen werden.

Die Riten, einfacher in der Römischen Kirche, vielgestaltiger in der Morgenländischen Liturgie, gründen sich auf das Beispiel des Herrn (Mt 7, 32—34: Heilung des Taubstummen; Joh 9, 6—7: Heilung des Blindgeborenen usw.) und entstammen zum Teil der apostolischen Zeit; so wurde im Kanon der Messe seit Gregor dem Großen (590—604) fast nichts mehr geändert. Die kirchliche Liturgie ist ein Kunstwerk von solcher Schönheit und Reichhaltigkeit (*Lex orandi convenit legi credendi*), daß Menschen ohne Voreingenommenheit sich mächtig hingezogen fühlen und Andersgläubige uns darum beneiden. „Ist nicht der Opferbegriff bei seiner Reinigung im Protestantismus zu stark zurückgedrängt worden? Ist endlich nicht die Herbeiziehung des ästhetischen Elements, der Kunst, im Gottesdienst in größerem Umfange wünschenswert“, A. Harnack: „Protestantismus und Katholizismus in Deutschland“ (1907) S. 24; Hermann Almers: „Römische Schlandertage“ S. 449 f.; M. Charlaue (Magda Alberti): „Kämpfe“ 1919 S. 77; 226: „Die ganze Liturgie des heiligen Messopfers ist so erhaben, gewaltig tief und bedeutungsvoll, daß man sie nicht genug durchdenken kann und jede Wiederholung zu neuer Betrachtung anregt“. — Darum ist das gründliche Studium der Liturgie, wie es jetzt namentlich vom Benediktinerorden betrieben wird, sehr zu begrüßen.

Für die Sakramentsspendung kommen folgende liturgische Bücher in Frage: das Missale; das Römische Pontifikale; das Caeremoniale Episcoporum; das Römische Rituale; das Memoriale Rituum für Pfarr- und Konventkirchen, welche der Leviten entbehren. Von der Ritenkongregation wurde das Approbationsdekret der neuesten typischen Ausgabe des „Memoriale Rituum“ vom 14. Januar 1920 und das des „Missale Romanum“ vom 25. Juli 1920 veröffentlicht (AAS. 12, 448—49). — Für den Ambrosianischen und Mozarabischen Ritus sowie für den Orientalischen Ritus bestehen eigene Bücher.

Der uralte Ambrosianische oder Mailändische Ritus vom heiligen Ambrosius in die jetzige Form (Walafried Strabo † 849: *De exordiis et incrementis eccl. rerum* cp. 22) gebracht, ist dem Wesen nach Römischer Ritus mit untergeordneten an den Orient erinnernden Abweichungen; vgl. Dr. Bartholomeo Catena, Präsekt der Ambrosianischen Bibliothek, in dem Werk „Milano ed il suo territorio t. I pag. 113—127. — Der Mozarabische Ritus, von seinem Begründer Isidor von Sevilla ursprünglich der „Isidorianische“ genannt, erhielt nach dem Einfall der Araber ersteren Namen. Kardinal Ximenes († 1517) rettete das Offizium und die Messe durch Gründung der Kapelle „ad corpus Christi“ an der Westseite des Domes von Toledo, wo er das Kollegium von dreizehn Kaplänen der „Mozaraber“ stiftete. Täglich wird noch in diesem Ritus die heilige Messe gelesen; vgl. Schüch-Polz: *Pastoraltheologie*<sup>17</sup> S. 426; Joh. Mayrhofer: *Spanien*<sup>2</sup> (1917) S. 212; Ferreres I. B.: „*Institutiones*“ I n. 732.

2. „Jeder hat seinem Ritus zu folgen“ Can. 733. Diese Vorschrift gilt zunächst für die Geistlichen. Ein Priester hat stets in seinem Ritus die heilige Messe zu lesen, auch wenn er in einer Kirche fremden Ritus zelebriert, während er das Messformular der fremden Kirche anzuwenden verpflichtet ist, so in einer Kirche des Dominikanerordens, der beschuhten Karmeliten usw.;<sup>1)</sup> Dekret der S. R. C. dd. 9. Jul. et 9. Dec. 1895 n. 3862. Das gleiche gilt von der Spendung der heiligen Sakramente; nur in einem Notfalle darf der Priester eines morgenländischen des gesäuerten Brotes (fermentatum) sich bedienenden Ritus die heilige Kommunion in ungesäuelter Spezies (azymum) austeilen und ein morgenländischer oder lateinischer Priester mit ungesäuertem Brots-gestalt in gesäuertem Spezies, wobei jeder seinen eigenen Ritus einzuhalten hat Can. 851 § 2. — Steht einem Priester ein Altar des eigenen Ritus nicht zur Verfügung, so darf er auf dem Altare eines anderen Ritus die Geheimnisse feiern, nur nicht auf den Antimensien<sup>2)</sup> der Griechen Can. 823 § 2.

Viel zahlreicher sind die Möglichkeiten, daß die Gläubigen erlaubterweise sich einem anderen Ritus anschließen. a) Der Messpflicht kann genügt werden in einem jeden katho-

<sup>1)</sup> Die Dominikaner haben die römische Liturgie, wie sie im 13. Jahrhundert in der Kirche von Paris üblich war. Die beschuhten Karmeliten (Carmelitæ calceati) folgen dem Ritus von Jerusalem.

<sup>2)</sup> Antimensium ist in der griechischen Kirche ein seidenes, vom Bischofe geweihtes Tuch mit eingenähten Heiligenreliquien, womit nichtkonsekrierte Altäre bedeckt werden, um darauf das Messopfer zu feiern; vgl. Lübeck-Konrad: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 108.



lischen Ritus Can. 1249. — b) **T a u f e**. Wenn die beiden katholischen Eltern verschiedenen Riten angehören, so wird die Nachkommenschaft im Ritus, den ein Sonderrecht bestimmt, sonst im Ritus des Vaters getauft Can. 756 § 2. Ist ein Teil akatholisch, so ist stets der Ritus des katholischen Theiles maßgebend ibi § 3. Die Taufe nach fremdem Ritus ist gestattet im Nothfall und mit päpstlicher Dispense Can. 98 § 1. — c) **F i r m u n g**. Ein mit der Firmungsvollmacht versehener Priester darf Gläubigen eines anderen Ritus die Firmung nur dann erteilen, wenn das **I n d u l t** so lautet Can. 782 § 4; anders die Bischöfe und jene Priester, denen das **R e c h t** die Firmungsgewalt einräumt (Kardinäle, Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete, Apostolische Vikare und Präfecten) ibi § 3. Priester eines morgenländischen Ritus, welche die Vollmacht oder das Privileg besitzen, Kindern ihres Ritus die Firmung unmittelbar nach der Taufe zu spenden, dürfen dies niemals gegenüber Kindern des lateinischen Ritus tun ibi § 5. Es ist nicht gesagt, daß die Firmung an Kindern eines anderen **o r i e n t a l i s c h e n** Ritus Unrecht (nefas) sei, obwohl die Vollmacht oder das Privileg zunächst Kindern des **e i g e n e n** Ritus gilt. — d) **E u c h a r i s t i e**. Die **A n d a c h t s k o m m u n i o n** kann nach eigenem oder fremdem Ritus jederzeit empfangen werden Can. 866 § 1. Ein auch lange dauernder Empfang nach fremdem Ritus bewirkt keine Veränderung desselben Can. 98 § 5. Es ist ratsam, die **O s t e r k o m m u n i o n** nach eigenem Ritus zu empfangen; bei der heiligen **W e g z e h r u n g** ist es Pflicht, abgesehen von einem Nothfalle Cann. 866 §§ 2 u. 3; 859 § 3; 463 n. 3. — e) **B e i c h t**. Jede Beicht, auch die Osterbeicht, kann bei jedem vom Ortsordinarius bevollmächtigten Priester ohne Unterschied des Ritus abgelegt werden Cann. 881 § 1; 905. — f) **W e i h e**. Ein Weihesakandidat des orientalischen Ritus kann selbst von seinem eigenen lateinischen Bischöfe nur mit Apostolischem Indult zu den Weihen befördert werden Can. 955; handelt es sich um das Subdiaconat oder eine der folgenden Weihen, so müssen die Weihen des Ostriariates, Exorzistates und Acolythates ergänzt werden Can 1004 („Handbuch“ I 118, 125). — g) **E h e**. Ist bei der Eheschließung eine katholische Person des lateinischen Ritus beteiligt, so muß die Ehe vor dem Ortspfarrrer (Ortsordinarius) eingegangen wer-

den Can. 1099 § 1 n. 3, und zwar erlaubterweise entweder nach dem geltenden Sonderrechte oder nach dem Ritus des Mannes Can. 1097 § 2. Daß die Ehefrau — abgesehen von einem Sonderrechte — während der Ehe sich dem Ritus des Mannes anschließen kann Can. 98 § 4, haben wir schon früher gesehen, vgl. „Handbuch“ I S. 44. — h) Desgleichen ist uns bereits bekannt, daß **m o r g e n l ä n d i s c h e O r d e n s - k a n d i d a t e n** nur mit schriftlicher Erlaubnis der **O r i e n - t a l e n k o n g r e g a t i o n** in lateinische Genossenschaften aufgenommen werden können Can. 542 n. 2.

3. **S t r a f e**. „Kleriker der Höheren Weihen, welche beim heiligen Dienste die von der Kirche vorgeschriebenen Riten und Ceremonien schwer vernachlässigen und die sich trotz Mahnung nicht bessern, sollen nach der Schwere der Schuld **s u s p e n d i e r t** f. s. werden“ Can. 2378. Die Aufsicht über die liturgische Betätigung wird geregelt durch die Cann. 410 und 416 (Kapitel); 415 § 3 n. 2 u. 447 § 1 n. 4 (Pfarrer); 476 § 7 (Hilfspriester); 485 (einer Kirche Adskribierte); 501 (Religiosen); 1357 (Seminaristen).

IV. **Die für die Sakramente notwendigen heiligen Öle**. Cann. 734; 735; 946; 2271 n. 2; 2272 § 3. Der Roderer behandelt in den Cann. 734 und 735 diesen Gegenstand: „Die heiligen Öle, welche bei Spendung gewisser Sakramente angewendet werden, müssen vom Bischof am letzten Gründonnerstage geweiht sein; nur in dringender Not dürfen die alten noch verwendet werden“ Can. 734 § 1. — „Wenn das geweihte Öl auszugehen droht, so soll ungeweihtes Olivenöl beigemengt werden, auch zu wiederholten Malen, freilich stets in geringerer Menge“ ibi § 2. — „Der Pfarrer muß die heiligen Öle von seinem Ordinarius erbitten und sie innerhalb der Kirche in sicherem und geziemendem Gewahrsam mit Verschuß sorgfältig aufbewahren; zu Hause behalte er sie nur wegen einer dringenden oder sonstigen vernünftigen Ursache mit Erlaubnis des Ordinarius“ Cann. 735; 946.

**Erläuterung:** 1) Heilige Öle werden benötigt bei den Sakramenten der Taufe, Firmung, Letzten Ölung, Priester- und Bischofsweihe. Das **K r a n k e n ö l** (oleum infirmorum) wird bei der Letzten Ölung gebraucht, und zwar als **M a t e r i e** dieses Sakramentes, Jak 5, 14 („un-

gentes eum oleo), Dekret für die Armenier vom 22. Nov. 1439 (D.-B. n. 700); Tridentinum sess. 14 cp. 1. — Bei der heiligen Firmung hat der Spender (Bischof oder bevollmächtigter Priester) Chrisam (chrisma aus Olivenöl und Balsam) ebenfalls als Materie des Sakramentes zu verwenden, Brief des Papstes Innozenz I. an Bischof Dezentius von Gubbio 19. März 416 (D.-B. nn. 98 u. 697). — Bei der heiligen Taufe finden wir Katechumenenöl und Chrisam; bei der Priesterweihe Katechumenenöl und bei der Bischofsweihe Chrisam durch die Kirche angeordnet. — Würde bei der letzten Ölung statt des Krankenöles Katechumenenöl oder Chrisam verwendet, so wäre die Spendung zweifelhaft, S. Alfonsus in Theol. mor. l. 6 n. 709.

2) Diese heiligen Öle müssen vom Bischof geweiht sein. „Das von einem Priester geweihte Öl ist eine für den Vollzug der letzten Ölung ganz unpassende Materie, materia prorsus inepta“, entschied das heilige Offizium am 15. Mai 1878 im Anschluß an die Päpste Paul V. (13. Jan. 1611) und Gregor XVI. (14. Sept. 1842). Indes könnte ein Priester das Krankenöl gültiger- und erlaubterweise weihen kraft einer ausdrücklichen Bevollmächtigung des Papstes. Alle unierten Priester des griechischen Ritus besitzen eine solche (stillschweigende) Bevollmächtigung zur Weihe des heiligen Öles unmittelbar vor Spendung des Sakramentes. Was den Chrisam bei der heiligen Firmung betrifft, so besteht die Streitfrage, nämlich ob ein Priester zur Weihe desselben vom Papst bevollmächtigt werden kann; vgl. Pruemmer Dom. in Theol. mor. III n. 154. Die Instruktion für einen Priester, welcher die apostolische Vollmacht zu firmen erhält, lautet in dem hieher gehörigen Abschnitt: „Der Priester Sorge vor allem dafür, daß er Chrisam bei sich habe, das ein katholischer mit dem Apostolischen Stuhle verbundener Bischof geweiht hat; und wisse, daß es ihm niemals erlaubt sei, ohne einen solchen Chrisam die Firmung zu spenden“, wobei St. Thomas 3 q. 72 a. 3 zitiert wird (Rituale Romanum 1913 in Appendice pag. 3\*). Über die Streitfrage vgl. Papst Urban V. in epist. ad Consolatorem d. 29. Sept. 1351 ad 4 (D.-B. n. 574); Papst Benedikt XIV. in Syn. l. 7 c. 8 nn. 1 et 2 („exempla si vera sint“); St. Alfons in Theol. mor. De

confirmatione n. 170 (am Schluß); J. E. Danner S. J.: Artikel in der *MS.* 1904 S. 805 f. Aus diesen Stellen dürfte mit Wahrscheinlichkeit hervorgehen, daß der Papst den einfachen Priester auch mit der Weihe des Chrysams betrauen kann.

3) Die heiligen Öle sind am Gründonnerstage zu weihen, und zwar innerhalb des Hochamtes nach den Vorschriften des Römischen Pontifikale (p. III pag. 41—58); zuerst innerhalb des Kanons (vor *Per quem haec omnia*) die Weihe des Krankenöles, nach der Kommunion jene des Chrysams und des Katechumenenöles. Ist der Bischof verhindert (z. B. durch Krankheit), so muß ein anderer Bischof die Öle weihen; eine private Weihe in der Hauskapelle ist unstatthaft S. R. C. d. 13. Jun. 1693 ad I und wird auch von Rom nicht gewährt S. R. C. d. 21. Jan. 1662 in Torcellen. Nicht einmal vor dem Pontifikalamt darf die Weihe stattfinden S. R. C. d. 9. Maii 1857 ad 2.

Bei der Ölweihe des Gründonnerstags sind 12 Priester, 7 Diakone und 7 Subdiakone beteiligt. Die 7 Subdiakone können nicht ersetzt werden durch Molythen S. R. C. d. 7. Febr. 1874 in Limburgen. et d. 7. Jul. 1876 in Ravennaten. ad 7. Sind diese oder die übrigen Majoristen in der vorgeschriebenen Zahl nicht zu erreichen, so gewährt der Apostolische Stuhl eine geringere Zahl nach dem Bedürfnisse. Ein Indult der Ritenkongregation vom 23. Februar 1916 forderte während des Krieges für die kriegsführenden Völker wenigstens 3 Priester, 3 Diakone und 3 Subdiakone, wobei letztere ausnahmsweise durch Molythen ersetzt werden dürfen (AAS. 8, 73; *MS.* 26, 658). Dieses Indult darf auch noch benutzt werden, solange die Kriegswunden nachdauern. — Wurde das Anhauchen der heiligen Öle („*super os ampullæ halant*“) aus irgendeinem Grunde unterlassen, so ist die Gültigkeit der Weihe dadurch nicht gefährdet S. Off. d. 19. Jun. 1889 (*ME.* 7<sup>2</sup>, 5—6). — Aus verschiedenen Entscheidungen der Ritenkongregation geht hervor, daß der Bischof mit dem Stab zur Ölweihe schreitet (d. 20. Maii 1890 in Montis Politiani ad 4); daß der Ölweihetisch weder Kreuz noch Leuchter trägt (d. 29. Maii 1891 in Cuneen. ad 2); daß die Ölgefäße vor der Weihe zu entkleiden sind, außer dem Chrysamgefäß, welches erst nach der Eingießung des Balsams entkleidet wird (ibi ad 3); endlich daß die Priester durch Kniebeugung wie den Chrisam so auch das Katechumenenöl zu verehren haben (d. 27. Maii 1911 in Baionen.).

4) Abgesehen von einem Notfalle müssen die neuen Öle zu den Sakramenten und Sakramentalien (z. B. Taufwasserweihe) gebraucht werden Can. 734 § 1. Die heiligen Öle werden in der Bischofsstadt unentgeltlich verteilt; ausnahmsweise duldete die Konzilskongregation die Gewohn-



heit der Diözese Feltre-Belluno, wonach bei der Verteilung eine Lire gegeben wird (S. C. C. d. 23. Apr. 1888 ad 2; ME. V 2, 78). Die Überbringung der heiligen Öle von der Kathedralstadt zu den einzelnen Defanen, Pfarrern oder Missionären usw. muß durch *P e r s o n e n* geschehen, womöglich durch Kleriker, sonst durch zuverlässige Laien; eine nicht persönliche Versendung der heiligen Öle durch Post oder Bahn ist unerlaubt S. Off. d. 1. (3.) Maii 1901 in Leavenworthien. (ME. 13, 100) et d. 14 (15.) Ian. 1903 in Portalegren. in Brasilia (ME. 15, 245). Dieselbe Vorschrift gilt natürlich auch für die Überbringung der heiligen Öle vom Defan an die selbständigen Seelsorger. Jeder Seelsorger hat die alten Öle solange aufzubewahren, bis die neuen in seinen Händen sind; erst dann kann er sie in die Ewiglichtlampen gießen (Rubrik des Pontifikale am Schluß der Ölweihe) und den Rest, von Baumwolle aufgesaugt, verbrennen. — Sollten aus irgend einem Grunde die heiligen Öle in der Bischofsstadt auszugehen drohen, so darf natürliches Olivenöl in geringerer Menge beigemischt werden Can. 734 § 2. Für die Seelsorgestellten kann von der Bischofsstadt oder den Defanalämtern geweihtes Öl bezogen werden; wäre dies nicht möglich oder nicht der Mühe wert, so kann auch hier mit der Ergänzung durch *e c h t e s* Olivenöl (ohne Weihe) abgeholfen werden. In allen Fällen wäre die Spendung der letzten Ölung mit *so* ergänztem Öle gültig, *Rituale Romanum* tit. 5 c. 1 n. 3. Diese Beimischung von natürlichem Öle ist nur im *Notfalle* statthast, S. R. C. d. 7. Dec. 1884 ad 3 in Patavina n. 2883 et d. 28. Ian. 1901 in Mantuana.

5) Die heiligen Öle sind in der *K i r c h e* aufzubewahren Can. 735; man darf hiezu auch die *S a k r i s t e i* rechnen. Ein Aufbewahren im Pfarrhause wurde durch den Roderx bedeutend gemildert; denn früher war nur die Aufbewahrung des Krankenöles erlaubt bei weiter Entfernung des Pfarrhofes von der Kirche. Nunmehr dürfen alle heiligen Öle schon wegen eines *v e r n ü n f t i g e n* Grundes im Pfarrhofe aufbewahrt werden, freilich nur mit Erlaubnis des Ordinaris Can. 735. Auch für den Pfarrhof gilt natürlich die Aufbewahrung an einem sicheren und würdigen Orte, und zwar unter Verschuß („sub clavi“) ibi. Die größeren wie die Gebrauchsgefäße müssen, um Verwechslungen zu vermeiden,

mit großen Buchstaben am Gefäße selbst und am Deckel gekennzeichnet sein: S. O. (sanctum oleum) oder O. Cat. (oleum catechumenorum) für das Katechumenenöl; S. Chr. für den Chrisam; O. I. für das Krankenöl; vgl. Schüch = Polz: Pastoraltheologie<sup>17</sup> (1914) S. 365.

Der Ordinarius von Ciudad Rodrigo erhielt am 19. September 1893 von der Pönitenziarie Weisungen betreff der Aufbewahrung des heiligen Krankenöles für Unfälle bei den Stiergefechten: 1) Niemals darf ein Priester mit dem heiligen Öle dem Stiergefichte anwohnen. 2) Es kann geduldet werden, daß an naher heiliger Stätte oder wenigstens an einem angesehenen und würdigen Orte das heilige Öl aufbewahrt werde, nie auf Verabredung; dabei muß vermieden werden, daß nicht in der Nähe des heiligen Öles eine Billigung oder Förderung dieser Kampfspiele erblickt werde (ME. 8<sup>1</sup>, 247). Dieselben Grundsätze gelten um so mehr für Duellen; vgl. S. Off. d. 28. Maii 1884 ad 3.

Beim Interdikt dürfen die heiligen Öle stets aufbewahrt werden, wenigstens in den Pfarrkirchen Cann. 2271 n. 2; 2272 § 3 n. 2.

**V. Uneigennützigkeit des Spenders** Cann. 736; 463; 1056; 1097 § 3; 1909: „Für die Verwaltung der Sakramente darf der Spender nichts verlangen oder erbitten aus irgendeinem Grunde oder bei irgendeiner Gelegenheit weder direkt noch indirekt außer den im Can. 1507 § 1 angegebenen Leistungen“ Can. 736; vgl. Rit. Rom. tit. I n. 13; tit. III. c. 1 n. 20. Diese Leistungen bei Gelegenheit der Sakramentspendung, gewöhnlich „Stolgebühren, iura stola, oblationes“ genannt, müssen geregelt werden auf dem Provinzialkonzil bzw. auf der Bischofskonferenz. Solange dies nicht geschehen ist, bleibt es bei der alten Stolgebührenordnung, welche nicht nur nach Bistümern, sondern nach Pfarreien, ja oft nach Kirchen verschieden ist.

In Bayern werden Stolgebühren erhoben bei Gelegenheit der Taufe und der Trauung (mit Verkündigungen). Bei Verzehgängen ist in der Regel keine Gebühr ausgesetzt, zuweilen ist die Erhebung derselben geradezu untersagt. Ein Beichtgeld bei Gelegenheit der Beicht wird nur in einigen Gegenden Südbayerns entrichtet, während bei Gelegenheit des Einsammelns der Osterbeichtzettel öfter Leistungen üblich sind, aber nicht für die Beicht. — Die Beichtzettelsammlung zu Ostern wird wesentlich erschwert durch die damit verbundenen Geld- und Naturalienleistungen. Eine Ablösung dieser Gaben wäre dringend zu wünschen. Aber die Zahlungen am Beichtstuhl bei Gelegenheit der Beicht erheischen geradezu gebieterisch baldigste Abschaffung; Rit. Rom. tit. 3 c. 1 n. 20; Passauer MS. 17, 490; 24, 437; vgl. Dr. Leo Benario: „Die Stolgebühren nach dem Bayerischen Staatskirchenrecht“ (1894) S. 24—38.

Am 22. Januar 1920 fragte Abgeordneter Dr. Wohlmuth bei der Staatsregierung über die Stolordnung an. Die Staatsregierung erwiderte durch den Ministerialrat Goldenberger: Eine Regelung zugunsten der Kirchen (templa) und des weltlichen Kirchendienstes sei möglich auf Grund der RGD. Art. 14 III unter Aufsicht des Staates. Die Stolgebühen der Pfarrer und sonstigen Geistlichen ordnet die betreffende Religionsgesellschaft in eigener Zuständigkeit M.-E. 18. Mai 1920 (n. 20138).

## Von der Taufe.

### § 4. Rechtliche Bedeutung der Taufe.

I. **Rechtliche Bedeutung.** Die Taufe (baptismus, baptisma) ist der Eingang zu den übrigen Sakramenten und deren Grundlage Can. 737. Darum gelten die den Nichtgetauften gespendeten Sakramente als nicht gespendet; natürlich wenn man die Eucharistie ausnimmt, welche von Ungetauften nicht nur in Wirklichkeit, sondern auch in Gnade empfangen werden kann, wenn die Disposition nicht fehlt; vgl. Innozenz III. in c. 3 De presbyteris non baptizatis (III 43). Besonders wichtig ist obiger Satz für das Sakrament der Weihe c. 52 C. 1 q. 1; cc. 1. 3 De presbyt. non bapt. (III 43); „Handbuch“ I S. 86.

II. **Notwendigkeit.** Die Taufe, in Wirklichkeit empfangen oder wenigstens im Verlangen erstrebt, ist allen zum Heile notwendig Can. 737. Zur Erlangung des Heiles genügt die Wiedergeburt „aus dem Geiste“, also neben dem wirklichen Empfang der Taufe auch noch die Begierdetaufe (baptismus flaminis) oder die Bluttaufe (baptismus sanguinis), welche man beide unter dem Begriff „baptismus in voto“ zusammenfassen kann. — Zur Erlangung der Kirchenmitgliedschaft genügt nur die „Wiedergeburt aus dem Wasser und dem Heiligen Geist“, also die wirkliche Taufe Joh 3, 5; „Handbuch“ I S. 86. Obwohl Innozenz III. persönlich der Ansicht war, daß zur Erlangung der Kirchenmitgliedschaft die „fides sacramenti“ genüge, so entschied er doch für Notwendigkeit der Wassertaufe („sacramentum fidei“) c. 3 De presbyt. non baptizato III (43).

**III. Materie.** Die schlechthin notwendige Materie der Taufe ist „wahres natürliches Wasser“ (*materia remota*); welches angewendet wird durch „Abwaschung, ablutio“ (*m. proxima*). Form der Taufe sind die vorgeschriebenen Worte („*praescripta verborum forma*“).

Erläuterung: 1) Sicher genügt als *materia remota* wahres natürliches Wasser; keine andere Flüssigkeit kann an Stelle des Wassers angewendet werden *Rit. Rom. tit. 2 c. 1 n. 3*. Bei Beurteilung der Frage, ob eine Flüssigkeit geeignet ist zur Spendung der Taufe, kommt es nicht auf die chemische Zusammensetzung derselben an, sondern auf die *allgemeine Schätzung* (*communis aestimatio hominum*). Das Wasser des Meeres ist sicher Materie der Taufe, obwohl es unter tausend Teilen 32—41 fremde Bestandteile enthält; ebenso das Wasser von Salzquellen, z. B. der Reichenhaller Edel- und Karl-Theodor-Quelle, bei welchem auf 1000 Teile 250 Salzbestandteile entfallen. Dagegen wäre eine Taufe in Wein, Milch oder Blut, obwohl hier weniger feste Bestandteile auf die Wassermenge treffen (auf 1000 Teile beim Wein 100, bei Milch 100—150, bei Blut 210<sup>1)</sup>), sicher ungültig. Wir haben zwei Dekretalen Innozenz' III., in welchen der Papst entscheidet, daß weder Schleim (*phlegma*) c. 8 *De cel. missarum* (III 41) noch Speichel (*saliva*) c. 5 *De baptismo* (III 42) geeignet seien zur Spendung der Taufe. Und doch enthält Speichel nur 6—9 feste Bestände auf 1000 Teile, während die übrigen Wasserbestandteile sind. Wird etwas ganz allgemein als Wasser angesehen, so haben wir eine sichere Materie. Kann man aber eine Flüssigkeit als Wasser unmöglich ansehen, so darf sie als ungültige Materie niemals gebraucht werden, während eine zweifelhafte Materie (wie Lauge, dünne Suppe) in Ermangelung einer sicheren für Notfälle zulässig ist; vgl. S. Thomam in *S. th. 3 q. 66 a. 4*. Aus den Prinzipien folgt, daß auch giftiges oder vergiftetes Wasser gültige Materie

<sup>1)</sup> Auf die Frage, ob mit Bier oder Milch getauft werden könne, erklärte Buther in seinen Dissereden, daß auch andere Flüssigkeiten, wie Bier, Milch, Brantwein, überhaupt alles, was ein Bad bilden kann, angewendet werden können; vgl. J. Buchmann: „*Populärsymbolik*“ (1843) § 54, S. 485.



der Taufe ist, wenn es nur Wasser ist, C. des heiligen Offiziums vom 21. (23.) Aug. 1901 für Utrecht (ME. 13, 385; 21, 84.)

Manche Ärzte, so berichtet der Erzbischof von Utrecht an den Apostolischen Stuhl, taufen in Krankenhäusern oder sonstigen Notfällen mit Wasser, dem Quecksilberchlorid (*hydrargyrum bichloratum corrosivum*; *chloride de mercure*; *biclorato di mercurio corrosivo*) beigemischt ist. Auf 1000 Teile Wasser wird ein Teil Quecksilberchlorid gegeben, welches bewirkt, daß das Wasser beim Trinken giftig ist, während es äußerlich als starkes Antiseptikum zur Wundbehandlung verwendet wird. Bei Taufen des Kindes im Mutterleib bewahrt es die Mutter vor Erkrankungsgefahr („*ne matris uterus morbo afficiatur*“). Auf die drei Fragen des Utrechter Erzbischofs I.: ist eine solche Taufe sicher oder zweifelhaft gültig; II. ist sie erlaubt zur Abwendung von Krankheitsgefahr; III. ist sie ohne diesen Grund erlaubt, gab das heilige Offizium vom 21. August 1901 folgende drei Antworten: Ad I. *Providebitur in 2.* Ad II. *Licere, ubi verum adest morbi periculum.* Ad III. *Negative.* Aus diesen Antworten erhellt, daß die Anwendung von solchem vergifteten Wasser nur zur Abwendung einer Krankheitsgefahr erlaubt ist. Ist kein Grund vorhanden oder kein entsprechender, so kann solches Wasser nicht angewendet werden. Dieses Wasser darf nicht angewendet werden, entweder weil es bloß *materia dubia* ist oder weil es vergiftet und darum unwürdig und unpassend ist für ein so erhabenes Sakrament. Der Apostolische Stuhl ging der Beantwortung der ersten Anfrage „*Estne baptisma cum huiusmodi aqua administratum certo an dubie validum*“ direkt aus dem Wege mit den Worten „*Providebitur in 2.*“. Freilich indirekt können wir die Gültigkeit erschließen aus der zweiten Antwort „*Licere*“. Denn würde diese *materia* nur zweifelhaft gültig sein, so wäre a) ihre Anwendung nur im äußersten Notfalle erlaubt; b) eine bedingte Wiedertaufe nach der etwaigen glücklichen Geburt notwendig; c) ein Grund für den Zweifel nicht einzusehen, da das Wasser auch nach Beimengung des Quecksilberchlorid Wasser bleibt; vgl. St. Thomas S. th. 3 q. 66 a. 4; St. Alfonsus in Th. m. VI n. 103.

2) Entfernte Materie der feierlichen Taufe ist das am Karfreitage bzw. am Pfingsttage geweihte Taufwasser, welches in einem reinen Taufbrunnen mit Sorgfalt sauber zu erhalten ist. Das bei der Taufwasserweihe noch vorhandene (alte) Taufwasser soll in das Sakrarium gegossen werden. — Um das Ausgehen des Taufwassers zu verhüten, kann reines ungeweihtes Wasser in geringerer Menge dem Taufwasser beigemischt werden. — Ist das Taufwasser verdorben oder ganz ausgegangen, so muß in das gereinigte Taufwassergefäß neues natürliches Wasser gegossen werden, welches nach der im Römischen Rituale (tit. 2 cp. 7) angegebenen Form zu weihen ist. Wenn das Taufwasser ganz gefroren ist, muß es flüssig gemacht werden; ist es nur teilweise

gefroren, so kann durch Begießung von warmem Wasser (in geringerer Menge) für die Erwärmung des Taufwassers gesorgt werden, daß es dem Kinde nicht schade, Rit. Rom. tit. 2 ep. 1 nn. 3. 7.

3) Die Anwendung des Taufwassers (*materia proxima*) geschieht durch Abwaschung („per ablutionem“) Can. 737. Hiefür gibt es drei Möglichkeiten: die *Aufgießung* (*infusio*), die *Untertauchung* (*immersio*) und die *Besprennung* (*aspersio*). Alle drei Arten sind praktisch für die *Mottaufe*. Bei der feierlichen Taufe und auch bei der ordentlichen Privattaufe darf die Taufe nur geschehen entweder durch *Aufgießung* oder durch *Untertauchung* oder durch eine gleichzeitige Anwendung beider („*modus mixtus ex utroque*“), je nach der Gewohnheit der einzelnen Kirchen Can. 758; die Besprennung scheidet hier aus (freilich bloß für die Erlaubtheit). Den genaueren Ritus beschreiben die Ritualien: Ein und dieselbe Person gießt und spricht die Form; die Begießung geschieht auf das Haupt, und zwar dreimal in Kreuzesform. Gleiches (mit Ausnahme der Kreuzesform) ist vorgeschrieben für die Untertauchung des ganzen Körpers oder wenigstens des Kopfes Rit. Rom. tit. 2 ep. 1 n. 10; ep. 2 nn. 19. 20; ep. 4 nn. 39. 45. — Das gebrauchte Taufwasser gehört nicht in den Taufbrunnen (wie man auf Gemälden dies oft unrichtig beobachten kann), sondern in das Sakrarium der Taufkapelle oder der Kirche c. l. ep. 1 n. 11.

1) Bei der außerordentlichen Mottaufe kann neben der Begießung und der Ein- oder Untertauchung (einer lebenden Frühgeburt) auch die Besprennung zur Anwendung kommen; letztere namentlich bei Taufen der Leibesfrucht im Mutterchoße. Immerhin ist bei jeder dieser drei Arten notwendig, a) daß ein *Fließen* des Wassers stattfindet; b) daß die *Haut* getroffen werde, womöglich des Hauptes. Ein Erlaß des heiligen Offiziums vom 14. (16.) Dezember 1898 verordnet, daß „bedingungsweise, privatim, mit Hinnweglassung aller unwesentlichen Zeremonien wiedergetauft werden“ jene Kinder, welche ein Pfarrer „auf der Stirne mit dem durch das Taufwasser befeuchteten Daumen gesalbt hatte“ (*per modum unctionis*, ME. X2 pag. 243). Dieser Erlaß beweist, daß eine bloße Berührung, Besprennung, Salbung mit Taufwasser ohne ein Fließen des Wassers zweifelhaft gültig ist, weshalb auch das heilige Offizium die besondere Aufmerksamkeit des Diözesanbischofs auf die in dieser Art getauften Weibeskandidaten hinlenkte. — Bei der Taufe auf das Haupt beachte der Taufende, daß wirklich die Haut geneßt werde, nicht die Haare allein, der Kopfschleim oder Kopfgrind, freilich ist auch eine übertriebene Angst-

lichkeit ungerechtfertigt; man halte sich an das Rituale, welches auch bei Erwachsenen keinerlei Vorsorge wegen der Haare trifft, Rit. Rom. tit. 2. ep. 4 n. 39. Freilich bei der Taufe der Leibesfrucht ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Haut des Kindes und nicht bloß die drei Eihäute (Amnion, Chorion und Decidua) getroffen werden.

2) In den morgenländischen Kirchen wird der Taufakt in folgender Weise vollzogen: Nach der Salbung „wird der Täufling, das Gesicht nach Osten gerichtet, bis zur halben Brust ins Wasser des Taufbeckens gestellt und durch dreimaliges Untertauchen getauft mit den Worten: „Getauft wird der Knecht Gottes N. auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.“ L ü b e k: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 165.

4) **Die Form.** Wir müssen die gewöhnliche Form unterscheiden von außerordentlichen Formen, welche die Not gebietet. Die gewöhnliche Form lautet nach dem Römischen Rituale: *N. Ego te baptizo in nomine Patris et Filii et Spiritus Sancti* und enthält fünf wesentliche Punkte: a) die Person des Taufenden; b) die Taufhandlung; c) die Person des Täuflings; d) die Einheit der göttlichen Natur; e) die Dreieinheit der göttlichen Personen. — Fehler können gemacht werden durch Veränderung, Entstellung, Umstellung, Beifügung und Weglassung.

Entscheidungen des Apostolischen Stuhles beleuchten diesen wichtigen Gegenstand. a) Das Dekret für die Armenier anerkennt auch die Gültigkeit der morgenländischen Taufe (oben), bei welcher die Person des Taufenden zurücktritt, D.-B. n. 696; Ben. XIV. in Const. „*Et si Pastoralis*“ d. 26. V. 1742 § II n. 2. — b) Wird nicht die Taufhandlung, sondern nur der Wille, die Taufe zu vollbringen ausgedrückt, so ist die Taufspendung ungültig S. C. Inq. d 23. Iunii 1840 („*Ich will dir spenden das Sacrament der Sündentaufe im Namen usw.*“ — *baptismus esse invalidum*). — Ungültig ist die Taufe, gespendet mit den Worten „*in nomine Patris et Filii et Spiritus Sancti*“, wenn die übrigen Worte fehlen c. 1 De baptismo (III 42) et prop. 27. damnata ab Alexandro VIII. (D.-B. n. 1317). — c) Die drei göttlichen Personen müssen in der Taufformel einzeln zum Ausdruck gebracht werden, so daß eine Taufe „*in nomine Ss. Trinitatis*“ mindestens sehr zweifelhaft wäre, St. Alfonsus in Theol. mor.: De baptismo n. 111. — Katechisten auf den Gilbertzinseln hatten getauft mit der Formel „*I patetitoiko n avan te Tama, ao te Rati, ao te Tamnei-ave-Navirvi* oder *Tamnei-Tapu*“ (*Spiritus bonus* oder *sacrat*) statt „*Tamnei-ave-Raviroi*“; das heilige Offizium antwortete am 13. (14.) April 1904: Sic „*baptizatos non esse inquietandos*“ (ME. 16, 245). — „Heutzutage ist sicher, daß die Taufe „*in nomine Christi*“ ungültig ist, wie alle einmütig lehren S. Thomas p. 3 q. 66 a. 6.“ St. Alfonsus ibidem n. 112. Über die Taufe „*im Namen Christi*“ vgl. Apg 8, 12; 19, 5 (19, 2. 3); Papst Stephan I. (254—257); Innocenz I. (401—417); Nikolaus I. (858—867) bei D.-B. nn. 47; 94; 335; dagegen Pelagius I. (556—61)

ibi n. 229. — d) „Amen“ hat nach dem Rituale und dem Erlaß der Ritengregation vom 9. Juni 1853 n. 3014 wegzubleiben. Eine besondere Betonung der Absicht („Si vis baptizari, ego te b.) macht zwar die Taufe nicht ungültig, indes ist die Beifügung unerlaubt, S. Off. d. 12. Jun. 1850 (ASS. 25, 245). — e) Berühmt ist die Taufform „baptizo te in nomine Patria et Filia et Spiritu Sancta“, von welcher St. Bonifaz an Papst Zacharias Meldung tut und welche der Papst im Gegensatz zum Heiligen dann für gültig ansieht, wenn der fragliche Priester ohne böse Absicht nur die lateinische Sprache radbrechen. — f) Bei der Privattaufe kann statt der lateinischen die Muttersprache gebraucht werden, was auch Pflicht ist für jene, welchen die genaue Kenntniß der lateinischen Sprache abgeht.

Außer der einfachen Form kennt das Rituale auch eine bedingte Form. Die Bedingung betrifft meistens die Gültigkeit der früheren Taufe „Si non es baptizatus, ego te baptizo“ etc. Alexander III. gibt in c. 2 De baptismo (III 42) eine umfassendere Form an: „Si baptizatus es, non te baptizo, sed, si nondum baptizatus es, ego te baptizo etc.“ Nicht selten berücksichtigt die Bedingung die Fähigkeit des Empfängers. „Si capax es, ego etc.“ ist jedenfalls die passendste Form. Doch kennt das Rituale noch die genauere „Si homo es“ bei Mißgeburten und der Roderx deutet jene an „Si vivis“ Cann. 746 § 4; 747, vgl. Rit. Rom. tit. II. c. 1 n. 9; c. 2 n. 22; c. 4 n. 40; Cann. 746—48; 752 § 3. — Ist sich der Spender des Zweifels bewußt, so muß er die Bedingung nicht nur im Geiste setzen, sondern auch in Worten ausdrücken, S. C. de Pr. F. d. 29. Maii 1838 (Collectanea Pr. F. p. II tit. 1 c. 2 n. 524).

IV. **Einteilung.** „Wird die Taufe gespendet mit Einhaltung aller Gebräuche und Zeremonien, welche in den Ritualbüchern vorgeschrieben sind, so heißt sie feierliche Taufe (baptismus sollemnis), sonst Privattaufe (b. non-sollemnis seu privatus)“ Can. 737 § 2.

## § 5. Spender der Taufe.

I. **Allgemeines.** Die ordentlichen Spender der feierlichen Taufe sind im allgemeinen der Bischof und der Priester (Pontificale Romanum: De consecratione electi in episcopum pag. 72; de ordinatione presbyteri pag. 45); der außerordentliche Spender ist der Diakon Cann. 738 § 1; 741; 744.



„Die Taufe der Erwachsenen soll, womöglich, dem *Ordinarius* überlassen werden, damit sie von ihm oder seinem Bevollmächtigten mit größerer Feierlichkeit gespendet werden kann“ Can. 744; R. R. tit. 2 c. 3 n. 3. Dabei kann der Bischof alle Zeremonien von Anfang an in eigener Person vornehmen mit Beachtung des R. R. tit. 2 c. 6 oder er kann durch einen Priester die Riten des „Katechismus“ vornehmen lassen, während er selbst den eigentlichen Taufakt vollzieht, angefangen vom Paramentenwechsel (der Bischof erscheint also nur in weißer Farbe) R. R. tit. 2 c. 6 n. 5.

Der *Diacon* kann seine Taufgewalt ohne Erlaubnis des *Ordinarius* oder Pfarrers, welche auf einer rechtmäßigen Ursache zu ruhen hat, nicht ausüben; im Notfalle steht die Rechtsannahme für diese Erlaubnis Can. 741. Tut er es ohne Erlaubnis, so wird er deswegen nicht irregulär, wenn er auch schwer sündigt Cann. 741; 1147 § 4; Pontificale „De ord. diaconi“ pag. 35; „Handbuch“ I S. 173.

**II. Rechtsordnung.** Die erlaubte Spendung richtet sich nach der kirchlichen Rechtsordnung, wonach die Erteilung der feierlichen Taufe eigentliches *Pfarrrecht* ist Can. 462 n. 1. An Stelle des Pfarrers kann der *Ordinarius* sich die Taufe reservieren Cann. 738 § 1; 744, freilich nicht so, daß die Pfarrgewalt gegenstandslos wird. Mit Erlaubnis des Pfarrers oder des *Ordinarius* kann auch ein anderer Priester taufen; eine Erlaubnis, welche im Notfall präsumiert werden kann Can. 738.

Auch ein *Fremder* („*peregrinus*“) soll vom eigenen Pfarrer in der eigenen Pfarrkirche getauft werden; kann es nicht leicht sein, so vom Pfarrer des Taufortes Can. 738 § 2. — In einem *fremden* Gebiet ist zur feierlichen Taufe auch der eigenen Untergebenen die Erlaubnis des Ortspfarrers oder *Ordinarius* notwendig Can. 739. — Sind Pfarreien oder Missionspfarreien („*quasi-paroeciae*“ Can. 216 § 3) noch nicht errichtet, so bestimmen die besonderen Statuten oder rechtmäßigen Gewohnheiten, wer außer dem *Ordinarius* das Taufrecht hat Can. 740.

Die Vorschrift „für die Taufe der *Fremden*“ (Can. 738 § 2) dürfte praktischer heißen „für die Taufe von *Kindern der Fremden*“. Indes wird die Verbringung der Neugeborenen in die eigene Pfarrei oft mit Schwierigkeiten verbunden sein, weshalb der Aufenthaltspfarrer zu-

pändig ist. Aus Can. 738 § 2 erhellt, daß auch die Ungetauften zu den Pfarrangehörigen zählen, vgl. Can. 1350; 464 § 1; 91 u. 94 § 1.

**III. Spender der Nottaufe.** „Nottaufe“ ist die Privattaufe in Todesgefahr R. R. tit. 2. c. 1 n. 12: „Schwebt ein Kind oder ein Erwachsener in Todesgefahr, so kann ihm die Privattaufe von jedem gespendet werden in jeglicher Sprache, mag der Spender Kleriker oder Laie sein, auch ein Exkommunizierter“ ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses oder des Geschlechtes, doch muß der Spender das Wesen genau einhalten und die Absicht haben, das zu tun, was die Kirche tut. Zur Sicherung des Nachweises sollen womöglich zwei Zeugen beigezogen werden oder wenigstens einer Can. 742. — Sind mehrere Personen zugegen, so hat die den Vorzug, welche die Taufspendung am besten versteht. Verstehen sie alle gleich gut, so hat eine Frauensperson bei Taufen von Nichtgeborenen in Rücksicht auf den Anstand („pudoris gratia“) den Vorzug vor Mannspersonen (abgesehen von den Ärzten). Sonst soll die hierarchische Ordnung eingehalten werden: Priester, Diakon, Subdiakon, Kleriker, katholischer Laie; Katholiken (getaufte, dann ungetaufte) Can. 742 § 1. — Die leiblichen Eltern sollen die Nottaufe nur dann spenden, wenn keine andere Person vorhanden ist, welche die Taufe zu spenden weiß und tatsächlich spendet ibi § 2. — Das eheliche Recht wird in keinem Falle beschränkt R. R. tit. 2 c. 1. n. 14. Da die Nottaufe meist von Hebammen, Ärzten und Wundärzten zu spenden ist, so soll der Pfarrer dafür sorgen, daß diese die Taufspendung genau verstehen Can. 743. Wir haben hierüber sehr viele partikuläre Vorschriften schon aus alter Zeit; vgl. Georg Schreiber: „Mutter und Kind“ (1918) S. 28, 31, 36.

„Der Evangelische vermag, falls er nur die äußeren Zeichen wahr und die richtige Intention hat . . ., wie jeder die Taufe, nämlich die nichtfeierliche, die Nottaufe, zu erteilen; der Hebamme, überhaupt dem Weibe, von dem es so oft heißt: Mulier taceat in Ecclesia, wird dabei sogar, selbst wenn es evangelisch ist, der Vorrang vor dem Manne eingeräumt, falls es über Taufform oder Taufvorschrift besser Bescheid weiß“, St u h U.: „Der Geist des CIC“ (1918) S. 94. Diese Aufstellungen sind richtig, doch sind die Sätze über 1400 Jahre älter als die „Evangelischen“; sie sind göttliches Recht, Papst Stephan I. (254—57) und Konzilium I. von Nizäa (D.-B. nn. 46. 47. 55). — „Wer sich die Taufe in irgendeiner Weise von Katholiken erteilen ließ, abgesehen vom Falle

äußerster Not, zieht sich dadurch die Irregularität zu" Can. 985 n. 2. „Wer wissentlich seine eigenen Kinder akatholischen Religionsdienern zur Taufe anzubieten sich unterfängt, verfällt der dem Ordinarius vorbehaltenen Excommunication" Can. 2319 § 1 n. 3.

## § 6. Empfänger der Taufe.

**I. Wesentliche Erfordernisse.** „Zum Empfang der Taufe ist fähig jeder lebende Mensch, welcher noch nicht getauft ist, und nur dieser ist fähig" Can. 745 § 1. Bei erwachsenen Menschen wird ferner der nach außen hin kundgegebene Wille, getauft zu werden, zur Gültigkeit der Taufe verlangt Can. 745 § 2, n. 2 („animi motu petat“).

Die Verpflichtung zur heiligen Taufe besteht seit der Gründung der heiligen Kirche, also vom Pfingstfeste an Mt 28, 19; Apg 2, 38. Seit dieser Zeit müssen (Joh 3, 5) und können alle Menschen getauft werden ohne Rücksicht auf Volk oder Geschlecht, ohne Rücksicht auch auf den Gnadenstand. Darum wurden sehr wahrscheinlich auch die heiligen Apostel getauft, ja auch die Gottesmutter Maria. Der äußere Eintritt in die Kirche wurde damit bekundet. Vom Apostel Paulus haben wir das ausdrückliche Zeugnis der Apostelgeschichte 9, 18. — Nur der Mensch kann getauft werden, und zwar der Mensch während seiner irdischen Pilgerfahrt („solus homo viator“) Can. 745 § 1. Zu den lebenden Menschen wird nicht nur der geborene Mensch (homo natus), sondern auch die Leibesfrucht („fetus“) ohne Rücksicht auf ihr Alter gerechnet Cann. 746; 747. Der Leichnam eines Menschen, falls der Tod sicher ist, kann nicht mehr als fähiger Empfänger der Taufe angesehen werden. — Die Taufe einmal gültig empfangen, macht den Empfang einer erneuten Taufe unmöglich Cann. 745 § 1; 732 (Eph 4, 5; „confiteor unum baptismum“). — In den Kindern ist eine Selbstbetätigung nicht gefordert. Wie sie die Erbsünde ohne ihr persönliches Zutun erhalten, so werden sie der Gnade des Erlösers eingepflanzt ohne eigene Mitwirkung. Bei den Erwachsenen muß der eigene Wille mitwirken, schon weil es möglich ist, und dann, weil zur Erbsünde persönliche Sünden in der Regel hinzutreten. War bei der Nottau eines Erwachsenen der Wille zweifelhaft vorhanden, so muß im Falle der Wiedergenesung die Taufe dem ernstlich darum

Bittenden bedingungsweise wiederge spendet werden Can. 752 § 3.

Die Leibesfrucht ist für das Leben bestimmt; darum ist dieselbe mit einer zähen Lebensenergie ausgerüstet. Deswegen muß man für das Leben des Fötus präsumieren, solange nicht sichere Zeichen seines Todes vorhanden sind. Ein sicheres Zeichen ist nicht Mangel an Bewegung, nicht einmal die beginnende Verwesung, sondern nur die klare Verwesung und Zerlegung, der Übergang in Fäulnis (*corruptio et putrefactio*); vgl. *Instructio pastoralis Eystettensis* (1902) n. 85; Ferreres-Genieße: „Der wirkliche Tod und der Scheintod“ (Pustet 1908) S. 7 ff. Auch bei den Tausen solcher Erwachsener, welche unversehens vom Tode ereilt wurden, darf man nicht zu ängstlich sein. So oft es gestattet ist, die Letzte Ölung zu spenden, ist es auch erlaubt, bei Untertauchten die heilige Taufe zu erteilen. Die Bedingung „*Si vivis*“ oder noch besser „*Si capax es*“ ist beizufügen; denn „*Si capax es*“ nimmt Rücksicht auf das Vorhandensein des Lebens und der im Can. 752 § 3 geforderten Absicht (*intentio*). Nach den oben zitierten Gewährsmännern Ferreres-Genieße dauert die Zeit vom scheinbaren Ableben bis zum absoluten Tode mindestens 45 Minuten; vgl. S. 24 f., 93.

II. **Kindertaufe.** Unter dem Begriff „*Kind*“, *infans*, *puer*, *parvulus*“ fällt hier jeder Mensch, welcher niemals zum Vernunftgebrauch gelangt ist, sei es wegen zarten Alters, sei es wegen Geisteskrankheit Can. 745 § 2 n. 1; 754 § 1. Alle übrigen gelten als „*Erwachsene*“, *adulti*“ Can. 745 § 2 n. 2. Bis zum vollendeten siebenten Lebensjahre steht die Rechtsannahme für „*Kind*“, dann für „*Erwachsen*“ Can. 88 § 3. Besteht ein Zweifel, ob der Vernunftgebrauch da ist oder war, so suche der Spender einen auf die Taufe gerichteten Willensakt zu gewinnen. Verschwindet der Zweifel nicht und muß getauft werden, so geschehe es mit der Bedingung „*Si capax es*“ Can. 752 § 3. Unter den „*Kindern*“ sind mehrere Klassen zu würdigen: Kinder im Mutterchoß; Frühgeburten; Mißgeburten; Findlinge; Kinder von Andersgläubigen.

1) **Kinder im Mutterchoß.** Solange begründete Hoffnung besteht, daß ein Kind nach der Geburt vor schriftsmäßig getauft werden kann, darf es ungeboren nicht getauft werden Can. 746 § 1. Ist diese Hoffnung nicht mehr gegeben, so darf das Kind auch vor der Geburt getauft werden, nur muß der Körper des Kindes dem Taufwasser zugänglich sein; darum enthält das Rituale (tit. 2 c. 1 n. 16) den weisen Satz: „*Nemo in utero matris clausus bapti-*



zari debet“. Der Leib des Kindes muß also getauft werden, nicht die Eihäute, nicht das Fruchtwasser, nicht der Kopfgrund oder Kopfschleim. — Bei teilweiser Geburt gelten folgende Regeln: a) Ist nur das *Haupt* geboren, so ist in Todesgefahr dieses zu taufen; eine Wiederholung der Taufe nach der Geburt ist aus diesem Grunde weder geboten noch erlaubt Can. 746 § 2. b) Ist nur irgend ein anderes Glied geboren (nicht das Haupt), so muß das Kind in Todesgefahr an diesem Gliede getauft werden, und zwar bedingungsweise („*Si capax es*“); nach der vollständigen Geburt ist die Taufe bedingungsweise („*Si non es baptizatus*“) zu wiederholen ibi § 3. c) Als allgemeine Regel gilt also: Eine bedingungsweise Wiederholung der Taufe ist i m m e r notwendig, sooft das Kind im Mutterleibe getauft wurde, außer es geschah die Taufe auf dem bereits geborenen Kopfe ibi § 5; S. C. C. in *Sutrina* d. 12. Iulii 1794 et in *Mediolanensi* d. 21. Ian. 1897 (ME. 10, 49).

Stirbt die Mutter vor der Geburt, so soll die Leibesfrucht mit Vorsicht dem Mutterschoße entnommen werden von denen, die hier zuständig sind Can. 746 § 4; R. R. tit. 2 c. 1 n. 17. — Lebt das Kind unzweifelhaft, so werde es bedingungslos getauft; besteht ein Zweifel, so lautet die Bedingung „*Si vivis*“. —

Der Priester kann die Aushebung des Kindes nicht vornehmen, aber er kann auf die Tätigkeit des Arztes oder Sachverständiger dringen; er kann die Vorurteile und die Lässigkeit der Angehörigen überwinden. Die staatlichen Vorschriften bezüglich der Leichenschau und der Berechtigung des Operierenden sind zu beachten. Ein Menschenkind der Anschauung Gottes teilhaft zu machen, ist ein außerordentlich gutes Werk. Die Leibesfrucht hat ein ungemein zähes Leben; darum muß gehandelt werden, aber ohne Überhastung; Ferreres-Geniesse, S. 7—9; sehr lehrreich ist die E. des heiligen Offiziums v. 15. Febr. 1780 für das Apostolische Vikariat *Sutchen* (ME. 11, 482—484).

2) *Frühgeburten*. „Es ist dafür zu sorgen, daß jede vor der Geburtsreise geborene Leibesfrucht („*fetus abortivi*“) ohne Rücksicht auf das Alter getauft werde, und zwar bedingungslos, wenn sie sicher lebt; im Zweifelsfalle unter Bedingung“ Can. 747. Jede Leibesfrucht, welche ans Tageslicht getreten ist, kann und muß getauft werden ohne Rücksicht auf die frühere Streitfrage, ob sie belebt ist oder unbelebt (*fetus animatus* und *fetus nonanimatus*). Ist

das Kind schon vorgerückt an Lebenstagen, so kann es leicht als Menschenkind erkannt werden, in einer früheren Zeit können ja berechtigte Zweifel aufsteigen, ob es sich um ein Kind oder um ein anderes (krankhaftes) Gebilde (Molen) handelt. Bestehen Zweifel, so wäre die Taufe zu spenden mit der Bedingung „Si capax es“. Die Sorge geht aus vom Seelsorger, richtet sich jedoch an die Mutter (Brautexamen), an die Hebamme oder den Geburtshelfer.

Tritt eine Leibesfrucht an das Tageslicht, so „sind die Eihäute vorsichtig mit einer Schere zu eröffnen und der Fötus, wenn noch sehr klein ist, per immersionem zu taufen; bei etwa vierwöchentlichem Fötus wird dies schon per infusionem geschehen können. Lebenszeichen werden für den ungeübten Beobachter bei jungem Fötus stets schwer zu konstatieren sein, deshalb verliere man keine Zeit, sondern taufe sub conditione, wenn das Ei frisch ist und der Fötus weiß aussieht; es ist dann mit ziemlicher Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß er lebt“, Dr. E. W. M. von Olfers: „Pastoralmedizin“<sup>2</sup> (1893) S. 25. „Der Embryo stellt in den ersten Wochen ein längliches, nach Art einer Bohne zusammengekrümmtes Körperchen dar“, a. a. O. S. 24.

3) Mißgeburten. „Miß- und Sonderbildungen sollen immer getauft werden wenigstens unter Bedingung; im Zweifel, ob es sich um einen oder mehrere Menschen handelt, soll der eine einfachhin, die übrigen bedingungsweise getauft werden“ Can. 748. Mißgeburten („monstra et ostenta“, auch „portenta“) würdigte bereits das römische Recht l. 14 D. De statu hominum (1, 5) und l. 135 D. De VS. (50, 16). Unter „Mißgeburt“ versteht man ein dem menschlichen Mutterschoße entstammendes Lebewesen, welches in irgend einem Punkte von der gewöhnlichen Gestalt der menschlichen Leibesfrucht abweicht. Gibt diese Abweichung Anlaß zum Zweifel, ob ein Mensch vorhanden oder etwas anderes; dann ob ein Mensch vorhanden ist oder mehrere, so beschäftigt sich mit der „Mißgeburt“ das Recht. Zunächst entsteht die Frage: Ist diese Mißgeburt ein tauglicher Empfänger der heiligen Taufe? Zur Beurteilung mögen folgende Regeln dienen: a) Mißgeburten sind nicht die Embryonen, wenn auch die menschliche Gestalt dem ungeübten Auge nicht erkenntlich ist; nicht die Molen (Windeier, Mondkälber, Blut-, Fleisch-, Traubenmolen usw.); denn die Molen sind lediglich Entartungen des menschlichen Eies ohne Inhalt. b) Mißgeburten sind die „tierischen Mißbildungen“ (Hafenscharten, Wolfsrachen, Unenkephalen,

Hemikephalen), welche durch Entartungen, Krankheiten, Behaarungen usw. entstehen können; doch gilt hier die Rechtsannahme: Das Lebewesen, welches vom Weibe geboren wird, ist Mensch. c) Doppelbildungen, angefangen von der Verdoppelung eines kleinen Gliedes, z. B. des Daumens einer Hand, bis zur vollständigen Ausbildung zweier Leiber, welche nur durch einen Fleisch- oder Muskelstrang verbunden sind, kommen in den verschiedensten Abstufungen vor. Bekannt ist die Diplosomie der „Siamesischen Zwillinge“, zweier am Bauch verwachsener Zwillinge, geboren 1811 in Siam, gestorben 1874 in Nordamerika, beide kinderreich verheiratet. — Nunmehr wird Can. 748 leicht verständlich: Jede lebende Mißgeburt, welche einer menschlichen Mutter entstammt, ist wenigstens bedingungsweise zu taufen. Jede Doppelbildung, welche entweder ein doppeltes Nervensystem (Gehirn) oder doch einen doppelten Blutkreislauf (Herz), Atmungs- (Lungen) oder Verdauungsapparat (Magen) aufweist, ist doppelt zu taufen: einmal bedingungslos, dann der Nebenteil bedingungsweise. Selbstverständlich wären Bildungen wie die „Siamesen“ an beiden Körpern, und zwar bedingungslos, zu taufen.

Man hat die Mißgeburten zuweilen als Zwischenstufen zwischen Mensch und Tier betrachtet. „Linné, der Vater der Systematik“, redet von einem homo ferus und einem homo monstrosus. Ferdinand Birkenrath gibt von den behaarten mißgebildeten und beschwänzten Menschen in dem Werke „Der Mensch aller Zeiten“ II („Die Rassen und Völker der Menschheit“) S. 292—300 eine nüchterne Erklärung: kein Gedanke von einer Zwischenstufe; den Erscheinungen liegt außergewöhnliche Wachstumssteigerung, Hemmungsbildung oder krankhafte Entartung zugrunde. — Ja, es gibt Fälle, daß normal geborene Kinder im Laufe der Zeit, besonders um das vierte Lebensjahr, zu außerordentlichen Gebilden (monstra) sich entwickeln; vgl. Magnus Hirschfeld: „Geschlechtliche Entwicklungsstörungen“ (Bonn 1917) S. 74—76. — Cangiamila, ein Zeitgenosse Benedikts XIV. (1740—58), gibt acht Gründe menschlicher Mißbildungen an (Embryologia sacra p. 158), von denen wir hervorheben: Virilis seminis pravitas (Rausch, Syphilis, nahe Blutsverwandtschaft); natura ludens (wie in der Pflanzen- und Tierwelt); mulierum phantasia, tenellum embryonem immutans („Verschäuben“); divina miracula. — Bezüglich der Doppelbildung beachte man: a) Sind zwei Köpfe vorhanden, so sind auch zwei selbständige Personen vorhanden, wie der in Sardinien 1829 beobachtete Fall beweist; denn die beiden Köpfe wiesen verschiedene Gemütsstimmungen auf, zuweilen schloß der eine, während der andere wachte (Annales des sciences naturelles. Fevrier 1830). b) Ist ein Kopf vorhanden, jedoch andere Doppelbildungen,

so ist der Kopf bedingungslos zu taufen, die beiden gleichgeordneten Körperteile oder wenigstens der untergeordnete Teil bedingungsweise. Die „*Philosophical transactions*“ stellen Zwillinge dar im Alter von dreizehn Jahren, von denen der eine, ein „*Mardiakus*“, in der Schambeingegend mit dem vollentwickelten verwachsen war. Die unteren Extremitäten und die Geschlechtssteile sind (bei beiden) vollständig ausgebildet, jedoch erstreckt sich der Wille des normal gebildeten Kindes nicht auf die Bewegung seines, wie er ihn selbst nennt, „*kleinen Bruders*“ (vol. 79 pag. 160 bei Olfers S. 31). c) Keine Rolle bei der Spendung der Taufe, wohl aber bei der Namengebung und bei der Ehe, spielt der hermaphroditismus verus; vgl. Magnus Hirschfeld: „*Sexuelle Zwischenstufen*“ (1918) S. 85 f. — Das *Rituale Romanum* gibt für die Taufe der Mißgeburten sowohl wie für jene der Doppelbildungen treffliche Vorschriften tit. 2 c. 1 nn. 18—21, an die man sich am besten hält.

4) **Findlinge.** „Ausgesetzte Kinder und Findlinge sind bedingungsweise zu taufen; ausgenommen den Fall, daß nach sorgfältiger Prüfung die Taufe feststeht“; R. R. tit. 2 c. 1 n. 17; tit. 10 c. 3. Findelkinder sind nur dann nach katholischem Ritus zu taufen, wenn gerechtfertigte und vernünftige Hoffnung ihrer katholischen Erziehung besteht Cann. 750 und 751. In die Taufmatrikel muß eingetragen werden der Tag, der Ort und die Person des Auffinders; das ungefähre Alter, endlich die näheren Umstände der Taufe.

5) **Kinder von Andersgläubigen.** Der Unterschied zwischen ungetauften und getauften akatholischen Eltern äußert sich bei der Taufspflicht darin, daß diese verpflichtet sind, ihre Kinder taufen zu lassen, weshalb die Kirche, objektiv gesprochen, ein Anrecht auf die Taufe der Kinder getaufter Akatholiken hat, während bei den Kindern der Ungetauften keine derartige Pflicht und kein solches Anrecht vorhanden ist. Wenn aber auch nur ein Ehegatte getauft ist, liegt Pflicht und Recht dieser Art vor 1 Kor 7, 14; Cann. 1060; 1113; 1131 § 1; 1132; 2319 § 1 n. 3; S. Off. d. 6. (8.) Jul. 1898 ad IV. — Praktisch jedoch betätigt sich das Anrecht der Kirche nach Maßgabe der Cann. 750 und 751. Kinder akatholischer Eltern (ungetaufter und getaufter Akatholiken sowie abgefallener Katholiken) dürfen auch gegen den Willen der Eltern katholisch getauft werden: a) wenn eine Todesgefahr für das Kind bis zur Erlangung des Vernunftgebrauches begründeterweise angenommen werden kann; b) außer dieser Todesgefahr, wenn katholische Erziehung zu erwarten ist in



folgenden Fällen: *a*) bei Zustimmung der Eltern bzw. Vormünder (Erziehungsberechtigten) oder wenigstens eines Teiles derselben; *β*) falls die Erziehungsberechtigten (Vater, Mutter, Großvater, Großmutter, Vormünder) fehlen, ihr Erziehungsrecht verloren ging oder sie es in keiner Weise ausüben können; vgl. „Handbuch“ I S. 86 f.; S. Off. d. 6. (7.) Sept. 1899 circa baptizandos *Goagiros* (in Columbia, ME. 11, 291).

**III. Taufe Erwachsener.** 1) Gültigerweise kann ein Erwachsener nur dann getauft werden, wenn er will, d. h. wenn er wenigstens habituell die Intention hat, getauft zu werden *Can.* 745 § 2 n. 2; 752 § 1. *Erlaubterweise* darf ein Erwachsener nur dann getauft werden, wenn er der Erkenntnis und dem Herzen nach gut vorbereitet ist, weshalb er auch zu einem Reueakt über seine Sünden anzuhalten ist *Can.* 752 § 1.

Der Bekehrung (Konversion) Andersgläubiger ist eine *Vorbereitungszeit* (Katechumenat) vorauszuschicken aus einem dreifachen Grunde: *a*) daß die heilige Kirche vor Schaden bewahrt werde („ob cautelam Ecclesiae“); *b*) daß die Person größeren Nutzen erziele („ob utilitatem Convertendi“); *c*) daß das heilige Sakrament möglichst würdig empfangen werde („ob reverentiam Sacramenti“), *St. Thomas*, in *Summa Theol.* III q. 68 a. 3. — Die Vorbereitung umfaßt: 1) die Prüfung und Läuterung des Bewusstseins; 2) den Unterricht in den notwendigen Glaubenswahrheiten; 3) die Reinigung und Ausschmückung des Herzens.

1) Mit großer Vorsicht sind jene Katholiken aufzunehmen, denen die Konversion entweder gewisse zeitliche Vorteile verspricht oder die in der Konversion eine gewisse Beruhigung ihrer unruhigen Nerven sehen; vgl. *Bassauer Monatschrift* II 153; *M. Scharlau* (Magda Alberti): „Kämpfe“ (1919). In diesem lehrreichen Bekehrungsbilde wird immer wieder die Notwendigkeit des Suchens und Findens der Wahrheit betont; alle anderen auch edlen Motive treten in den Hintergrund.

2) Der Konvertitenunterricht soll möglichst vollständig sein, doch richtet sich derselbe hauptsächlich nach der bisherigen Kenntnis und Annahme und nach den künftigen Anforderungen. Außer den vier Wahrheiten, welche unbedingt (*necessitate medii*) gekannt sein müssen (Dasein Gottes; Gott der Vergelter; Dreifaltigkeit; Menschwerdung und Erlösung), sind dem Katechumenen beizubringen die Wahrheiten, deren Kenntnis vorgeschrieben ist (Sakramente; Gebote Gottes; Vaterunser, Apostolisches Glaubensbekenntnis und Gebote der Kirche), vgl. *Monita ad Missionarios Provinciae Schantung-Meridionalis*. 1886. *Paoli*, pag. 25. Selbstverständlich müssen jene Wahrheiten gründlich behandelt werden, von welchen der Katechumene ein vorurteilsvolles Wissen hatte, z. B. Primat und Unfehlbarkeit; Heiligenverehrung; Beicht und

Ablatz usw. — Das beste Buch für den Unterricht ist der k a t h o l i s c h e Katechismus; vgl. M. Regina Most: „Gehe hin und künde“ (1919) S. 71. Andere empfehlenswerte Werke sind: Robert Bellarmin S. I.: *Disputationes de controversiis christianae fidei adversus huius temporis haereticos* 1542, ein Buch, dessen Wert uns die Gegner beweisen (Wéza: „Wir sind verloren; dieses Buch stürzt die ganze Reformation“; Königin Elisabeth von England, welche es unter Todesstrafe verbot und in Cambridge einen eigenen Lehrstuhl zu dessen Widerlegung errichtete; vgl. Hamon M.: „Vie de s. Francois de Sales“, 1896 I page 150); Joh. Adam Möhler: „Symbolik“ (1832; 9. Aufl. 1884); Ludwig Hammerstein S. I.: „Erinnerungen eines alten Lutheraners“ (5. Aufl. 1904) und seine übrigen Schriften; Scheffmacher F. X. S. I.: „Konvertitenkatechismus“ (in vielen Auflagen). — Sehr lehrreich sind die Konvertitenbilder von Käß und Weiß; jene von Konventhal; Einzellkonvertitenbilder (Selbstbiographien): „Von der protestantischen Theologie zum katholischen Priestertum“ (Erfurt 1896); „Zurück zur heiligen Kirche“<sup>12</sup> von Prof. Dr. A. von Ruville (Berlin, Walther 1910); M. Regina Most: „Gehe hin und künde“<sup>12</sup> (1919); M. Charlaui: „Kämpfe“<sup>12</sup> (1919); „Führungen zur Wahrheit“ von Stelzig (Manz 1857) und viele andere.

3) Der Katechumene muß in das katholische Leben eingeführt werden (Besuch der Messe, Fasten; Werke der Buße und Nächstenliebe usw.). Zum Schluß sind geistliche Übungen zur unmittelbaren Vorbereitung sehr empfehlenswert. — Von Konvertiten darf man nicht Vollkommenheit verlangen; anderseits muß der Übereifer gezügelt werden.

Nach der „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919 sind „die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ unabhängig vom Religionswechsel. „Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert“ Art. 136. In Bayern „kann der Austritt aus einer Religionsgesellschaft mündlich oder schriftlich bei dem Standesamte des Wohnsitzes oder ständigen Aufenthaltsortes erklärt werden. Die schriftliche Erklärung bedarf der Beglaubigung durch eine öffentliche Behörde“ Bayerische Verfassungsurkunde § 17 III.

2) Taufe der Erwachsenen in außerordentlichen Fällen: a) In Todesgefahr genügt zur Spendung der Taufe, wenn ein genauerer Unterricht in den Hauptwahrheiten (*mysteria necessitate medii scienda*) des Glaubens unmöglich ist, eine erkennbare Zustimmung zu denselben und das ernste Versprechen, die Gebote der christlichen Religion (*mandata divinae legis*) zu beobachten. Kann der Ungetaufte nicht einmal die Taufe erbitten, so darf er bedingungsweise getauft werden, wenn er vorher oder augenblicklich wenigstens wahrscheinlich seine Intention fundgegeben hat. In letzterem Falle muß die Taufe bei

späteren klaren Verhältnissen bedingt wiederholt werden Can. 752 §§ 2 u. 3. — b) Die gleichen Grundsätze gelten für die *Irresinnigen* („*amentes et furiosi*“), sowie für die an Schlassucht oder Gehirnentzündung Leidenden („*qui lethargo vel phrenesi laborant*“), wenn sie erwachen und dem Tode nahe sind. Sonst sind lichte und gesunde Augenblicke abzuwarten, in welche sie nach Möglichkeit zu unterweisen und vorzubereiten sind Can. 754 §§ 2—4.

### § 7. Äußere Umstände der Tausspendung.

Zu den die Tausspendung begleitenden äußeren Umständen gehören: die Riten und Zeremonien; die Zeit und der Ort der Tausspendung.

#### I. Riten und Zeremonien Can. 755—761; 753.

1) Die gewöhnliche Form der Tausspendung sowohl bei Kindern als bei Erwachsenen ist die *feierliche*, wie sie im Anschluß an das Römische Rituale (tit. 2 c. 2 = Kindertaufe; tit. 2 cc. 3 u. 4 = Erwachsenentaufe) die Diözesanritualien angeben Can. 755 § 1. Die *Privattaufe* d. h. die Taufe ohne Zeremonien (Can. 757 § 2) darf angewendet werden: 1) in der *Todesgefahr*; 2) bei der bedingten Wiederholung der Taufe *Andersgläubiger* Can. 759.

Wird die Privattaufe in der *Todesgefahr* von einem Laien oder von einem Kleriker gespendet, der nicht wenigstens Diakon ist, so wird nur das Wesen des Sakramentes geleistet Can. 759 § 1, also die Frage nach dem Willen und der Taufakt selbst, wobei ein Pate beigezogen werden kann Can. 762 § 2. Ist der Spender der Privattaufe Diakon oder Priester, so werden dem Taufakte die nachfolgenden Zeremonien angefügt, wenn die Zeit reicht und die notwendigen Gerätschaften (Chrisam, Kleid und Kerze) zu haben sind Can. 759 § 1.

Außer der Todesgefahr ist zur Anwendung der Privattaufe stets die Erlaubnis eines kirchlichen *Obern* notwendig: des *Ordinarius*, wenn getaufte Andersgläubige beim Eintritt in die heilige Kirche wegen eines begründeten Zweifels (Can. 732 § 2) bedingungsweise nachzutauften sind Can. 759 § 2; sonst des *Apostolischen Stuhls*. So gewährte Leo XIII. durch die Propagandakongregation der

„spanischen Gesellschaft für die Transatlantische Schifffahrt“ am 24. März 1896 unter Nr. 3 die Vollmacht, daß die Kapläne den auf dem Schiffe zu tausenden Kindern nur die Privataufgabe spenden könnten, mit der Pflicht, das Taufzeugnis dem Pfarrer der Eltern auszuhändigen (ME. 14, 107).

2) Die Erwachsenentaufe ist reich an tief-sinnigen Zeremonien, welche auch Bezug nehmen auf den Unglauben, den der Konvertit verlassen will. In neuerer Zeit mehren sich die Fälle, daß getaufte Katholiken und selbst gleichgültige Katholiken ihre Kinder ungetauft lassen. Diese Kinder, herangewachsen, bitten um die Zulassung zur heiligen Kirche. Für diese und andere Fälle hat der Kodex gesorgt durch Can. 755 § 2: „Aus gewichtigem und vernünftigem Grunde kann der Ortsordinarius zulassen, daß statt der Zeremonien der Erwachsenentaufe jene der Kindertaufe angewendet werden.“ Hier ist keine Einschränkung gemacht. Mag es sich um ungetaufte Nachkommen von ungetauften Heiden, Mohammedanern oder Juden handeln oder um solche von getauften Irrgläubigen oder Katholiken, stets kann der Ortsordinarius die Zeremonien der Kindertaufe gestatten, wenn nur ein gewichtiger Grund vorliegt.

3) Die Gebräuche (ritus et caeremoniae) bei der heiligen Taufe sind uralte, manche entstammen den Zeiten der heiligen Apostel (Bellarminus: *Controversiae* tom. 3 l. I in Bapt. c. 24); abgesehen von den herrlichen Segnungen, Exorzismen und Gebeten haben wir sinnreiche Handlungen, welche auf der Heiligen Schrift fußen: Ausblasung („exsufflat“), Hauchung („halat“ tit. 2 c. 4 nn. 8 u. 9), Genuß des Salzes; Einführung in die Kirche; Bestreichung der Nase und der Ohren mit Speichel; Salbung mit Katechumenenöl; Salbung mit Chrisam; Übergabe des weißen Kleides und der Kerze; vgl. St. Augustin: *De Symbolo ad Catechumenos* l. 4 c. 1 tom. 9. Wegen der tiefen Bedeutung und Erhabenheit und ob des hohen Alters dieser Taufriten verhielt sich der Apostolische Stuhl gegen wiederholte Bitten der Missionäre in Indien, China und Japan durchaus ablehnend, und wenn wirklich Indulte gewährt wurden, so blieb der Widerruf nicht aus. Erst am 19. Jan. 1912 erhielt die Bitte des Bischofs von Nagpur (Madras, Ostindien) um Gestattung gewisser Auslassungen bei den Taufen von Häretikern und Ungetauften



abschlägigen Bescheid (ME. 24, 348, wo die Entwicklung der Frage bis auf die neueste Zeit eingehend behandelt ist).

Wurden die *Z e r e m o n i e n* bei Spendung der Taufe aus irgend einem Grunde ausgelassen, so sind sie möglichst bald in der Kirche *n a c h z u h o l e n*, außer der Ortsordinarius gestattet die Auslassung derselben bei der bedingten Taufspendung erwachsener Irrgläubiger Can. 759 § 3. Die Nachholung umfaßt: a) die Zeremonien *v o r* und *n a c h* dem Taufakte; b) die Zeremonien *v o r* der Taufe bis zur Frage „Willst du getauft werden“, ausschließlich wenn ein Priester oder Diakon die Riten *n a c h* der Taufe schon beim Taufakte angewendet hat. „Wenn die Taufe bedingungsweise wiederholt wird, so sollen die Zeremonien, soweit sie in der ersten Taufe unterlassen wurden, nachgeholt werden, außer bei den bedingt wiederholten Taufen an Häretikern, soweit dies der Ortsordinarius gestattet (Can. 759 §§ 3 u. 2); wurden aber die Zeremonien bei der ersten Taufe bereits beobachtet, so können sie bei der zweiten wiederholt oder weggelassen werden“ Can. 760. — Der Umstand, daß die Taufe bereits gespendet ist, macht kleine Veränderungen in den Worten *v o r* dem Taufakte notwendig, welche im R. R. tit. 2 c. 5 § I (Kindertaufe) und § II (Erwachsenentaufer) im Zusammenhange angegeben sind, während die Diözesanritualien die Veränderungen bei der *g e w ö h n l i c h e n* Taufspendung angeben.

1) Die Erteilung der Privattaufe (Can. 737 § 2) und die spätere Nachholung der Zeremonien ist außer den oben behandelten Fällen (Can. 759 §§ 1 u. 2) unstatthaft. Doch scheint in Frankreich eine eingewurzelte gegenteilige Gewohnheit zu bestehen, so daß sich ein eigenes Wort für den Taufakt „*ondolement*“ eingebürgert hat. Der Bischof von Autun, welcher vergebliche Anstrengungen dagegen gemacht hatte, erhielt von Rom die Weisung „*Ad mentem*“, S. C. C. d. 14. Apr. 1894, wie es scheint eine Duldung mit der Mahnung, den Mißbrauch allmählich zu beseitigen (ME. 8<sup>2</sup>; 100). Noch schlimmer ist der Mißbrauch des Aufschubes der *g a n z e n* Taufe auf Wochen, Monate und Jahre hinaus, wie ihn der Bischof von Anglona und Turzi (Südbitalien) bekämpfte und Papst *P e o* XIII. in dem Schreiben „*Gratae vehementer*“ vom 13. Aug. 1899 verurteilte (ME. 11, 54 u. 261). — 2) Die rituellen Worte bei der Taufspendung sind in *l a t e i n i s c h e r* Sprache zu sprechen; das gilt bei Priestern (und Klerikern) auch für die Spendung der *N o t t a u f e* S. Off. d. 13. (14.) Apr. 1904 ad II (ME. 16, 245). Indes können und sollen die an die *P a t e n* gerichteten Fragen und deren Antworten zuerst in der lateinischen und dann in der *M u t t e r s p r a c h e* der Paten gesprochen werden, S. R. C. d. 5. Mart. 1904 ad IV (Utinen.). Zuweilen

hat der Apostolische Stuhl gestattet, daß diese Fragen und Antworten in der Muttersprache allein erteilt werden wegen unbordenklicher Gewohnheit S. R. C. in Parisien. d. 12. Sept. 1891 (ME. 7<sup>1</sup>, 246). — 3) Neben den Riten, welche das Rituale vorschreibt, gibt es noch G e b r ä u c h e, welche die Spendung eines so großen Sakramentes wie ein erhebender Schmuck umgeben; man denke an die rege Beirwohnung des gläubigen Volkes, an das Glockengeläute oder das Orgelspiel, auch die Würde des Spenders. Der Apostolische Stuhl hat diese Gebräuche ausdrücklich anerkannt, indem er den Diözesangebrauch erlaubte, ja belobte, wonach diese Gebräuche bei Kindern aus bloßen „Zivilehen“ oder aus unerlaubten, ja ehebrecherischen Verhältnissen wegfielen S. C. C. d. 31. Jul. 1867 (ME 2<sup>3</sup>, 119). Dagegen verwarf die Ritenkongregation den Mißbrauch, welcher bei der heiligen Taufe den Kindern der Reichen äußere Ehren zuwies, welche den Kindern der Armen versagt blieben, S. R. C. in Clusina d. 12. Mart. 1904 (ME. 16, 109).

4) Bei der E r w a c h s e n e n t a u f e sind zwei besondere Vorschriften im Auge zu behalten: a) Es geziemt sich, daß der Priester, welcher die Erwachsenentaufe erteilt, und die Personen, welche sie empfangen, soweit sie gesund sind, die N ü c h t e r n h e i t von Mitternacht an (ieiunium naturale) beobachten. b) Soweit nicht gewichtige und dringliche Ursachen entgegenstehen, soll der getaufte Erwachsene gleich dem heiligen M e ß o p f e r anwohnen und die heilige K o m m u n i o n empfangen Can. 753. Aus diesem Kanon ergeben sich die weiteren Folgerungen, daß die Erwachsenentaufe nach Möglichkeit am V o r m i t t a g e abgehalten werde, nicht nach Schmausereien und Gastmählern R. R. tit. 2 c. 3 n. 9; vgl. Cann. 744; 772. Das Salz, welches der Katechumene vor der Taufe genießt (R. R. tit. 2 c. 4 n. 15) hindert den Empfang der heiligen Kommunion nicht. Spendet ein Bischof die heilige Taufe, so empfängt der Täufling vor der heiligen Messe die F i r m u n g R. R. tit. 2 c. 4 n. 51.

5) T a u f n a m e n. „Sorge der Pfarrer soll es sein, daß dem Täufling ein christlicher Name beigelegt werde; können sie das nicht erreichen, so sollen sie dem von den Eltern gegebenen Namen einen Heiligennamen beifügen und beide Namen in die Taufmatrikel eintragen“ Can. 761.

E r l ä u t e r u n g: a) Das Recht, den Taufnamen zu wählen, haben der erwachsene Täufling und für Kinder die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten; auch die außereheliche Mutter hat dieses Recht. Mißbrauchen die Berechtigten diese Vollmacht, so hat der Pfarrer oder sein Vertreter verbessernd einzugreifen. b) Die Sorge des P f a r r e r s kann sich betätigen in der Katechese und Predigt oder in Vereinsvorträgen, unmittelbar aber vor der heiligen Taufe. Hier hat der Pfarrer zu wachen,

daß keine „unsittlichen, märchenhaften oder lächerlichen Namen gegeben werden, nicht Namen von Göttern oder gottlosen Heiden, sondern wozumöglich Heiligennamen“. Wie bei der Geburt das Kind den Namen der Eltern erhält, so soll es bei der Wiedergeburt als Gotteskind einen himmlischen Namen bekommen, den Namen eines Heiligen, dessen Leben dem Täufling ein Beispiel und dessen Fürbitte ein Schutz ist R. R. tit. 2 c. 1 n. 54. Außer den Namen der Heiligen können auch solche von Geheimnissen des christlichen Glaubens gewählt werden, wie das in romanischen Ländern häufig geschieht, wie Natalis, Paschalis; Immaculata; Annuntiata, Assunta, Mercedes, Dolores. — Bezüglich der Götter- und Heidennamen halte man sich an das Römische Martyrologium, in welchem sich nicht wenige heilige Träger solcher Namen finden, ein heiliger Apollo (21. April); Mercurius (25. Nov. u. 10. Dez.); Hermas (9. Mai); Saturninus (26. Heilige); Minervus (23. Aug.); Heraclius (6. Heilige); die berühmten Heiden haben nicht selten einen Namensvetter, der zur Heiligkeit gelangte, so Aristides (31. Aug.); Sokrates (19. Apr. u. 17. Sept.) und Kanthippa (23. Sept.); Romulus (5. Heilige) und Remus (San Remo). Unter den Kardinälen finden wir solche mit den Vornamen Hannibal, Sektor, Hercules usw.; vgl. Kaufmann: „Epigraphik“ (1917) S. 35. Es wird einem findigen Seelsorger nicht schwer fallen, ähnlich klingende Heiligennamen zu finden. Freilich wenn der Name eine Verspottung der katholischen Religion oder eine Gotteslästerung bedeutet, so könnte der Tausende derartige Namen überhaupt nicht zulassen; immerhin dürften solche Eltern ihr Kind auch nicht zur Taufe bringen. c) Auch im späteren Leben soll der Taufname des Kindes hochgehalten werden; dahin kann der Seelsorger wirken durch das eigene Beispiel, indem er seinen Taufnamen auch tatsächlich führt, dann indem er in der Schule und im persönlichen Verkehr jede Entstellung oder Verstümmelung der Taufnamen vermeidet. Das Reichsgesetz über die „Beurkundung des Personenstandes“ vom 6. Febr. 1875 verlangt im § 22 die Eintragung auch des Vornamens in das Geburtsregister. „Standen die Vornamen des Kindes zur Zeit der Anzeige noch nicht fest, so sind dieselben nachträglich und längstens binnen zwei Monaten nach der Geburt anzuzeigen“. Das in der Rheinpfalz geltende Gesetz vom 11. Germinal XI forderte, daß nur „solche Vornamen genommen werden dürfen, welche in den Kalendern vorkommen oder aus der alten Geschichte bekannt sind“; vgl. PMS. Bd. 5 S. 124; Bd. 10 S. 192; Bd. 15 S. 430. — Das Rituale setzt voraus, daß der Taufname schon vor der Taufhandlung gegeben ist (R. R. tit. 2 c. 1 n. 55); so auch in der morgenländischen Kirche; vgl. Übeß: Die christl. Kirchen des Orients S. 165.

**II. Zeit der Taufe.** 1) Die Kinder katholischer Eltern und jene akatholischer Eltern, welchen die Taufe gewährt werden kann nach den Cann. 750—51, sollen möglichst bald zur Taufe gebracht werden. Der heilige Alfonsus hält jene Ansicht für die richtigere, welche eine schwere Sünde nur dann annimmt, wenn die Taufe über elf Tage ohne Grund hinausgeschoben wird, Theol. mor.: De baptismo

n. 118 ad II. Da die Lebensfähigkeit gerade unmittelbar nach der Geburt die größte ist, so haben die eifrigen Katholiken recht, wenn sie ihre Kinder aus übernatürlichen und natürlichen Gründen möglichst bald der Taufgnade theilhaftig machen R. R. tit. 2 c. 1 n. 15; Leo XIII. Schreiben „Gratae“ d. 22. Jul. 1899, unbeirrt von dem Beispiele Andersgläubiger und glaubensschwacher Katholiken. „Pfarrer und Prediger sollen häufig die Gläubigen an diese schwere Pflicht erinnern“ Can. 770. — Die feierliche Kindertaufe kann zu jeder *T a = g e s s e i t* gespendet werden Can. 772; natürlich wäre auch die Nachtzeit, z. B. im Anschluß an die Christmette, nicht gerade verboten.

2) „Die Privattaufe kann aus zwingendem Grunde zu jeder Zeit und an jedem Orte erteilt werden“ Can. 771; dies gilt vor allem von der Nottaufe. Zur Zeit des Interdikts darf auch die feierliche Taufe gespendet werden, nur haben die äußerlichen Feierlichkeiten (Glockengeläute, Orgelspiel usw.) zu unterbleiben Can. 2271 n. 2.

3) Die Erwachsenentaufe ist am Tage zu spenden, und zwar am *Vormittage*, R. R. tit. 2 c. 3 nn. 8. 9. 51. Freilich geziemt es sich die Erwachsenentaufe nach uraltem Ritus auf die eigentlichen Taustage (Kar- und Pfingstfesttag) zu verschieben, namentlich in den Metropolitan- und Bischofskirchen Can. 772.

**III. Ort der Taufe** Cann. 771; 773—76. 1) Zur Zeit der Apostel war ein besonderer Ort für die Taufe nicht vorgeschrieben; wo sich Gelegenheit bot, wurde getauft Apg 8, 36 (Taufe der Beamten der Königin Kandake von Äthiopien durch den Diakon Philippus). Indes mußte man bald an die Einrichtung eines eigenen Taufortes denken. Sobald die Kirche den Katakomben entstieg, wurden auch eigene Taufkirchen, Taufkapellen, Baptisterien errichtet; so wurde in Rom die älteste Taufkirche „S. Giovanni in Fonte“ vom Papst Silvester I. (314—335) erbaut, welche Sixtus III. (432—40) vollendete.<sup>1)</sup> In der Taufkirche wurde bis in die neueste Zeit die feierliche Taufe nicht selten für alle Pfarreien

<sup>1)</sup> Berühmte Baptisterien sind noch in Ravenna, Florenz, Pisa, Regensburg, vgl. Graf von Walderdorff: „Regensburg“<sup>4</sup> (1896) S. 95.



einer Stadt erteilt, so in Tivoli (S. C. C. d. 28. Jul. 1906), in Vallecorsa (Erzdiöz. zu Gaeta S. C. C. d. 28. Febr. 1903) oder anderswo. Der Grund war, daß ursprünglich der Bischof allein ordentlicher Spender der Taufe war, Benedikt XIV. Inst. 1 n. 4, und zwar auch dann, als bereits eigene Pfarreien errichtet waren, Martene Eduard: *De antiquis Ecclesiae ritibus* l. 1 c. 1 art. 3 § 2.

2) Die Nottaufe darf an jedem Orte erteilt werden Can. 771. Doch soll auch hier nach Möglichkeit ein schicklicher Ort ausgewählt werden, besonders wenn ein Priester oder Kleriker dieselbe erteilt.

3) Die feierliche Taufe der Kinder und Erwachsenen geschieht in der Taufkapelle (baptisterium) einer Kirche oder einer öffentlichen Kapelle Can. 773; fehlt eine Taufkapelle, in der Kirche, wo der Taufbrunnen sich befindet R. R. tit. 2 c. 1 n. 28. Selbstverständlich vollzieht sich die Taufe nicht über dem Taufbrunnen oder Taufbecken, sondern über dem Sakrarium der Taufkapelle oder über einem hiefür bestimmten Gefäß. Auch auf einem Altare kann der Ordinarius die Spendung der Taufe gestatten S. R. C. d. 1. Sept. 1888 in Facen. ad 1.

4) Mit Widerrufung und Verurteilung eines jeden Sakrungs- und Gewohnheitsrechtes und Privilegs (Cann. 5; 6 n. 1; 27 § 2; 71 u. 60 § 2) soll jede Pfarrkirche ihren eigenen Taufbrunnen haben, wobei jedoch ein rechtskräftiges Kumulativrecht einer anderen Kirche aufrechterhalten bleibt Can. 774 § 1.

In Tivoli hatten die sieben Pfarreien nur einen einzigen Taufbrunnen, den in der Domkirche. Am 28. Juli 1906 erhielten die sechs anderen Pfarreien das Recht auf einen eigenen Taufbrunnen, wobei es jedoch den Gläubigen der Stadt Tivoli unbenommen blieb, ihre Kinder zum Taufen in die Domkirche zu bringen (ME. 18, 291—93). Diese Entscheidung hat der Roder zum allgemeinen Rechte erhoben: Jede Pfarrkirche hat ein Anrecht auf den Taufbrunnen und auf das Taufrecht (Can. 462 n. 1). Hatte jedoch eine Kirche das wohlerworbene Recht, daß Taufkinder auch aus anderen Pfarreien zu ihr gebracht werden konnten, so bleibt dieses Recht aufrechterhalten. Ein solches Kumulativrecht besitzt seit Jahrhunderten die Domkirche von Barcelona für die Stadt und Diözese Barcelona S. C. C. d. 27. Aug. 1904 (ME. 16, 341); noch weiter geht das Recht der Wallfahrtskirche St. Maria del Pilar in Saragossa, indem dorthin auch aus anderen Bistümern Kinder zum Taufen gebracht werden können S. C. C. d. 25. Julii 1908

(ME. 20, 292); vgl. Manrhofer Johannes: „Spanien“ (1918) S. 171 f. Ähnliches gilt für St. Peter und für St. Johannes' Baptisterium in Rom.

Die neue Gesetzgebung geht noch weiter. „Der Ortsordinarius kann zu Nutz und Frommen der Gläubigen erlauben oder anordnen, daß innerhalb der Pfarrgrenzen auch in einer anderen Kirche oder öffentlichen Kapelle ein Taufbrunnen errichtet werde“ Can. 774 § 2. „Sollte der Täufling zur Pfarrkirche oder zu einer andern taufberechtigten Kirche wegen der weiten Entfernung oder aus anderen Verhältnissen ohne schweren Nachteil oder Gefahr nicht kommen oder gebracht werden können, so darf und muß die feierliche Taufe in der nächsten Kirche (öffentlichen Kapelle) innerhalb der Pfarrgrenzen gespendet werden, auch wenn diese des Taufbrunnens entbehren“ Can. 775. Der Ortsordinarius kann also namentlich den Expositur-, Rektorats- und Lokalkaplaneikirchen das Taufrecht einräumen durch Gewährung des Taufbrunnens. Wenn Can. 775 die Taufe „in proxima ecclesia aut oratorio publico intra paroeciae fines“ ermöglicht und anordnet, so sind die exempten Kirchen an sich nicht ausgenommen, immerhin darf dadurch keine Störung gemacht werden, weshalb die Erlaubnis des Kirchenvorstandes vorliegen muß; vgl. „Handbuch“ I S. 435. Die Kirchen weiblicher Religiosen sollen, wenn sie nicht zugleich Seelsorgekirchen sind, von der Taufspendung ausgeschlossen sein; vgl. Cann. 712 § 3; 1109 § 2; 1225.

5) „In Privathäusern darf die feierliche Taufe nur unter folgenden Umständen gespendet werden: 1) wenn es sich um Kinder und Enkel von Personen handelt, welche augenblicklich die oberste Gewalt über die Völker innehaben oder zur Thronfolge berechtigt sind, so oft diese ein rechtmäßiges Ansuchen stellen; 2) wenn der Ortsordinarius gemäß seinem weisen und gewissenhaften Ermeßen, aus einem rechtmäßigen und vernünftigen Grunde, in einem außerordentlichen Falle es glaubt erlauben zu können“ Can. 776 § 1. „In diesem Falle muß die Taufe mit Taufwasser gespendet werden in der Hauskapelle oder wenigstens an einem anderen geeigneten Orte“ ibi § 2.

Erläuterung: a) Hier handelt es sich nicht um eine Nottaufe, sondern um die feierliche Taufe, weshalb a l l e

**R i t e n** genau einzuhalten sind, also vor allem die Benützung des **T a u f w a s s e r s**. b) Das gegenwärtige Recht wurde zum ersten Male genau umgrenzt auf dem Konzil von Vienne (1311) Clem. 1 De baptismo (III 15); mit Recht redet Papst Klemens V. von einem „deferri, nachgiebig sein“ gegenüber den Königen und Fürsten. Welche Personen gegenwärtig privilegiert sind, haben wir im „Handbuch“ I S. 410 f. dargestellt: Könige und Fürsten, aber auch die sonstigen **S t a a t s - o b e r h ä u p t e r**. Freilich „Thronfolger“ finden sich gewöhnlich nur in Monarchien. c) Nicht nur in einem außerordentlichen Einzelfall, sondern in einer außerordentlichen **L a g e** von Fällen kann der Ortsordinarius „Haustaufen“ gewähren, wie es auch die Ordinarien nordischer Gegenden für die Winterzeit getan haben. d) Der nähere Ort der „Haustaufen“ ist die Hauskapelle oder sonst ein der Heiligkeit der Handlung entsprechender Ort; also das Zimmer der Wöchnerin nur im Notfalle, Regensburger Pastoralerlaß 1869 S. 48 n. 2.

Man führt zugunsten der **H a u s t a u f e n** an, daß die Kindlein durch den weiten Weg, durch die kalte Kirche und das eiskalte Taufwasser Schaden nehmen könnten. Wird das Kind gut eingemacht, wird es in der gewärmten Sakristei (oder Taufkapelle) und mit gewärmtem Taufwasser getauft, so entsteht kein Schaden; dagegen ist die Würde des Sacramentes viel besser gewahrt. „Es ist und bleibt denn doch einmal schöner und angemessener, die heilige Taufhandlung in würdigem und geweihtem Raume vorzunehmen als in profaner Stube“, Herm. U l m e r s (Protestant): „Römische Schandertage“<sup>9</sup> S. 386. Nicht die kurze Taufhandlung in der nächstgelegenen (Can. 775) Kirche gefährdet das Leben des Kindes, sondern die Mißbräuche, welche sich um die heilige Handlung wie Schlingpflanzen ranken: tolle Fahrten durch Schnee und Eis; Taufschmausereien in der rauch- und qualmerfüllten Wirtsstube, während das Kind oft verwahrloßt liegen muß usw.

## § 8. Die Taufpaten.

I. Gemäß einer uralten **Sitte** der Kirche soll jedermann bei der feierlichen Taufe seine eigenen Paten haben, Can. 762 § 1.

Papst Hyginus soll die Patenschaft zum Geseze gemacht haben; Sandini Antonii „Vitae Pontificum Romanorum“ (Padua 1739) S. 22. Jedenfalls kennt Tertullian (160—220) bereits die Taufpaten in seiner Schrift De baptismo. Für die Patenschaft als Ehehindernis zeugen 530 Kaiser Justinian in l. 26 C. De nupt. (5, 4) und Papst Gregor II. in cn. 4 des römischen Konzils von 721. Näheres

bei Aſenſtorfer Fr.: „Geſchichtliches über die Taufpaten“ in der *DS.* 1903 S. 215; *Leitner M.: Eherecht* S. 170 f. Die deutſchen Ausdrücke „Geb, Gëb (männlich); God, Gode (weiblich); — Deb, Dëb, Dob“ ſind uralte.

**II. Pflicht, Paten beizuziehen.** 1) Bei der feierlichen Taufe muß ein Pate beigezogen werden, wo immer es möglich iſt, ſo daß ſelbſt Religiöſen genommen werden können (*SRC.* d. 15. Febr. 1887 D. A. n. 3670) *Can.* 762 § 1. 2) Bei der Privattaufe, bei der bedingten Spendung der Taufe und bei Nachholung der Ceremonien ſollen Paten beigezogen, wenn es leicht möglich iſt *Cann.* 762 § 2; 763. a) „Auch bei der Privattaufe ſoll, wenn es leicht ſein kann, ein Pate beigezogen werden“ *Can.* 762 § 2. Bei der Nottaufe darf die notwendige Zeit nicht vergeudet werden zum Auffuchen eines Paten; ſonſt kann der Pate auch als geeigneter Zeuge der Taufſpendung dienen *Can.* 742. — Bei der Privattaufe an bekehrten Andersgläubigen (*Can.* 759 § 2) wird der Pate mit großem Nutzen angewendet. — b) Werden die Ceremonien nachgeholt, ſo ſoll der Pate niemals fehlen. Der Pate der Privattaufe muß bei den Ceremonien wieder beigezogen werden. War bei der Privattaufe ein Pate nicht beteiligt, ſo ſoll bei den Ceremonien einer beigezogen werden, doch wird dieſer nicht geiſtlich verwandt *Can.* 762 § 2. — c) Bei der Taufe, welche bedingt zu ſpenden iſt, ſoll ſtets ein Pate beigezogen werden, und zwar der gleiche wie bei der urſprünglichen Taufe; nur in dieſem Falle überkommt er die geiſtliche Verwandtſchaft, ſonſt nicht *Cann.* 763; 762 § 2. Wenn auch *Can.* 763 § 1 bemerkt: Ein Pate iſt nicht notwendig, wenn nicht der gleiche genommen wird bei der urſprünglichen Taufe und bei der bedingten Wiederholung derſelben, ſo leuchtet das Zweckmäßige der Beiziehung doch aus *Can.* 762 § 2 ein.

**III. Die Erforderniſſe zur gültigen Übernahme der Patenſchaft** ſind drei: der Wille; das äußere Zeichen; die Rechtsfähigkeit *Can.* 765.

1) Die Perſon, welche Pate ſein ſoll, muß die Abſicht haben, das Patenamnt zu übernehmen *ibi n.* 1. Hat jemand den Vernunftgebrauch nicht erreicht oder hat er nicht den Willen, Pate zu ſein, ſo wird das Patenamnt nicht übernommen. Es genügt die Abſicht der Gevatterſchaftsübernahme im all-



gemeinen, also für die Kinder einer Familie, vgl. S. Off. d. 29. Apr. 1894.

2) Zur gültigen Übernahme der Patenschaft gehört die Setzung des äußeren Zeichens *ibi n. 5*. „Will jemand Pate werden, so muß er den Täufling beim Taufakte in eigener Person oder durch einen Stellvertreter körperlich halten oder berühren oder aus dem heiligen Quell bzw. aus den Händen des Taufenden unmittelbar heben oder entgegennehmen.“ Was nicht unter die vier Ausdrücke „*in actu baptismi tenere aut tangere vel statim levare seus suscipere de sacro fonte aut de manibus baptizantis*“ fällt, macht die Übernahme der Patenschaft mindestens zweifelhaft, z. B. das unmittelbare Darbieten (*offerre*), also praktisch ungültig *Can. 15*.

3) Von der Rechtsfähigkeit zum Patenamte sind ausgeschlossen: a) die Ungetauften *Can. 765 n. 1; 12*; b) die Häretiker und Schismatiker, auch guten Glaubens *Can. 765 n. 2*; c) die Exkommunizierten, die rechtlich Ehrlosen und die der kirchlichen Ehrenrechte Beraubten, vorausgesetzt, daß ein Verurteilungs- oder Erklärungspruch vorausging; d) Kleriker nach ihrer Absetzung oder Degradierung *ibi n. 2*; e) der Vater, die Mutter, der Gatte des Täuflings *ibi n. 3*; f) Personen, welche der Bezeichnung entbehren, welche der (erwachsene) Täufling, dessen Eltern bzw. Vormünder oder bei deren Versagen die Spender vornehmen können *ibi n. 4*.

Einige Ausdrücke sind durch Verweis auf die Rechtsquellen zu klären. Die „rechtliche Ehrlosigkeit, *infamia iuris*“ wird genauer dargelegt in den *Cann. 2291 n. 4; 2293—95*; „*Handbuch*“ I S. 158. Die kirchlichen Ehrenrechte („*actus legitimi ecclesiastici*“) werden aufgezählt in *Can. 2256 n. 2*.

Die Absetzung eines Klerikers (*depositio*) wird im *Can. 2303* und die Degradierung (*degradatio*) in *Can. 2305* behandelt. — Das Bezeichnungsrecht kommt bei Erwachsenen dem Täufling zu, bei Kindern den Eltern oder deren Stellvertretern. Haben diese niemanden bezeichnet oder einen Unfähigen (*Can. 765*) oder einen Untauglichen (*Cann. 764; 766*), so hat der Spender ergänzend und verbessernd einzutreten. Erfüllen die Bezeichneten die wesentlichen Bedingungen (*Can. 765*), so überkommen alle Bezeichneten das Patenamte; alle Nichtbezeichneten werden nicht Paten, auch wenn sie die Wesensbedingungen (*Can. 765 nn. 1 u. 5*) setzen. Wären Paten überhaupt nicht bezeichnet worden (was bei Nottaufen vorkommen kann) und erfüllen gewisse

Personen die Wesensbedingungen, so überkommen sie das Patenamnt wahrscheinlich; denn der Spender hat sie stillschweigend bezeichnet durch die Zulassung. Da das Patenamnt in letzterem Falle zweifelhaft erscheint, ist die geistliche Verwandtschaft und damit das Ehehindernis des Can. 1079 theoretisch zweifelhaft und somit praktisch als nicht vorhanden zu betrachten Can. 15.

**IV. Erfordernisse zur erlaubten Übernahme der Patenschaft.** Der Kodex schließt zu viele, unwürdige und unpassende Paten in der Weise aus, daß die Patenschaftsübernahme durch sie zwar gültig, jedoch unerlaubt ist gemäß den Cann. 764 und 766; R. R. tit. 2 c. 1 n. 22.

1) Bei der heiligen Taufe soll nur ein Pate beigezogen werden, sei es ein Mann oder eine Frau; höchstens zwei Personen verschiedenen Geschlechts Can. 764.

2) Als unwürdig für das Patenamnt gilt jeder öffentliche Verbrecher Can. 766 n. 2.

Der Kodex zählt die Unwürdigen noch mehr in einzelnen Gruppen auf, allein diese alle sind in den öffentlichen Verbrechern bereits eingeschlossen. Als Unwürdige gelten „die Exkommunizierten, die rechtlich Ehrlosen und die der kirchlichen Ehrenrechte Beraubten, wenn kein Beurteilungs- oder Erklärungspruch vorliegt, ferner die Interdizierten wegen eines öffentlichen Vergehens; endlich die tatsächlich Ehrlosen“ Can. 766 n. 2. Wie man sieht, setzen alle diese Zustände ein öffentliches Vergehen (*crimen publicum*) voraus. Wer öffentlich eines kirchlichen Verbrechens oder Vergehens sich schuldig gemacht hat, gilt als „*publice criminus*“, also die Gotteslästerer, Meineidigen, Feiertagsschänder, Wucherer, Konkubinarier usw.

3) Als unpassend sind anzusehen: a) Kinder vor Vollendung des dreizehnten Lebensjahres, außer der Spender findet eine rechtmäßige Ursache der Zulassung Can. 766 n. 1; b) Personen, welche die Grundlehren des Glaubens nicht kennen ibi n. 3 u. Can. 769; c) alle Novizen oder Professoren der religiösen Genossenschaften, außer die Not drängt und wenigstens der Lokalobere erteilt die ausdrückliche Erlaubnis ibi n. 4; d) alle Majoristen ohne ausdrückliche Erlaubnis des eigenen Ordinarius ibi n. 5.

Ist bei Religiösen kein Notfall vorhanden, so erteilt die Erlaubnis die Religiosenkongregation Can. 81, außer es ist in den Konstitutionen anders bestimmt. Ist ein Notfall vorhanden, aber kein Oberer zu erreichen, so kann das Mitglied einer Kongregation ohne weiteres die Patenstelle übernehmen Can. 762 § 1; S. R. C. d. 15. Febr. 1887, wahrscheinlich auch ein Ordensmann (*regularis*) oder eine Ordensfrau (*monialis*). Ist der

Religiose auch Majorist, so hat für exempte Ordensmänner der General- oder Provinzialobere die Erlaubnis zu erteilen Can. 198 § 1, für nicht-exempte Religiosen wird außer der Bewilligung des Ordensobern auch jene des Ortsordinarius (Bischof) benötigt.

Im Zweifel, ob jemand gültiger- oder erlaubterweise zum Taufpatenamt zugelassen werden kann, soll der Pfarrer das Gutachten des Ordinarius einholen, wenn die Zeit reicht Can. 767.

Die geistliche Verwandtschaft aus der Taufe überkommen mit dem Täufling nur der Taufende und der Taufpate Cann. 768; 742; 762—65; und nur zwischen dem Taufenden und dem Täufling und zwischen dem Taufpaten und dem Täufling entsteht das trennende Hindernis der geistlichen Verwandtschaft Can. 1079. Freilich bleibt die geistliche Verwandtschaft hinsichtlich der sonstigen Wirkungen nach dem alten Rechte bestehen, E. der Roderikkommission vom 2.—3. Juni 1918 n. 8 (AAS. X 346). — Es steht nach dem allgemeinen Rechte nichts im Wege, daß der Taufende zugleich das Amt eines Taufpaten übernimmt, indes muß letzteres, wenn möglich, durch einen Stellvertreter geschehen; vgl. S. R. C. in Policastren. d. 14. Jun. 1873, wo die E. lautete „Episcopus confirmans in casu officium patrini gerat per procuratorem“. Nach dem neuen Rechte wird zur Erlaubtheit gefordert, daß der taufende Majorist die Erlaubnis des Ordinarius habe. Ist kein Stellvertreter, z. B. bei der Nottaufe, zu haben, so muß der Taufende auf das äußere Zeichen des „Haltens“ oder „Berührens“ achten.

Die geistliche Verwandtschaft als trennendes Ehehindernis besteht demnach zwischen einem taufenden Manne und dem getauften Mädchen (der getauften Frauensperson) und umgekehrt, ebenso zwischen dem männlichen Taufpaten und dem weiblichen Täufling und umgekehrt. Auch die Gewalterschaft d. h. das Verhältnis zwischen dem Taufenden bzw. Taufpaten und den Eltern bleibt bestehen, jedoch nicht als Ehehindernis. Die wesentlichen Erfordernisse des Can 765 nn. 2—4 gelten für den Paten, nicht aber für den Taufenden. Tauft z. B. ein andersgläubiger (getaufter) Arzt ein Mädchen, so wird er mit diesem geistlich verwandt, wodurch das trennende Ehehindernis entsteht. Tauft jedoch eine israelitische Hebamme einen Knaben, so entsteht keine geistliche Verwandtschaft Can. 12. Tauft ein Ehegatte im Notfalle seine Gattin, so tritt die geistliche Verwandtschaft zwischen ihnen zwar ein, allein ohne Wirkung auf den Gebrauch der Ehe (*matrimonium non fit claudicans*) Can. 1036; die „nachfolgenden“ Ehehindernisse sind aus dem Kirchenrechte verschwunden.

**V. Pflichten der Taufpaten.** „Mit der Übernahme des Patenamts ergibt sich die Pflicht für die Paten, das geistliche Kind sich für immer empfohlen sein zu lassen und in allen Fragen der christlichen Lebensführung eifrig dafür zu sorgen, daß es während des ganzen Lebens sich würdig erweise der bei den feierlichen Zeremonien gegebenen Versprechungen“ Can. 769. — Die Pflichten der Paten ergeben sich auch aus den *N a m e n*. Die Paten sollen a) *g e i s t l i c h e V ä t e r* sein („susceptores, compadres, patrini; commatres, matrinae“), weshalb ihre persönliche Anwesenheit beim Taufakte zu betonen ist; b) *B ü r g e n* des christlichen Glaubens und Lebens sein („sponsores, fidei iussores“).

Die bei den feierlichen Taufzeremonien gemachten Versprechen sind die der dreimaligen *A b s c h w ö r u n g* und des dreimaligen *G l a u b e n s b e k e n n t n i s s e s*. Wer diese Versprechen feierlich in der Kirche erneuert, z. B. bei der ersten heiligen Kommunion, nach Exerzitien und Missionen, gewinnt einen vollkommenen Ablass unter den gewöhnlichen Bedingungen (Beicht, Kommunion, Gebet nach Meinung des Papstes), S. C. Indulg. d. 27. Febr. 1907 (ME. 19, 262). — Zuweilen ist die Stellung der Paten auch im Staatsrechte anerkannt; vgl. das bayerische „Religionsedikt“ § 23, wo ihnen ein Aufsichtsrecht über die Kindererziehung aus gemischten Ehen zuerkannt wird.

## § 9. Wirkungen und Folgen der Taufe.

**A. Wirkungen der Taufe.** Durch die Taufe, die Wiedergeburt im Wasser und im Heiligen Geiste (Joh 3, 3 ff), erlangt der Mensch: 1) die Gnade; 2) den Charakter; 3) die Kirchenmitgliedschaft. Für die volle Wirkung ist notwendig der *g ü l t i g e* und *w ü r d i g e* Empfang der Taufe Can. 752 § 1.

1) „*G n a d e*“ bedeutet hier: a) Nachlaß aller *S ü n d e n*, der Erbsünde und der persönlichen Sünden, sowie der ewigen und zeitlichen *S ü n d e n s t r a f e n*; b) die heiligmachende Gnade und damit die Gotteskindschaft und das Erbrecht auf den Himmel; vgl. D.-B. „Effectus baptismi“ XII c.

2) Die Taufe drückt einen unauslöschlichen *C h a r a k t e r* ein Can. 732; weshalb eine Wiederholung der Taufe ein furchtbares Sakrileg wäre, welches das *r ö m i s c h e* Recht mit Todesstrafe l. 2 C. Ne s. baptismum iteretur (1, 6), das *k a n o n i s c h e* Recht mit Irregularität bestrafte tit. De



apostatis et reiterantibus baptismum (V 9). Deshalb mahnt das römische Rituale, daß namentlich bei Erwachsenen die Gefahr der Wiederholung fern gehalten werde. „Unkenntnis, Irrtum, aber auch Gewinnsucht“ können eine solche Gefahr herbeiführen tit. 2 c. 3 n. 14.

3) Die Taufe bewirkt die Kirchenmitgliedschaft Joh 3, 5; durch dieselbe wird der Mensch eine eigentliche Kirchenperson (persona), unterworfen allen Kirchengesetzen und theilhaft aller kirchlichen Rechte, wenn nicht ein Hindernis letzteren entgegensteht Can. 87; vgl. „Handbuch“ I S. 36, 86—94.

Von den Getauften sind den reinen Kirchengesetzen nicht unterworfen: a) die des genügenden Vernunftgebrauches entbehren; b) außerdem die das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich bestimmt ist; c) die ausdrücklich Ausgenommenen, z. B. vom Gesetze der einmaligen Sättigung, Personen vor dem vollendeten 21. und nach dem begonnenen 60. Lebensjahre Can. 1254 § 2; die Katholiken bezüglich der Ehe-eingehungsform Can. 1099 § 2.

Eine Frage, welche verhältnismäßig wenig erörtert ist, betrifft die Verpflichtung der zweifelhaft Getauften. Klar sind folgende Sätze: 1) Die zweifelhaft getauften Katholiken und Katholiken sind den Natur- und göttlich-positiven Gesetzen unterworfen, z. B. den meisten Gesetzen der Zehn Gebote. Darum sind sie auch verpflichtet, Klarheit über ihre Taufe zu erlangen, und wenn dies nicht möglich ist, die Taufe an sich bedingungsweise wiederholen zu lassen. 2) So lange der Zweifel dauert, sind sie den Gesetzen der Kirche nicht unterworfen, welche den Empfang der übrigen Sakramente betreffen, ausgenommen ist die Ehe, deren Empfang für sie durch Can. 1070 geregelt ist; eine gültige Ehe kann aber auch unter Ungetauften bestehen. Ja die zweifelhaft Getauften können die übrigen Sakramente gar nicht empfangen (ME. 12, 540). — Bezüglich der übrigen Gesetze ist zu sagen: Wenn ein begründeter Zweifel bezüglich seiner Taufe entgegensteht, ist zur Beobachtung der reinen Kirchengesetze nicht verpflichtet; *lex dubia non obligat* Cann. 12 et 15. Sind zwei Personen tatsächlich zweifelhaft getauft und gehen sie miteinander eine Ehe ein, so ist diese Ehe gültig, auch wenn sie verschwägert oder in dispensierbaren Graden blutsverwandt sind. Tatsächlich zweifelhaft ist die Taufe, wenn die Materie theoretisch zweifelhaft ist, z. B. Wasser, gepreßt aus Blumen, oder eine Taufe, gespendet in Form einer Salbung. War jedoch die Taufe nur der Erkenntnis nach zweifelhaft, z. B. weil kein Eintrag in das Taufregister erfolgte, so gilt die Ehe (wie oben) so lange als gültig, bis nicht klar festgestellt ist: die Ehe-

leute waren in Wirklichkeit getauft, oder die eine war sicher getauft, die andere ungetauft Can. 1070 § 2.

Die Getauften werden der kirchlichen Rechte teilhaftig, wenn ihnen nicht der Mangel der Kirchengemeinschaft oder eine Zensur im Wege steht Cann. 87; 731 § 2. Das gilt besonders vom Empfang der übrigen Sakramente (abgesehen von der Ehe Can. 1070) Can. 737 § 1; „Handbuch“ I S. 36 f.

Wenn die Glaubensneuerer des 16. Jahrhunderts und ihre Anhänger mit unrichtiger Auslegung von 1 Ptr 2, 9 jedem Getauften auch zum Priester machen wollten, so verwechseln sie das *a l l g e m e i n e* Priestertum, dessen Aufgabe es ist, durch ein Leben nach dem Glauben die Welt zu erleuchten (ibidem u. Mt 5, 16), mit dem *b e s o n d e r e n*, welches Christus aus den Gläubigen wählte und bevollmächtigte (Handbuch S. 85), wie uns die Apostel (Apg 6, 3. 6; 13, 3; 1 Tim 4, 14; 5, 22; 2 Tim 1, 6; Tit 1, 5 usw.) und Väter bezeugen, so K l e m e n s von Rom in seinem Schreiben an die Korinther (vor 100); I g n a t i u s von Antiochien (gest. 107), P. C o r n e l i u s (251); vgl. D.-B. nn. 42; 45; R a u s c h e n: Patrologie (1906) S. 25, 29.

**B. Folgerungen.** Ist die Taufe in der k a t h o l i s c h e n Kirche gespendet, so muß dieselbe auch *a u f g e z e i c h n e t* werden.

1) Die Pflicht und das Recht der Aufzeichnung obliegt dem *e i g e n e n* Pfarrer und dem Pfarrer des T a u f o r t e s Cann. 777; 738 § 2. Deshalb haben alle Taufenden (Bischöfe R. R. tit. 2 c. 6, Priester, Diakone, Kleriker und Laien) die Aufzeichnungen sofort zu machen, um sie dem eigenen Pfarrer zur amtlichen Eintragung übergeben zu können. Can. 778.

2) Das T a u f r e g i s t e r umfaßt den Namen des Täuflings, des Taufenden, der Eltern und Paten des Getauften, den Ort und die Zeit der Taufe; diese Einträge sind sorgfältig und unverweilt zu machen Cann. 777 § 1; 470 §§ 1 bis 3. Aus dem römischen Rituale tit. 10 c. 3 ergibt sich die weitere Pflicht, auch die Geburtszeit und den Geburtsort des Kindes, die näheren Verhältnisse seiner Eltern und Paten; sowie die Umstände einer etwaigen Nottaufe; die Erteilung der bedingten Taufe und die Nachholung der Zeremonien zu registrieren.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Brauchbare Tauf- und sonstige Matritelbücher liefert die Buchhandlung Gg. Kleiter, Passau.

„Handelt es sich um außereheliche Kinder, so darf der Name der Mutter nur dann eingetragen werden, wenn ihre Mutterschaft öffentlich bekannt ist, oder wenn die natürliche Mutter schriftlich oder vor zwei Zeugen darum ersucht. Der Name des (natürlichen) Vaters darf nur eingetragen werden, wenn er aus eigenem Antriebe schriftlich oder vor zwei Zeugen darum ersucht oder wenn er aus einem öffentlichen Dokumente als Vater bekannt ist; in den übrigen Fällen werde der Neugeborene eingetragen als der Sohn eines unbekannten Vaters oder unbekannter Eltern“ Can. 777 § 2.

Wie man sieht, verlangt der Roder bezüglich der Angabe der Eltern das allermindeste. Die Mutterschaft eines neugeborenen Kindes festzustellen dürfte wohl nicht so schwierig sein wie die Vaterschaft; immerhin fehlen auch hier Unterschiebungen nicht 3 Rg 3, 20 ff. Wenn bei der Vaterschaft ein Beweis „ex publico authentico documento“ genügt, so ist zuerst an ein kirchliches Dokument zu denken Can. 1813 § 1; indes sind die staatlichen Dokumente (ibi § 2) hier ebenfalls beweiskräftig, z. B. die gerichtlichen, notariellen und standesamtlichen. Es wird gut sein, wenn im Taufregister auch die ursprüngliche Quelle notiert wird. Macht die Mutter Angaben über die Vaterschaft eines Mannes, so soll diese Angabe notiert werden, zwar nicht in den Spalten, sondern in Form einer Anmerkung, z. B. so: Pater est, ut mater ait: N. N.; vgl. Can. 1076 § 3. — Bei Findelkindern sind die Rubriken: 1. Zeit; 2. Ort; 3. Person der Auffindung; 4. Schätzung der Lebensdauer; dann folgen die Spalten für die (bedingte) Taufe, R. R. tit. X c. 3.

3) Ergänzung des Taufregisters Can. 470. Das Hauptregister eines katholischen Christen bildet das Geburts- und Taufregister. Darum sind in dasselbe einzutragen alle wichtigen Ereignisse des Lebens, nämlich a) die Tatsache der heiligen Firmung; b) der Eheabschluß; c) der Empfang der Subdiaconatsweihe; d) die feierliche Ordensprofess Can. 470 § 2. Dazu kommen noch die weiteren einschneidenden Ereignisse, nämlich e) wann die betreffende Ehe gelöst (durch Tod, feierliche Profess, päpstliche Dispense Cann. 1118 sqq.) oder für nichtig erklärt wurde Can. 1988; f) wann die Person die einfachen Gelübde im Jesuitenorden abgelegt hat Can. 1073; g) wann ein Majorist dispensiert wurde vgl. Can. 1043 sqq.; h) wann eine Ordensperson mit feierlichen Gelübden davon dispensiert Can. 669 § 1 oder säkularisiert Can. 640 § 1 n. 2, wann ein Jesuit mit ein-

sachen ewigen Gelübden dispensiert, säkularisiert oder rechtmäßig entlassen wurde Can. 669 § 1.

4) **Nachweis der Taufe** Can. 779. Der Empfang der Taufe wird nachgewiesen: a) durch ein **Taufzeugnis** auf Grund des Taufregisters Can. 1816; b) durch das Zeugnis des Priesters, welcher getauft hat Can. 1791 § 1; c) durch das Zeugnis zweier einwandfreier Zeugen Can. 1791 § 2; d) durch das Zeugnis auch nur eines Zeugen unter folgenden Bedingungen: a) daß niemandem daraus ein Nachteil (*praeiudicium*) erwachse; ß) daß der Zeuge einwandfrei sei Can. 779 (die Aussage ist unter Eid zu machen Can. 1791 § 2); e) durch das Zeugnis des im erwachsenen Alter Getauften, wenn es mit einem Eide erhärtet wird und niemand einen Eintrag tut Can. 779.

Ein lehrreicher Fall beschäftigte 1909 die Konzilskongregation. Der Ordinarius von **Piazza Armerina** (Sizilien) berichtete dem Apostolischen Stuhle, daß viele seiner Diözesanen nach Amerika auswandern und nach kürzerer oder längerer Zeit in ihre Heimat zurückkehren, wobei sie die pfarrlichen Taufzeugnisse für die in Amerika geborenen Kinder mitbringen. Die Pfarrer seiner Diözese tragen die bezeugten Tatsachen in ein eigenes Taufbuch ein und stellen später auf Grund dieser besonderen Matrikel Zeugnisse aus, wobei sie die gewöhnlichen Taxen ansetzen. Der Diözesanbischof erhielt nun auf verschiedene Anfragen von der Konzilskongregation am 3. Juli 1909 folgende Aufschlüsse: Die Zeugnisse mit Ansetzung der gewöhnlichen Taxen dürfen ausgestellt werden, wenn die Eintragung in die heimatlichen Register nach den Anweisungen des Apostolischen Stuhles erfolgt ist; nämlich a) die Zeugnisse der amerikanischen Pfarrer müssen eingesehen und bestätigt („*vidimate*“) sein von ihren Ordinarien; b) der (europäische) Pfarrer hat diese Zeugnisse an seinen Ordinarius einzusenden, der ihre Echtheit prüft entweder in eigener Person oder durch einen Bevollmächtigten, stets in Gegenwart des Fiskalanwaltes (seit Inkrafttreten des *Rodez* heißt er *Promotor iustitiae* Can. 1586); c) die amerikanischen Originalzeugnisse bleiben im Archiv der bischöflichen Kurie, die Einträge sind in den einzelnen Pfarreien auf Grund bischöflicher Ermächtigung zu vollziehen, S. C. C. in Platten. d. 2. Jul. 1909 (ME. 21, 301—305).

## § 10. Die heilige Firmung.

**Quellen:** Cann. 780—800; 2365; 544 § 1; 974 § 1 n. 1; 993 n. 1; 1335.

Im Anschluß an das Gesetzbuch der Kirche behandeln wir dieses Sakrament in folgenden Kapiteln: Materie und



Form; Spender; Empfänger; Zeit und Ort; Paten; Wirkungen und Folgerungen.

**I. Wesen der Firmung.** „Das Sakrament der Firmung muß gespendet werden durch Handauflegung, verbunden mit chrismatischer Salbung auf der Stirne, und durch die Worte, welche in den von der Kirche bestätigten Pontifikalbüchern vorgeschrieben sind“ Can. 780. „Der Chrisam beim Firmungssakramente muß vom Bischofe geweiht sein auch dann, wenn ein Priester auf Grund des Rechts oder eines apostolischen Indults das Sakrament erteilt § 1. Die Salbung darf nicht mit einem Instrumente geschehen, sondern ist zu vollziehen durch die Hand des Spenders, welche vorschriftsmäßig auf das Haupt des Firmlings gelegt wird“ § 2 des Can. 781.

Erläuterung: 1) Entfernte Materie ist also der aus Olivenöl und Balsam bereitete Chrisam. Ob die Mischung mit Balsam wesensnotwendig ist, darüber herrscht keine Sicherheit. Auch das heilige Offizium hat am 22. (24.) Nov. 1899 hierüber kein klares Recht geschaffen (ME. 11, 433). Ein Bischof hatte ohne Schuld nicht wenige Kinder mit Katechumenenöl gesalbt. Zu seiner Beruhigung erhielt er die Antwort: Sileat. Das hier aufgelegte Stillschweigen bedeutet nicht die zweifellose Gültigkeit der Firmung, sondern nur: Da das Sakrament der Firmung zum Heile nicht schlechthin notwendig ist, da die Kinder schwer aufzufinden sind und da Gründe für die Gültigkeit sprechen, so ist es am besten, zu schweigen. Es ist klare kirchliche Vorschrift, daß der Chrisam stets von einem Bischofe geweiht sein muß, auch wenn ein Priester auf Grund des Rechts oder eines apostolischen Indults firmt Can. 781 § 1. Die Weihe geschieht vorschriftsmäßig am Gründonnerstag (Can. 734 § 1). Wenn auch die Notwendigkeit der Weihe des Chrisams durch den Bischof seit ältester Zeit immer wieder betont wird, z. B. im Briefe des Papstes Innozenz I. vom 19. März 416 (D.-B. n. 98), so könnte nach begründeter Ansicht der Papst auch einen einfachen Priester mit der Chrisamweihe betrauen. Näheres oben § 3 S. 26.

2) Die nächste Materie (materia proxima) ist nach Cann. 780 und 781 § 2 die „Handauflegung mit

Chrisamsalbung auf der Stirne“. Das römische Pontifikale erwähnt bei dem Akte der Firmung keine „Handauflegung“; also besteht die Handauflegung bei diesem Sakramente darin, daß der Bischof den Firmling mit eigener Hand salbt. Wenn auch der Firmende gewöhnlich die Finger auf das Haupt des Firmlings legt, so wäre doch auch die *Handanlegung* (*manus impositio*) genügend, welche durch die unmittelbare Berührung der Stirne bei der Chrisamsalbung geschieht; vgl. *Innozenz III.* in c. 4 *De consuetudine* (I 4): „sacramentum confirmationis quod chrismando renatos soli debent episcopi per manus impositionem conferre“ und in c. 1 *De s. unctione* (I 15) § 7: „Per frontis chrismationem manus impositio (Act. 8, 17; 19, 6) designatur quae alio nomine dicitur confirmatio“. Auch die Orientalen kennen bei der Firmung keine andere „*manus impositio*“ als die „Salbung mit dem *ἁγίων Μύρον* auf der Stirne, den Augen, der Nase, dem Munde, den Ohren, der Brust, den Händen und Füßen“ Lübeck: „Die christlichen Kirchen des Orients“ S. 166. Die älteste uns erhaltene Inschrift (355) nennt die Firmung „*consignatio*“: „*Picentiae Legitimae neophytae die V Kal. Sept. (28. Aug.), consignatae a Liberio Papa, maritus uxori . . . sarcophagum posuit*“, *Raufmann C. M.*: „*Epigraphik*“ S. 189.

3) Die Form der heiligen Firmung liegt in den Worten der approbierten Pontificalien Can. 780. Im Römischen Pontifikale wird die Form also angegeben: „*N. Signo te signo crucis; (hier macht er mit dem in den Chrisam getauchten Daumen der rechten Hand das Kreuzzeichen auf die Stirne des Firmlings) Et confirmo te Chrismate salutis. In nomine Patris, et Filii, et Spiritus Sancti. R. Amen*“. Für wesentlich hält *St. Alfons* in seiner *Theol. mor.*: *De confirmatione* n. 168 folgende Ausdrücke: a) *Signo und confirmo*; b) die ausdrückliche Nennung der drei göttlichen Personen; c) *te*; b) *signo crucis und chrismate salutis*. — Die griechische Form „*Σφραγὶς δωρεᾶς Πνεύματος ἁγίου. Ἀμήν*“ wird allgemein für gültig angesehen.

Die Zeremonien der heiligen Firmung sind kurz folgende: 1) Vor der wesentlichen Spendung: Der Bischof betet stehend mit gefalteten Händen, ohne Mitra, den Firmlingen zugewendet, die Antiphon „*Spiritus*

sanctus“ mit den Versikeln, das folgende Gebet um die sieben Gaben verrichtet er seine Hände ausgestreckt gegen die Firmlinge haltend. 2) Die Spendung selbst kann der Bischof sitzend oder stehend vollziehen, das Haupt mit der Mitra bedeckt, während die Kinder (und Paten) knien. Er fragt um den Namen einzeln, welchen der Firmende sofort nennt. Nach der Sacramentspendung erteilt er dem Firmling einen leichten Schlag auf die Wange, sprechend: Pax tecum. 3) Nach der Firmungsspendung wird, während der Bischof die Hände reinigt, die Antiphon Confirma hoc usw. gesungen oder gelesen, wornach der Firmende zum Altare gewendet mit gefalteten Händen die Versikel und das Gebet mit Ecce verrichtet. Zu den Firmlingen gewendet erteilt er den Schlußsegen, worauf er sitzend den Paten Anweisungen gibt.

Über die Ceremonien der heiligen Firmung haben wir verschiedene Erklärungen des Apostolischen Stuhles, welche das Wesen dieses Sacramentes besser herausheben: a) Die Gebete und Riten (also auch die *H a n d a u s s t r e c k u n g*) vor dem „Signo te“ gehören nicht zum Wesen der Firmung, S. C. de Pr. F. d. 6. Aug. 1840 (ME. V 1, 202). b) Die Ceremonien vom Backenstreich an einschließlich bis zum Schluß gehören ebenfalls nicht zum Wesen der Firmung, S. Off. d. 22. Jul. 1892 ad I (ME. VII 2, 223). Wenn auch die Riten vor und nach der Salbung nicht zum Wesen gehören, so sollen doch die Firmlinge (und Paten) dem ganzen Akte anwohnen Can. 789. — c) Das erste Kreuzzeichen bei dem Wesen der Firmung muß der Bischof auf die Stirne des Firmlings salben, während die folgenden drei bei Nennung der heiligsten Dreifaltigkeit in der Luft zu machen sind, S. R. C. in Grossetan. d. 7. Maii 1853 (ME. V 1, 204). — d) Bei der Firmung kann neben dem Taufnamen ein neuer (entsprechender) Name angegeben werden S. R. C. in Laurinen. d. 20. Sept. 1749 (ibi). — e) Wo eine Gewohnheit besteht, darf bei der Firmung eine brennende Kerze überreicht werden S. R. C. in Portugallien. d. 15. Maii 1745. — f) Der Apostolische Stuhl hat bei Gefahren gestattet, daß die heilige Firmung ohne Mitra und Stab vollzogen werde S. R. C. in Scardonon. d. 8. Aug. 1643; in Bosnen. d. 18. Dec. 1647; S. Off. d. 12. Febr. 1851 in Vicariatus Ap. Coreae (ME. V 1, 223). — g) Wo die Gewohnheit vorhanden ist, daß das Credo mit Pater und Ave am Schluß der Firmung gemeinsam von dem Firmenden und den Anwesenden gebetet wird, so ist sie beizubehalten S. R. C. in Conversanen. d. 13. Jul. 1883 (ME. VI 1, 180).

II. **Spender** Can. 782—785. 1) „Ordentlicher Spender der Firmung ist nur der Bischof“ Can. 782 § 1. „Außerordentlicher Spender ist jener Priester, dem diese Vollmacht zuteil ward entweder nach dem gemeinen Recht oder durch besonderes Indult des Apostolischen Stuhles“ Can. 782 § 2. Nur der Apostolische Stuhl kann einem Priester diese Vollmacht verleihen, Brief des Papstes Clemens VI. an Konsolator, Katholikos der Armenier, vom 29. Sept. 1351, D.-B. n. 573; 697 (Deer. pro Arm.); 873 (Trid. sess. 7 en. 3). — Außer den Kardinälen

(Cann. 239 § 1 n. 23; 232 § 1) verleiht das gemeine Recht des Roder diese Vollmacht noch den Äbten oder Prälaten mit eigenem Gebiet, den Apostolischen Vikaren oder Präfecten unter zwei Gültigkeitsbedingungen: a) innerhalb ihres Gebietes; b) während der Amtsdauer Can. 782 § 3.

2) Firmlinge verschiedenen Ritus von dem des Sponsors. Ein Bischof spendet gültigerweise allen Getauften die heilige Firmung, mögen sie irgendwelchem Ritus zugehören, ebenso ein Priester mit gesetzlicher Befugnis oder mit einem Indulte, welches ausdrücklich hiefür Fürsorge trifft; sonst ist die Ertheilung der Firmung an Firmlinge verschiedenen Ritus unerlaubt und ungültig Can. 782 § 4. — Priester eines morgenländischen Ritus, welche die Vollmacht oder das Privileg besitzen, Kindern des eigenen Ritus zugleich mit der Taufe die Firmung zu spenden, haben kein Recht, letztere Kindern des lateinischen Ritus zu erteilen ibi § 5. Mit dem Worte „nefas est“ (Can. 782 § 5) ist die Unerlaubtheit (Sündhaftigkeit) klar ausgedrückt, die Ungültigkeit aber nicht; vgl. Can. 782 § 4; Ben. XIV. in Syn. 1. 7 c. 9.

3) Die Firmung an Auswärtige. Jeder Sponder (der Bischof; der berechtigte und privilegierte Priester) firmt in seinem Gebiete Getaufte des eigenen Ritus stets gültig, also auch Auswärtige; ebenso erlaubterweise, wenn nicht bei Auswärtigen deren Ordinarius es ausdrücklich verbot Cann. 783 § 1; 784; 782 § 3. Hat ein Priester kein örtliches, sondern ein persönliches Privileg, so muß er die Grenzen desselben genau einhalten Cann. 784; 68; 50.

4) Firmung außer dem Gebiete. Jeder Cardinal kann überall die Firmung erteilen Can. 239 § 1 n. 23. Jeder Bischof kann seine Untergebenen überall privatim firmen, d. h. ohne Stab und Mitra; sonst bedarf er der Erlaubnis des Ortsordinarius, doch genügt die mit Grund vorausgesetzte Can. 783 § 2. Ein Titularbischof bedarf zur Spendung der Firmung stets der Erlaubnis; vgl. Can. 348 § 1. Die priesterliche Firmungsvollmacht ist an ein bestimmtes Gebiet gebunden Can. 782 § 3.



5) **Firmungspflicht** Can. 785. Der **Bischof** ist verpflichtet, seinen Diözesanen, welche rechtmäßig und aus vernünftigen Grunde darum bitten, dieses Sacrament zu spenden, besonders zur Zeit der Visitation des Bistums Can. 785 § 1; desgleichen der privilegierte Priester jenen, zu deren Gunsten er seine Vollmacht erhielt ibi § 2. Jeder Ortsordinarius (Can. 198 § 2) muß womöglich wenigstens alle fünf Jahre seinen Untergebenen Gelegenheit verschaffen, die Firmung zu empfangen, sei es von ihm selbst oder, wenn ihm die Vollmacht oder Möglichkeit fehlt, von einem andern ibi § 3. Wenn ein Ortsordinarius diese Pflicht (§ 3) schwer vernachlässigt, so soll ihn der Metropolit beim Apostolischen Stuhle zur Anzeige bringen Cann. 274 n. 4; 785 § 4. Sind die Diözesen außerordentlich groß und ein Weihbischof nicht vorhanden, so kann sich der Bischof die Vollmacht vom Apostolischen Stuhle erbitten, einen oder zwei Priester zu subdelegieren zur Spendung der Firmung, S. Off. d. 4. (5.) Mart. 1903 (ME. 15, 246). Für Südamerika hatte die Kongregation der Außerordentlichen R. A. diese Vollmacht (c. l.); nach gegenwärtigem Rechte kommt sie der Sacramentenkongregation zu Cann. 249; 210; vgl. S. C. de Prop. Fid. Facultates Extr. T. maiores n. 31.

6) **Strafen**: a) Ein Priester, der es wagt, ohne rechtliche oder päpstliche Bevollmächtigung zu firmen, verfällt der **Suspension f. s.** b) Wenn ein bevollmächtigter Priester die Grenzen seiner Vollmacht zu überschreiten sich herausnimmt, ist ihm die Vollmacht mit der Überschreitung l. s. **entzogen** Can. 2365.

**III. Empfänger.** 1) **Gültig** empfängt die Firmung der nicht gefirmte Getaufte, welcher, wenn erwachsen, den Willen hat, gefirmit zu werden Cann. 786; 732; 745 § 2 n. 2.

2) Zum erlaubten Empfange gehören folgende Bedingungen: a) das Alter; b) der Gnadenstand; c) die Unterweisung.

In der lateinischen Kirche wird die heilige Firmung passenderweise bis ungefähr zum siebenten Lebensjahr verschoben; freilich kann sie schon früher gespendet werden in

Todesgefahr oder aus sonstigen gewichtigen Gründen, die der Spender zu beurteilen hat Can. 788, z. B. wenn die Eltern in Gegenden verreisen, wo nur selten gesirmt wird. „Im Orient wird nach altchristlicher Sitte die Firmung in Verbindung mit der Taufe erteilt“, Lübeck S. 166; Ben. XIV.: De Syn. l. 7 c. 9 n. 1. In unseren Gegenden pflegt die Firmung etwas später erteilt zu werden, indes beachte man, daß Papst Leo XIII. in seinem Schreiben „Abrogata“ vom 22. Juni 1897 verlangt, die Firmung solle dem Empfang der ersten Kommunion vorangehen (Can. 859 § 1); darum darf die Firmung nicht zu viel über das siebente Lebensjahr hinaus verschoben werden; Rit. Rom. app. pag. 3\*. — Die „Instruktion für firmende Priester“ schließt von der Firmung aus Exkommunizierte und öffentliche Sünder, besonders jene, welche die Osterspflicht vernachlässigt haben R. R. app. 4\*. Im Stande der Gnade soll man dieses Sakrament empfangen Can. 786; darum soll die heilige Beicht vorausgeschickt werden R. R. app. pag. 4\*. Freilich ist die Beicht nicht als solche Pflicht, sondern als Mittel, den Gnadenstand zu erlangen.

Werden Erwachsene (Cann. 745 § 2 n. 2; 12) zur Firmung zugelassen, so muß eine hinreichende Unterweisung („sufficiens instructus“) vorangehen Can. 786. Diese Unterweisung umfaßt nicht nur das Firmungssakrament, sondern auch die Grundlagen des Glaubens; die Gebote Gottes und der Kirche; die drei göttlichen Tugenden; das Gebet des Herrn und Apostolische Glaubensbekenntnis R. R. app. 4\*. Schwerkranke müssen wenigstens soviel Kenntnis davon besitzen, daß sie sich nach dem Sakramente der Seelenstärkung sehnen S. Off. in Vic. Ap. Tchely Mer.-Orientali d. 10. Apr. 1861 (ME. V 1, 223).

3) Pflicht. „Wenn auch dieses Sakrament keine unerläßliche Pflicht in sich schließt, so darf doch niemand, dem sich Gelegenheit bietet, dasselbe vernachlässigen; im Gegenteil die Pfarrer (Seelsorger) sollen sich bemühen, daß die Gläubigen es rechtzeitig empfangen“ Can. 787. Niemand kann zum Noviziate einer religiösen Genossenschaft (Can. 544 § 1), niemand zur ersten Tonsur (Can. 974 § 1 n. 1) zugelassen werden ohne Firmungszeugnis.

**IV. Zeit und Ort der Firmung.** 1) „Dieses Sakrament kann zu jeder Zeit erteilt werden; doch ist die P f i n g s t w o c h e in besonderer Weise hiefür geeignet“ Can. 790.

2) Der Ort für die Erteilung der Firmung ist die K i r c h e; es genügt ein rechtmäßiger und vernünftiger Grund zur Wahl eines anderen geziemenden Ortes (Oratorien, Privatgemächer) Can. 791. Innerhalb seines Bistums kann der Bischof überall auch die feierliche Firmung spenden, auch an e r e m p t e n Orten Can. 792; für die Spendung außerhalb der Diözese gilt Can. 783 § 2 (oben S. 67).

**V. Firmpaten** Cann. 793—797; 1335. Was von den Taufpaten gesagt wurde, gilt in entsprechender Weise auch von den Firmpaten. Uralt ist die Beziehung auch der Firmpaten Can. 793. 1) Die Erfordernisse der G ü l t i g k e i t stimmen in den meisten Punkten bei beiden fast wörtlich überein; vgl. Cann. 795; 765; außerdem muß der Firmpate selbst g e f i r m t sein Can. 795 n. 1. Neben dem Spender kann auch der P f a r r e r den Firmpaten, wenn der Firmling oder dessen Eltern usw. versagen („desint aut renuant“), bezeichnen ibi n. 4; mit Recht, da ja der Pfarrer die Paten besser zu kennen pflegt und schon vorher sich darum bekümmern kann. — Das äußere Zeichen der Patenschaftsübernahme (tactus physicus) besteht nach Can. 795 n. 5 in der körperlichen Berührung („physice tangat“), sei es in eigener Person oder durch einen Stellvertreter. Das Pontifikale bestimmt, daß kleine Kinder in den A r m e n ihrer Paten gehalten werden, während die Erwachsenen ihren Fuß auf den rechten Fuß des Paten stellen R. R. app. 6\*. — 2) Für die E r l a u b t h e i t der Übernahme des Firmpatenamtes gelten sämtliche Vorschriften, welche das Taufpatenamt betreffen Can. 766; außerdem beachte man: a) Der Firmling hat nur einen Paten Can. 794, des g l e i c h e n Geschlechtes wie er, außer der Spender läßt in Einzelfällen aus vernünftigem Grunde eine Person anderen Geschlechtes zu Can. 796 n. 2. b) Der Firmpate biete nur einen Firmling dar, höchstens zwei, doch kann der Spender aus rechtmäßigem Grunde auch hier dispensieren Can. 794 § 1. c) Der Firmpate soll v e r s c h i e d e n sein vom T a u f p a t e n, außer die Firmung folgt unmittelbar nach der Taufe; auch sonst kann der Spender

aus vernünftigen Grunde den Taufpaten zulassen Can. 796 n. 1. — 3) Wie bei der Taufe, so entsteht auch bei der Firmung aus der Patenschaft die geistliche Verwandtschaft mit allen Rechten und Pflichten des Paten Cann. 797; 768; 769; R. R. E. vom 2.—3. Juni 1918 n. 8 (AAS. X 346). Nur das trennende Ehehindernis der geistlichen Verwandtschaft entsteht aus der Firmung nicht Can. 1079.

**VI. Wirkungen und Folgen.** 1) Die Wirkungen der Firmung sind: a) die Vermehrung der Gnade zur Stärke („datur Spiritus Sanctus ad robur“ D.-B. n. 697); b) der Charakter Can. 732; c) die Ausrüstung zum Eintritt in den geistlichen (Can. 974 § 1 n. 1) und religiösen Stand (Can. 544 § 1).

2) Die Tatsache der Firmung ist mit den wichtigsten Umständen in das Firmregister der Pfarrei einzutragen Can. 798; R. R. tit. 10 c. 4. Die wichtigsten Umstände sind: Namen des Sponsors, des Firmlings, der Eltern, des Paten; Zeit und Ort der Firmung. Das Rituale gibt ein ausführliches Formular und wünscht, daß die männlichen Firmlinge auf der einen Seite, die weiblichen auf der anderen getrennt notiert werden. Bezüglich unbekannter Eltern beachte man das beim Taufregister Gesagte. Auch im Taufbuche ist ein Vermerk über die Firmung zu machen Can. 470 § 2. Ist der eigene Pfarrer des Firmlings bei der Firmung nicht anwesend, so stelle der Firmende in eigener Person oder durch einen Stellvertreter ein genaues Firmzeugnis aus, welches dem Pfarrer zu übersenden ist Can. 799.

3) Zum Beweis der Firmung genügt außer einem Zeugnis auf Grund des Firmregisters, wenn keine Rechtsbeeinträchtigung (praeiudicium) zu fürchten ist: a) das Zeugnis auch eines einwandfreien Zeugen; b) das beschworene Zeugnis des Gefirmten, außer er erhielt die Firmung vor dem Vernunftgebrauch Can. 800.

## Die heiligste Eucharistie.

„In der heiligsten Eucharistie ist unter den Gestalten von Brot und Wein Christus der Herr selbst enthalten, wird geopfert und genossen“ Can. 801. Die drei Wörter „continetur, offertur, sumitur“ enthalten eine Dreiteilung, welche auch



der Kodex beibehält. Während er aber das Meßopfer („offeritur“) und die Kommunion („sumitur“) bei den Sakramenten behandelt, folgt die Verehrung der Eucharistie („continetur“) erst bei Behandlung des kirchlichen Kultes (Can. 1265—75).

## § II. Das Meßopfer.

In vier Artikeln werden die kirchenrechtlichen Grundsätze über das Meßopfer dargelegt: I. De sacerdote Missae sacrificium celebrante. II. De Missae ritibus et caeremoniis. III. De tempore et loco Missae celebrandae. IV. De Missarum eleemosynis seu stipendiis. Wir halten uns im folgenden an diese Einteilung.

### A. Der Opferpriester.

**1. Die Gewalt das Meßopfer darzubringen haben nur die Priester** Cann. 802; 2322 n. 1. Während die Schismatiker der morgenländischen Kirchen in diesem Punkte vollständig mit der katholischen Kirche übereinstimmen, haben die Glaubensneuerer des 16. Jahrhunderts das Meßopfer verworfen und ein Laienpriestertum (ohne eigentliches Opfer) erfunden; die Altkatholiken sind ihnen hierin teilweise gefolgt; vgl. „Handbuch“ I S. 85. Selbst Harnack M. klagt: „Steht nicht in der katholischen Messe ein Moment und eine Ausgestaltung der Anbetung, wie sie der evangelische Gottesdienst nicht leicht erreicht? Ist nicht der Opferbegriff bei seiner Reinigung im Protestantismus zu stark zurückgedrängt worden? Ist endlich nicht die Herbeiziehung des ästhetischen Elements, der Kunst, im Gottesdienst in größerem Umfange wünschenswert?“ in seiner Schrift „Protestantismus und Katholizismus in Deutschland“ (1907) S. 23 f.

Der Priesterweihe-Ritus betont in erster Linie die Vollmacht zu opfern „Sacerdotem oportet offerre“, eine Vollmacht, welche dem Empfänger mit den Worten übertragen wird: „Nimm hin die Vollmacht, Gott das Opfer darzubringen und Messen zu feiern für Lebende und Verstorbene im Namen des Herrn“, wobei der Bischof jedem Weihesakandidaten den Kelch mit Wein und die Patene mit der Hostie zur Berührung darreicht (Pont. Rom. p. I pag. 55). Kein Laie, kein Kleriker unter dem Priester besitzt diese Vollmacht. Maßt

er sich dieselbe an, so wird er *irregulär* Can. 985 n. 7 und verfällt der dem Apostolischen Stuhle besonders reservierten *Exkommunikation* nebst anderen Strafen f. s. Can. 2322 n. 1.

**II. Intention.** Das Meßopfer kann vom Priester dargebracht werden, wie der *Weiheritus* schon andeutet, „für alle, sei es Lebende, sei es Verstorbene, soweit letztere im Fegfeuer ihre Vergehen büßen“, doch können „Priester für gewöhnliche Exkommunizierte nur privatim und mit Beseitigung des Argernisses die Messe darbringen; für zu meidende Exkommunizierte (*excommunicati vitandi*) einzig nur zu ihrer Befehrung“ Can. 2262 § 2 n. 2.

1) Ist jemand als *excommunicatus vitandus* gestorben, so darf das heilige Meßopfer in keiner Weise für ihn dargebracht werden; während seines Lebens ist nur die Darbringung für seine Befehrung erlaubt. — 2) Für einen gewöhnlichen Exkommunizierten darf die heilige Messe niemals öffentlich dargebracht werden, mag er leben oder verstorben sein; darum auch nicht für einen lebenden oder verstorbenen Andersgläubigen oder Schismatiker, auch nicht wenn er im Leben die höchste Staatswürde bekleidet hätte; vgl. das Breve *Gregors XVI.* an den Bischof von Augsburg vom 16. Februar 1842 und vom 19. Juli 1842 an den Abt von Scheyern. In den gleichen Fällen ist auch die private Darbringung verboten, wenn daraus Argerniß entsteht Can. 2262 § 2 n. 2. Die private argernislose Aufopferung der heiligen Messe für lebende oder verstorbene Andersgläubige ist also gestattet. — 3) Für verstorbene Ungetaufte darf die heilige Messe nicht aufgeopfert werden Cann. 1239 § 1; 1204, wenigstens nicht öffentlich oder mit Gefahr des Argernisses. Für lebende Ungetaufte die Messe darzubringen, besteht kein besonderes Verbot; selbstverständlich muß jedes Argerniß fern sein S. Off. d. 12. Jul. 1865 apud *Lehmkuhl*: Theol. mor.<sup>12</sup> II. n. 244.

**III. Die Darbringung des Meßopfers durch mehrere Priester zugleich** (*concelebratio*) Can. 803: „Es ist nicht gestattet, daß mehrere Priester gemeinsam zelebrieren außer in der Priesterweihmesse und in der Bischofskonsekrationsmesse nach dem römischen Pontifikale.“ Da nach Can. 1 die morgenländischen Kirchen durch den Kodex nur dann neu geordnet werden, wenn dies ausdrücklich betont wird, so bleibt die „Konzelebration“ der orientalischen Kirchen unangetastet. Bei derselben treten die Priester in vollem liturgischen Ornate an den Altar. Einer von ihnen, gewöhnlich der Höchststehende, ist Hauptzelebrant, die übrigen sprechen und handeln mit. Die Opferelemente

hat nur der Hauptzelebrant vor sich auf dem Altare, welchen die übrigen Priester umstehen. Die Konsekrationsworte werden gemeinsam laut gesprochen. Bei der *fractio panis* wird die Hostie in so viele Teile gebrochen, als Konzelebranten vorhanden sind. Der Genuß des Kelches ist gemeinsam; vgl. Lübeck S. 155. Papst Innozenz III. bezeugt 1205 die Konzelebration bei Gelegenheit der Bischofsweihe, ausgenommen jedoch bei der Bischofskonsekration des Papstes in c. 28 De electione (I 6). Nur bei der Bischofsweihe wird auch das Blut Christi unter der Gestalt des Weines auch vom geweihten Bischofe getrunken, während bei der Priesterweihe die neugeweihten Priester nur unter der Gestalt des Brotes kommunizieren.

**IV. Die Seelen- und Leibesvorbereitung des Opfern- den.** Der Priester, welcher sich zum Messopfer anschickt, soll würdig sein durch den Gnadenstand, die Nüchternheit, die Gebetsvorbereitung, die Kleidung und die Dienstleistung Cann. 807—813.

1) Der Gnadenstand Can. 807: „Der Priester, welcher sich einer schweren Sünde bewußt ist, wage es nicht ohne vorausgehende sakramentale Beicht die Messe zu feiern, so sehr er auch meint, er besitze die vollkommene Reue; wenn er aber in dringender Notlage, da die Möglichkeit, einen Beichtvater zu haben, fehlt, nach Erweckung eines vollkommenen Reueaktes zelebriert hat, so hat er zu beichten so bald als möglich“; vgl. Can. 856, welcher Gleiches bestimmt zum Empfang der heiligen Kommunion; Trid. sess. 13 c. 7; cn. 11. Das Gesetz der Beicht verpflichtet vor der Kommunion nur dann, wenn der Kommunikant einer schweren Sünde sich bewußt ist („sibi conscius peccati mortalis“ oder „quem conscientia p. m. gravat“), darum kann ein wenn auch begründeter Zweifel, ob eine schwere Sünde das Gewissen (noch) drückt, die Pflicht nicht auslegen; auch nicht das Bewußtsein, eine schwere Sünde begangen zu haben, wenn dieselbe in einer guten Beicht ohne Schuld übersehen wurde; denn die Sünde ist getilgt; es bleibt die Pflicht, sie bei nächster Gelegenheit der Schlüsselgewalt der Kirche zu unterwerfen Cann. 15; 856. — Besteht „deficiente copia confessarii“ keine dringende Notwendigkeit, zu zelebrieren oder zu kommunizieren, so muß das Messelesen oder Kommunizieren unter-

lassen werden. Besteht aber eine solche Nothwendigkeit, so darf der Priester zelebrieren, der Gläubige kommunizieren, doch mit vorgängiger Erweckung eines Aktes vollkommener Reue; für den Priester besteht die weitere Pflicht, baldigst zu beichten, d. h. innerhalb dreier Tage S. A l f o n s u s in Theol. mor. VI n. 266. — Eine „dringende Nothwendigkeit“ ist vorhanden, wenn ein Gebot zu zelebrieren oder kommunizieren drängt, wenn Verlust des guten Rufes oder Argerniß zu befürchten ist. — Was heißt nun „deficiente copia confessarii?“ Offenbar nicht: „Wenn die Auswahl eines Beichtvaters fehlt“, sondern nur „Wenn die Möglichkeit, einen Beichtvater zu haben oder leicht zu erreichen, fehlt“. Man beachte das Wort „confessarius“; es muß also ein Priester sein, der entweder vom Rechte (Cann. 239 § 1 n. 1 et 2; 882) oder vom kirchlichen Obern (Cann. 873—875) die Jurisdiktion zum Beicht hören besitzt. Der Priester des Can. 884 und höchst wahrscheinlich auch ein solcher der Cann. 889 und 890 ist kein geeigneter confessarius, namentlich dann nicht, wenn der Pönitent an sich Erfahrungen solcher Art gemacht hat. Näheres über diese Beichtpflicht bei den Moralisten, z. B. S. A l f o n s u s in Theol. mor. VI. n. 257; L e h m k u h l: Th. mor. II. nn. 204 sqq.

2) Die eucharistische Nüchternheit Cann. 808; 858; 864: 247 § 5; 2321. Die eucharistische Nüchternheit besteht darin, daß der Kommunizierende von Mitternacht an nicht das geringste an Speise oder Trank genossen hat. Diese Nüchternheit verpflichtet zunächst den zelebrierenden P r i e s t e r Can. 808, dann jeden kommunizierenden G l ä u b i g e n Can. 858 § 1. Indes läßt die Verpflichtung des Kommunizierenden viel leichter Ausnahmen zu; die eucharistische Nüchternheit verpflichtet nicht: a) in T o d e s g e f a h r (Wegzehrung), auch wenn der Empfang wiederholt wird Can. 864 § 3; b) in der N o t l a g e, um das heiligste Sakrament vor Unehreverbietigkeit zu bewahren Can. 858 § 1; c) in K r a n k h e i t s f ä l l e n unter gewissen Voraussetzungen Can. 858 § 2: „Kranke, welche schon einen Monat darniederliegen ohne sichere Hoffnung auf baldige Genesung, können mit dem weisen Einverständnis ihres Beichtvaters die heilige Eucharistie ein- oder zweimal in der Woche zu sich nehmen, wenn sie auch eine Arznei oder in Form einer Flüssigkeit Son-



stiges genossen haben“. Die eucharistische Nüchternheit unterliegt in letzterem Falle einer Milderung für *R r a n k e* („*infirmi . . . qui decumbunt sine certa spe cito convalescendi*“) zu ein- oder zweimaligem Empfang in der *W o c h e*, wobei feste Speisen, von Arzneien abgesehen, ausgeschlossen sind; den Fall beurteilt der Beichtvater. — d) Wir sahen schon früher, daß das bei der Taufe genossene *S a l z* (R. R. tit. 2 c. 4 n. 15 et n. 51) den Empfang der Eucharistie nicht hindert Can. 753 § 2.

Für den Priester gibt es verschiedene Fälle, in welchen die Rubriken des Missale ihm gestatten, auch ohne die eucharistische Nüchternheit zu zelebrieren, nämlich a) wenn der Priester nach dem Genuß der Gestalt des Brotes oder Weines merkt, es sei die eine von beiden keine taugliche Materie gewesen („*hostiam esse corruptam, aut non esse triticeam; vinum non esse positum, sed aquam*“), so darf er zelebrieren und kommunizieren; vgl. Missale Romanum: De defectibus III n. 5; IV n. 5; b) wenn ein Priester nach der Konsekration stirbt oder ohnmächtig wird, darf und soll ein anderer Priester die Messe vollenden, auch wenn er bereits natürliche Speise genossen hat ibi X n 3. Es gibt noch andere Fälle, welche von den Gelehrten verschieden ausgelegt werden. So ist es eine gut begründete Ansicht, daß ein Priester ohne die eucharistische Nüchternheit die heilige Messe lesen darf und unter Umständen lesen muß (letzteres wenn die Wegzehrung einziges Mittel zur etwaigen Seelenrettung ist), wenn ein Katholik in Todesgefahr ohne *W e g z e h r u n g* sterben müßte; — ebenso daß ein Priester, welcher natürliche Speise schon genossen hat, zelebrieren dürfe, wenn an einem gebotenen Feiertage das gläubige Volk nicht nur der heiligen Messe beraubt würde, sondern auch dadurch *s c h w e r e s A r g e r n i s* erlitte *L e h m k u h l* in Theol. mor.<sup>12</sup> II nn. 222—23. Es kommt bei dem Zusammenreffen zweier Gebote darauf an, welches *v o r w i e g t* (quale sit „*praeceptum maioris ponderis*“ Missale: De defectibus III n. 5). Das göttliche Gebot der Wegzehrung und das Naturgebot der Vermeidung schweren Argernisses überwiegen das kirchliche Gebot der Nüchternheit; vgl. Can. 15.

Das Kirchengesbot der eucharistischen Nüchternheit ist durchaus schwerer Natur („*non admittit parvitatem materiae*“;

die Übertretung ist mit *Suspension* vom Meßlesen f. s. bedroht Can. 2321. Doch wurden auch von diesem Gebote Dispensen erteilt, wie Benedikt XIV. bezeugt in Syn. l. 6 c. 8 n. 19: Julius III. gewährte sie *Star IV.*; Pius IV. indischen Missionären; Innozenz XIII. dem König Ludwig XV. von Frankreich am 5. Oktober 1722 und der Kaiserin Elisabeth am 20. Aug. 1723 für ihre Krönung zur Königin von Böhmen. Laien erhalten nicht selten im Falle einer Krankheit oder Schwäche Dispense vom Apostolischen Stuhle für die heilige Kommunion; zuständig für diese Dispensen sind die Sakramenten- und Religiosenkongregation Cann. 249; 251 § 3. — Für die Darbringung des heiligen Opfers war die Dispense viel schwieriger zu erlangen, doch fehlen geschichtliche Beispiele nicht, wie das Schreiben Pius' IV. an die indischen Missionäre vom 10. Febr. 1563; die Vollmacht, welche Leo XIII. in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts den Bischöfen vertraulich erteilte. Gegenwärtig ist das heilige Offizium ausschließlich zuständig „in bezug auf alles, was die eucharistische Nüchternheit der zelebrierenden Priester betrifft“ Can. 247 § 5. Das Archiv f. k. KK. 1917 (3. Quartalheft) teilt mit, daß Papst Benedikt XV. bereit ist, Priestern in zwei Fällen die Dispense zu erteilen: a) wenn ein Priester mit *schwacher* Gesundheit binieren; b) wenn ein auch gesunder Priester zur zweiten Messe einen weiten Weg zurücklegen muß (*locorum magna distantia*); ein Weg von einer halben Stunde ist sicher als weit anzusehen vgl. Can. 1427 § 2. Das Bittgesuch ist an den Ordinarius zu richten, welcher auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Kränklichkeit des Priesters und aus eigenem Wissen die Ortsentfernung bezeugt.

Can. 858 § 2 erlaubt den Genuß einer „*Arznei*“, gleich ob fest oder flüssig, und einer Gabe „in Form eines *Trankes*, *per modum potus*“. Darunter sind nicht nur eigentliche Getränke zu verstehen, sondern auch Flüssigkeiten, in denen feste Speisen aufgelöst sind, also Fleischbrühe, Kaffee; Suppe mit Gries oder geriebenem Brot („*semmolino, pangrattato*“), wie das heilige Offizium am 4. Juni 1893 und 7. (10.) Sept. 1897 antwortete (ME. IX 2, 4), Schokolade, Kakao, Ei im Kaffee aufgelöst (ME. IX 1, 22), wenn die Natur der Flüssigkeit dabei nicht verloren geht. Über die ganze Frage vgl. Ben. XIV. in *Synodo* l. 6 c. 8 nn. 4 sqq.

3) Die Gebetsvorbereitung. „Der Priester unterlasse es nicht, sich auf die Darbringung des eucharistischen

Opfers durch fromme Gebetsübungen vorzubereiten und nachher Gott für eine solche Gunst zu danken Can. 810. Die Vorbereitung auf die heilige Messe umfaßt die Abbetung der Matutin und Laudes, eines mündlichen oder betrachtenden Vorbereitungsgebetes („orationi aliquantulum vacet“) und wenn es die Zeit erlaubt, der im Meßbuch ausgesetzten Gebete „Ne reminiscaris“ usw., während die Gebete bei der Handwaschung und der Anlegung der Meßkleider pflichtgemäß zu beten sind; vgl. das Meßbuch: Ritus servandus I n. 1. — Die Danksgiving besteht in der Antiphon Trium puerorum mit dem Canticum „Benedicite“, welches am Altare begonnen wird Rit. servandus XII n. 6. Nach den Gebeten des Missale widmet der Priester der privaten Danksgiving wenigstens eine Viertelstunde; cfr. S. Alfonsus in „Praxi confess.“ n. 155; Lehmkuhl: Theol. mor.<sup>12</sup> II nn. 210 et 302.

4) Die Kleidung des Opferpriesters. „Der Priester, welcher sich zum Messelesen anschickt, soll das ihm zukommende bis an die Knöchel reichende Kleid und die von den Rubriken des eigenen Ritus vorgeschriebenen heiligen Abzeichen (ornamenta) tragen“ Can. 811 § 1. „Nur ein Cardinal, Bischof oder benedizierter Abt hat das Anrecht auf Kappchen und Ring, oder derjenige Priester, welchem ein apostolisches Indult ihren Gebrauch bei der Messfeier einräumt“ ibi § 2. Jedes Kleid des Priesters, ob Talar oder Habit, ob schwarz, violett oder von anderer Farbe, soll bis an die Knöchel („ad talos“) reichen. Die „sacra ornamenta“ umfassen folgende Ornatstücke: den Amikt; die Albe; das Zingulum; das Rochett und Superpellizeum; die Kasel; die Dalmatik und Tunizella; das Pluviale; die Pontifikalhandschuhe; die Pontifikalfußbekleidung (sandalia, caligae); die Kopfbedeckung (Birett, Kappchen, Mitra oder Inful); — und folgende Insignien: den Manipel, die Stola, das Pallium; das Rationale. Dazu kommen drei dem Papst vorbehaltene Ornatstücke: den Fanone, das Subcinctorium und die Tiara.

Der Fanone ist ein fast kreisförmiges ovales Schulterkleid, bestehend aus zwei übereinanderliegenden Scheiben aus Seide, auf der Vorderseite geschmückt mit einem goldgestickten Kreuze. — Das Subcinctorium, auf der einen Seite mit einem goldgestickten Dämmlein, auf der andern mit einem goldgestickten Kreuze geschmückt, ganz

ähnlich dem Manipel, wird links am Zingulum getragen. — Die *Tiara* ist bekannt. Näheres über diese drei Ornatstücke bietet Joseph Braun S. J. in seinem monumentalen Werke „Die liturgische Gewandung“ (1907) S. 52, 117 ff. — Gute Aufschlüsse über die gewöhnliche und liturgische Kleidung bei den *Orientalen* finden wir bei E. U. Bede Konrad: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 114–119. — Schon früher (I S. 239, 242 f.) wurde Can. 811 (Talar, Rappchen, Ring) genauer erläutert.

5) Dienstleistung bei der Messe. Der Koder faßt zunächst den „assistierenden Priester, presbyter assistens“, dann den eigentlichen Messediener (minister) ins Auge. „Kein zelebrierender Priester darf bloß der Ehre oder Feierlichkeit halber einen assistierenden Priester beim Messelesen haben“ Can. 812. Die Bischöfe und die Prälaten mit Pontifikaliengebrauch kommen nicht in Betracht ibi. Aber auch Priester können dann einen „presbyter assistens“ haben, wenn ein anderer Grund als bloße Ehrung der Person oder Feierlichkeit des Amtes („sola honoris aut sollemnitatis causa“) mitspricht; so steht nichts im Wege, daß ein Primiziant (S. R. C. d. 1. Dec. 1882) oder ein gebrechlicher Priester von einem anderen Priester unterstützt wird, ja zuweilen ist dies nützlich oder sogar geboten.

Zu den Prälaten mit Pontifikaliengebrauch gehören die Abbates et Praelati nullius Can. 325; die benedizierten Äbte Can. 625 und die Protonotare („de numero Participantium, Supranumerarii, ad instar“), vgl. das Motuproprio „Inter multiplices“ Pius' X. vom 21. Februar 1905 nn. 10; 29; 35. Freilich die überzähligen Protonotare haben das Recht nur außerhalb der Ewigen Stadt und in Abwesenheit des Bischofs oder eines noch höheren Würdenträgers; die Protonot. ad instar unter den gleichen Bedingungen und niemals in der Kathedralkirche. Besteht in einer Diözese eine unvordenkliche oder hundertjährige Gewohnheit, daß auch andere Prälaten, oder die Dignitäre der Kapitel einen „Presbyter assistens“ haben, so kann diese Gewohnheit der Ordinaris gemäß Can. 5 dulden; das gleiche gilt für die höchsten Obern exempter Klerikalgenossenschaften Cann. 9; 198; vgl. Kunz Christian: „Die liturgischen Einrichtungen der Leviten und Assistenten“ (1901) S. 71 ff. mit Anm. 1; Schöber Georgius C. Ss. R.: „Caeremoniae missarum solemnium“<sup>2</sup> (1908) art. I c. 2 n. 3 pag. 8.

„Der Priester darf die Messe nur mit einem Messdiener, der ihm dient und die Antworten gibt, feiern“ Can. 813 § 1. Der Messdiener muß männlichen Geschlechts sein, wie sich das schon aus den Weihen der Akolythen, Subdiakone und Diakone ergibt Can. 968 § 1. Ist eine männliche Person nicht zu haben, so darf eine Frauensperson Mini-



strantendienste tun, jedoch mit der Einschränkung, daß sie, ohne dem Altare nahe zu kommen, aus der Ferne die Antworten gibt Can. 813 § 2; vgl. „Handbuch“ I S. 422. In diesem Canon wird auch angedeutet, daß an die Stelle der Aleriker männliche Laien Altardienste tun dürfen Can. 683, sowie daß regelmäßig nur ein Meßdiener bei der stillen Messe Dienste zu leisten hat, wie auch viele CC. der S. R. C. dartun, welche jedoch diese Einschränkung nur bei der eigentlichen Privatmesse betonen; sonst sind auch zwei Meßdiener gestattet; vgl. Schöber Georgius: „Liber de ceremoniis missae“ (1882) pag. 20 not. 18.

**V. Pflicht des Messelesens.** „Alle Priester sind verpflichtet mehrere Male im Jahre das Meßopfer darzubringen; doch soll es Sorge des Bischofs oder des religiösen Obern sein, daß sie wenigstens alle Sonn- und gebotenen Feiertage dem Gotteswerke obliegen“ Can. 805; vgl. „Handbuch“ I S. 209.

**VI. Wiederholung des Meßopfers an einem Tage.** „Mit Ausnahme von Weihnachten und Allerseelen, Tagen, an welchen eine dreimalige Meßopferfeier gestattet ist, darf ein Priester an einem Tage mehrere Messen nur kraft eines apostolischen Indultes oder einer Vollmacht von seiten des Ortsordinarius zelebrieren“ Can. 806 § 1. „Diese Vollmacht vermag jedoch der Ordinarius nur dann zu erteilen, wenn nach seiner weisen Schätzung wegen Priester mangels ein erheblicher Teil der Gläubigen der heiligen Messe beizuwohnen verhindert ist; doch kann er ein und demselben Priester eine mehr als zweimalige Wiederholung der Messe nicht gestatten“ ibi § 2.

**Erläuterung:** 1) Von dem Papste Deusdedit (615—618) berichtet der Liber Pontificalis, daß er „die zweite Messe im Alerus festgesetzt habe“ (Sandini: Vitae Pontificum [1739] pag. 177). Indes kann aus dem Schreiben Leo's I. (440—61) an Dioskorus von Alexandrien (ep. 11, alias 81, cap. 2) entnommen werden, daß bei festlichen Gelegenheiten, wenn die Basilika die Menge auf einmal nicht zu fassen vermochte, eine Wiederholung der Opferhandlung (oblatio oder actio) stattfand. Freilich betrachtet Papst Gregor I. (590—604) die dreifache Meßfeier an Weihnachten („Quia, largiente Domino, Missarum sollemnia ter hodie

celebraturi sumus“) als etwas Außerordentliches hom. 8 in Evang. Während die Synode von Seligenstadt 1022 dem Priester verbot, täglich mehr als drei Messen zu lesen (S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht<sup>3</sup> II 252 mit reicher Literatur), betonte Papst A l e x a n d e r II. im Jahre 1065 die Gefahr der Verdammnis, welche jenem Priester drohe, der aus Gewinn- oder Gefallsucht gegenüber den Weltleuten mehrere Messen an einem Tage lese. Eine Messe soll genügend sein; höchstens im Notfalle darf eine für die Verstorbenen, eine andere „vom Tage“ zelebriert werden c. 53 D. 1 de cons.; die gleichen Gedanken enthalten c. 3 (J n n o z e n z III. 1212) und c. 12 (H o n o r i u s III. 1220) De cel. missarum (III 41). Eine Synode von R e g e n s b u r g (1377) regelt die Disziplin dahin, daß die „Trination“ (außer Weihnachten) unter die Strafe des Anathems falle, ebenso die „Bination“, ausgenommen in folgenden Fällen: a) bei einer Leichenfeier; b) für Wallfahrer; c) zur Gewinnung der Wegzehrung; d) bei feierlichen Hochzeiten; e) bei Verwaltung zweier Pfarreien; vgl. L i p f J o s e p h: Oberhirtliche Verordnungen des Bistums Regensburg von 1250—1852 (1853) S. 9; J a n n e r Ferd.: „Geschichte der Bischöfe von Regensburg“ (1886) III S. 269. Papst B e n e d i k t XIV. (1740—58) kennt bereits als herrschend die gegenwärtige Übung, daß, abgesehen von Weihnachten, jeder Priester nur e i n e Messe an einem Tage feiert. Indes gab es ein Privileg für U r a g o n i e n, wonach die Ordensgeistlichen drei, die Weltpriester zwei Messen am Allerseelentage darbringen durften, und zwar jede gegen ein Almosen, ein Privileg, welches der gleiche Papst auf drei Messen für alle Priester erweiterte und durch die Konst. Quod expensis dd. 21. et 26. Aug. 1748 auf ganz Spanien und Portugal ausdehnte, mit der Auflage jedoch, daß in den neuprivilegierten Gebieten nur für e i n e Messe ein Stipendium durfte genommen werden. L e o XIII. übertrug dieses Privileg auf das ganze L a t e i n i s c h e A m e r i k a in dem apostolischen Schreiben „Trans Oceanum“ d. 18. Apr. 1897 und B e n e d i k t XV. machte es durch die Konst. „Incruentum altaris“ d. 10. Aug. 1915 (AAS. VII, 401—04; 422) gemeinrechtlich.

2) Jeder Priester kann also am Weihnachtsfeste und an Allerseelen dreimal die heilige Messe lesen, eine Verpflich-

tung besteht nicht. An den übrigen Tagen des Kirchenjahres kann er regelmäßig einmal zelebrieren Can. 820, außer am Karfreitag, wo nur die Feier der missa praesantificationum stattfindet. Am Gründonnerstag und Karfreitag pflegt nur die feierliche Konventmesse abgehalten zu werden Can. 862. Daß Privatmessen an diesen Tagen zu unterbleiben haben, ist liturgisches Gesetz Can. 2; darum sind sie ohne Privileg verboten; vgl. S. A l f o n s u s: Theol. mor. VI 350; Ben. XIV. Inst. 38 n. 9. Ein solches Privileg haben für den Gründonnerstag die Kardinäle Can. 239 § 1 n. 4, welche auch anderen die Vollmacht gewähren können, vor ihnen (den Kardinälen) zu zelebrieren. Von der Sakramentengregation können auch andere dieses Privileg erlangen, Ferreres I. B.: La Curia Romana n. 386 pag 186. Ein ganz besonderes Privileg ist notwendig für eine Privatmesse am Karfreitage. Am Karfreitage könnte nur eine Messe gelesen werden zur Darreichung der Wegzehrung, wenn Partikeln vollständig fehlen (missa de passione Domini), Lehmkuhl: Theol. mor.<sup>12</sup> II 288.

Im Mittelalter bestand der Mißbrauch der missae bifaciatæ, trifaciatæ etc., d. h. der verdoppelten, verdreifachten Messformulare, an die sich jedoch nur ein einziger Kanon angeschlossen. Auch gab es eine missa sicca, eine „trockene Messe“, d. h. eine Messe ohne die Gestalten, wobei also die Opferung, Wandlung und Kommunion ausfielen, eine beliebte Andachtsübung bei Leichenfeiern und Trauungen an Nachmittagen, bei Seefahrten (missa nautica) und Jagden (missa venatoria), als Nachfeier der Konventmesse in den Zellen der Klöster, vgl. Passauer MS. Bd. 22 S. 412; Sch ü c h - P o l z: Pastoraltheologie<sup>17</sup> § 256 S. 498. Wir haben noch Spuren in der gegenwärtigen Liturgie an Lichtmeß, Aschermittwoch und besonders am Palmsonntag.

Die Bination (niemals die „Trination“) kann vom Ortsordinarius gewährt werden unter folgenden Voraussetzungen: a) nur an gebotenen Feiertagen; b) bei Gefahr des Entganges der heiligen Messe für einen erheblichen Teil des Volkes; c) wegen Priestermangels. Sind genügend Priester vorhanden, so kann die Vollmacht nicht gegeben werden. In allen übrigen Fällen wird ein Indult des Apostolischen Stuhles benötigt. Dieser ist es auch, der ganz allein die Trinationsvollmacht unter ganz außerordentlichen Umständen gewährt, S. C. C. d. 28. Mart. 1896 in Mexicana (Santi-Leitner: Praelectiones<sup>4</sup> III 41 n. 6; Konings-Putzer: „Commentarium in fa-

cultates apostolicas“<sup>5</sup> [1898] pag. 268.) — Unterfangen sich Priester, im Gegensatz zu Can. 806 § 1, an einem Tage wiederholt die heilige Messe zu lesen, so unterliegen sie der Suspendi-  
 on vom Messelesen, solange der Ordinarius dies für angemessen erachtet f. s. Can. 2321.

VII. Die Zulassung fremder Priester zum heiligen Opfer Can. 804. „Ersucht in einer Kirche ein nicht zu dieser Kirche gehöriger Priester um die Erlaubnis Messe zu lesen mit Vorlage eines echten und noch gültigen Beglaubigungsschreibens („litterae commendatitiae“), so ist er zuzulassen, es sei denn, daß er inzwischen erwiesenermaßen etwas begangen hätte, weswegen er von der Messfeier ausgeschlossen werden müßte (§ 1). Entbehrt er des amtlichen Empfehlungsschreibens („Celebret“), so kann er dann zugelassen werden, wenn der Kirchenvorstand seine Unbescholtenheit genau kennt. Ist er aber dem Kirchenvorstand unbekannt, so kann er noch einmal oder zweimal zugelassen werden, vorausgesetzt, daß er das geistliche Kleid trägt, aus dem Messelesen keinerlei Vorteil von der Kirche, in welcher er zelebriert, davonträgt und seinen Namen, Stand und sein Bistum in ein besonderes Buch einträgt (§ 2). Hat der Ortsordinarius besondere diesem Kanon entsprechende Normen erlassen, so sind sie von allen, auch den exempten Religiosen zu beobachten, außer es handelt sich um die Zulassung von Religiosen in der Kirche ihrer eigenen Genossenschaft (§ 3). Aus diesem Kanon ergeben sich folgende Regeln: 1) Über die Zulassung von fremden Priestern d. h. von Priestern, welche nicht zur Zelebrationskirche gehören, entscheidet niemals der Laienmesser; der Priestersakristan oder ein anderer Priester unter dem Kirchenvorstand nur dann, wenn der fremde Priester ein gültiges Beglaubigungsschreiben vorweist und der Kirchenvorstand sich die Angelegenheit nicht reserviert hat Can. 804 § 1. 2) Hat der Oberhirte in Übereinstimmung mit Can. 804 besondere Normen erlassen, so sind diese überall zu befolgen. Nur in einer Ordenskirche gelten diese Normen nicht bezüglich der eigenen Ordensgenossen (religiosi); diese haben die Verordnungen ihrer Obern oder die Vorschriften des Can. 804 zu befolgen. Hat z. B. der Kardinalvikar für Rom besondere Normen erlassen, so verpflichten diese sämtliche Kirchen der Westpriester; auch sämtliche Kirchen der



exempten und nichtexempten Ordensleute gegenüber den Weltpriestern und Ordenspriestern aus anderen Orden und Kongregationen, dagegen nicht gegenüber den Ordenspriestern des eigenen Ordens oder der eigenen Kongregation. Die Benediktiner von S. Anselmo sind von den Normen nur frei gegenüber Benediktinerpriestern (aller monastischen Benediktinerkongregationen); die Fatebenefratelli von S. Giovanni Calibita nur gegenüber Priestern der Barmherzigen Brüder; die Salvatorianer nur gegenüber den Priestern dieser Kongregation; vgl. „Handbuch“ I 436. — 3) Sind keine oberhirtlichen Normen vorhanden, so verpflichtet Can. 804. Darnach ist zuerst das Beglaubigungsschreiben („Celebret“) des fremden Priesters zu prüfen. Die Lit. commendatitiae müssen drei Eigenschaften haben: a) vom zuständigen Obern erlassen; b) echt; c) noch in Kraft sein. Der z u s t ä n d i g e Obere ist für lateinische Weltpriester des Abendlandes der eigene Ordinarius; für alle O r d e n s l e u t e („religiosi“) der zuständige Obere; für alle Priester eines m o r g e n l ä n d i s c h e n Ritus die Orientalenkongregation (Can. 257) Can. 804 § 1. — 4) Der Kodex hat im Can. 804 § 2 Strenge und Milde gepaart, indem Priester auch ohne „Celebret“ zugelassen werden können, jedoch ohne jeglichen Gewinn und Vorteil. Darum dürfen unbekannten Priestern Meßintentionen nicht überlassen werden Can. 838; im Gegenteil kann für Benützung der Kircheneinrichtung (Paramente, Wachs, Wein) eine mäßige Abgabe verlangt werden Can. 1303 § 2. Zudem beschränkt sich die Zulassung auf höchstens zwei Messen in derselben Kirche. Daß man bekannten Priestern derselben Stadt und auch desselben Bistums gegenüber das Beglaubigungsschreiben nicht immer zu betonen braucht, liegt auf der Hand.

Alle Priester einer religiösen Genossenschaft bekommen das Beglaubigungsschreiben von ihren O b e r n Can. 804 § 1. Daß nur die h ö h e r e n Obern (Can. 488 n. 8) hiezu berechtigt sind, ergibt sich aus den Cann. 993 n. 5; 995; 964 n. 4. In allen Beglaubigungsschreiben muß Zeugnis abgelegt sein über den Empfang der Priesterweihe, über die Freiheit von Irregularitäten, Hindernissen und Zensuren. Daß die Obern exempter Klerikalgenossenschaften zur Bezeugung geeignet sind, ergibt sich aus Can. 503; auch bei nichtexempten Klerikalgenossenschaften hat die Sache keine Schwierigkeit; die Beurteilung eines Ordenspriesters dürfte nur dann schwer sein, wenn der General oder Provinzial eines Laienordens ein Laie ist. Der Ordenspriester kann sich ja, wenn er will,

die Empfehlungsschreiben vom Ortsordinarius bestätigen lassen. — Jeder Priester eines morgenländischen Ritus braucht das „Celebret“ der Orientalenkongregation Can. 804. Diese Vorschrift gilt in der ganzen Strenge, wenn ein orientalischer Priester in einer lateinischen Kirche einer fremden Diözese Messe lesen will; sie gilt nicht, wenn ein orientalischer Priester in einer morgenländischen Kirche zelebrieren will Can. 1. Ob ein Priester eines morgenländischen Ritus auch in der eigenen Diözese zur Zelebration in einer lateinischen Kirche das Zeugnis der Orientalenkongregation bedarf, erscheint doch fraglich. — Die Lit. commendatitiae müssen echt und noch in Kraft sein. Sie sind kraftlos, wenn die Zeit verstrichen ist, für die sie gegeben wurden, oder wenn seit der Ausstellung ohne Zeitgrenze ein halbes Jahr verflossen ist; vgl. Can. 994 § 1.

## B. Die Messriten.

**I. Die Opfermaterie** Cann. 814—817. „Das hochheilige Messopfer muß dargebracht werden aus Brot und Wein, dem Wasser in sehr geringer Menge beizumischen ist“ Can. 814. „Das Brot muß aus reinem Weizenmehle, und zwar in jüngster Zeit bereitet sein, so daß keine Gefahr des Verderbens besteht § 1. Der Wein muß Naturwein sein aus dem Gewächse des Weinstocks und unverdorben § 2“ Can. 815. „Bei der Messfeier muß der Priester nach seinem eigenen Ritus ungesäuertes oder gesäuertes Brot nehmen, wo immer er die Opferfeier hält“ Can. 816. „Unrecht ist es, auch im Augenblicke der höchsten Not, ein Opferelement ohne das andere, oder auch beide außer der Messfeier zu konsekrieren.“

1) Die eine Opfermaterie ist Weizenbrot („panis mere triticeus“), also Brot, gebacken aus Weizenmehl und natürlichem Wasser (nicht Rosenwasser oder einer destillierten Flüssigkeit, Missale: De defectibus III. n. 2). Unter den Begriff Weizen fallen Dinkel und Spelt, auch Triticum (Weizen), Passauer MS. Bd. 25 S. 551. Weizenmehl ist vorhanden, wenn es entweder nur aus Weizen bereitet ist oder wenn die übrigen Körner oder Stoffe, z. B. Korn, Gerste, Kartoffel, in geringerer Menge zum Mahlen beigemengt wurden, Missale: De defectibus III. n. 1. — Ist das Weizenbrot verdorben, so ist die Konsekration ungültig; beginnt es erst schlecht zu werden, so ist die Konsekration zwar gültig, aber schwer sündhaft ibi n. 3. Darum schreibt Can. 815 § 1 vor, daß das Weizenbrot frisch zubereitet sei („recentior confectus“). Deshalb

betont das Römische Rituale: „Die heiligen Partikeln soll er (der Pfarrer) oft erneuern. Die zu konsekrierenden Hostien oder Partikeln seien neu bereitet; hat er sie konsekriert, so soll er die alten zuerst verteilen oder genießen“ tit. 4 c. 1 n. 7; Cann. 815; 1272; Dekret der Sakramentenkongregation v. 7. Dez. 1918 (AAS. 11, 8). Jedenfalls wäre es nach diesem Dekrete ein großer Mißbrauch, wenn die heiligen Partikeln nur alle zwei oder drei Monate frisch verwendet würden. Am besten ist es, die Diözesanverordnungen genau zu befolgen. Vielfach ist ja Gelesenheit geboten, die Partikeln, vorschriftsmäßig und sauber bereitet, von Geistlichen oder Ordensleuten zu beziehen; vgl. Passauer MS. 25, 550.

Gültig ist die Konsekration, mag das Weizenbrot ungesäuert oder gesäuert sein („panis azymus vel fermentatus“). Indes muß der Priester unter schwerer Sünde sich an seinen Ritus halten Can. 816; Missale: De defectibus III. n. 3. Außer den Lateinern benützen ungesäuertes Brot (Mt 26, 17; Mt 14, 1; Mk 22, 1; Lk 22, 19; 1 Kor 5, 7 f) noch die Maroniten (Conc. prov. Montis Libani c. 12), Syro-Malabaren und die Armenier, Benedikt XIV. in seiner Enz. „Allatae sunt“ d. 26. Jul. 1755 §§ 22—24; Arndt Augustinus S. I.: „De Rituum relatione“ (1895) pag. 28—29. Die übrigen Griechen gebrauchen gesäuertes Brot und bezichtigen die Praxis der Abendländer des Apollinarismus; „das ungesäuerte Brot sei seelenlos wie der Christus des Apollinaris“ Lübeck S. 99; Schreiben des Papstes Leo IX. „In terra pax“ d. 2. Sept. 1053 D.-B. n. 350. Der Roderer geht sogar einen Schritt weiter und gestattet in einem Notfalle die Spendung der heiligen Kommunion durch einen Priester des „azymum“ in gesäuerter Spezies und umgekehrt Can. 851.

2) Die zweite Opfermaterie ist unverdorbener Naturwein vom Gewächse des Weinstocks Can. 815 § 2, dem Wasser in sehr geringer Menge beizumischen ist Can. 814. Dieser Satz schließt aus: a) jede andere Flüssigkeit, wie Wasser, Bier, Branntwein; b) jeden anderen „Wein“, wie Wein aus Äpfeln, Hagebutten usw., auch alkoholfreien Wein (S. Off. d. 1. Jun. 1910 apud Noldin: Theol. mor.<sup>6</sup>: De sacram. n. 107); c) Essig

gewordenen Wein oder sonst verdorbenen Wein Missale: De defectibus IV n. 1. Dagegen ist gültige Opfermaterie: α) Most („mustum de uvis expressum“) Missale: De defectibus IV n. 2; β) Wein, dem Alkohol (vom Weinstock) bis zu einem Gesamtprozentsatz von 17—18 Graden bei Abflauen der „stürmischen Gärung“ beigegeben wurde S. Off. d. 5. Aug. 1896 ad I; γ) „Strohwein“ (vino secco) und Wein aus Rosinen (ex acinis uvae passae) S. Off. d. 22. Jul. 1706; δ) Wein, dessen Most durch Feuer verdampft, höchstens bis zu 65 Grad Wärme, da mit 78 Grad der Alkohol siedet und sich verflüchtigt, verdichtet wurde S. Off. d. 5. (7.) Aug. 1896 et d. 22. (24.) Mai 1901; ε) gefrorenen Wein Missale: De defectibus X n. 11. Näheres über diesen Gegenstand in Passauer MS. Bd. 26, S. 336—40; 580; *Monitore Eccl.* IV<sup>2</sup>, 17—21; 26, 269. — Kirchenvorstände können nicht vorsichtig genug sein in der Beschaffung echter Naturweine. Del Vecchio hat recht, wenn er ausruft (*Theol. mor. tom. II tract. 9 n. 587*): „Wie sehr muß man in dieser Welt des Eigennutzes und Unglaubens fürchten, daß die Opfermaterie ungültig sei!“ Wenn ein Pfarrer oder Ordensmann nicht sich selbst beteiligt an der ganzen Bereitung des Weines, so kann er keinen Eid leisten auf die Echtheit desselben; ähnlich ist es mit dem Weizenmehl, vgl. Schüch-Polz: „Pastoraltheologie“<sup>17</sup> § 223 S. 400; *Mon. Eccl.* IV<sup>2</sup>, 20. Möge die Praxis des Mittelalters wieder aufleben, wo die Klöster und die Kirchenstiftungen auch in weinarmen Gegenden ihre Weinberge hatten („Winzer, Weinzierl, Weinberg, Weingarten, Weingraben, Weinpreß, Winzerau, Winzerberg, Winzersdorf usw.“ sind Namen in Altbayern). Besser ein herber als ein falscher Wein!

In sehr geringer Menge ist Wasser dem Weine beizumischen Can. 814. Es gab in alter Zeit Sekten, welche zum eucharistischen Opfer nur Wasser gebrauchten („Aquare“, besonders die Enkratiten). Wenn auch die Konsekrierung des ungemischten Weines gültig ist, so wäre die Unterlassung der Beimischung von Wasser schwer sündhaft Missale: De defectibus IV 2. Dieser Gebrauch wird von Cyprian (l. 2 cp. 3; cp. 63, 13) eine „Dominica traditio“ genannt, voll tiefer Bedeutung („exivit sanguis et aqua“ Joh 19, 34; Vereinigung der Menschheit mit der Gottheit, sowie des Volkes mit Christus



Apc. 17, 1. 15; Oration „Deus qui humanae substantiae“; Trid. sess. 22 c. 7 et en. 9). Gleich den Lateinern mischen auch die Armenier den Wein mit Wasser während der Messe Arndt Aug. S. I.: De rituum relatione (1895) pag. 28; bei den meisten morgenländischen Liturgien geschieht die Mischung vor der Messe, unmittelbar vor der Kommunion wird heißes Wasser in den Kelch gegossen, ein Ritus, den Papst Ben. XIV. in der Konst. Etsi pastoralis d. 26. Maii 1742 § 6 n. 2 billigte, Pruemmer: Theol. mor. III 173 pag. 131.

3) Die Konsekrierung der Gestalt des Brotes allein, oder des Weines allein, oder beider Gestalten ohne die Meßfeier wäre gültig, aber auch im äußersten Nothfalle unrecht Can. 817. Das Missale weist uns an, stets auf die Vollständigkeit des Opfers zu sehen, De defectibus III nn. 5. 6; IV nn. 5. 8; X n. 3. Wenn Raphael Volaterra (Geograph. I. 7 c. 4; vgl. Prosper Lambertini: „De S. D. beatificatione“ etc. I. 2 c. 31 n. 2) erzählt, Innocenz VIII. habe den Norwegern Dispense gegeben, daß sie in Ermangelung des Weines mit der bloßen Brotsgestalt die Messe feiern könnten, so ist der Berichterstatter das Opfer eines Irrthums geworden, vgl. Natalis Alexander in Theol. I. 2 De sacr. Euch. n. 44; Hist. eccl. saec. 15. et 16. c. 1 art. 10; Sandini, 496; Thomas ex Charmes O. Cap.: „Theologia universa“ t. 6 (1877) pag. 251.

4) Die Wesensform der eucharistischen Konsekration sind die Worte Christi beim letzten Abendmahle, wie sie das Missale uns bietet und Eugen IV. in der Bulle „Cantate Domino“ vom 4. Febr. 1441 genau angibt (D.-B. n. 715); ebenso Innocenz III. andeutet in seinem Schreiben „Cum Martha circa“ d. 29. Nov. 1202, wobei er das „mysterium fidei“ des Meßkanons auf den Herrn selbst zurückführt (D.-B. n. 414). Die Orientalen aber glauben, daß die Wesensverwandlung durch die Konsekrationsworte des Herrn und die Epiklese, d. h. durch die Bitte an den Heiligen Geist, Brot und Wein in die heilige Eucharistie zu verwandeln, zustande komme; Lubeck S. 99; Alexius von Malzew: „Liturgikon“ (Berlin 1902) S. 356, 419—437. Es liegt auf der Hand, daß der Heilige Geist tatsächlich (als causa principalis) die Wesensverwandlung bewirkt, allein das geschieht,

sobald die Konsekrationsworte gesprochen sind, nicht erst wenn ein Gebet zum Heiligen Geist gesprochen ist. Die katholische Kirche tut und spricht, was Christus getan hat. Christus aber hat die Wesensverwandlung vollzogen durch die Konsekrationsworte ohne irgend ein weiteres Gebet. Darum sagt Ambrosius in seinem Werke de Sacramentis l. 4 c. 4: „Quomodo potest qui panis est, corpus esse Christi? Consecratione. Consecratio igitur quibus verbis est, et cuius sermonibus? Domini Iesu.“ Die Liturgie will nur durch das nachfolgende Gebet zum Heiligen Geist (epiklesis) den Gedanken der geschehenen Wesensverwandlung durch den Schöpfergeist in Gebetsform zum stärkeren Ausdruck bringen (tunc pro nunc); vgl. Weidenauer Studien Bd. 4 (1911): „Zur Frage über Materie, Form und Spender der Sakramente“ usw. von Franz Rett S. 289.

**II. Die Meßriten** Cann. 818; 819. 1) Der Roderer wiederholt nochmal die im Can. 733 gegebene Vorschrift über die genaue Einhaltung der heiligen Gebräuche und betont hier die Verwerfung einer jeden entgegenstehenden Gewohnheit („reprobata quavis contraria consuetudine“), wodurch jede den Rubriken der Messe gegensätzliche Gewohnheit, auch die unwordenfliche, als Rechtsgefährdung abgeschafft und für alle Zukunft beseitigt wird Can. 5. „Der zelebrierende Priester beobachte genau und andächtig die Rubriken seiner Ritualbücher (s. oben S. 22) und hüte sich, andere Zeremonien oder Gebete nach eigenem Gutdünken anzufügen“ Can. 818.

Man beachte, daß nur die den Rubriken entgegenstehenden Gewohnheiten verworfen sind; verworfen sind darum nicht: a) die Gewohnheiten neben und gemäß den Rubriken (*praeter et secundum rubricas*); b) die den Entscheidungen der Ritenkongregation oder der allgemeinen Ansicht der Gelehrten entgegenstehenden Gewohnheiten (*consuetudines contra decreta S. R. C. vel contra communem auctorum sententiam*). Solche Gewohnheiten verschiedener Art berühren die Erklärer der Meßrubriken; vgl. z. B. Georgii Schöber: „S. Alfonsi M. de Liguori liber de caeremoniis“ (1882 Pustet) pag. XIII; Kunz Christian: „Die liturgischen Verrichtungen des Zelebranten“ (1904) S. 26 ff.; Ceremonial for the use of the Catholic Churches in the U. St. A.; Erker Jos.: Enchiridion Liturgicum; Sartmann Ph.: Repertorium Rituum<sup>12</sup>; Rieffer Dr. G.: Rubrizistik<sup>3</sup>; De Herdt l. B.: S. Liturgiae Praxis; Martinucci Pius: Manuale ss. caere-

moniarum; Müller J. B. S. I.: Zeremonienbüchlein; Schmid Dr. Andreas: Caeremoniale; Solans D. Ioakin: Manual Liturgico; Van der Stappen, Episcopus tit. Ioppen.: Sacra Liturgia; Le Vasseur, C. S. Sp.: Cérémonial selon le Rit. romain; Wapellhorst P. Innocentius O. S. Fr.: Compendium u. a. — Die Gewohnheiten, welche nicht gegen die Rubriken verstoßen, sind nach den allgemeinen Prinzipien über Gewohnheiten zu beurteilen Can. 25—30. Die Gewohnheit mancher Gegenden, mit einem Löffelchen das Wasser dem Weine beizumengen, ist neben, ja gemäß den Rubriken. Da sie in Deutschland schon seit Jahrhunderten besteht, hat sie Berechtigung; vgl. Kunz: „Die lit. Einrichtungen des Celebranten“ S. 28. Manche Priester gehen unbedeckten Hauptes an den Altar, ohne daß sie im Angesichte des ausgesetzten Allerheiligsten sind. Sie können sich hierfür auf keine Gewohnheit berufen, denn hätte es in der Diözese wirklich eine gegeben, so wäre sie durch Can. 818 abgeschafft. — Kein Priester darf neue Zeremonien oder Gebete dem Meßformular anfügen ibi; dies gilt wie vom mündlichen so auch vom betrachtenden Gebete. Wenn wir von Heiligen zuweilen lesen, daß sie 3, 6, ja 10—12 Stunden zur Feier der heiligen Messe wegen ihrer Ekstasen brauchten, so kann dies, wenigstens mit Bewußtsein, nur auf Bewilligung des Apostolischen Stuhles geschehen; vgl. Norbert Stod O. Cap.: „Lorenz von Brindisi“ (1882) S. 154 ff.

2) Die liturgische Sprache Can. 819: „Das Meßopfer ist zu feiern in der liturgischen Sprache eines jeden von der Kirche gebilligten Ritus“. Ursprünglich dienten der Liturgie auch des Meßopfers die verschiedenen lebenden Sprachen; indes bildete sich im Abendland bald die lateinische Sprache hauptsächlich des 4. Jahrhunderts (mit griechischen und hebräischen Zusätzen) zur liturgischen Sprache, welche mit Zurückdrängung der verschiedenen Liturgien die herrschende (97%) wurde. Wenn das Tridentinum den Wünschen nach Verwendung der Landessprache ein entschiedenes „Non expedire“ entgegensetzte (sess. 22 c. 8, en. 9; sess. 24 c. 7 d. r.), so geschah das mit gutem Grunde. Der Weltkirche, welche die Völker aller Zungen umfaßt; geziemt auch eine objektive Weltsprache, welche alle eint und keine Nation und keine Zeit bevorzugt. Man müht sich, eine Weltsprache (volapuek, esperanto) zu erfinden, hier haben wir sie schon. Darum hat die Kirche die Forderungen der Jansenisten, Josephiner und Aufklärer zurückgewiesen D.-B. nn. 946; 1436; 1566.<sup>1)</sup> — Außer dem Kirchenlatein gibt es im Orient noch folgende liturgische Sprachen: a) die griechische

<sup>1)</sup> Vgl. Johann Bwior: „Einführung in die lateinische Kirchensprache“<sup>3</sup> (1916).

(Volksprache des 6.—8. Jahrh.); b) die altjyrische bei den chaldäischen Christen; c) die alt-armenische des 5. Jahrh. bei den unierten Armeniern (Mechitaristen); d) die altäthiopische des 5. Jahrhunderts bei den unierten Abessinern; e) die altägyptische des 3. Jahrhunderts bei den Kopten; f) die arabische bei den persischen Katholiken und im Patriarchat Antiochien. — Im Abendland findet sich noch das Kirchenflawisch (die glagolitische Sprache) in den Diözesen Sebenico, Spalato, Triest-Capo d'Istria, Veglia, Zara, Zengg-Modrus (ungefähr 100 000). In einem Teile der Diözese Antivari (Montenegro) besteht das Grajdanka laut Konkordat von 1886; vgl. Lübeck S. 122.

Das Privileg der slawischen Sprache, welches Hadrian II., Innozenz VIII. und die nachfolgenden Päpste in beschränktem Maße gestatteten, wurde von Benedikt XIV. nach manchen Wechselfällen umschrieben in dem Apostolischen Schreiben „Ex pastoralis“ v. 25. Aug. 1754 (vgl. Leo XIII. in der Enz. Grande munus d. 30. Sept. 1880 § „Horum factorum“). Die glagolitische (alt-slawische) Sprache schien in Vergessenheit zu geraten; das letzte Missale in dieser Sprache wurde 1741, das letzte Brevier 1791 gedruckt; 1827 löste sich das glagolitische Seminar in Zara auf, dafür hatte sich ein anderer Gebrauch herausgebildet: für die Gesänge bei den Hochämtern gebrauchte das Volk das Neuslawische (schiavetto), während der Priester seine Partien lateinisch sang. Die Ritenkongregation hat in wiederholten Dekreten vom 13. Febr. 1892; 5. Aug. 1898; 18. Nov. 1898; 14. Aug. 1900; 14. März 1902; 18. Dez. 1906 (ASS. 40, 54 ff.; AAS. 1, 577 ff.; ME. X 2, 170; 14, 149; 19, 13—16) sich hierüber geäußert. Das Privileg der glagolitischen Sprache ist ein örtliches, d. h. es darf nur in jenen Kirchen gebraucht werden, welche seit 1868 ununterbrochen sich erwiesenermaßen (certo) dieser Sprache bedienen. Zu diesem Behufe haben die betreffenden Oberhirten Kataloge anfertigen lassen, welche bis zum Juli 1907 dem Apostolischen Stuhle zu übergeben waren. In den übrigen Kirchen ist ausschließliche Sprache die lateinische, während in den privilegierten Kirchen das Glagolitische bei jeder öffentlichen und feierlichen Versammlung der Messe und des Offiziums ausschließlich im Besitze ist. Sämtliche liturgischen Bücher der altslawischen Sprache müssen vom Heiligen Stuhle geprüft und gebilligt sein. Wo die Sitte besteht, darf in allen Kirchen nach dem Gesange der Epistel und des Evangeliums in lateinischer Sprache beides in der Volkssprache (kroatisch) gesungen werden.

### C. Zeit und Ort der Meßfeier.

I. Zeit. 1) „Das Meßopfer kann alle Tage gefeiert werden mit Ausnahme jener, an welchen es die Riten des Priesters verwehren“ Can. 820. In der lateinischen Kirche



sind nur die drei letzten Tage der Karwoche von der privaten Zelebration ausgeschlossen, der Karfreitag von jeder, wie wir oben sahen. Bei den Orientalen wird vielfach in der Fastenzeit nur am Samstag und Sonntag die Messe gefeiert, während an den übrigen Tagen die missa praesanctificationum üblich ist; A. von Malkew: „Liturgikon“ S. 163 gibt die Tage genauer an.

2) „Die Messe darf nicht früher begonnen werden als eine Stunde vor der Morgenröte und nicht später als eine Stunde nach Mittag“ Can. 821 § 1. Die Zeit der *Morgenröte* (aurora) wird in manchen kirchlichen Kalendarien genau angegeben. Im Hochsommer könnte also die heilige Messe bereits um 1 Uhr nach Mitternacht begonnen werden. Da in den nordischen Gegenden die Morgenröte sich länger dahinzieht, dürften die Messen in der Winterszeit um fünf Uhr statthast sein, auch schon wegen der Gewohnheit Can. 5. Es genügt, wenn die heilige Messe kurz vor 1 Uhr mittags begonnen wird.

„In der Christnacht kann nur die Konvent- oder Pfarrmesse um Mitternacht begonnen werden, nicht aber eine andere ohne Apostolisches Indult (§ 2). Doch kann in allen religiösen und geistlichen Häusern, welche in ihren Oratorien das Recht haben, das Allerheiligste ständig aufzubewahren, in der heiligen Weihnacht ein einziger Priester die drei rituellen Messen oder mit Einhaltung der kirchlichen Vorschriften auch nur eine Messe lesen (welche allen Anwesenden zur Erfüllung der Feiertagspflicht genügt) und die heilige Kommunion allen austheilen, welche darum ersuchen“ (§ 3) Can. 821.

1) „Um Mitternacht“ (media nocte) bedeutet die erste Sekunde des 25. Dezember. Freilich gab es Privilegien (seit Alexanders VI. Indult vom 6. August 1502), welche die Messfeier vor Mitternacht, also noch am 24. Dezember, gestatteten, Ben. XIV. in Syn. I. 6 c. 8 n. 8, vielleicht jetzt noch gestatten. Ja in der päpstlichen Kapelle pflegte die Christmette (seit 1484) vier Stunden nach Ave Maria, also um 9 Uhr abends zu beginnen (zuweilen früher oder später), woran sich das feierliche Amt anschloß, welches gewöhnlich ein Kardinal sang und vor Mitternacht beendigte. Wenn auch eine stillschweigende Dispense oder, wie Kardinal Lugo sein bemerkt, eine günstige Zeitberechnung (Can. 33 § 1) den Zelebranten vom eucharistischen Fasten entband, so gab es doch Männer, welche die eucharistische Nüchternheit in ihrem vollen Umfange beobachteten, so der Kardinal Beander Colredo, so Papst Benedikt XIII., welcher letzterer vom Schluß des 23. bis zum Mittag des 25. Dezember

keine natürliche Speise mehr genoß; vgl. Ben. XIV. in Syn. I. 6 c. 8 n. 15. — 2) Nach dem gemeinen Recht dürfen um Mitternacht nach Ablauf des 24. Dezember gehalten werden: a) eine *Konventmesse* in Kapiteln, Klöstern usw.; b) eine *Pfarrmesse* (nicht gerade die *missa pro populo*, sondern die *missa paroecialis*, also eine Messe für die Pfarrei); c) in den religiösen und geistlichen Häusern die drei Weihnachtsmessen oder nur die erste. Es wird im Can. 821 nicht verlangt, daß die Konvent- oder Pfarrmesse mit Gesang ausgeführt werde. Die Christmessen um Mitternacht dürfen auch in den Exposituren und Filialkirchen gehalten werden; denn auch diese Messen sind „*missae paroeciales*“ Can. 476 §§ 1 u. 6; vgl. auch Can. 5. — „*Domus religiosa*“ sind die Häuser der männlichen und weiblichen Religiösen Can. 488 nn. 1 u. 8, ja auch der frommen Gesellschaften ohne Gelübde Cann. 673—81. Zu den geistlichen Häusern (*domus pia*) gehören alle jene Anstalten, welche den Werken der Frömmigkeit und Nächstenliebe gewidmet sind, wie die Seminarien, Konvikte, Kranken- und Waisenhäuser usw., vorausgesetzt, daß sie eine *Kapelle* haben mit dem Rechte, das Allerheiligste dort aufzubewahren. Dieses Recht der religiösen und geistlichen Häuser wurde verliehen durch ein *Motuproprio* Pius' X., erlassen in dem Dekret des heiligen Offiziums vom 1. August 1907 (ME. 19, 241) und gilt nicht für die öffentlichen Kirchen der Religiösen, indes bleibt das Recht der Konventmesse (Can. 821 § 2) unangetastet. Aber die Oratorien dieser Häuser dürfen den Gläubigen nicht allgemein zugänglich sein („*non apertis oratoriorum ianuis*“) S. Off. d. 26. Nov. 1908 (ME. 20, 410). — Auch die *Kardinäle* und die *Bischöfe* (Residenz- und Titularbischöfe) können in der heiligen Nacht die drei heiligen Messen lesen oder in ihrer Gegenwart lesen lassen, die Bischöfe aber nur dann, wenn sie in der Kathedrale zu zelebrieren nicht verpflichtet sind Cann. 239 § 1 n. 4; 349 § 1 n. 1. — 3) In allen aufgezählten Fällen kann durch die Bewohnung bei einer dieser Messen der *Feiertagspflicht* genügt werden Cann. 821 § 3; 1189. — 4) Die heilige Kommunion kann sicher in den geschlossenen Oratorien ausgeteilt werden Can. 821 § 3; immerhin ist auch das frühere Verbot der *Ritenkongregation* für die Weihnachtmesse gefallen Can. 867 § 4. — 5) Für die Gewährung des in Can. 821 § 2 erwähnten Indultes ist die *Sakramentenkongregation* zuständig, S. C. Const. d. 14. Mart. 1910; vgl. Ferreres I. B.: „*La Curia Romana*“ n. 386 pag. 186 („*las tres Misas de la noche de Natividad con la facultad de distribuir la Eucaristia en ellas*“).

II. **Ort** Cann. 822—23; 1154 sqq. Obwohl der *Stodex* „die heiligen Orte“ später ausführlich behandelt, glaubte man die wichtigsten Grundsätze für die Meßfeier beim Traktat „*De ss. Eucharistia*“ berühren zu müssen. 1) „Die Messe muß auf einem konsekrierten Altare dargebracht werden“ Can. 822 § 1. Man unterscheidet feste und tragbare Altäre Can. 1197. Das Privileg eines tragbaren Altars (*altaris portatilis*) wird vom Recht gewährt,

außerdem nur durch Indult des Apostolischen Stuhles Can. 822 § 2; dieses schließt in sich die Vollmacht überall (außer auf dem Meere) zu zelebrieren, jedoch an einem anständigen und würdigen Ort, und zwar auf dem heiligen Stein *ibi* § 3.— Vom Rechte wird „das Privileg des tragbaren Altars“ eingeräumt: a) den Kardinälen Can. 239 § 1 n. 7; b) allen Bischöfen Can. 349 § 1 n. 1; c) den Äbten und Prälaten mit eigenem Gebiete („Nullius“) Can. 323 § 1; d) den wirklichen Protonotaren („Protonotariis Apostolicis de numero Participantium“), *Motu proprio* „Inter multiplices“ d. 21. Febr. 1905 n. 11 (im Gegensatz zu n. 22; ME. 17, 14—29), damit auch den Apostolischen Vikaren und Präfecten Can. 308. In den übrigen Fällen verleiht der Apostolische Stuhl das „Privileg des Tragaltars“, in welchem jedoch die Vollmacht, auf dem Meere zu zelebrieren, nicht eingeschlossen ist Can. 822 § 2, S. R. C. in Vicen. d. 4. Mart. 1901 ad IV (ME. 13, 64); die Kardinäle aber, die Bischöfe, sowie die Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete besitzen auch letztere Cann. 239 § 1 n. 8; 349 § 1 n. 1; 323 § 1. Vor dem Trienter Konzil besaßen die Bischöfe das Recht, die heilige Messe auch außerhalb den Kirchen und Kapellen zu erlauben cc. 12. 14 D. 1 de cons. Durch dieses Konzil und die darauf gebauten Dekrete der Konzilskongregation wurde dieses Recht ein ausschließliches Privileg des Apostolischen Stuhles. Trotzdem sehr gewichtige Theologen und Kanonisten (Barbosa, Bonacina, Holzmann, Suarez, Elbel, Salmanticenses, Lacroix, St. Alfonsus Theol. mor. VI n. 359) für die Vollmacht der Bischöfe wenigstens „per modum actus“, also in einem bestimmten dringlichen Falle eintraten, blieb die Konzilskongregation unbeugsam (abgesehen von einer kleinen Nachgiebigkeit für *Calta-gro-ne* am 2. Juni 1855 und 20. Dez. 1856). Mit dem Dekrete der Sakramentenkongregation vom 23. Dezember 1912 kam die Ansicht jener Autoren zur Geltung und Can. 822 bietet sie im § 4: „Der Ortsordinarius kann die Erlaubnis geben, die Messe außerhalb einer Kirche und Kapelle“ zu lesen unter folgenden Bedingungen: „a) an einem geziemenden Orte (niemals im Schlafgemach) und auf dem heiligen Stein; b) nur aus einer rechtmäßigen und vernünftigen Ursache; c) in einem außerordentlichen Falle und in

Form einer Mitbewilligung" (per modum actus). Die gleiche Vollmacht besitzt „der höhere Obere (Can. 488 n. 8), wenn es sich handelt um die Niederlassung einer exempten Genossenschaft" ibi.

Nicht ein außerordentlicher und gewichtiger Grund ist gerade notwendig zur Ausübung dieser Vollmacht, sondern es genügt eine „causa iusta et rationabilis“, z. B. die Erkrankung eines eifrigen Priesters, der Tod eines Wohlthäters der Kirche, die Verheiratung eines angesehenen Katholiken (ME. 24, 486). — „In Form einer Mitbewilligung" wird geklärt durch den Gegensatz „per modum habitus“. Nur wenn es sich um eine augenblickliche, vorübergehende Lage handelt ist der Ortsordinarius zuständig. Freilich kann die Bewilligung sich auf einige Tage, ja auch einige Wochen erstrecken; allein wenn ein dauernder Zustand, z. B. bei chronischen Erkrankungen, vorauszusehen ist, muß ein päpstliches Indult erbeten werden Can. 822 § 2. — Neu ist im Can. 822 § 4: a) die Ausdehnung der Vollmacht auf die höheren Obern (Äbte, Provinzial- und Generalobern) der exempten Genossenschaften für ihre Niederlassungen („domus" Can. 488 n. 5), also wenigstens wahrscheinlich auch (dagegen Can. 501 § 1) auf die Provinzial- und Generalobern der exempten Laienorden Can. 209; b) die Weglassung der Pflicht einer entgeltlichen Bewilligung „gratis omnino quocunque titulo" (S. C. Sacr. d. 23. Dec. 1912 ad I), so daß für die Zukunft eine Tage festgesetzt werden kann Can. 1507 § 1; 6 n. 6. — Wollen Ordenspriester außerhalb ihres Hauses das „Privileg des Tragaltars" benutzen, so ist der Ortsordinarius im Falle des Can. 822 § 4 zuständig.

2) „Es ist nicht erlaubt, die Messe zu lesen in einem Tempel der Häretiker oder Schismatiker, auch wenn er ehemals vorschriftsmäßig konsekriert oder benediziert wurde," Can. 823 § 1. Dies Verbot trifft nicht nur einen einzelnen Fall, sondern auch eine Reihe von Fällen. Der Apostolische Stuhl hat geduldet, daß die katholischen Priester in einer Kapelle, welche für den Militärgottesdienst der britischen Soldaten in Malakka gebaut wurde, auf dem katholischen Altare Gottesdienst feiern, während der protestantische Altar verhüllt ist, freilich nicht ohne die Mahnung, der Apostolische Vikar möge bei der englischen Regierung Schritte tun, daß eine eigene katholische Kapelle erbaut werde; und wenn erfolglos, so möge er trachten aus Almosen eine zu bauen S. Off. ad Vic. Ap. Malacen. d. 5. Jun. 1889 (ME. X 1, 153). Lieber gewährt der Heilige Stuhl das „Privileg des Tragaltars" zur Abwendung des „gemeinsamen Gottesdienstes" (communicatio in sacris) zwischen den Katholiken und den Andersgläubigen.



Seit der Glaubensneuerung im 16. Jahrhundert hat sich in S ü d-  
d e u t s c h l a n d (Bayern, Baden, Hessen, Elsaß, Schweiz) ein gemein-  
sames Eigentums- und Benützungsrecht an Kirchen und Altären heraus-  
gebildet. Kirchlich wird dieses „Simultaneum“ nur geduldet; immerhin verlangt der Apostolische Stuhl ein päpstliches Indult, für den  
Verzicht der Katholiken auf das Eigentum an solchen Simultan-Kirchen,  
Kapellen oder Friedhöfen. Katholischerseits geschah seit 1890 viel für  
die Ablösung des Simultaneum, und man fand ein gutes Verständnis  
sowohl bei den Protestanten wie bei der Staatsgewalt. In der Regens-  
burger Diözese wurde „durch die hochherzigen Bemühungen und  
freigebigsten Spenden des Bischofs Ignatius von Senestrey“  
(Fr. K. Buchner, Eichstätt Diözesanpriester, in der Passauer MSc.  
Bd. 17 S. 265), dessen Tradition eifrig fortgeführt wird, seit 1899 das  
Simultaneum aufgelöst in 7 Pfarr-, 3 Expositur-, 2 Filial- und 4 Neben-  
kirchen, nachdem Pfarrer Max Reger durch die entschlossene Erbauung  
der Marienkirche in Rothenstadt 1893 das Zeichen hiezu gegeben hatte,  
so daß nur mehr 4 Pfarrkirchen zur Ablösung bleiben; vgl. Regensburger  
Diözesanmatrikel 1916 S. 30. — Aus der reichen Literatur seien hervor-  
gehoben: a) für B a y e r n Fr. K. B ü c h n e r: „Das Kirchensimultaneum  
und seine Auflösung“ (PMSc. 17, 257—265); W. K r o i z: „Kirchliche  
Simultanverhältnisse, insbesondere nach bayerr. Rechte“ (1890); G. M e d e r-  
m a n n: „Geschichte des simultaneum religionis exercitium“ im vorm.  
Herzogtum Sulzbach“<sup>2</sup> (1919); W a l b e r: „Simultaneen, bes. in der  
Stadt Weiden“ (1905); — für B a d e n J. S c h m i t t: „Simultan-  
kirchenrecht im Großherzogtum Baden“ (1909); — für H e s s e n K. K ö h-  
l e r: „Die Simultankirchen im Großherzogtum Hessen“ (1889); vgl.  
S. C. Indulg. d. 30. Jan. 1760 in Wormation. (D. Auth. n. 219); —  
für E l s a ß A. S c h m i d l i n: Das Simultaneum in Elsaß, Straßburger  
Diözl. 1913 S. 217 ff.; — für M a r b u r g K. M i r b t: „Der Kampf  
um die Elisabethenkirche zu Marburg“ (1912); — für die S c h w e i z  
U. L a m p e r t: „Aufhebung des Simultaneums usw.“ (Archiv f. kath.  
RM. 1905, 275 ff.); J. S c h ö b i: „Die kirchl. Simultanverhältnisse in der  
Schweiz“ (1906) — weitere Werke siehe bei S ä g m ü l l e r J. B.:  
Kirchenrecht<sup>3</sup> II S. 301. — Staatliche Gesetze in B a y e r n: Religions-  
edikt §§ 90—103; Verfassungsurkunde vom 14. August 1919 § 19. —  
Über die Frage, ob eine „reconciliatio ecclesiae“ notwendig ist, wenn  
die Kirche aus dem Gebrauche der Andersgläubigen in den der Katho-  
liken übergeht, wird im Kapitel „Von den Kirchen“ zu handeln sein.

3) „Fehlt ein Altar des eigenen Ritus, so darf ein Prie-  
ster nach dem eigenen Ritus auf einem Altare eines anderen  
katholischen Ritus zelebrieren, aber nicht auf den A n t i m e n-  
s i e n der Griechen“ Can. 823 § 2. Während der Ritus stets  
der gleiche bleibt (Can. 733 § 2), kann der Altar im Notfalle  
auch einem anderen Ritus angehören; die „Antimensien“ der  
Griechen können nur von diesen benützt werden; ein Ersatz  
dafür ist der Tragaltar (altare portatile).

4) „Auf den päpstlichen Altären darf niemand zelebrieren ohne päpstliches Indult“ Can. 823 § 3. Päpstliche Altäre sind die der vier Patriarchalkirchen, und zwar der Hochaltar in St. Johann im Lateran, die Konfessionsaltäre in St. Peter bzw. St. Paul (außerhalb der Mauern) und der Hochaltar in St. Maria Maggiore; vgl. P. Peter Paul A u ß e r e r O. Fr. Min.: „Pilgerführer“ 1873 S. 46, 67, 85 u. 90.

#### D. Die Messstipendien.

Quellen: Cann. 824—844; 918 § 2; 1506; 1509 n. 5; 1517 § 2; 1551; 2324. — Über die reiche deutsche, französische, spanische und italienische Literatur vgl. S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht<sup>3</sup> II § 160, besonders B e n e d i c t u s XIV. in Syn. l. 5 cc. 8. 9.; PMS. I 502 ff. (S e n g e r); Archiv 1892, 265 ff.

I. **Geschichte.** Aus dem Briefe des Papstes I n n o z e n z I. an Bischof Dezentius von Gubbio (416) geht hervor, daß die Gläubigen Opfer spendeten, während die Priester die Namen der Spender während der Messe aus den Diptychen verlasen. Die Naturalleistungen (oblaciones) gingen bald über in Geldspenden zunächst für die Kirche, dann aber (seit dem 8. Jahrhundert) unmittelbar für den zelebrierenden Priester (Regula Chrodegangi c. 32). Auf dem 4. Laterankonzil (1215) wurde jegliche Gewinnjucht verurteilt, dagegen auch die löbliche Gewohnheit der Almosen bei geistlichen Leistungen betont c. 42 De simonia (V 3). In diesem Sinne war die Kirche fortgesetzt in ihrer Gesetzgebung tätig, so P i u s IX. in der Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869 „Colligentes“ cl. II n. 12; L e o XIII. durch das Dekret der Konzilsf. „Vigilanti“ d. 25. Maii 1893 und P i u s X. durch das Dekret der gleichen R. „Ut debita“ d. 11. Maii 1904.

II. **Begriff und Einteilung.** „Nach eingebürgertem und gutgeheißenem Brauch der Kirche, der zur Einrichtung (institutum) wurde, darf jeder Priester für die Darbringung und Aufopferung der Messe (celebratio et applicatio) ein Almosen oder Stipendium annehmen“ Can. 824 § 1; c. 42 De simonia (V 3); prop. 25. Ioannis Wieleff d. 22. Febr. 1418 damnata (D.-B. n. 605).

1) Jeder Priester darf für die Aufopferung der heiligen Messe ein Stipendium annehmen, sooft das Wesen des Opfers, die Konsekration, stattfindet, also auch bei der *Nonzelebration* Can. 803, niemals aber bei der *missa praesanctificationum* oder der *missa sicca*. — 2) Zelebriert der Priester an einem Tage *wiederholt*, so darf er nur am Weihnachtsfeste für jede der drei Messen ein eigenes Stipendium annehmen, an allen übrigen Tagen darf er nur eine heilige Messe auf einen belastenden Titel hin („*ex titulo iustitiae*“) feiern, also gegen ein Stipendium oder auf Grund der Konvent- oder Pfarrmesse (Cann. 417; 466 § 1); die Annahme eines Entgeltes auf Grund eines äußeren Titels ist jedoch statthast, so wegen des weiten Weges zur Kirche, der späten Stunde, des Gesanges usw. — 3) Can. 825 verbietet folgende Mißbräuche: a) die Darbringung einer Messe nach Meinung eines künftigen Stipendiengebers; b) die Annahme eines Stipendiums für eine Messe, welche aus einem anderen Titel geschuldet und dargebracht wird; c) die Annahme von *Doppelstipendien* für eine Messe; d) die Annahme eines Stipendiums für die Darbringung (*celebratio*) und eines zweiten für die Aufopferung (*applicatio*) ein und derselben Messe, außer es stünde unzweifelhaft fest, daß ein Almosen nur für die Darbringung ohne Aufopferung gegeben wurde. Letzteres dürfte in der Regel eintreten bei Vorhandensein eines äußeren Grundes, z. B. der späten Stunde.

Die Priester *Aragoniens*, welche schon vor dem 26. Aug. 1748 für drei bzw. zwei Messen am Allerseelentage gewohnheitsgemäß Stipendien annehmen durften (*Santi-Leitner: Praelectiones*<sup>4</sup> III 41 n. 4), dürfen das auch jetzt noch, wenn die betreffenden Bischöfe diese uralte Gewohnheit dulden Can. 5.

Es gibt nach dem allgemeinen Rechte zweierlei Messen: *Manualmessen* und *Stiftsmessen*. Erstere teilt man ein in *eigentliche* und *uneigentliche* Manualmessen. — *Eigentliche* Manualmessen sind solche, welche die Gläubigen entweder aus eigenem frommen Antriebe („*veluti ad manum*“) oder auf Grund einer Verpflichtung geben, so auf Grund einer testamentarischen (auch ständigen) Auflage Can. 826 § 1. — *Uneigentliche* Manualmessen sind *Stiftsmessen*, welche

von der Stiftungspflicht gelöst sind, sei es nach dem Rechte oder durch apostolisches Indult ibi § 2. — Werden Stipendien unmittelbar aus den Einkünften von Stiftungen gewonnen, so nennt man sie *Stiftungsgelder* (*fundata*) oder *Stiftmessen* (*missae fundatae*) ibi § 3. — Die Änderung des Stiftungswillens ist im allgemeinen dem Apostolischen Stuhl reserviert, insbesondere die Minderung der Messen („*reductio Missarum*“) Can. 1517. Doch ist der Ordinarius in folgenden Fällen zuständig: a) der Ordinarius kann die Messen auch *mindern* („*reducere*“), wenn ihm das die *Stiftungsurkunden* einräumen Can. 1551 § 1 oder wenn er ein apostolisches *Indult* hierfür besitzt, das möglichst enge auszulegen ist ibi §§ 2 und 3, also keine Ausdehnung auf andere Fälle, keine Anwendung auf Meßstipendien, wenn sonst Hilfe möglich ist; b) der Ordinarius kann die *Stiftsmessen* (ohne Minderung) *loslösen* von den Stiftungsbedingungen in den soeben genannten Fällen und auch dann, wenn die ausbedungene Erfüllung ohne Schuld der Verpflichteten in den Nebenumständen, z. B. bezüglich des Ortes, der Zeit usw., *unmöglich* geworden ist Can. 1517 § 2.

Die Konsistorialkongregation verlieh durch Rundschreiben „*Le strettezze economiche*“ d. 29. Jun. 1919 (AAS. 11, 277) den Ordinarien Italiens ausgedehnte Vollmachten zur Minderung von Manual- und Stiftsmessen (auf drei Vire das Stipendium), um der Not des italienischen Klerus zu Hilfe zu kommen. — In neuerer Zeit sind in Deutschland die Stiftsmessen auf *beschränkte* Zeit aufgekommen, z. B. auf 100, 50 Jahre. Da der Wille der Geber nicht beeinträchtigt wird, läßt sich dagegen nichts einwenden; vielleicht wäre es noch mehr dem Geiste der Kirche entsprechend, wenn die Reduktionsvollmacht in der Stiftsurkunde dem Ordinarius eingeräumt würde Can. 1551 § 1, vgl. Passauer BDBl. 1920 S. 16 f.

**III. Sicherung der Meßstipendien.** Das kirchliche Gezehbuch hat, fußend auf früheren Bestimmungen, folgende Regeln zur Sicherung der Meßstipendien angegeben: a) Von den Meßstipendien soll jede Art von *Geschäft* und *Handel* durchaus fern sein Cann. 827; 840 § 1 (Übergabe an andere); 918 § 2 (Altarprivileg); 2324 (Strafen f. s. bis zur Amtsentziehung bei Klerikern; bis zur Exkommunikation bei Laien). — b) „So viele Messen müssen gelesen und aufgeopfert werden, als Stipendien, auch geringe gegeben und angenommen wurden“ Can. 828; Strafen wie unter a.



Werden später die Taxen erhöht, so ist es am besten, die Geber zu fragen. — Diese Verpflichtung hört auch dann nicht auf, wenn die bereits angenommenen Stipendiengelder auch ohne Schuld des belasteten Priesters verloren gehen Can. 829. — c) Wird eine Geldsumme für Messstipendien gegeben ohne Angabe der Zahl der Messen, so richtet sich die Berechnung nach der Stipendienhöhe des Ortes, wo der Spender zu sein pflegte, wenn nicht ein anderer Wille rechtmäßig angenommen werden muß Can. 830. — d) Die Stipendienhöhe bestimmt ein Diözesanstatut, erlassen womöglich auf der Diözesansynode; sonst eine Diözesanangelegenheit: Auch die exempten Ordensleute müssen sich an diese Normen halten Can. 831. — e) Ein Priester darf ein freiwilliges angebotenes höheres Stipendium annehmen Can. 832, aber nicht fordern Can. 831 § 1; ein Stipendium unter der Taxe darf er nur dann nicht annehmen, wenn der Ortsordinarius solches verboten hat Can. 832 — f) Niemals darf der Ordinarius auf Messstipendien irgendwelcher Art eine Zahlung (Steuer) auflegen Can. 506. — g) Messstipendien und Messverpflichtungen unterliegen keiner kirchlichen Verjährung Can. 509 n. 5.

**IV. Zeit der Messedarbringung** Cann. 833 — 35. Wenn der Geber keine ausdrücklichen Bedingungen setzte, so steht die Rechtsannahme dafür, daß er lediglich die Messedarbringung verlangte. Wurden aber vom Geber ausdrücklich **Umstände** (Ort, Zeit, Stunde) hervorgehoben, so hat sich der Stipendienannehmer auch auf diese verpflichtet Can. 833. Der wichtigste Umstand ist die **Zeit**, innerhalb welcher der Darbringungspflicht zu genügen ist. Wir unterscheiden drei Möglichkeiten: a) Wurde eine bestimmte Zeit ausdrücklich vorgeschrieben, so muß diese eingehalten werden. — b) Wurde keine Zeit hervorgehoben, so ist Intentionen mit dringendem Grund möglichst bald, sonstigen bald zu genügen nach der größeren oder geringeren Zahl der Messen. — c) Ist die Zeit ausdrücklich in das **Ermessen** des Priesters gelegt, so genügt dieser durch gelegentliche Darbringung Can. 834. Freilich muß er hiebei die Hauptregel beobachten: „Niemand darf so viele Messstipendien für die eigene Darbringung annehmen, daß er ihnen nicht innerhalb eines Jahres genügen kann“ Can. 835. Indes könnte

auch hier der ausdrückliche Wille des Gebers entbinden Can. 834 § 1.

### V. Die Abgabe und Versendung von Meßstipendien.

Auch hier macht das kirchliche Recht, daß dem Willen der Geber möglichst genau und möglichst bald genügt werde. a) An Orten, wo sehr viele Stipendien zusammenfließen, z. B. an Wallfahrtsorten, sollen die Gläubigen durch leicht zugängliche und sichtbare Anschläge gemahnt werden, daß die dargebotenen Messen entweder nach Möglichkeit an diesem oder auch an einem anderen Orte gelesen werden Can. 836. — b) Wer Messen zur Verteilung hat, soll das m ö g l i c h s t b a l d tun, (Rechenschaft gegen Schluß des Jahres Can. 841); freilich beginnt für den sie annehmenden Priester die Darbringungs-pflicht erst mit dem Tage der Annahme, abgesehen von ausdrücklichen Ausnahmen Cann. 837; 834. — c) Wichtig ist die Frage, w e l c h e m Priester dürfen Stipendien übergeben werden. Der Roder ist etwas milder geworden. Der Vermittler muß genau wissen, daß es sich um einen Priester handelt, der v o l l s t ä n d i g e i n w a n d f r e i oder durch das Z e u g n i s seines O r d i n a r i u s empfohlen ist Can. 838. — d) Wer anvertraute Messen anderen übergibt, ist so lange haftbar, bis er das Zeugnis über die Annahme der Verpflichtung und der Stipendien erhalten hat Can. 839; cfr. Can. 829. — e) Ein A b z u g von Meßstipendien ist unerlaubt mit der Pflicht der Rückerstattung; indes gibt es Ausnahmen: α) wenn der Geber einen Abzug ausdrücklich gestattet; β) wenn die Überzahlung der Diözesantare augenscheinlich und sicher zugunsten des Empfängers geschah; γ) wenn bei uneigentlichen Manualmessen die bessere Stiftung geschah zugunsten der Pfründe oder des guten Zweckes; in diesem Falle genügt, abgesehen von einer gegenteiligen Meinung des Stifters, die Übergabe der Diözesantare des Celebrationsortes Can. 840. — f) D i e E i n s e n d u n g. Alle Verwalter von frommen Anstalten, sowie die mit Meßstipendien Belasteten, Geistliche oder Laien, sind verpflichtet, gegen Ende eines jeden Jahres ihren Ordinarien nach deren Anordnungen die nichterfüllten Meßintentionen einzusenden, und zwar die uneigentlichen Manualmessen gegen Ende des bürgerlichen Jahres, die Manualmessen Ende des vom Empfange zu rechnenden Jahres, wenn nicht die Geber anders bestimmten Can. 841.

**VI. Notierung der Meßintentionen und Aufsicht hierüber** Cann. 842 — 844. a) „Alle Welt- und Ordenspriester müssen genau notieren, welche Meßintentionen sie empfangen, welchen sie genüge geleistet haben“ Can. 844 § 2. — b) Die Vorstände von Kirchen und frommen Anstalten, in welchen Meßstipendien entgegengenommen werden, mögen sie nun Weltpriestern oder Religiosen unterstehen, müssen ein eigenes Buch führen, in welchem sie genau die Zahl, die Meinung, das Stipendium und die Darbringung der empfangenen Messen aufzeichnen Can. 843 § 1. Auch die Ortsordinarien und Ordensobern i. w. S., welche Untergebenen oder anderen Messen zum Lesen geben, sollen die ihnen zugebrachten oder überschickten sofort der Ordnung gemäß in ein Buch eintragen und nach Kräften besorgt sein, daß sie möglichst bald gelesen werden Can. 844 § 1. Wir haben also dreierlei Meßstipendienbücher: solche der einzelnen Priester; dann der Kirchen- und Anstaltsvorstände; endlich Sammelbücher der Ordinarien und Ordensobern. — c) Die Ordinarien sind verpflichtet, wenigstens alle Jahre die Stipendienbücher der Kirchen- und Anstaltsvorsteher in eigener Person oder durch Vertreter einzusehen Can. 843. „Ordinarien“ bedeutet hier die Ortsordinarien und die höheren Obern der exempten Klerikalgenossenschaften (Äbte, Provinzial- und Generalobern) Can. 198 § 1.

## § 12. Die Eucharistie als Kommunion.

Das Gesetzbuch der Kirche behandelt diesen Gegenstand in drei Kapiteln: Spender; Empfänger; Zeit und Ort des Empfanges; wir fassen denselben in zwei Abschnitten zusammen. — Quellen: Cann. 845—869; 462; 595; 931; 1005; 1031; 1956—58.

### A. Spender der heiligen Kommunion.

Da „in der heiligsten Eucharistie unter den Gestalten von Brot und Wein Christus der Herr selbst enthalten ist“ (Can. 801), so folgt, daß gültigerweise die Kommunion von jedermann dargereicht werden kann. Darum handelt es sich hier nur um die eine Frage: Wer spendet die heilige Kommunion erlaubterweise?

I. „Ordentlicher Spender der heiligen Kommunion ist nur der Priester (§ 1). Außerordentlicher Spender ist der Diakon mit Erlaubnis des Ortsordinarius oder Pfarrers, aus gewichtigem Grunde zu gewähren, eine Erlaubnis, welche im Notfall rechtmäßig vorausgesetzt werden kann“ (§ 2) Can. 845.

1) Wohl hatte auch in der Verwaltung der Eucharistie der Bischof einen gewissen Vorzug, Ignatius ad Smyrnaeos c. 8, 1, immerhin sehen wir den Priester neben dem Bischofe als Verwalter dieses Sakramentes c. 14 D. 93 (Nicaenum a. 325 c. 18; ) darum singt der heilige Thomas: „Cuius officium committi voluit—Solis presbyteris, quibus sic congruit, — Ut sumant et dent ceteris“. — 2) Außerordentlicher Spender ist der Diakon. Seine Vollmacht muß gleichsam flüssig gemacht werden durch die Erlaubnis des kirchlichen Oberrn: des Ortsordinarius oder des Pfarrers, welcher in einem Notfall (bei *Schwerkranke*n; aber auch bei *Gesunden*, wenn der ordentliche Spender nicht leicht erreicht werden kann) präsumiert werden darf. Diese ausdrückliche oder vorausgesetzte Erlaubnis setzt einen *schwerwiegenden* Grund voraus („*causa gravis*“), während zur Tausspendung durch den Diakon ein rechtmäßiger Grund genügt Can. 741; vgl. Cann. 1342; 1340; 877 § 1 (Predigtvollmacht); vgl. „Handbuch“ I S. 173. — Die Acolythen, welche in Gefäßen die Eucharistie überbrachten (Tharsizius 15. Aug.), und die Laien, welche sie nach Hause mitnahmen, waren keine eigentlichen Spender.

II. **Spender der heiligen Kommunion an Gesunde**, d. h. an Personen, welche zur Kirche oder Kapelle oder wenigstens in die nächste Nähe derselben kommen können, ist jeder Priester, welcher nicht durch Zensuren oder Irregularitäten behindert ist. 1) Die Spendung ist möglich und wird vom Trienter Konzil innig empfohlen (sess. 22 c. 6): a) während jeder heiligen Messe nach der Kommunion des Priesters; b) unmittelbar vor und nach der Privatmesse Can. 846; c) am Karfreitag während des feierlichen Amtes und unmittelbar darnach Can. 867 § 1. Diese Regeln gelten auch (*servatis servandis*) für die heiligen Messen in Privatoratorien, außer der Ortsordinarius hätte aus gerechtem Grund die Austeilung in besonderen Fällen verboten Can. 869. — Wenn der Priester die Eucharistie den Gläubigen *während* der heiligen Messe austeilt, darf er niemals den Altar aus dem Angesichte verlieren Can. 868.

2) *Außerhalb* der heiligen Messe darf die Eucharistie von einem jeden nicht behinderten Priester in der Regel an jedem Tage (Can. 867 § 1) ausgeteilt werden. Gehört der



Priester zur Kirche der Kommunionausteilung, so bedarf er keiner weiteren Erlaubnis. Gehört er aber zu einer anderen Kirche („extraneus“), so benötigt er die Erlaubnis (wenigstens die vorausgesetzte) des Kirchenvorstandes Can. 846. Freilich dürfte bei unbekannten Priestern die Regeln für die Zulassung zum heiligen Opfer gelten Can. 804. — Die heilige Eucharistie darf nicht gespendet werden (abgesehen von den Kranken): a) am Gründonnerstage nach dem Amte, Rubrik für fer. V in Coena Domini vor der Kommunion; b) am Karfreitage Can. 867 § 2; c) am Karstamstage (abgesehen vom Hochamte) ibi § 3. — Die Austeilung der heiligen Kommunion folgt der *Stundenzeit* des Messopfers; doch darf man aus vernünftigem Grunde darüber hinausgehen ibi § 4; Auswanderung, Abmarsch an die Front (auch ohne Todesgefahr), Konfurstage mit Generalbeichten sind solche Gründe; vgl. auch Ben. XIV. in Syn. l. 6 c. 8 n. 15 (Benedikt XIII.).

Teilt der Priester die Kommunion im Anschluß an die Messfeier aus, so trägt er die Messgewänder, auch dann, wenn er am Kommunionaltare zwar die Eucharistie austeilt, aber nicht Messe liest, was in schwarzen Paramenten nicht geschehen soll; vgl. Kunz Chr.: „Funktionen des Zelebranten“ S. 204. — Außerhalb der heiligen Messe spendet der Priester die Kommunion, angetan mit Superpelliz und Stola von der Farbe des Tagesoffiziums oder von weißer Farbe ibi S. 199; Kieffer G.: Rubrikist<sup>3</sup> § 64. Wenn im Notfall ein Priester während der Messe eines anderen Priesters die heilige Kommunion am Zelebrationsaltare auszuteilen hat, so spendet der Priester sie mit dem gewöhnlichen Ritus aus, nur während der Wandlung steht er, zum Altare gewendet. Der zelebrierende Priester tritt während des Kanons einen Schritt auf die Evangelienseite, außer dem Kanon vollendet er sein Gebet (Kollekte, Epistel, Evangelium) und läßt sich dann zum Altare gewendet auf beide Knie nieder, Kunz S. 34<sup>5</sup>; Kieffer S. 174. Wenn Ordensleute ihre Gelübde ablegen, so hält der Priester während der Gelübdeablegung die heilige Hostie im Angesichte des (der) Gelobenden, dem (der) er sie nach Vollendung der Formel sofort reicht S. R. C. dd. 27. Aug. 1894 et 5. Iunii 1896 nr. 3836 et 3912. Bei der Erneuerung der Gelübde dagegen bleibt der Priester nach dem letzten „Domine, non sum dignus“ dem Altar zugewandt, bis die Erneuerungsformel gemeinsam oder, wenn nur wenige sind, vom letzten Mitgliede gesprochen ist SRC. n. 3836. Wenn Klosterfrauen mit Klausur einen Kommunionplatz (Gitter, Fenster) besitzen, welcher dem Priester den Anblick des Altares vollständig entzieht (Can. 868), so darf er nur außerhalb der Messe die Kommunion austeilen, und zwar nach dem Ritus, der für die Krankenkommunion gilt; am Kommunionfenster steht ein Tischchen mit Korporale, Ablutionsgefäß und Lüchlein, Kunz S. 206 Anhang 4.

### III. Der Spender der heiligen Kommunion an Kranke.

Wir unterscheiden hier die heilige Kommunion als *Wegzehrung* und als *Andachtskommunion*.

1) Die heilige *Wegzehrung* muß empfangen werden, wenn jemand in Todesgefahr sich befindet, ohne dem Gebote der Wegzehrung schon genügt zu haben Can. 864 § 1; die Wegzehrung kann empfangen werden, wenn dem Gebote bereits genügt ist und die Todesgefahr andauert ibi §§ 2. 3; Näheres beim Empfänger. „Die heilige Wegzehrung öffentlich oder privatim zu den Kranken zu bringen, kommt dem Pfarrer nach der Vorschrift des Can. 848 zu, mit Aufrechterhaltung der Kanones 397 n. 3 und 514 §§ 1—3.“ Die Überbringung der heiligen Wegzehrung zu den Kranken ist also eigentliches Pfarrecht Cann. 859; 462 n. 3. Das gleiche gilt aber auch von der Darreichung der heiligen Wegzehrung an *Gesunde*, welche in Todesgefahr schweben Can. 864 § 1, z. B. Soldaten vor der Schlacht, Frauen vor der Geburt, die sie aus Erfahrung als lebensgefährlich kennen, Sträflinge vor der Vollstreckung des Todesurteils (letzteren nicht unmittelbar vorher). Wird die Wegzehrungsspendung wiederholt (Can. 864 § 3), so gilt das gleiche Recht. Das Recht kennt folgende Ausnahmen. Die Wegzehrung spendet nicht der Pfarrer, sondern: a) das von den Statuten bestimmte Mitglied oder sonst der erste Dignitär des Domkapitels bzw. bei dessen Verhinderung der im Range folgende dem in Todesgefahr schwebenden Bischofe Can. 397 n. 3; b) der Klosteroberer oder sein Vertreter den Religiosen und Hausgenossen nach Can. 514 § 1; der Kaplan der Klosterfrauen und Schwestern nach Can. 514 §§ 2. 3; vgl. „Handbuch“ I S. 279, 344, 426, 438; c) die Seminarvorstände oder ihre Bevollmächtigten den Seminarbewohnern (Vorstände, Lehrer, Zöglinge, Hausgenossen) Can. 1368; d) Priester, welche das Recht haben, sonstigen Exempten die Sterbesakramente zu spenden Can. 464 § 2.

2) *Krankenkommunion*. Wir unterscheiden öffentliche und private Krankenkommunion. Erstere ist Regel, letztere Ausnahme Can. 847. Im Pfarrgebiet ist die öffentliche Überbringung der Kommunion (außerhalb der Kirche) zu den kranken Pfarrkindern und Fremden Recht

und Pflicht des Pfarrers Can. 848 § 1; 462 n. 2, freilich bleiben die Ausnahmen wie bei der Wegzehrung. Andere Priester haben das Recht der öffentlichen Krankenprovisor nur im Notfalle oder mit Erlaubnis des Pfarrers oder Ordinarius, welche jedoch vorausgesetzt werden darf Can. 848 § 2.

„Die private Überbringung der Kommunion an Kranke kann jeder Priester vornehmen“ (Erlaubnis des Ordinarius ist nicht mehr notwendig) unter folgenden Voraussetzungen: a) daß „ein rechtmäßiger und vernünftiger Grund dies ratsam macht“ Can. 847 (wie Redereien, Verlegenheiten, geringe Ehrfurcht auf der Straße ME. 24, 487e); b) daß er die Erlaubnis jenes Priesters besitzt („saltem praesumpta“), welcher die Obhut über das Allerheiligste hat; c) daß er in der Herausnahme, Übertragung und Spendung der Eucharistie jene Vorschriften des Apostolischen Stuhles genau einhält, welche die geziemende Ehrfurcht vor einem so erhabenen Sacramente diktiert Can. 849. Die Herausnahme und Spendung geschieht in der gewöhnlichen liturgischen Form. Bei der Übertragung trägt der Priester den Talar, darüber die weiße Stola, sowie die Krankenhurja usw., welche an einer Schnur vom Halse herabhängend in der Brusttasche getragen wird, darüber den Überzieher; in des Priesters Begleitung sei stets ein katholischer Laie, wenn ein Kleriker nicht zu haben ist, Enz. „Inter omnigenas“ Ben. XIV. vom 2. Febr. 1744 § 23; Regensburger Pastoralerlaß 1869 S. 51; ME. 24, 488.

Die heilige Wegzehrung darf jeden Tag, auch am Karfreitag überbracht werden Can. 867 § 2, auch während der Nachtzeit ibi § 5. Der Ritus ist der gleiche wie sonst; nur fallen aus: a) die Glockenzeichen (ein Zeichen mit dem Holzinstrument ist nicht untersagt); b) die Segnungen des Volkes (nicht des Kranken). — Die sonstige Krankenkommunion fällt während des heiligen Triduum aus Can. 867 §§ 2, 3, 5.

**IV. „Die Eucharistie soll nur unter der Gestalt des Brotes gespendet werden“** Can. 852. Die dogmatische Grundlage dieser kirchlichen Praxis findet sich im Trienter Konzil sess. 21 (D.-B. nn. 930—936) nach dem Vorgange des Konstanzer Konzils D.-B. n. 626 gegen die Wiktisiten, Hussiten, Lutheraner

und Kalviner. Die Praxis der ältesten Kirche (Apg 2, 42. 46), welche den Kranken, Gefangenen usw. (Tertullian l. 2 Ad uxorem und Eusebius: Hist. l. 6 c. 44) die Kommunion unter der Gestalt des Brotes allein bringen ließ und welche den kleinen Kindern dieselbe zuweilen nur unter der Gestalt des Weines reichte, beweist, daß sie einen solchen Empfang für durchaus genügend hielt. Gegen die praktischen Gründe, welche für die katholische Übung der Römische Katechismus aufzählt (p. 2 c. 4. q. 64) verschließen sich heutzutage auch die Andersgläubigen nicht mehr: a) Gefahr der Verschüttung; b) Gefahr der Entartung bei längerer Aufbewahrung (für die Kranken); c) Rücksicht auf die abstemii, d. h. Personen, welche den Wein nicht vertragen; d) Mangel an echtem Wein; e) die Betonung des Satzes, daß Christus ganz und ungeteilt unter jeder Gestalt gegenwärtig ist, gegenüber auch den Andersgläubigen. Außerdem betonen die Protestanten unserer Tage die Unzuträglichkeiten, welche aus der Benützung eines Bechers sich ergeben, so die leichtere Übertragung ansteckender Krankheiten, sowie den Ekel vor der Benützung des gleichen Trinkgeschirrs mit unreinlichen Personen; vgl. J. S m e n d: „Kelchverfügung und Kelchspendung“ 1898; R. G. G ö k k: „Die heutige Abendmahlsfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung“<sup>2</sup> (1907); Stimmen aus Maria-Lach: „Abendmahlskelch und Hygiene“ 65, 241; Pastor bonus 15, 505 ff.; 16, 86 ff., 320 ff. (1903—05) usw. In den morgenländischen Kirchen, ausgenommen bei den Maroniten, Äthiopiern und Armeniern (bei letzteren mußte die Propagandakongregation am 4. Juli 1833 ad 7 etwas nachgeben), erfolgt die Austeilung der heiligen Kommunion unter beiden Gestalten L ü b e c k S. 167, A r n d t Aug. S. J.: „De Rituum relatione“ (1895) pag. 29.

Stellen wir die drei wichtigsten Sätze, welche den Empfang der Kommunion unter einer oder beiden Gestalten betreffen, kurz zusammen: 1) Es ist göttliches Gebot, daß der opfernde Priester die Eucharistie unter beiden Gestalten genieße c. 12 D. 2 de consecr.; opfert er nicht, so empfängt er die Kommunion unter der Gestalt des Brotes, wie bei der missa praesanctificatorum, bei der Kommunion außerhalb der eigenen Messe. Nur bei der Priesterweihe empfangen die mitzelebrierenden Neupriester den Herrn nur unter Brotsgestalt. — 2) Es besteht kein göttliches Verbot, die Eucharistie unter beiden Gestalten zu empfangen; im Gegenteil war der Empfang unter beiden Gestalten die gewöhnliche



Übung bis ins 12. Jahrhundert, die sich hie und da bis in das 13., ja 14. Jahrhundert erstreckte (S. Thomas III q. 80 a. 12 c.; Paludanus Petrus O. Pr. † 1342); im 15. Jahrhundert bestand noch die Sitte, daß die am Osterfeste beim Papste Kommunizierenden durch den Diakon vom Kelche trinken durften vermittels eines Röhrchens (fistula), Petrus Amelius: Ordo Romanus c. 85 (Sandini A.: „Vitae Pontificum“ 127). Papst Urban II. verbot auf dem Konzil von Clermont-Ferrand (1095) die Darreichung des in den Kelch des Herrn getauchten eucharistischen Brotes; beide Gestalten sollten getrennt gegeben werden außer im Notfall und aus Vorsicht c. 28; ebenso Paschalis II. in epistola 32 (Sandini 355). — 3) Endgültig hat die Kirche den „Laikenkelch“ aus den oben angegebenen Gründen untersagt D.-B. n. 626, indes mit gewissen Ausnahmen: a) Papst Clemens VI. (1342—52) gewährte das Privileg beider Gestalten dem Herzog Johann von der Normandie und seiner Gattin, dem Könige Philipp VI. von Frankreich und seiner Gemahlin, sowie dem Herzog Odo von Burgund (Sandini 450). Doch benützten die französischen Könige dieses Privileg nur am Tage ihrer Krönung und beim Empfang der Wegzehrung; an Sonn- und Festtagen empfangen beide Gestalten ferner die Leviten von S. Deni und die Altardiener von Clugny, ein Vorrecht, welches das Tridentinum billigte, Mabillon: Com. in Ord. Romanum cc. 9 u. 19.

### B. Empfänger der heiligen Kommunion.

Quellen: Cann. 853—69; 595; 931; 1005; 1033; 1956; 1958.

**I. Recht auf die Kommunion.** „Jeder Getaufte, dem das Recht es nicht verwehrt, hat Anspruch auf die heilige Kommunion“ Can. 853. Das Recht verwehrt es folgenden Getauften: 1) den Andersgläubigen, Häretikern und Schismatikern Can. 731 § 2; 2) den Exkommunizierten Can. 2260 § 1 und Interdizierten Can. 2275 n. 2; 3) den offenkundig Ehrlosen („manifesto infames“) sei es durch rechtliche oder tatsächliche Ehrlosigkeit Can. 2293; „Handbuch“ I S. 159; 4) allen öffentlichen Sündern („publice indigni“), wie den „meretrices, concubinari, foeneratores, magi, sortilegi, blasphemi“ R. R. tit. 4 c. 1 n. 8; 5) jenen, welche am gleichen Tage die heilige Kommunion bereits empfangen haben Can. 857; 6) den Kindern unter gewissen Umständen Can. 854; 7) Katholiken, denen der kirchliche Obere die Kommunion untersagt Cann. 1956; 1958; 595. Einzelne Klassen erheischen eine genauere Erklärung.

1) Die Exkommunizierten, Interdizierten, Ehrlosen und öffentlichen Sünder werden im Can. 855 § 1 unter dem Aus-

druck „publice indigni, öffentlich Unwürdige“ zusammengefaßt und von ihnen gesagt: Die heilige Kommunion dürfe ihnen nur dann gereicht werden, „wenn ihre Buße und Besserung klar feststeht und sie das öffentliche Argerniß wieder gut gemacht haben“; vgl. Can. 2251 (Absolution der Zensurierten). „Geheime Sünder soll der Spender, wenn sie geheim um die Kommunion bitten und er ihre Unbußfertigkeit (nicht aus der Beicht Cann. 889; 890) gewiß kennt, übergehen bzw. zurückweisen; anders aber, wenn sie öffentlich bitten und er sie ohne Argerniß nicht übergehen kann“ Can. 855 § 2; R. R. tit. 4 c. 1 n. 9. — Wie der Empfänger sich auf die schwere Sünde zu prüfen hat Can. 856, haben wir oben (S. 74) kennengelernt.

2) Wer am gleichen Tage bereits kommuniziert hat, darf nur in zwei Fällen die heilige Kommunion nochmal empfangen: a) wenn er von Todesgefahr überrascht wird; b) wenn es gilt eine Unehrererbietigkeit vom heiligsten Sakramente dadurch fern zu halten Can. 858 § 1; außerdem ein Priester, wenn er die rechtmäßige Vinations- oder Trinationsvollmacht besitzt (freilich hier ohne Verletzung der eucharistischen Nüchternheit).

3) *Kinderkommunion*. a) „Kindern, denen wegen Zartheit des Alters Kenntniß und Geschmack dieses Sakramentes fehlen, darf die Eucharistie nicht gereicht werden“ Can. 854 § 1, faßt wörtlich dem R. R. tit. 4 c. 1 n. 11 entnommen; Trid. sess. 21 c. 4; en. 4. Mit Recht betont das Trienter Konzil, daß das Altertum nicht zu verurteilen ist, wenn es in manchen Gegenden auch den Unmündigen die Eucharistie reichte, sei es unter der Gestalt des Weines, sei es unter der des Brotes. Meisterhaft hat die Geschichte der Kommunion unmündiger Kinder nach Martene (*De antiq. Eccl. ritibus* tom. 1 l. 1 c. 1 art. 15 § 11) Papst Benedikt XIV. zusammengefaßt in seinem Werke *De Synodo* l. 7 c. 12 n. 1. In den orientalischen Kirchen findet sich die Sitte auch heutzutage noch; vgl. Malgiew: „Liturgikon“ S. 190; Lübeck S. 166 f. Die „Säuglinge dürfen bei der Liturgie der vorgeweihten Gaben das Abendmahl nicht nehmen, da dieselben nur das heilige Blut Christi erhalten“ (Malgiew S. 190), an den Tagen der Praesantificata aber nur das in das Blut des Herrn getauchte eucharistische Brot genossen wird. b) „Für das Recht und die Pflicht der

Kommunion in der Todesgefahr genügt es, daß die Kinder den Leib des Herrn von gemeiner Speise zu unterscheiden und ehrerbietig anzubeten verstehen (§ 2). Außer der Todesgefahr wird mit Recht eine vollere Kenntnis der christlichen Heilslehre und eine genauere Vorbereitung verlangt, nämlich daß sie wenigstens die zum Heile schlechthin notwendigen Glaubensgeheimnisse erfassen und mit Anstand ihrem Alter entsprechend zum Tische des Herrn herantreten (§ 3). Über die genügende Gemütsverfassung der Kinder für den Empfang der ersten heiligen Kommunion soll das Urteil dem Beichtvater und den Eltern oder deren Stellvertretern zustehen (§ 4). Aufgabe aber des Pfarrers ist, darüber zu wachen, wenn nötig auch durch eine Prüfung, daß die Kinder nicht vor dem Vernunftgebrauch oder ohne genügende Vorbereitung kommunizieren; ebenso dafür zu sorgen, daß sie nach Erlangung des Vernunftgebrauches und genügender Vorbereitung sobald als möglich mit dieser Himmels Speise erquickt werden (§ 5)“ Can. 854.

Raum hatte Papst Pius X. durch die Sakramentenkongregation das Dekret „*Quam singulari*“ vom 8. August 1910 erlassen, so setzte eine eingehende Besprechung ein. Außer der überaus zahlreichen Literatur bei Sägmüller J. B.: „Kirchenrecht“<sup>3</sup> II. § 116 S. 37 (deutsch, italienisch, französisch, spanisch) seien noch erwähnt Friedrich Gerl: „Das neue Kommuniondekret *Quam singulari*“ (Pustet 1911); Georg Rabl: „Autorisierte Übersetzung des Kommentars von Raskimir Kardinal Genari“ (Freiburg i. Schw. 1917) und viele Artikel. — Wie wir oben im Texte sahen, haben dreierlei Personen ein gewisses Bestimmungsrecht: der Beichtvater; die Inhaber der elterlichen Gewalt; der Pfarrer. Der Beichtvater hat ein Zulassungs- oder Abweisungsrecht nur innerhalb der Beicht Can. 889; 890. Der Pfarrer ist der geborene Vertreter des Rechts. Bitten die Kinder und deren Eltern um Zulassung, so kann er die Untauglichen zurückweisen. Sieht er, daß geeignete Kinder nicht kommunizieren, so muß er für die Zulassung Sorge tragen. Die Norm, welche dem Pfarrer vor Augen schweben muß, ist niedergelegt in den Can. 859 § 1; 864 § 1 u. 88 § 3. Von der Erlangung des Vernunftgebrauches an ist jeder Getaufte durch göttliches Gebot verpflichtet, beim Herannahen des Todes und öfters im Leben die Kommunion zu empfangen; durch kirchliches Gebot, wenigstens jedes Jahr die Osterkommunion. Der Vernunftgebrauch wird vorausgesetzt mit Vollendung des siebenten Lebensjahres. Mit Recht sagt darum das Dekret „*Quam singulari*“: „Es ist ein ganz verabscheuungswürdiger Mißbrauch, Kindern nach erlangtem Vernunftgebrauch die Weigerung und Letzte Ölung nicht zu reichen und solche Kinder, wenn gestorben, nach dem Ritus für Kinderbeerdigung zu begraben“. Es liegt auf der Hand, daß auch vor dem siebenten Lebensjahr Kinder

den Vernunftgebrauch erlangt haben können. — Aber auch außer der Todesgefahr hat das Kind nach Vollendung des siebenten Lebensjahres ein Anrecht auf die Kommunion und darum auf die Vorbereitung des Verstandes und des Herzens (Can. 854 § 3), außer es liegt der Beweis vor, daß der Vernunftgebrauch nicht vorhanden ist.

Wenn eine Person, welche unter Bezichtigung schwererer Vergehen steht, nur mit Anstoß des Volkes zum Tische des Herrn hinzutreten könnte, so darf der Ordinarius mit Einhaltung der Rechtsformen ein Dekret erlassen, welches dem Beschuldigten den öffentlichen Empfang der heiligen Kommunion entzieht. Die Rechtsformen sind folgende: a) Anhörung des kirchlichen Rechtswartes (promotor iustitiae); b) Vorladung des Angeeschuldigten (nach dem ersten Verhör oder im Verlauf des Prozesses), mag er nun erscheinen oder nicht; c) Ausschluß eines weiteren Rechtsweges Can. 1956 und 1958. Der private Kommunionempfang ist nicht ausgeschlossen. Tritt die Unschuld der Person klar zutage, so kann ein etwaiges Argerniß auch in anderer Weise beseitigt werden. Das Dekret kann nur ein zeitweiliges sein bis zum Ausgang der Verhandlung. Zuweilen kann auch einem Beichtvater eine derartige Maßregel notwendig erscheinen; so wenn eine sonst eifrige Person unter dem allgemeinen Verdacht der Verleumdung, des Diebstahls, der Unsittheit steht. — Die Ordensobern i. w. S., also die Obern der männlichen und weiblichen Regularen und Religiösen, können einem Mitgliede ihrer Genossenschaft die heilige Kommunion untersagen, wenn dasselbe seit der letzten Beicht der religiösen Gemeinschaft zum schweren Argernisse gereichte oder eine schwere äußere Schuld beging; das Verbot hört auf mit der nächsten Beicht dieser Person Can. 595 § 3; „Handbuch“ I S. 404 f. Auch hier kommt nicht die innere Schuld in Frage, sondern nur das Wohl des Ganzen.

**II. Pflicht der heiligen Kommunion.** 1) Es gibt ein göttliches Gebot die heilige Kommunion in Todesgefahr und öfters im Leben zu empfangen (Joh 6, 54). Seit dem vierten Laterankonzil (1215) gibt es aber auch ein allgemeines Kirchengebot, durch dessen Erfüllung auch das göttliche Gebot erfüllt wird; vgl. Thomas ex Charles O. Cap.: Theologia universa (1877) II pag. 227. Das Kirchengebot lautet in der Fassung des Kodex also: „Jeder Gläubige



beiderlei Geschlechts, welcher zu den Unterscheidungsjahren d. h. zum Gebrauch der Vernunft gelangt ist, muß einmal im Jahre, wenigstens zu Ostern, das Sakrament der Eucharistie empfangen, außer er glaubt vielleicht, auf den Rat seines Eigenpriesters („*proprii sacerdotis*“) wegen eines vernünftigen Grundes auf eine Zeit sich des Genußes enthalten zu müssen“ Can. 859 § 1.

Erläuterung: a) Fast unverändert besteht dieses Kirchengesetz schon über 700 Jahre. Der Kodex hat nur „die Unterscheidungsjahre“ amtlich erklärt als die Jahre „des erreichten Vernunftgebrauches“. „*Omnis fidelis . . . debet semel in anno, saltem in Paschate, Eucharistiae sacramentum recipere*“, dieser Satz muß offenbar so ausgelegt werden, daß man wenigstens einmal im Jahre (*saltem semel in anno*), nämlich zu Ostern, kommuniziere, aber nicht so, daß man wenigstens zu Ostern nur dann kommunizieren müsse, wenn man sonst es nicht getan habe. — b) Der Vernunftgebrauch wird vorausgesetzt nach Vollendung des siebenten Lebensjahres Can. 88 § 3. — c) Die Osterzeit dauert vom Palmsonntage bis zum Weißen Sonntage; die Ortsordinarien aber haben das Recht, diese Zeit, wenn Personen- und Ortsverhältnisse dies verlangen, auch für alle Gläubigen zu verlängern, aber nicht über den vierten Fastensonntag („*Laetare*“) und nicht über das Fest der heiligsten Dreifaltigkeit hinaus Can. 859 § 2. Auch der „*proprius sacerdos*“ d. i. der Pfarrer oder Seelsorger (Can. 6 nn. 2, 3) kann einer Person den Aufschub erlauben Can. 859 § 1; vgl. „Handbuch“ I S. 81. — d) Der Ort der Osterkommunion ist freigestellt; ebenso der Ritus; indes ist den Gläubigen zu empfehlen, daß sie in der eigenen Pfarrei und nach eigenem Ritus kommunizieren Cann. 859 § 3; 866 § 2. Hat jemand in einer fremden Pfarrei kommuniziert, so soll er den eigenen Pfarrer davon benachrichtigen Can. 859 § 3. — e) Die Verpflichtung der Kinder (Knaben bis zum 14., Mädchen bis zum 12. Jahre Can. 88 § 2) bindet auch ihre geistlichen Pfleger, nämlich die Eltern, Vormünder, Beichtväter, Lehrer und Pfarrer Can. 860. — f) Die Osterpflicht dauert auch nach der Osterzeit für diejenigen, die sie mit Recht oder Unrecht während dieser entweder gar

nicht Can. 859 § 4 oder nur sakrilegisch erfüllten Can. 861; „Handbuch“ I S. 82.

2) Ein zweites Gebot, welches göttlich und kirchlich zugleich ist, geht dahin, daß die Gläubigen in der Todesgefahr, mag sie aus einer Krankheit oder aus einer sonstigen Ursache entstehen, die heilige Kommunion zu empfangen verpflichtet sind Can. 864, wie wir schon oben sahen. Vor allem darf die heilige Wegzehrung nicht zu lange aufgeschoben werden, weshalb die Seelsorger eifrig auf den baldigen Empfang im Zustande des vollen Bewußtseins hinarbeiten sollen Can. 865. Die heilige Wegzehrung muß, abgesehen von einem dringenden Notfalle, nach dem eigenen Ritus des Schwerkranken empfangen werden Can. 816 § 3; sie kann und soll („valde suadendum“) gespendet und empfangen werden, wenn auch der in Todesgefahr Schwebende am selben Tage bereits die gewöhnliche Kommunion (nicht die Wegzehrung) empfing Can. 864 § 2. Wie wir sahen, kann die Wegzehrung entsprechend dem weisen Ermessen des Beichtvaters öfter während derselben Todesgefahr (aber nicht am gleichen Tage) genossen werden ibi § 3. Kein Tag des Kirchenjahres, keine Stunde des Tages und der Nacht schließt den Empfang der Wegzehrung aus Can. 867 §§ 2. 5. — Außer diesen beiden eigentlichen Geboten der Osterkommunion und des Wegzehrungsempfanges gibt es noch verschiedene Gelegenheiten, welche den Empfang der Eucharistie nahelegen, zuweilen auch förmlich gebieten.

3) Am Gründonnerstag ist es Herzenswunsch der Kirche, daß alle Kleriker, auch die Priester, welche an diesem Tage der Opferfeier sich enthalten, den Fronleichnam Christi im Hochamte oder in der Konventmesse genießen Can. 862. Über das Recht der Zelebration an diesem Tage vgl. Cann. 239 § 1 n. 4; 349 § 1 n. 1; 323 § 1; 2 und 6 nn. 1 und 6; Caer. Episc. l. 2 c. 23 n. 6; S. R. C. in Conchen. d. 22. Dec. 1770; ME. 12, 33—35; S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht<sup>3</sup> II § 159 S. 252<sup>8</sup>; R u n z Christian: „Zelebrant“ Art. 42 S. 290; Ferreres I. B.: „La Curia“ n. 386 pag. 186; „Handbuch“ I S. 343.

4) Im Can. 863 berührt der Kodex eine Kommunionspflicht, welche sich aufbaut auf dem großen Geseze der F r e i-

heit (Jaf 1, 25) und auf dem Gebote der Gottes- und wohlgeordneten Selbstliebe: „Die Gläubigen sollen ermuntert werden, daß sie häufig, ja täglich sich am eucharistischen Brote erquicken gemäß den Normen, welche die Dekrete des Apostolischen Stuhles gaben; und daß die Messebesucher nicht nur in geistlicher Sehnsucht, sondern auch durch den sakramentalen Empfang der Eucharistie mit guter Vorbereitung kommunizieren“ Can. 863; vgl. die reichen Quellen, welche Kardinal Gasparri in seiner Ausgabe dem Kanon beigibt. „Iste panis quotidianus est; accipe quotidie, quod quotidie tibi prosit, ut quotidie merearis accipere“ c. 56 D. 2 de consecr. aus „Ambrosius“, wahrscheinlich Maximus von Turin († 450); Trid. sess. 13 c. 8; sess. 22 c. 6. — Für die häufige, ja die tägliche Kommunion kennt Can. 863 nur eine Vorbedingung: Der Empfänger muß sein „rite dispositus, richtig disponiert“. Diese Seelenverfassung ist gegeben, wenn der Empfänger im Stande der Gnade und in rechter Absicht zum Tische des Herrn kommt, also nicht aus bloßer Gewohnheit oder Eitelkeit oder menschlichen Rücksichten, sondern um im Einklang mit dem Willen Gottes sich ihm enger zu verbinden und in diesem göttlichen Heilmittel Gesundung von allen Krankheiten und Schwächen zu finden, Dekret „Sacra Tridentina Synodus“ d. 20. Dec. 1905 der Konzilskongregation nn. 1. 2 (ME. 17, 536). In allen Sprachen wurde dieses wichtige Dekret besprochen und ausgelegt; vgl. Sägmüller J. B.: Kirchenrecht<sup>3</sup> II S. 40; Ferreres I. B.: „La Comunion frecuente y diaria“<sup>3</sup> — (1911). Die häufige, ja tägliche heilige Kommunion soll namentlich in den religiösen Genossenschaften gefördert werden Can. 595 §§ 2. 4; „Handbuch“ I S. 404.

5) Eine Pflicht der heiligen Kommunion kann sich aus Neben Umständen (per accidens) ergeben. a) Wer die Ablässe im Laufe des Kirchenjahres (ausgenommen die Jubiläumsablässe) gewinnen will, muß wenigstens zweimal im Monate beichten und „täglich in richtiger Verfassung kommunizieren, wenn er auch ein- oder zweimal in der Woche vom Tische des Herrn ferne bleibt“ Can. 931 § 3. — b) Wer zu einer höheren Weihe befördert wird, ist verpflichtet die heilige Kommunion in der Ordinationsmesse zu empfangen Can. 1005. — c) Will ein Katholik die Eucharistie empfan-

gen, so gehört dazu, daß er sich mit dem eucharistischen Brote stärkt Can. 1033. — In der Regel wird auch in den Konstitutionen der Religiösen vorgesehen sein, daß die heilige Kommunion bei der Einkleidung und Profess empfangen werde; vgl. Cann. 541; 571.

Der Kult der Eucharistie wird später, wenn vom Gottesdienst die Rede ist, behandelt werden Cann. 1265—75. Über die Eucharistie als Opfer und Opfer Speise finden wir — abgesehen von den Schrifttexten — die schönsten Zeugnisse bei den heiligen Vätern und Schriftstellern von der ältesten Zeit an, vgl. Naujock Gerhard: „Patrologie“<sup>2</sup> S. 22, 29, 40, 54, 64, 78 ff.; Alzog Johannes: Patrologie<sup>4</sup> S. 46, 84, 112 ff.; — in den Katakomben vgl. u. a. Wilpert Joseph: „Fractio panis“ (1895); — und in den Inschriften des Aberkios und Pectorios bei Kaufmann E. M.: „Epigraphik“ (1917) S. 169 ff.

### § 13. Das Bußsakrament.

Der Kodex behandelt den Stoff in fünf Kapiteln: Spender; Sündenvorbehalt; Empfänger; äußere Umstände der Spendung; Ablässe. Wir halten uns an diese Anleitung, verweisen aber die Ablässe in einen eigenen Paragraph. An der Spitze steht Can. 870: „Im Bußsakramente werden durch richterliche Lossprechung, die der rechtmäßige Spender erteilt, dem in richtiger Verfassung befindlichen Gläubigen die nach der Taufe begangenen Sünden nachgelassen.“

a) Gegenstand der sakramentalen Lossprechung sind nur die nach der Taufe begangenen schweren oder lässlichen Sünden; denn die Erbsünde und die vor der Taufe begangenen Sünden werden durch die Taufe getilgt, vgl. oben § 9. Zugleich mit den schweren Sünden wird stets auch die ewige Strafe und teilweise die zeitliche nachgelassen; *Errores Armenorum* a. 1341 *damnati, error* 17. (D.-B. n. 335). Eine praktische Folgerung aus dem Gesagten ist, daß die vor der Taufe begangenen Sünden auch nicht als freiwilliger Gegenstand (*materia voluntaria*) der Lossprechung in die Beicht eingeschlossen werden können.

b) Der Empfänger leistet bei diesem Sakramente die *Materie* (*quasimateria*), nämlich Reue, Beicht und Genugtuung (D.-B. n. 699). „Wenn der Beichtvater über die geforderte Verfassung des Beichtkinds (*de poenitentis dispositionibus*) nicht zweifeln kann und dieser die Lossprechung erbittet, so darf die Lossprechung weder verweigert



noch *a u f g e j o b e n* werden“ Can. 886; denn der Pönitent hat ein Unrecht darauf. Bezüglich der *G e n u g t u n g* genügt selbstverständlich die Bereitwilligkeit, die Buße auf sich zu nehmen. Denn „nach der Beschaffenheit und Zahl der Sünden und nach der Lage des Beichtfindes hat der Beichtvater heilsame und entsprechende Genugtuungen aufzulegen; und diese soll der Pönitent bereitwillig (*volenti animo*) entgegennehmen und sie in eigener Person erfüllen“ Can. 887. Die beste Auslegung dieses Kanon findet sich im R. R. tit. 3 c. 1 nn. 18—21.

c) Die sakramentale *F o r m* der Losprechung lautet: „Ego te absolvo“ etc. D.-B. nn. 699 (Decr. pro Armenis) et 896 (Trid. sess. 14 c. 3) oder kurz „Te absolvo“ oder „Absolvo te“; hiedurch ist dem Wesen genügt. Freilich „dürfen die Gebete, welche die Kirche der Absolutionsformel angefügt hat, nur aus rechtmäßigem Grunde weggelassen werden, wenn sie auch zur Erlangung der Losprechung nicht notwendig sind“ Can. 885.

Das Römische Rituale gibt eine dreifache Form an: a) die volle Form R. R. tit. 3 c. 2 nn. 1—3.; b) die abgekürzte Form, enthaltend die Absolution von Zensuren und die sakramentale Absolution von Sünden; c) in äußerster Not lediglich die Absolutionsform ibi n. 5. Die volle Form besteht aus folgenden Gebeten: *Misereatur tui; Indulgentiam; Dominus noster I. Chr.; Deinde ego te absolvo; Passio Domini.* Während des ersten und letzten Gebetes sind die Hände gefaltet, sonst ist die Rechte gegen den Pönitentem hin erhoben R. R. tit. 3 c. 2 n. 2. Die kürzeste Formel lautet: „Ego te absolvo ab omnibus censuris, et peccatis, in nomine Patris †, et Filii, et Spiritus Sancti. Amen“ ibi n. 5. — Im Oriente besteht die Beichte „aus dem reinigen Bekenntnisse der einzelnen Sünden (*ἡ μετάνοια, ἐξομολόγησις, ἐξάγρευσις*), aus der Auflegung eines Bußwerkes (*τὸ ἐπιτίμιον*) und der Losprechung (*ἡ λύσις, συγχώρησις*) des Priesters. Nur wird letztere bei den unierten und nicht unierten Griechen nicht wie in der römischen Kirche“ in richterlicher (*Absolvo*), sondern in bittender Form „mit der *συγχωρητικῇ εὐχῇ* erteilt“ (ähnlich unserem *Indulgentiam*). Die unierten Ehrer, die unierten und schismatischen Armenier, sowie die Russen folgen dem lateinischen Brauche seit ungefähr dem 13. Jahrhundert, L ü b e k S. 167 f.; v. M a l k e w: „Die Sacramente der Orthodox-Katholischen Kirche des Morgenlandes“ (Berlin 1898) S. 152; auch in der a b e n d l ä n d i s c h e n Kirche war die deprekative Form vorhanden, wie der Doctorianer Johann Morinus (1591—1659) nachzuweisen sich bemüht im *Comm. histor. de disciplina in admin. sacr. poenitentiae* 1651. — Die Akte des Pönitentem und die Losprechung des Priesters müssen auch örtlich geeint sein; man fordert eine Nähe bis zu zwanzig Schritten S. A l f o n s u s in *Theol. mor.: De Poenitentia* n. 429. Freilich gilt

diese Ortsbeschränkung von den Beichten einzelner. Wenn dagegen vor der Schlacht ganze Regimenter, Brigaden, Divisionen, ja Armeekorps gemeinsam absolviert werden („*generali formula seu communi absolutione*“), so reicht die Absolution so weit, als eben die Formationen sich ausdehnen. Wir haben hierüber ein Dekret der heiligen Pönitenziarie vom 6. Februar 1915 (AAS. 7, 72; *PM.S.* 25, 756): „*Licet milites ad proelium vocatos antequam ad s. communionem admittantur, absolvere generali formula seu communi absolutione, sine praecedenti confessione, quando tantus est eorum numerus, ut singuli audiri nequeant, doloris actu debite emisso. — Nihil vero obstat, quominus sic absoluti in praefatis adiunctis ad s. Eucharistiam suscipiendam admittantur. Ne omittant vero capellani militum, data opportunitate, eos docere: absolutionem sic impertiendam non esse profuturam, nisi rite dispositi fuerint, iisdemque obligationem manere integram confessionem suo tempore peragendi, si periculum evaserint.*“ Daraus entnehmen wir, daß eine allgemeine Beicht durch Worte oder Zeichen genügt, wenn sie mit der übernatürlichen Heue verbunden ist. Auch reicht die Losprechung hin, welche gehört oder gesehen wird, auch wenn einzelne Soldaten oder Abteilungen viel weiter als zwanzig Schritt vom absolvierenden Priester entfernt sind. Das gleiche gilt bei Schiffsunfällen, Grubenkatastrophen; aber auch bei Unglücksfällen einzelner, z. B. bei einem Sturz von Türmen und Gebäuden oder ins Wasser. Freilich empfiehlt sich hier die bedingte Formel, wie sie Papst Clemens VIII. gebrauchte „*Si es capax, absolvo te a peccatis tuis*“, als er einst vom Giebel der Vatikanischen Basilika einen Maurer herabfallen sah, Ben. XIV. in Syn. I. 7 c. 15 n. 10. — Über die Beicht und Absolution durch Telephon vgl. „Handbuch“ I 419—20.

## A. Der Spender der sakramentalen Losprechung.

**I. Göttlich rechtliche Voraussetzungen.** „Spender dieses Sakramentes ist nur der Priester“ Can. 871. „Außer der Weihgewalt wird zur gültigen Losprechung im Spender noch gefordert die Regierungsgewalt, sei es die ordentliche oder die übertragene, gegenüber dem Pönitenten“ Can. 872.

1) Zur gültigen Spendung des Bußsakramentes gehört nach göttlichem Rechte der gültige Empfang der Priesterweihe; darum sind Laien, darum sind auch Mönche bis zum Diakon einschließlich ungeeignete und untaugliche Spender der sakramentalen Losprechung Trid. sess. 14 cn. 10 de poen.; *Interrogationes Wicleffitis et Hussitis proponendae*, i. 20 D.-B. n. 690; Leo I. in ep. „*Sollicitudinis*“ d. 11. Jun. 452 D.-B. n. 146.

2) Da wir es aber mit einem richterlichen Akt (Can. 870) zu tun haben, so muß notwendigerweise der

Priester Richter Gewalt haben über den Büßer, *Innozenz* III. auf dem Laterankonzil c. 21 D.-B. n. 437; vgl. auch nn. 699; 903; 1537; über die Väterlehre vgl. *Specht* Thomas: *Dogmatik* II § 145 n. 1 S. 314.

Indes finden wir sowohl bei den Vätern als auch noch in den Dekretalen *Gregors IX.* (1234) Stellen, z. B. *Cyprian* (Ep. 12 n. 1 M. 4, 265) u. c. 2 *De furtis* (V 18), welche von der einem Diakon abgelegten Beicht (mit dessen Handauflegung) handeln; freilich eine sakramentale Losprechung wird dabei nicht erwähnt; mit Recht sagt Bischof *Dobon* Paris († 1208) in einer Diözesanverordnung (n. 56; M. 212, 68): „Item prohibetur districto, ne diaconi ullo modo audiant confessiones, nisi in acutissima necessitate; claves enim non habent nec possunt absolvere.“ Doch gab es im Mittelalter auch eine Laienbeicht, wie u. a. sogar *St. Thomas* bezeugt in 4 D. 17 q. 3 a. 3 q. 2: „In necessitate etiam laicus vicem sacerdotis supplet, ut ei confessio fieri possit“. Diese „Laienbeicht“ verdankt ihren Ursprung wahrscheinlich dem Buche „*De vera et falsa poenitentia*“, welches dem Augustin zugeschrieben wurde. Aus diesem Buche ging die Stelle hervor „Tanta vis confessionis est, ut, si deest sacerdos, confiteatur proximo“ c. 1 D. 6 de poen., wodurch sie die Verbreitung des decretum Gratiani erhielt. Die Praxis der Laienbeicht zeigt ihre Spuren noch am Anfange des 15. Jahrhunderts, Ben. XIV. in Syn. l. 7 c. 16 n. 10, ja sogar noch in den Sagen der Jetztzeit. Der Laienbeichte lag folgender Gedanke zugrunde: Kann ein Inhaber der Schlüsselgewalt (Bischof oder Priester) nicht erreicht werden, so darf und soll (nach manchen muß) man einem Diakon, Kleriker oder auch einem Laien beichten. Das aufrichtige Bekenntnis, die Beschämung, die Demütigung usw. erwirkt Verzeihung der Sünden; eine sakramentale Losprechung kann nicht gegeben werden. Schon *Benedikt XIV.* hat die „Diakonenbeicht“ und die „Laienbeicht“ meisterhaft behandelt in seinem Werke *De syn. dioec.* l. 7 c. 16 nn. 4 sqq. In neuester Zeit wurde dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt; vgl. *Santi-Leitner*: *Praelectiones* V 18 n. 4; *Leitner* M.: „Eherecht“<sup>3</sup> § 33 S. 171 ff., wo wir besonders den seligen *Albert den Großen* gegen Mißverständnisse verteidigten; *Röniger* A. M.: „Die Beicht nach *Casarius von Heisterbach*“ 1906; *Wilmann* Franz im *Katholik* 1909 S. 435; 1910 I. 318 f.; *Gromer* Georg: *Die „Laienbeicht“ im Mittelalter* 1909; *P. B. Schmol*: „Die Bußlehre der Frühcholastik“ 1909; *R. Höll*: „Enthusiasmus und Bußgewalt beim griechischen Mönchtum“ (Leipzig 1898); *J. Hörmann*: „Untersuchungen zur griechischen Laienbeicht“ (Donaumörth 1913); *Andreas Wigelmair*: „Die Laienbeicht nach den neueren Forschungen“ in *PMG.* Bd. 26 S. 445. In Rom wurde die „Laienbeicht“ prinzipiell in Frage gestellt unter Papst *Urban VIII.* (1623–44) durch einen nach China beorderten Missionär, welcher aus der günstigen Lösung die Möglichkeit erhoffte, den chinesischen Frauen, welche im engsten Gewahrjam gehalten werden, helfen zu können. Doch wurde selbstverständlich die Gültigkeit und Erlaubtheit der Laienbeichte verneint, *Marcus Battaglini* in *Annalibus Sacerdotii et Imperii italice scriptis* ad a. 1637 §§ 10 sq.,

Ioan. Morinus in Com. historico de admin. sacram. Poenitentiae l. 8 c. 24; Sandini: „Vitae Pontificum“ pag. 556.

II. **Ordentliche Beichtjurisdiktion** besitzen für die Gesamtkirche der P a p s t und die K a r d i n ä l e; — für das einschlägige Gebiet die Ortsordinarien und die P f a r r e r und P f a r r s t e l l v e r t r e t e r Can. 873 § 1; ferner der K a n o n i k u s P ö n i t e n z i a r i u s in den Dom- und Kollegiatkirchen, endlich nach Maßgabe der Konstitutionen die exempten Ordensobern (i. w. S.) für ihre Untergebenen ibi § 2.

Erläuterung. 1) Die an die Ämter geknüpste ordentliche Jurisdiktion (Can. 197 § 1) wird mit dem rechtlichen Antritte des Amtes erworben und geht verloren durch den Verlust des Amtes (Can. 183), sowie durch die Exkommunikation, Amtszuspension und Interdizierung p. s. Can. 873 § 3. Die Träger der ordentlichen Beichtjurisdiktion können ihre Untergebenen auf dem ganzen Erdbreise absolvieren Can. 881 § 2. Wer eine ordentliche Beichtjurisdiktion besitzt, kann sie einem anderen Priester ganz oder teilweise delegieren, außer das Recht verbietet dies ausdrücklich Can. 199 § 1. Ausdrücklich ist die Delegation untersagt: a) den K a r d i n ä l e n, welche dieselbe nur im beschränkten Maße, nämlich für sich und ihre Hausgenossen (familiares) erteilen können Can. 239 nn. 1. 2; b) den P ö n i t e n z i a r i e n der Dom- und Kollegiatkirchen Can. 401 § 1; c) den P f a r r e r n und den P f a r r s t e l l v e r t r e t e r n E. der Kodexkommission vom 16. Okt. 1919 ad 3 (AAS. 11, 477).

2) Der Begriff „O r t s o r d i n a r i u s, Ordinarius loci vel locorum“ wird genauer dargelegt in Can. 198. Zu den „P f a r r e r n und P f a r r s t e l l v e r t r e t e r n“ gehören die eigentlichen Pfarrer, die Missionspfarrer (quasi-parochi); Pfarrvikare, soweit sie die volle Pfarrgewalt innehaben Can. 451 § 2; also die vicarii actuales, vicarii oeconomi; substituti, adiutores, letztere beide, wenn sie den Pfarrer ganz vertreten Cann. 471—75. — Bei den exempten Klosterobern bestimmen die Konstitutionen, welche Obern die ordentliche Jurisdiktion besitzen; zweifellos gehören dazu die höheren Obern (Can. 488 n. 8). Über die Befugnisse der Obern



exempter Laienobern wird unten genauer berichtet Can. 875 § 2.

3) Wenn auch die Beichtjurisdiction der Ortsordinarien Pfarramtinhaber und Pönitenziaren auf das eigene Gebiet beschränkt ist Can. 873 §§ 1 und 2, so können doch alle Priester des Säkular- und Regularklerus, welche an einem Orte (Gebiete) ordentliche oder delegierte Vollmacht besitzen, auch sämtliche Wohnsitzlose (vagi) und Fremde (peregrini) aus anderen Bistümern oder Pfarreien, sowie alle Katholiken eines jeden orientalischen Ritus, welche zu ihnen kommen, gültiger- und erlaubterweise absolvieren Can. 881 § 1. An dem Beichtorte können die Fremden absolviert werden ohne Rücksicht auf die Reservate, welche in der Diözese des Fremden bestehen, auch wenn die Fremden die Heimatdiözese nur verlassen, um den Reservaten zu entgehen Can. 900 n. 3.

**III. Delegierte Beichtjurisdiction.** Die Beichtjurisdiction kann delegiert werden vom Rechte, Papste, Ortsordinarius, Ordensobern mit oder ohne Beschränkung.

1) Das Recht selbst verleiht die Beichtjurisdiction für alle in einer Todesgefahr schwebenden Pönitenten Can. 882: „In Todesgefahr sprechen alle Priester, auch wenn sie keine Beichtjurisdiction (approbatio i. v. S.) besitzen, gültiger- und erlaubterweise jegliche Pönitenten von allen Sünden und Zensuren, auch den reservierten und offenkundigen, los, selbst wenn ein bevollmächtigter Priester anwesend wäre.“ Darnach kann jeder Beichtvater und jeder Priester jeden Pönitenten in Todesgefahr von jeder Sünde, auch der schwersten, stets gültig absolvieren; ebenso erlaubterweise, *excepto casu in quo sacerdos complicem in peccato turpi in periculo mortis absolvit, licet alius sacerdos a censuris liber sine gravi aliqua exortura infamia vel scandalo advocari possit* Can. 884; Ben. XIV. in Const. „Apostolici muneris“ d. 8. Febr. 1745. Absolviert der Priester in der Todesgefahr von Zensuren, welche dem Apostolischen Stuhle in ganz besonderer Weise (specialissimo modo) vorbehalten sind, oder welche ein kirchlicher Oberer (censurae ab homine) verhängt hat, so muß er die Pflicht auflegen, den Befehlen der Kirche zu gehorchen Cann. 2252; 2254 § 1; 882.

Das Recht dehnt die Beichtjurisdiktion aus für Seereisen. Alle approbierten Priester, welche eine Seereise unternehmen, besitzen folgende Vollmachten: a) die Vollmacht während der ganzen Reise die Beichten aller mitfahrenden Katholiken im Schiffe abzunehmen, wenn auch das Schiff während der Fahrt an Orten vorüberfährt oder einige Zeit anhält, welche der Jurisdiktion verschiedener Ordinarien unterworfen sind Can. 883 § 1; b) die Vollmacht, die Beichten jener Katholiken zu hören, welche aus irgend einem Grunde das Schiff besteigen, oder jener, welche beim vorübergehenden Betreten des festen Landes durch die Priester diese um die heilige Beicht bitten; alle diese können gültiger- und erlaubterweise absolviert werden, auch von den dem Ortsordinarius reservierten Fällen ibi § 2. Noch ist der Begriff „approbierter Priester“ zu erklären. Derselbe umfaßt hier jeden Priester, der die Jurisdiktion von seinem Ordinarius oder vom Ordinarius des Abgangs- oder jeden Zwischenhafens rechtmäßig erhalten hat ibi § 1 und noch besitzt.

Das heilige Offizium gab die erste Vollmacht für Seereisen am 4. April 1900 (ME. 12, 103) und erweiterte sie am 12. Dezember 1906 (ME. 18, 482); die Beschränkung dieses letzteren Dekretes (die bischöflichen Reservate betreffend) ließ der Kodex fallen: a) Der Ausdruck „maritimum iter, Seereise“ begreift in sich die Reise auf dem Meere, möglicherweise auch die Reise auf Binnenseen; denn die Heilige Schrift des Neuen Testaments nennt den See Genesareth oft „mare Galilaeae“, dagegen nicht die Flußreisen, auch wenn sie Tage und Wochen dauern. b) „Von seinem Ordinarius, a proprio Ordinario“ ist, wie aus dem Zusammenhange erhellt, nur von seinem Ortsordinarius „Ordinarius loci“ zu verstehen, nicht von dem „exempten Ordensobern“; vgl. ME. 18, 377.

2) Es liegt auf der Hand, daß der Papst bzw. der Apostolische Stuhl die Beichtjurisdiktion Welt- und Ordenspriestern unbeschränkt oder in größerer oder geringerer Beschränkung verleihen kann. Diese Verleihung wird notwendig oder wenigstens sehr erspriesslich sein bei Wallfahrtszügen, welche mehrere Diözesen berühren, z. B. nach Palästina, Rom, S. Jakob de Compostella usw.

Die Propagandakongregation hat am 4. Februar 1907 den Priestern, welche für die chinesische Mission bestimmt sind, erlaubt, daß sie auf dem Land- oder Wasserweg zu ihrer Mission, auch bevor sie den Eid gegen die chinesischen Gebräuche (Ben. XIV. in Const. „Ex quo“ d. 5. Juli 1742) abgelegt hätten, die Beichten ihrer Mitbrüder,

ihrer Miterker und Laienbrüder, der etwa mitreisenden Ordensschwestern, auch die der Sänfte- und Packträger („vehicula aut cymbas vel sarcinas per iter ferentium“), endlich aller sonstigen Mitreisenden gültiger- und erlaubterweise hören können, vorausgesetzt, daß sie die Approbation von einem Ordinarius (Can. 198 § 1) erhalten haben (ME. 19, 119). Der Eid, welcher sich auf die chinesischen Gebräuche bezieht („iuramentum circa Sinenses ritus praescriptum“), dürfte mit dem Rodey beseitigt sein Can. 6 n. 6; denn dieser Eid entstammt dem reinen Kirchenrecht, dagegen hat der Rodey über die Erlaubtheit oder Unerlaubtheit der chinesischen Gebräuche eine Entscheidung nicht gegeben; hier bleiben die bestehenden Vorschriften, da es sich um die Grenzen des göttlichen Rechtes handelt Can. 6 n. 6; vgl. Monita ad Missionarios Provinciae Schantung Meridionalis (Puoli 1886) pag. 75 n. 10.

3) Der Ordinarius („Ordinarius loci“ Can. 198 § 2) des Ortes, in welchem die Beichten abgenommen werden, kann die Beichtjurisdiktion zum Beicht hören der Weltpriester und Weltleute, der Religiösen und Novizen männlichen Can. 874; 875 und weiblichen Geschlechts Can. 876 delegieren den Welt- und Ordenspriestern Can. 874—75.

a) Delegiert der Ortsordinarius die Beichtjurisdiktion Weltpriestern seines oder eines fremden Bistums, so hat er nur die allgemein geltenden Cann. 877 sqq. zu beachten.

b) Handelt es sich dagegen um Ordenspriester i. w. S., so soll der Ortsordinarius dieselben auf die Dauer (habitualiter) nur dann mit Beichtjurisdiktion versehen, wenn sie vom eigenen Obern vorgeschlagen werden. Werden sie aber vom eigenen Obern vorgeschlagen, so soll er ihnen, die Tauglichkeit nach Can. 877 stets voraussetzen Can. 874 § 2, die Beichtjurisdiktion nicht verweigern, außer es liegt ein schwerwiegender Grund vor. Haben Ordenspriester i. w. S. die Beichtjurisdiktion tatsächlich erhalten, so bedürfen sie zur Ausübung derselben der ausdrücklichen, stillschweigenden oder wenigstens der vorausgesetzten Erlaubnis des zuständigen Obern Can. 874 § 1, außer es beichtet bei ihnen ein Religiöse zur Beruhigung seines Gewissens Can. 519; „Handbuch“ I S. 326, 328 f.

c) Der Ortsordinarius allein ist es, welcher einen Priester zum ordentlichen oder außerordentlichen Beichtvater der weiblichen Religiösen ernennt und ihn mit Beichtjurisdiktion versieht Can. 876; „Handbuch“ I S. 331.

4) Auch der zuständige Obere eines exempten Merikalordens oder einer exempten Merikalkongregation kann Beichtjurisdiktion verleihen Can. 875 § 1. Die delegierte Jurisdiktion erstreckt sich auf das Beichtthören der eigenen Ordensfamilie: der Professoren, Novizen und Hausgenossen (Can. 514 § 1) und kann verliehen werden Priestern der eigenen Genossenschaft, Weltpriestern und Priestern einer fremden Genossenschaft Can. 875 § 1. Alle Merikalorden sind exempt. Von den Merikalkongregationen sind exempt die Lazaristen, Passionisten, Redemptoristen, Oblaten M. I. Wer der zuständige Obere ist, das bestimmen die Konstitutionen Can. 875 § 1; „Handbuch“ I S. 428.

In den exempten Laienorden wählt der zuständige Ordensobere die Priester, welche Beichtväter sein sollen, aus (designat) und schlägt sie dem Ordinarius der Ordensniederlassung vor (proponit), der ihnen die Approbation (Can. 877 § 1) und Jurisdiktion erteilt Can. 875 § 2.

Vor Inkrafttreten des Roder (19. Mai 1918) herrschte bezüglich der Frage, wer den Ordenspriestern die Beichtjurisdiktion über die Weltleute verleiht, keine geringe Verwirrung, bewirkt durch die unrichtige Auffassung des Wortes „Approbatio“. Noch in der 12. Auflage (1914) seiner geschätzten Theologia moralis schreibt P. Aug. Lehmkuhl S. I. II n. 494: „Confessarii regulares, si modo adsit *approbatio ex parte episcopi loci accepta*, iurisdictionem ad audiendas confessiones *saecularium accipiunt* a S. Pontifice, mediis suis *superioribus*“; ähnlich Ios. Putzer C. Ss. R.: „Dissertatio de confessariis religiosorum exemptorum“ (Ilhestriae 1897) pag. 2; viel bescheidener drückt sich P. Dominicus M. Pruemmer O. Pr. in Theol. mor. III (1915) n. 416 aus: „Ita sententia communior“; vgl. dagegen Santi-Leitner: Praelectiones<sup>4</sup> III 37 nn. 8—12 pag. 364 sqq. Eine weitere Auseinandersetzung hat jetzt nur mehr geschichtlichen Wert.

5) Die Voraussetzung der Jurisdiktionsverleihung ist die Approbation im engeren Sinne, d. h. das Urteil des kirchlichen Obern, welches den fraglichen Priester für tauglich zum Beichtthören erklärt. „Die Ortsordinarien dürfen die Beichtjurisdiktion Priestern nur dann verleihen, wenn sie dieselben in einer Prüfung für geeignet befunden haben, außer es handelt sich um einen Priester, dessen theologisches Wissen sie anderwärts erprobt haben“ Can. 877 § 1. Die gleiche Pflicht bindet die Ordensobern, bevor sie die Beichtjurisdiktion (Can. 875 § 1) oder die Beicht-



erlaubnis (Can. 874 § 1) erteilen Can. 877 § 1. Entsteht nach der Jurisdiktionsverleihung oder Erlaubniserteilung ein begründeter Zweifel, ob der von ihnen (oder auch von anderen kirchlichen Obern, z. B. Vorgängern) Approbirte noch weiterhin geeignet ist, so können und sollen sie ihn einem neuen Examen unterwerfen, selbst wenn es sich um einen Pfarrer oder einen Pönitenzial-Kanonikus handelt ibi § 2. In nicht wenigen Diözesen ist für die jüngeren Priester ein regelmäßig wiederkehrendes Kursexamen vorgeschrieben, was dem Rechte entspricht.

6) Art der Jurisdiktionsverleihung. „Sollen die Beichten gültig sein, so muß die Beichtjurisdiktion ausdrücklich entweder schriftlich oder mündlich (durch Worte) gegeben sein“ Can. 879 § 1. „Für die Jurisdiktionsverleihung kann nichts verlangt werden“ ibi § 2. Eine stillschweigende Beichtjurisdiktion, welche man aus Handlungen oder Zeichen zu erschließen glaubt, genügt nicht; noch weniger eine vorausgesetzte Bevollmächtigung (*iurisdictio praesumpta*). Wenn auch die Annahme eines freiwilligen Almosens bei Gelegenheit der Jurisdiktionsverleihung hier nicht ausdrücklich verboten ist, so soll doch stets der Grundsatz der heiligen Pönitenzialie gelten: *Gratis omnino*.

7) Beschränkung der Beichtjurisdiktion. Selbst die Bevollmächtigung eines Priesters für die Todesgefahr erleidet, wie wir sehen, bezüglich der Erlaubtheit eine kleine Beschränkung Cann. 882; 884; ebenso sind die Kardinäle, so umfangreich ihre Beichtjurisdiktion ist, nicht ohne Schranken in der Absolvierung von den Zensuren, welche in ganz besonderer Weise dem Apostolischen Stuhle reserviert sind oder die das Stillschweigen des heiligen Offiziums betreffen Can. 239 § 1 n. 1. Um so mehr kann die gewöhnliche Beichtjurisdiktion und deren Ausübungen mit gewissen Einschränkungen gegeben werden; indes sollen die Ortsordinarien und religiösen Obern ohne vernünftigen Grund die Bevollmächtigung nicht zu stark einschränken Can. 878. Die Schranken der Jurisdiktion bzw. der Erlaubnis zum Beicht-hören können betreffen: die Zeit; die Person; die Sünden.

a) In manchen Bistümern und Klöstern wird die Jurisdiktion jüngerer Priester auf anfänglich kurze, dann immer wachsende Zeit beschränkt; das geschieht in Übereinstim-

nung mit dem Geiste der kirchlichen Gesetzgebung Cann. 129; 130. — Doch auch die verliehene Jurisdiktion (Erlaubnis) kann widerrufen oder aufgehoben werden, freilich nur aus einem schwerwiegenden Grunde Can. 880 § 1. Ja aus denselben schwerwiegenden Gründen kann der Ordinarius auch dem Pfarrer oder dem Pönitenziar das Amt eines Beichtvaters untersagen („interdicere“), doch steht diesen der Rekurs an den Apostolischen Stuhl offen, jedoch nur mit übertragender Wirkung („in devolutivo“) ibi § 2. Indes kann der Bischof ohne Verständigung des Apostolischen Stuhles nicht allen Beichtvätern einer religiösen Niederlassung zugleich die Jurisdiktion entziehen, wenn es sich um eine ausgeprägte Niederlassung (*domus formata*) handelt ibi § 3.

Der Ortsordinarius kann die Beichtjurisdiktion entziehen, so daß die Beichten unerlaubt und ungültig sind: a) in Übereinstimmung mit dem Apostolischen Stuhle ohne Beschränkung; b) ohne Einverständnis mit dem Apostolischen Stuhle jedem Delegierten aus gewichtigem Grunde, mag es sich um Welt- oder Ordenspriester handeln; indes kann einer ausgeprägten religiösen Niederlassung die Jurisdiktion auch über die Weltleute nicht ganz entzogen werden. c) Der zuständige Ordensobere i. w. S. kann die Beichtjurisdiktion über seine Mitbrüder aus schwerwiegendem Grunde entziehen, so daß die Beichten bei einem so gemäßregelten Priester nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig sein können. d) Entzieht er nur die Erlaubnis („*licentia*“ Can. 874 § 1), so sind die Beichten unerlaubt, aber gültig. e) Hat der Ortsordinarius einem Pfarrer oder einem Pönitenziar das Beichtvateramt untersagt, so kann der Gemäßregelte nicht Berufung (*appellatio*) ergreifen, sondern sich nur an den Apostolischen Stuhl wenden (*recursus*), ohne daß jedoch das Interdikt vom Beichtvateramt wirkungslos wird; nur die neue Prüfung kommt nunmehr dem Apostolischen Stuhle zu (*devolvitur*). f) Ist die Jurisdiktion einem Delegierten entzogen, so sind die Bessprechungen unerlaubt und nichtig, außer im Falle des Can. 209 (*error communis*). Wurde aber das Beichtvateramt einem Pfarrer oder Pönitenziar entzogen, so sind die Beichten gültig, aber unerlaubt; in einem dringenden Falle aber auch erlaubt Cann. 2275 n. 2; 2261 § 2.

b) Die Beichtjurisdiktion ist beschränkt und kann beschränkt werden hinsichtlich gewisser Personen. Sie ist beschränkt: a) hinsichtlich der männlichen Religiösen durch ihre Konstitutionen Can. 519 „Handbuch“ I S. 328; β) hinsichtlich der weiblichen Religiösen Cann. 876; 520 (hier „*ad valide et licite recipiendas confessiones*“; „Handbuch“ I S. 331; γ) im Novizenmeister und seinem Gehilfen, in den Vorständen der *Semina-*

rien und Collegien hinsichtlich ihrer im nämlichen Hause weilenden Zöglinge Can. 891; „Handbuch“ I S. 326 f.; δ) zuweilen in bezug auf sämtliche Frauen s p e r s o n e n; vgl. Can. 522; „Handbuch“ I S. 336; ε) hinsichtlich der persona in peccato turpi complex Can. 884. Außerdem kann der zuständige Kirchenobere noch weitere maßvolle Begrenzungen festsetzen Can. 880.

„Absolutio complicitis in peccato turpi invalida est, praeterquam in mortis periculo; et etiam in periculo mortis, extra casum necessitatis, est ex parte confessarii illicita ad normam constitutionum apostolicarum et nominatim constitutionis Benedicti XIV. Sacramentum Poenitentiae, 1. Iunii 1741“ Can. 884; vgl. Can. 2367 (Strafbestimmungen).

Explicatio: 1) Agitur hic de peccato turpi i. e. de peccato contra sextum decalogi praeceptum quocunque sive opere, sive colloquio, sive aspectu commisso S. C. Inq. d. 28. Maii 1873. Nihil refert, utrum peccatum turpe sit sacrilegum simpliciter an etiam adulterinum, incestuosum, sodomiticum; verum huc pertinet simpliciter fornicarium quoque, scilicet ante subdiaconatum commissum S. Poen. d. 22. Ian. 1879. — 2) Sermo est de complicitate in peccato turpi, unde peccatum turpe sit necesse est utrimque internum et externum idemque utrimque grave. Complex potest esse et vir et femina. — 3) Absolutio complicitis in periculo mortis constituti semper est valida. — 4) Licita non est absolutio in eodem mortis periculo nisi a) „alius sacerdos, licet non approbatus ad confessiones, sine gravi aliqua exortura infamia et scandalo non possit excipere morientis confessionem“ vel b) „moribundus recuset alii confiteri“ Can. 2367 § 1. c) Licita videtur esse absolutio positis iisdem circumstantiis etiam tunc quando sacerdos quidem absque infamia vel scandalo adesse vel vocari possit, verum solus sacerdos censuris innodatus. Etenim Can. 2367 § 1 in sacerdote non approbato ultimum praecedentiae gradum indicavit; cfr. Can. 2261. — 5) Etiam extra mortis periculum absolutio complicitis potest esse valida, tunc scilicet quando confessarius complex complicem poenitentem bene dispositum quidem absolvit, non tamen a peccato complicitatis; etenim S. Poen. d. 16. Maii 1877 respondit: „Privationem iurisdictionis absolvendi complicem in peccato turpi, et adnexam excommunicationem, quatenus confessarius illum absolverit, esse in ordine ad ipsum peccatum turpe, in quo idem confessarius complex fuit.“ Valida igitur est absolutio complicitis alias dispositi: a) quando ex oblivione praetermittit peccatum complicitatis; b) quando de peccato complicitatis se non accusat, a confessario complice ad id sive directe sive indirecte inductus. Verum confessarius in sic absolvendo graviter peccare, atque censuram incurrere potest Canonis 2367 § 2. Utique non semper delinquet confessarius; si enim interrogandi oneri

satisfecerit, si poenitentem complicem ad tacendum induxerit ea tantum ductus ratione, ut eum absolvere possit absque infamia vel scandalo, imposito poenitenti onere confitendi peccatum complicitatis data occasione alteri sacerdoti, peccati erit expers. — c) Valida erit absolutio compliceis qui absolute uti talis non agnoscitur; nam Benedictus XIV. in Const. „Sacramentum Poenitentiae“ d. 1. Iunii 1741 § 3 utitur verbis „absolvere audeat, ausus fuerit“ id quod in nostro casu non verificatur. — d) Valida est absolutio compliceis, si peccatum complicitatis non est materia confessionis necessaria, sed voluntaria, accusata vel cum aliis peccatis vel sola; nam S. C. Inq. d. 29. Maii 1867 declaravit: „Liberum esse confessario absolvere personam complicem quae a peccato complicitatis inhonesto absoluta iam fuit per alium confessarium; dandum tamen semper esse consilium confessario de quo agitur, ut nisi cogat necessitas, se absteineat ab excipiendis personae compliceis, licet iam a peccato complicitatis absolutae, sacris confessionibus“; cfr. Santi-Leitner: Praelectiones<sup>4</sup> V pag. 222 sq.

Poenam indicat Can. 2367: „§ 1. Absolvens vel fingens absolvere complicem in peccato turpi incurrit ipso facto in excommunicationem specialissimo modo Sedi Apostolicae reservatam; idque etiam in mortis articulo, si alius sacerdos, licet non approbatus ad confessiones, sine gravi aliqua exortura infamia et scandalo, possit excipere morientis confessionem, excepto casu quo moribundus recuset alii confiteri. — § 2. Eandem excommunicationem non effugit absolvens vel fingens absolvere complicem qui peccatum quidem complicitatis, a quo nondum est absolutus, non confitetur, sed ideo ita se gerit, quia ad id a complice confessario sive directe sive indirecte inductus est.“

Explicatio: 1) „Absolvere“ indicat pronuntiare verba absolutionis cum intentione absolvendi, sive effectus sit secutus sive non. — 2) „Fingere“ absolutionem compliceis significat aut pronuntiare verba absolutionis absque intentione absolvendi aut uti verbis vel signis quibus poenitens sibi persuadet se esse absolutum a peccato complicitatis. — Sin autem confessarius complex fingit absolutionem certiore facta persona complice ipsam non absolvi et teneri peccatum complicitatis alii confessario confiteri, non incurrit poenam excommunicationis. — 3) Haec excommunicatio est non solum speciali, sed specialissimo modo Apostolicae Sedi reservata Cann. 2353 n. 3; 239 § 1 n. 1; 2252—54; 2338 § 1; de qua plura inferius. — 4) Incurrit autem sacerdos graviter peccans hanc excommunicationem: a) extra mortis periculum, si absolvit vel fingit se absolvere peccatum complicitatis; b) extra mortis periculum, si absolvit personam complicem, non quidem a peccato complicitatis, sed ab aliis peccatis, quando persona complex a sacerdote complice ad tacendum complicitatis peccatum inducta fuit aut directe dicendo e. gr. hoc peccatum iam novi, declaratio huius peccati est inutilis, aut indirecte suadendo poenitenti actionem turpem cum ipso



commissam non esse peccatum vel saltem non esse tam grave ut inquietari oporteat; c) in mortis articulo vel periculo absolvens personam complicem, si alius confessarius vel sacerdos, licet non approbatus facile excipere possit morientis confessionem; eam facile nequit excipere: a) si adsit periculum gravis infamiae vel scandali β) si moribundus recuset alii confiteri (id quod scandalo adnumerari poterit); d) si sacerdos vocandus sit aliqua censura innodatus (supra pag. 606).

Nunc pauca de absolutione excommunicationis propter absolutionem complicis contractae. 1) Est specialissimum modo Apostolicae Sedi reservata ita ut ne Cardinalis quidem ordinario iure eam absolvere possit Can. 239 § 1 n. 1. 2) Quicumque talem excommunicationem sine debita facultate absolvendo amovere praesumunt, ipsi incurrunt excommunicationem simpliciter Ap. Sedi reservatam Can. 2338 § 1. 3) Nihilominus sacerdotes quibus inhaeret praedicta excommunicatio specialissima, absolvi possunt ab ea et in periculo mortis Can. 2252 et in casibus urgentioribus Can. 2254, in utroque tamen casu semper cum onere standi mandatis Ecclesiae quod numquam cessat Can. 2254 § 3; nam ipsi absoluti scribere tecto nomine possunt ad S. Poenitentiarium.

c) Die Beichtjurisdiction kann beschränkt sein durch den Vorbehalt, sei es daß die Sünden an sich oder wegen der ihnen anhaftenden Zensuren einem kirchlichen Obern vorbehalten sind. Während die Zensuren beim kirchlichen Strafrecht zu behandeln sind, handelt der nächste Abschnitt von dem Sündenvorbehalt Cann. 893—900.

8) Aufgaben des Beichtvaters. a) Der Beichtvater soll zunächst Richter sein Cann. 870; 888 § 1, dessen Aufgabe es ist zu prüfen, ob er selbst die notwendige Vollmacht besitzt und ob das Beichtkind in der richtigen Gemüthsverfassung sich befindet; denn der Priester hat das Urtheil zu fällen, ob die Sünden nachzulassen oder zu behalten sind, Joh 20, 23; Mt 18, 18. Mit dem Amte des Richters verbindet sich jenes eines Arztes, der gleich dem barmherzigen Samaritan die Wunden verbindet, nachdem er sie mit Wein gereinigt und mit Öl erquickt hat Mt 10, 34. Denn als „Diener der göttlichen Gerechtigkeit und Barmherzigkeit zugleich“ sorgt er für die Ehre Gottes und das Heil der Seelen“ Can. 888 § 1. — Darum muß er alles vermeiden, was

den Seelen schaden könnte. Der Beichtvater „hüte sich durchaus, um den Namen des Mitschuldigen zu fragen; er halte niemand hin mit neugierigen oder unnützen Fragen, besonders hinsichtlich des sechsten Gebotes; ferner stelle er vorzüglich an Jüngere keine Fragen über Dinge, die sie nicht kennen“ Cann. 888 § 2; 904.

Es ist schwer sündhaft, nach dem Namen des Mitschuldigen zu fragen; dasselbe gilt vom Erfragen der Umstände, welche die Person des Mitschuldigen deutlich zu erkennen geben. Indes liegt es auf der Hand, daß der Beichtvater nach den wissensnotwendigen Umständen in der Beicht fragen darf und muß, auch wenn dadurch zufällig (per accidens) die Person des Mitschuldigen erkennbar wird. Daß das unnütze Fragen nach dem „Namen des Mitschuldigen“ schwer sündhaft ist, ergibt sich: a) aus dem Wortlaute des Can. 888 § 2; b) aus der Exkommunikation, die nach dem alten Rechte jene traf, welche die Praxis, nach dem Namen des Mitschuldigen zu fragen, lehrten oder als erlaubt verteidigten, Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869 cl. II n. 1. Die Exkommunikation ist gefallen, das Verbot aber ist geblieben. — Wenn bezüglich des sechsten Gebotes ein Zweifel besteht, ob die Fragepflicht des Beichtvaters drängt oder nicht, so kann derselbe sich mit einer mehr allgemeinen Anklage begnügen Can. 15. Die Angriffe und Verleumdungen der Kirchenfeinde müssen die Beobachtung des Can. 888 § 2 noch mehr als heilige Pflicht erscheinen lassen; man denke nur an die Schmußschrift des Robert Grafmann „Auszüge aus der Moralthologie des Heiligen Dr. Alfonsus Maria de Siguori“ (5. Aufl. Stettin 1899), deren Druckplatten auf Anordnung des Landgerichtes Nürnberg vernichtet werden mußten.

b) **Wahrung des Beichtsigills.** „Das Beichtgeheimnis (sigillum sacramentale) ist unverletzlich; darum hüte sich der Beichtvater sorgfältig, daß er den Sünder weder durch Wort oder Zeichen oder in sonst einer Weise oder aus irgend einem Grunde verrate (§ 1). Die Pflicht des Beichtgeheimnisses bindet auch einen etwaigen Dolmetsch und alle anderen, zu deren Kenntnis eine Beichtanklage in irgend einer Form gelangen sollte (§ 2)“ § 889. „Durchaus verboten ist dem Beichtvater der Gebrauch des aus der Beicht gewonnenen Wissens mit Beschwerung des Beichtfindes, auch wenn jede Gefahr der Verletzung des Beichtgeheimnisses ausgeschlossen ist (§ 1). Von der bei Gelegenheit der Beichte erlangten Kenntnis der Sünden dürfen Beichtväter zur äußeren Leitung in keiner Weise Gebrauch machen, sei es, daß sie als Vorgesetzte zur Zeit der Beicht im Amte sind, sei es, daß sie später zu Vorgesetzten ernannt werden (§ 2)“ Can. 890.

**Erläuterung:** a) Das Beichtgeheimnis wird nicht allein durch das Kirchenrecht geschützt, sondern

fußt auf dem bedingten Naturrechte und dem göttlichen Rechte. Denn wenn die Gläubigen verpflichtet werden, im Priester ihre Sünden Gott zu offenbaren, so kennt der Priester die Sünden „nicht als (menschlicher) Richter, sondern als Gott“ c. 2 De Off. iud. ord. (I 31). Die Tugenden der Gerechtigkeit und Religion verpflichten den Priester zum Schweigen, so daß er auch nicht die geringste Sünde ohne schwere Sünde bloßstellen kann. — b) Das Beichtgeheimnis unterscheidet sich von jedem anderen Geheimnisse in dreifacher Weise: a) es gibt keine Geringfügigkeit der Verletzung (*parvitas materiae*); β) es gibt keine Ausnahme, außer das Beichtkind entbindet selbst freiwillig den Beichtvater; γ) die Pflicht der Wahrung gilt auch gegenüber dem, der es anvertraut hat. — c) Der durch das Beichtsigill Verpflichtete ist in erster Linie der Priester („*confessarius*“); dann aber auch der Dolmetsch (*interpres*), wenn ein solcher beigezogen wurde Can. 903; dann alle übrigen Personen, zu denen eine Beichtkenntnis gelangt ist, also ein Wissen, das sie aus der Beichtanklage gewannen Can. 889 § 2. — d) Der Gegenstand des Beichtsigills ist vielumfassend; nicht nur die Sünden, sondern auch alles, dessen Offenbarung die Beicht gehässig machen könnte; vgl. Can. 896; Lehmkuhl Aug.: Theol. mor.<sup>12</sup> II n. 591. — e) Die Kirche schließt die Zeugenchaft der Beichtväter vollständig aus, auch wenn sie von der Verpflichtung des Sigills gelöst sind; ja das aus der Beicht irgendwie Gehörte kann nicht einmal als Anknüpfungspunkt für Nachforschung benützt werden Can. 1757 § 3 n. 2; dies gilt auch für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse Can. 2027 § 1 n. 1. — Die Kirche verleiht größere Vollmachten, wenn der Refers an den Obern eine Gefährdung des Amtsgeheimnisses, also in erster Linie des Beichtgeheimnisses mit sich brächte, Cann. 900 § 2 (Reservate); 990 § 2 (Irregularitäten); 1045 § 3 (Ehehindernisse); 2254 § 1 (Zensuren). — f) Ungemein schwer sind die Strafen, welche die Verletzung des Beichtgeheimnisses bedrohen: a) die dem Apostolischen Stuhle ganz besonders vorbehaltenen Exkommunikation l. s. trifft den Beichtvater, welcher direkt das Beichtgeheimnis zu verletzen sich erdreisten würde; β) geschieht es indirekt, so drohen Suspension von Messelesen und Beichtthören, Unfähigkeit hiezu,

Entziehung aller Pfründen, Ämter, Würden, des Stimmrechtes f. s. Cann. 2369 § 1; 2368 § 1; γ) Personen, welche, ohne Beichtvater zu sein, das Beichtiegel verletzen, können nach den Umständen, auch mit dem Kirchenbann f. s. bestraft werden Can. 2369 § 2.

Das Beichtgeheimnis wird auch von staatlicher Gesetzgebung als eine Art „Amtsgeheimnis“ anerkannt; Näheres im „Handbuch“ I S. 206 und Sägmüller F. B.: Kirchenrecht<sup>3</sup> II. 52. In den Orientalischen Kirchen ist „das Beichtgeheimnis bekannt und in Übung. Nur in Rußland verlangt die rücksichtslose Brutalität des Staates vom Priester die polizeiliche Anzeige eines Komplottes, welches er in der Beicht erfahren hat“, so schrieb Büch<sup>3</sup> 1911 S. 168; Schüch-Polz: Pastoraltheologie<sup>17</sup> § 320 S. 689, wo berichtet wird, daß „vom russischen Episkopate (1875) dem Klerus die Denuntiationspflicht der in der Beicht erfahrenen Verbrechen, namentlich den Nihilisten gegenüber, ausdrücklich in Erinnerung gebracht wurde (!)“. — Die berühmtesten Märtyrer des Beichtgeheimnisses sind der heilige Johann Nepomuk (gest. 1393, kanonisiert 1729; vgl. R. Bauer S. J. in den „Stimmen aus Maria-Laach“, 18. Bd. 1880 S. 129—139); der selige Johannes Sarkander, Pfarrer von Hölleschau i. Mähren (gest. 1620, beat. 1860); Garnett Henry S. J. († 3. Mai 1606); Faulhaber Andreas, auf Befehl Friedrichs II. von Preußen am 29. Dezember 1758 gehängt u. a.

9) Die Verpflichtung des Priesters zum Beicht hören. Wir unterscheiden Seelsorger und Priester mit und ohne Beichtjurisdiktion. a) „Pfarrer und andere, denen auf Grund ihres Amtes die Seelsorge anvertraut ist, sind (auch) durch die Tugend der Gerechtigkeit schwer verpflichtet, die Beichten der ihnen anvertrauten Gläubigen in eigener Person oder durch einen anderen zu hören, sooft diese in vernünftiger Weise um das Beicht hören bitten“ Can. 892 § 1. Sehr weise hat der Koder die Pflicht des Beichthörens geregelt in der Weise, daß der Seelsorger stets in erster Linie bereit sein muß, daß er aber sich zuweilen vertreten („per alium“) lassen soll, damit die Gläubigen Gelegenheit zu aufrichtiger Aussprache und Abwechslung haben; vgl. Cann. 518 § 1; 519; 521; 522 sqq. Die Gläubigen bitten „vernünftig, rationabiliter“ um die heilige Beicht immer an allen Sonn- und Feiertagen und an deren Vorabenden, so daß hier der Seelsorger den Gläubigen Gelegenheit auch ohne ausdrückliches Ersuchen zu geben hat; sie bitten aber nicht vernünftig, wenn unedle Beweggründe (1 Joh 2, 16) sie zum Beichten antreiben, zuweilen auch übertriebene Angstlichkeit.



— Diese Pflicht des Seelsorgers gilt namentlich auch hinsichtlich der Sterbenden und der Kranken Can. 467; 468 und hinsichtlich der Kinder Can. 906.

b) Nichtseelsorger haben keine Gerechtigkeitspflicht, wohl aber eine Liebespflicht, die Beichten der Gläubigen zu hören, und zwar die approbierten Priester (confessarii) in jeder dringlichen Not („urgente necessitate“), die nicht approbierten Priester in der Todesgefahr Can. 892 § 2; vgl. Can. 608.

### B. Vom Sündenvorbehalt.

Quellen. Can. 893—900; 2363; 2245.

I. Unter dem **Sündenvorbehalt** („reservatio peccatorum“) versteht man jenes Gesetz eines höheren kirchlichen Obern, durch welches er gewisse Fälle seinem Urtheile ausschließlich vorbehält Can. 893 § 1.

Erläuterung: 1) Daß die höheren kirchlichen Obern (Papst, Bischöfe, Ordensobern) das Recht haben, gewisse Fälle sich vorzubehalten, sei es auf Grund der Sünde, sei es auf Grund der Strafe, ergibt sich aus der Natur der kirchlichen Regierungsgewalt, welche zur Verwaltung des Bußsakramentes notwendig gehört Can. 872; 199. Papst Bonifaz VIII. (1294—1303) bezeugt in c. 2 De poenitentia in 6<sup>o</sup> (V 10) den Sündenvorbehalt durch die Bischöfe nicht als neues Recht, sondern als etwas Bekanntes. Trotzdem das Trienter Konzil in sess. 14. c. 7 et cn. 11 die Reservate klar anerkannt hatte, fehlte es doch im Laufe der Zeit nicht an Gegnern, welche die bischöflichen Reservate zwar nicht theoretisch leugneten, wohl aber praktisch hinfällig zu machen trachteten, was jedoch durch das Dazwischentreten des Apostolischen Stuhles verhindert wurde; vgl. Benedikt XIV. in Syn. l. 5 c. 5 nn. 5—8. — 2) Nur diejenigen kirchlichen Obern können Reservate aufstellen, welche kraft ordentlichen Rechts anderen die Vollmacht zum Beicht hören gewähren oder Zensuren erlassen können Can. 893, 874; 875 (Papst, Bischöfe, gewisse Ordensobern); von dieser Vollmacht sind ausdrücklich ausgeschlossen die Kapitelmakare und ohne Spezialmandat auch die Generalmakare Can. 893 § 1. — 3) Dadurch, daß die berechtigten kirchlichen Obern Fälle sich vorbehalten, wird die Gewalt der Untergebenen beschränkt ibi. — 4) Wir scheiden

hier den Sündenvorbehalt auf Grund der *Zensuren* vollständig aus; vgl. Cann. 2245—47. — 5) Man unterscheidet reservierte Sünden oder Fälle des Apostolischen Stuhles, der Bischöfe und der Ordensleute.

**II. Päpstlicher Sündenvorbehalt.** „Es gibt nur eine einzige Sünde, welche auf Grund der Sünde (nicht der Strafe) dem Heiligen Stuhle reserviert ist“, nämlich „die falsche Anklage, durch welche ein unschuldiger Priester bei den kirchlichen Richtern des Verbrechens der Anreizung bezichtigt wird“ Can. 894. — Schon bisher war dieses Verbrechen dem Apostolischen Stuhle ohne Zensur reserviert. Man fügte oft noch als zweites Reservat an die „*acceptatio munerum a regularibus utriusque sexus*“. Wenn es wirklich als Reservat bestand, so fiel es im neuen Recht. — Man beachte bei dem Reservate des Can. 894, daß die Anklage auf Anreizung: a) bei einem kirchlichen Richter geschehen; b) daß sie falsch, d. h. bewußt unrichtig, sein muß; vgl. Santi-Leitner: *Praelectiones*<sup>4</sup> 31 n. 180. — Sehr nahe verwandt mit diesem reservierten Fall ist die Exkommunikation des Can. 2363: „Wenn jemand persönlich oder durch andere eine fälschliche Anzeige auf das Verbrechen der Anreizung (*sollicitatio*) gegen einen Beichtvater bei dem Obern macht, so verfällt er der dem Apostolischen Stuhl besonders vorbehaltenen Exkommunikation, von der er solange nicht absolviert werden kann, bis er die falsche Anzeige förmlich zurückgenommen und die etwaigen Nachteile daraus nach Kräften gutgemacht hat; wird er tatsächlich absolviert, so muß auch eine schwere und langdauernde Buße auferlegt werden.“ Die Unterschiede zwischen dem Reservat und der Exkommunikation sind folgende: 1) Das Reservat trifft jeden Anzeigenden, welcher Klage stellt Can. 894; 1934—35, die Zensur nur den moralischen Urheber Can. 2363. 2) Für das Reservat ist notwendig die Anklage bei einem kirchlichen Richter, für die Zensur genügt die Anzeige bei jedem kirchlichen Obern Can. 894; 2363. Manche Gewährsmänner stellen die Reate für das Reservat und die Zensur gleich, wie Dr. Eduard Eichmann: „Das Strafrecht des Codex Iuris Canonici“ (1920) § 72 S. 197; Kurfisch, P. Dr. Bertrand, O. F. M.: „Das neue Kirchenrecht“, Ergänzung zu Heiner<sup>6</sup> (1919) S. 74; wir halten uns an Can. 19.

**III. Bischöfliche Reservate.** „Die Ortsordinarien sollen keine Sünden sich vorbehalten, außer die wirkliche Notwendigkeit oder Nützlichkeit des Vorbehalts hat sich bei der Besprechung auf der Diözesansynode oder außerhalb derselben bei der Beratung mit dem Domkapitel und einigen der klügeren und bewährteren Diözesanseelsorgern herausgestellt“ Can. 895. Zu den „Ortsordinarien“ gehören hier nur die Residenzbischöfe, Abte und Prälaten mit eigenem Gebiete, Apostolische Vikare und Präfecten, nicht aber ihre Generalvikare (außer mit Spezialmandat) und interimistischen Nachfolger (Kapitelvikare) Cann. 198; 893 § 1. Der Bischof hat den Rat der Diözesansynode oder der sonstigen Berater zu erholen, nicht aber die Zustimmung.

**IV. Klösterliche Reservate.** In exempten Klerikalgenossenschaften haben das Recht des Sündenvorbehalts nur der Generalobere und in selbstständigen Klöstern der Abt, beide mit ihrem Räte (Can. 516 § 1; „Handbuch“ I S. 280). Sind Reservate tatsächlich vorhanden, so gelten Cann. 518 § 1 (Mitteilung der Vollmacht für die Reservate) und 519 (rechtliche Verleihung dieser Vollmacht); vgl. „Handbuch“ I S. 325, 328 f.

**V. Gegenstand des Vorbehalts.** „Als Reservatfälle sollen durchaus wenige in Betracht kommen, drei oder höchstens vier, und zwar unter den schwereren und gröberen äußeren Verbrechen, welche der Art nach genau bestimmt sein müssen; der Vorbehalt aber soll nicht länger in Kraft bleiben als es nötig ist, um ein öffentliches eingewurzelttes Laster auszurotten oder die etwa in Verfall geratene christliche Sitte zum Ausblühen zu bringen“ Can. 897. — Die Reservate dürfen ja nicht jene Sünden umfassen, welche dem Apostolischen Stuhle entweder an sich oder auf Grund der Zensur schon reserviert sind, aber gewöhnlich auch nicht jene, auf denen bereits eine Zensur liegt, auch eine, welche niemand vorbehalten ist Can. 898.

Die Zahl ist klar; nur höchstens vier Reservatfälle sollen in einem Bistum, in einem exempten Kloster oder in einer exempten Klerikalgenossenschaft bestehen. Diese umfassen nur äußere Todsünden, und zwar nicht die gewöhnlichen, sondern die durch Schwere und Gefährlichkeit hervorragenden; dabei dürfen nicht mehrere Arten zu einem Reservat zusammengefaßt werden; ist der Zweck erreicht, so sollen sie auch wieder verschwinden. Zur Veranschaulichung der beiden Kanons 897 und 898

seien einige frühere Reservate zur Beurteilung vorgelegt. a) *Violenta in proprios parentes seu clericos iniectio manuum*. Dieses Reservat verstößt gegen Can. 897 „*ex criminibus specificè determinatis*“; denn das Reservat enthält zwei der Art nach verschiedene Fälle und verstößt gegen Can. 898; denn die *violenta in clericos iniectio manuum* ist mit einer dem Apostolischen Stuhle bzw. dem Ordinarius durch das Recht schon reservierten Zensur belegt Can. 2343. — b) „*Peccatum complicitatis circa peccatum turpe et inhonestum contra sextum Decalogi praeceptum*“. Dieses Reservat ist zu allgemein, in dieser Allgemeinheit zu streng („*ex gravioribus tantum et atrocioribus criminibus externis*“); wäre aber das *peccatum complicitatis sacerdotis* gemeint, so wäre die Reservierung geradezu verboten wegen Cann. 884; 2367; 898. — c) *Procuratio abortus, effectu licet non secuto*. Nach dem früheren Rechte konnte man wenig einwenden. Nach dem Kodex ist die Möglichkeit eines Reservates nicht gerade ausgeschlossen; doch soll der Fall weder *effectu secuto* noch *effectu non secuto* für gewöhnlich reserviert werden Can. 898.

**VI. Losprechung von Reservaten.** Wurden wegen wirklicher Notwendigkeit oder Nützlichkeit Reservate einmal festgesetzt, so haben die Ortsordinarien dafür zu sorgen, daß sie zur Kenntnis der Untergebenen in der geeignetsten Form gelangen; auch sollen sie die Losprechungsvollmacht nicht jedermann und nicht bei jeder Gelegenheit erteilen Can. 899. Diese Vollmacht kommt zu a) nach Can. 401 § 1 den *Bönitziaren* der Dom- und Kollegiatkirchen ohne weiteres; b) den *Dekanen* durch dauernde Verleihung Can. 899 § 2. Auch kann der Ortsordinarius den *Dekanen* die weitere Vollmacht verleihen, den Beichtvätern ihres Distriktes in einem dringlichen Falle auf ihre jedesmaligen Bitten hin die Vollmacht zu subdelegieren *ibi*. Freilich haben dabei die Beichtväter das *Beichtgeheimnis* getreu im Auge zu behalten, welches im engeren Kreise mehr gefährdet ist Cann. 889; 890; 900 § 2. — Die Vollmacht kommt ferner zu: c) allen *Pfarrern* und *Pfarramtinhabern* während der österlichen Zeit, d) allen *Missionären* zur Zeit der heiligen Mission Cann. 899 § 3; 1349. Letzteres dürfte wohl auch für die geistlichen *Exerzitien* gelten.

**VII. Aufhören des Sündenvorbehalts.** Jeder Vorbehalt verliert die verpflichtende Kraft: 1) bei Beichten von *Kranken*, welche das Haus nicht verlassen können, sowie bei *Brautbeichten*; 2) sooft der rechtmäßige Obere in einem bestimmten Falle die Losprechungsvollmacht verweigert, oder sooft die Vollmacht nach



dem klugen Ermessen des Beichtvaters vom Vorgesetzten ohne schwere Belästigung des Pönitenten oder ohne Verletzung des Beichtgeheimnisses nicht erbeten werden kann; 3) außerhalb des Gebietes des reservierenden Obern, auch wenn das Beichtkind bloß zur Erlangung der Absolution dasselbe verlassen hat Can. 900. Man kann gewiß nicht sagen, daß die Kirche engherzig in der Behandlung der Reservate ist. Eine Belästigung des Pönitenten dürfte auch dann gegeben sein, wenn es ihm schwer ist bis zur Erlangung der Vollmacht in der schweren Sünde zu verbleiben Can. 2254 § 1.

a) Der Katholik ist an die Reservate seines eigenen Gebietes nicht gebunden, wenn er außer diesem die Beichte ablegt, und zwar auch „in fraudem legis“, d. h. in der Absicht, der Reservation zu entgehen Can. 900 § 3. Er scheint auch an die Reservate des Beichtortes wahrscheinlich nicht gebunden; denn wenn auch zunächst die Jurisdiktion des Beichtvaters beschränkt wird Can. 893 § 1, so zielt diese Beschränkung ab auf das Wohl des Gebietes Can. 897, für welches das Diözesengesetz erlassen wurde. An ein Diözesengesetz sind aber Fremde in der Regel nicht gebunden Can. § 141 n. 1. Trotzdem gilt das Reservat des Beichtortes für die Fremden CC. d. 24. Nov. 1920 (AAS. 12, 575). Die Wohnsitzlosen (vagi) dagegen sind durch die Reservate des Beichtortes sicher verpflichtet Can. 14 § 2. — b) Kennt der Beichtvater die Reservation nicht oder übersieht er sie, so ist der gut disponierte Pönitent, auch von der reservierten Sünde, absolviert Can. 900 § 2. — c) Weiß aber das Beichtkind nichts von dem Vorbehalt, so hat er das Beichtkind aufzuklären, indes hat er theoretisch wahrscheinlich, praktisch gewiß (Can. 209) die Vollmacht, das Beichtkind, welches das Reservat nicht kannte, auch vom Reservate zu absolvieren Can. 2229 § 3 n. 1.

### C. Empfänger des Bußsakramentes.

Wir unterscheiden fähige und verpflichtete Empfänger des Bußsakramentes. Die Verpflichtung kann entspringen dem göttlichen und dem Kirchengebot. Außer der Genugtuung kann dem Beichtkinde zuweilen eine Anzeigepflicht aufgelegt werden.

**I. Der fähige Empfänger des Bußsakramentes.** Fähig ist jener Christ, welcher nach der Taufe schwere oder lässliche Sünden begangen hat, die er auch tatsächlich durch Worte oder Zeichen zu bekennen imstande ist Cann. 901—903.

Erläuterung: 1) Jeder Christ kann beichten, doch muß der getaufte Katholik mit der Kirche ausgeöhnt sein

Can. 731 § 2 (vgl. oben S. 17). — 2) Wer nach der Taufe nicht einmal eine einzige läßliche Sünde beging, kann die sakramentale Losprechung nicht empfangen. So konnte die seligste Jungfrau *Maria*, welche kraft besonderen Privilegs Gottes niemals auch nur eine läßliche Sünde beging Trid. sess. 6 en. 23, auch nicht das Sakrament der Buße empfangen. Ebenso kann ein im Sterben Getaufter losgesprochen werden, wenn er nicht nach der Taufe eine Sünde begiebt. Wer seit der letzten Beicht keine Sünde begangen hat, kann nur dann gültig und erlaubt absolviert werden, wenn er früher gebeichtete Sünden der Schlüsselgewalt der Kirche noch einmal unterwirft. Denn „die durch die Schlüsselgewalt der Kirche bereits direkt nachgelassenen schweren Sünden oder die läßlichen Sünden (überhaupt) sind keine notwendige, aber eine genügende Materie des Bußsakramentes“ Can. 902. — 3) Will der Christ losgesprochen werden, so muß er beichten (confiteri) am besten in Worten; im Notfalle genügen auch Zeichen (Brief *Leo's* I. „*Sollicitudinis*“ d. 11. Jun. 452 D.-B. 147); wenigstens muß das Verlangen zu beichten durch andere bezeugt sein R. R. tit. 3 c. 1 n. 24. Eine andere Beichtmöglichkeit besteht nicht; denn *Alemand VIII.* hat 1602 den Satz verworfen: „*Licere per litteras seu internuntium, Confessario absenti peccata sacramentaliter confiteri, et ab eodem absente absolutionem obtinere*“; vgl. jedoch „*Handbuch*“ I 419–420. — Indes ist die Beicht durch einen Dolmetsch gültig und, wenn Mißbräuche und Ärgernisse ferngehalten werden, auch erlaubt, doch nicht geboten, darum auch nicht die materielle Vollständigkeit; der Dolmetsch ist zum Beichtgeheimnis verpflichtet Cann. 903; 889 § 2. — Auch ist es jedem Pönitenten unbenommen, dem rechtmäßigen Beichtvater auch eines anderen Ritus seine Sünden zu bekennen Can. 905. Wie durch die Kommunion, so wird auch durch die Beicht nach einem anderen Ritus keine Ritusänderung herbeigeführt Can. 98 § 5.

## II. Der verpflichtete Empfänger des Bußsakramentes.

a) G ö t t l i c h e s G e b o t. „Wer nach der Taufe schwere Sünden begangen hat, welche noch nicht durch die Schlüsselgewalt der Kirche direkt nachgelassen sind, muß alle diese Sünden, soweit sie ihn nach sorgfältiger Gewissenserforschung zum Bewußtsein kommen, beichten und

jene Umstände, welche die Art der Sünde ändern, in der Beichte darlegen“ Can. 901.

Erläuterung: 1) Unter die göttliche Pflicht der Beicht fallen nicht: a) die läßlichen Sünden; b) die schweren Sünden, welche durch die Schlüsselgewalt der Kirche bereits direkt nachgelassen sind; c) die schweren Sünden, welche trotz sorgfältiger Erforschung der Kenntnis verbor-gen bleiben. In letzterem Falle hat zwar der Beichtvater nachzuhelfen, aber mit großer Klugheit. Man könnte bei positiven Geboten leicht den guten Glauben zerstören und doch den Pönitenten nicht dahinbringen, daß er die Mahnung des Beichtvaters befolgt, S. Alfonsus in Theol. mor.: De Poenitentia n. 610. — 2) Dagegen fallen unter die Beichtpflicht die nach der Taufe begangenen schweren Sünden, welche überhaupt nicht oder nicht direkt durch die Schlüsselgewalt der Kirche nachgelassen wurden Can. 901. — Die schweren Sünden werden außerhalb der Beicht nachgelassen durch die vollkommene Reue (Liebe) mit dem Verlangen nach der Beicht Trid. sess. 14 c. 4; error Michaelis du Bay (Baii) 71. damnatus bulla Pii V. d. 1. Oct. 1567 (D.-B. n. 1071); dann indirekt in der Beicht, wenn die materielle Vollständigkeit nicht möglich ist; vgl. S. Poen. d. 6. Febr. 1915 (AAS. 7, 72; oben S. 117); Can. 903 (Beicht durch einen Dolmetsch) usw. In allen diesen Fällen müssen die indirekt nachgelassenen schweren Sünden der Schlüsselgewalt der Kirche insgesamt vorgelegt werden Can. 901. Zur Vollständigkeit gehört es auch, daß bei der Beicht der schweren Sünden auch die Zahl („omnia quorum conscientiam habeat“) und die Umstände, welche die unterste Art (species infima) ändern, error 24. damnatus ab Alexandro IV. d. 24. Sept. 1665 (D.-B. n. 1124), dargelegt werden.

b) Kirchengesetz. „Jeder Gläubige beiderlei Geschlechts ist, sobald er zu den Unterscheidungsjahren, d. h. zum Vernunftgebrauch gelangt ist, verpflichtet, alle seine Sünden wenigstens einmal im Jahre gewissenhaft zu beichten“ Can. 906. Zur Erklärung dieses seit 1215 bestehenden Kirchengesetzes („Handbuch“ I S. 80 f.) sei noch beigelegt, daß diese jährliche Beicht nicht notwendig beim Pfarrer abzulegen ist; sie kann bei jedem rechtmäßigen Beichtvater vollzogen werden und in jeder Kirche. Freilich sind die Gelegenheiten,

welche von den Pfarrseelsorgern mit Beiziehung von anderen Beichtvätern in den Pfarrkirchen geboten werden, nur freudig zu begrüßen. Dem göttlichen und kirchlichen Beichtgebote wird nicht genügt durch eine sakrilegische oder durch eine freiwillig nichtige Beicht Can. 907; vgl. D.-B. n. 1114. Ist dagegen die Beicht nicht freiwillig nichtig und handelt es sich um einen Nichtigkeitsgrund des reinen Kirchenrechts, so tritt nach dem jetzigen Rechte meistens die Kirche ergänzend ein, nämlich bei allgemeinem Irrtum Can. 209.

Ein katholischer Christ beichtet bei einem Diakon, wissend, daß der Beichthörende nicht Priester ist. Die Beicht ist „freiwillig nichtig“; sie genügt in keiner Weise. Beichtet derselbe Katholik bei einem Priester, welcher die Beichtjurisdiktion nur vom Ortspfarrer hat, so ist die Beicht gültig, wenn ein „allgemeiner Irrtum“ wirkliche Jurisdiktion bei diesem Priester annimmt Can 209, mag nun der beichtende Katholik den Fehler kennen oder nicht. — Wenn aber ein allgemeiner Irrtum nicht vorhanden ist und auch der beichtende Katholik den Fehler kennt, so ist die Beicht „freiwillig nichtig“; sie gilt nicht als Osterbeicht. Wenn dagegen der Beichtende allein glaubt, der Priester sei berechtigt, die Allgemeinheit aber nicht, so ist die Beicht „unfreiwillig nichtig“, das Kirchengesetz ist erfüllt.

### III. Die dem Beichtkinde obliegende Anzeigepflicht.

Das kirchliche Gesetzbuch hebt eine doppelte Anzeigepflicht hervor; die erste Anzeigepflicht richtet sich gegen *Kleriker* und *Religiösen*, welche Mitglieder der *Freimaurerei* oder ähnlich gearteter Gesellschaften sind Can. 2336 § 2; die zweite gegen *Priester*, welche sich schuldig machten der *sollicitatio in confessione* Cann. 904; 2368.

„Ad normam constitutionum apostolicarum et nominatim constitutionis Benedicti XIV. Sacramentum Poenitentiae, 1. Jun. 1741, debet poenitens sacerdotem, reum delicti sollicitationis in confessione, intra mensem denunciare loci Ordinario, vel Sacrae Congregationi S. Officii; et confessarius debet, graviter onerata eius conscientia, de hoc onere poenitentem monere“ Can. 904. — „§ 1. Qui sollicitationis crimen, de quo in can. 904, commiserit, suspendatur a celebratione Missae et ab audiendis sacramentalibus confessionibus vel etiam pro delicti gravitate inhabilis ad ipsas excipiendas declaretur, privetur omnibus beneficiis, dignitatibus, voce activa et passiva, et inhabilis ad ea omnia declaretur, in casibus gravioribus



degradationi quoque subiiciatur. — § 2. Fidelis vero, qui scienter omiserit eum, a quo sollicitatus fuerit, intra mensem denunciare contra praescriptum can. 904, incurrit in excommunicationem latae sententiae nemini reservatam, non absolvendus nisi postquam obligationi satisfecerit aut se satisfacturum serio promiserit“ Can. 2368.

*Explicatio.* Constitutiones Apostolicae inveniuntur citatae in notis Codicis quem publici iuris fecit Em. Petrus Card. Gasparri ad Cann. 904; 2368. Ex hisce Constitutionibus accuratiorem extraximus hanc explicationem: Sacerdotes omnes sollicitantes ad turpia personas quascunque occasione confessionis denunciandi sunt Inquisitori fidei.

1<sup>o</sup> Sacerdotes, ergo non ceteri clerici, non laici: sacerdotes cuiuscunque status, dignitatis et cum vel absque (S. C. Inq. d. 11. Febr. 1661 n. 5) iurisdictione comprehenduntur.

2<sup>o</sup> Sollicitare ad turpia significat uti aliquo signo externo sive turpi sive per se indifferenti quod cognoscitur adhibitum ad inducendam directe aliquam personam ut turpia perpetret. Eiusmodi signa esse possunt: tactus, munera, laudes, colloquia sive tractatus, chartae sive epistolae (S. C. Inq. 1661 ad 1 um), imo huc pertinet etiam consensus ad sollicitationem alterius personae externe manifestatus etiam metu extortus, S. C. Inq. 1867 n. 2. et S. C. Inq. 1661 ad 9 um; aliter Eichmann pag. 202, sed cfr. Can. 6 nn. 2. 3. Dicitur qui cognoscitur sive ex ipso signo adhibito, sive ex facti circumstantiis signum praeceuntibus, comitantibus, subsequentibus, e. gr. „si sacerdos dicat mulieri: Memento mei quia te ex corde diligo; ... hoc melius puto explorandum ex circumstantiis“ (sc. num postea turpia tentata fuerint), S. Alfonsus in Theol. mor. De poenitentia n. 704. ubi invenies exempla rem explicantia. Verum Ben. XIV. huc refert etiam casum quo sacerdos „illicitos et inhonestos sermones vel tractatus temerario ausu habeat“ absque intentione sollicitandi vel provocandi ad turpia. Ceterum mandans sollicitationem non cadit sub voce sollicitans, etsi sacerdos sit, S. C. Inq. 1661 n. 7.

3<sup>o</sup> Dicitur personas quascunque; nihil enim interest utrum sint feminae an mares, utrum provecetae an iunioris aetatis, dummodo sint rationis capaces. In voce personas quascunque aliquid aliud exprimitur, sc. non requiritur ut sollicitetur persona poenitens ipsa, sed crimen verificari potest etiam in tertia persona; ergo crimen sollicitationis adest, sive prava sacerdotis intentio tendit ad turpia perpetranda inter ipsum et personam poenitentem, sive inter ipsum et personam tertiam, sive inter poenitentem et personam tertiam, et etiam (quando casus accidet) quando sacerdos sollicitet aliquam personam ut turpia perpetret in se.

4<sup>o</sup> Non quaecunque sollicitatio cuiuslibet personae facta a sacerdote denuncianda est, sed sollicitatio tantum in confessione (Can. 904) vel occasione confessionis i. e. iuxta bullas Gregorii XV. et Ben. XIV. „vel in actu sacramentalis confessionis

vel ante vel immediate post confessionem vel occasione aut praetextu confessionis vel etiam extra occasionem confessionis in confessionali sive in alio loco ad confessiones audiendas destinato aut electo cum simulatione audiendi ibidem confessionem“. Inprimis notetur semper hic agi de confessione, non de alio sacramento, velut baptismi, matrimonii etc. S. C. Inq. 1661 n. 10. — Ex terminis bullarum declaranda sunt nonnulla: a) Quid sibi vult occasione confessionis? Certe non est denuntiandus sacerdos „qui feminam in confessione (sc. in petitione confessionis) dicentem se velle in crastinum confiteri, sollicitat, et a confessione dissuadet, dummodo sollicitatio fiat extra locum confessionis et absque praetextu confessionis“, S. C. Inq. 1661 n. 4. Idem probabiliter locum habet etiamsi confessionem non dissuadeat. — Quaeritur utrum sacerdos possit dici sollicitans occasione confessionis qui capta ex confessione proclivitatis poenitentis ad turpia notitia eum postea sollicitat? Nonnulli sacerdotem eiusmodi excusant dicentes eum sollicitare non occasione confessionis, sed occasione notitiae captae in confessione. Nobis autem videtur contraria sententia omnino amplectenda; nam spiritus legis, amovendi sc. a confessione quae est actus maximae confidentiae, omne turpitudinis periculum, a fortiori requirit ut salva sit essentia sacramenti poenitentiae, nimirum peccatorum confessio. Ceterum ipsi rescriptum S. Poenitentiariae vidimus, in quo hic casus revera considerabatur uti cadens sub lege; cfr. Gury (ed. Ratisbonensis) II. n. 589. not. 4. γ. Et D'Annibale (in Comm. ad Const. Ap. Sed. n. 181. nota 13 fin.) testatur hanc esse praxim Congregationum Romanarum. Attamen morali certitudine poenitenti constare debet sacerdotem capta hac occasione sola sollicitasse. — b) Praeter relationem ad ipsam confessionem sufficit etiam relatio ad locum confessionis ita ut sollicitatio perpetrata vel in ipso confessionali vel in loco quocunque ubi confessiones excipi solent, etsi desit confessionale (Can. 910 § 2) vel in loco quocunque, quem confessarius ad confessiones audiendas pro suo arbitrio elegit (etiam in agro), conjuncta cum simulatione saltem confessionis. Verum quidem est a nonnullis DD. verba „cum simulatione audiendi ibidem confessiones“ referri tantum ad locum electum, at rectius referuntur ad primum quoque (confessionale) et secundum (ubi solent excipi confessiones) locum. Hoc non obscure insinuat a S. C. Inq. 1661 n. 15. Quaestioni enim „an sit denuntiandus confessarius, qui sedens in confessionario sollicitat mulierem stantem ante confessionarium, non simulando confessionem“, Patres „censuerunt opinionem negativam non carere sua probabilitate“. — Inter loca ubi excipi solent confessiones, merito numerantur confessionalia monialium vel mulierum in communitate viventium quolibet modo constructa et quidem non solum pro ipsis monialibus etc., sed pro omnibus personis, S. C. Inq. d. 25. Nov. 1874 ad Episc. Nolanum in nn. 1—3. — Notandum denique interpretem non comprehendi sub voce sollicitantis occasione confessionis, S. C. Inq. 1661 n. 6.

5º Sacerdos quilibet qui sollicitavit ad turpia personam quamcunque occasione confessionis,

a) denuntiandus est nulla habita ratione temporis quo perpetratum fuit crimen, loci ubi nunc habitat, divulgatio-

n i s sc. utrum crimen publicum, an occultissimum sit, tandem v i t a e t a l i s s a c e r d o t i s sc. utrum poenitentia et optima conversatione quasi deletum sit crimen (S. C. Inq. 1661 n. 13.) an alia perpetraverit et iam denunciatus sit ab aliis. Unus excipitur casus, nimirum m o r t i s.

b) D e n u n t i a r e debent solae personae sollicitatae, non ceterae, quamvis certam habeant scientiam, Instr. S. Off. d. 20. Febr. 1867 et Cann. 904 et 2368. „Et confessarius debet, graviter onerata eius conscientia, de hoc onere poenitentem monere“ Can. 904. Si quis fidelis scienter (Can. 2229 § 2, excusat ignorantia etiam crassa) omiserit hanc denuntiationem intra mensem, in excommunicationem l. s. incurrit nemini reservatam, non absolvendus nisi postquam obligationi satisfecerit aut serio promiserit se satisfacturum Can. 2368 § 2. Confessarius personae sollicitatae debet eam monere; hoc onus est grave et perpetuum; at poenitentem bonae fidei in mortis periculo constitutum de quo probabiliter praevidet, monitionem cadere in irritum, non tenetur confessarius monere. — Obligatur persona sollicitata ad denuntiandum intra mensem a die scientiae obligationis certo cognitae vel si detinetur aliquo impedimento, a die sublato impedimenti. Potest enim poenitens impediri non solum impossibilitate physica (e. gr. amentia), sed etiam morali, sc. periculis in bonis famae, corporis, fortunae probabilibus. Cardinalis Albizi in libro *De inconstantia in fide* scribit: „Fuit resolutum 28. Jun. 1597, et 28. Febr. 1598, et 15. Apr. 1612, quod quando mulier est nobilis et verecunda, nec potest induci ad deponendum, in Urbe (Romae) consulatur S. Congr. — Si vero extra urbem, consulatur Episcopus, vel Inquisitor; qui si habent difficultatem, consulant S. Congregationem; sin minus dent facultatem Confessariis absolvendi poenitentem, quae iustis de causis denunciare recusat; quae tamen debet absolvi sub conditione, quod cessantibus causis, teneatur hoc facere, ac etiam non adire Confessarium, a quo fuit sollicitata.“

c) D e m o d o implendi denuntiationem, obligationem satis gravem ac difficilem, optime loquitur Instructio S. C. Inq. d. 20. Febr. 1866: „6. Denuntiationes anonymae contra sollicitantes ad turpia nullam vim habent: denuntiationes enim fieri debent in iudicio, nempe coram Episcopo ejusve delegato cum interventu Ecclesiastici viri, qui notarii partes teneat, et cum iuramento et cum expressione et subscriptione sui nominis, nec sufficit si fiat per apochas vel per literas sine nomine et cognomine auctoris. Ceterum prohibetur, ne in recipiendis denuntiationibus praeter iudicem et notarium, virum utrumque ecclesiasticum, speciali scripto exarata Episcopi deputatione munitum, testes intersint. Cavendum quoque ne ex denuntiantibus quaeratur, num sollicitationi consenserint: et convenientissimum foret, si de hujusmodi consensu quantumvis sponte manifestato nihil notetur in tabulis.“ — Quando agitur de sacerdotibus regularibus sollicitantibus, non est Superior regularis cuiuscunque dignitatis qui excipiat denuntiationem sollicitantis sacerdotis regularis, sed denuntiatio facienda est S. Officio aut locorum Ordinariis; plura de hac re in hoc opere „Handbuch“ I 278.

„Denuntiationis onus est personale et ab ipsa persona sollicitata adimplendum. Verum si gravissimis difficultatibus impediatur, quo-

minus hoc perficere ipsa possit, tunc vel per se, vel per epistolam, vel per aliam personam sibi benevisam suum adeat Ordinarium, vel Sanctam Sedem per Sacram Poenitentiarum, vel etiam per S. Officium expositis omnibus circumstantiis et deinde se gerat juxta Instructionem quam erit acceptura. Si vero necessitas urgeat, se gerat iuxta consilia et monita sui Confessarii. Ast si nullo impedimento detenta denuntiationem omnino renuat, in hoc casu aliisque supra memoratis laudandus Confessarius, qui operam suam poenitenti non denegaverit, et vel Ordinarium, vel Sanctam Sedem pro opportunis providentiis consuluerit, suppresso tamen poenitentis nomine. Formulas autem hisce in casibus adhibendas tradunt probati auctores, quos inter Pignatelli tit. 1, consult. 104, Carena, Albitius etc.“ S. Off. d. 20. Febr. 1866 n. 7. cfr. alteram Instructionem eiusdem S. C. d. 6. Aug. 1897 (ME. X 1 p. 124) et Formulam brevem ME. I. 369.

6<sup>o</sup> Poenae: a) in sacerdotem sollicitantem, modo ne sit absolvens complicem in peccato turpi, latae sententiae non existunt; ferendae sententiae poenae eum manent suspensio a celebratione Missae et ab audiendis sacramentalibus confessionibus; declaratio inhabilitatis ad confessiones excipiendas; privatio cuiuscunque beneficii, dignitatis, vocis; declaratio inhabilitatis ad ea omnia; degradatio (Can. 2305) Can. 2368 § 1; — b) in confessarium qui personam sollicitatam monere negligit nullae in Codice expressae; — c) in personam sollicitatam culpabiliter omittentem denuntiationem excommunicatio latae sententiae nemini reservata.

### D. Äußere Umstände der Beicht.

Unter den „äußeren Umständen der Beicht“ versteht man den Ort und die Zeit der Beicht, sowie die liturgische Kleidung.

I. Ort Cann. 908—910. „Der eigentliche Ort für die sacramentalen Beichten ist die Kirche oder die öffentliche oder halböffentliche Kapelle“ Can. 908. „Der Beichtstuhl zur Abnahme der Beichten von Frauenspersonen soll stets aufgestellt werden an einem zugänglichen und sichtbaren Orte, regelmäßig in der Kirche, in einer öffentlichen Kapelle oder in einer halböffentlichen für Frauenspersonen bestimmten Kapelle“ Can. 909 § 1. „Der Beichtstuhl soll mit einem festen und enge durchlöchernten Gitter zwischen Beichtvater und Beichtkind versehen sein“ ibi § 2. „Die Frauenspersonen sollen niemals außerhalb des Beichtstuhls beichtgehört werden, außer wegen Krankheit oder einer anderen wirklichen Notwendigkeit mit Anwendung der Vorsichtsmaßregeln, welche der Ordinarus für zweckentsprechend hält (§ 1). Männerbeichten



dürfen auch in Privatgemächern abgenommen werden (§ 2)“  
Can. 910.

Die Männerbeichten sollen in der Kirche, und zwar im Beichtstuhl, abgenommen werden; doch genügt jeder vernünftige Grund die Männer außerhalb des Beichtstuhles und auch außerhalb der Kirche beicht zu hören, doch möge der Ort würdig und zugänglich sein R.R. tit. 3 c. 1 n. 7. Für die Frauenbeichten dagegen ist Kirche, Beichtstuhl und Beichtgitter, abgesehen von Krankheiten und anderen Notfällen, vorgeschrieben, welche Vorsichtsmaßregeln auch in den Missionsgegenden einzuhalten sind A.-L. n. 549. Über die Beichtstühle in Rom vgl. die Instruktion des Kardinalvikars *Parochi* vom 9. Febr. 1898 (ME. X 2, 107). Indes ist der Ort niemals eine Bedingung zur gültigen Absolution, „Handbuch“ I 336. — „In der orientalischen Kirche wird in der Kirche oder (zumeist!) in der Wohnung des Priesters gebeichtet. Beichtstühle sind wenig in Gebrauch; man kniet vor dem auf einem Stuhle sitzenden Priester nieder. Zuweilen legt der Beichtvater dem Beichtenden bei der Losprechung die Hände auf das Haupt“, Lübeck S. 168.

**II. Zeit.** Weder im Roder noch im Römischen Rituale ist eine Zeit für die Abnahme der Beichten bestimmt. In der Tat ist kein liturgischer Tag vom Beicht hören ausgenommen, auch nicht der Karfreitag, im Gegenteil wird an diesem Tage von den Pönitziaren in Rom, an ihrer Spitze vom Großpönitenziar, Gelegenheit zur heiligen Beicht gegeben. — An sich ist keine Nachtstunde für das Beicht hören verboten. Doch beachte der Priester auch hier die Regeln der Ordnung und der Gesundheit. Deshalb soll er das Beichtvateramt, sobald das Tageslicht versagt, nur im gut beleuchteten Beichtstuhle ausüben und wo möglich in Gegenwart von Zeugen, *Instructio Pastoralis Eystettensis*<sup>5</sup> (1902) n. 272.

**III. Liturgische Kleidung.** „Superpelliceo, et stola violacei coloris utatur, prout tempus, vel locorum feret consuetudo.“ Zwar ist die liturgische Kleidung beim Beicht hören nicht unter *Sünde* vorgeschrieben S. R. C. d. 12. Jul. 1892 n. 3784 ad 1, allein diese Kleidung ermutigt den Pönitenten und verleiht dem Priester amtliches Ansehen. Darum wird er nicht beicht hören, ohne wenigstens die Stola, das Abzeichen seiner Vollmacht, zu tragen, ähnlich dem weltlichen Richter, der im richterlichen Ornat, das Haupt mit dem Barett bedeckt, den Richterspruch fällt. — Beichttuch und Birett kann mit Nutzen gebraucht werden; vgl. Kunz Christian: „Zelebrant“ Art. 22 S. 194 f.

## § 14. Die Ablässe.

**I. Begriff.** Ablass ist „eine Nachlassung zeitlicher Sündenstrafen vor Gott für die der Schuld nach bereits getilgten Sünden, welche die Kirchengewalt aus dem Schatze der Kirche gewährt, und zwar für die Lebenden in der Form der Bußsprechung, für die Verstorbenen in der Form der Fürbitte“. Schon die richtige Erkenntnis muß den gläubigen Christen bestimmen, „sie hoch zu werten“ Can. 911; vgl. St u k k.: „Geist des C. I. C.“ (1918) S. 145.

1) Das grundlegende Beispiel für die Ablassgewährung finden wir im 2 Kor 2, 5—11; vgl. Joh 5, 14; Mt 2, 5—11. Der blutschänderische Korinther war „dem Satan übergeben worden zum Untergang des Fleisches, auf daß sein Geist gerettet werde am Tage unsers Herrn Jesu Christi“ (1 Kor 5, 5). Nunmehr läßt ihm Paulus die noch übrige Buße nach wegen der Fürbitte der Korinther, und zwar abwesend, in der Person Christi (2 Kor 2, 10). Es handelt sich nicht um die Schuld der Sünde, Paulus ist ja abwesend, sondern um die Strafe (Exkommunikation), welche nicht nur äußerlich, sondern vor Gott (in persona Christi) erlassen wird. Von Anfang der Kirche bis ungefähr zur Mitte des vierten Jahrhunderts war die häufigste Ablasserteilung der Nachlaß der Bußzeit für die Büßer auf Grund der Friedensbriefe der Märtyrer und Bekenner, Tertullian: De pudicitia c. 22; Cyprian: Ep. 13 n. 2; der Nachlaß galt, so nahm man an, auch „beim Herrn“. — In der zweiten Periode wurde in ähnlicher Weise die Bußzeit abgekürzt oder es erfolgten die Umwandlungen der großen Bußstrafen in leichtere, in Werke der Barmherzigkeit, Wallfahrten, besonders nach Rom. — Vom Beginn der Kreuzzüge an (3. Periode) erteilten die Päpste für diejenigen, welche zur Eroberung des Heiligen Landes oder im Kampfe gegen die Häretiker (Albigenser usw.) die Waffen ergriffen, einen vollkommenen Ablass. Im Jahre 1300 schrieb Papst Bonifaz VIII. den Subiläumssablaß aus. Honorius III. hat zuerst einen unvollkommenen Ablass verliehen bei Gelegenheit einer Heiligsprechung, wie berichtet wird, S a u d i n i A.: „Vitae Pontificum“ pag. 400. — 2) Die Begriffsbestimmung des Roder im Can. 911 schafft große Klarheit in manchen strittigen Fragen der Vorzeit: a) Der Ausdruck „a poena et a culpa“, welcher früher von den „Quästoren“, nicht vom Apostolischen Stuhl gebraucht wurde, kann nur bedeuten: Der Ablass, welcher von Beicht und Kommunion begleitet ist, schafft durch die Beicht Nachlaß der Sünden, durch den Ablass Nachlaß der zeitlichen Sündenstrafen „remissio temporalis poenae pro peccatis iam deletis“, Ben. XIV. in Syn. l. 13 c. 18 n. 7. — b) Manche Theologen behaupteten (auch B a n n w a r t gebraucht im Enchiridion<sup>11</sup> des Denzinger 1911 den Ausdruck: Effectus: delentur peccata occulta 761 sq.), durch den Ablass werden läßliche Sünden nachgelassen; doch Papst Benedikt XIV. nennt diese Meinung „sehr zweifelhaft, welche in keinem Zusammenhang mit den gesunden Grundsätzen der Theologie stehe“ c. l. — 3) Die Ablässe werden gewährt aus dem „Schatze der Kirche,

thesaurus Ecclesiae“, d. h. aus der Sammlung der unendlichen Verdienste des göttlichen Heilandes, dann aus den Verdiensten seines mystischen Leibes, der Kirche, insbesondere der seligsten Gottesgebärerin Maria und der übrigen Heiligen, Papst *Melens VI.* in c. 2 Xvag. com. De poenitentiis (V 9), ein Schatz, der beruht auf der „Gemeinschaft der Heiligen“ Joh 15, 5. — Während die Lebenden den Ablass in Form der Losprechung erlangen, wird er den Verstorbenen im Jenseiter durch Fürbitte zugewendet (per modum suffragii). — Von der überreichen Literatur seien hervorgehoben Papst *Benedikt XIV.* in Syn. I. 13 c. 18; *Beringer Franz-Silgers Joseph S. I.*: „Die Ablässe, ihr Wesen und Gebrauch“<sup>14</sup> (1914); die verschiedenen Abhandlungen des verdienstvollen Forschers *Nikolaus Paulus; Hergenröthers-Hollweck: Kirchenrecht*<sup>2</sup> S. 658 ff.; *Sägmüller J. B.*: *Kirchenrecht*<sup>3</sup> II § 118 mit reichster Literaturangabe. — Quellen: 911—36; 75; 239 § 1 nn. 5. 11. 25; 274 n. 2; 349 § 2 n. 2; 1166 § 3; 1388; 2262 § 1; 2327.

**II. Einteilung.** Man unterscheidet 1) nach dem Verleiher päpstliche und nicht päpstliche Ablässe Can. 913; 2) nach dem Umfang der Verleihung vollkommene und unvollkommene Can. 926; erstere gewähren vom Standpunkte der Kirche aus die Nachlassung aller zeitlichen Sündenstrafen; ferner in Ablässe, welche den Verstorbenen zuwendbar oder nicht zuwendbar sind Can. 913 n. 2; 3) nach dem unmittelbaren Vermittler des Ablasses in persönliche, örtliche und dingliche (indulgentiae personales, locales, reales). 4) Besondere Ablässe sind: a) der Ablass des Altarprivilegs; b) der Sterbeablass; c) der Jubiläumssablass.

**III. Träger der Ablassverleihungsgewalt.** 1) Der erste und hauptsächlichste Träger dieser Gewalt ist der Papst, „dem die Verwaltung des gesamten Kirchenschatzes von Christus dem Herrn anvertraut ist“; andere ordentliche Träger werden im Rechte festgesetzt Can. 912. Zu diesen gehören: a) die *Kardinäle* Can. 239 § 1 nn. 5. 24; b) die *Erzbischöfe* Can. 274 n. 2; c) die *Bischöfe* 349 § 2 n. 2.

a) Jeder Kardinal, Erzbischof und Bischof, welcher eine Kirche oder einen Altar konsekriert, kann auch außer seinem Jurisdiktionsgebiet einen Ablass von einem Jahre verleihen, jenen, welche am Tage der Konsekration die Kirche oder den Altar besuchen; einen Ablass von 200 Tagen (Kardinal), 100 Tagen (Erzbischof) oder 50 Tagen (Bischof) für den Jahrestag der Konsekration Can. 1166 § 3. — b) Die *Kardinäle* haben hinsichtlich der Ablässe drei Vollmachten: a) die Vollmacht einen Ablass von 200 Tagen zu verleihen, der in der ganzen Kirche nur von den Anwesenden gewonnen werden kann, der jedoch „toties quoties“, das ist mit jeder Wiederholung des aufgelegten Werkes, gewonnen werden kann

in den Gebieten oder Anstalten ihrer Jurisdiktion oder ihrer Schutzherrlichkeit („*protectionis*“; vgl. Can. 499 § 2), und zwar von den dieser Jurisdiktion oder Schutzherrlichkeit untergebenen Personen Can. 239 § 1 n. 2. 4; β) die Vollmacht, Devotionsgegenstände zu weihen („*solo crucis signo*“), diesen die päpstlichen Ablässe dadurch zu erteilen und Skapuliere aufzulegen ohne die Pflicht der Einschreibung ibi n. 5; ebenso mit einer einzigen Segnung Kreuzwege zu errichten und Kreuzfige mit Kreuzwegablassen zu versehen ibi n. 6; γ) jene Ablässe, welche an den Besuch einer Kirche usw. des gegenwärtigen Aufenthaltsortes geknüpft sind, durch Besuch der eigenen Hauskapelle zu gewinnen (dies gilt auch für die Hausgenossen „*familiares*“ der Kardinäle) ibi n. 11. — c) Die Erzbischöfe können in ihrem Diözesan- und Metropolitansprengel einen Ablass von 100 Tagen verleihen Can. 274 n. 2. — d) Die Bischöfe haben das Recht, in ihrem Gebiete einen Ablass von 50 Tagen zu gewähren Can. 349 § 2 n. 2.

Die Gewalt der Ablassverleihungsträger unter dem Papste ist an folgende *Einschränkungen* geknüpft: a) Sie können die Ablässe nur persönlich gewähren; durch einen Stellvertreter nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Apostolischen Stuhles. b) Ihre Ablässe sind den *Verstorbenen* nicht zuwendbar. c) Wurde eine Sache, eine Andachtsübung oder eine organische Vereinigung („*sodalitium*“ Can. 707 § 1) vom Apostolischen Stuhle oder von einem anderen kirchlichen Würdenträger mit Ablässen bereichert, so können keine neuen Ablässe angefügt werden ohne neue Bedingungen Can. 913; vgl. Can. 933.

2) „Den *Päpstlichen Segen* mit vollkommenem Ablass können die Bischöfe nach der vorgeschriebenen Form in ihrem Bistum zweimal im Jahre erteilen: am Osterfeste und an einem anderen von ihnen zu bezeichnenden Hochfeste; — die Äbte oder Prälaten mit eigenem Gebiete, die Apostolischen Vikare und Präfecten können dies, auch wenn sie der bischöflichen Würde entbehren, einmal an einem der höchsten Feste im Jahre“ Can. 914. „Die *Regularen*, welche das Privileg haben, den Päpstlichen Segen zu erteilen, sind nicht nur gehalten, die vorgeschriebene Form genau zu beobachten, sondern können dieses Vorrecht nur in ihren Kirchen und in den Kirchen der Klosterfrauen oder Tertiaren, die ihrem Orden rechtmäßig angeschlossen sind, ausüben; doch nicht am selben Tag und Ort, an dem der Bischof ihn erteilt“ Can. 915.

a) Die Vollmacht, den Päpstlichen Segen mit vollkommenem Ablass zu erteilen, erhielten die Bischöfe und einige andere Prälaten durch das Apostolische Schreiben „*Inexhaustum indulgentiarum*“ des Papstes



**Ale m e n s XIII.** vom 3. September 1762 (D. Auth. S. C. Indulg. pag. 456—61). Die Gewährung durch den Roder hat zwar die Form nicht geändert, allein einige Umstände, nämlich 1) der Bischof muß nicht notwendig das feierliche Amt selbst halten; es genügt, wenn er beivohnt („etiamsi astiterint tantum“ Can. 914); 2) die Verlesung der päpstlichen Vollmacht fällt weg; 3) in der Schlußverlesung fällt die Berufung auf die päpstliche Bevollmächtigung weg, weshalb der lateinische Text lautet: *Rvdmus Dominus, Dominus N., Dei et Apostolicae Sedis gratia, huius Sanctae N. Ecclesiae Antistes, Summi Pontificis nomine, dat et concedit etc.* Die Erzbischöfe und jene Bischöfe, welche das Recht des *P a l l i u m* haben, müssen dieses bei der Erteilung des Päpstlichen Segens tragen, wenn sie es im vorausgegangenen Pontifikalamte getragen haben S. R. C. d. 23. Febr. 1884 in Neapolitana n. 3605. — b) Aus dem Texte des Can. 914 kann erschlossen werden, daß die übrigen Prälaten, welche nicht Residenzbischöfe sind, nur im Anschlusse an das von ihnen zelebrierte Amt den Päpstlichen Segen erteilen können. — c) Die Regularen können den Päpstlichen Segen mit vollkommenem Ablass erteilen auf Grund der Konst. *Exemplis Praedecessorum* d. 19. Mart. 1748 Benedikts XIV. nur außerhalb der Messe, mit Superpelliz und Stola bekleidet, nach der Formel des R. R. tit. 8 c. 32. Verboten ist ihnen nur, den Päpstlichen Segen am selben Tag u n d am selben Orte zu erteilen. Darum können sie ihn erteilen am Ostermontag in der Bischofsstadt oder am Ostersonntag außerhalb der Bischofsstadt.

3) Das **Altarprivileg**. „Alle Bischöfe, Äbte oder Prälaten mit Eigengebiet, Apostolische Vikare und Präseften und höheren Obern der exempten Klerikalgenossenschaften (Can. 488) können einen Altar als privilegierten zum täglichen ewigen Gebrauch (*altare privilegiatum quotidianum perpetuum*) bezeichnen und erklären, vorausgesetzt, daß nicht schon ein anderer vorhanden ist, in ihren Dom-, Abtei-, Kollegiat-, Konvent-, Pfarr- und Missionspfarrkirchen, nicht aber in den öffentlichen oder halböffentlichen Kapellen, außer diese sind mit den Pfarrkirchen geeint oder diesen dienstbar (*subsidiaria*)“ Can. 916. — Am Allerseelentage erfreuen sich alle Messen des Altarprivilegs Can. 917 § 1. Während des vierzigstündigen Gebetes sind alle Altäre der betreffenden Kirche privilegiert ibi § 2. — Der privilegierte Altar ist kenntlich zu machen durch die Worte *Altare privilegiatum* mit Beifügung der Zeit, ob immer oder auf eine bestimmte Zeit, ob täglich oder nicht, je nach den Verleihungsworten Can. 918 § 1. Für die Darbringung der Messe an einem privilegierten Altare kann wegen des Privilegs kein höheres Stipendium gefordert werden ibi § 2.

**Erläuterung.** 1) Nur die Bischöfe und die übrigen im Can. 916 genannten Würdenträger, nicht ihre Stellvertreter, können einen

Altar als privilegierten bezeichnen, vgl. S. C. Indulg. in Gratianopolitana d. 24. Maii 1843. — 2) Ein Altar kann als privilegierter bezeichnet werden, und zwar soll dieser, womöglich, ein fester Altar (*altare fixum*) sein, wie die Ablasskongregation am 27. Nov. 1764 für Wloclawek (Wloclawsk) entschied. Indes kann nach dem Roderrecht der Ablass auch an einen Altar mit einem Tragsstein (*altare portatile*) geknüpft werden Can. 1197 § 2; vgl. Can. 1165 §§ 3, 5; Regensburger B.D. vom 19. Dez. 1919 (B.D.B. 1920 S. 6). — 3) Unter „*ecclesiae paroeciales, quasi-paroeciales*“ versteht man zunächst die Hauptkirche der Pfarrei oder der Missionspfarre (Can. 216 § 3). Doch darf man diese Ausdrücke ausdehnen auf jene Kirchen der Pfarrei, welche mit dem Rechte von Pfarrkirchen anderen Pfarrkirchen zugeteilt sind (*aeque principaliter unitae*), dann auf jene Filialkirchen, wo der Pfarrer die gewöhnlichen Pfarrfunktionen in eigener Person oder durch einen Hilfspriester (Kuratbenefiziat, Expositus, Kooperator, Kaplan usw.) ausübt S. C. Indulg. d. 30. Ian. 1760 in Wormatien. ad 3, ja sogar auf die Notkirchen (Betsäle), wo der Pfarrer jene Pfarrfunktionen ausübt ibi ad 4; dieses gilt auch von den öffentlichen und halböffentlichen Kapellen, welche zur Pfarrseelsorge mit den Pfarrfunktionen benutzt werden („*ecclesiae paroeciali unita seu eiusdem subsidiaria*“ Can. 916); vgl. S. C. Indulg. in Wladislavien. d. 27. Nov. 1764 ad 2. — 4) In einer Dom- oder Abtei- oder Klosterkirche, welche zugleich Pfarrkirche ist, kann nur ein Altar als privilegierter bezeichnet werden, Dekret der Ablasskongregation vom 10. Sept. 1781; dagegen könnte vom Apostolischen Stuhle ein zweiter Altar in einer Pfarrkirche, z. B. für eine Bruderschaft, privilegiert sein oder werden S. C. Indulg. in Curien. d. 14. Febr. 1761. — 5) Das Altarprivileg kann auch persönlich sein, so daß ein Priester an bestimmten Tagen oder jeden Tag so zelebrieren kann, als feierte er die Messe an einem privilegierten Altare Can. 917 § 1, dies gilt an Allerseelen. Durch päpstliche Bewilligungen können solche Privilegien erlangt werden. Der Apostolische Stuhl hat jenen Priestern, welche den „heroischen Liebesakt“ erweckt haben, das tägliche Vorrecht des Altarprivilegs gewährt, Veringer: „Die Ablässe“ C. 56. — 6) Durch das Altarprivileg kann, was die kirchliche Verleihung betrifft, eine Seele des vollkommenen Ablasses teilhaft werden, der ihre sofortige Befreiung aus den Peinen des Fegfeuers bewirkt. Indes fragt es sich, ob der Ablass tatsächlich gewonnen wird, der dann der fraglichen Seele nur fürbittweise zugewendet werden kann Can. 911. Man beachte folgende Regeln: a) Man kann nur jener Seele den Ablass zuwenden, für die man die heilige Messe liest. b) Man kann nur einer Seele den Ablass zuwenden, wenn auch die Messintention mehrere umfaßt. c) Der Priester mußte in schwarzem Paramenten zelebrieren, so oft es die Rubriken erlauben; indes wurde hier durch Dekret der Ablasskongregation vom 19. Febr. 1913 (ME. 26, 358) die Milderung geschaffen, daß die Gültigkeit des Altarprivilegs durch die Lesung einer Motiv- oder Tagesmesse, wenn es die Rubriken erlauben, nicht beeinflusst wird.

#### IV. Umstände der Ablassverleihung. Cann. 919—924.

Die Ablässe können unter gewissen Umständen, welche Personen, Zeiten oder Orte betreffen, vom Apostolischen Stuhle

verliehen werden. Wir müssen diese drei Gesichtspunkte näher würdigen.

A. Personen. 1) „Neue Ablässe, welche den Kirchen auch der eigentlichen Ordensleuten verliehen wurden, dürfen nicht veröffentlicht werden ohne Vorwissen des Ortsordinarius, außer sie sind in Rom bereits promulgiert“ Can. 919 § 1.

Alle bis zum 19. Mai 1918 von Kirchen besessenen Ablässe werden durch Can. 919 § 1 nicht berührt; von den neuen Ablässen aber diejenigen nicht, welche in Rom promulgiert sind, d. h. welche in den AAS. (Can. 9) veröffentlicht wurden. Eine sonstige Veröffentlichung der Ablässe in Rom genügt nicht; denn a) der Ausdruck lautet für Rom „promulgatae“, nicht „pervulgatae“; b) den Zweifeln wäre sonst Tür und Tor geöffnet. Die Benachrichtigung des Ortsordinarius ist notwendig bei allen Kirchen, welche Ablässe erlangen, Dom-, Kollegiat- oder Klosterkirchen (auch exempten).

2) Veröffentlichung der Ablässe im Druck Can. 919 § 2; 1388. Druckwerke irgend welcher Personen, in welchen Ablassverleihungen enthalten sind, bedürfen stets der kirchlichen Erlaubnis. Die ausdrückliche Erlaubnis des Apostolischen Stuhles ist bei Drucklegung in jeder Sprache notwendig: a) für amtliche Sammlungen (*collectiones authenticae*) von Gebeten und guten Werken, mit denen der Apostolische Stuhl Ablässe verknüpft hat; b) für Verzeichnisse (*elencha*) der päpstlichen Ablässe; c) für Zusammenstellungen (*summaria*) von Ablässen, welche niemals, obwohl schon gesammelt, die kirchliche Bestätigung erhielten oder die neuerdings aus verschiedenen Bewilligungen gesammelt werden sollen Can. 1388 § 2. — Sonst ist für jede Veröffentlichung von Ablässen im Drucke („*libri omnes, summaria, libelli, folia etc.*“) die Erlaubnis des Ortsordinarius vonnöten Can. 1388 § 1; 919 § 2. Jene „*summaria, Verzeichnisse*“, welche nur Ablässe zusammenstellen, unterliegen der Pflicht päpstlicher Bestätigung, andere Verzeichnisse, welche auch Ablassbewilligungen enthalten, der bischöflichen.

3) Päpstliche Ablassbewilligungen für alle. „Wer vom Heiligen Vater Ablassbewilligung für alle Gläubigen erlangt hat, ist verpflichtet, unter Strafe der Nichtigkeit für die erlangte Gnade, die amtlichen Urkunden dieser Bewilligungen der heiligen Pönitenziarie zu übergeben“ Can. 920.

So merkwürdig diese Bestimmung erscheint, ist sie doch von großer Weisheit diktiert: es sollen dadurch alle unechten, übertriebenen, apographen Ablässe beseitigt werden. Wie früher das heilige Offizium, so wacht jetzt die heilige Pönitenziarie über das Ablasswesen Can. 258 § 2. Soll nun der Beweis einer *allgemeinen* Ablassbewilligung möglich sein, so muß dieser Römische Gerichtshof amtlich davon wissen. Bei *mündlichen* Bewilligungen (*vivae vocis oraculo*) oder bei Bewilligungen für einzelne Personen oder Klassen ist diese Anzeige bei der Pönitenziarie nicht vorgeschrieben. Freilich haben rein *mündliche* (*oretenus*) Bewilligungen nur Bedeutung für das Gewissensforum Can. 79. Kardinäle könnten im äußeren Forum eine rein mündliche Gnade bezeugen Can. 239 § 1 n. 17. Der Papst kann ja auch diesem Kanon derogieren, aber dieses wird niemals präsumiert.

B. Die Zeit bei Ablassverleihung Can. 921—923. 1) Unter Festen des Herrn oder der seligsten Jungfrau Maria versteht man bei der Bewilligung von *vollkommenen* Ablässen nur die im *allgemeinen* Kalendarium verzeichneten Feste Can. 92 § 1. Dieses Kalendarium findet sich in jedem Bande der neuesten Römischen Breviere. — 2) Für die vollkommenen und teilweisen Ablässen gelten als Aposteltage nur ihre „Geburtstage“ (*festas natalias*) für den Himmel Can. 921 § 2. Diese eigentlichen oder Hauptfeste der Apostel findet man im Brevier zusammengestellt unter den „*Duplicia I et II classis et maiora primaria*“. Wir rechnen zu den Aposteltagen hier auch die Feste der heiligen Evangelisten Markus (25. April) und Lukas (18. Okt.) und des heiligen Apostels Barnabas (11. Juni) im Gegensatz zu „Handbuch“ I S. 119. — 3) „*Indulgentia plenaria quotidiana*“, täglicher vollkommener Ablass“ bedeutet einen vollkommenen Ablass, welcher durch den Besuch einer Kirche oder eines öffentlichen Oratoriums (Can. 1188) einmal im Jahre, jedoch an jedem beliebigen Tage, von den einzelnen Gläubigen gewonnen werden kann; freilich kann im Dekret auch anders bestimmt sein. Eine solche Verleihung wird *ständig* oder *zeitweilig* gegeben Can. 921 § 3. — 4) *Verlegung*. Sind Ablässe an bestimmte Feste geknüpft oder an öffentliche Andachten bzw. Novenen, Septenarien oder Triduen, welche vor oder nach einem Feste oder auch während dessen Oktave verrichtet werden, so gelten sie mit der rechtmäßigen Verlegung des Festes unter folgenden Bedingungen auch als verlegt: a) wenn die Verlegung des Festes, welches keine äußere Feier besitzt, nach



Brevier und Messe beständig verlegt wird; b) wenn die Feier und äußere Begehung entweder zeitweilig oder für immer verlegt wird Can. 922. — 5) Berechnung des Ablasses. „Der Besuch einer Kirche oder Kapelle, welcher für die Gewinnung des an einen Tag geknüpften Ablasses erfordert ist, kann gemacht werden vom Mittag des Vortages bis Mitternacht, welche den Ablasstag schließt“ Can. 923.

Die Verlegung der äußeren Feier und Begehung dürfte allgemein fast nicht mehr vorkommen, da Mariä Verkündigung aus der Reihe der kirchlichen Feste verschwunden ist Can. 1247 § 1; bei Patrozinien wäre dieses möglich ibi § 2. Für den Allerseelentag, 2. November, hat Papst Pius X. J. A. am 25. Juni 1914 den Toties-quoties-Ablass, welcher nur den armen Seelen zugewendet werden kann, verliehen (ME. 26, 244). Derselbe kann gewonnen werden am 1. November vom Mittag an bis zum Beginn des 3. November. Trifft am 2. November ein Fest erster Klasse, z. B. St. Justus in Triest, oder ein Sonntag, so wird Allerseelen auf den 3. November verlegt bzw. auf den 4., wenn der 3. durch ein Fest erster Klasse bereits besetzt, wie in der Diözese Urgel durch das Fest des heiligen Bischofs Hermengaud. Da hier nicht nur Messe und Brevier, sondern auch die äußere Begehung (*celebratio externa*) verlegt wird, so folgt der Ablass der Verlegung auf den 3. bzw. 4. November S. Off. d. 13. (14.) Dec. 1916 (AAS. 8, 179). Ist mit dem Patronsfeate des heiligen Rupert (27. März) ein Ablass verbunden, so wird der Ablass 1721 am Osterfest, nicht am 4. April gewonnen.

C. Ort der Ablassverleihung. Ablässe, die auf einer Kirche ruhen, welche von Grund aus zerstört wird, gehen verloren, wenn seit der Zerstörung bereits fünfzig volle Jahre verstrichen sind. Wurde die Kirche nicht ganz zerstört oder wurde sie, wenn ganz zerstört, unter demselben Titel (Heilige, Geheimnisse) und am gleichen oder fast gleichen Orte innerhalb fünfzig (nicht vierzig wie bei den sonstigen Privilegien Can. 75) wieder aufgebaut, so gehen die Ablässe nicht verloren Can. 924 § 1. Die mit Rosenkränzen und anderen Dingen verbundenen Ablässe gehen nur dann verloren, wenn die Rosenkränze usw. vollständig zu sein aufhören oder wenn sie verkauft werden Can. 924 § 2.

Dieser Can. 924 bringt ungemein große Erleichterungen. Ist ein Ablass einer Kirche verliehen, so bleibt der Ablass, solange die Kirche wenigstens in den Grundmauern noch besteht, mögen auch die Wände eingestürzt oder die Kirche zu profanen Zwecken selbst auf Anordnung des Ortsordinarius verwendet (Can. 1170) oder durch Verbrechen verlegt sein (Can. 1172). Die Kirche St. Salvator am Fuße des Oberhauses (Passau) wurde 1803 säkularisiert, 1840 von Bischof Heinrich zurück-

gekauft und restauriert, 1861 neuconsekriert. Keiner der Ablässe dieser Kirche ist verloren gegangen. Die Kapelle des heiligen Laurentius in B. wurde 1875 abgetragen und ungefähr an der gleichen Stelle die Kirche St. Barbara erbaut, wobei St. Laurentius zweiter Patron wurde. Die etwai gen Ablässe sind der Kirche wahrscheinlich erhalten geblieben, doch ist nicht jeder Zweifel ausgeschlossen wegen Veränderung des titulus. — Die auf Rosenkränze, Kreuze, Kruzifixe, Standbilder, Medaillen usw. verliehenen Ablässe bleiben, außer diese Dinge hören vollständig auf zu sein („cum porsus desinant esse“). Der Verkauf der Ablässe mit den Gegenständen wäre simonistisch Can. 727 § 1. Der Verkauf der mit Ablässen versehenen Gegenstände bewirkt stets den Verlust der Ablässe, wenn auch jeder simonistische Gedanke ferne war Can. 924 § 2.

**V. Die Ablassgewinnung** Cann. 925—36; 239 § 1 n. 11; 2262 § 1; 2327. Die allgemeinen Erfordernisse zur Gewinnung der Ablässe sind die Taufe; die Freiheit von Exkommunikation; der Stand der Gnade; das Untergebenenverhältnis gegenüber dem Verleiher. Zur tatsächlichen Gewinnung aber müssen vorhanden sein die richtige Meinung und die Erfüllung der auferlegten Bedingungen Can. 925.

1) Die Taufe verleiht die Kirchenmitgliedschaft und darum auch die Möglichkeit, Nachlassung der Sündenstrafen durch die Kirchengewalt zu erlangen Can. 911. Freilich dürfte hier, da es sich um Vorteile des Gewissens handelt, die Begierde- und Bluttaufe genügen, so daß also Katechumenen, welche durch vollkommene Liebe im Stande der Gnade sind, Ablässe gewinnen können, welche den Empfang der Sakramente nicht erheischen. Auch eine fürbittweise Zuwendung der Ablässe an Seelen, welche als Katechumenen starben, dürfte demnach erlaubt sein.

2) Der Exkommunizierte wird nicht theilhaft der heiligen Ablässe Cann. 2262 § 1; 925 § 1. Darum könnte ein getaufter Katholik, welcher guten Glaubens ist, Ablässe gewinnen.

3) Der Stand der Gnade ist wenigstens beim letzten guten Werke notwendig Can. 925 § 1. Freilich wenn zu den auferlegten Werken Beicht und Kommunion gehört, so wird der Gnadenstand nach der Absolution und bei der heiligen Kommunion verlangt (Cann. 861; 907), auch wenn diese Werke nicht die letzten sind.

4) Der Ablassgewinner muß Untertan des Verleihers sein. Dies Erfordernis ist beim Heiligen Vater stets gegeben; beim Bischof wird es näher in Can. 927 erklärt:

„Die von einem Bishofe verliehenen Ablässe können gewinnen seine Untergebenen auch außer seinem Gebiete; innerhalb desselben auch die Fremden, Wohnsitzlosen und alle Exempten, außer die Verleihung würde anders lauten.“ Die Vollmacht der *Kardinäle* (Can. 239 § 1 n. 24) haben wir schon oben (S. 146) gewürdigt.

5) Die *Meinung*, welche für die Gewinnung der Ablässe notwendig ist, muß sein entweder die besondere oder wenigstens die allgemeine, sie zu gewinnen Can. 925 § 2. Diese „*intentio saltem generalis*“ kann sich auf mehrere Ablässe beziehen und kann die Ablässe in ihrem ganzen Umfange umschließen. Sicherlich hat der heilige *Leonardus* a Porto Maurizio recht, wenn er empfiehlt, beim täglichen Morgengebete die Intention zu machen, alle möglichen Ablässe dieses Tages zu gewinnen.

6) Die vorgeschriebenen *Werke* müssen zu gehöriger Zeit und in der rechten Weise verrichtet werden Can. 925 § 2. a) *Beicht und Kommunion*. Die etwa vorgeschriebene *Beicht* kann am Tage des Ablasses abgelegt werden oder acht Tage vorher oder sieben nachher. Die heilige *Kommunion* kann am Vortage, am Tage selbst und während der folgenden Oktave empfangen werden Can. 931 § 1. Werden Ablässe gewährt für fromme *Übungen*, die drei Tage, eine Woche usw. dauern, so kann *Beicht* und *Kommunion* auch geschehen innerhalb der Oktave, welche auf die Vollendung dieser Übung folgt ibi § 2. „Christgläubige, welche die Gewohnheit haben (abgesehen von einer rechtmäßigen Verhinderung) entweder wenigstens zweimal im Monat zur heiligen *Beicht* zu gehen oder die heilige *Kommunion* im Stande der Gnade und mit richtiger frommer Meinung täglich zu empfangen, wenn sie auch ein- oder zweimal in der Woche davon fern bleiben, können alle Ablässe auch ohne die sonst vorgeschriebene *Beicht* gewinnen, außer die Jubelablässe des ordentlichen, außerordentlichen, oder nachgebildeten Jubiläums („*iubilaei ad instar*“) ibi § 3.

*Beicht* und *Kommunion* können nach einem Ablassfeste, z. B. *Portiunkula*, oder nach mehrtägigen frommen Übungen, z. B. *Exerzitien*, auch innerhalb der ganzen Oktav verrichtet werden, d. h. volle acht Tage hindurch, vom Ablasttage gerechnet mit Einschluß desselben. Da nämlich der *Stodex* keine Bestimmung des Begriffs „*octava*, *Oktave*“ gibt, müssen wir uns an die *liturgischen Gesetze* halten Can. 31. Die heilige

Kommunion kann am Vigiltage („pervigilium“) empfangen werden d. h. am natürlichen und liturgischen Vorlage, also bei einem Ablasse, der mit dem Allerheiligensfeste verknüpft ist, im Jahre 1920 am 31. und 30. Oktober. — Wer wenigstens zweimal im Monate beichtet, kann alle Ablässe gewinnen, vollkommene und unvollkommene, einfache und wiederholbare, natürlich muß er der geforderten Kommunion genügen, auch wenn die besonders vorgeschriebene Beicht nicht abgelegt wird; desgleichen wer wenigstens fünfmal in der Woche kommuniziert. — Die Gewinnung sämtlicher Jubiläumsablässe macht die besondere Beicht und Kommunion stets notwendig, mag es sich um ein wirkliches Jubiläum handeln, z. B. 1900, oder um ein nachgebildetes („ad instar“), wie es die Enzyklika „Ad diem illum“ d. 2. Febr. 1904 ankündigte (ME. 15, 540).

„Durch ein Werk, welches gesetzlich oder vorschriftsmäßig verpflichtet, kann ein Ablass nicht gewonnen werden, außer es wurde bei der Verleihung ausdrücklich anders bestimmt. Wer aber ein mit Ablässen versehenes Bußwerk verrichtet, kann zugleich der Buße genügen und den Ablass gewinnen“ Can. 932. — „Einer und derselben Sache, einem und demselben Orte können aus mehreren Titeln Ablässe verknüpft werden“, aber durch ein einziges Werk kann nur einer der verknüpften Ablässe (nach Meinung) gewonnen werden, außer es handelt sich um Beicht oder Kommunion, oder es besteht eine gegenteilige ausdrückliche Verfügung Can. 933.

a) Das Ablasswerk muß frei sein, d. h. es darf nicht schon gebunden sein durch Gesetz oder Vorschrift. Ein Majorist kann also durch Breviergebet keinen Ablass gewinnen, auch dann nicht, wenn er nebensächliche Bedingungen des Ablasses frei vollzieht. Die verpflichtete Sonntagsmesse oder das pflichtgemäße Fasten ist kein Werk zur Gewinnung von Ablässen, außer es wäre ausdrücklich das Gegenteil bestimmt. Indes scheint die Osterbeicht und Osterkommunion eine gute Grundlage zu sein auch zur Gewinnung eines einfassenden Ablasses; vgl. Can. 933. — Eine begrüßenswerte Ausnahme von dieser Regel bilden die Bußwerke. Ist ein Bußwerk mit einem vollkommenen oder unvollkommenen Ablass verbunden, so genügt die Verrichtung dem Bußwerk und der Ablassgewinnung. „Mein Jesus, Barmherzigkeit!“ kann Bußwerk sein, das, so oft man es verrichtet, 100 Tage Ablass vermittelt (Beringer<sup>10</sup> S. 112); vgl. „Anima Christi“ S. 142; „En ego“ (S. 150) usw. — b) Ein Ort, ein Gegenstand kann Träger mehrerer Ablässe sein. Ein Rosenkranz kann z. B. mit den Apostolischen Ablässen versehen sein (S. Off. d. 5. Sept. 1914 ME 26, 485 sqq.), er kann aber auch die „Kreuzherrnablässe“ (indulgentiae a PP. Crucigeris vocatae, AAS. 11, 20) tragen. Ein Kreuzifix kann den Sterbeablass und zugleich die Stationsablässe vermitteln (AAS. 11, 20—21). Es können also mehrere Titel auf einem Gegenstande oder Orte ruhen; doch müssen für den betreffenden Ablass die eigenen Werke (abgesehen von Beicht und Kommunion) eigens verrichtet werden.



**G e b e t e** als Ablasswerke Can. 934. „Wenn ein Gebet nach Meinung des Papstes vorgeschrieben ist, so genügt ein bloß innerliches Gebet (*oratio tantum mentalis*) nicht“, also nicht eine bloße Betrachtung. „Das mündliche Gebet aber wird entweder genau vorgeschrieben oder dem Ermessen der Gläubigen“ überlassen Can. 934 § 1. Wird ein besonderes Gebet bezeichnet, so ist die Gewinnung des Ablasses möglich durch die Verrichtung dieses Gebetes in jeglicher Sprache, nur muß die Genauigkeit der Übersetzung durch die Erklärung der heiligen Pönitenziarie oder eines Ortsordinarius des fraglichen Sprachgebietes feststehen. Jede Beifügung, Weglassung oder Einschiegung bewirkt den vollständigen Verlust der Ablässe Can. 934 § 2. „Zur Ablassgewinnung reicht es hin, das Gebet abwechselnd mit einem Gefährten zu verrichten oder dem von einem anderen verrichteten Gebete im Geiste zu folgen“ *ibi* § 3.

Stellen wir uns die Grundsätze über die Ablassgebete kurz vor Augen: 1) Ein rein geistiges Gebet reicht zur Gewinnung der Ablässe nicht. Dieser Grundsatz kennt drei *Ausnahmen*: a) beim mündlichen Gebete eines *Vorbeters* Can. 934 § 3; b) bei der Anrufung des heiligsten Namens Jesus in der Todesstunde zur Gewinnung des *Sterbeablasses*, wenn die mündliche Anrufung unmöglich ist S. C. Indulg. in Dublinen. d. 22. Sept. 1892 (ASS. 25, 315; ME. VIII 1; 6) et in Vindana d. 23. Sept. 1775 c. l.; c) bei den Gebeten der *Stummenn* usw. Can. 936. — 2) Das vorgeschriebene besondere Gebet kann in der lateinischen oder in sonst irgend einer Sprache verrichtet werden, wenn nur die Übersetzung *getreu* ist. — 3) Jede *Veränderung* des Ablassgebetes gefährdet die Ablassgewinnung. — 4) Das *abwechselnde* und *vorbetende* Gebet genügt zur Erlangung des Ablasses. — 5) Ist kein bestimmtes mündliches Gebet vorgeschrieben, so genügt jedes mündliche Gebet nach dem Ermessen der Gläubigen (*„oratio vocalis poterit arbitrio fidelium deligi“*). Frühere Anfragen bei der Ablasskongregation wollten genau wissen, ob fünf Vaterunser und fünf Ave genügen zur Gewinnung von Ablässen, bei welchen nur ein Gebet nach Meinung des Heiligen Vaters verlangt wird, oder ob gar ein Vaterunser und ein Ave hinreichend seien. Die heilige Kongregation antwortete unverrückt: *„Preces requisitae . . . sunt ad uniuscuiusque fidelis libitum, nisi peculiariter assignentur“* in Briocen. d. 29. Mart. 1841; d. 13. Sept. 1888 ad II (ME. V 2, 268). Jedes mündliche Gebet, also auch ein *Vaterunser* (auch ohne das „Gegrüßt“) genügt zur Gewinnung des Ablasses; vgl. *Bremer H., S. I.*, in der *Vingier D.-S.* 1919 (72.) S. 586—591. Daraus ergibt sich mit größter Deutlichkeit, daß es bei der Gewinnung der Ablässe nicht auf das „Wieviel“, sondern auf das „Wie“ ankommt; vgl. Can. 926.

Die *Umwandlung* der Ablasswerke geschieht durch das *Recht* (*a iure*) und durch den *Beichtvater* (*ab*

homine). a) Stumme können die mit Gebeten verbundenen Ablässe gewinnen, wenn sie bei öffentlichen Gebeten Geist und Herz zu Gott erheben im Anschluß an die andern Gläubigen, welche am gleichen Orte Gebete verrichten, oder bei Privatgebeten, wenn sie dieselben im Geiste überdenken oder durch Zeichen kundgeben oder auch nur mit den Augen durchgehen Can. 936. Taubstumme sind auf die letztere Gebetsübung angewiesen; ebenso Taubstumme, nur daß bei ihnen die Augen durch den Tastsinn ersetzt werden. — b) Sonstigen Verhinderten kann der Beichtvater die auferlegten Werke in andere umwandeln Can. 935.

Stumme stehen noch mit den vier Sinnen in Verbindung mit der Außenwelt. Taubstummen führt das Licht die Gedanken der Außenwelt zu. Die Taubstummenblinden dagegen hielt man früher für ausgeschlossen aus dem Geisterverkehr der Menschheit; darum glaubt ihnen St. Alfons die heilige Kommunion verweigern zu müssen Theol. mor.: De Euch. n. 303 nach den Erfahrungen seiner Zeit. Indes hat das 19. Jahrhundert uns gelehrt, daß auch solche Personen bildungsfähig sind, oft in hohem Grade; vgl. Helene Keller, geb. 27. Juni 1880 in Tusculum (Alabama), mit neunzehn Monaten taub und blind, 1908 Schriftstellerin in Wrentham (Massachusetts); vgl. Gensel: „Die Wahrheit über S. R.“ 1909. E. W. M. von Olfers: Pastoralmedizin<sup>2</sup> (1893) berichtet einen älteren Fall aus Bosten S. 116. — Martha Döbner, welche mit dreieinhalb Jahren taubstumblind wurde, und Marie Heurten, welche das dreifache Gebrechen von Geburt aus hatte, wurden beide in der klösterlichen Taubstummenanstalt Barnay (Poitiers) von Ordensschwestern zu reger Geistesaktivität erzogen, vgl. die ausgezeichnete „Apologie des Christentums“ von Duilhé de Saint-Projet, deutsch von C. Braig S. 465 ff. — Sollte ein Katholik in irgend einer Weise behindert sein, die vorgeschriebenen Werke zu verrichten, so besitzt er an seinem Beichtvater den Vertreter der Kirche, der eine Umwandlung im inneren Forum (nicht nur bei der Beicht Can. 202 § 2) vornehmen kann; eine Dispensgewalt wird ihm nicht eingeräumt, vgl. Can. 1314.

Auch hinsichtlich des Kirchenbesuches hat der Kodex eine Erleichterung geschaffen. Wird zur Gewinnung von Ablässen zwar ein Kirchenbesuch im allgemeinen vorgeschrieben, jedoch die Kirche nicht bezeichnet, so können gewisse Gläubige beiderlei Geschlechts, an Stelle einer Kirche oder öffentlichen Kapelle die Kapelle ihres eigenen Hauses besuchen, vorausgesetzt, daß sie dort der Sonntagspflicht rechtmäßig genügen können. Natürlich müssen die übrigen Werke vorschriftsmäßig geleistet werden. Zu

diesen Gläubigen gehören a) alle Personen, welche in den mit Genehmigung des Ordinarius errichteten Häusern ohne Kirche oder Kapelle zum Zwecke des Strebens nach Vollkommenheit, des Unterrichts oder der Erziehung, endlich auch der Gesundheit ein gemeinsames Leben führen; b) alle Personen, welche zur Bedienung der unter a Genannten sich dort aufhalten Can. 929.

Der Ablass am Allerheiligentage (S. Off. d. 25. Jun. 1914 ME. 26, 244) kann in den Oratorien dieser Kommunitäten gewonnen werden, einmal weil die meisten der angeführten Oratorien *oratoria semipublica* sind, dann weil hier der Kirchenbesuch ganz allgemein vorgeschrieben wird. — Der Portiunkulaablass dagegen muß von den Ortsordinarien eigens auf diese Kapellen ausgedehnt werden; der Grund liegt darin, daß beim Portiunkulaablass bestimmte Kirchen vorgeschrieben sind; vgl. S. Off. d. 26. Maii 1911 (ME. 23, 152). Dem Sonntagsgebot kann genügt werden in allen halböffentlichen Kapellen Can. 1793.

7) Umfang der Ablassgewinnung. Drei Kanones geben Aufschluß über die Ausdehnung, in welcher Ablässe gewonnen werden können. a) Bei Gewinnung der Ablässe kommt es neben der genauen Vollziehung der Werke auf die *Seelenbeschaffenheit* vor allem an. Ist ein vollkommener Ablass zur Gewinnung ausgesetzt und fehlt es an keiner der beiden Voraussetzungen (*opera; dispositio*), so wird er auch gewonnen. Doch die Kirche geht in ihrer Güte noch weiter. „Der vollkommene Ablass gilt stets in der Weise verliehen, daß, wenn jemand ihn auch nicht vollkommen gewinnen kann, er ihn doch teilweise gewinnt nach dem Grade der Herzenswürdigkeit (*dispositio*)“ Can. 926. — b) Wird ein vollkommener Ablass für die *jede smalige* Verrichtung des Werkes gewährt, so nennt man ihn *Toties-quoties*-Ablass. Wenn jedoch diese Gewährung nicht ausdrücklich bestimmt ist, so kann der vollkommene Ablass nur einmal am Tage gewonnen werden trotz der Wiederholung der vorgeschriebenen Werke, der *unvollkommene* dagegen mit jeder Wiederholung des Werkes, also auch öfter am gleichen Tag, abgesehen von einer gegenteiligen ausdrücklichen Verfügung Can. 928. — c) „Wer Ablässe gewinnt, kann sie Lebenden Mitmenschen nicht zuwenden; die vom Papste verliehenen Ablässe sind den *armen Seelen* zuwendbar, wenn nicht das Gegenteil feststeht“ Can. 930. Andere Verleiher können Ablässe für Verstorbene nicht

verleihen Can. 913 n. 2. Der Toties-quoties-Abläß von *Alle seelen* kann nur den armen Seelen zugewendet werden S. Off. d. 25. Jun. 1914 (ME. 26, 244).

Das Gebet „Anima Christi“ vermittelt folgende Ablässe: a) 300 Tage; b) 7 Jahre nach der heiligen Kommunion; c) Vollkommener Abläß bei täglicher Abbetung einmal im Monate (Beringer <sup>10</sup> S. 143). Der unvollkommene Abläß von 300 Tagen kann mit jeder Verrichtung gewonnen werden Can. 928 § 2. Der unvollkommene Abläß von 7 Jahren könnte an sich auch jedesmal gewonnen werden, doch hindert die gegen-  
teilige Bestimmung, fußend auf der Bedingung des vorausgehenden Meßopfers (Kommunion). Darum glauben wir, daß bei zweimaliger Kommunion (Andachtskommunion und Begzehrung Can. 858 § 1; Binnierung) dieser Abläß auch zweimal an einem Tage gewonnen werden kann. — Der monatliche vollkommene Abläß kann nur einmal gewonnen werden Can. 928 § 1.

8) Bestrafung von Mißbräuchen Can. 2327. „Wer aus Ablässen Gewinn zieht, verfällt der dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation.“ S. Pii V. Const. „Quam plenum“ d. 2. Jan. 1569; vgl. Can. 918 § 2. Diese Zensur tritt nur dann ein, wenn die Tat vollbracht ist „certa pecunia soluta“, sagt Pius V. Der böse Wille genügt zum Eintritt der Strafe noch nicht (ME. 1, 79; Eichmann Ed.: „Das Strafrecht des CIC.“ § 33 S. 144).

## § 15. Die letzte Ölung.

Quellen: Iac. 5, 14—15; Cann. 937—947; 397 n. 3; 462 n. 3; 514; 735; vgl. Kern Iosephus: De sacramento extremæ unctionis tractatus dogmaticus (Fr. Pustet, Ratisbonae 1907).

Der Kodex behandelt dieses Sakrament in drei Kapiteln (denen Can. 937 über Materie und Form vorausgeschickt wird): I. Vom Spender; II. vom Empfänger; III. von den Riten der letzten Ölung; eine Einteilung, welcher wir uns anschließen.

### A. Der Spender der letzten Ölung.

I. Gültige Spendung. „Dieses Sakrament spendet gültig jeder Priester und nur der Priester“; vgl. Innozenz I. in seinem Brief an Dezentius von Gubbio vom 19. März 416. Damit ist jeder Nichtpriester (Diakon,



Aleriker, Laie, vgl. Kern S. 242—46) ausgeschlossen; Trid. sess. 14 en. 4. Wenn in morgenländischen Kirchen dieses Sakrament gewöhnlich von mehreren Priestern (sieben, drei, zwei) gespendet wird, so beweist diese Handlungsweise nichts gegen die Spendung durch einen Priester; denn auch nach der Praxis des Morgenlandes genügt im Notfalle ein Priester (C. Ralli: *Περὶ τῶν μυστηρίων τῆς μετανοίας καὶ τοῦ εὐχελαίου. Ἐν Αθήναις* 1905 p. 113 s.) und auch in der lateinischen Kirche können mehrere Priester die heilige Ölung zugleich erteilen R. R. t. 5 c. 2 n. 7 („per impositionem manuum nostrarum“).

Wenn Papst Innocenz I. an Dezentius schreibt: „Sancto oleo chrismatis ab episcopo confecto non solum sacerdotibus, sed et omnibus uti Christianis licet in sua aut in suorum necessitate ungendo“ (D.-B. n. 99), so enthält das keine Schwierigkeit, da man ja das Krankenöl in alter Zeit nicht nur als Sakrament, sondern auch als Sakramentale gebrauchte, wie schon aus den Worten „in sua necessitate“ erhellt.

**II. Erlaubte Spendung.** „Ordentlicher Spender ist der Pfarrer des Ortes, an welchem der Kranke sich befindet“ Can. 938 § 2; 462 n. 3. Ordentliche Spender sind außerdem jene Priester, welche berechtigt sind, gewissen exempten Personen die heilige Wegzehrung zu spenden (S. 105), und zwar mit Ausschluß des Pfarrers. — „In einem Notfall oder mit Erlaubnis des berechtigten Pfarrers oder Ortsordinarius kann jeder Priester dieses Sakrament spenden“. Diese Erlaubnis soll ausdrücklich sein oder wenigstens auf einer begründeten Voraussetzung beruhen Can. 938 § 2. Wer sich ohne einen solchen vernünftigen Grund in dieses Pfarrecht (Can. 462 n. 3) eindringt, sündigt schwer; indes ist die Exkommunikation (Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869 cl. II n. 14), welche Regularen traf, aus dem Rechte verschwunden Can. 6 n. 6. Was hier von der Erlaubnis des Pfarrers gesagt ist, gilt in gleicher Weise von den sonstigen ordentlichen Spendern (oben S. 105).

**III. Pflicht der Spendung** Can. 939. „Den ordentlichen Spender (auch die S. 105 genannten) trifft die Gerechtigkeitspflicht, dieses Sakrament in eigener Person oder durch einen anderen zu spenden; im Notfalle obliegt die Liebespflicht einem jeden Priester“.

### B. Empfänger der letzten Ölung.

1. **Der gültige Empfang.** „Die letzte Ölung kann nur einem Gläubigen gespendet werden, welcher nach Erlangung des Vernunftgebrauches wegen Krankheit oder Altersschwäche in Todesgefahr schwebt“ Can. 940 § 1, falls er das Sakrament in derselben Todesgefahr noch nicht empfangen hat ibi § 2.

1) Wer nicht *g e t a u f t* ist, kann die heilige Ölung nicht empfangen. Vom erlaubten Empfang ist ausgeschlossen ein jeder Häretiker oder Schismatiker, welcher sich nicht mit der heiligen Kirche ausgesöhnt hat; die Art dieser Ausöhnung haben wir oben (S. 17 f.) gezeigt. Auch die Exkommunizierten (Can. 2260 § 1), Interdizierten (Can. 2275 n. 2) und Unbußfertigen, welche in einer offensündigen Todsünde hartnäckig verharren, können erlaubterweise dieses Sakrament nicht empfangen; besteht hier ein Zweifel, so werde es bedingungsweise gespendet Can. 942.

Die Propagandafongregation hat am 10. Mai 1898 erklärt, daß die notorischen Mitglieder der Geheimgesellschaft „Old Fellows“ die Sakramente nicht empfangen können, insbesondere nicht die letzte Ölung (ME. X 2, 196). Dieselbe Entscheidung dürfte für ähnliche Geheimgesellschaften gelten. — Die Bedingung, welche bei zweifelhaft Unbußfertigen beigefügt werden muß, ist „*Si capax es*“, d. h. „Wenn du den Anforderungen der Kirche entsprichst“, nicht „*Si dispositus es*“ = „Wenn du im Gnadenstande bist“; denn die letztere Bedingung würde das „Wiederaufleben, die *reviviscentia*“ dieses Sakramentes bei eintretender unvollkommener Reue unmöglich machen.

2) Zum gültigen Empfang der letzten Ölung gehört der *V e r n u n f t g e b r a u c h* Can. 940 § 1. Hat der Kranke *n i e m a l s* den Vernunftgebrauch erreicht, so wäre der Empfang des Sakramentes ungültig. Im Zweifel über die Erreichung des Vernunftgebrauches, wird die letzte Ölung erteilt mit der Bedingung „*Si capax es*“. Aus dem Gesagten ergeben sich folgende Regeln: a) *V o r* dem siebenten Lebensjahre kann einem Getauften die letzte Ölung erst dann erteilt werden, wenn bewiesen ist, daß er den Vernunftgebrauch sicher oder wenigstens wahrscheinlich („*Si capax es*“) erreicht hat. — b) *N a c h* dem siebenten Lebensjahre muß die letzte Ölung dem Getauften in Lebensgefahr zuteil werden, außer es tritt klar zutage, daß er den Vernunftgebrauch *n i e* erreicht hat Can. 88 § 3. Im Zweifel geschieht die Spendung mit der Bedingung „*Si capax es*“ Can. 941.

3) Das dritte Erfordernis zum gültigen Empfange der letzten Ölung ist „die Todesgefahr wegen Krankheit oder Altersschwäche“ Can. 940 § 1. Wird die letzte Ölung einem Kranken gespendet ohne Todesgefahr oder einem in Todesgefahr Schwebenden ohne Krankheit (Soldaten vor der Schlacht, Wöchnerinnen vor der Entbindung, Verurteilten vor der Hinrichtung), so ist der Empfang ungültig. Die „Krankheit“ wird bereits durch den Apostel Jakobus betont Jak 5, 14. 15. Der Krankheit („infirmitas“) wird auch das Greisenalter (senium, Altersschwäche) vom Can. 940 § 1 ausdrücklich zugerechnet, also das Alter wenigstens von 70 Jahren an. Besteht ein Zweifel an der Todesgefahr, so füge man die Bedingung bei „Si capax es“ Can. 941. Für den Spender genügt die begründete Annahme der Todesgefahr (mortis periculum probabile), um erlaubt zu handeln.

Papst Benedikt XIV. berichtet, daß heilige oder heiligmäßige Personen, darunter die heiligen Odilia und Hedwig, denen ihr nahes Ende geoffenbart war, die letzte Ölung erbaten und erhielten, obwohl kein Zeichen einer Krankheit zutage trat (De Syn. l. 8 c. 5 n. 2). Ganz anders verhält es sich mit der Praxis der Morgenländer. Dort wurde und wird die Salbung mit dem Krankenöle auch Gesunden zuteil, namentlich am Gründonnerstag, wo das geweihte Öl sofort ganz an Gesunden aufgebraucht wird, und nach der heiligen Beicht, wobei das teuer erkaufte Öl an Stelle der Genugtuung die Überbleibsel der Sünden und Strafen tilgen soll (ibidem n. 3). Die Salbung am Gründonnerstag bezeugt auch A. von Maltzev: „Die Sakramente der o.-ö. Kirche des Morgenlandes“ (1898) S. 549. „Der erste Zweck der letzten Ölung ist die Wiederherstellung der leiblichen Gesundheit. Sie kann jedoch auch Gesunden zur besseren Vorbereitung auf die heilige Kommunion gegeben werden“, Lübeck: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 99. Die Beispiele der obenangeführten Praxis des Abendlandes können leicht gerechtfertigt werden. Der Priester, welcher die letzte Ölung spendete, konnte aus der erprobten Wahrhaftigkeit dieser heiligmäßigen Personen auf eine innere Todeskrankheit schließen, welche nach außen hin nicht zutage trat. Bei den Morgenländern kann man die Verwendung des heiligen Öles als Sakramentale mit Zug und Recht annehmen; Ben. XIV. c. l. n. 4.

4) Die Unwiederholbarkeit Can. 940 § 2. Die letzte Ölung kann öfters im Leben empfangen werden, ja sogar in derselben Krankheit, doch wäre der Empfang der letzten Ölung in derselben Todesgefahr („vitae discrimen“) nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig. Mit Recht schlossen daraus die Theologen, daß die heilige Ölung

ihre Wirkung in derselben Todesgefahr bewahre, auch wenn der Kranke bewußtlos oder auch im Stande der Todsünde sie empfing, wenn nur später durch einen Akt wenigstens der unvollkommenen Reue das Sakrament zum Wiederaufleben gebracht wird, Ben. XIV. in Syn. I. 8 c. 7 n. 3. — Außer den im Can. 940 § 1 angedeuteten Wesensbedingungen sind noch mehrere andere vorhanden, welche nunmehr zu behandeln sind, nämlich das Leben, die Sündhaftigkeit und die Absicht, die letzte Ölung zu empfangen.

5) Was von der Taufe gesagt ist Can. 745 § 1, das gilt in gleicher Weise von der letzten Ölung: Der Empfänger muß noch *leben* Can. 941. Besteht ein begründeter Zweifel, so gebrauche man die Bedingung „*Si vivis* (oder auch *si capax es*), *per istam sanctam unctionem etc.*“ R. R. t. 5 c. 1 n. 12. So sehr der Seelsorger sich hüten muß, den toten Leib zu salben, um den Schein des Sakramentsempfangs zu wahren, so darf er doch milde sein in der Beurteilung der Zeit des Ablebens; vgl. oben S. 39 und Ferreres-Geniesse S. 24 f.; Ferreres I. B.: *Institutiones* II 93. (1918) pag. 45 sq.

6) Zum gültigen Empfang der letzten Ölung gehört auch die *persönliche Sündhaftigkeit*; das (frühere) Vorhandensein der Erbsünde allein genügt nicht. Darum dürfen Menschen vor jeglichem Vernunftgebrauch dieses Sakrament nicht empfangen. Darum konnte die seligste Jungfrau Maria dasselbe nicht empfangen (sie war ja auch ohne Erbsünde); vgl. Ben. XIV. in Syn. I. 8 c. 6 n. 3 oben S. 137. Dagegen können Erwachsene, welche mit bester Gesinnung in der Todesgefahr die heilige Taufe empfangen, auch die heilige Ölung erhalten; einmal ist ein persönliches Sündigen auch nach der Taufe nicht ausgeschlossen, dann können Wirkungen der persönlichen Sünden, welche durch die Taufe nach Schuld und Strafe getilgt sind, z. B. auf dem Gebiet des Leibes zurückbleiben.

7) Bei diesem Sakramente genügt die mit Grund vermutete Absicht (*intentio saltem praesumpta*). Wenn Kranke beim Bewußtsein die heilige Ölung ausdrücklich oder andeutungsweise („*implicite*“) erbeten oder wenn sie wahrscheinlich dieselbe verlangt hätten, so soll ihnen, wenn sie auch hernach den Gebrauch der Sprache oder die



Vernunft verloren, die letzte Ölung bedingungslos („absolute“) gespendet werden Can. 943; R. R. t. 5 c. 1 n. 6. Freilich muß bei T o b s ü c h t i g e n jede Unehreverbietung vom Sakramente ferngehalten werden R. R. t. 5 c. 1 n. 7.

**II. Pflicht des Empfanges.** „Wenn auch dieses Sakrament an sich kein notwendiges Mittel zum Heile ist, so darf doch niemand dasselbe vernachlässigen“ Can. 944. Dieses Sakrament kann notwendiges Mittel zum Heile sein bei jenen, welche nicht beichten und kommunizieren können; vgl. Ben. XIV. in Syn. l. 8 c. 7 n. 3. Sonst aber besteht weder ein göttliches noch ein kirchliches Gebot; freilich wird jedem Katholiken die Sorge für Seele und Leib antreiben, dieses Sakramentes nicht verlustig zu gehen. Verachtung und schweres Argerniß könnte sogar eine schwere Sünde bewirken.

**III. Würdigkeit des Empfanges.** „Aller Fleiß und Eifer des Seelsorgers soll dahin zielen, daß die Kranken bei vollem Bewußtsein die letzte Ölung empfangen“ Can. 944. Zum würdigen Empfang gehört: a) der G n a d e n s t a n d, womöglich; darum ist es allgemein Sitte der Kirche vor der letzten Ölung die Sakramente der Buße und Eucharistie den Kranken zu spenden R. R. t. 5 c. 1 n. 2; b) die Erweckung der Gesinnung des G l a u b e n s und V e r t r a u e n s R. R. t. 5 c. 1 n. 1 et c. 2 n. 4. Dazu gehört das volle Bewußtsein („integra mens“), welches für die Spendung erstrebt werden soll.

### C. Riten und Zeremonien der letzten Ölung.

**I. Materia remota** dieses Sakramentes ist Olivenöl, welches als Krankenöl entweder der Bischof oder der mit Apostolischer Vollmacht ausgerüstete Priester geweiht hat Cann. 937; 945; 734—35. Die einschlägigen Fragen wurden bereits oben S. 25—27 behandelt. Das Krankenöl ist in einem sauberen Gefäß aus Silber oder Zinn aufzubewahren Can. 946, oben S. 28.

**II. Die materia proxima** der letzten Ölung bilden die heiligen Salbungen nach Vorschrift der Ritualbücher Cann. 937; 947; im „Notfall“ genügt eine Salbung an einem Sinneswerkzeuge oder besser an der Stirne mit An-

wendung der kürzeren Form, wobei die Pflicht bleibt, mit Aufhören der Notlage die einzelnen Salbungen zu ergänzen" Can. 947 § 1.

1) Im R. R. sind sieben Salbungen (meist Doppelsalbungen) angegeben an den Augen, Ohren, Nasenflügeln, Mund, Händen, Füßen und Lenden (Nieren). „Die Salbung der *Nieren* (Lenden) soll immer unterlassen werden" Can. 947 § 2. „Die Salbung der *Füße* kann aus jeglicher vernünftigen Ursache weggelassen werden" ibi § 3. Die Salbung der *Hände* geschieht bei Priestern an der Außenseite R. R. t. 5 c. 1 n. 16; c. 2 n. 10. Die Salbungen sind vorzunehmen mit der Hand des Priesters, nicht mittels eines Instrumentes, abgesehen von dem Falle schwerer Not Can. 947 § 4. — 2) „In einem Notfall genügt *eine* Salbung, am besten an der Stirne, aber auch an einem anderen Sinneswerkzeuge" Can. 947 § 1. Hört die unmittelbare Todesgefahr auf, so können und müssen die einzelnen Salbungen noch ergänzt werden; indes gehört diese Ergänzung nicht zum *Wesen* des Sakramentes, sondern zur Vollständigkeit; darum müssen auch die Salbungen *ohne* Bedingung ergänzt werden S. Off. d. 31. Jan. 1917. Der Beweis, daß die Ergänzung der einzelnen Salbungen nicht zum *Wesen* des Sakramentes gehört, ergibt sich aus dem Wortlaute des Can. 947 § 1: „*in casu necessitatis*" und „*salva obligatione singulas unctiones supplendi*". Also nicht nur dann, wenn der nahe Tod die längere Form nicht mehr gestattet, sondern auch in anderen Notfällen darf die *eine* Salbung (mit der kurzen Form) gebraucht werden, nämlich bei *sehr* ansteckenden Krankheiten, wie Pest, Schwarze Blattern, Cholera usw. Ben. XIV. in Syn. l. 8 c. 3 nn. 4. 5 et l. 13 c. 19 n. 29; bei tob süchtigen Geisteskranken wie die Apostolischen Indulte für die Irrenanstalten des Bistums Regensburg vom Jahre 1911 und vom 29. März 1915 dartun (Regensburger WBl. 1916 S. 69; PMS. 27, 612). Solche Bewilligungen wären unmöglich, wenn die Ritualform zum *Wesen* des Sakramentes gehörte. Gleiches ergibt sich aus dem Worte „*supplendi*, ergänzen". Wäre die kurze Form bei der einen Salbung zweifelhaft gültig, so müßte es heißen: „*sub conditione iterandi*". Also ist sie gültig, doch sollen durch die einzelnen Sinnessalbungen die Wirkungen der letzten Ölung klarer angedeutet und vervollständigt werden (PMS. 27, 607—614).

III. Die **Form** der letzten Ölung, wie sie die heilige Römische Kirche gebraucht, sind die Worte, welche bei den 5 (7) Salbungen nach der Vorschrift des Rituale gebraucht werden R. R. t. 5 c. 1 n. 19. Im Notfalle darf folgende kurze Form gebraucht werden: „*Per istam sanctam Unctionem indulgeat tibi Dominus quidquid deliquisti. Amen*" S. Off. d. 25. Apr. 1906. Benedikt XIV. weist nach, daß nicht nur in der morgenländischen, sondern auch in der abendländischen Kirche verschiedene Formeln bestanden, teils bittender, teils anzeigender Natur (*formulae deprecativae, formulae indicativae*)

wie auch noch andere Körperteile gesalbt wurden und bei den Morgenländern jetzt noch werden, Ben. XIV. in Syn. l. 8 cc. 2. et 3.

Unter verschiedenen Zeremonien wird in der griechischen Kirche die letzte Ölung gespendet. Unter dem Gesange von Troparien an Christus, an den „Herrenbruder“ Jakobus, den heiligen Nikolaus, Demetrius, Kosmas und Damianus usw. weiht einer der anwesenden Priester das Öl. Nun folgt siebenmal je eine Epistel und ein Evangelium, worauf jedesmal einer der Priester den Kranken auf die Stirne, das Kinn, die Wangen, die innere und äußere Handfläche, sowie manchenorts auch auf die Nase und die Brust s a l b t (vgl. Ben. XIV. in Syn. l. 8 c. 3 n. 3). Dabei wird stets das G e b e t gesprochen: „Heiliger Vater, du Arzt der Seelen und der Leiber, der du deinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn Jesus Christus, gesandt hast, welcher eine jegliche Krankheit heilt und vom Tode erlöst, heile auch deinen Knecht N. von der augenblicklichen leiblichen und seelischen Krankheit und mache ihn lebendig durch die Gnade deines Christus!“ vgl. L ü b e k: Die christlichen Kirchen des Orients (1911) S. 99, 168 f.

## § 16. Die Weihe.

Das Sakrament der Weihe wurde bereits früher ausführlich behandelt, „Handbuch“ I S. 110—256. Es erübrigt hier nur, die Wirkungen der Weihe zusammenzustellen. Das Sakrament der Weihe wirkt: Gnade, Charakter und geistliche Gewalt.

1) Die besondere G n a d e (gratia sacramentalis) wird gegeben zur richtigen Verwaltung des Amtes und zur Betätigung des klerikalen Wandels Can. 124 (ein Leben, erhaben über das der Laien), insbesondere der priesterlichen Enthaltensamkeit Can. 132 und des kirchlichen Gebetslebens Can. 135.

2) Der W e i h e c h a r a k t e r, eingeprägt wie bei der Taufe und Firmung Can. 732, geht nie verloren, auch wenn der Kleriker in den Laikalstand versetzt wird Can. 211.

3) Die Erteilung schon der ersten Tonjur bewirkt eine Aussonderung aus der Laienwelt Can. 107, so daß den Ausgesonderten ein eigener Name „clerici“ ausschließlich zukommt Can. 108. Diese K l e r i k e r allein können die Weihe- oder Leitungsgewalt, kirchliche Pfründen und Pensionen erlangen Can. 118. Leitung der Gläubigen und Besorgung des Gottesdienstes sind die beiden Zwecke, für die Christus die Geweihten aus der Laienwelt ausgesondert hat Can. 948.

## Die Ehe.

Es konnte nicht Aufgabe des Kodex sein, die Ehe der Ungetauften ausdrücklich zu behandeln, doch finden sich bei der Behandlung des Ehe sakramentes nicht wenige Anhaltspunkte, welche auch über die nicht sakramentale Ehe Licht verbreiten. Im engsten Anschluß an das Gesetzbuch der Kirche sei zunächst ein kurzer Überblick über die Ehe als Naturinstitut gegeben.

### Die Ehe der Ungetauften.

#### § 17. Begriff der naturrechtlichen Ehe.

Die Ehe ist eines Mannes und eines Weibes gesetzmäßige Verbindung, deren Hauptzweck die Erzeugung und Erziehung von Nachkommenschaft ist.

Erläuterung: 1) Das deutsche Wort „Ehe“ bedeutet einen Bund (Band, Geſetz) zwischen Mann und Weib mit nicht undeutlichem Hinweis auf die Beständigkeit (ê, êwa, êa, Ewigkeit). Von den lateinischen Ausdrücken sinnbilden coniugium und consortium die innige Vereinigung; conubium und nuptiae den Eheschließungsritus (Verschleierung der Braut) und matrimonium die Aufgabe der Frau als Mutter = matris munium. Contubernium (Zeltkameradschaft) bezeichnete die Sklavenehe.

2) Die Ehe ist eine Verbindung in doppeltem Sinne, einerseits als etwas Bleibendes oder Bestehendes (Band, Stand), anderseits als etwas werdendes oder verursachendes (Vertrag). Die Ehe als Stand ist der Willkür der Menschen entrückt, da sie in der menschlichen Natur begründet ist. Die Ehe als Vertrag ist namentlich in der Personenwahl der Freiheit der Vertragsschließenden überlassen.

3) Die „Verbindung“ ist ein Gattungsbegriff; er wird zum Artbegriff durch den Zweck: Erzeugung und Erziehung von Nachkommenschaft Can. 1013 § 1. Die Fortpflanzung des Menschengeschlechtes muß menschenwürdig sein, also die körperliche, geistige und sittliche Erziehung in sich schließen. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom



11. August 1919 hat in den Artikeln 119—122 meist ganz gute Grundsätze aufgestellt.

4) Schon aus dem *Zweck* ergibt sich die Notwendigkeit, daß nur ein Mann und ein Weib sich zu diesem Bunde gesellen, der, faßt man die Kindererziehung und die beiden Nebenzwecke (gegenseitige Ergänzung und geregelte Befriedigung des Geschlechtstriebes) ins Auge, dauernd sein muß Can. 1013 § 2. „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, wie sich das Herz zum Herzen findet!“ Schiller: Die Glocke.

5) Die eheliche Verbindung ist *gesetzmäßig*, wenn sie dem *Natursetze* entspricht, also von zwei rechtsfähigen Personen durch freien Konsens eingegangen wird.

### § 18. Die Ehe ein Vertrag.

I. Die Ehe ist ein wirklicher zweiseitiger **Vertrag** zwischen Mann und Frau; denn alle Bedingungen eines Vertrages („*Duorum pluriumve in idem placitum consensus*“ l. 1 et 2 D. 2, 14) sind in der Ehe gegeben: a) eine Vielheit von rechtsfähigen Personen — hier Mann und Weib; b) ein Vertragsgegenstand — hier der Ehestand; vgl. Can. 1081 § 2; c) die nach außen hin genügend fundgegebene Übereinstimmung oder Willenseinigung (*consensus*) der Vertragsschließenden. — Daß die Ehe ein wirklicher Vertrag ist, erhellt aus Can. 1012. — Der Ehekonsens ist „ein Willensakt, wodurch jeder Teil das ständige und ausschließliche auf die zur Kindererzeugung tauglichen Akte gerichtete Recht (dem andern) übergibt und (von ihm) annimmt“. Can. 1081 § 2. — Die Vertragsnatur der Ehe macht es notwendig, daß der Konsens „rechtmäßig fundgegeben wird“; ibi § 1. — Der Konsens kann durch Worte oder Zeichen ausgedrückt werden; kirchenrechtlich wäre es unerlaubt bloße Zeichen zu gebrauchen, wenn Worte möglich sind Can. 1088 § 2.

II. **Folgerungen.** 1) Sind äußere unzweideutige Zeichen vorhanden, fehlt jedoch die innere Zustimmung, so kommt keine Ehe zustande, Can. 1081 § 1. Immerhin muß diese Verbindung im äußeren Rechtsbereich als Ehe beurteilt werden; näheres beim Hindernis des fehlenden Konsenses.

2) Zum Ehevertrage ist die Zustimmung der *Eltern* erwünscht, aber nicht notwendig. Fehlt bei Minderjährigen

die Zustimmung der Eltern, so darf der Pfarrer ohne Beratung mit dem Ordinarius die Trauung nicht vornehmen Can. 1034.

3) Die Eheschließung kann als wirklicher Vertrag durch einen Stellvertreter, einen Dolmetsch, ja auch einen Brief abgeschlossen werden Cann. 1088—91.

Die Stellvertretung ist eine Ausnahme und darum im Rechte möglichst eingeschränkt; sie kann diözesanrechtlich ohne Zustimmung des Ordinarius verboten sein. Die näheren Einschränkungen finden sich im Can. 1089. Durch Widerruf, Tod, Geisteskrankheit des Auftraggebers erlischt der Auftrag. Eine Vertretung des Beauftragten ist unstatthaft. — Auch der Dienst des Dolmetsch darf nur in Nothfällen beansprucht werden Cann. 1090—91. Der briefliche Abschluß der Ehe ist naturrechtlich möglich und erlaubt; vgl. S. C. Conc. d. 30. Sept. 1673 et Rota d. 19. Jan. 1910. Der Roder aber verlangt: „Ad matrimonium valide contrahendum necesse est ut contrahentes sint praesentes sive per se ipsi sive per procuratorem“ Can. 1088 § 1. — Bekannt ist der Eheabschluß zwischen Napoleon I. und der Erzherzogin Marie Luise von Oesterreich am 11. März 1810 in der Augustinerkirche zu Wien, wobei Erzherzog Karl Napoleons Stelle vertrat.

4) Die Ehe ist ein Zustimmungsvertrag, kein Übergabevertrag Can. 1081. Der Geschlechtsverkehr ist kein unzweideutiges Zeichen des eheschließenden Willens, darum ungeeignet zum Eheabschluß, freilich verleiht der Vollzug der Ehe dieser die Vollendung und darum gewisse Rechtswirkungen; näheres bei *Leitner*: Eherecht (3. A.) S. 6.

5) Da der Konsens dem freien Willen der Vertragsschließenden entspringt, so folgt, daß keine menschliche Gewalt denselben ersetzen kann Can. 1086 § 2; 1081 § 1. Keine staatliche, aber auch keine kirchliche Obrigkeit kann denselben je ersetzen, ergänzen oder von demselben dispensieren.

## § 19. Zweck der Ehe.

Dem Institut der Ehe liegt ein Hauptzweck zugrunde und zwei Nebenzwecke. Außerdem kann jeder Brautteil für sich ein bestimmtes Ziel erstreben. Mit den Zwecken der Ehe sind unzertrennlich gewisse Eigenschaften verbunden; ebenso gewisse Güter; darum handelt dieser Paragraph von den Zwecken, Beweggründen, Eigenschaften und Gütern der Ehe.

**I. Zweck.** Der Hauptzweck der Ehe ist „die Erzeugung und Erziehung von Nachkommenschaft, procreatio atque

*educatio prolis*". Dieser Hauptzweck liegt in der menschlichen Natur begründet, außerdem betont ihn der Kodex zu wiederholten Malen; vgl. Cann. 1013 § 1; 1081 § 2; 1082 § 1; 1086 § 2; 1092 nn. 1. 2. — Die beiden Nebenzwecke sind: a) „gegenseitige Hilfe, *mutuum adiutorium*"; b) „Befriedigung und Einschränkung der Begierlichkeit, *remedium concupiscentiae*" Can. 1013 § 1. In wunderbarer Harmonie wirken diese drei Zwecke aufeinander zum Heile der Menschheit Gn 2, 18; 1 Kor 7, 2; 1 Tim 5, 11 ff.

**II. Beweggründe.** Der einzelne Mensch kann sich bei der Eheschließung ein beliebiges erlaubtes Ziel stecken, wenn nur der Hauptzweck nicht ausgeschlossen wird. Der Römische Katechismus zählt mehrere Beweggründe auf, z. B. *haeredis relinquendi desiderium, forma, morum similitudo* etc. p. II. c. 8 q. 13 n. 3.

**III. Eigenschaften.** Zwei Wesenseigenschaften besitzt die Ehe: „Einheit und Unauflöslichkeit, *unitas ac indissolubilitas*". Die Einheit bewirkt, daß ein Mann neben seiner rechtmäßigen Ehefrau keine zweite, dritte usw. besitzen darf und umgekehrt (Verhinderung der Vielweiberei, der Vielmännerei). — Die Unauflöslichkeit schützt das Eheband vor jeder unrechtmäßigen Auflösung, doch gibt es rechtmäßige Lösungen Can. 1013 § 2; 1118 ff.

**IV. Güter.** Mit den Zwecken und Eigenschaften der Ehe sind drei Güter gegeben und unzertrennbar verbunden: a) das Gut der Nachkommenschaft (*bonum prolis*); b) das der Treue (*bonum fidei*); c) das der Unauflöslichkeit (*bonum sacramenti*); vgl. Can. 1086 § 2; 1092 nn. 1 et 2; Gregor IX. in c. 7. De conditionibus (IV 5). Die Wichtigkeit dieser Einteilung wird später bei einzelnen Hindernissen zutage treten, z. B. beim Hindernis der Bedingung, der Impotenz usw.

## § 19 a. Notwendigkeit und Erlaubtheit der Ehe.

Die Ehe ist notwendig für die Erhaltung des Menschengeschlechtes; denn das Menschengeschlecht wird allein würdig fortgepflanzt in der Ehe. Dagegen besteht für den einzelnen Menschen eine solche Notwendigkeit nicht. Manche sind durch ihre körperliche oder geistige Beschaffenheit vom Eheleben

zurückgehalten; manche widmen sich den idealen Gütern der Menschheit und verzichten deswegen freiwillig auf die mit dem Eheleben verbundenen Freuden, mögen sie nun der Wissenschaft, der Tugend oder einem anderen edlen Zwecke sich weihen, z. B. der Seelsorge, der Missionierung der Heidenvölker usw. — Die Einwände gegen die keusche Ehelosigkeit haben wir ausführlich gewürdigt im „Eherecht“ (3. A.) S. 10—14. — Die Kirche steht auf dem Standpunkte, daß die Ehelosigkeit möglich und erlaubt sei, Cann. 132; 487; 1072—73; 1309; 2388.

Damit ist die Erlaubtheit der Ehe dargetan. Verwerflich ist der Irrtum oder die Bosheit jener, welche „das Heiraten verbieten“ (1 Tim 4, 3); noch verwerflicher sind die Anschauungen jener, welche die Ehe verbieten, während sie den freien Geschlechtsverkehr üben und empfehlen.

**Naturrechtliche Ehehindernisse:** I. Hindernisse des fehlenden Konsenses: 1. Mangel des Vernunftgebrauches; 2. Irrtum in der Sache; 3. Irrtum in der Person; 4. absichtliche Entziehung des Ehemillens; 5. Zwang (Furcht — wahrscheinlich); 6. vertragswidrige Bedingung; II. Hindernis des fehlenden Vertragsgegenstandes: 7. Inpotenz; III. Hindernisse der Rechtsfähigkeit: 8. Eheband; 9. Blutsverwandtschaft. — Dazu kommen noch: 10. das Verlöbniß; 11. das Gelübde.

## § 20. Das göttlich-positivc Recht über die Ehe.

Neben der Offenbarung über die Ehe, welche Gott in die Natur des Menschen legte, besitzen wir noch eine in der Heiligen Schrift niedergelegte, besonders in Gn 2, 18. 21—24; Mt 19, 4—6; 1 Kor 6, 16; 11, 8. 9; Eph 5, 28 ff. Die Leitsätze dieser Offenbarung stellen wir kurz zusammen:

1) Das Weib, aus dem Manne von Gott geschaffen, ist Mensch wie der Mann, hat darum die Menschenrechte wie der Mann, jedoch in Unterordnung unter den Mann.

2) Die Ehe ist eine Einsetzung Gottes; darum der menschlichen Willkür entzogen, ein heiliger Stand, c. 1. De voto (III 15) in 6°.

3) Die Ehe ist einig und unauflöslich, Trid. sess. 24; Leo XIII. in Enc. „Arcanum“; Can. 1013 § 2.



Diese drei Sätze, weil der Uroffenbarung angehörend, haben Geltung für die Völker aller Orten und aller Zeiten. Die Bestimmungen des mosaischen Gesetzes, sei es Hindernisse, sei es Privilegien, hatten Geltung nur für das jüdische Volk, und zwar nur bis zum Aufhören des Alten Bundes. Demnach haben alle nichtnaturrechtlichen Hindernisse des Buches Leviticus 18 ihre Gesetzeskraft verloren, auch für die Juden; Trid. sess. 24 c. 3. d. r. m. Ebenso ist das mosaische Privileg des Scheidebriefes vollständig in Wegfall gekommen; Dt 24, 1; Mt 19, 8 ff; Ben. XIV. in Const. „Ap. Ministerii“ d. 16. Sept. 1747. — Von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt die Kirche die Ehen der Ungetauften, wenn sie zur Kirche kommen.

## § 21. Die Heiligkeit der Ehe.

Die Heiligkeit (das religiöse Moment) der Ehe bezeugt Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika „Arcanum“ vom 10. Febr. 1880 mit folgenden Worten: „In der Ehe liegt etwas Heiliges und Religiöses, nicht hinzugekommen, sondern angeboren, nicht von den Menschen überkommen, sondern von Natur der Ehe eingepflanzt. . . . Die Ehe ist ihrer Anlage, ihrer Natur, ihrer Richtung nach heilig.“

**Gründe:** 1) Wäre die Ehe etwas rein Weltliches, so hätte sie Christus nie zur Würde eines Sacramentes erhoben, wie er es tatsächlich getan hat Can. 1012.

2) Die bloße juristische Auffassung der Ehe führt in den letzten Konsequenzen zur Eheauflösung, ja zur „freien Liebe“ (Webels Buch: Die Frau); vgl. Fr. A. von Savigny in seinen Antworten auf die von Turin an ihn gestellten Fragen (Leitner: Eherecht, 3. A., S. 18).

3) Die Ehe galt bei vielen heidnischen Völkern als etwas Heiliges und Religiöses, besonders bei den Römern, deren Recht man als Verkörperung des Naturrechtes ansieht; vgl. Rieg Dr. C.: Grundriß der Römischen Altertümer (3. A.) S. 256.

4) Die Ehe ist heilig durch das Ziel, die Menschen zu Gott zu führen in der Erziehung der Gottesverehrer und durch Heilung der Begierlichkeit (adumbratio incarnationis).

## § 22. Staat und Kirche hinsichtlich der Ehe.

Die Ehe ist vor dem Staate und vor der Kirche, sie ist göttlicher Einsetzung. Durch das Naturrecht sind die Grundzüge des Eherechtes festgelegt (Freiheit des Willens, Rechtsfähigkeit der Personen). Die naturrechtliche Ehegesetzgebung wäre auch hinreichend, wenn die Menschen die Ehe ihrem Zweck entsprechend gebrauchten. Da aber die Menschen nach dem Sündenfalle das Eheinstitut mißbrauchten, so mußte die von Gott gesetzte Gesellschaft die Ehe mit einem schützenden Walle von Gesetzen umgeben (trennende und verbietende Ehehindernisse). Welche von den beiden von Gott gesetzten Gewalten dies sei, ergibt sich aus der Natur der Ehe. Zwar hat die Ehe eine rechtliche Seite, allein vorherrschend ist in ihr das religiös-sittliche Moment. Notwendigerweise muß darum jener Gesellschaft der ausschlaggebende Teil der Ehegesetzgebung zufallen, deren Aufgabe es ist, das Religiös-sittliche zu verwalten: der Kirche.

Die Kirche des Alten Bundes war sich dieser Aufgabe vollständig bewußt; vgl. Lv Kap. 18 und 20. — Im Neuen Testament ging die Ehe in den Rechtsbereich der Kirche über und erhielt durch den göttlichen Heiland die höchste Erhebung: die Erhebung zur Würde eines Sakramentes; Trid. sess. 24. c. 3 d. r. m.

Wohl hätte die Kirche auch die Ehen der **Ungetauften** zu überwachen und zu schützen auf Grund der Vollmacht über den Gegenstand (*ratione materiae*), aber die Personen selbst sind der kirchlichen Amtsbefugnis nicht unterworfen, 1 Kor 5, 12 (*ratione personarum*). Deswegen muß der Staat ergänzend eintreten, um die Ehe mit den der Natur entsprechenden Gesetzen zu umgeben. Daraus folgt:

1) Die Kirche kann für die Ehen der Ungetauften Hindernisse nicht aufstellen; nur mittelbar durch die Getauften können die Ungetauften von der kirchlichen Gewalt getroffen werden.

2) Der Staat kann aus eigener Gewalt eherechtliche Gesetze weder für die Getauften noch für die Ungetauften geben.

3) Der Staat kann stellvertretend für die Kirche den Ungetauften Ehegesetze auflegen, jedoch nur in

Übereinstimmung mit dem Naturrechte (sehr wahrscheinliche Ansicht). — Die viel umstrittene Frage ist genau behandelt bei *Leitner: Eherecht*, 3. A., S. 20.

#### Staatliche Auffassung der Ehe.

I. „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der Geschlechter. — Die Erhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. — Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates“ Artikel 119 der Verfassung des Deutschen Reiches. — Diese Sätze verdienen, richtig aufgefaßt, Anerkennung und Billigung. Die „Gleichberechtigung“ der beiden Geschlechter bezüglich des dreifachen Gutes der Ehe ist eine volle; im Ehe- und Familienleben fordert die Natur eine Überordnung des Mannes (*aequalitas proportionis, non quantitatis*).

II. „Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht“ Art. 120 (Strafe für Mißbrauch, Fürsorgeerziehung für Vernachlässigung). — „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern“ Art. 121. — Dazu bemerkt Konrad Haußmann in seiner „Verfassung des Deutschen Reiches“ (1919) S. XL: „Dieser Satz, der auf die Allmacht des Staates ein fast zu großes Vertrauen hat, ist wichtig wegen der entschlossenen Humanität, die sich in ihm ausdrückt“.

Für die Geschichte der menschlichen Ehe von der Uffenbarung bis auf Christus gilt das Wort *Leos XIII.* in seiner Enzyklika „*Arcanum*“: Die erhabene Auffassung der Ehe in der Uffenbarung „begann allmählich zu verblassen und sich zu verlieren bei den heidnischen Völkern, und selbst beim Judentum schien sie in einen dunklen Wolkenschleier gehüllt“. Näheres über die Geschichte der Ehe bei den Juden und bei den Heiden siehe bei *Leitner: Eherecht* (3. A.) S. 23—46.

### Die Ehe der Getauften.

#### § 23. Die Ehe als Sakrament.

Das Trienter Konzil stellt in seiner 24. Sitzung folgenden Kanon an die Spitze: „Wenn jemand behauptet, die Ehe sei nicht im wahren und eigentlichen Sinne eines von den sieben von Christus eingesetzten Sakramenten des evangelischen Gesetzes, sondern von Menschen in der Kirche erfunden, der sei im Banne.“

**I. Begriff:** Das Sakrament der Ehe ist eines getauften Mannes und eines getauften Weibes gesetzmäßige Verbindung zur Fortpflanzung des Menschengeschlechtes Can. 1012 § 1.

Feinde und (vom 16.—19. Jahrhundert) auch Freunde der Kirche haben behauptet, das Sakrament der Ehe sei ein zum Ehevertrag hinzukommender *Ritus*; aber dem widerspricht klar das Tridentinum c. 1 und der Roder im Can. 1012. — Die „orthodoxe“ Dogmatik der morgenländischen *Schismatiker* lehrt, daß die gegenseitige Einwilligung der Brautleute nur eines der Elemente des Ehesakramentes sei; das andere wesentliche Element ist die Segnung des Bischofes oder Priesters im Namen der heiligsten Dreifaltigkeit; vgl. Lübeck Konrad: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 99, 17 A. 1; Zankow St.: „Die Verfassung der bulgarischen orthod. Kirche“ I § 36.

**II. Folgerungen:** 1) Der Segen des Priesters (Cann. 1100 ff.) gehört nicht zum Wesen des Ehesakramentes, sondern ist Sakramentale.

2) *Spenden* des Ehesakramentes sind die Eheschließenden selbst, welche das Ehesakrament auch *empfangen*.

3) Die Ehe zweier Getauften ist Sakrament, ob sie nun katholisch oder akatholisch sind, ob sie das Sakrament wollen oder nicht, wenn sie nur die Ehe wollen Can. 1012 § 2; vgl. Can. 1086.

4) Die gültige Ehe zweier Ungetauften (oder einer getauften mit einer nichtgetauften Person) wird durch die Taufe beider Sakrament Cann. 1012 § 2; 1013 § 2; 1110; 1118; 1124; Eph 5, 25—32.

**Beweise:** a) Die Päpste Pius IX. und Leo XIII. lehrten: „Jede rechtmäßige Ehe unter Christen ist in sich und durch sich *Sakrament*“, weil sie, wie Leo XIII. sagt, „die mystische Verbindung zwischen Christus und der Kirche sinnbildlich darstellt“, eine Darstellung, welche sich in der christlich gewordenen Ehe gerade so findet wie in der christlich geschlossenen Ehe, Eph 5, 32 (Paulus schrieb den Brief um 62 n. Chr., redete also zu vielen Eheleuten, welche als solche christlich geworden waren).

b) Gleiche Wirkung, gleiche Ursache. Eine christlich gewordene Ehe ist, wenn vollzogen, schlechthin unauflöslich Can. 1118. Diese absolute Unauflöslichkeit aber ist eine Wirkung der Sakramentalität Can. 1013 § 2. Also ist auch die christlich gewordene Ehe ein Sakrament.



c) Wenn der Roderer behauptet: Christus hat den Ehevertrag zur Würde eines Sacramentes erhoben Can. 1012, so ist das richtig zu verstehen nicht nur vom Ehevertrag im Werden, sondern auch vom Ehevertrag im Fortbestande Can. 1012 § 2 („consistere“); vgl. P. Timotheus Schäfer O. Cap.: „Das Eherecht nach dem C. I. C.“ (5. A.) S. 9, wo er nur den Akt des Vertrages als Sacrament gelten und trotzdem die Ehen der Ungetauften durch die Taufe beider zum Sacrament werden läßt.

5) Vielumstritten ist die Frage nach der Materie und Form dieses Sacramentes. Es gibt drei Hauptansichten: a) Catharinus: Der Ehevertrag ist die Materie, die von Christus gesprochenen Worte „Deshalb wird der Mensch Vater und Mutter verlassen“ usw. die Form. — b) Die meisten Gelehrten teilen den Ehevertrag und räumen dem einen Teil den Charakter der Materie, dem anderen den der Form ein. — c) Materie und Form ist der Ehevertrag. — Materie, insofern er unter Menschen; Form, insofern er unter Christen zustande kommt; c. 7 De divortii (IV 19); vgl. Leitner: Eherecht, 3. A., S. 52. — In der „orthodoxen“ Dogmatik ist Materie und Form leichter zu unterscheiden: Ehevertrag = Materie, Priestersegen = Form.

Die Sacramentalität wirkt auch auf das dreifache Gut der Ehe ein: Das Gut der Nachkommenschaft getaufter Eheleute gehört rechtlich zum Gottesreiche, 1 Kor 7, 14. — Die Güter der Einheit und Unauflöslichkeit erlangen volle Festigkeit durch die Sacramentalität Cann. 1013; 1118.

## § 24. Einteilung der Ehe.

Jede zu Recht bestehende Ehe ist eine wahre (*matrimonium verum*) oder eine gesetzmäßige Ehe (*matrimonium legitimum*); vgl. c. 7 De divortii (IV 19); Can. 1075 n. 1.

Die Ehe im allgemeinen wird eingeteilt: 1) in eine gültige Ehe der Getauften und in eine solche der Ungetauften; erstere *matrimonium ratum*, letztere *matrimonium legitimum* genannt Can. 1015 §§ 1 und 3; man könnte hier auch eine sacramentale und eine nichtsacramentale Ehe unterscheiden Can. 1012;

2) in eine geschlechtlich vollzogene und nichtvollzogene Ehe — *matrimonium consummatum*,

matrimonium non consummatum Can. 1015 § 1. Wurde die Ehe zweier Getauften durch den Geschlechtsverkehr vollzogen, so nennt man eine solche Ehe *matrimonium ratum et consummatum*; blieb sie unvollzogen, so heißt sie *matrimonium ratum tantum*. — Wohnen die Ehegatten nach dem feierlichen Eheabschluß beisammen, so steht die Rechtsannahme für den Vollzug der Ehe Can. 1015 § 2.

3) Die Ehe wird eingeteilt hinsichtlich der Art des Abschlusses in eine öffentliche und in eine geheime (*matrimonium publicum*; *clandestinum*), je nachdem die Form der Cann. 1094 sqq. beobachtet wird oder nicht; vgl. Cann. 1098—99; die Gewissensehe (*matrimonium conscientiae*) wird aus gewichtigen Gründen gleichsam vor dem Ordinarius eingegangen Cann. 1104—07.

4) Bezüglich des wirklichen Bestandes unterscheidet man: wirkliche, vermeintliche und rechtlich angenommene Ehen (*matrimonium verum*, *putativum*, *praesumptum*). — Wenn eine eheliche Verbindung nach dem natürlichen und positiven Rechte Geltung hat, so ist es eine wirkliche Ehe (*matrimonium verum*). — Unter einer vermeintlichen oder Scheinehe (*matrimonium putativum*) versteht man eine ungültige Ehe, welche wenigstens von einem der beiden Eheleute für gültig angesehen wird Can. 1015 § 4. — Eine „angenommene“ Ehe (*matrimonium praesumptum*) war bis zur Konstitution „*Consensus mutuus*“ d. 15. Febr. 1892 dann vorhanden, wenn zwei Brautleute an einem tridentinum-freien Orte den vollständigen Geschlechtsverkehr mitsammen ausübten. Diese Rechtsannahme war eine *praesumptio iuris et de iure*, ließ also einen direkten Beweis hiegegen nicht zu. Gegenwärtig gibt es präsumierte Ehen nur mehr nach dem staatlichen Rechte Schottlands, L. W a h r m u n d: „Ehe und Eherecht“, 1906, S. 73, N. 1; L e s k e und L ö w e n f e l d: „Das Eherecht der europäischen Staaten“, S. 549.

5) Nach den bürgerlichen Wirkungen unterschied man vollberechtigte und nichtvollberechtigte Ehen (*matrimonia pleni iuris* und *matrimonia non pleni iuris*). Zu den nicht vollberechtigten Ehen gehörten die „Mißheiraten“ (*disparagia*) und die morganatischen Ehen. — Die mediatisierten ebenbürtigen Geschlechter siehe bei L e i t n e r: „Eherecht“, 3. A., S. 56.

## § 25. Die bürgerliche oder Zivilehe.

I. **Geschichte der Zivilehe.** Die Zivilehe entsprang den von den Glaubensneuerern des 16. Jahrhunderts aufgestellten Grundsätzen über die Ehe, die jedoch nur in den Generalstaaten der Niederlande und in England (hier nur auf sieben Jahre) zur Durchführung kamen. Erst die französische Revolution setzte diese Lehrrsätze allgemein ins Leben um durch Einführung der Zivilehe für das Gebiet der französischen Republik am 20. September 1792. — Deutschland hat die Zivilehe allgemein seit 1. Januar 1876 auf Grund des Gesetzes vom 6. Februar 1875; das BGB. bestätigte dieses Gesetz mit Ausnahme einiger Punkte.

II. **Beurteilung.** 1) Es gibt nur eine Ehe, welche ihrem inneren Wesen nach und unter Christen auch der Sakramentalität nach in den Rechtsbereich der Kirche gehört. Doch stehen dem Staate jene Verfügungen zu, welche die Folgen der Ehe auf bürgerlichem Boden betreffen „*salva competentia civilis potestatis circa mere civiles eiusdem matrimonii effectus*“ Can. 1016. Solche bürgerlichen Folgen sind: die Bestimmungen über Mitgift und eheliches Güterrecht; über Standes- und Erbrecht; Eintragung der geschlossenen Ehe in die öffentlichen Register. — Der Roderx vermeidet gesliffentlich den Ausdruck „*matrimonium civile*“, sondern gebraucht regelmäßig „*actus mere civilis, actus tantum civilis*“; vgl. Cann. 1075 n. 1; 2388 § 1.

2) Vor dem Staate ist die bürgerliche Ehe die Ehe, also die eine und eigentliche Ehe, aus der die Rechte und Pflichten des Ehestandes sich ergeben, wie Vorbedingungen, Wesen, unmittelbare Folgen; vgl. z. B. das BGB. §§ 1303—62. Auch der „Kaiserparagraph“ § 1588, welcher lautet: „Die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe werden durch die Vorschriften dieses Abschnittes nicht berührt“, hat weder die Absicht noch die Macht, dem Staate das Wesen der Ehe zu entziehen, welches das BGB. ihm einräumt.

3) Vor der Kirche gibt es keine Zivilehe, sondern nur die Ehe; indes kann manche „Zivilehe“ zufällig (*per accidens*) eine wirkliche Ehe sein; vgl. Can. 1098 (Notohe) und Can. 1099 (akatholische Ehen).

**III. Einteilung.** Man unterscheidet: eine *Not*, eine *Wahl*- und eine *Zwangszivilehe*.

1) Die *Notzivilehe* tritt ein, wenn der Staat die Ehe überwacht und regelt, weil die Kirche entweder kein *Recht* (berechtigte Notzivilehe) oder keine *Möglichkeit* hat (geduldete Notzivilehe), den eheschließenden Personen etwas vorzuschreiben, oder weil der Staat gewisse Katholiken ohne Grund durch die Kirche in *Not* versetzt glaubt (unberechtigte Notzivilehe). In Österreich z. B. ist diese Notzivilehe vorhanden. Wenn ein Katholik dortselbst eine von ihrem rechtmäßigen Manne geschiedene akatholische Frau heiraten will, so gewährt ihm der Staat die Notzivilehe, wenn er kirchlich nicht getraut werden kann.

2) Die *Wahlzivilehe* gewährt den eheschließenden Personen die Freiheit, entweder vor dem bürgerlichen Standesbeamten oder vor dem kirchlichen Religionsdiener ehelich zu werden, wie in Großbritannien; vgl. unten S. 351.

3) Die *Zwangszivilehe* (obligatorische Zivilehe) des Staates legt allen eheschließenden Personen die Pflicht auf, vor dem staatlichen Beamten ehelich zu werden. Die Zwangszivilehe besteht in Italien, Rumänien, Schweiz, Ungarn und Deutschland; hier mit der Verschärfung, daß die Abschließung der bürgerlichen Ehe die unabweisbare Bedingung für die kirchliche Trauung ist.

**IV. Beurteilung.** Die Kirche muß der Zwangszivilehe gegenüber, mögen auch zufälligerweise aus der Einführung Vorteile erwachsen, unbedingt ablehnend sich verhalten.

**Gründe:** a) Schaden für Kirche und Religion: Trennung von Kirche und Staat auf dem Gebiete der Ehe; — Beraubung des bisherigen Besitzstandes der Kirche (z. B. bis 1. I. 76 in Bayern); — Förderung der religiösen Gleichgültigkeit (Indifferentismus). — b) Schädigung der Ehe, des Familienlebens, somit der Gesellschaft. — c) Schädigung des staatlichen Ansehens; vgl. *Hollweß Joseph*: „Das Zivileherecht des BGB.“, S. 47 ff.; *Leitner M.*: „Eherecht“, 3. A., S. 61 f.



## § 26. Gewalt der Kirche über die Ehe.

Ganz allgemein stellt der Kodex folgenden Satz auf: „Baptizatorum matrimonium regitur iure non solum divino, sed etiam canonico“ Can. 1016.

Der Umfang der Kirchengewalt über die Ehe wird in folgenden Sätzen umschrieben:

1) Das göttliche Recht kann die Kirche in keiner Weise antasten oder ändern Cann. 1038; 1060, sondern nur authentisch erklären.

Die Kirche kann nicht verfügen, daß der Konsens zum Wesen der Ehe nicht notwendig sei; daß die Impotenz, die Blutsverwandtschaft in der geraden Linie, das Eheband nicht trennende Ehehindernisse seien usw. — Dagegen hat die Kirche ausdrücklich erklärt, daß die vorangehende, beständige und sichere Impotenz die Ehe nach dem „Naturrechte“ trenne Can. 1068 § 1; ferner daß die „eunuchi seu spadones utroque teste carentes“ an ständiger Impotenz leiden, Sixtus V. in ep. „Cum frequenter“ d. 27. Iunii 1587; daß die Ehe zwischen Blutsverwandten in der geraden Linie niemals erlaubt wird, Can. 1076 § 3.

2) Die Kirchengewalt kann trennende und verbotende Ehehindernisse aufstellen, sie ganz oder teilweise abschaffen und von ihnen dispensieren Cann. 1038 § 2; 1040.

3) Nur die oberste Gewalt in der Kirche besitzt das Recht dieser Erklärung, Aufstellung, Abschaffung und Dispensierung, also nur der Papst und das Allgemeine Konzil Cann. 218; 222; 1038; 1040. Die Ortsordinarien haben nur das Recht, in einem bestimmten Falle, auf eine bestimmte Zeit und aus gerechter Ursache die Ehe zu verbieten; eine irritierende Klausel kann nur der Apostolische Stuhl anbringen Can. 1039.

„Verworfen wird eine Gewohnheit, welche entweder ein neues Hindernis einführt oder einem bestehenden Hindernis entgegengesetzt ist“ Can. 1041. Früher konnte durch eine Gewohnheit nicht nur ein partikuläres, sondern auch ein allgemeines Hindernis eingeführt werden; man denke an *cultus disparitas*.

4) Die Richtergewalt in Ehesachen besitzt in der Regel der Ortsordinarius Cann. 1964; 1557—61.

5) Untertan der Kirchengewalt in Ehesachen ist jeder Getaufte Can. 1038 § 2; Can. 12; — der Ungetaufte nur indirekt; vgl. Can. 1070. Die Getauften

Katholiken sind der kirchlichen Ehegesetzgebung im allgemeinen unterworfen, außer die Kirche hat ausdrücklich anders verfügt; vgl. Can. 1099.

### Die Ehehindernisse.

#### § 27. Begriff und Einteilung.

**I. Begriff.** Ehehindernis ist ein Kirchengesetz, welches die Ehe behindert, d. h. die Eheschließung entweder unerlaubt oder unerlaubt und ungültig macht Cann. 1035 ff.

**II. Einteilung.** Die Einteilung ist eine achtfache:

1) Hinsichtlich des Ursprungs in rein kirchenrechtliche, z. B. die geistliche Verwandtschaft, und in kirchenrechtliche Hindernisse, die zugleich göttlich-rechtlich sind, z. B. das Eheband Cann. 1013 § 2; 1016; 1038 usw.

2) Hinsichtlich der Dispensierbarkeit in dispensierbar und undispensierbare, z. B. Schwägerschaft ersten Grades der Seitenlinie (dispensierbare); Blutsverwandtschaft ersten Grades der gleichen Seitenlinie (undispensierbar) Can. 1043 ff.

3) Bezüglich der Wirkung in hemmende oder unerlaubt machende (i. *impedientia* oder *prohibentia*) und in vernichtende, ungültig machende oder trennende (i. *irritantia*, *dirimentia*), je nachdem sie eine Ehe nur unerlaubt oder auch ungültig machen Cann. 1036; 1058; 1067 (die Überschrift vor diesen Cann.)

4) Der Ausdehnung nach in solche, welche jede Ehe hindern, und solche, welche die Ehe nur mit gewissen Personen behindern (i. *absoluta*; i. *relativa*). Dazu bemerkt Can. 1036 § 3: Das Hindernis besteht zu Recht, wenn es auch nur auf einer Seite sich findet.

5) Der Zeit des Eintretens nach in vorangehende und nachfolgende (i. *antecedentia*, *supervenientia*); doch sind die Hindernisse des Roder nur vorangehende Can. 1036; das später abgelegte Gelübde ist mehr eine moralische Behinderung Can. 1058.

Vor dem 19. Mai 1918 konnten gewisse Hindernisse auch nach dem Abschluß der Ehe eintreten und die Ehe zwar nicht ungültig machen, aber in ihren Wirkungen beschränken, so daß das Recht, die eheliche Pflicht zu fordern, verlorenging; die Ehe wurde „hinkend“ (*matrimo-*

nium claudicans); so namentlich beim außerehelichen Verkehr des einen Ehegatten mit den Blutsverwandten des andern (*affinitas illicita superveniens*), sowie bei der *cognatio spiritualis subsequens*. Diese Behinderungen der geschlossenen Ehe haben jetzt vollständig aufgehört Can. 1036 §§ 1 und 2 („*prohibitio contrahendi matrimonium*“, nicht *prohibitio utendi matrimonio*).

6) Der Dauer nach in zeitweilige und innerwährende (i. *temporanea, perpetua*), wie Alter — Impotenz.

7) Dem Bekanntsein nach in öffentliche und geheime (i. *publica, occulta*). — Öffentlich ist das Hindernis, welches im äußeren Forum bewiesen werden kann; sonst ist es geheim Can. 1037.

Der Begriff „öffentlich, geheim“ nach Can. 1037 gilt jedenfalls für die Gültigmachung einer Ehe. Für die Dispensen aber der Pönitentiarie und überhaupt des inneren Forums dürfte der alte Begriff von „öffentlich und geheim“ noch gelten, welcher im Can. 2197 niedergelegt ist, wonach ein Hindernis öffentlich ist, wenn seine Kunde bereits unter das Volk gedrungen ist oder voraussichtlich leicht unter das Volk dringen wird Can. 2197 n. 1. Näheres hierüber bei *Leitner: Eherecht* (3. A.) S. 271.

8) Der Natur und dem Zwecke nach in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Hindernisse (i. *iuris publici, i. privati*) Cann. 1586; 1971 § 1 n. 2, je nachdem das öffentliche oder nur das Privatwohl auf dem Spiele steht.

Wir behandeln nun die einzelnen Ehehindernisse nach dem Gesichtswinkel des Ehevertrags, also insofern entweder der Konsens oder das Vertragsobjekt oder die Rechtsfähigkeit der Personen fehlt.

I. Kapitel. Die Ehehindernisse des fehlenden Konsenses.

Der Konsens kann fehlen entweder weil der richtige Vernunftgebrauch nicht vorhanden ist oder weil die geordnete Willenstätigkeit fehlt. Daraus ergeben sich folgende Hindernisse: Mangel des Vernunftgebrauches; Alter; Irrtum in der Sache; Irrtum in der Person; Irrtum im Sklavenstand; — Entziehung des Konsenses; Bedingung; Zwang und Furcht; Entführung und gewaltsame Einschließung.

## § 28. Das Hindernis des fehlenden Vernunftgebrauches. Defectus usus rationis (amentia).

I. Quellen: Cann. 1982; 12; 88 § 3; 1081. — *Rota Romana* d. 7. Jan. 1918 in *Buscoducen. coram Sebastianelli* (AAS. 10, 518).

**II. Begriff.** Das Hindernis des fehlenden Vernunftgebrauches besteht darin, daß wenigstens eine von den Brautpersonen beim Akte der Eheschließung des Vernunftgebrauches entbehrte. Ob das Fehlen ein dauerndes ist, z. B. infolge Geisteskrankheit, oder ein augenblickliches, wie bei Ohnmacht, Bewußtlosigkeit, tut nichts zur Sache. Bei Geisteskranken kommt es darauf an, daß während des Eheschließungsaktes der Vernunftgebrauch wesentlich getrübt war.

**III. Natur.** Dieses Hindernis gehört dem *Naturrechte* an, denn fehlt der Vernunftgebrauch, so fehlt der Konsens, der durch keine menschliche Gewalt ersetzt werden kann Can. 1081 § 1. Die Ungetauften unterstehen diesem Hindernis. Dispense ist unmöglich.

**IV. Der Nichtigkeitsprozeß** wegen *Geisteskrankheit* (amentia) gehört zu den schwierigen Can. 1990; darum hat Can. 1982 für die Beziehung von *Sachverständigen* gesorgt, zu denen jedoch die bisher verwendeten Ärzte nicht genommen werden dürfen; letztere gelten als *Zeugen* Cann. 1982; 1978.

Sehr lehrreich sind die vom Apostolischen Stuhle behandelten Fälle, so die von der S. C. C. entschiedenen *causae Herbipolen.* d. 7. Iul. 1883 (ASS. 16, 262 ff.); *Treviren.* d. 22. Iul. 1899 (ASS. 32, 274); *Argentin.* d. 23. Nov. 1907 (ASS. 40, 736); dann die bei der Römischen Rota verhandelten, von denen die *c. Buscoducen.* (Herzogenbusch) dd. 15. Maii 1915 et 7. Ian. 1918 (AAS. 10, 517—26) sich durch besonders gründliche Behandlung auszeichnet.

**V. Staatliche Bestimmungen.** A. *Deutschland.* BGB. § 1325 stimmt mit dem Kirchenrecht überein, indes ist die „bürgerliche Ehe“ auch nichtig, wenn ein „wegen Geisteskrankheit Entmündigter“ ehelich wird BGB. § 104. — B. *Österreich.* Außer den naturrechtlich Unfähigen können auch „die für wahn- oder blödsinnig *Erklärten*“ einen gültigen Ehevertrag nicht errichten ABGB. §§ 48, 21, 273. — C. Das *Schweizer* Zivilgesetzbuch bestimmt im Artikel 120 n. 2: „Eine Ehe ist nichtig, wenn zurzeit der Eheschließung einer der Ehegatten geisteskrank oder aus einem



dauernden Grunde nicht urteilsfähig war.“ War der Grund vorübergehend, so kann die Ehe angefochten werden Art. 123.

## § 29. Hindernis des fehlenden Alters.

### Aetas.

I. **Quellen:** Cann. 1067; 12; 88; 1042 sqq.

II. **Begriff.** Dieses Hindernis besteht darin, daß eine männliche Person vor Vollendung des 16., eine weibliche Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres weder erlaubt- noch gültigerweise eine Ehe eingehen kann Can. 1067 § 1. — „Wenn auch die Ehe, nach dem genannten Alter eingegangen, gültig ist, so ist es doch Aufgabe der Seelsorger, die jungen Leute von Eheschließungen in einem für die betreffenden Gegenden zu frühen Alter“ abzumahnern ibi § 2. Die Geschlechtsreife tritt bekanntlich nicht im gleichen Alter ein: Je höher und kälter das Klima, je naturgemäßer, gesünder und jittenreiner die Lebensweise, desto später; vgl. *Leitner M.: Eherecht*<sup>3</sup> S. 75 f.

Das bis zum 19. Mai 1918 geltende Recht. Maßgebend war das Reifealter von 14 bzw. 12 Jahren (Can. 88 § 2). In Anlehnung an dasselbe galten folgende Regeln: a) Fehlte die Reife des Geistes, so kam das Hindernis des mangelnden Vernunftgebrauches in Frage (oben S. 182). — b) Fehlte die geistliche Zeit und die Reife des Körpers bei Vorhandensein der Geistesreife, so hatte man das eigentliche kirchenrechtliche Hindernis des fehlenden Alters, von dem nur äußerst ungern dispensiert wurde c. 2. De desp. impub. (IV 2). — c) Fehlte nur das gesetzmäßige Alter, so bestand an sich kein Hindernis, indes mußte der Ordinarius entscheiden „utrum malitia sive prudentia suppleret aetatem“ cc. 3. 8. 9 (IV 2). — d) Fehlte nur die körperliche Reife, so mußte geprüft werden, ob nicht vielleicht Impotenz der Grund war.

III. **Natur.** Das Hindernis des Alters gehört dem reinen Kirchenrecht an. Die Ungetauften sind demselben also nicht unterworfen Can. 12. Dispense ist — die geistige Reife vorausgesetzt — möglich, auch nach den Cann. 1043—45, sonst nur durch Gewährung des Apostolischen Stuhles; das Hindernis gehört zu denen des höheren Grades Can. 1042 § 2.

IV. **Staatliche Bestimmungen.** A. Deutschland. BGB. §§ 1302—06; 1315; 1322; 1331; 2—3; 104—106.

Nichtig ist die Ehe einer noch nicht siebenjährigen Person; anfechtbar ist die Ehe einer in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Person ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters. a) Alle Personen können ohne weiteres nach erlangter Volljährigkeit (21. Lebensjahr) heiraten; b) Mannspersonen außerdem noch vom vollendeten 18. Lebensjahre an; c) Frauenspersonen vom vollendeten 16. Lebensjahre an und mit landesherrlicher Befreiung auch vor dieser Zeit. Professor Dr. iur. U. Lampert berichtet in seiner Arbeit „Zur Beurteilung des persönlichen Eherechtes im Vorentwurf eines schweizerischen Zivilgesetzbuches (Basel 1901)“ S. 27, daß „im Deutschen Reiche innerhalb 15 Jahren mehr als 20 000 Mädchen diese Dispense erhielten“. — B. Östereich. Das Ehemündigkeitsalter für beide Geschlechter ist das vollendete 14. Lebensjahr ABGB. §§ 48, 21. — C. Schweiz. „Um eine Ehe einzugehen, muß der Bräutigam das 20., die Braut das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben“ Art. 96.

## § 30. Das Hindernis des Irrtums in der Sache.

### Error circa rem.

I. Quellen: Can. 1082—1085; 16; 104.

II. Begriff. Zur Klärung des Begriffes dienen die Canones des Kodex. „Wenn ein Irrtum sich auf das Wesen eines Aktes bezieht, so ist dieser Akt ungültig“ Can. 104. Wenn eine Person weiß, daß die „Ehe eine Verbindung zwischen Mann und Weib zur Kindererzeugung“ ist (Can. 1082 § 1), so genügt das. Ein Irrtum (allein) bezüglich der Einheit oder der Unauflöslichkeit oder der sakramentalen Würde, auch wenn er den Ehevertrag veranlaßte, ist kein wesentlicher Irrtum Can. 1084. Ein Irrtum bezüglich der Ungültigkeit (ja sogar die Kenntnis dieser Ungültigkeit) der Ehe schließt den Ehekonsens an sich nicht aus Can. 1085. Auch der Irrtum oder die Unkenntnis der Mittel zur Kindererzeugung ist kein wesentlicher Irrtum S. C. C. d. 15. Mart. 1856 in Bamberg. et dd. 18. Dec. 1869 et 28. Mart. 1870 (ASS. 5, 652 f.). — Glaubt jedoch eine Brautperson in unüberwindlichem Irrtum, die Ehe sei eine Verbindung von zwei beliebigen Personen zu einem Zwecke,

der mit der Kindererzeugung nichts zu tun hat, so haben wir einen wesentlichen Irrtum, der die Ehe nichtig macht. Diese Unkenntnis des wahren Wesens der Ehe wird vor Erreichung der Reifejahre (14 bzw. 12 Can. 88 § 2) präsumiert, nachher muß sie eigens bewiesen werden Can. 1082 § 2.

In der am 6. August 1881 vom S. C. C. entschiedenen *causa* (ME. III<sup>1</sup> 65) war die Kenntnis in der Braut vorhanden, daß die Ehe eine „Verbindung von Mann und Weib zur Erzeugung von Kindern“ sei, allein dieselbe wollte eine solche Verbindung durchaus nicht, sondern nur „eine literarische Ehe zur Erzeugung von Büchern“ (Maria war Schriftstellerin, besonders Dichterin; Stanislaus Buchhändler). Die Konzilskongregation entschied die Frage nicht prinzipiell sondern auf dem Umwege der Dispensation *super rato*, doch wurde der Frau „eine schwere Buße nach Gutdünken des Ordinarius“ aufgelegt. Diese Ehe wäre nicht ungültig auf Grund des Can. 1082, wohl aber nach Can. 1086 § 2 (davon unten).

**III. Natur.** Das in der oben dargestellten *Begrenzung* aufgestellte Hindernis ist naturrechtlich. Doch dürfte naturrechtlich eine Ehe auch dann ungültig sein, wenn *Ungetaufte* in dem unüberwindlichen Irrtume bezüglich der *Einheit* oder *Unauflöslichkeit* der Ehe eine Verbindung eingehen, weil ihnen eben die Kenntnis einer von Christus geheiligten Ehe abgeht. In diesem Sinne entschied das heilige Offizium am 18. (19.) Mai 1892 ad I und am 25. (27.) Mai 1898 in *Siouxormen*. (*Sioux Falls*); vgl. ME. X<sup>2</sup> 77; Ben. XIV. in Syn. I. 13 c. 22 n. 7; Can. 1127.

**IV. Staatliche Bestimmungen.** A. *Deutschland*. BGB. § 1332: „Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der bei der Eheschließung nicht gewußt hat, daß es sich um eine Eheschließung handle.“ — B. *Österreich*. Kein besonderes Hindernis ABGB. § 59. — C. *Schweiz*. ZGB. Art. 124: „Ein Ehegatte kann die Ehe anfechten, wenn er aus Irrtum sich hat trauen lassen, sei es, daß er die *Trauhandlung* selbst (oder daß er die Trauung mit der angetrauten Person) nicht gewollt hat.“

## § 31. Das Hindernis des Irrtums in der Person.

### Error circa personam.

I. **Quellen:** Cann. 1083; 16; 104.

II. **Das Hindernis nach dem Roder.** „Ein Irrtum in der Person macht die Ehe ungültig“ Can. 1083 § 1.

„Ein Irrtum in der Eigenschaft einer Person macht, auch wenn sie den Vertrag veranlaßt, die Ehe nicht ungültig, außer der Irrtum in einer Eigenschaft geht über in einen Irrtum in der Person“ ibi § 2 n. 1.

Dieses Hindernis dürfte wenigstens nach den Sitten des Abendlandes äußerst selten vorkommen; denn es müssen hier alle Fälle ausgeschieden werden, in welchen eine Brautperson das Vorhandensein einer Eigenschaft zur unerläßlichen *Bedingung* macht (Can. 1092 n. 3). Wenn eine solche Bedingung nicht gemacht ist, so gilt der alte Grundsatz: *Dummodo constet de corpore, cetera non nocent*. Darum tut der Gültigkeit der Ehe keinen Eintrag ein Irrtum (auch durch *Täuschung* veranlaßt) bezüglich des Vermögens, des Berufes, der Sitten, der geschlechtlichen Unversehrtheit, der Gesundheit, des Namens, wie viele CC. des Apostolischen Stuhles beweisen, z. B. *Rota coram Perathoner* in Limburchen. d. 2. Jan. 1913 (ME. 25, 462), et coram Heiner d. 16. Apr. 1913 in *Ce-Li-Meridio-Occidentali* (ME. 26, 265).

III. **Natur.** Das Hindernis des Irrtums, wie Can. 1083 § 1 und § 2 n. 1 es darlegen, ist naturrechtlich; eine Dispense ist darum unmöglich; dagegen kann nach Aufhören des Irrtums die Gültigmachung stattfinden nach den Can. 1136.

IV. **Staatliche Bestimmungen.** A. **Deutschland.** Die Ehe ist *anfechtbar*: 1) im Falle des Irrtums in der Person des Ehegatten BGB. § 1333; 2) im Falle des Irrtums über solche *persönliche* (körperliche, geistige, sittliche) Eigenschaften des anderen Ehegatten, welche den (irrenden) Ehegatten bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten hätten § 1333; 3) im Falle einer arglistigen *Täuschung* auch über Umstände, welche den Getäuschten in gleicher Weise abgehalten hätten, BGB. § 1334 I; nur bei Täuschung über Vermögensverhältnisse gibt es keine Anfechtung a. a. O. II. — B. In **Österreich** gelten die Grundsätze des Naturrechtes; doch geht ABGB. § 58 darüber hinaus bezüglich des Irrtums über die *praegnantia*



ab alio, außer bei Mißachtung der Witwenfrist vgl. § 121. — C. Das Schweizer Recht gleicht dem des D. R. (A.); Art. 124—25 des Schweizer Zivilgesetzbuches.

## § 32. Der Irrtum über den Sclavenstand einer Person. *Error circa conditionem servilem.*

I. **Quellen:** Cann. 1083 § 2 n. 2; 987 n. 4. — De coniug. servorum (IV 9).

II. **Begriff.** Dieses trennende Hindernis besteht darin, daß „eine freie Person mit einer vermeintlichen freien Person die Ehe schließt, während in Wirklichkeit letztere Person dem eigentlichen Sclavenstande angehört“ Can. 1083 § 2 n. 2.

III. **Natur.** Wenn auch manche für die Naturrechtlichkeit dieses Hindernisses eintreten, so ergibt sich aus der Natur der Sache und aus dem Wortlaut des Can. 1083 der Charakter eines rein kirchenrechtlichen Hindernisses. Die Ungetauften sind nicht gebunden. Dispense wäre möglich, ist jedoch nicht praktisch.

IV. **Staatliche Bestimmungen** wie oben unter § 31.

Die bisherigen Hindernisse entspringen dem Mangel der zur Eheschließung notwendigen Kenntnis. Nunmehr setzen wir diese Kenntnis voraus, so daß die folgenden lediglich das Fehlen des wesentlichen Willensaktes zur Voraussetzung haben.

## § 33. Der freiwillig entzogene Konsens. *Defectus consensus.*

I. **Quellen:** Cann. 1081; 1086; 1092; 104.

II. **Begriff.** Der Ehekonsens wird dann freiwillig entzogen, wenn bei Vorhandensein der äußeren genau beobachteten Eheschließungsform („*verbis vel signis in celebrando matrimonio adhibitis*“) von einer oder von beiden Brautpersonen der innere Konsens in seinem Wesen nicht gegeben wird Can. 1086. Dies geschieht, wenn entweder „die Ehe selbst oder jedes Recht auf den ehelichen Akt oder eine der Wesenseigenschaften der Ehe (Einheit und Unauflöslichkeit Can. 1013 § 2) durch ausdrücklichen Willensakt ausgeschlossen wird“ Cann. 1086 § 2; 1092 nn. 1. 2. — Diese Entziehung des

Ehekonsequenzen kommt hauptsächlich vor: 1. beim Abschluß der „bürgerlichen Ehe“; 2. bei Verstellung (*simulatio*); 3. bei Scherz.

**Zivilehe.** Die Katholiken sind nach den Anweisungen der Kirche gehalten, beim Abschluß der Zivilehe nur in der Meinung zu handeln, daß sie dem bürgerlichen Akte genügen, ohne eine wahre Ehe zu wollen („*mere caeremoniam civilem peragere*“) Ben. XIV. in Brevi „*Redditae sunt nobis*“ d. 17. Sept. 1746; S. Poen. Instr. d. 15. Jan. 1866; Rota coram Sebastianelli d. 18. Nov. 1918 in Argentinien. (AAS. 11, 358 sqq.). Folgen die Katholiken der Mahnung der Kirche, so kommt nie eine Ehe vor Gott und der Kirche zustande, mag die „Zivilehe“ gültig, ungültig oder anfechtbar sein. — Gezen aber Katholiken bei dem Zivilakte den wahren Ehekonsequenzen, so kann seit dem 19. Mai 1918 eine wahre Ehe nur in den Notfällen des Can. 1098 zustande kommen; vom 19. April 1908 bis 19. Mai 1918 in Deutschland und Ungarn auch bei Mischehen, wenn beide Teile in Deutschland (Ungarn) geboren waren und der akatholische Teil niemals mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte; vor dem 19. April 1908 auch sonst, wenn an einem Orte das c. *Tametsi* nicht verpflichtete. — „Kann nach den Gesetzen eines Landes der bürgerliche Akt der kirchlichen Eheschließung folgen, so müssen Katholiken beim nachfolgenden Zivilakte die gleiche Absicht haben, wie wenn sie vorher zu schließen gewesen wäre, nämlich, nur dem bürgerlichen Gesetze zu genügen“ S. C. C. d. 7. Jan. 1899 in Olomuen. (Leitner M.: *Eherecht*<sup>3</sup> S. 87).

**Verstellung** (Erheuchelung des Konsenses, *simulatio sive fictio consensus*). Ein erheuchelter Konsens ist kein Konsens; es fehlt die Seele des Vertrages. Freilich der Beweis im äußeren Forum ist sehr schwer zu führen, wie schon Innozenz III. in c. 26 De spons. (IV 1) bemerkt. Die *Umsicht* ande vor, bei und nach der Eheschließung müssen geprüft werden. Namentlich muß die wahre Absicht des Heuchlers zutage gefördert werden, z. B. die Verführung einer unbescholtenen Jungfrau c. 26 cit., die Erlangung der Mitgift, des Vermögens, der Stellung des anderen „Gatten“ S. C. C. in Parisien. dd. 7. Jul. et 1. Sept. 1883; in altera Parisien. d. 7. Mart. 1885 (ASS. 18, 14—31). Die *Rechtsannahme* steht bei einer kirchlichen Ehe für den Konsens Can. 1086 § 1.

Wie der Eheabschluß mit Verstellung, so ist auch jener aus Scherz strafbar. Doch wenn sich aus der Gemütsanlage der Person und aus den Umständen ergibt, daß es sich lediglich um Scherz handelte, so ist kein wahrer Konsens vorhanden, die Ehe darum nichtig. S. C. C. in *Asculana* d. 14. Dec. 1889, ASS. 22, 529—46.

III. **Natur.** Das Hindernis ist naturrechtlich, trifft also auch die Ungetauften. Dispense ist unmöglich. Die Gültigmachung geschieht nach Can. 1136.

IV. **Staatliche Bestimmungen.** A. *Deutschland.* BGB. § 1332: „Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der . . . eine Erklärung, die Ehe eingehen zu wollen, nicht hat abgeben wollen“. — B. In *Österreich* und der *Schweiz* fehlen ausdrückliche Normen.

## § 34. Das Hindernis der Bedingung.

I. **Quellen:** Cann. 1092; 1086; 1081 § 2; 1013. — *De conditionibus* (IV 5).

II. **Begriff und Einteilung.** Bedingung ist ein Vertragszusatz, der die Verpflichtung des Vertrages in der Schwebe läßt bis zum Eintritt eines künftigen Ereignisses.

Man teilt die Bedingungen ein: a) in Bedingungen betreffs der *Zukunft* (c. de futuro) und solche betreffs der *Vergangenheit* oder *Gegenwart* (c. de praeterito vel praesenti) Can. 1092 (Zeit);

b) in *mögliche* und *unmögliche* ibi n. 1;

c) in *sittlich erlaubte* und *unerlaubte* ibi nn. 1 und 3;

d) in Bedingungen gegen das *Wesen* und nicht gegen das *Wesen der Ehe* ibi nn. 1 und 2.

Erlaubte und mögliche Bedingungen dürfen nur aus einem gewichtigen Grunde und mit Erlaubnis des Ordinarius dem Ehevertrag beigelegt werden. — Alle übrigen Bedingungen (unerlaubte, unmögliche) können nicht ohne Sünde beigelegt werden; zielen sie auf die *akatholische Kindererziehung* ab, so tritt die dem Ordinarius vorbehaltene *Exkommunikation* ein Can. 2319 § 1 n. 2.

III. **Die beiden Hindernisse.** A. „*Conditio semel apposita et non revocata, si de futuro licita, valorem matrimonii suspendit*“ Can. 1092 n. 3. Eine Ehe, eingegangen

unter einer erlaubten und möglichen Bedingung der Zukunft, entbehrt der Gültigkeit, wenn die Bedingung nicht in Erfüllung geht. In der Zwischenzeit können beide Teile auf die Bedingung oder auf die Ehe verzichten cc. 3. 5. 6 De cond. (IV 5). — Eine Ehe, eingegangen unter einer erlaubten und möglichen Bedingung der Gegenwart oder Vergangenheit, ist sofort entweder gültig oder ungültig, je nach der Erfüllung oder Nichterfüllung der Bedingung Can. 1092 n. 4. Doch muß die Kenntnis des Tatbestandes abgewartet werden.

B. Eine Bedingung der Zukunft gegen das Wesen der Ehe macht diese ungültig Can. 1092 n. 2. Diese Bedingung kann unerlaubt oder erlaubt sein; meistens ist sie unerlaubt. Papst Gregor IX. gibt folgende drei Bedingungen als gegen das Wesen der Ehe verstößend an:

1) *Contraho tecum, si generationem prolis evites* (bonum prolis).

2) *Contraho tecum, donec inveniam aliam honore vel facultatibus digniorem* (bonum sacramenti).

3) *Contraho tecum, si pro quaestu adulteranda me tradas* (bonum fidei); vgl. Cann. 1015 § 2; 1081 § 2. — Der Zusatz muß, soll er die Ehe ungültig machen, als unerläßliche Bedingung beigefügt werden im inneren und äußeren Forum.

Josephs Ehen sind gültig, wenn zwar ein Voratz oder ein Gelübde der vollen Enthaltensamkeit vorliegt, nicht aber eine unerläßliche Bedingung. In der Gültigkeit ändert eine erst nach Eheabschluß aufgestellte Bedingung nichts; denn *matrimonium semel validum, semper validum*.

IV. Die staatlichen Bestimmungen in D., Ö. und Schw. erlauben die Beifügung von Bedingungen nicht.

## § 35. Das Hindernis der Gewalt und Furcht.

### Vis et Metus.

I. Quellen: Cann. 1087; 103; 1684—85; 2205; 2218 § 2; vgl. Cann. 542 n. 1; 2352.

II. Begriff. Gewalt bedeutet: a) eine Nötigung der äußeren Handlung (Zwang); b) die Beeinflussung der



menshlichen Freiheit als Korrelat zur Furcht. Im zweiten Sinne aufgefaßt, fällt die Erörterung der Gewalt mit jener der Furcht zusammen. Zwang im eigentlichen Sinne aber macht das Zustandekommen einer Ehe unmöglich. Darum sagt Can. 103 § 1: „Actus quos persona sive physica sive moralis ponit ex vi extrinseca c i resisti non possit, pro infectis habentur“, wie das bisherige Recht.

Furcht im allgemeinen ist ein „Schwanken des Geistes um einer gegenwärtigen oder zukünftigen Gefahr willen“; l. 1. D. 4, 2.

Über die Furcht als trennendes Ehehindernis äußert sich Can. 1087 § 1: „Invalidum est matrimonium initum ob vim vel metum gravem ab extrinseco et iniuste incussum, a quo ut quis se liberet, eligere cogatur matrimonium“. Demnach muß die Furcht, soll sie trennendes Ehehindernis sein, vier Erfordernisse aufweisen, sie muß a) schwer; b) von außen her; c) ungerecht und d) zur Erzielung des ehelichen Konsenses eingeflößt sein.

a) Die Furcht muß *schwer* sein in Anbetracht aller Umstände, also der Größe des Übels; der Nähe der Gefahr; der Beschaffenheit der Person, welche Furcht erleidet.

Schwere Furcht ist auch gegeben, wenn Furcht sich mit Ehrfurcht paart (metus reverentialis). Die S. Rota entschied einen merkwürdigen Fall von metus reverentialis. (Verweigerung der heiligen Sakramente durch den Apostolischen Vikar) Rota coram Sebastianelli d. 10. Maii 1918.

b) Von außen her muß die Furcht kommen, also von einer freitätigen Ursache. Doch ist es im wesentlichen gleich, ob die beteiligte Person den Zwang ausübt oder eine dritte.

c) Ungerechterweise muß die Furcht eingeflößt sein, d. h. das angedrohte Übel muß gegen die Gerechtigkeit verstoßen, was besonders bei Entziehung eines Vorteils (lucrum) von Bedeutung ist.

d) Zum Eintritt des Hindernisses ist notwendig eine Furcht, „zu deren Beseitigung der Furchtleidende sich gezwungen sieht, die Ehe zu wählen“.

Also nicht der Furchteinflöser, sondern der Furchtleidende gibt die Richtung auf die Ehe.

Sind die vier Erfordernisse gegeben, so liegt auch das Hindernis vor; fehlt dagegen nur eines der Erfordernisse, so ist die Ehe gültig.

**III. Natur.** Zwang verungültigt die Ehe nach dem Naturrechte. Furcht dagegen verungültigt die Ehe sicher nach dem Kirchenrechte, nach dem Naturrechte aber nur sehr wahrscheinlich; vgl. Sanchez, Schmalzgrueber, Feije, Gasparri u. a., so daß man bei Ungetauften die denselben günstigere Ansicht anwenden darf; S. Rota coram Sebastianelli d. 10. Maii 1918 (AAS. 11, 89—93). — Die Gültigmachung geschieht nach Can. 1136.

**IV. Staatliche Bestimmungen.** A) Deutschland. BGB. § 1335. Die Ehe ist ansechtbar unter denselben Voraussetzungen wie im Kirchenrecht. — B) Österreich hat das gleiche Recht wie die katholische Kirche. ABGB. § 55. — C) Das Schweizer Recht gleicht dem in Deutschland. A. 126.

## § 36. Das Hindernis des Raubes (der Entführung).

### Raptus.

**I. Quellen:** Cann. 1074; 2353—54; — Tridentinum sess. 24. c. 6. de r. m.

**II. Begriff.** Raub oder Entführung ist die gewaltsame Entfernung einer Frauensperson von einem Orte an einen nicht sicheren Ort zum Zwecke der Eheeingehung Can. 1074 § 1.

a) Die Gewalt kann sich betätigen durch physische oder moralische Mittel (Überlistung).

b) „Frauensperson, mulier“ bedeutet jede Frauensperson mit Ausschluß der Männer.

c) Zum Raube gehört notwendig eine Veränderung des Ortes; jedoch hat Can. 1074 das Hindernis ausgedehnt auf die „gewaltsame Zurückhaltung oder Einschließung an einem bisher freien Orte“ (retentio oder detentio violenta) Can. 1074 § 3.

d) Wie Can. 1074 betont, muß die Entführung oder Einschließung zum Zweck der Eheschließung geschehen; das Hindernis wäre bei anderen Zwecken nicht gegeben.

e) **Einteilung.** Man teilt das Hindernis der Entführung ein: 1) in ein Hindernis der eigentlichen Entführung und ein Hindernis der Einschließung. — 2) Früher unterschied man den *raptus violentiae* und den *raptus seductionis*, endlich die *fuga*.

**III. Aufhören.** Das Hindernis hört auf: a) von selbst; b) durch kirchliche Dispense. — Wird der bisher unsichere Ort ein sicherer und freier, so hört das Hindernis von selbst auf. — Von dem rein kirchenrechtlichen Hindernis der Entführung usw. gibt es Dispens nach den Cann. 1043 sqq.; sonst dispensiert nur der Apostolische Stuhl; denn *raptus* ist ein Hindernis höheren Grades Can. 1042 §§ 2 et 3.

**IV. Die Strafen** sind ausgesprochen in den Cann. 2353—54; damit sind die tridentinischen beseitigt; doch ist die Pflicht der Versorgung geblieben; vgl. *Zeitner M.: Ehe recht* (3. A.) S. 103.

**V. Staatliche Bestimmungen.** A) **Deutschland.** Das BGB. kennt kein eigenes Hindernis der Entführung; doch gehören hieher BGB. §§ 1304, 1305; 1335; RStGB. §§ 236 und 237. — B) **Schweiz** wie in Deutschland. — C) **Österreich** wie im alten Kirchenrecht.

**II. Kapitel. Das fehlende Vertragsobjekt.**  
Vertragsgegenstand des Ehevertrages ist nach Can. 1081 § 2: das „*ius in corpus, perpetuum et exclusivum, in ordine ad actus per se aptos ad prolis generationem*“. Ist nun die Körper- oder die Nervenbeschaffenheit einer Person derart, daß sie die für die Kindererzeugung tauglichen Akte nicht setzen kann, so vermag sie unmöglich ein entsprechendes Recht andern zu übertragen; es fehlt also die Möglichkeit, den Vertrag zu erfüllen. Dies ist gegeben bei dem geschlechtlichen Unvermögen.

## § 37. Das Hindernis des geschlechtlichen Unvermögens. **Impotentia.**

**I. Quellen:** Cann. 1068; 1963; 1966 sqq.; 1975—81. — *Sixti V. Const.* „*Cum frequenter*“ d. 27. Jan. 1587.

**II. Der Gesetzestext:** „*Impotentia antecedens et perpetua, sive ex parte viri sive ex parte mulieris, sive alteri*

cognita sive non, sive absoluta sive relativa, matrimonium ipso naturae iure dirimit (§ 1). — Si impedimentum impotentiae dubium sit, sive dubio iuris sive dubio facti, matrimonium non est impediendum (§ 2). — Sterilitas matrimonium nec dirimit nec impedit (§ 3)“ Can. 1068. Daraus ergibt sich der Satz: Das sichere vorangehende und ständige Unvermögen ist nach dem Naturrechte ein trennendes Ehehindernis.

Erläuterung: 1) Begriff. Der Index gibt keine Begriffsbestimmung von „impotentia“. Wir erfahren nur, daß das „Unvermögen“ auf seiten des Mannes oder des Weibes oder auf beiden Seiten sein kann Can. 1068, daß eine körperliche Untersuchung hierüber Aufschluß geben kann, freilich nicht immer Cann. 1976 sq., endlich daß die Unfruchtbarkeit (sterilitas) allein kein Ehehindernis bildet Can. 1068 § 3. Wir müssen also, um den Begriff zu gewinnen, zu den sicheren Resultaten des früheren Rechtes und der allgemein angenommenen Gelehrtenansicht uns wenden. Darnach ist Impotenz „die Unfähigkeit den vollständigen Geschlechtsverkehr zu pflegen“. Zum vollständigen Geschlechtsverkehr gehört nach allgemeiner Ansicht die Einführung des männlichen Gliedes in die Scheide des Weibes mit dem hierbei erfolgten Samenerguß, Gasparri P.: Tract. de matr. I<sup>2</sup> n. 510.

Darum ist Impotenz sicher gegeben, a) wenn dem Manne beide Hoden (testes, testiculi) vollständig fehlen, Sixtus V. im Breve „Cum frequenter“ d. 27. Jun. 1587: Die Ehen von „eunuchi et spadones utroque teste carentes“ sind null und nichtig; ein Samenerguß ist ja unmöglich; das Fehlen kann durch Natur oder Menschen eingriff veranlaßt sein Mt. 19, 12; b) wenn es unmöglich ist, in sittlich erlaubter Weise den männlichen Samen wenigstens in die Scheide des Weibes zu bringen. Es ist Grundsatz der Sakramentenkongregation: Non sufficit copula vulvaris, sed requiritur copula vaginalis i. e. copula intra orificium vaginae.

1) Die Gründe der Unmöglichkeit werden in den Dekretalen Gregors IX. angegeben: „De frigidis, et maleficiatis, et de impotentia coeundi“. Die Impotenz kann also begründet sein in Fehlern der Organe („impotentia“) oder der Nerven („frigidi et malefici-



ati“). Beim Mann kann das Glied fehlen, verkümmert, durch anormale Harnröhrenmündungen unbrauchbar sein; beim Weibe kann der Zugang zur Scheide ganz oder zum Teile verschlossen sein. Auf dem Gebiete der Nerven liegt die *frigidity*, die vollständige Unempfindlichkeit gegenüber sexuellen Reizen, oft beschränkt auf gewisse Personen; dann die „*caliditas*“, von welcher der Aquinate schon sagt: „*Haec impotentia rarissima aut vix unquam contingit*“ in 4 D. 34 q. 1 a. 2 ad 6; das „*maleficium*“, die Verheerung wäre gegeben, wenn durch Einfluß der bösen Geister das geordnete Geschlechtsleben behindert würde, Tob 6, 14 ff; 7, 11 f; Santi-Leitner IV 15 n. 2. Auf Seiten des Weibes tritt der „*Vaginismus*“, d. h. „die krankhafte Zusammenziehung des Schließmuskels des *introitus vaginae*, bei jedem Versuche zur *copula*, ja bei jeder Berührung“ (Capellmann-Bergmann: „*Pastoralmedizin*“<sup>17</sup> S. 302) dem Geschlechtsvermögen entgegen; vgl. Leitner: *Eherecht*<sup>3</sup> § 66 B. — 2) Impotenz ist auch dann gegeben, wenn die Geschlechtsvereinigung nur auf sehr harte Weise möglich ist, z. B. durch *injectione seminis artificialis*, welche Leo XIII. durch das heilige Offizium als sittlich unerlaubt verwarf S. Off. d. 24. (26.) Mart. 1897.

2) Indes gibt es auch Gelehrte, welche zum vollständigen Verkehre die Möglichkeit fordern, daß der Verkehr fruchtbar ist, also die *potentia generandi*.

Papst Sixtus V. hat das für die Männer klar und deutlich gefordert, Breve „cum frequenter d. 27. Jun. 1587; denn die Geschlechtsvereinigung ist nicht selten den „*castrati utroque teste carentes*“ möglich; so sagt Magnus Hirschfeld in seinem Werke „*Geschlechtliche Entwicklungsstörungen*“ (1917) S. 24: „Sexuelle Bedürfnisse bei Kastraten, verbunden mit *potentia coeundi*, sind außer Zweifel gestellt.“ Die Spermatozoen sind das Zeugungselement des Mannes. Ist dieses zur *copula perfecta* notwendig, so geht der Schluß dahin, daß auch die Erreichbarkeit des weiblichen Zeugungselementes (*ovulum femineum*) notwendig sei. Nur dann ist ein wahrer Geschlechtsverkehr denkbar, der den Hauptzweck der Ehe „*procreatio atque educatio prolis*“ Can. 1013 § 1 ermöglicht und darum menschenwürdig ist. Entbehrt nun ein Weib vollständig der beiden Eierstöcke oder Eileiter oder der Gebärmutter, sei es von Natur, sei es durch Menscheneingriff, oder ist der Zugang zum weiblichen Zeugungselemente von der erreichbaren Scheide aus vollständig verrammelt, so nehmen manche auch in diesem Falle nicht nur Unfruchtbarkeit, sondern Unvermögen an, so Antonelli Ios.: *Medicina pastoralis* II 410 sqq.; Necht Aug.: *Grundriß des Eherechts* (1918) § 20<sup>1</sup>; Lehmkühl Aug., S. I.: *Theol. mor.*<sup>12</sup> II n. 975; Leitner M.: *Eherecht*<sup>3</sup> § 26 S. 104 f.; Noldin Hier., S. I.: *Summa theol. mor.* n. 82; Rosset M.: *De sacr. matrimonii* nn. 1406 sqq.; Santi: *Praelectiones* IV 15 n. 1; Schnitzer Jos.: *Eherecht* S. 355<sup>1</sup>; Wernz Fr. X., S. I. IV<sup>3</sup> n. 345 not. 34. Freilich der Apostolische Stuhl hat in nicht wenigen Entscheidungen des heiligen Offiziums und der Sakramentenkongregation seit 1887 ausgesprochen: *Matrimonium non esse impediendum, quando*

utrumque ovarium cum vel sine oviductibus et utero deest; vgl. *Leitner M.: Eherecht* S. 106.

3) Einteilung. Das geschlechtliche Unvermögen kann a) dem Eheabschluß vorgehen oder nachfolgen; — b) zeitweilig oder beständig (*perpetua i.*); — c) unbeschränkt (*i. absoluta*) oder beschränkt (*relativa*) sein hinsichtlich der Personen des anderen Geschlechtes; — d) unzweifelhaft (*sicher, i. certa*) oder dem Rechte oder der Tatsache nach zweifelhaft sein *Can. 1068 § 2*. Ob das Unvermögen auf seiten des Mannes oder der Frau oder auf beiden Seiten ist; ob der andere Teil sie kennt oder nicht, hat keine wesentliche Bedeutung.

Zu a) Tritt die Impotenz ein nach dem Eheabschluß, aber vor dem ersten ehelichen Verkehr, so ist die Ehe gültig, doch unvollzogen, darum Dispense nach *Can. 1119* möglich.

Zu b) Als beständig gilt die Impotenz, wenn sie nur durch ein Wunder, eine sittlich unerlaubte Handlung (z. B. *fecundatio artificialis*) oder einen lebensgefährlichen Eingriff beseitigt werden kann. Die Kirche hat in früherer Zeit die Dreijahrsprobe (*tentamen triennale*) auferlegt und diese ist auch heutzutage in manchen Fällen zu empfehlen. *Seminatio ad orificium vaginae saepius tentata efficere potest graviditatem, sive semen attrahatur in interiora mulieris organa sive copula tandem vaginalis evadat.* — Ein merkwürdiger Fall aus der Kriegszeit gehört hieher. Ein 29-jähriger Gefreiter erhielt am 13. Juni 1915 eine Schußverletzung, welche die beiden Hoden und die Urethra schwer beschädigte. Am nächsten Tage wurden wegen hohen Fiebers und drohender Allgemeininfektion beide gangränösen Hoden entfernt, infolgedessen die regelmäßigen Erscheinungen der Kastration eintraten. Am 31. August 1915 wurde im Wiener Lazarett durch die beiden Ärzte Dr. E. Steinach und Dr. Robert Lichtenstern die kryptorchistische Hode eines im gleichen Lazarett befindlichen 40-jährigen Mannes in den Organismus des verstümmelten Gefreiten in erfolgreicher Weise übertragen, so daß alle Merkmale des Unvermögens geschwunden sind und er zu heiraten gedenkt; vgl. *Münchener Medizin. Wochenschrift* vom 6. Mai 1916 (Bericht des Dr. Rob. Lichtenstern) und Magnus Hirschfeld: *Geschlechtl. Entwicklungsstörungen* (1917) S. 18—21; sowie *Journal Amer. soc. d. assoc.* 1913, wo Dr. Lepina eine ähnliche Fall erzählt. Hätte der Gefreite nach der vollständigen Entfernung der Hoden (am 14. Juni 1915) geheiratet, so wäre diese Ehe ungültig gewesen gemäß der Konstitution „Cum frequenter“ Sixtus' V. vom 27. Juni 1587. Wurde nun durch die Operation am 31. Aug. 1915 das geschlechtliche Vermögen wiederhergestellt, so ward dadurch die „Ehe“ nicht gültig *Can. 1133*, außer die beiden „Eheleute“ waren ungetauft. — Man kann auch nicht einwenden, daß hier keine *i. perpetua* vorliege, weil zur Beseitigung des Hindernisses weder eine lebensgefährliche Operation noch ein Wunder noch eine sündhafte Handlung erfordert war. — Denn die Impotenz ist auch

dann eine „perpetua“, wenn die Heilung hievon sich als etwas ganz Außerordentliches darstellt; vgl. Papst *Innozenz* III. in c. 6. De *frigidis* (IV 15). — Wenn der Gefreite erst nach dem 31. August 1915 sich verhehelicht hätte, so wäre die Ehe gültig gewesen.

Zu c) Das unbeschränkte Unvermögen schließt den Verkehr mit jeder Person anderen Geschlechts aus, während die i. relativa sich nur auf bestimmte Personen bezieht, wie der interessante Fall von Olinda (Brasilien) beweist. Ein Mann kann potent sein gegenüber einer *vidua vel deflorata*, während ein regelrechter Verkehr mit einer *virgo* unmöglich ist (ASS. 19, 499; *Eherecht*<sup>3</sup> S. 112).

Zu d) Ist das Unvermögen dem Rechte oder der Tatsache nach zweifelhaft, so ist praktisch kein Hindernis gegeben Can. 1068 § 2. Daraus werden uns erklärlich die CC. des Apostolischen Stuhles betreffend Frauen ohne uterus, oviductus, ovaria. Deshalb könnte auch einem Manne die Ehe nicht verwehrt werden, wenn Zweifel beständen, ob die Hoden vollständig beseitigt sind. Die Ehe betagter Leute ist gültig und erlaubt, solange das Unvermögen nicht klar feststeht.

Das trennende Ehehindernis der Impotenz ist also vorhanden, wenn sie vorangehend, dauernd und gewiß ist.

**III. Natur und Dispensmöglichkeit.** Das Hindernis ist naturrechtlich, bindet also auch die Ungetauften. Wird es dem Seelsorger vor dem Eheabschluß bekannt, so muß er mit allen Mitteln demselben sich widersetzen. Wenn aber die Impotenz erst nach Eheeingehung zutage tritt, so darf sie nur dann dissimuliert (*vivere uti frater et soror*) werden, wenn sie geheim bleibt und keine Gefahr der Unenthaltsamkeit die Gatten bedrängt, sonst kann und muß der Ehegatte oder der Rechtswart Nichtigkeitsklage stellen Can. 1971 § 1 nn. 1. 2.

**IV. Vasectomie** (*vasectomy*) ist die Durchschneidung des *vas deferens*, des Samenleiters auf beiden Seiten, zum Zwecke der Ableitung des Samens (*sterilisatio seminis virilis*); dabei müssen aber die Nerven, Arterien und Venen, welche mit dem Samenleiter den Samenstrang (*funiculus spermaticus*) bilden, erhalten bleiben. Die *vasectomy* bewirkt das trennende Hindernis der Impotenz nur dann, wenn sie der Ehe vorangeht und beständig d. h. so beschaffen ist, daß sich die zerschnittenen Teile nicht mehr vereinigen lassen wegen „Atrophie“. Wird die Operation nach geschlossener Ehe vorgenommen, so kann der Verkehr bis zur endgültigen Entscheidung der Frage durch den Apostolischen

Stuhl gestattet werden; vgl. Ferreres I. B., S. I.: *De vasectomia duplici* (Madrid 1913).

**V. Staatliche Bestimmungen.** A. In Deutschland gibt es kein eigentliches Hindernis des geschlechtlichen Unvermögens; meist werden BGB. § 1333 (Irrtum) oder § 1334 (Täuschung) geltend gemacht. B. In Österreich besteht das gleiche Hindernis wie im Kirchenrecht ABGB. § 60. — C. In der Schweiz fehlt ein eigenes Hindernis der Impotenz; anders in Italien § 107 des Codice civile.

**VI. Die Ehen der Zwitter.** 1) Zwitter (Hermaphroditen, Androghnen) sind Menschen, in welchen die wesentlichen Organe der beiden Geschlechter, sei es doppelt, sei es einfach, sich vereint finden (wahrer Zwitter: doppelseitig, einseitig); Beispiele bei Magnus Hirschfeld: „Sexuelle Zwischenstufen“ (1918) S. 85 ff., Menschen, deren Geschlechtsorgane so gestaltet sind, daß sie für Organe eines jeden Geschlechtes gehalten werden können, sind falsche oder Scheinzwitter, z. B. Maria Dorothea Derrier (Eherecht<sup>3</sup> S. 113); vgl. auch M. Hirschfeld a. a. O. S. 23 ff.

2) Praxis der Kirche. Der Seelsorger befragt stets den Ordinarius oder den Apostolischen Stuhl, wenn ein Fall von Zwittertum an ihn herantritt. Diese werden die Beiziehung eines oder mehrerer Sachverständigen anordnen. Ist ein Geschlecht vorherrschend, so kann nach möglichster Klarstellung der Eheabschluß nach diesem Geschlechte gestattet werden. Wäre Gleichheit des Geschlechtsvermögens vorhanden und würde die Gefahr der Unenthaltbarkeit drängen, so müßte die alte Regel befolgt werden: „Eligat cui (sexui) se dicat . . . et iuvet quod de cetero alio non utetur“, Kard. Hostiensis bei Freijen S. 344. — Nach der Eheeingehung kann sich herausstellen, daß der Ehegatte überhaupt oder nach dem von ihm gewählten Geschlechte impotent ist. Hier sind die Regeln über Nichtigkeitserklärung der Ehe wegen Impotenz zu befolgen. — Wichtig ist die Beurteilung der Zwitter auch bei der Wahl des Ordens- und namentlich des Priesterstandes Can. 968 § 1; „Handbuch“ I 129 f; 372.

Der bekannteste Fall von hermaphroditismus verus ist der von Professor Garré am 24. November 1912 im Verein für wissen-



schaftliche Heilkunde in Königsberg vorgestellte; vgl. Walter Simon im 172. Bande von „Virchows Archiv“. Andere Fälle bei M. Hirschfeld: „Sexuelle Zwischenstufen“ (1918) S. 85; O. Uffreduzzi: „Ermasfrotismo vero dell'uomo in Archivio per le scienze mediche“ Bd. 34, Nr. 13, 1910 und bei anderen.

### III. Kapitel. Mangel der Rechtsfähigkeit der Personen.

Personen entbehren der Rechtsfähigkeit, weil sie entweder einem Lebensstande bereits angehören (Standeshindernisse); oder in allzunaher Verbindung stehen (Verwandtschaftshindernisse; Verbrechen); oder dem Glaubenssakramente nach sich zu ferne stehen; endlich kann eine Rechtsunfähigkeit eintreten durch Nichtbeobachtung der Eheschließungsform.

#### Standeshindernisse.

### § 38. Das Hindernis des Ehebandes.

#### Ligamen.

I. Quellen: Can. 1069; 1013 § 2; 1118—27; 1142; 1960—92; 984 n. 4; 2356.

II. Begriff. Das Hindernis des Ehebandes besteht darin, daß eine Person, einmal gültig verheiratet, vor Auflösung dieser Ehe eine weitere Ehe nicht eingehen kann.

A. Erläuterung. 1) „Eine Person“ will sagen, daß dieses Recht für alle Geltung hat: für Getaufte und Ungetaufte; für Mann und Weib. — 2) Ist eine Ehe nicht gültig, so ist das Hindernis des Ehebandes nicht gegeben, auch wenn die Ehe für gültig angesehen wird (Putativehe Can. 1015 § 4). — 3) Das Eheband besteht, ob die Ehe vollzogen wurde oder nicht; Can. 1069 § 1. — 4) Die Auflösung der Ehe ist nur nach göttlichem Rechte möglich, Mt 19, 6; Can. 1013 § 2.

B. Beurteilung der Verheiratung mit mehreren Personen zugleich. 1) Es ist Dogma der katholischen Kirche, daß es Christen nicht erlaubt sei, mehrere Frauen zu gleicher Zeit zu haben, und daß dies durch göttliches Recht verboten ist Trid. sess. 24 cn. 2; Can. 1013 § 2. — Der Beweis hiefür ergibt sich: a) aus Mt 5, 28; 1 Kor 7, 1 ff; aus der beständigen Lehre und Praxis der Kirche. Die Geschichte beweist, daß die katholische Kirche unentwegt für

die Einheit und Unauflöslichkeit der Ehe, auch gegen Große und Mächtige aufgetreten ist, während die „Reformatoren“ ungefähr zwanzig Jahre nach Beginn der „Reinigung der Kirche von den Greueln des Papsttums“ dem Landgrafen Philipp von Hessen die Vielweiberei gestatteten (4. März 1540), quia „paupercula et miserabilis ecclesia — sc. Lutherana — erat indigens probis dominis regentibus“.

Gegen die katholische Kirche konnte man überhaupt nur mit zwei Angriffsobjekten vorgehen: a) mit dem Roman der Doppelehe des Grafen Ernst von Gleichen, einer Erzählung, welche auch die Katholiken in das Reich der Fabeln schon längst verwiesen haben; — b) mit der ungeklärten Doppelehe Napoleons I. Napoleon war zuerst (nur bürgerlich) mit Josephine Beauharnais verbunden gewesen; im Frühjahr 1810 heiratete er die Erzherzogin Marie Luise von Österreich. Das Pariser Diözesan- und Metropolitangericht hatte für die Ungültigkeit der ersten Ehe Napoleons sich entschieden; der Apostolische Stuhl fällt überhaupt kein Urteil in der Sache. Schnitzer hält in seinem „Eherecht“ (5. A.) S. 671 die beiden Pariser Urteile für Fehlurteile. Allein die Sache ist bis jetzt nicht geklärt.

2) Beurteilung der Frage nach dem Naturrechte. Vielmännerei wie Vielweiberei widerspricht dem Naturrecht. a) Die Vielmännerei, auch unter Nichtchristen, ist naturrechtlich unerlaubt und ungültig. Eine solche Verbindung verstößt, abgesehen von den Gründen, welche gegen die Vielweiberei sprechen, gegen den Hauptzweck der Ehe: die Erzeugung und Erziehung von gesitteten Menschen; sie ist selbst den rohesten Menschenrassen ein Greuel. Anders Schnitzer S. 12<sup>2</sup>: „Die Polyandrie dürfte als die niedrigste und rohste, die unser Gefühl am meisten abstoßende Form der Ehe, aber immerhin als Ehe zu betrachten sein“. Die Polyandrie soll vorkommen in Ceylon, bei Volksstämmen des Himalaja, Nordamerikas, Australiens, Lapplands, Tibets usw. — b) Die Vielweiberei (polygynia) scheint nicht naturrechtlich verboten zu sein; denn eine solche Verbindung scheint den ersten Ehezweck eher zu fördern als zu schädigen. — Außerdem wurde, so sagt man, eine solche Verbindung von Gott im Alten Bunde erlaubt.

Der hochangesehene Kanonist Franz Xaver Wernz S. I. faßt beide Gründe zusammen in die Worte: „Post diluvium ad celeriores et maiorem propagationem populi electi, saltem inde ab antiquis patriarchis i. e. Abraham etc. polygamia quaedam moderata populo Iudaeorum unice fuit divina concessione permissa“, Ius Decretalium tom. IV. n. 359.

„Von einer den Patriarchen angeblich erteilten Dispens oder inneren Erleuchtung . . . findet sich in der Heiligen Schrift nicht eine Spur“, Schnitzer a. a. O. S. 14. So ist es auch; denn der göttliche Heiland hebt bei Mt 19, 6. 8 unzweideutig hervor, daß das mosaische Gesetz nicht ein Erlauben sondern höchstens ein „Dulden“ Gottes war, schon bei der Eheauflösung, um so mehr dann bei der Vielweiberei. Das trifft um so mehr zu, weil ja der innere Grund geradezu hinfällig ist; denn durch die Vielweiberei (namentlich als System) wird die Kindererzeugung nicht gefördert, sondern gehindert durch Brachlegung der Männer. — In Usambara (Deutsch-Ostafrika) trafen auf 373 monogame Ehefrauen 170 Kinder mehr als auf 373 Ehefrauen in 160 polygamen Verhältnissen; von 840 polygamen Frauen hatten 414 überhaupt keine Kinder, Dr. Froberger bei Böckenhoff: „Reformehe und christliche Ehe“, Köln 1912 S. 96.

Daß auch die Vielweiberei nach dem Naturrecht unerlaubt und ungültig ist, erhellt aus folgenden Gründen:

I. Aus der beständigen Praxis und Lehre der Kirche. Die Kirche anerkennt bei polygamen Verhältnissen stets nur die erste gültige Ehe Cann. 1120 ff. — Die Instruktion des heiligen Offiziums an den Apostolischen Vikar der Gallas-Neger betont klar und deutlich: „Matrimonium infidelitatis tempore a viro cum femina celebratum, vivente alia cum qua anteriore se conjugio obstrinxerat, nullum et irritum esse tum lege divina tum naturali“, Instr. d. 20. Iunii 1866 (ASS. 26, 187).

II. Die Vielweiberei widerstreitet: 1. der moralischen Gleichzahl der Geschlechter; 2. der Gleichberechtigung der Geschlechter (Willkür des Mannes; Vorrecht der Reichen); 3. dem sittlichen Wohle der Verheirateten (Eifersucht; unbegründete Bevorzugung); 4. dem gesellschaftlichen Wohle der Menschheit (Mann entnervt; Weib verachtet).

Die Auflösung der Ehe wird später behandelt.

III. **Natur des Hindernisses.** Das Hindernis des Ehebandes ist naturrechtlich, eine Dispense darum nur dem göttlichen Rechte möglich; jede Ehe wird gelöst durch den Tod; die vollzogene Getauftehe wird nur durch den

Tod gelöst. Die nicht vollzogene Ehe wird auch durch die Bollgewalt des Papstes als des Stellvertreters Gottes gelöst. Die Ehe der Ungetauften wird ferner zugunsten des Glaubens gelöst; vgl. Cann. 1118 ff. Die drei letzteren außerordentlichen Lösungen werden später behandelt werden; indes nimmt die Lösung durch den Tod unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch.

Es ist unbestritten, daß der Tod die Ehe löst, aber nicht selten ist es eine Frage, ob der Tod wirklich eingetreten ist. Darum hat die Kirche durch alle Jahrhunderte ihre Gläubigen und deren Seelsorger angehalten, über den Tod wenigstens moralische Gewißheit zu erlangen. Der Roder hat uns nur spärliche Anweisungen gegeben (Cann. 1053; 1069 § 2; 1097 § 1 n. 1; 1142); deshalb sind wir genötigt, bis die Sakramentenkongregation eine eigene Instruktion erläßt, die alten bewährten Regeln anzuwenden.

Regeln zur Feststellung des Todes eines Menschen bzw. der Freiheit des mit ihm vermählten Gatten (*de statu libertatis*), genommen aus der Instruktion Clemens' X. vom 21. August 1670:

1) Das Ziel der Untersuchung muß sein: wenigstens moralische Gewißheit zu erlangen über den Tod eines Menschen Can. 1069 § 2. Diese moralische Gewißheit ist nicht gegeben bei langer Abwesenheit, Verschollensein, Schweigen des Gatten.

2) Eine solche moralische Gewißheit kann erlangt werden durch ein echtes Zeugnis (*documentum authenticum*) einer kirchlichen oder (im Notfall) einer weltlichen Behörde, also eines Zeugnisses, ausgestellt auf Grund eines Sterberegisters einer Pfarrei, eines Krankenhauses, einer Zivil- oder Militärbehörde; freilich können auch hier Zweifel obwalten.

3) Eine moralische Gewißheit wird erzeugt auch durch die einmütigen Aussagen zweier einwandfreier Augenzeugen oder im Notfalle auch eines vollständig einwandfreien Augenzeugen; auch zweier einwandfreier Zeugen vom Hören, wenn ihre Aussagen unterstützt sind durch übereinstimmende Umstände.

4) Auch der reine Indizienbeweis aus vorangehenden, begleitenden, nachfolgenden Umständen ist nicht ausgeschlossen, besonders dürfte die Veröffentlichung in den Tagesblättern gute Dienste leisten.

Der Apostolische Stuhl hat zuweilen mehr negative Indizienbeweise zugelassen; so für die Teilnehmer an der Schlacht von Abua, in welcher die Italiener unter General Baratieri eine furchtbare Niederlage mit 5000 Toten erlitten (1. März 1896 in Abessinien); vgl. S. Off. d. 20. (22.) Juli 1898, ME. X 2, 145. Diese Entscheidung des heiligen Offiziums dehnte die Sakramentenkongregation aus auf die Teilnehmer am Russisch-Japanischen Krieg, S. C. Sacr. d. 16. Dec. 1910 (AAS. III 26—29). Dagegen müssen Fälle aus der Erdbeben-



Katastrophe von Messina-Reggio in den Einzelfällen untersucht werden, S. C. Sac. d. 12. Mart. 1910. — Für den Weltkrieg 1914—18 erging unseres Wissens keine allgemeine Entscheidung. Muß man bei der Todeserklärung der auf dem westlichen Kriegsschauplatz Vermissten vorsichtig sein, so erheischt ein Fall vom östlichen Kriegsschauplatz doppelte Vorsicht, wie das Wiederaufleben vieler Totgeglaubten beweist.

#### IV. Staatliche Bestimmungen. A. Deutsches Reich.

1) Die Bigamie (Polygamie) ist eherechtlich unmöglich BGB. § 1326 und strafrechtlich verfolgbar RStGB. §§ 171 und 338.

2) Wiederverheiratung. „Niemand darf eine Ehe eingehen, bevor seine frühere Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt worden ist“ BGB. 1309 I. — Die Auflösung geschieht: a) durch den Tod § 1482; b) durch die Todeserklärung, wenn darauf tatsächlich eine Wiederverheiratung folgt §§ 1348; 13 ff.; c) durch ein endgültiges, rechtskräftig gewordenes Scheidungsurteil, möglich aus fünf Gründen: Ehebruch; Lebensnachstellung; bössliche Verlassung; tiefe Zerrüttung des ehelichen Lebens; Geisteskrankheit §§ 1564 ff.

3) Witwenfrist. Wurde eine Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt, so darf die Frau sich wiederverheiraten: a) wenn sie seither geboren hat; b) wenn 10 Monate verstrichen sind BGB. 1313.

B. Österreich. 1) Eine Verheiratung mit mehreren Personen zugleich (Bigamie, Polygamie) ist eherechtlich unmöglich und strafrechtlich untersagt, ABGB. § 62; nur in Bosnien und der Herzegowina wurde die Polygamie der Mohammedaner geduldet.

2) Wiederverheiratung. Für rein akatholische Ehen gab es eine bürgerliche Ehescheidung; für Ehen aber, bei welchen wenigstens eine Person katholisch war, gab es keine Ehescheidung, nicht einmal beim *matrimonium ratum tantum* (Hindernis des „Katholizismus“) ABGB. § 111. Freilich hat die tschecho-slowakische Republik die Ehescheidung auch für die Katholiken eingeführt und in Niederösterreich wird dispensiert; vgl. Leitner: Eherecht, 3. A., S. 125.

3) Die Witwenfrist dauert sechs Monate ABGB. §§ 129, 121.

C. S c h w e i z. Das vom 1. Januar 1912 an geltende Eherecht gleicht im allgemeinen dem des Deutschen Reichs, Zivilgesetzbuch Art. 101—04; 150.

## § 39. Das Hindernis des Ordensstandes.

### Votum dirimens.

I. **Quellen:** Cann. 1073; 103; 104; 488; 572 ff.; 1058; 1308; 2385—88; Trid. sess. 24. can. 6. 9.; Const. „Ascendente Domino“ d. 25. Maii 1584; Const. Ben. XIV. „Etsi Pastoralis“ d. 26. Maii 1742.

II. **Begriff.** Das Hindernis des Ordensstandes besteht darin, daß Ordenspersonen, welche nach Auffassung der Kirche diesem Stande endgültig angehören, zur Eingehung einer Ehe unfähig sind.

**Erläuterung.** 1) Der Eintritt in den Ordensstand geschieht durch die **Gelübde** (vota) des Gehorsams, der Keuschheit und der Armut Can. 487. Doch nicht alle Gelübde machen eine Ehe unmöglich. — 2) Die unmittelbaren und mittelbaren Keuschheitsgelübde der Jungfräulichkeit, der vollkommenen Keuschheit, der Ehelosigkeit, des Empfanges der heiligen Weihen und des Eintritts in eine religiöse Genossenschaft machen die Eingehung einer Ehe zunächst un-erlaubt Can. 1058 § 1. Sollen sie eine Ehe auch ungültig machen, so muß die gesetzliche Bestimmung der Kirche hinzutreten. — 3) Die Kirche hat nun festgesetzt, daß a) die **feierlichen**; b) gewisse **einfache** Gelübde die Ehe trennen, d. i. auch ungültig machen. — 4) **Feierlich** sind die in einem Orden abgelegten gültigen Endgelübde Cann. 488 n. 2; 574 §§ 1. 2; 572—73; vgl. „Handbuch“ I S. 390 ff. — 5) Die Ehe machen ungültig auch jene einfachen Gelübde, denen eine besondere Verfügung des Apostolischen Stuhles diese Kraft verliehen hat Can. 1073. Diese ehentrennende Wirkung wurde unseres Wissens einzig und allein den einfachen ewigen Gelübden im Jesuitenorden verliehen Const. „Quanto fructuosius“ d. 1. Febr. 1583 und „Ascendente“ d. 25. Maii 1584.

1) Nicht in allen Orden werden feierliche Gelübde abgelegt Can. 488 n. 7. So werden in den Frauenklöstern **Frankreichs**, **Nordamerikas** (ausgenommen die vier Salesianerinnenklöster

Georgetown, Baltimore, Mobile, St. Louis) und Bayerns nur einfache Gelübde abgelegt; indes sollen in dem Zisterzienserinnenkloster Döbersteden und in dem Dominikanerinnenkloster Wetztenhausen feierliche Gelübde abgelegt werden; vgl. PMS. 23, 45 f. (P. Dr. Theobald Schiller O. Cist.). — 2) Die Feierlichkeit der Gelübde ist kirchlicher Einsetzung, Bon. VIII. in c. 1. De voto in 6 (III 15). Darum kann eine einzelne Ordensperson, wie wir sehen werden, Dispense erlangen. Niemals aber kann eine Ordensperson den Ordensstand mit dem Ehestand zugleich verbinden, da sich beide nach göttlichem Rechte ausschließen, c. 6 De statu monachorum (III 35). — 3) Auch dem Keuschheitsgelübde, welches die Ehefrau eines Priester gewordenen Mannes in der Welt ablegt, wurde von vielen Kanonisten ehetreuende Kraft zugeschrieben, hauptsächlich in Rücksicht auf die „bigamia superveniens“ des Mannes, allein Papst Bon. VIII. kennt eine solche Wirkung dieses Gelübdes nicht c. 1. De voto (III 15) in 6; nunmehr gelten die Can. 987 n. 2; 132 § 3; „Handbuch“ I 179.

**III. Natur.** Das Hindernis des Ordensstandes ist in bezug auf die Einzelperson ein rein kirchenrechtliches, dagegen hinsichtlich der Verbindung des Ordensstandes und Ehestandes ein göttlich-rechtliches. Wir reden hier nur von den Personen. Da das Hindernis rein kirchenrechtlich ist, so ist Dispense möglich unmittelbar und mittelbar: a) durch Dispense im eigentlichen Sinne; b) durch Säkularisierung; c) durch Übertritt von einem Orden in eine Kongregation mit einfachen Gelübden; d) bei den Jesuiten durch Entlassung eines Professens mit einfachen Gelübden.

Zu a) Dispense kann gegeben werden auf Grund der Can. 1043 ff.; sonst erteilt sie nur der Apostolische Stuhl; das Hindernis gehört zu denen „höheren Grades“ Can. 1042. — Zu b) „Wer auf Grund eines Säkularisierungsindultes seine Genossenschaft verläßt, ist von den Gelübden frei“ Can. 640 § 1; die etwaigen Pflichten der Majoristen bleiben; vgl. „Handbuch“ I S. 453. — Zu c) Der Übertritt von einem eigentlichen Orden zu einer Kongregation mit einfachen Gelübden ist möglich nach Can. 636; vgl. „Handbuch“ I S. 450; Linneborn Joh.: „Grundriß des Eherechts“ S. 229 f. — Zu d) Der von dem Ordensgenerale entlassene Jesuiten-Scholastiker oder Roadjutor ist aller seiner Gelübde vollständig entledigt, also auch des Keuschheitsgelübdes; vgl. Can. 669.

Wegen der Wirkung der im Can. 1073 genannten Gelübde muß der Ordensobere die feierliche Profess eines Ordensmitgliedes dem Pfarrer des Taufortes melden, damit dieser die Einträge in das Taufbuch machen kann nach Vorschrift des Can. 470 § 2. Die gleiche Vorschrift dürfte für die einfachen Gelübde im Jesuitenorden gelten. Dort-

selbst sind auch alle Arten von Nachlaß solcher Gelübde zu notieren, also Dispensen, Säkularisierungen usw.

**IV. Strafen.** 1) **Exkommunikation.** Die dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltene Exkommunikation trifft alle Majoristen, sowie alle Ordensleute mit feierlichen Gelübden, wenn sie sich herausnehmen, eine Ehe auch nur in bürgerlicher Form zu attentieren Can. 2388 § 1. — Die dem Ordinarius vorbehaltene Exkommunikation trifft alle Religiösen mit einfachen ewigen Gelübden, welche eine Ehe attentieren oder schließen ibi § 2.

1) Der Ausdruck „Praesumentes“ im Can. 2388 bewirkt, daß auch die ignorantia crassa oder supina entschuldigt. — 2) Nur die complices der die Ehe attentierenden Majoristen und Ordensprofeßen mit feierlichen Gelübden verfallen ebenfalls der Exkommunikation. — 3) Ist die Ehe im 1. Falle gültig, so tritt die Exkommunikation nicht ein; anders im zweiten Falle.

In neuester Zeit wird auf Majoristen, welche eine Ehe attentieren, die perpetua irregularitas verhängt.

2) **Entlassung.** Alle Ordensleute sind sofort **entlassen**: a) wenn sie eine Ehe auch nur in bürgerlicher Form attentieren oder schließen oder wenn sie die Flucht mit einer Person andern Geschlechtes ergreifen Can. 646 § 1 n. 3, § 2. — Die Erklärung wurde bereits beim Ordensrechte gegeben, „Handbuch“ I 461. — Etwaige andere Vergehen der Religion gegen die heilige Reinheit werden geahndet gemäß Cann. 2357, besonders 2359.

Die zweite Wirkung der feierlichen Prozeß besteht darin, daß durch dieselbe eine bestehende, aber nicht vollzogene Ehe dem Bande nach gelöst wird Trid. sess. 24 en. 6; Can. 1119. Diese Wirkung wird bei der Eheauflösung behandelt werden.

**V. Staatliche Bestimmungen.** In Deutschland und in der Schweiz gibt es kein hieher gehöriges Hindernis. — In Oesterreich lautete § 63 des ABGB. (vgl. § 94): „Ordenspersonen von beiden Geschlechtern, welche feierliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, können keine gültige Eheverträge schließen.“ In der tschechoslowakischen Republik ist das Hindernis seit 22. Mai 1919 beseitigt; sonst wird leichter dispensiert.



## § 40. Das Hindernis der Weihe.

### Ordo sacer.

I. **Quellen:** Cann. 1072; 132; 133; 211—14; 987 n. 2; 1058; 1114; 1130; 1993—98; 2388. — Für die *Orientalen*: die Konstitutionen Ben. XIV. „Etsi pastoralis“ d. 26. Maii 1742; — „Eo quamvis“ d. 4. Maii 1745; — „Anno vertente“ d. 19. Iun. 1750. — Dazu kommt die Konstitution Pius' X. „Ea semper“ und die folgenden Dekrete der Prop.-Kongr. — „Handbuch“ I 216 ff.

II. **Begriff.** Der gültige und freie Empfang einer höheren Weihe bildet in der abendländischen Kirche ein trennendes, in der morgenländischen wenigstens ein verbotendes, meist auch ein trennendes Ehehindernis Can. 1072.

**Erklärung:** 1) Die Weihe muß wirklich empfangen sein; eine ungültig empfangene Weihe, mochte sie auch freiwillig übernommen sein, bewirkt keine Zölibatsverpflichtung und darum auch kein trennendes Ehehindernis. — 2) Der Empfang einer höheren Weihe ist nicht frei, wenn entgegenstehen: a) Zwang Can. 103 § 1; b) mangelnder Vernunftgebrauch Can. 12 (vor dem 7. Lebensjahre); c) wesentlicher Irrtum Can. 104; d) schwere Furcht Can. 214; doch muß in diesen Fällen ein Prozeß geführt werden nach Maßgabe der Cann. 1993—98; näheres darüber im „Handbuch“ I 224 ff. — In der morgenländischen Kirche herrscht nicht überall die gleiche Disziplin. Die vor den höheren Weihen Verheirateten können den rechtmäßigen und die Opferfeier berücksichtigenden Gebrauch der Ehe fortsetzen; gewisse Beschränkungen in Amerika werden nicht mehr betont; vgl. „Handbuch“ I 221 f.; „Eherecht“ (3. A.) S. 136.

III. **Natur.** Das Zölibatsgesetz der Bischöfe und Priester ist „divinae ordinationis“, nicht „divini iuris“; darum ist wenigstens für Priester ein Aufhören der Verpflichtung in einem Einzelfall möglich, doch könnte die Kirche den Zölibat nicht vollständig aufheben. Demnach ist *Dispens* möglich: a) für Subdiakone und Diakone nach Cann. 1043 ff., sonst wird sie nur vom Apostolischen Stuhle erteilt. — b) Zwar stellt St. Alfonsus die Vollmacht des Apostolischen Stuhles, Priester zu dispensieren, in Abrede, allein dem widersprechen

die Tatsachen; denn in ganz außerordentlichen Fällen, wenn es sich um das Wohl eines ganzen Volkes handelt, hat der Apostolische Stuhl tatsächlich dispensiert, so bei der Rückkehr Englands zur katholischen Kirche unter Maria der Katholischen im Jahre 1554; so bei Ausöhnung Frankreichs nach der Revolution 1801. — c) Bischöfe wurden von Rom niemals dispensiert, aber auch der Orient kennt keine Dispense.

**IV. Strafen.** a) Alle Sünden gegen die Keuschheit sind auch Sakrilegien Can. 132. — b) Auf den Versuch der Ehe-eingehung sind gesetzt: 1) Die Exkommunikation l. s., dem Apostolischen Stuhle reserviert, Can. 2388 § 1; s. oben S. 207; 2) die Erledigung eines jeden Kirchenamtes l. s. Can. 188 n. 5; 3) die Degradation f. s. Can. 2388; 4) die immerwährende Irregularität (neueste Praxis).

**V. Weihe der Berehelichten.** Die höhere, freiwillig übernommene Weihe seitens eines Berehelichten macht den ferneren geschlechtlichen Umgang unerlaubt. Kinder, welche aus einem solchen Verkehr erzeugt wurden, gelten kirchenrechtlich als unehelich (illegitimi) Can. 1114. — Ein Ehemann kann sich die Weihen nur geben lassen auf Grund eines Apostolischen Dekretes. Entbehrt ein „Coniugatus“ dieser „Dispense“, so ist er von der Ausübung der höheren Weihen suspendiert Can. 132 § 3. Zu den Coniugati gehören aber nicht die Ehemänner, deren Ehe rechtmäßig geschieden ist durch den Tod, die feierliche Profess, durch päpstliche Dispense einer nichtvollzogenen Ehe, durch das Paulinische Privileg, endlich auch durch die rechtskräftige Scheidung von Tisch und Bett; vgl. „Handbuch“ I S. 179.

**VI. Aufzeichnung.** Der Empfang der Subdiaconatsweihe muß dem Pfarrer des Taufortes ungesäumt mitgeteilt werden zur Einzeichnung in das Taufregister Can. 470 § 2. Empfehlenswert ist es, wenn auch die folgenden höheren Weihen eingetragen werden; denn die Pflicht des Zölibats wächst mit jeder Weihe. Selbstverständlich muß jede etwaige Dispense oder Ungünstigkeitserklärung einer höheren Weihe eingetragen werden; vgl. Cann. 1043 ff.; 1993—98.

**VII. Staatliche Bestimmungen.** Deutschland und die Schweiz kennen hier kein besonderes Hindernis. — In Oesterreich gilt § 63 des ABGB.: „Geistliche, welche die

höheren Weihen empfangen haben, können keine gültigen Eheverträge schließen“. Freilich gab es schon vor der Revolution Beispiele von Dispensen; aber nunmehr gelten die Neuerungen wie beim Hindernis des Ordensstandes (oben S. 207).

### Verwandtschaftshindernisse.

Fünf Arten von Verwandtschaft kommen in Frage, welche eine Ehe ungültig machen können: 1. Blutsverwandtschaft; 2. Schwägerchaft; 3. öffentlicher Anstand; 4. geistliche Verwandtschaft; 5. gesetzliche Verwandtschaft; wir behandeln die einzelnen.

#### § 41. Blutsverwandtschaft.

##### Consanguinitas.

I. **Quellen:** Cann. 1076; 96; 1042 ff.; 1990.

II. **Begriff.** Blutsverwandtschaft im Eherecht ist das Band des aus der Zeugung entspringenden gemeinsamen Blutes innerhalb bestimmter Grenzen.

**Erläuterung:** 1) Da alle Menschen „von einem“ (Apg 17, 26) abstammen, so folgt, daß alle Menschen desselben Blutes theilhaft und darum blutsverwandt sind. Diese Blutsverwandtschaft kann natürlich für den Eheabschluß nicht in Frage kommen; also müssen bestimmte Grenzen vorhanden sein, innerhalb welcher die Eheschließung unerlaubt und unmöglich ist. Diese Grenzen sind gezogen schon vom Naturrecht, dann vom Kirchenrecht des Alten und des Neuen Bundes. Auch die Staatsgesetzgebungen haben die Grenzen verschieden gezogen. — 2) Um diese Grenzen genau zu bezeichnen, bediente man sich verschiedener Ausdrücke: Stamm (stipes); Linie (linea) und Grad (gradus) Can. 96. — Die Art, die Grenzen zu bestimmen, nannte man die Zählweise (computatio).

a) **Stamm, stipes,** heißt jene Person, von welcher zwei oder mehrere in Frage kommende Personen das gemeinsame Blut bezogen haben: gemeinsame Stammeltern, gemeinsamer Stammbater, gemeinsame Stammutter Can. 96 § 2. Jakob und Lia waren für Ruben und Juda der gemeinsame Stamm; Jakob und Rachel für Joseph und Benjamin, Jakob allein für Ruben und Benjamin.

b) Linie (*linea*) gibt die Richtung oder das Verhältniß unter den fraglichen Personen an: das Verhältniß zwischen Erzeugern und Erzeugten ist *gerade Linie*; das Verhältniß der Erzeugten unter sich ist *Seitenlinie*; letztere kann *gleich* oder *ungleich* sein. Darum haben wir die *linea recta*, die *linea obliqua sive transversa*, und zwar *aequalis et inaequalis*. — Jakob und Phares sind verwandt in der geraden Linie (2. Grad). — Phares und Ephraim in der gleichen Seitenlinie (2. Grad); — Ephraim und Esron in der ungleichen Seitenlinie (3./2. Grad).

c) Grad (*gradus*) bedeutet den Maßstab der Entfernung einer Person vom Stamme. Can. 96 selbst gibt die Regeln hiefür an: 1) Die Grade werden gezählt nach den Zeugungen oder Zeugungsabständen. 2) In der geraden Linie sind so viele Grade als Zeugungen (Zeugungsabstände) oder als Personen mit Hinzurechnung des Stammes *ibi* § 2. — 3) In der Seitenlinie sind so viele Grade als Zeugungsabstände — oder als Zeugungen in *einer*, und zwar der *längeren* Linie *ibi* § 3. — Einige biblische Beispiele sollen das Gesagte veranschaulichen: Der Patriarch Jakob zeugte den Juda; dieser den Phares; dieser den Esron. Jakob wiederum zeugte den Joseph; dieser den Manasse; dieser den Machir. Jakob und Esron sind zueinander verwandt in der geraden Linie; vier Personen kommen in Frage (Jakob, Juda, Phares, Esron); darum steht Esron von Jakob im 3. Grade ab. Ebenso steht Machir von Jakob im 3. Grade ab. Esron und Machir selbst sind im 3. Grade der gleichen Seitenlinie blutsverwandt; Juda und Manasse sind im 2./1. Grade; Juda und Machir im 3./1. Grade blutsverwandt, da immer die entferntere Linie in Betracht kommt.

III. **Hindernis.** „In der geraden Linie der Blutsverwandtschaft ist die Ehe zwischen allen ehelichen und natürlichen Vorfahren und Nachkommen nichtig“ Can. 1076 § 1. — „In der Seitenlinie ist die Ehe nichtig bis zum dritten Grade einschließlich“ *ibi* § 2. — „Niemals darf die Ehe erlaubt werden, wenn ein Zweifel besteht, ob die beteiligten Personen in irgend einem Grad der geraden oder im ersten Grade der Seitenlinie verwandt sind“ *ibi* § 3.

Erläuterung: 1) Die Blutsverwandtschaft bildet ein natur- und göttlich-rechtliches trennendes Hindernis in der geraden Linie ohne Grenzen und in der Seitenlinie bis zum reinen ersten Grad (ausgeschlossen jede Mischung mit dem ersten Grad). Onkel und Nichte können sich also nach dem Naturrecht ehelichen, freilich empfiehlt sich eine solche Ehe auch vom natürlichen Standpunkt niemals. Der Beweis für unsere Aufstellung ergibt sich aus den Cann. 96 § 3; 1043; 1076 § 3. — 2) In den Graden 3/3, 3/2, 3/1; 2/2, 2/1 der Seitenlinie haben wir nur ein rein kirchenrechtliches Hinder-



niz. — 3) Ob der Stamm einfach ist oder doppelt; ob die Zeugung eine eheliche ist oder eine natürliche, tut in der Beurteilung der Blutsverwandtschaft nichts zur Sache. — 4) Die Blutsverwandtschaft kann einfach und mehrfach sein. *M e h r f a c h* ist sie nur dann, „wenn der gemeinsame Stamm vermehrt wird“, d. h. wenn zwei in Frage kommende Personen zwei oder mehrere gemeinsame *S t ä m m e* haben Can. 1076 § 2. — 5) Dispense ist nur möglich in der Seitenlinie, und zwar nur im 3./3., 3./2., 3./1.; 2./2. und 2./1. einfachen oder mehrfachen Grade Can. 1043. Der 2./2. und 2./1. Grad ist ein höherer Can. 1042 § 3, die übrigen niedere ibi § 2. Ein anderes Aufhören als durch Dispense ist undenkbar. — 6) Die Einschränkung der Blutsverwandtschaft auf weniger als drei Grade empfiehlt sich nicht aus gesundheitlichen, sittlichen und gesellschaftlichen Gründen.

Die *g e s u n d h e i t l i c h e n* Gründe faßt das Volksprichwort zusammen in den Vers: „Heirat ins Blut tut niemals gut; Sterben, verderben, keine Erben!“ — Der vertraute Verkehr unter Blutsverwandten würde bei der Möglichkeit der Verheiratung der Ausschweifung Tür und Tor öffnen (*sittlicher Grund*). — Für Verwandtenehen gilt der *g e s e l l s c h a f t l i c h e* Grund: „Im engen Kreis verengert sich der Sinn“, während Heiraten unter Fremden den *G e s i c h t s -* und *F r e u n d e s k r e i s* erweitert.

**IV. Namen.** A) *G e r a d e* Linie: 1) *V o r f a h r e n* (ascendentes); a) 1. Grad Vater (pater); Mutter (mater); Eltern (genitores, parentes). b) 2. Grad Großvater (avus), Großmutter (avia). c) 3. Grad Urgroßvater (proavus), Urgroßmutter (proavia). — 2) *N a c h k o m m e n* (descendentes): a) 1. Grad Sohn (filius); Tochter (filia), Kinder (liberi). b) 2. Grad Enkel (nepos), Enkelin (neptis); 3. Grad Urenkel (pronepos), Urenkelin (proneptis).

B) *S e i t e n l i n i e*: 1) *I n d e u t s c h e r* Sprache: 1. Grad Geschwister, Bruder, Schwester; 2. Grad Geschwisterkinder, 3. Grad Geschwisterenkel, andere Geschwisterkinder. — 2./1. (aufsteigend) Grad Onkel, Oheim; Tante, Muhme; 3./1. Grad Großonkel, Großtante usw. — 2./1. Grad (absteigend) Nefse, Nichte; 3./1. Grad Großneffe, Großnichte. — 2) *I n l a t e i n i s c h e r* Sprache: 1. Grad frater, soror; 2. Grad patruales (Kinder des väterlichen Onkels); amitini bzw. amitinae (Kinder des väterlichen Tante); — consobrini bzw. consobrinae (Kinder des mütterlichen Onkels oder der mütterlichen Tante); — 3. Grad propatruales, proamitini (ae); sobrini (ae). — Patrus ist Vaters Bruder; avunculus ist der Mutter Bruder; amita ist des Vaters Schwester; matertera ist der Mutter Schwester; nepos ist Nefse; neptis ist Nichte. Der 3./1. Grad wird durch Beifügung von „magnus“ gebildet, z. B. avunculus magnus ist mütterlicher Großonkel; neptis magna ist Großnichte.

Haben die Geschwister die beiden Eltern gemeinsam, so nennt man sie vollbürtige Geschwister (*fratres germani, sorores germanae*); haben sie aber nur einen Elternteil gemeinsam, so heißen sie Halbgeschwister oder „Stiefgeschwister“. Haben Geschwister den Vater gemeinsam, so nennt man sie *fratres consanguinei*, bei gemeinsamer Mutter *fratres uterini*, bzw. *sorores consanguineae* oder *uterinae*.

**V. Altes Recht.** Vor dem 19. Mai 1918 bestand das gleiche Recht wie jetzt mit folgenden zwei Ausnahmen: a) in der Seitenlinie reichte das trennende Hindernis der Blutsverwandtschaft bis zum vierten Grad einschließlich. — b) Die Blutsverwandtschaft vermehrte sich auch dann, wenn man auf verschiedenen Wegen zum gemeinsamen Stamm gelangen konnte. Ein Beispiel soll das frühere und gegenwärtige Recht veranschaulichen. Adolf will die Berta ehelichen. Beide sind Urenkel des Christian, aber so, daß nur Adolfs Vater ein Enkel des Christian war, während bei Berta sowohl der Vater als auch die Mutter von Christian stammten, da sie mit Dispense im zweiten Grade der gleichen Seitenlinie der Blutsverwandtschaft sich geehlicht hatten. Jetzt haben wir den einfachen dritten Grad; früher dagegen war der doppelte dritte Grad vorhanden.

**VI. Staatliche Bestimmungen.** A. Deutschland. Wichtig ist die Ehe zwischen Verwandten der geraden und der Seitenlinie im ersten Grade (voll- und halbbürtige Geschwister) BGB. §§ 1310 I und 1327, auch bei außerehelicher Zeugung § 1310 III. — B. Österreich. Hier gilt das kanonische Recht bis zum zweiten Grad einschließlich ABGB. § 65. — C. Schweiz. Nach Zivilgesetzbuch Art. 100 Z. 1 und Art. 120 Z. 3 gilt das deutsche Recht, jedoch mit Ausdehnung der Wichtigkeit auf den 2./1. Grad der Seitenlinie.

## § 42. Schwägerschaft.

**I. Quellen:** A. Neues Recht: Cann. 97; 1077; 1076 § 3; 1042 § 2 n. 2; 1043—45; 1974; 1990 und 1613; — 1520 § 2; 1540; 1755 § 2 n. 2; 2027 § 1; 2293 § 4. — B. Altes Recht: C. 32 q. 7. — Tit. De eo qui cognovit (IV 13). — Trid. sess. 24 c. 4 d. r. matr.

**II. Begriff.** Die Schwägerschaft ist jenes Verwandtschaftsband, welches aus einer gültigen Ehe entspringt Can.

97 § 1 und jede Ehe trennt zwischen dem Ehemann und den Blutsverwandten der Ehefrau ohne Grenzen in der geraden, bis zum 2. Grade einschließlich in der Seitenlinie Can. 1077 § 1 und umgekehrt. Der Grad der Schwägerschaft bemisst sich nach dem Grade der einschlägigen Blutsverwandtschaft Can. 97 § 3.

1) Grundlage der Schwägerschaft ist jede gültige Ehe, ob diese vollzogen oder nicht vollzogen (Can. 97 § 1), ob sie aufgelöst oder nicht aufgelöst ist. Adolf will nach der bürgerlichen Scheidung seiner Ehe mit Berta deren Base Lisa heiraten. Er kann es vor Gott und der Kirche nicht, da ihm das Hindernis des Ehebandes und jenes der Schwägerschaft im 2. Grade der gleichen Seitenlinie entgegensteht (Berta und Lisa sind blutsverwandt im 2. Grade der gleichen Seitenlinie).

2) Nur der Ehemann wird verschwägert, nicht seine Blutsverwandten oder Verschwägerten; ebenso nur die Ehefrau. Er tritt durch die Ehe in das Gebiet der Blutsverwandten seiner Frau ein (*ad fines consanguinitatis accedit*), und die Ehefrau in den Bereich der Blutsverwandten ihres Mannes. Die beiden Eheleute selbst werden nicht verschwägert.

3) Die Berechnung ist sehr einfach. Der Grad der Blutsverwandtschaft zwischen der Ehefrau und der neuen Außerehehen bestimmt den Grad der Schwägerschaft zwischen dem Ehemann und dieser letzteren (und umgekehrt). Franz will nach dem Tode seiner Frau Apollonia deren außereheliche Tochter Mina ehelichen. Apollonia und Mina sind im 1. Grade der geraden Linie blutsverwandt, also ist Franz im 1. Grade der geraden Linie verschwägert. Eine Dispense ist ausgeschlossen; vgl. Cann. 1043; 1076 § 3. (Mäheres unten.)

**Namen der Verschwägerten.** Heiraten die Vorfahren, so entsteht das Stiefverhältnis; verehelichen sich aber die Nachkommen, so haben wir das Schwiegerverhältnis. Nehmen wir noch die Seitenlinie hinzu, so ergibt sich eine Dreiteilung. 1) Stiefvater (*vitricus*) heißt der neue Gatte der Mutter. Stiefmutter (*noverca*) ist die neue Ehefrau des Vaters. Stiefkinder (*privigni, privignae*) nennt der neue Gatte die mitgebrachten Kinder des anderen Gatten. Die weiteren Grade werden durch Beifügung von „groß“ oder „*magnus(a)*“ gekennzeichnet oder wörtlich umschrieben. — 2) Schwiegervater (*socer*) = der leibliche Vater des Ehemannes oder der Ehefrau; Schwiegermutter = die leibliche Mutter des Gatten. Schwiegersohn (*gener*) = der Ehemann der Tochter; Schwiebertochter (*nurus*) = die Ehefrau des Sohnes. Die weiteren Grade werden gebildet durch Beifügung von „groß“, „*magnus(a)*“. — 3) Schwager heißt im Deutschen nicht nur der Mann der Schwester (*sororius*), sondern auch der Bruder der Ehefrau oder des Ehemannes (*levir*). Ebenso bedeutet Schwägerin nicht nur die Ehefrau des Bruders (*fratria*), sondern auch die Schwester des Ehemannes oder der Ehefrau (*glos*).

**III. Einteilung.** Nach dem neuen Rechte gibt es nur eine Einteilung: Die Schwägerschaft kann sein eine einfache oder mehrfache. Mehrfach ist die Schwägerschaft:

a) so oft die Grundlage, nämlich die Verhehlischung mit einer blutsverwandten Person des neuen Brauttheiles, vermehrt wurde; b) so oft die fragliche Blutsverwandtschaft eine mehrfache ist Can. 1077 § 2.

**Beispiele.** a) Titus will die Sempronia heiraten. Er war Ehemann der Berta, einer Tante der Sempronia, und nach dem Tode der Berta Ehemann der Anna, einer Schwester der Sempronia. Sempronia war blutsverwandt im 2./1. Grade der ungleichen Seitenlinie mit Berta, also ist sie mit Titus im gleichen Grade verschwägert. Sempronia war blutsverwandt im 1. Grade der gleichen Seitenlinie mit Anna, also ist sie mit Titus im gleichen Grade verschwägert. Beide brauchen also Dispense von der Schwägerschaft im 2./1. Grade und im 1. Grade der Seitenlinie. — b) Vitalis möchte die Katharina ehelichen, welche mit seiner verstorbenen Ehefrau Paula im doppelten 2. Grade der gleichen Seitenlinie blutsverwandt war. Vitalis ist mit Katharina im doppelten 2. Grade der gleichen Seitenlinie verschwägert.

**IV. Natur.** Die Schwägerschaft gehört der ganzen Ausdehnung nach dem reinen Kirchenrecht (nicht dem göttlichen Rechte) an. Darum fallen die Ungetauften nicht unter die Verpflichtung des Hindernisses Can. 12. Dispense kann in allen Graden gegeben werden, pflegt jedoch für die Schwägerschaft der geraden Linie nicht gegeben zu werden, wenn sie aus vollzogener Ehe stammt Can. 1043. Niemals wurde Dispense gegeben im 1. Grade der geraden Linie, wenn die zugrundeliegende Blutsverwandtschaft ehelich war; vgl. S. Poen. d. 2. Dec. 1911 in Hagulstaden. (Leitner: Eherecht<sup>3</sup> S. 160). — Das Hindernis der Schwägerschaft im 2. Grade der Seitenlinie ist ein Hindernis geringeren Grades Can. 1042 § 2 n. 2.

Friedrich heiratete die Sibylla, welche das außereheliche Kind Nemesia mit in die Ehe brachte. Nach dem Tode der Sibylla schloß er mit Nemesia die bürgerliche Ehe, woraus zwei Kinder entsprossen. Nach zehn Jahren sucht er Ausöhnung mit der Kirche durch die Bitte um Dispense. — Die Ehe zwischen Friedrich und Sibylla war gültig. War sie unvollzogen, so ist Dispense möglich, sowohl vom Apostolischen Stuhl als nach Can. 1043—45. War sie aber vollzogen, so schließt Can. 1043 die Dispense für Schwägerschaft der geraden Linie stets aus. Der Apostolische Stuhl hat aber am 2. Dezember 1911 Dispense erteilt, da die Umstände besonders günstig waren (Schwägerschaft geheim, Zivilehe geschlossen, zwei Kinder vorhanden; die Vaterschaft des Friedrich sicher ausgeschlossen).

**V. Altes Recht.** Die Schwägerschaft entstand aus dem vollständigen Geschlechtsverkehr (copula perfecta carnalis) zwischen einem der Verkehrenden und den



Blutsverwandten des andern. War der Verkehr ein erlaubter, so trennte die Schwägerschaft in der geraden Linie ohne Grenzen und in der Seitenlinie bis zum 4. Grade. War der Geschlechtsverkehr ein unerlaubter („*ex fornicatione*“), so galt das Hindernis in beiden Linien bis zum 2. Grade einschließlicly.

Der Geschlechtsverkehr galt als ein erlaubter, wenn er in einer rechtmäßigen oder in einer Putativehe stattfand, die man allgemein als rechtmäßig ansah. — Der Geschlechtsverkehr galt als ein unerlaubter: a) in einem rein natürlichen Verhältnisse; b) in einer bloßen Zivilehe; c) in einer Scheinehe, welche allgemein als ungültig galt. — Sonst war die Ausdehnung theoretisch zweifelhaft, praktisch nur bis zum 2. Grade reichend.

**VI. Staatliches Recht.** A. Deutschland. 1) Wichtig ist eine Ehe, geschlossen zwischen Verschwägerten (aus der gültigen Ehe) in der geraden Linie. BGB. §§ 1310 I; 1327; 1590. Hier gibt es keine Dispense. — 2) Verboten ist eine Ehe Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern und Abkömmlingen der anderen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat BGB. § 1310 III. (Der Standesbeamte muß letzterem aufschiebenden Hindernisse nur dann nachforschen, wenn der Geschlechtsverkehr notorisch ist oder dem Standesbeamten angezeigt wurde.)

B. Österreich. Das österreichische Recht anerkennt die Schwägerschaft (wie die Verwandtschaft) bis zum 2. Grad kanonischer Zählweise einschließlicly als vernichtendes öffentlich rechtliches Ehehindernis; ABGB. §§ 66, 40, 41. Grundlage ist die gültige Ehe. Ausgeschlossen ist die Dispense zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, nicht ganz aussichtslos zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern; vgl. *Leitner: Ehe recht*<sup>3</sup> 163.

C. Schweiz. Wichtig ist eine Ehe, wenn die Eheschließung wegen Schwägerschaft unter den Ehegatten verboten ist Art. 120 Z. 3 des Zivilgesetzbuches (1. Jan. 1912). Schwägerschaft besteht zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern, Stiefeltern und Stiefkindern Art. 100 Z. 2.

### § 43. Das Hindernis des öffentlichen Anstandes.

#### **Publica honestas.**

I. Quellen: Cann. 1078; 1042 § 2 n. 3; 1076 n. 3.

**II. Das Hindernis des öffentlichen Anstandes** gleicht zwar jenem der Schwägerschaft, weicht aber von demselben ab in der Grundlage und Ausdehnung. 1) Dieses Hindernis entsteht a) aus jeder ungültigen Ehe, ob vollzogen oder nicht; b) aus einem öffentlichen Konkubinate; c) aus einem notorischen Konkubinate. — Der öffentliche Anstand bildet ein trennendes Ehehindernis nur in der geraden Linie und hier nur im 2. und 1. Grade Can. 1078.

1) Früher nannte man das Hindernis auch „quasi-affinitas“, „nachgebildete Schwägerschaft“ wegen der Ähnlichkeit mit der Schwägerschaft. Der „öffentliche Anstand“ verlangt, daß man jene nicht eheliche, mit deren nächsten Verwandten man nähere Beziehungen gepflogen hatte. — 2) Der Begriff „u n g ü l t i g e E h e“ (*matrimonium invalidum*) bedeutet jede ungültige Ehe, mag der Konsens, die Form oder Rechtsfähigkeit der Person gefehlt haben. — 3) Der „K o n k u b i n a t“, d. h. die dauernde Geschlechtsverbindung ohne Ehemillen, veranlaßt das Hindernis, einmal wenn er notorisch ist, also wenn er durch die Öffentlichkeit der Tatsache, durch Selbstbekenntnis oder Richterspruch jeder Verheimlichung unzugänglich wurde Can. 2197 nn. 2 et 3, oder wenn er „ö f f e n t l i c h“ ist. „*Concubinatus publicus*“ kann nicht öffentlichen Konkubinat im gewöhnlichen Sinne bedeuten; denn bedeutete der lateinische Ausdruck das, so wäre der weitere Ausdruck „notorius“ überflüssig. Darum legen manche das Wort „*concubinatus publicus*“ von der ungültigen Z i v i l e h e aus, so G ö l l e r E.: „Das Eherecht im neuen kirchlichen Gesetzbuche“<sup>1</sup> S. 59, und die kurze „Augsburger Erklärung des Kodex“ (1918) S. 3. Freilich steht dieser Erklärung der Umstand entgegen, daß der Kodex die ungültige Zivilehe nicht als „*concubinatus publicus*“ zu bezeichnen pflegt (Cann. 1075 n. 1; 1139 § 1; 2388 § 1), wie die Päpste P i u s IX. („*turpis atque exitialis concubinatus*“) und L e o XIII. („*legalis concubinatus*“) es taten; vgl. L i n n e b o r n Johannes: „Grundriß des Eherechts nach dem CIC“ (1919) S. 44 ff. Vielleicht läßt sich das Wort „*concubinatus publicus*“ von der Z i v i l e h e zweier Katholiken und seit dem 19. Mai 1918 einer jeden katholischen Person erklären (Can. 1099), da die Kirche hierbei das Fehlen des Ehekonsenses präsumiert, den sie bei akatholischen Ehen annimmt, S. Off. 2. Jul. 1892 in Colonien. (AAS. 11, 361); Rota Romana in Argentinien. d. 18. Nov. 1918 et in aliis (AAS. 11, 358—363, spec. 359). — 4) Daraus ergeben sich zwei Regeln: a) Aus jeder ungültigen Zivilehe entsteht das Hindernis des öffentlichen Anstandes: war Konsens vorhanden, wegen ungültiger Ehe; fehlte er, wegen *concubinatus publicus*. b) Sicher ist das Hindernis a) *ex matrimonio invalido*; β) *ex concubinato notorio*; γ) *ex actu civili ubi deest consensus*. Sonst ist das Hindernis *ex concubinato publico* zweifelhaft. — 5) Ungültig ist die Ehe zwischen einem Manne und der Mutter oder Großmutter, dann der Tochter oder Enkelin jener Frau, mit welcher der Mann in ungültiger Ehe oder im Konkubinate (wie oben) lebte, und umgekehrt.

**III. Aufhören des Hindernisses.** Das Hindernis des öffentlichen Anstandes gehört seiner ganzen Ausdehnung nach dem reinen Kirchenrechte an; Ungetaufte sind ihm nicht unterworfen Can. 12; Dispense ist darum immer möglich Cann. 1043—45. Der 2. Grad gehört zu den Hindernissen niederen, der 1. Grad zu jenen höheren Grades Can. 1042 § 2 n. 3 und § 3. — Das Hindernis hört demnach auf: a) durch Dispense; b) durch Abschluß einer gültigen Ehe seitens der ungültig Berehelichten oder im Konkubinate Lebenden.

1) Dispense ist von der publica honesta (Can. 1078) immer möglich, jedoch nicht von der Blutsverwandtschaft des Can. 1076 § 3. Wenn ein Mann die Tochter bzw. Enkelin seiner vermeintlichen Ehefrau oder seiner Konkubine heiraten will, muß die Tochter dieser Frauensperson schon vor dem Verkehre geboren gewesen sein. Hätte die Geburt der „Braut“ erst nach dem Verkehr mit deren Mutter stattgefunden, so gäbe der Apostolische Stuhl Dispense nur dann, wenn der „Bräutigam“ unmöglich der Vater der „Braut“ sein konnte. — 2) Schließen vermeintliche Eheleute oder Konkubinarien eine gültige Ehe, so entsteht daraus die Schwägerschaft Can. 97 § 1, welche das Hindernis des „öffentlichen Anstandes“ in sich aufnimmt Ben. XIV. l. 9 c. 13 n. 4. Freilich halten nach dem neuen Rechte manche Kanonisten an dem Fortbestand des Hindernisses der publica honestas fest, wie Linneborn S. 276; P. Thimotheus Dr. Schäfer O. Cap.: „Das Eherecht nach dem CIC“<sup>6</sup> S. 131, ohne ihre Ansicht als gewiß darzustellen; darum gilt Can. 15: das Hindernis des öffentlichen Anstandes gilt praktisch nicht mehr.

**IV. Altes Recht.** Das Hindernis des öffentlichen Anstandes entsprang in alter Zeit aus den sponsalia und trennte die Ehe in der Seitenlinie bis zum 4. Grade einschließlic (seit 1215). Das Trienter Konzil schränkte es in sess. 24 c. 3 d. r. matr. auf einen Grad ein, vorausgesetzt, daß die sponsalia gültig waren. Indes Papst Pius V. erklärte am 1. Juli 1568 die Einschränkung als maßgebend nur für die sponsalia de futuro (Verlobung). So gab es nun seit 1568 bis 19. Mai 1918 eine doppelte Quelle des Hindernisses: a) die gültige Verlobung, trennend bis zum 1. Grad beider Linien; b) die Vermählung, trennend bis zum 4. Grad, mochte sie gültig oder ungültig sein, wenn nur der Ehekonsens vorhanden war. Aus der bloßen „Zivilehe“ ging gar kein Hindernis des öffentlichen Anstandes hervor. Dekret der Konzilskongregation 13. (17.) März 1879. — Das Partikularrecht von Spanien und dem lateinischen Amerika sowie vom 19. April

1908 an das Dekret *Ne temere* brachten eine bedeutende Einschränkung der Verlobungsgültigkeit.

**V. Staatsrechtliche Normen** für kirchlich ungültige, bürgerlich gültige Ehen wie beim Hindernis der *Schwäger-  
schaft*.

## § 44. Geistliche Verwandtschaft.

### *Cognatio spiritualis.*

**I. Quellen:** Cann. 1079; 768; 762—69; 793—97; 1042 § 2 n. 4; 1990; CC. dd. 2.—3. Jun. 1918 IV n. 8.

**II. Das neue Hindernis der geistlichen Verwandtschaft** entsteht aus der gültig gespendeten *Taufe* und trennt die Ehe zwischen dem Taufenden und dem Täufling und zwischen dem Taufpaten und dem Taufpatenkind Cann. 1079; 768. Die nähere Erklärung hierüber findet sich im Kapitel von den *Paten* im „Handbuch“ II S. 54 f und 70.

**III. Natur und Aufhören.** Das Hindernis beruht nur auf dem Kirchenrechte; darum werden *Ungetaufte* davon nicht betroffen. Eine Dispense ist überall möglich und wird gegeben Cann. 1043—45; die geistliche Verwandtschaft gehört ja zu den Hindernissen niederen Grades Can. 1042 § 2 n. 4. Bei Anklagen genügt das summarische Verfahren Can. 1990. Die übrigen Wirkungen der geistlichen Verwandtschaft bleiben wie bisher CC. dd. 2.—3. Jun. 1918 IV n. 8 (AAS. 10, 346).

**IV. Altes Recht** (bis 19. Mai 1918). Die geistliche Verwandtschaft trat ein und damit das trennende Ehehindernis der geistlichen Verwandtschaft: 1) zwischen dem Spender des Tauf- oder Firmisakramentes einerseits, dem Empfänger und dessen leiblichen Eltern anderseits; 2) zwischen dem Paten einerseits und dem Patenkinde und dessen leiblichen Eltern anderseits bei einem der genannten heiligen Sakramente. Anschaulich ist das lateinische Merkwort:

Inter baptizantem,	baptizatum	baptizatique	parentes;
„ levantem,	levatum	levatique	„
„ confirmantem,	confirmatum	confirmatique	„
„ tenentem,	tentum	tentique	„



Bei der Spendung der beiden Sakramente war und ist notwendig: a) das wirkliche Zustandekommen des betreffenden Sakramentes; b) das Getauftsein des Spenders und der Eltern des Empfängers. — Bei der Taupatenſchaft waren die Erforderniſſe folgende: a) das Getauftsein des Paten und der Eltern; b) der Wille, Pate zu ſein; c) die Setzung des äußeren Zeichens; d) das Bezeichnetſein (ausdrücklich oder ſtillichweigend); e) das wirkliche Zustandekommen des Sakramentes. Bei Firmpatenſchaft galten dieſelben Vorausſetzungen, nur mußte der Firmpate auch noch gefirmt ſein.

V. Die ſtaatliche Geſetzgebung kennt kein Ehehinderniß der geiſtlichen Verwandtſchaft.

## § 45. Geſegliche Verwandtſchaft.

### Cognatio legalis.

I. **Quellen:** Cann. 1080; 1059. — Die alten Quellen finden ſich im Rodey Gaſparri und bei Leitner: *Eherecht*<sup>3</sup> S. 174.

II. **Das Hinderniß.** „Wer nach dem Staatsgeſetze wegen der aus Annahme an Kindes Statt entſpringenden geſeglichen Verwandtſchaft zur Eheſchließung für unfähig gilt, der kann auch kraft des Kirchenrechts eine Ehe nicht gültig abſchließen“ Can. 1080. Iſt jedoch der bürgerliche Akt nur unerlaubt, ſo iſt auch die kirchliche Ehe nur unerlaubt Can. 1059.

1. In Deutschland beſteht ein aufſchiebendes Hinderniß zwiſchen dem Annehmenden und dem Angenommenen, ſowie deſſen Abkömmlingen, ſolange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis beſteht BGB. § 1311. Wird eine bürgerliche Ehe trotz des Verbotes des § 1311 geſchloſſen, ſo tritt die Aufhebung des Adoptivverhältniſſes ſofort ein BGB. § 1771 I. — Wenn darum in Deutschland der Priester den Standesamtſchein „über die bürgerliche Eheſchließung“ in Händen hat, ſo weiß er, daß das aufſchiebende Hinderniß der geſeglichen Verwandtſchaft verſchwunden iſt. Nur wenn „ein Geiſtlicher oder Religionsdiener

im Falle einer lebensgefährlichen Erkrankung eines der Verlobten zu den religiösen Feierlichkeiten der Eheschließung" ohne standesamtliche Bescheinigung der Trauung schreitet (ÖG. Art. 46 III), könnte das staatsrechtliche und darum auch das kirchenrechtliche (Can. 1059) Hindernis der Adoption vorliegen, welches letzteres der trauende Geistliche durch Dispense beseitigen kann Can. 1043—44.

2) „Das österreichische bürgerliche Recht legt der Annahme an Kindes Statt keine ehehindernde Wirkung bei“, Rud. v. Scherer: RR. § 118 S. 327—28; Seidl Karl: *Matrifenführung*<sup>3</sup> S. 175; vgl. ABGB. §§ 179—186. Also besteht in Österreich auch kein kirchenrechtliches Hindernis.

3) Das Schweizer Recht gleicht dem des Deutschen Reiches; nur kennt es auch eine gesetzliche Schwägerschaft, also ein zeitweiliges aufschiebendes Hindernis nicht nur zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen und seinen Abkömmlingen, sondern auch zwischen dem Gatten des Annehmenden und dem Angenommenen, „Zivilgesetzbuch“ Art. 100 III; 129.

III. Das alte Recht vor dem 19. Mai 1918 kannte ein trennendes kirchliches Ehehindernis dann, wenn die Adoption in einem Lande der *adrogatio* oder der *adoptio personae cognatae* des Römischen Rechtes gleichkam; es gab denn eine *paternitas*, *fraternitas*, *affinitas legalis*; vgl. j. B. die „Anweisung für geistliche Gerichte“ in Österreich § 28 (Seidl S. 174).

## § 46. Das Hindernis des Verbrechens.

### Crimen.

I. Quellen: Can. 1075; 1036 § 3; 1042 § 2 n. 5 et § 3; 1043; 1053. — Dieses Hindernis ist seit Gregor IX. (1227—34) fast das gleiche geblieben.

II. Begriff. Das Hindernis des Verbrechens hat seine Grundlage in einer verbrecherischen Handlung (Ehebruch, Eheversprechen, Gattenmord), deren Spitze sich gegen eine bestehende Ehe richtet. Der Koder drückt das Hindernis im Can. 1075 also aus: „Gültig können die Ehe nicht schließen:

1) Personen, welche zur Zeit einer und derselben rechtmäßigen Ehe einen Ehebruch mitjammen vollbrachten und sich

gegenseitig das Versprechen der künftigen Ehe gaben oder die Ehe selbst, wenn auch nur durch den bürgerlichen Akt, einzugehen unternahmen;

2) Personen, welche ebenso zur Zeit einer und derselben rechtmäßigen Ehe, einen Ehebruch mitstammen vollbrachten und von denen die eine den Gatten tötete;

3) Personen, welche mit gegenseitiger physischer oder moralischer Beteiligung, auch ohne Ehebruch, einem Ehegatten den Tod antaten."

Bevor die einzelnen Fälle genau behandelt werden, müssen einige schwierigeren Ausdrücke des Can. 1075 gewürdigt werden. In dem Gesetze „*perdurante eodem legitimo matrimonio*" (nn. 1. 2) kann „*matrimonio legitimum*" nicht nach Can. 1015 § 3 von der Ehe der Ungetauften ausgelegt werden; denn diese Ehen (*matrimonia legitima*) werden ja vom Roder an sich gar nicht getroffen Can. 12. Es muß also im Sinne von *rechtmäßiger Ehe* verstanden werden, wie ja „*legitimus*" im kirchlichen Gesetzbuch häufig so gebraucht wird, z. B. Can. 1159 § 2; 1171; 1182 § 1 usw. — Für die Tötung werden die Ausdrücke gebraucht „*coniugicidium patravit* (n. 2), *mortem coniugi intulerunt*" (n. 3). In diesen Worten sind nur *Tatsachen* ausgedrückt, keineswegs aber *Absichten*, also nicht die *Absicht*, sich den Weg zur neuen Ehe zu bereiten. Nach diesen allgemeinen Bemerkungen legen wir der größeren Klarheit wegen die vier einzelnen Fälle vor, wenn auch der Roder die beiden ersten zusammenfaßt.

I) Vollendeter Ehebruch mit gegenseitigem Versprechen einer künftigen Ehe. — *Adulterium consummatum cum fide mutua matrimonii ineundi* Can. 1075 n. 1.

a) Weder Ehebruch allein noch Eheversprechen allein genügen. — b) Der Ehebruch ist vollendet *a)* wenn der volle Geschlechtsverkehr (*copula perfecta carnalis*) vorliegt, *β)* wenn wenigstens der eine Teil in einer gültigen Ehe (*matrimonium legitimum*) lebt, *γ)* wenn beide Teile den Geschlechtsverkehr als wirklichen Ehebruch ansehen (was z. B. bei geschiedenen Katholiken nicht immer zutrifft). — c) Das Eheversprechen muß ernst und gegenseitig (*fidem sibi mutuo dederunt*) sein; freilich braucht es nicht schriftlich zu sein, wie die Verlobung. — d) Beide Verbrechen (Ehebruch und Eheversprechen) müssen sich gegen ein und dieselbe Ehe richten. — e) Nur wenn das Eheversprechen vor dem Ehebruch widerrufen wurde, so bewirkt es das Ehehindernis nicht.

II) Vollendeter Ehebruch mit versuchter Eingehehung einer neuen Ehe. — *Adulterium consummatum cum matrimonio attentato* Can. 1075 n. 1.

a) „Vollendeter Ehebruch“ wie oben unter I. — b) „Versuchte Eheeingehung“ bedeutet nicht etwa bloß eine geplante Eheschließung, sondern eine *wirkliche*, der jedoch der Erfolg verjagt blieb wegen des entgegenstehenden Hindernisses des Ehebandes und vielleicht anderer, z. B. Blutsverwandtschaft. Fehlte es aber an dem ehelichen Konsens, auch nur auf einer Seite, dann ist das Hindernis nicht gegeben, S. C. de Prop. Fid. d. 14. Jan. 1844 (Leitner, „Eherecht“<sup>3</sup> S. 178); denn wenn schon beim Versprechen eine „fides mutua“ vorhanden sein muß, um so mehr dann bei der Ehe. Der Versuch der Ehe auch durch Ziviltrauung genügt Can. 1075 n. 1. — c) Die Beziehung zwischen Ehebruch und Eheattentat wie unter I.

III) Vollendeter Ehebruch mit Gattenmord, ins Werk gesetzt wenigstens von einem Teile. — *Adulterium cum coniugicidio ab alterutro patrato* Can. 1075 n. 2.

a) „Vollendeter Ehebruch“ wie oben I. — b) „Gattenmord“ setzt den Tod voraus. Wird der Mord beabsichtigt und versucht, aber ohne Erfolg, so tritt das Hindernis nicht ein. — c) „Wenigstens ein Teil“ muß den Gattenmord „ins Werk setzen“ als physische (z. B. Vergiftung) oder moralische (Befehl, Rat, wirksame Bitten) Ursache; ein späteres Gutherien genügt nicht. — d) Beide Verbrechen müssen sich gegen ein und dieselbe Ehe richten. Der Ehebruch muß natürlich vor dem Tod des unschuldigen Gatten stattfinden; doch kann derselbe der Todesveranlassung vorangehen oder folgen. — e) Ein Mitwissen des anderen Ehebrechers am Morde ist nicht gefordert. Auch verlangt der Text des Can. 1075 n. 2 nicht die Absicht beim Gattenmord, sich den Weg zu der neuen Ehe zu bahnen. Wohl haben einige Kanonisten, wie Linneborn J.: „Grundriß“ (1919) § 29 S. 244, Noldin Hieron.: „De iure matrim.“ (1919) § 14 n. 113 und Schäfer P. Tim.: „Das Eherecht“<sup>6</sup> S. 120, das alte Recht einfach in den Kodex hineingetragen („machinari“; S.C.C. d. 28. Sept. 1726 in Ulixbonen.); mit Unrecht, da die Voraussetzungen des Can. 6 nn. 2. 3 fehlen.

IV) Gattenmord, vollführt auf beiderseitiges Betreiben. — *Coniugicidium mutua utriusque opera* Can. 1075 n. 3.

Der Unterschied von III besteht darin, a) daß beide Teile am Gattenmord beteiligt sein müssen; b) daß der Ehebruch nicht gefordert ist.

Das Hindernis des Verbrechens tritt immer ein, wenn nur die Voraussetzungen gegeben sind; darum entschuldigt Unkenntnis der Tatsachen (*ignorantia facti*), also die Unkenntnis, daß die Person, mit welcher der Geschlechtsverkehr stattfand oder die ermordet wurde, verheiratet ist (*adulterium, coniugicidium*); aber niemals entschuldigt Unkenntnis des Rechtes (*i. iuris*), hier des Hindernisses;



„ignorantia facti, non iuris, excusat“ reg. 13 in 6<sup>o</sup>; Can. 16 § 1; vgl. *Leitner M.: Eherecht*<sup>3</sup> S. 179 f.

Eine Vervielfältigung des Hindernisses kann in verschiedener Weise eintreten, so daß oft zwei oder drei Arten des Hindernisses in einem Falle sich vereinigt finden. Ob nun aus dieser Kombination der Arten jedesmal mehrere Hindernisse entstehen oder ob dasselbe Hindernis in einer anderen Gestalt erscheint, das hat der Apostolische Stuhl nicht entschieden. Es ist notwendig und genügt, daß die Tatsachen genau angegeben werden S. Off. d. 22. (24.) Febr. 1899 ad 1. Wenn eine Ehefrau mit ihrem Knechte nach gegenseitigem Eheversprechen die Ehe bricht, dann den Knecht veranlaßt, den Ehemann aus dem Wege zu räumen, was dieser ausführt, so haben wir Fall I und IV kombiniert.

**III. Natur und Dispensmöglichkeit.** Obwohl auch dieses Hindernis seine Grundlage im Naturrechte hat c. 1 De conversione inf. (III 33), so gehört es doch in seiner ganzen Ausdehnung dem reinen Kirchenrechte an. Die Ungetauften sind demnach von demselben nicht getroffen Can. 12; auch nicht, wenn sie erst als Getaufte zur zweiten Ehe schreiten Cann. 12 und 10, wenn nur das grundlegende Verbrechen vor der Taufe geschah, auch nur zum Teil S. C. de Pr. F. d. 23. Aug. 1852. — Ist dagegen ein Teil christlich, der andere ungetauft, so genügt für das Eintreten des Hindernisses, daß der christliche Teil für seine Person die Erfordernisse setzt. Bei der dritten Art des Verbrechens (adulterium cum coniugicidio) muß der christliche Teil den Gattenmord ins Werk gesetzt haben; sonst ist die Beteiligung ja die gleiche; freilich muß auch der ungetaufte Teil die Verbrechen nach ihrer formalen Seite hin erfüllt haben Can. 1036 § 3; c. 1 De convers. inf. (III 33).

Dispense von allen vier Arten des Verbrechens ist möglich Cann. 1043—45. Doch pflegt der Apostolische Stuhl vom crimen alterutro vel utroque patrans im äußeren Forum fast nie zu dispensieren Can. 1042 § 3 und § 2 n. 5. Wird vom Heiligen Stuhle Dispense super rato gewährt oder der Freiheitsstand einer verheirateten Person erklärt, so ist mit dieser Dispense bzw. Erklärung auch die Beseitigung des Hindernisses des crimen neutro patrans stets gegeben, niemals aber die Dispense vom Can. 1075 nn. 2. 3 (alterutro,

utroque patrans). Wenn ein unter dem Apostolischen Stuhle stehender Richter den Freiheitsstand (status libertatis) einer Person erklärt, so ist die Beseitigung des Hindernisses damit nicht gegeben. Man muß hier stets den Todestag (Auflösungstag der Ehe) des vermißten Gatten beachten. Geschehen die Verbrechen vorher, so liegt das Hindernis vor; wenn nachher, so ist kein Hindernis gegeben.

Als Todestag für den vermißten Soldaten Edmund wird der 23. März 1916 festgesetzt. Seine Frau hat mit Adolf Ehebruch getrieben und das Eheversprechen gegeben und angenommen. Haben Ehebruch und gegenseitiges Eheversprechen v o r dem 23. März 1916 stattgefunden, so muß, wenn nicht der Apostolische Stuhl die Freiheitserklärung gibt, das Hindernis des Verbrechens l e i g e n s beseitigt werden; wenn n a c h dem 23. März 1916, so fällt das Hindernis des Verbrechens fort. Geht die Sache an den Apostolischen Stuhl, so ist mit der Freiheitserklärung die Dispense schon gegeben.

**IV. Vergleich des früheren mit dem neuen Rechte:** a) Die (früher vielleicht wahrscheinliche) Ansicht, daß Unkenntnis des Hindernisses entschuldigt, ist abgetan Can. 16 § 1. — b) Kenntnis des Mordanschlages auf b e i d e n Seiten ist im Falle III (crimen alterutro patrans) nicht geboten. — c) Die A b s i c h t, sich durch Tötung des Ehegatten den Weg zur Ehe zu bahnen, wird durch den Gesetzestext von Can. 1075 nn. 2. 3 in keiner Weise gefordert; die Entscheidung der S. C. C. d. 28. IX. 1726 in Ulixbonen. ist aus den Anmerkungen zu Can. 1075 verschwunden.

**V. Staatliche Bestimmungen. A. Deutsches Reich.** Wenn in einem Scheidungsurteil der Ehebruch als Grund der Scheidung festgestellt ist, so ist die Ehe, welche der ehebrecherische Gatte mit dem andern Ehebrecher ohne Befreiung von der gesetzlichen Vorschrift eingeht, nichtig. Die Befreiung erteilt die einschlägige Landesregierung. BGB. §§ 1312; 1328 und 1322; vgl. RGW. §§ 211 ff. (Strafen für Mord usw.)

**B. Österreich.** 1) Nur der gerichtlich oder staatsbehördlich bewiesene Ehebruch (auch ohne Eheversprechen) ist trennendes Ehehindernis ABGB. § 57. — 2) Bei „Trennung“ akatholischer Ehen ist dem getrennten Teile eine Ehe unmöglich mit jener Person, deren Schuld oder Mitschuld am Vorhandensein des Ehetrennungsgrundes im Eheprozeß erwiesen wurde ABGB § 119.

(weiter als BGB. § 1312). — 3) Gegenseitiges Eheversprechen mit Gattenmord, vollbracht oder versucht, auch nur von einer Seite AbGB. § 68 (Herausforderung zum Zweikampf oder Tötung im Zweikampf läßt das Hindernis nicht eintreten!)

C. In der *Schweiz* besteht kein eigenes Hindernis.

## § 47. Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit. *Cultus disparitas.*

I. *Quellen*: Cann. 1070; 1071; 1060—64; 1042 § 3; 1043—45; 1120 § 2; 1990.

II. *Begriff*. Glaubensverschiedenheit ist jenes trennende Ehehindernis, welches die Ehe zwischen einer sicher getauften und sicher ungetauften Person unerlaubt und unmöglich macht Can. 1070.

*Erläuterung*. 1) Das Hindernis heißt *Glaubensverschiedenheit*, weil die beiden Personen verschieden sind dem Empfang des *Glaubenssacramentes* d. h. der Taufe nach c. 7 De divort. (IV 19). — 2) Als „sicher getauft“ gilt jede Person, deren Taufe in der katholischen Kirche entweder empfangen oder geprüft und gutgeheißen wurde (bei Befehrungen aus dem Irrglauben oder Schisma) Can. 1070 § 1. — 3) Gilt die Taufe einer Person nicht als sicher im Sinne des Can. 1070 § 1, sondern nur als *sehr wahrscheinlich* oder *zweifelhaft*, so steht dieser Person das Hindernis der Glaubensverschiedenheit erst dann entgegen, wenn unzweifelhaft bewiesen ist, daß der eine Teil sicher getauft, der andere aber sicher nicht getauft ist ibi § 2. — 4) Dieses Hindernis beruhte bisher auf dem allgemeinen Gewohnheitsrechte, seit 19. Mai 1918 auf Can. 1070.

III. *Altes Recht*. Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit erfaßt nicht nur eine Person, deren Taufe in der katholischen Kirche empfangen oder gutgeheißen wurde, sondern auch eine *akatholische* Person, deren Taufe einem Zweifel nicht unterlag oder deren Taufe wohl zweifelhaft war, doch so, daß der Zweifel entweder nicht gelöst werden konnte („solvi nequit“) oder sollte („non oportet“). Freilich war auch dieser Behelf nur eine Rechtsannahme (*praesumptio*),

welche der Wahrheit weichen mußte, Benedict XIV. in Const. „Singulari Nobis“ d. 9. Febr. 1749 §§ 11 sqq. (R-S.: Trid. pag. 553).

**IV. Natur und Aufhören.** 1) Dieses Hindernis hat eine göttlich-rechtliche und eine rein kirchenrechtliche Seite. Besteht bei einer solchen Ehe Gefahr für den Glauben des katholischen Teils oder für die Nachkommenschaft, so ist eine solche Ehe durch göttliches Gesetz verboten Cann. 1060—62; eine Dispense ist hier unmöglich. Sind aber die drei Kautelen der Cann. 1061—62 gegeben, so ist nur mehr ein kirchenrechtliches Hindernis vorhanden. Das Hindernis ist höheren Grades und öffentlich-rechtlich; bei Anklagen kann das einfache Verfahren genügen Can 1990.

2) Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit hört auf: a) durch die T a u f e des ungetauften Teils (v o l l s t ä n d i g durch die katholische Taufe; als trennendes Hindernis durch die Taufe außerhalb der katholischen Kirche) mit Erneuerung des Eheconsenses nach dem Can. 1133; b) durch kirchliche Dispense.

Das Hindernis hört nicht auf durch den A b f a l l des getauften Teils zum Unglauben c. 7 De divortiis (IV 19). — Die Dispense von diesem Hindernis des „höheren Grades“ (Can. 1042 § 3) ist möglich auf Grund der Cann. 1043—45 (Todesgefahr, verwidelter Fall); sonst nur durch das Dazwischentreten des heiligen O f f i z i u m s Can. 247 § 3. Die Missionsbischöfe und Missionäre erhalten in der Regel weitgehende Vollmachten, freilich nur unter gewissen Voraussetzungen Can. 1061; L e i t n e r M.: „Eherecht“<sup>3</sup> S. 186. In den a l t g l ä u b i g e n Gegenden war bis 1885 eine Dispense fast unerhört; von da an wurde sie zur G ü l t i g m a c h u n g solcher Ehen unter günstigen Voraussetzungen gegeben; unter denselben günstigen Voraussetzungen und aus sehr gewichtigen Gründen wird sie in neuester Zeit (seit 1914) auch v o r jeder „ehelichen Verbindung“ erteilt. Wird eine Dispense tatsächlich erteilt und findet die Verehelichung wirklich statt, so kann von dem getauften Teile das „Paulinische Privileg“ auch dann nicht geltend gemacht werden, wenn der ungetaufte Teil „weggeht“ Cann. 1120—21.

**V. Staatliche Gesetzgebung.** A. Im Deutschen Reich und in der Schweiz gibt es kein Hindernis der Glaubensverschiedenheit. B. In Österreich ist eine „Ehe“ null und nichtig zwischen einer Person christlichen und einer nicht christlichen Bekenntnisses ABGB. § 64.



## § 48. Das Hindernis des geheimen Eheabschlusses. Clandestinitas.

Das kirchliche Gesetzbuch kennt kein eigentliches Hindernis des geheimen Eheabschlusses oder der Clandestinität, sondern spricht nur von dem Mangel der äußeren Form, doch bleiben wir bei der Bestimmung des Trienter Konzils, welches die eheschließenden Personen bei Vernachlässigung der Form „für unfähig erklärt, inhabiles reddit“ Trid. sess. 24 c. 1. d. r. m.

I. **Quellen und Geschichte.** 1) **Quellen:** De clandest. desponsatione (IV 3); Trid. sess. 24. c. 1. („Tametsi“) d. r. m. — Konst. „Provida“ Pius' X. v. 18. Jan. 1906, in Kraft getreten am 15. April 1906. — S. C. Conc. decr. „Ne temere“ d. 2. Aug. 1907, geltend vom 19. April 1908. — Cann. 1094 1103; 1043; 1990 mit Erklärung der Roderikkommission vom 16. Oktober 1919 ad 17.

2) **Geschichte.** Vom Beginn der Kirche bis zum vierten Laterankonzil (1215) bestand keine Gesetzesvorschrift, welche die Form der Eheeingehung geordnet hätte, nichtsdestoweniger wurden von Anfang an die Ehen der Christen vielfach kirchlich geschlossen. Das legte schon das Beispiel der heidnischen Römer nahe; vgl. **R i e g C.:** „Grundriß der römischen Altertümer“ (3. A.) § 136 S. 256 f. Indes die guten Sitten verfliegen und Gleichgültigkeit tritt an deren Stelle. Papst Innozenz III. mußte darum auf dem vierten Laterankonzil vorschreiben, daß die Ehen „in facie ecclesiae“ eingegangen werden. Die Eheverkündigungen wurden zur Pflicht gemacht, doch nicht unter der Strafe der Nichtigkeit der Eheschließung. (Erster Zeitraum.) — Da mit der Mehrung der heimlichen Ehen große Mißbräuche einrißen, so stellte das Tridentinum im c. „Tametsi“ am 11. November 1563 eine eigene Eheschließungsform auf, und zwar unter Strafe der Nichtigkeit der ohne die Wesensform geschlossenen Ehen. Um jedoch die Neugläubigen zu schonen, wurde bestimmt, daß das Dekret erst nach Ablauf von dreißig Tagen, gerechnet von der Verkündigung in einer Pfarrei an, Geltung haben sollte. Diese Promulgationsform führte bei der politischen und religiösen Zersplitterung mancher Gegenden, besonders des Deutschen Reiches zu einer außerordentlichen Rechtsver-

chiedenheit und darum Rechtsunsicherheit. Papst Pius X. gab durch die Konstitution „Provida“ den deutschen und später auch den ungarischen Gebieten Einheit und Rechtsklarheit. (Zweiter Zeitraum.) — Am Ostersfeste 1908 trat das Dekret „Ne temere“ in Kraft und bewirkte fast gleiches Eheschließungs- und Verlobungsrecht auf dem ganzen Erdfreis; nur Deutschland und Ungarn hatten ein eigenes Mischehenrecht. (Dritter Zeitraum.) — Vom 19. Mai 1918 an gilt der Kodex, welcher die vollständige Rechtsgleichheit herbeigeführt hat. (Vierter Zeitraum.)

**II. Die Wesensform der Ehe nach dem Kodex. Can. 1094:** „Ea tantum matrimonia valida sunt quae contrahuntur coram paroco, vel loci Ordinario, vel sacerdote ab alterutro delegato et duobus saltem testibus, secundum tamen regulas expressas in canonibus qui sequuntur, et salvis exceptionibus de quibus in cann. 1098, 1099.“

**Erklärung.** 1) Zur Wesensform der Ehe gehört der Abschluß vor drei Zeugen: einem Amtszeugen und wenigstens vor zwei gewöhnlichen Zeugen; doch sind hiebei auch die Regeln der Cann. 1095—97 zu beobachten sowie die Ausnahmen der Cann. 1098—99. Unter den Begriff „Amtszeuge“ fallen: der Ortsordinarius, der Pfarrer, endlich der Priester, den entweder der Ortsordinarius oder der Pfarrer (oder beide) delegiert hat. — a) Der Ausdruck „*Ordsordinarius*“ wurde bereits oben (S. 4) genau dargelegt; vgl. Can. 198 § 2. — b) Das Wort „Pfarrer“ muß im Sinne des Can. 451 aufgefaßt werden, also vom eigentlichen Pfarrer, dem Missionspfarrer (*quasiparochus*), dem Pfarrvikar mit voller Pfarrgewalt, worunter stets begriffen sind der *vicarius actualis*, das heißt der Pfarrinhaber an Stelle einer moralischen Person, der *vicarius oeconomus* = Pfarrverweser, der Pfarrstellvertreter und Pfarrbeistand (*vicarius substitutus*, *vicarius adiutor*), vorausgesetzt, daß letztere beide die volle Pfarrgewalt innehaben Cann. 471—77. — c) Der von dem Pfarrer oder Ortsordinarius Bevollmächtigte kann nur ein Priester sein. Näheres hierüber unten. — d) Die gewöhnlichen Zeugen bedürfen nur jener Eigenschaften, die von einem Zeugen überhaupt verlangt werden; sie müssen also sehen, hören und bezeugen können Cann. 1017 § 1; 1756; 1757.

2) Da die Amtszeugen ohne Rücksicht auf ihre Person durch ihr Amt bestimmt werden, so müssen wir die näheren Grenzen ihrer Amtstätigkeit kennenlernen: Beginn, Ende und Hindernisse der Amtstätigkeit.

a) Beginn der Amtstätigkeit: „A die adeptae canonicae possessionis beneficii... vel initi officii“ Can. 1095 § 1 n. 1. — Die Ordinarien, welche Pfründebesitzer sind, müssen ihre Präkonisationsbullen dem zuständigen Kapitel vorgelegt haben; die Ordinarien ohne Pfründe, z. B. der Generalvikar, erlangen die Assistenzbefugnis durch Antritt ihres Amtes. — Die Pfarrvorstände, welche Pfründeeinhaber sind, werden trauungsberechtigt durch die Pfründeeinweisung (installatio) oder mit der Dispense ihres Ordinarius durch Antritt ihres Amtes nach dessen gesetzmäßiger Übertragung (investitura s. institutio); die übrigen durch Amtsantritt Can. 1095 § 1 n. 1; 334 § 3; 1444 § 1.

b) Aufhören der Amtsbefugnisse Can. 208. Die Amtsbefugnis hört auf: durch Verzicht (Abdankung, Resignation, renuntiatio); durch Entziehung (privatio); durch Versetzung (translatio); durch Tod (obitus Can. 430; 183); — bei Pfarrern auch durch Entfernung (amotio). Indes dauert die Gewalt des betreffenden Amtsinhabers fort bis zum Eintreffen der sicheren Kunde von diesen Ereignissen (abgesehen vom Tode der Amtsperson selbst) Can. 430 § 2. Bei Versetzung aber erlangt der versetzte Bischof am Tage der sicheren Kunde hievon die Gewalt eines Kapitelsvikars, welche bis zur Besitznahme des neuen Bistums dauert ibi § 3.

c) Schranken und Hindernisse der Assistenzbefugnis Can. 1095 § 1 nn. 1—3. Ungültig assistieren die Amtszeugen (Ortsordinarien, Pfarrinhaber): 1) wenn sie mit einer Zensur (Exkommunikation, Interdikt, Amtssuspension) belastet sind, aber nur nach einem Verhängungs- oder Erklärungsprüch = p. s.; 2) außerhalb der Grenzen ihres Gebietes (innerhalb desselben sind sie immer zuständig); 3) wenn Zwang oder schwere Furcht sie beeinflusste; 4) wenn sie den Konsens nicht erforschen und entgegennehmen. — Das Dekret „Ne temere“ hatte auch verlangt, daß die Amtszeugen „eingeladen und gebeten“ seien; das fällt nach dem Roder fort.

3) Die Bevollmächtigung Can. 1095 § 2; 1096. Die trauungsberechtigten Amtszeugen können einen Priester bevollmächtigen, daß er innerhalb ihres Gebietes den Ehen gültig assistiere Can. 1095 § 2. — Die Bevollmächtigung muß sein: a) genau begrenzt; b) gut vorbereitet; c) nach dem Kodex geregelt.

Zu a). „*Licentia dari expresse debet sacerdoti determinato ad matrimonium determinatum.*“ Die Bevollmächtigung muß „*expresse*“ d. i. schriftlich oder mündlich gegeben werden, eine angedeutete Bevollmächtigung (*delegatio tacita*) genügt nicht. — Die Bevollmächtigung muß ergehen an einen „*determinatus sacerdos*“, einen ganz klar bestimmten Priester“, klar bestimmt durch Namen und Stand oder durch Namen oder Stand allein, aber so, daß eine Verwechslung ausgeschlossen ist. Der Gegenstand der Bevollmächtigung muß auf das klarste umschrieben sein „*ad determinatum matrimonium*“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Priester für mehrere Ehen zugleich bevollmächtigt wird, freilich darf bei keiner eine Verwechslung möglich sein. — Wenn auch die „allgemeinen Delegationen“ verboten und unmöglich sind, so dürfen solche doch gegenüber den Hilfspriestern für die Anstellungspfarrei („*vicariis cooperatoribus pro paroecia cui addicti sunt*“) gewährt werden Can. 1096 § 1. Wenn in manchen Diözesen, z. B. Passau, Regensburg, die selbständigen Hilfsseelsorger vom Ortsordinarius „*ad universitatem matrimoniorum*“ in Expositur- oder Lokalkaplaneigebiete bevollmächtigt sind, so kann man dagegen nichts einwenden, doch fällt ihnen auch die Aufgabe zu, auch den „*status libertatis*“ festzustellen ibi § 2.

Zu b). „Den Freiheitsstand der Brautleute“ muß der Pfarrer bereits festgestellt haben, bevor er die Bevollmächtigung hergibt; ebenso der Ordinarius Can. 1096 § 2. Auch diese Vorschrift dürfte in ihrer ganzen Strenge für die Nicht-Seelsorger gelten, weniger für die Hilfspriester, besonders für die mehr selbständigen (Expositi, Rektoren).

Zu c). Der Kodex bestimmt nicht ausdrücklich, daß die Schranken und Hindernisse des Can. 1095 § 1 nn. 1. 3 auch für die Bevollmächtigten gilt. Wohl ist es nur vernünftig, daß diese Beschränkungen auch für die Bevollmächtigten gelten,



immerhin ist das nicht ausdrücklich ausgesprochen, wie es im Dekret „*Ne temere*“ geschah; vgl. Can. 6 n. 6. Nur drei Beschränkungen des Can. 1095 können in Frage kommen: *Zensur*, *Zwang* und *Furcht*, *Erforschen* und *Entgegennehmen* des *Konsenses*. *Zensurierte* Priester können überhaupt nur in Todesgefahr assistieren Cann. 2264; 2261 § 3. Dagegen wäre die Ehe zweifelhaft ungültig, wenn ein Bevollmächtigter in schwerer Furcht oder ohne Erforschung des Konsenses assistierte. — Ein bevollmächtigter Priester kann wieder bevollmächtigen (*subdelegieren*), wenn er vom Apostolischen Stuhl oder „*ad universitatem matrimoniorum*“ oder mit der ausdrücklichen Vollmacht, zu subdelegieren, bevollmächtigt wurde Can. 199 §§ 2—4.

4) Erlaubtheit der Trauung. a) In allen Fällen muß der Freiheitsstand der Brautleute festgestellt sein Can. 1097 § 1 n. 1. — b) Zuständigkeitsgrade bezüglich der Erlaubtheit: Zur erlaubten Trauung ist zunächst zuständig der Pfarrer des Domizils, des Quasidomizils oder des Einmonataufenthaltes der Braut Can. 1097 § 1 n. 2; — dann der Pfarrer des Domizils, Quasidomizils, Einmonataufenthaltes des Bräutigams aus rechtmäßigem Grunde (*iusta causa*) — oder ein beliebiger Pfarrer bei rein vagierenden Personen oder aus gewichtigem Grunde oder mit Erlaubnis der Obigen ibi § 1 n. 3. Handelt es sich aber um Herumziehende mit einem gewissen Aufenthalt, so ist der Pfarrer dieses Ortes zuständig ibi n. 2. — Ein Pfarrer, der ganz ungerechtfertigt assistiert, hat kein Anrecht auf die Stolgebühren, sondern muß sie dem berechtigten Pfarrer abliefern ibi § 3. — Damit hier keine Unordnung entsteht, dürfte es sich empfehlen, daß der Gegenstand durch Diözesanvorschriften genauer geregelt würde.

Handelt es sich um Katholiken verschiedenen Ritus, so regelt die erlaubte Zuständigkeit ein etwaiges Sonderrecht, oder Can. 1097 § 2, wonach die Ehe im Ritus des Mannes und vor dessen Pfarrer zu schließen ist.

5) Besondere Verhältnisse. a) Die Zuständigkeit der Militär- und Personalpfarrer richtet sich genau nach den Vereinbarungen des Apostolischen Stuhles, vgl. Can. 451 § 3; S. C. Sacr. in Goana d. 27. (29.) Mai 1910.

b) Die Ordensleute bedürfen zur gültigen und erlaubten Assistenz gerade so der Pfarrgewalt oder der Bevollmächtigung wie die Weltpriester, auch in ihren eigenen Kirchen, selbst in den exempten Ordenskirchen; denn diese gelten als Teil des Pfarr- bzw. Bistumsgebietes hinsichtlich der Trauungen S. C. Sacr. d. 12. (13.) Mart. 1910 ad 8<sup>um</sup> (AAS. 2, 194—95).

c) Bei den Mischehen muß die Wesensform in gleicher Weise eingehalten werden wie bei den rein katholischen Ehen; doch bezüglich der übrigen Trauungszeremonien bleibt es bei den Vorschriften und Weisungen des Apostolischen Stuhles Cann. 1102; 1095 § 1 n. 3. Man halte sich hier genau an die Normen der einzelnen Diözesen; jedenfalls soll eine gewisse Einschränkung der nebensächlichen Zeremonien beobachtet werden.

**III. Eheschließung in außerordentlichen Fällen Can. 1098.** Wortlaut: „Si haberi vel adiri nequeat sine gravi incommodo parochus vel Ordinarius vel sacerdos delegatus qui matrimonio assistant ad normam canonum 1095; 1096: 1) In mortis periculo validum et licitum est matrimonium contractum coram solis testibus; et etiam extra mortis periculum, dummodo prudenter praevideatur eam rerum conditionem esse per mensem duraturam; — 2) In utroque casu, si praesto sit alius sacerdos qui adesse possit, vocari et, una cum testibus, matrimonio assistere debet, salva coniugii validitate coram solis testibus.“

1) Allgemeine Voraussetzungen: a) Gültig und erlaubt ist eine Ehe, geschlossen nur vor zwei gewöhnlichen Zeugen, wenn ein Amtszeuge unerreichbar ist, also weder ein Pfarrer oder ein Ortsordinarius oder ein bevollmächtigter Priester; oder wenn diese zwar erreichbar sind, jedoch nur solche, die der Erfordernisse der Cann. 1095—96 entbehren, z. B. ein Exkommunizierter p. s. — b) Die Ausdrücke „haberi vel adiri“ bedeuten die Unmöglichkeit, den Amtszeugen einerseits am Orte der Trauung zu finden, anderseits ihn außerhalb desselben aufzusuchen. — c) Die betonte Unmöglichkeit kann eine physische und moralische sein; letzteres ist ausgedrückt in dem Worte „sine gravi incommodo“. Dieser schwere Nachteil kann das

Leben, die Gesundheit, die Freiheit oder den Besitzstand sowohl der Brautleute als des Priesters bedrohen.

2) Diese drei Erfordernisse vorausgesetzt ist eine Eheschließung gültig und erlaubt „in der Todesgefahr“, also in jeder Todesgefahr ohne Rücksicht auf die Nähe und Schwere, auf die Veranlassung (Krankheit) der Todesgefahr, ohne Rücksicht auf die äußere oder innere Lage der in Todesgefahr schwebenden Person, während das Dekret des heiligen Offiziums vom 20. Februar 1888 und das Dekret „*Ne temere*“ gewisse Voraussetzungen forderten (Beendigung einer Zivilehe oder eines Konkubinats; Beruhigung des Gewissens; Legitimierung der Nachkommenschaft).

3) Außerhalb der Todesgefahr gilt ganz das gleiche Recht, aber nur dann, wenn man begründeterweise (prudenter) voraussehen kann, die schwierige Lage werde einen Monat lang andauern. Damit ist der Roder von der Vorsorge des Dekretes „*Ne temere*“ abgegangen. Dieses blickte in die Vergangenheit („*Si ea rerum conditio a mense iam perseveret*“), Can. 1098 schaut in die Zukunft („*dummodo praevideatur . . . eam rerum conditionem esse per mensem duraturam*“). Der gegenwärtige Maßstab ist milder, der frühere war sicherer.

Schreibt ein Missionär (*quasi-parochus*): Ich komme in vierzehn Tagen, so können die Brautleute der Missionsstation (außer in der Todesgefahr) nicht formlos heiraten. Doch nach vierzehn Tagen kommt statt des Missionärs ein Katechist, welcher die Ankunft des Missionärs nach drei Wochen bestimmt verspricht. Doch auch nach drei Wochen ist der Missionär wieder verhindert. Die Brautleute können jetzt ruhig die Ehe vor zwei gewöhnlichen Zeugen eingehen; denn man kann voraussehen, daß der Missionär auch innerhalb eines Monats nicht kommt.

4) Die Beziehung eines Priesters.

a) Die Eheschließung in den beiden Notfällen ist stets gültig, auch wenn ein Priester (ohne Vollmacht) gerufen werden konnte und nicht gerufen wurde. — b) Erlaubt ist eine Eheschließung ohne Priester nur dann, wenn der Priester (physisch oder moralisch) an der Beibehaltung gehindert ist. Kann er gerufen werden, so muß er wie ein Bevollmächtigter auch assistieren. — c) Dieser Priester hat die großen Dispensvollmachten der Cann. 1043—46, sowie die Verpflichtung der Eheregistrierung gemäß Can. 1103 § 3. — d) Der Priester, welcher in den beiden Notfällen gerufen wird,

ist vollständig frei von den Anforderungen der Cann. 1095—96. Freilich sind die Brautleute nicht verpflichtet, einen zensurirten Priester beizuziehen, doch können sie ihn beiziehen sowohl in der Todesgefahr als auch in der anderen Notlage, selbst einen Zensurirten p. s.; vgl. Cann. 2261; 2275; 2284; 19.

5) Das frühere Recht. Wir müssen unterscheiden das tridentinische Recht und das Recht des Dekretes „*Ne temere*“. Nach dem tridentinischen Rechte gab es Eheschließungen, welche vom Apostolischen Stuhle für gültig erklärt wurden, obschon nur zwei gewöhnliche Zeugen assistierten. Der Grund der Gültigkeitserklärung war, daß in den vorliegenden Fällen die Anwesenheit des Pfarrers (Ordinarius, bevollmächtigten Priesters) physisch oder moralisch unmöglich war; vgl. die Entschlüsse für die Gebiete der Missionen und der französischen Republik bei *Leitner: Eherecht*<sup>3</sup> S. 207. — Das Dekret „*Ne temere*“ weicht in zwei Punkten vom gegenwärtigen Rechte ab: a) Die Unmöglichkeit, einen Bevollmächtigten zu finden, mußte in einer „*Gegend*“ sich verwirklichen; b) dieselbe mußte bereits einen Monat lang gedauert haben, wie wir bereits sahen.

6) Können auch keine gewöhnlichen Zeugen erreicht werden, oder nur ein einziger, so fragt es sich ob nicht wenigstens ein (bevollmächtigter oder nicht bevollmächtigter) Priester zu haben ist. Wenn ja, so hat ein solcher Priester große Dispensvollmachten, also auch die Vollmacht, von der Eheschließungsform zu dispensieren Cann. 1043—45. In der Todesgefahr und im „verwickelten Falle“ kann ein anwesender Priester von der Notwendigkeit eines Zeugen, der beiden Zeugen, aber auch aller Zeugen (also auch des Amtszeugen) dispensieren; es ist sogar die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der abwesende Ordinarius oder Pfarrer die Dispense erteile. — Sollten diese Vollmachten nicht hinreichen, so gibt der Apostolische Stuhl noch größere Vollmachten, z. B. für die Missionsgebiete, wie für China S. C. Conc. d. 27. Julii 1908 ad 7<sup>um</sup>.

Wenn die Schwierigkeit, den bevollmächtigten Priester zu erreichen, nicht in den Umständen des Falles, sondern in der statlichen Gefährdung liegt, so darf man die Vollmacht des Can. 1098 unbedenklich in der Todesgefahr anwenden, dagegen außer derselben erlaubter-



weise nur im Einverständnisse mit dem Apostolischen Stuhle S. C. Sacr. d. 28. Jan. 1916 (AAS. 8, 36). Doch werden Eheschließungen, auch ohne diesen Refers außer der Todesgefahr nach Can. 1098 vorgenommen, gültig sein.

**IV. Geltungsbereich der Eheschließungsform** Can. 1099; vgl. Cann. 1043—45. Zur Einhaltung der Wesensform der Cann. 1094—98 ist verpflichtet jeder Mann, der in i t B e w u ß t s e i n je einmal zur katholischen Kirche gehörte, obwohl er später von ihr wieder abfiel, wenn er ehelich wird: a) mit einer K a t h o l i k i n; b) mit einer h ä r e t i s c h e n oder s c h i s m a t i s c h e n Person, mochte diese zur katholischen Kirche je einmal gehört haben oder nicht, auch nach der Dispense vom Hindernisse der Bekenntnisverschiedenheit; c) mit einer u n g e t a u f t e n Person oder einer Person, welche zum U n g l a u b e n abfiel, ob nun die Dispense vom Hindernisse der Glaubensverschiedenheit voranging oder nicht; d) mit einer Katholikin des m o r g e n l ä n d i s c h e n Ritus, und umgekehrt, wenn eine Katholikin ehelich wird mit einem Manne der genannten verschiedenen Bekenntnisse.

Frei von der katholischen Eheeingehungsform sind:

1) die Ehen zweier ungetauften Personen Can. 12;

2) die Ehen zweier getauften A k a t h o l i k e n unter sich Can. 1099 § 2;

3) die Ehen zwischen einer ungetauften und einer getauften a k a t h o l i s c h e n Person ibi; vgl. jedoch Can. 1070 § 2;

4) die Ehen einer akatholischen Person mit einer katholischen Person des morgenländischen Ritus Can. 1099 § 1 n. 3.

Als getaufter Akatholik gilt auch jener, der von a k a t h o l i s c h e n Eltern geboren, zwar in der katholischen Kirche g e t a u f t, aber von jugendlichem Alter an (Cann. 88 § 3; 12) akatholisch d. h. in der Häresie, im Schisma, im Unglauben oder religionslos e r z o g e n wurde, sooft er mit Akatholiken ehelich werden will Can. 1099 § 2.

Zwei wichtige Fragen erheischen unsere Aufmerksamkeit: 1) Das Kind a k a t h o l i s c h e r Eltern, welches nur durch die R i n d e r t a u f e der katholischen Kirche einverleibt war, gilt im Leben in Hinsicht auf die Eheschließungsform als a k a t h o l i s c h e Person. Aber auch die Kinder aus M i s c h e n, welche nur durch die Taufe v o r dem Vernunftgebrauch der katholischen Kirche einverleibt wurden, gelten im Sinne des

Can. 1099 § 2 als *Akatholiken*, vgl. Can. 987 v. „*Fili acatholicorum*“, verbunden mit der Entscheidung der CC. d. 16. Oct. 1919 n. 13 (AAS. 11, 478). Wenn auch der Buchstabe des Can. 1099 § 2 sich nicht auf die vor dem Vernunftgebrauch in der katholischen Kirche nur getauften, aber in der Häresie usw. erzogenen Kinder *katholischer* Eltern bezieht, so gebietet doch der *Geist* des Gesetzes die Ausdehnung auch auf diese. Die Personen selbst sind schuldlos, ihre Eltern nicht selten auch, da sie vor dem Vernunftgebrauch der Kinder wegstarben oder sonst das Erziehungsrecht verloren. Aber auch wenn die Eltern schuldbarerweise die Kinder der akatholischen Erziehung preisgaben, so träfe die Strafe die schuldlosen Kinder, nicht die schuldigen Eltern. Darum gilt die 88. regula iuris in 6: „*Certum est, quod is committit in legem, qui legis verba complectens contra legis nititur voluntatem*“. Wir halten die ausgeführte Ansicht für *begründet* (probabilis), erwarten aber eine Entscheidung des Apostolischen Stuhles.

2) Die Katholiken der morgenländischen Riten („*Orientales*“) sind nur dann an die Eheschließungsform gebunden, wenn sie mit „*Kateinern*“ ehelich werden Can. 1099 § 1 n. 3; sonst nicht. Darum dürften auch die partikularrechtlichen Bestimmungen hinfällig geworden sein. Ein Dekret der Propagandakongregation vom 5. Mai 1911 verpflichtete die unierten *Ruthenen* der griechisch-katholischen Diözesen Lemberg (Erzd. mit der Pfarrei St. Barbara in Wien), Przemysl, Stanislaw zur Form des Dekretes „*Ne temere*“; ebenso ein Dekret der gleichen Kongregation vom 27. März 1916 n. 17 die unierten Ruthenen *Südamerikas* (AAS. 8, 107); vgl. Can. 6 n. 1.

**V. Natur und Aufhören des Hindernisses.** Das Hindernis ist rein kirchenrechtlicher Natur; darum eine Dispense in allen Fällen möglich. Dieselbe wurde im Can. 1099 für alle ungemischten Ehen der getauften *Akatholiken* gegeben und in den Cann. 1043—45 dem klugen Ermessen der Ortsordinarien, Pfarrer usw. anheimgestellt.

**VI. Staatliche Bestimmungen.** In Deutschland und in der Schweiz besteht die Zivilehe, welche mehr der tridentinischen Erklärungsform entspricht. BGB. §§ 1317—21; ZGB. Art. 117. — In Österreich gilt staatlich noch die tridentinische Form ABGB. §§ 69, 75.

### Die Eheschließungsform vor dem 19. Mai 1918.

Eine Tabelle über die Zeitabschnitte der Verpflichtung der Eheschließungsform wird den Seelsorgern praktische Dienste leisten.

**I. Zeitabschnitt:** Vom 1. Pfingstfeste bis zum Inkrafttreten des c. „*Tametsi*“ am 11. November 1563. *Keine Weisenform.*

**II. Zeitabschnitt:** Herrschaft der tridentinischen Eheeingehungsform (c. „Tametsi“) in allen Gebieten, in welchen diese Form Rechtskraft erlangte entweder durch rechtmäßige Verkündigung bzw. Gewohnheit oder durch päpstliche Ausdehnung und in welchen keine Aufhebung oder Einschränkung stattfand durch Gewohnheit oder päpstliche Verfügung (Declaratio, Dispensatio). — Da namentlich in Deutschland eine große Rechtsverschiedenheit und Rechtsunsicherheit in diesem Punkte herrschte, so sah sich Papst Pius X. in der Konstitution „Provida“ vom 18. Januar 1906 veranlaßt, hier Wandel zu schaffen durch folgende Normen:

1) Alle rein katholischen Ehen, welche im Gebiete des Deutschen Reiches vom 15. April 1906 an abgeschlossen werden, sind an die tridentinische Eheeingehungsform gebunden; die früher im Gebiete des Deutschen Reiches abgeschlossenen Ehen bleiben in ihrem bisherigen Geltungsstande unberührt.

2) Alle rein akatholischen und alle Mischehen, welche fernerhin in Deutschland geschlossen werden, sind frei von der kirchlichen Eheeingehungsform. — Die gleichen Ehen werden, wenn sie am 15. April 1906 nur wegen Aalandestinität ungültig waren, mit Eintritt des genannten Tages saniert, a) wenn kein anderes trennendes Ehehindernis entgegenstand; b) wenn kein kirchlicher Urteilspruch sie vorher aufgelöst hatte; c) wenn der Ehekonsens noch fortbestand; Konstitution „Provida“ vom 18. Jan. 1906, in Kraft getreten am 15. April 1906. Diese Konstitution wurde später auf Ungarn ausgedehnt. — Charakteristisch für den ganzen Zeitraum war: Die Ehe muß eingegangen werden vor dem *parochus proprius* und zwei Zeugen.

**III. Zeitabschnitt:** Herrschaft des Dekretes „*Ne temere*“ vom 2. August 1907, in Kraft getreten am 19. April 1908: Alle akatholischen Ehen sind frei von der Eheeingehungsform des Dekretes „*Ne temere*“. Alle katholischen und alle Mischehen sind gebunden; also Eheabschluß vor dem *parochus loci* und zwei Zeugen. — Ganz allein ausgenommen waren die Mischehen in Deutschland und Ungarn unter folgenden Bedingungen: a) daß beide Personen in Deutschland geboren waren; b) daß der akatholische Teil nie-

mals mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte; c) daß die Ehe in Deutschland geschlossen wurde; Entsprechendes gilt für Ungarn.

**IV. Zeitabschnitt:** Geltung des Kodex in seinen Cann. 1094—99: Das Sonderrecht für Deutschland und Ungarn ist beseitigt.

**Zusammenstellung:** 1) Eheschließung ohne Wezensform (1563). — 2) 1563 bis 19. April 1908 tridentinische Eheschließungsform: *parochus proprius*. — 3) 1908 bis 19. Mai 1918 *parochus loci*; Mischehenausnahmen für Deutschland und Ungarn. — 4) Vom 19. Mai 1918 an: *parochus loci*; Beseitigung der Ausnahmen. — Über die Geltung des tridentinischen Rechtes gibt es kein amtliches Verzeichnis; wir sind auf Privatarbeiten angewiesen. Durch die Konstitution „*Provida*“ wurde die Zusammenstellung bedeutend erleichtert; denn für Deutschland und Ungarn genügt ein Katalog der Orte, an welchen die Katholiken gebunden oder frei waren. — Wir haben für den ganzen Erdkreis die tridentinischen Orte zusammengestellt, soweit es möglich war; vgl. Leitner M.: *Eherecht*<sup>3</sup> S. 218—223. Je weiter wir uns vom 19. April 1908 entfernen, desto entbehrlicher wird der Katalog auch sein.

### Die verbotenden Ehehindernisse.

Verbotende Ehehindernisse sind Kirchengesetze, welche eine Ehe nicht ungültig, sondern nur unerlaubt machen. Im Mittelalter gab es deren viele, wie Katechismus, Blutschande, Brautentführung, Gattenmord, hinterlistige Taufpatenschaft beim eigenen Kinde, Priestertötung, attentierte Ehe mit einer Nonne und im allgemeinen Kirchenbuße; vgl. Leitner: *Eherecht*<sup>3</sup> S. 226. — Bis zum 19. Mai 1918 bestand auch noch das verbotende Hindernis der *Sponsalien* (Verlobung, Verlöbniß, *sponsalia de futuro*); kirchenrechtlich hat es aufgehört. — Der Kodex behandelt die verbotenden Hindernisse in den Cann. 1058—1066. Eigentliche Hindernisse dieser Art gibt es nur mehr zwei, in manchen Gegenden drei: a) das einfache Keuschheitsgelübde; b) die gesetzliche Verwandtschaft (nach dem einschlägigen Staatsgesetze); c) die Bekenntnisverschiedenheit (*mixta religio*). Die uneigentlichen Hindernisse werden in den Cann.



1065—66 angedeutet: Abfall vom Glauben; Stand eines öffentlichen Sünders; Zensur.

## § 49. Das verbotende Hindernis des Keuschheitsgelübdes. **Votum simplex.**

I. **Quellen:** a) Die beim Hindernisse des Ordensstandes angegebenen Quellen; b) Can. 1058; 572 ff.; 1307—15; 2388 § 2.

II. **Das Hindernis:** „Matrimonium impedit votum simplex virginitatis, castitatis perfectae, non nubendi, suscipiendi ordines sacros et amplectendi statum religiosum“. Sollen diese genannten Gelübde die Ehe ungültig machen, so muß die vernichtende Kraft eigens vom Apostolischen Stuhle ausgesprochen sein Can. 1059 § 2.

Alle diese Gelübde stehen dem Ehezwede entweder unmittelbar oder mittelbar entgegen. Wir kommen zur Erklärung der einzelnen.

1) Das „votum simplex virginitatis“, das „einfache Gelübde der Jungfräulichkeit“, besteht in dem Gelübde, die körperliche Unversehrtheit vor jeder sündhaften Zerstörung zu bewahren. Oft aber bedeutet es das nämliche wie jenes der Ehelosigkeit.

2) Das „votum non nubendi“ enthält die Verpflichtung „nicht zu heiraten“ (votum coelibatus).

3) Wer die „castitas perfecta“, „vollständige Keuschheit“, gelobt, verpflichtet sich zur Enthaltksamkeit von jedem erlaubten und unerlaubten Geschlechtsgenuß. Es kann zeitweilig oder für immer abgelegt werden, und zwar in der Welt oder in einer Kongregation oder auch in einem Orden als vorbereitendes Gelübde auf die feierliche Profess.

4) Das „votum suscipiendi s. ordines“, das „Gelübde, höhere Weihen zu empfangen“, widerstrebt mittelbar dem Ehestand, da die Majorkisten verpflichtet sind, „die Keuschheit zu bewahren“ Can. 132.

5) Wenn männliche oder weibliche Religiösen irgend eine Profess abgelegt haben, so sind sie durch das Keuschheitsgelübde gebunden, welches die Ehe unerlaubt macht, wenn nicht die Konstitutionen bestimmen, daß mit dem Austritt aus der Genossenschaft die Gelübde erlöschen (wie bei den filiae misericordiae S. Vincentii de Paula). Wer nun das Gelübde macht, den Stand eines Religiösen zu umfassen (Can. 487), zieht sich ein verbotendes Ehehindernis zu.

III. **Natur und Aufhören.** Das verbotende Hindernis des Keuschheitsgelübdes gehört nicht nur dem Kirchenrecht, sondern auch dem natürlichen und göttlich-positiven Rechte an. Wir haben oben gesehen, daß die Bewahrung der Keuschheit wirklich möglich ist, weshalb ihre Beobachtung durch ein

Gelübde zur Pflicht gemacht werden kann Can. 1307 § 1. — Wenn auch eine Ehe, eingegangen gegen das Gelübde der Keuschheit, unerlaubt ist, so entbehrt sie jedoch an sich der Gültigkeit nicht c. 1. De voto (III 15) in 6. — Da ferner die Gelübde eine Verpflichtung erzeugen, die dem menschlichen Willen entspringt, so muß die Kirchengewalt in schwierig gelagerten Fällen dispensieren können, da sonst die Aufrechterhaltung des Gelübdes zum Schaden der einzelnen oder der Gesellschaft gereichen könnte.

Das **Aufhören** des Gelübdes ist geregelt durch Can. 1311: „Cessat votum lapsu temporis ad finiendam obligationem appositum, — mutatione substantiali materiae promissae; — deficiente conditione a qua votum pendet aut eiusdem causa finali, — irritatione, — dispensatione, — commutatione.“

a) Auch das Keuschheitsgelübde kann auf eine bestimmte Zeit abgelegt werden, ja der Pöder schreibt sogar zeitweilige Gelübde ausdrücklich vor; vgl. Cann. 488 n. 1; 574 § 1.

b) Bei den Keuschheitsgelübden ist eine doppelte **Wesensveränderung** des Versprochenen möglich entweder dadurch, daß das Gelübde ganz oder teilweise unmöglich wird durch tatsächlichen Abschluß und Vollzug der Ehe; oder dadurch, daß die mittelbaren Keuschheitsgelübde gegenstandslos werden. — Wurde eine Ehe geschlossen und vollzogen, so ist die Erfüllung der Gelübde der „virginitas, non nubendi, suscipiendi ss. ordines, amplexendi statum religiosum“ unmöglich. — Gegenstandslos werden beide letzteren Gelübde durch die ernstliche Bemühung des Gelobenden, Aufnahme in den Stand der höheren Weihen oder des Ordenslebens im weiteren Sinne zu erlangen, welche jedoch ohne Schuld des Kandidaten erfolglos blieb. — Hier kann man auch von einem „Aufhören des **Endzweckes**“ reden.

c) Aufhören der Gelübdeverpflichtung durch das Dazwischentreten eines rechtmäßigen Obern in der Vernichtung (irritatio), Lösung (dispensatio) und Umwandlung (commutatio).

**Irritatio.** Wer eine oberherrliche Gewalt über den Willen eines anderen hat, kann dessen Gelübde immer vernichten, sodaß die Verpflichtung nicht wieder auflebt. Wer dagegen eine Gewalt nur über den gelobten Gegenstand hat, kann das Gelübde nur so lange aufheben als ihm dasselbe eine Beeinträchtigung verursacht Can. 1312. Eine oberherrliche Gewalt über den Willen der Untergebenen besitzen: 1) die religiösen Obern nach Maßgabe der Konstitutionen Can. 501; 2) die Väter und die Inhaber der väterlichen Gewalt, und zwar nur bis zum 14. Lebensjahre ihrer Kinder Cann. 89; 1648 § 3.

— Die Ehegatten haben wahrscheinlich nur eine indirekte Irritationsgewalt; vgl. Eherecht<sup>3</sup> S. 232. Zur Erlaubten Irritation gehört ein gerechter Grund Can. 1312 § 1.

IV. Die Dispense vom Gelübde (dispensatio voti) kann in allen Fällen vom Apostolischen Stuhle gegeben werden Cann. 1308 § 3; 1309, freilich nicht ohne einen vernünftigen und entsprechenden Grund Cann. 80; 84. Indes gibt es auch andere kirchliche Obere, welche in manchen Fällen dispensieren können.

Die Ortsordinarien können dispensieren: a) von allen geheimen und öffentlichen Keuschheitsgelübden in dringender Todesgefahr Can. 1043, ebenso im „verwickelten Falle“ Can. 1045; b) von allen nicht-reservierten Gelübden immer. Reserviert sind: a) alle öffentlichen d. h. die vom rechtmäßigen kirchlichen Obern angenommenen Gelübde Can. 1308 § 1; β) die Privatgelübde der vollkommenen und ständigen Keuschheit und des Eintritts in eine Genossenschaft mit feierlichen Gelübden, vorausgesetzt, daß sie bedingungslos (absolute) und nach Vollendung des 18. Lebensjahres abgelegt wurden Can. 1309.

Die Obern einer exempten Klerikalgenossenschaft haben die gleiche Vollmacht wie die Ortsordinarien unter b), aber nur gegenüber ihren Professoren, Novizen und Hausgenossen (Can. 514 § 1), freilich pflegt die Vollmacht wegen Can. 1315 hauptsächlich zugunsten der Novizen und Hausgenossen notwendig zu sein und geübt zu werden.

Die Pfarrer, Priester des Can. 1098 und Beichtväter besitzen Vollmachten in dringender Todesgefahr und im „verwickelten Falle“ nach Maßgabe der Cann. 1043—45.

Das Kirchenrecht selbst gewährt Dispense von den Gelübden, also auch vom Keuschheitsgelübde: α) den entlassenen Professoren mit zeitlichen Gelübden Can. 648; β) den entlassenen Professoren mit ewigen Gelübden, falls die Konstitutionen oder apostolischen Indulte so bestimmen Can. 669 § 1; γ) den säkularisierten Professoren Can. 640 § 1 n. 2. — Schließt ein Religiöser gültiger- oder ungültigerweise eine Ehe, so gilt er als rechtmäßig entlassen Can. 646 § 1 n. 3, jedoch der dem

Ordinarius vorbehaltenen Exkommunikation l. s. verfallen Can. 2388 § 2.

V. Wer die Gewalt hat, Gelübde zu dispensieren, der hat um so mehr jene, dieselben **umzuwandeln** (commutare). Handelt es sich aber um eine Umwandlung des Gelobten in etwas Besseres oder gleich Gutes, so steht dieses auch dem Gelobenden selbst zu Can. 1314, freilich empfiehlt es sich, den Beichtvater dabei um Rat zu fragen; denn abgesehen von der Schwierigkeit, zwischen Gut und Besser klar zu unterscheiden, gilt das Wort: *Nemo iudex in propria causa*.

Kein Ehehindernis liegt vor, wenn das Keuschheitsgelübde nichtig ist, also a) wenn der entsprechende *Ver-nunftgebrauch* fehlt Can. 1307 § 2; b) wenn ein wesentlicher Irrtum den Gelobenden beeinflusste Can. 104; c) wenn Zwang oder „schwere ungerechte Furcht“ ihn bestimmte Can. 1307 § 3.

Die staatlichen Bestimmungen wurden beim Hindernisse des Ordensstandes gewürdigt (oben S. 207).

## § 50. Das verbotende Hindernis der gesetzlichen Verwandtschaft.

### *Cognatio legalis.*

Was beim trennenden Hindernis der gesetzlichen Verwandtschaft ausgeführt wurde (oben S. 220), gilt hier, falls das bürgerliche Gesetz eines Reiches nur ein verbotendes staatliches Hindernis kennt, wie das im Deutschen Reiche und in der Schweiz der Fall ist; denn Can. 1059 lautet: „In jenen Gebieten, in welchen nach dem bürgerlichen Gesetze die Annahme an Kindes Statt die Eheschließung (nur, vgl. Can. 1080) unerlaubt macht, ist die Ehe auch nach dem kanonischen Recht (nur) unerlaubt.“

## § 51. Das verbotende Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit.

### *Mixta religio.*

I. Quellen: Cann. 1060—64; 1070—71; 247 § 3; 1026; 1042 § 3—43; 1099 § 1 n. 2; 1102; 1109 § 3; 2319 § 1 n. 1; 2375. — Die Literatur siehe bei *Zeitner M.*: *Eherecht*<sup>8</sup>, S. 233—34.



**II. Begriff.** Das Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit (*mixta religio*) besteht darin, daß, wenn von zwei getauften Brautpersonen die eine katholisch ist, während die andere einer häretischen oder schismatischen Sekte angehört, die Ehe zwar nicht ungültig, aber unerlaubt ist.

Erläuterung: 1) Katholisch ist eine Person, welche entweder durch Taufe und Erziehung oder durch Bekehrung zur katholischen Kirche gehört. Die akatholische Person muß getauft sein, doch genügt hier eine Präsump tion. Läßt sich bei Akatholiken ein Zweifel an der Tatsache oder der Gültigkeit ihrer Taufe nicht lösen, so gelten sie in Hinsicht auf die Ehe als getauft, bis das Fehlen der Taufe oder ihre Ungültigkeit klar feststeht Can. 1070. Das gleiche gilt, wenn die Lösung des Zweifels sich nicht empfiehlt (*non oportet*). Zu den „katholischen Personen“ gehören nicht nur die römisch-katholischen, sondern auch die morgenländisch=unirten Personen. Die Begriffe „katholisch, akatholisch“ decken sich hier nicht mit jenen des Can. 1099. Bei der Bekenntnisverschiedenheit gilt der als „akatholisch“, welcher einer akatholischen Sekte förmlich angehört, mag er früher katholisch gewesen sein oder nicht; bei der Eheschließungsform dagegen (Can. 1099) gilt nur der als „akatholisch“, welcher nie mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte. — Wenn ein Katholik seinen katholischen Glauben zwar preisgab, jedoch einer akatholischen Bekenntnisgemeinschaft sich in keiner Weise anschloß, gilt er nicht als Akatholik, sondern noch als Katholik, dessen Berehelichung durch Can. 1065 geregelt wird; vgl. Can. 2314 § 1 n. 3.

2) Die katholische Kirche betrachtet dieses Hindernis nicht als ein trennendes, wie viele morgenländische Schismatiker, aber das Weh der Mutter über das Loß der in Mischehen lebenden Kinder läßt sie überaus ernste Worte gebrauchen: „*Severissime Ecclesia ubique prohibet*“ (Can. 1060) *matri monia mixta*. Auf das strengste verbietet die Kirche solche Mischehen, und zwar überall, also auch in Gegenden, wo Katholiken und Akatholiken in täglichem Verkehr stehen („*ubi haereses impune grassantur*“).

3) Wie in den vorausgehenden Erklärungen schon angedeutet, umfaßt hier der Begriff „akatholisch“ die Anhänger

irgend welcher Religionsgesellschaft, ob diese häretisch oder schismatisch ist Can. 1060, ja auch nichtchristliche Bekenntnisse und religionslose Vereine, vorausgesetzt, daß die fraglichen Personen im oben erklärten Sinne getauft sind.

**III. Natur und Aufhören.** Das Hindernis hat eine naturrechtliche und eine rein kirchenrechtliche Seite. „Wenn eine Verfehrung des katholischen Gatten und der Nachkommenschaft droht, so ist eine solche Ehe auch durch das göttliche Gesetz verboten“ Can. 1060. Droht diese Gefahr nicht, so besteht desungeachtet das Verbot der Kirche; mit Recht; denn Zwietracht in der Ehe; — Schaden für den Glauben des katholischen Teils und der Kinder; — unerlaubte Gemeinschaft (communicatio) in religiösen Dingen und schädlicher Indifferentismus sind die Schäden, welche die Kirche bei Mischehen häufig zu beklagen hat. Leo XIII. in der Enzyklika Arcanum v. 10. Febr. 1880. — Das göttlich=rechtliche Hindernis hört auf durch die Beseitigung der Seelengefahren für Gatten und Kinder; das kirchenrechtliche Hindernis durch die Bekehrung des akatholischen Teiles und durch Dispense. Obwohl von den Ehedispenzen im allgemeinen später genauer gehandelt wird, so erheischt doch die Eigentümlichkeit dieses Hindernisses eine eigene Behandlung.

**A. Träger der Dispensgewalt.** In dringender Todesgefahr und im „verwickelten Fall“, wenn ein Refers nach Rom unmöglich ist, können vom Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit dispensieren: a) die Ortsordinarien; b) falls auch diese unerreichbar sind, die Pfarrer und Priester des Can. 1098 und im sakramentalen Forum auch die Beichtväter. — In allen übrigen Fällen steht die Dispensgewalt beim Apostolischen Stuhl, der sie ausübt durch das heilige Offizium Can. 247 § 3 oder durch eigens bevollmächtigte Ortsordinarien; das Hindernis gehört zu jenen höheren Grades Can. 1042 § 3.

**B. Die Voraussetzungen jeder Dispense von den Hindernissen der Bekenntnis- und Religionsverschiedenheit werden in den Cann. 1061 bis 63; 1043 aufgezählt: 1) schwerwiegende Gründe; 2) die**

drei Sicherstellungen (*cautelae*); 3) die Abwendung der Gefahr *akatholischer* Trauung.

Zu 1). „*Urgeant iustae ac graves causae*“ Can. 1061 § 1 n. 1. Die Dispensgründe müssen also hier nicht nur gesetzmäßig, sondern auch gewichtig und dringend sein, wie ein Nutzen für das öffentliche Wohl; Hoffnung auf Bekehrung des *akatholischen* Teils; Vermeidung schweren Argernisses (Verhütung der *akatholischen* Trauung, Legitimierung von bereits vorhandenen Kindern); vgl. *Leitner M.*: *Eherecht*<sup>3</sup>, S. 237.

Zu 2). Die Sicherstellungen drückt der Kodex in folgender Weise aus: „*Praestare debet Cautionem coniux acatholicus de amovendo a coniuge catholico perversionis periculo, et uterque coniux de universa prole catholice tantum baptizanda et educanda* Can. 1061 § 1 n. 2; *coniux catholicus obligatione tenetur conversionem coniugis acatholici prudenter curandi*“ Can. 1062. Die wichtigste Sicherstellung ist jene, welche die Taufe und Erziehung der *gesamten* Nachkommenschaft in der katholischen Kirche betrifft. Da der Kodex „*moralische Gewißheit*“ (Can. 1061 § 1 n. 3) verlangt, so müssen auch die einschlägigen Staatsgesetze beobachtet werden. In Bayern z. B. ist regelmäßig ein notarieller oder (seit 14. August 1919) ein gerichtlicher Vertrag notwendig (Bayern. Verf. v. 14. Aug. 1919 § 17). — Daran reiht sich das Versprechen des *akatholischen* Gatten, daß der katholische Gatte in seiner Religion in keiner Weise gestört und von derselben abwendig gemacht werde; auch diese Bürgschaft soll regelmäßig in einem schriftlichen Akt gemacht werden Can. 1061 § 2. — Der katholische Teil hat die Pflicht, sich in kluger Weise um die Bekehrung des Andersgläubigen zu kümmern Can. 1062. Auch diese Forderung ist selbstverständlich; jeder Gatte liebt den andern wie sich selbst gemäß Eph 5, 25—33, darum liebt er vor allem dessen Seele, freilich nicht zwingend und aufdringlich, sondern durch Beispiel, Gebet und sanfte Güte.

Zu 3). Die Gefahr *akatholischer* Trauung liegt bei Mischehen nahe. Niemals ist es gestattet, den *akatholischen* Religionsdiener zum Zwecke der religiösen Trauung aufzusuchen, anders, wenn es sich nur um einen sonst unvermeidlichen bürgerlichen Akt handelt Can. 1063.

„Nie m a l s“ bedeutet: weder vor noch nach der katholischen Trauung; weder in eigener Person oder durch einen Stellvertreter. Weiß der Pfarrer mit Sicherheit, daß die Brautleute diese Vorschrift übertreten werden oder sie bereits übertreten haben, so darf er solchen Eheschließungen nur aus den gewichtigsten Gründen anwohnen nach Befragen des Ordinarius und Entfernung des Argernisses Can. 1063 § 2. Katholiken, welche sich die religiöse Trauung des akatholischen Religionsdieners holen oder geben lassen, sind der Häresie verdächtig Cann. 2316; 1258; — der dem Ordinarius vorbehaltenen Exkommunikation verfallen sie nur dann, wenn sie eine gültige Ehe eingehen („matrimonium ineunt“), Cann. 2319 § 1 n. 1; 2228, was wenigstens nach protestantischer Auffassung nicht geschieht, wozu noch Can. 1099 kommt.

C. Die tatsächliche Eingehung von Mischehen. Wenn auch alle Erfordernisse dem Wunsche der Kirche entsprechend sichergestellt sind, so gereichen die Mischehen der Kirche nicht zur Freude, sondern zu einer berechtigten Sorge; sie duldet auch nur die einwandfreien zur Verhütung größerer Übel. Dementsprechend richtet sie auch die Eheschließungsformen ein.

1) Nach der Dispense von mixta religio oder cultus disparitas können Sponjalien gültiger- und erlaubterweise geschlossen werden, und zwar nur in der für die Katholiken vorgeschriebenen Form Can. 1017 § 1.

2) Das Brautexamen kann und muß auch bei Mischehen vorgenommen werden, besonders in jenen Punkten, welche zur Aufdeckung von Hindernissen gehören, dann aber auch bezüglich der Ehestandspflichten Can. 1033. Freilich die Mahnung zum Sakramentsempfang (Buße und Eucharistie) richtet sich nur an den katholischen Teil. Immerhin wird ein würdiges und kluges Brautexamen nicht verfehlen, auch auf den andersgläubigen Teil einen nachhaltigen Eindruck zu machen.

3) Die Eheverkündigungen (publicationes) unterbleiben auch nach erlangter Dispense, außer der Ordinarius hält die Verkündigungen für zweckmäßig, wobei dann immer die Religion der Brautleute unerwähnt bleibt Can. 1026.



Can. 1026 enthält zwei Normen, welche der Aufklärung bedürfen. a) Der Ortsordinarius kann die Verkündigungen erlauben „*remoto scandalo*“. Zuweilen dürfte auch die Nichtverkündigung Aufsehen, ja Argerniß erregen. — b) „*Mentio omittatur religionis partis non catholicae*“. Damit deutet Can. 1026 an, daß die Religion der Brautleute überhaupt fortgelassen wird; denn die Erwähnung der katholischen Religion bei nur einem Teile würde die Aufmerksamkeit des Volkes auf das abweichende Bekenntniß hinlenken.

4) Die Eheschließung selbst. Das Wesen der Eheschließung nach Can. 1095 § 1 n. 3 („*requirant excipiantque contrahentium consensum*“) muß eingehalten werden Can. 1102 § 1. „Alle heiligen Riten sind verboten“; indes kann der Ordinarius die eine oder andere der Zeremonien gestatten („*aliquam ex consuetis eccl. caeremoniis*“), ja zur Vermeidung größerer Übel auch alle, doch nie die Feier der heiligen Messe („*exclusa semper Missae celebratione*“) Can. 1102 § 2.

In Deutschland werden fast alle Riten gestattet. Man kann nicht viel dagegen einwenden, da die Andersgläubigen in Traureden und Gesang alles aufbieten, um auch auf die Katholiken Eindruck zu machen. — Verboten ist immer die „Messefeier“, also die Brautmesse (*missa pro sponso et sponsa*) mit dem Brautseggen, aber auch eine gewöhnliche Messe, deren Zusammenhang mit der Trauung in die Augen fällt, S. C. Inq. d. 17. Jan. 1872. Wohnen dagegen die Neuvermählten dem Mesßopfer wie andere Leute bei, so steht nichts im Wege Can. 2259 § 2. Die heilige Messe für die Braut- oder Eheleute aufzuopfern (*applicare*), ist nicht untersagt sowohl *privatim* Can. 2262 § 2 n. 2 als auch öffentlich, da ja der katholische Teil als Stipendiengeber aufgefaßt werden kann.

5) Die Einträge in die Ehe- und Taufmatrikeln geschehen nach Vorschrift des Can. 1103 wie bei rein katholischen Ehen, doch unterbleibt natürlich die Übersendung der Nachricht von der geschehenen Trauung an irgend ein *afkatholisches* Taufregister.

6) Der Ort der Trauung ist bei Mischehen nicht die Kirche Can. 1109; indes kann der Ordinarius in allen oder in besonderen Fällen Erlaubniß gewähren, wie bezüglich der Zeremonien Cann. 1109 § 3; 1102 § 2. Dieser Erlaubniß bedarf es nicht bei Trauungen in der Sakristei und in allen nichtöffentlichen Oratorien; vgl. Cann. 1161; 1188; 1191; denn es heißt im Can. 1109 § 3: „*extra ecclesiam*“.

7) Bezüglich der liturgischen Kleidung gelten entsprechende Grundsätze: einerseits „*sine vestibis sacris*“,

andererseits Möglichkeit der bischöflichen Dispense Can. 1102 § 2, welche auch für alle Fälle erteilt werden kann.

Die Vorschriften des Kirchenrechts in ihrer ganzen Strenge gelten für die „passive Assistenz“, d. h. für jene Assistenz, welche zur Vermeidung größerer Übel dann geduldet wird, wenn die Bürgschaften ganz oder teilweise fehlen; vgl. Leitner M.: Eherecht<sup>3</sup>, S. 242—43; bei sonstigen Mischehen („aktive Assistenz“) können die bischöflichen Milderungen eintreten.

D. Pastorelles Verhalten. Can. 1064 gibt für „die Ordinarien und sonstigen Seelshirten“, abgesehen von der liturgischen Beteiligung, drei wichtige Regeln an:

1) „Fideles a mixtis nuptiis, quantum possunt, absterceant“ (in Katechesen, Predigten, persönlichem Verkehr).

2) „Si eas impedire non valeant, omni studio curent ne contra Dei et Ecclesiae leges contrahantur“ (vgl. Cann. 1060—61).

3) „Mixtis nuptiis celebratis sive in proprio sive in alieno territorio, sedulo invigilent ut coniuges promissiones factas fideliter compleant.“ Doch ist mit der Befolgung dieser Regeln nur die „Lichtseite“ der Mischehen getroffen. Weit schwieriger ist die Behandlung der Schattenseite. Katholiken können in Mischehen leben, welche sie ohne Beobachtung der kirchlichen Form vor dem akatholischen Religionsdiener und ohne die Sicherstellungen schließen. Wir müssen darum drei weitere Regeln anfügen:

4) Die ungültig geschlossene Mischehe muß gültig gemacht werden.

5) Find sie vor dem akatholischen Religionsdiener statt, so muß der katholische Teil mit der Kirche ausgesöhnt werden.

6) Wurden die Bürgschaften nicht geleistet, so muß gerettet werden, was zu retten ist.

Zu 4). Die meisten formlos geschlossenen Mischehen sind ungültig. Seit dem 19. Mai 1918 gilt für alle Mischehen die katholische Eheschließungsform Cann. 1094—99; nur Can. 1098 kennt Ausnahmen hievon. Das gleiche Recht galt vom 19. April 1908 an für alle Mischehen der ganzen Welt, ausgenommen die in Deutschland (Ungarn) von zwei

in Deutschland (Ungarn) Geborenen mit wirklichem Ehemillen eingegangenen Mischehen, wenn der akatholische Teil niemals mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte. Aber auch früher waren nicht wenige Mischehen ungültig, teils aus mangelndem Konsens, teils wegen Nichtbeachtung der tridentinischen Form. Wollen solche in ungültiger Ehe lebenden Katholiken bei ihren akatholischen „Gatten“ bleiben, so wirke der Seelsorger auf die Gültigmachung der Ehe hin, sei es durch die einfache *convalidatio* nach den Cann. 1136 oder 1137 oder die „*sanatio in radice*“ Cann. 1138 sqq. Nur in besonders schwierigen Verhältnissen kann der Seelsorger die „Eheleute“ im guten Glauben (*bona fides*) belassen.

Zu 5). Wer bis zum 19. Mai 1918 den akatholischen Religionsdiener aufsuchte der religiösen Trauung wegen, sei es in eigener Person, sei es durch einen Stellvertreter, versiel der Exkommunikation *kl. I n. 1* (der Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869), also der dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Exkommunikation als „*credens haereticis*“. Diese Exkommunikation lautet seit 19. Mai 1918: „*Subsunt excommunicationi l. s. Ordinario reservatae catholici, qui matrimonium ineunt coram ministro acatholico contra praescriptum can. 1063*“ (Can. 2319 § 1 n. 1). Nach Can. 6 n. 5 sind alle Strafen, deren im Rodez keine Erwähnung geschieht, mit dem Inkrafttreten des Rodez abgeschafft; darum richtet sich die Ausöhnung jener Katholiken, welche vor dem 19. Mai 1918 den akatholischen Religionsdiener zum Zwecke der religiösen Trauung aufsuchten, ganz nach Can. 2319 § 1 n. 1. Wie wir sahen, tritt nach dem neuen Gesetze (Cann. 1258; 2316; 2319 § 1 n. 1) leichter der Verdacht der Häresie ein als die Exkommunikation. Darum muß sich die Ausöhnung hauptsächlich auf die Beseitigung der Sünde richten; vgl. Can. 2315.

Zu 6). Wurden die drei *Bürgschaften* (*cautelae*) bei der Eheschließung nicht geleistet, so müssen sie bei der Ausöhnung des katholischen Teiles beachtet und betont werden. Der katholische Teil muß die Bekehrung des andersgläubigen Teils mit allen erlaubten Mitteln anstreben. Der akatholische Teil darf dem katholischen kein Anlaß zur Verkehrung (*perversio*) werden. Wäre er es dennoch, so müßte bei Ungültigkeit der Ehe auf Trennung der beiden

Teile gedrungen werden, bei Gültigkeit auf Scheidung von Tisch und Bett Can. 1131 § 1. Eine schriftliche Bürgschaft ist im günstigen Falle nach Möglichkeit zu erstreben, doch vermeide man jede unnötige Aufregung tatsächlich gut geordneter Verhältnisse. — Das Wichtigste ist die Kindererziehung. Kann der katholische Teil keinen rechtlichen Einfluß mehr ausüben, weil z. B. die Kinder schon das Reifealter der Bekenntnismahl erreicht haben (in B a h e r n jetzt 16 Jahre, ebenso in anderen deutschen Ländern; in manchen 14 Jahre), so muß er seinen p e r s ö n l i c h e n Einfluß geltend machen. Räumt ihm aber das Recht noch einen bestimmenden Einfluß ein, so muß er diesen auch benutzen. Tut der katholische Teil, was in seinen Kräften liegt, so kann er mit der Kirche ausgesöhnt werden, doch beachte man die Exkommunikationen, welche hier leicht eintreten können:

„Catholici, qui matrimonio uniuntur cum pacto explicito vel implicito ut omnis vel aliqua proles educetur extra catholicam Ecclesiam (2); — Qui scienter liberos suos acatholicis ministris baptizandos offerre praesumunt (3); — Parentes vel parentum locum tenentes qui liberos in religione acatholica educandos vel instituendos scienter tradunt (4); subsunt excommunicationi l. s. Ordinario reservatae“ Can. 2319 § 1; „sunt praeterea suspecti de haeresi“ ibi § 2.

E r l ä u t e r u n g: Die dem Ordinarius vorbehaltene Exkommunikation trifft die akatholische Erziehung oder Taufe von Kindern einer katholischen Person unter gewissen Umständen. — Schließen Brautleute einen Vertrag auf akatholische Kindererziehung, ohne sich zu ehelichen, so sind sie nicht exkommuniziert. — Schließen Eheleute erst geraume Zeit nach der Eheschließung, z. B. bei der Geburt des ersten Kindes, einen solchen Vertrag, so sind sie nicht exkommuniziert. — Schließen Brautleute oder Neuvermählte gar keinen Vertrag, bestimmt jedoch das Staatsgesetz die ganze oder teilweise Erziehung im akatholischen Bekenntnisse, so tritt keine Exkommunikation ein; denn die Bestimmung des Staatsgesetzes ist kein „pactum implicitum“. — Übergeben Stiefeltern oder Verwandte ohne elterliche Gewalt Kinder der akatholischen Erziehung oder dem akatholischen Unterricht, so trifft sie die Exkommunikation des Can. 2319 § 1 n. 4 nicht. — Erziehen Eltern (oder deren Stellvertreter) ihre Kinder selbst akatholisch, so treffen die Strafen des Can. 2319 nicht zu, außer sie haben einen diesbezüglichen Vertrag gemacht. — Falls a u ß e r e h e l i c h e Eltern einen Vertrag auf akatholische Kindererziehung schließen, ohne sich zu ehelichen, verfallen sie erst dann der Exkommunikation, wenn sie ihre Kinder der akatholischen Erziehung (Unterricht) ausliefern. — Bei der akatholischen T a u f e ist zum Eintritt



der Exkommunikation gefordert, daß die Eltern ihre Kinder („liberos suos“) den akatholischen Religionsdienern (also nicht Hebammen oder sonstigen Laien), und zwar ohne entschuldigende Gründe, übergeben Can. 2319 § 1 n. 3. Die Handlungsweise wird entschuldigt durch Unkenntnis, auch durch grobe Unkenntnis (ignorantia crassa sive supina) der Tatsache, der Sünde und der Strafe, aber nicht durch selbst gesuchte Unkenntnis (ignorantia affectata), ferner durch einen Notfall, durch Unüberlegtheit, schwere Furcht usw. gemäß Can. 2229 §§ 2 u. 3. Die gleichen Entschuldigungsgründe gelten wegen des „scienter“ auch für die Auslieferung der Kinder Can. 2319 § 1 n. 4.

Wird ein Katholik gemäß Can. 2319 § 1 nn. 2—4 von der Exkommunikation getroffen, so ist er auch der Häresieverdächtig („suspectus de haeresi“), aber auch dann, wenn die Exkommunikation nicht eintritt, kann er der Häresie verdächtig werden, wenn seine Handlungsweise eine freiwillige und wissenschaftliche Förderung der Häresie bedeutet oder wenn sie eine „communicatio in divinis“ (Can. 1258) bildet Can. 2316.

Die kirchlichen Strafen, welche bei Mischehen praktisch werden, müssen im äußeren Forum behandelt werden, wenn der Rurialstil oder der kirchliche Obere des äußeren Rechtsbereiches solches verlangt Can. 2251. — Wird von Rom aus Dispense gewährt in den Hindernissen der Glaubens- oder Bekenntnisverschiedenheit, so pflegt die absolutio a censuris bei der Dispenserteilung verlangt zu werden. Diese Vorschrift ist zu beobachten. — Wurde ein Katholik im inneren Rechtsbereich von Zensuren absolviert und besteht kein Argernis, so kann er sich auch im äußeren Forum als absolviert betrachten. Aber der Obere des äußeren Forums hat das Recht, die Zensur in diesem Forum zu betonen, außer es kann die Absolution im inneren Forum bewiesen oder wenigstens rechtmäßig angenommen werden. — Würde dennoch das Argernis fort dauern, so bedürfte es einer Ausöhnung im äußeren Forum. Wenn nicht, so kann die Behandlung des Falles im äußeren Forum nur dann verlangt werden, wenn ein Beweis oder wenigstens eine Rechtsannahme im äußeren Forum unmöglich ist. Die Absolution kann bewiesen werden bei einem Vorgehen im inneren nicht-sakramentalen Forum Can. 196; 1047; dagegen kann die Absolution von Zensuren in der Beicht nur präsumiert werden aus dem Verhalten des Pönitenten (andächtiger Empfang der heiligen Sacramente, Lebensbesserung usw.). — Die Behandlung solcher Fälle im äußeren Forum, wie sie in manchen Diözesen, z. B. Regensburg, Köln usw., vorgeschrieben war, wird, vereint mit den Erleichterungen des Can. 2251, auch in Zukunft großen Nutzen stiften.

## § 52. Der Eheabschluß mit moralisch Behinderten.

Die eigentlichen Ehehindernisse, trennende und verbietende, wurden in den vorausgehenden zwei Abschnitten behandelt. Es erübrigt noch jene Eheschließungen zu würdigen,

bei denen Brautleute behindert sind durch gewisse moralische Hemmnisse, nämlich durch den Glaubensabfall und die Zugehörigkeit zu verurteilten Gesellschaften, durch Zensuren und Sünden, endlich durch die Nichterfüllung der kirchlichen oder bürgerlichen Ehevorschriften.

**I. Der Abfall vom Glauben und die Zugehörigkeit zu verurteilten Gesellschaften** Cann. 1065; 2314 § 1 n. 3; 1240 § 1 n. 1. Obwohl die beiden Vergehen sich bedeutend voneinander unterscheiden, so hat doch der Kodex sie hier und auch im Can. 1240 § 1 n. 1 verbunden, weshalb wir sie nicht trennen wollen. — Vor allem sollen die Gläubigen gewarnt, ja abgeschreckt werden von der Eheschließung mit solchen Personen. Sind Katholiken zu einer nichtchristlichen oder christlichen Sekte abgefallen, so bedürfen die sie heiratenden Personen der Dispense von der Bekenntnisverschiedenheit (*mixta religio*). Sind aber Katholiken zwar vom Glauben abgefallen, haben sie sich jedoch keiner eigentlichen Gesellschaft (*persona moralis*) angeschlossen, so gelten für sie, vorausgesetzt, daß ihr Verhalten öffentlich bekannt („*notorie*“) ist, die Vorschriften des Can. 1065 § 2: 1) Der Pfarrer bemühe sich, sie zur Ausöhnung mit der Kirche zu bringen. 2) Gelingt es nicht, so wende er sich an seinen Ordinarius mit einer Darlegung, welcher jener bei gemischten Ehen entspricht („*urgeat gravis causa*“; *satis cautum sit educationi prolis catholicae et amotioni periculi perversionis*). 3) Ähnliches gilt für die Ehen mit „*notorischen Anhängern verurteilter Gesellschaften*“. 4) Handelt es sich um dringende Todesgefahr oder den „*verwickelten Fall*“, so gelten für den Pfarrer und Priester des Can. 1098 (in Gewissensfällen für den Beichtvater) die Normen der Cann. 1043—45. — 5) Eine verbotene „*communicatio in divinis*“ kommt hier, wo kein Sektenanschluß vorliegt, weniger in Betracht.

**II. Zensurierte.** Auch die vom Glauben Abgefallenen und die Anhänger verbotener Gesellschaften sind meistens auch zensuriert; doch gelten für diese die obigen (unter I) strengeren Vorschriften. Für alle notorisch Zensurierten gelten folgende Normen:

1) Der Pfarrer bemühe sich, sie mit der Kirche auszuöhnen. — 2) Gelingt es nicht, so verweigere er die Trauung,

außer aus einem gewichtigen und dringlichen Grunde, worüber er nach Möglichkeit den Rat des Ordinarius einhole Can. 1066. Entsprechendes gilt für die **öffentlichen Sünder** ibidem.

Ist eine Person eine *persona excommunicata vitanda* oder eine *p. excommunicata post sententiam condemnatoriam vel declaratoriam*, so wäre die Trauung nur erlaubt in der Todesgefahr Can. 2261 § 3. Drängt der Abschluß und ist eine Ausöhnung nicht zu erreichen, so kann der Ordinarius eine passive Eheassistentz gestatten zur Vermeidung größerer Nachteile. — Ein öffentlicher Sünder ist verpflichtet, zur heiligen Beicht zu gehen Can. 1066. Weigert er sich, so wird mit ihm verfahren wie mit Excommunicirten. Hat jemand keine schwere Sünde auf sich, so ist er an sich nicht verpflichtet, zu beichten; doch kann ein Diözesanstatut die Beicht jedesmal vorschreiben S. C. C. in Moguntina d. 28. Aug. 1852. Ein geheimer Todsünder kann sich durch vollkommene Reue in den Gnadenstand versetzen. Kann er das nicht oder liegt ein Diözesangesetz vor, so muß er beichten. Die unvollkommene Reue, verbunden mit dem Ehesacramente, dürfte die Sünde tilgen; vgl. jedoch Can. 1033.

**III. Kirchliche Vorschriften.** Die Kirche fordert zur erlaubten Eingehung der Ehe: 1) Die Eheverkündigungen, außer in Todesgefahr und bei Mischehen Cann. 1019—26; 2) die Freiheit von einem kirchlichen Verbote Cann. 1039 und 24. Die Eheverkündigungen werden eigens behandelt. Ein ausdrückliches Eheverbot kann gegeben werden: a) vom Beichtvater aus sacramentalen; b) vom Pfarrer aus pastorellen; c) vom Ortsordinarius aus rechtlichen Gründen („iusta de causa“) gegenüber allen Brautleuten seines Gebietes und gegenüber den Diözesanen auch außerhalb desselben. In allen diesen Fällen muß das Verbot aufhören, wenn kein Grund mehr vorliegt Can. 1039 § 1. Nur der Apostolische Stuhl kann dem Verbote eine Ungültigkeitsklausel („*clausula irritans*“) anfügen ibi § 2.

**IV. Staatliche Vorschriften** können an sich die Ehe einer getauften Person weder ungültig noch unerlaubt machen Can. 1016. Doch sind die Katholiken verpflichtet, jene Vorschriften der Staatsgewalt zu beobachten, welche sich mit ihrem Gewissen vereinigen lassen, mögen sie nun gerechtfertigt sein („*salva competentia civilis potestatis circa mere civiles matrimonii effectus*“) oder nicht. Denn es ist eine Forderung des Naturrechtes, auch ungerechtfertigte Nach-

teile von sich und andern nach Möglichkeit abzuwenden. Im Deutschen Reich und in der Schweiz muß nicht nur die „bürgerliche Ehe“ bereits geschlossen sein, sondern hierüber auch eine Bescheinigung vorliegen; vgl. *Leitner M.: Eherecht*<sup>3</sup> S. 251.

### Die tatsächliche Eheeingehung.

Wenn ein Katholik sich entschließt, eine Ehe einzugehen, so ist es seine Aufgabe, von diesem Schritte zunächst seinen Pfarrer zu verständigen. Dieser kann und soll prüfen, ob der Verehelichung Hindernisse entgegenstehen und ob diese unübersteigbar oder zu beseitigen sind. Im ersteren Falle kläre der Seelsorger den Ehewerber klar und liebevoll auf. Folgt der Aufgeklärte seinem Seelsorger nicht, so enthalte sich dieser jeden weiteren Schrittes. — Zeigen sich aber vorderhand gar keine Hindernisse oder sind diese überbrückbar, so hat der Seelsorger folgende Aufgaben: I. Genauere Prüfung und Aufdeckung der Hindernisse; II. Beseitigung etwaiger Hindernisse; III. Abschluß rechtskräftiger Sponsalien; IV. Assistenz bei der Eheeingehung.

### § 53. Tätigkeit des Pfarrers in Aufdeckung von Ehehindernissen.

„Der trauungsberechtigte Pfarrer muß zu gelegener Zeit sorgfältig prüfen, ob der beabsichtigten Ehe irgend ein Hindernis entgegensteht“ Can. 1020 § 1; 1019 § 1.

*Erläuterung:* 1) „Zuständig“ ist der trauungsberechtigte Pfarrer Can 1020 § 1, ob er nun später die Trauung wirklich vornimmt oder nicht. — 2) *Rechtzeitig* („opportuno antea tempore“) muß die Prüfung geschehen. Darum sollen die Gläubigen, besonders in Predigt und Katechese, angeleitet werden, beabsichtigte Eheschließungen sobald als möglich anzumelden. Das wachsame Auge des Seelsorgers wird sich auch den Anschlagstafeln der Standesämter eifrig zuwenden. „In der Todesgefahr“ ist eine eingehende Nachforschung oft unmöglich; in dieser Lage „genügt die beschworene Aussage der Ehewerber, sie seien getauft und ohne Hindernis, außer begründete Anzeichen deuten auf das Gegenteil“ Can. 1019 § 2. Natürlich muß der Seelsorger



wenigstens dem gesunden Teile die wichtigsten Hindernisse (Eheband, Blutsverwandtschaft, Schwägerschaft, Verbrechen) vor Augen führen. — 3) Als *Gegenstand* der Prüfung werden in den Cann. 1020—21 folgende Punkte bezeichnet: a) Hindernisse; b) Taufe und Firmung; c) Kenntniss der religiösen Wahrheiten. — 4) Die *Art* der Prüfung wird ebendort angedeutet: Ein *Tauf- und Firmzeugnis* ist beizubringen von jenen Personen, welche außerhalb des Pfarrgebietes dieses heilige Sakrament empfangen Can. 1021 § 1. Sind Katholiken nicht gefirmt, so sollen sie vor der Eheschließung gefirmt werden, wenn es ohne bedeutenden Nachteil geschehen kann ibi § 2. — *Öffentliche* Hindernisse (z. B. Standes-Verwandtschaftshindernisse) sollen öffentlich (Can. 1031 § 1 n. 1) erforscht werden; *geheime* Hindernisse (Gelübde, Verbrechen, Freiheit der Entschließung besonders auf seiten der Braut) aber unter vier Augen und mit kluger Zurückhaltung („caute“). — Die Prüfung der notwendigen Religionskenntnisse kann, wenn sie überflüssig erscheint, weggelassen oder durch anregende Erklärung ersetzt werden Can. 1020 § 2. Sind in einer Diözese eigene Vorschriften über den Akt dieser Prüfung („Aufschreiben“, Anmeldung des Eheabschlusses) vorhanden, so muß sich der Seelsorger darnach richten ibi § 3.

Das Taufbuch gibt nach der neuen Gesetzgebung weitgehende Aufschlüsse über die Standeshindernisse, welche auch im Taufzeugnisse zu erwähnen sind, also über die Firmung; Eheschließung (deren Auflösung Can. 1118); Subdiaconat, feierliche Profess und deren Dispense Can. 470 § 2, so daß also ein gutes Taufzeugnis bei der Nachforschung eine bedeutende und zuverlässige Erleichterung bietet. — Can. 1021 § 1 deutet an, daß auch von einem getauften Katholiken ein Taufzeugnis beizubringen ist. Indes genügen hier auch andere Beweise Can. 779, ja es genügt auch schon die Rechtsannahme der Taufe nach Can. 1070 § 2.

## § 54. Die Eheverkündigungen.

**Publicationes, proclamationes, denuntiationes, banni sive banna.**

**I. Quellen:** Cann. 1022—31; 462 n. 4; vgl. 998 sqq. (Weihen).

**II. Zweck.** Die vom vierten Lateranonzil allgemein vorgeschriebenen und vom Tridentinum schärfer bestimmten Verkündigungen haben einen doppelten Zweck: a) einmal

etwaige Hindernisse aufzudecken; b) die beabsichtigte Ehe vor der Kirche („in facie ecclesiae“) amtlich bekanntzugeben. — Im engsten Anschluß an das Trienter Konzil faßt der Roder diesen Gegenstand in den Cann. 1022—31 zusammen.

**III. Gesetz.** Die Eheverkündigungen müssen vom eigenen Pfarrer in der Kirche während des besuchten Gottesdienstes an drei aufeinanderfolgenden Feiertagen verkündet werden, wenn nicht der Ordinarius ein schriftliches Aufgebot gestattet.

1) „Publice a paracho denuntietur inter quosnam matrimonium sit contrahendum“ Can. 1022. Das Römische Rituale gibt den Gegenstand der Verkündigung noch genauer an in folgender Form: „Es sei allen hier Anwesenden kundgetan, daß der M. und die N. aus der Familie M. und der Pfarrei B. beabsichtigen, die Ehe miteinander einzugehen“ R. R. t. 7 c. 1 n. 13. Die Religion der Brautleute ist nicht zu erwähnen. Jede ehrenrührige Bemerkung ist wegzulassen; doch kann die Hervorhebung des jungfräulichen Standes der Brautleute nach Landessitte durchaus nicht getadelt werden, da ja die Weglassung der Ehrentitel „Jüngling, Jungfrau“ nur auf bekannte Vergehungen sich stützen kann. — In manchen Gegenden werden Sponsalien verkündet; das ist aber nicht notwendig Can. 1031 § 2 n. 2.

2) „Matrimoniorum publicationes fieri debent a paracho proprio“ Can. 1023 § 1. „Parochus proprius, zuständig“ wird ein Pfarrer durch das Domizil oder Quasidomizil in einer Pfarrei Can. 94.

Unter den zuständigen Pfarrern ist jener verkündigungs-berechtigt, an den sich die Brautleute wenden. Die Verkündigungen aber müßten an sich vorgenommen werden: a) an jedem Domizils- und Quasidomizilsorte der Brautleute; b) an jedem Orte, wo sich der Bräutigam nach Vollendung des 14. oder die Braut nach der des 12. Lebensjahres wenigstens 6 Monate aufgehalten haben; c) auch an jenen Orten, wo der Aufenthalt nicht ganz 6 Monate währte, wenn ein Hindernis vermutet wird. Doch hat im Falle b) und c) Cann. 1023 §§ 2 u. 3 die Art der Nachforschung dem

weisen Ermessen der Ordinarien überlassen, deren Anweisungen maßgebend sind.

Die Verkündigungen müssen an sich vorgenommen werden von jedem „zuständigen Pfarrer, *parochus proprius*“ der Brautleute Can. 1023 § 1, also vom Pfarrer des Domizils, nicht des doppelten Domizils und des Quasidomizils der Braut und des Bräutigams Can. 94, so daß möglicherweise sechs Verkündigungen in Frage kommen. Keine Verpflichtung besteht für den Pfarrer des „Eimmonataufenthaltes“ (Can. 1097 § 1 n. 2) und des Aufenthaltes der Wohnsitzlosen Cann. 94; 1032. Indes scheint auch sonst die Verpflichtung zu *weise* l h a f t und darum praktisch gegenstandslos (Can. 15) zu sein, wenn das Domizil oder Quasidomizil erst seit weniger als sechs Monaten erworben ist und eine Verkündigung anderswo tatsächlich stattfindet Can. 1023 § 2; 994. — Handelt es sich um *verwitwete* Personen, so genügt in der Regel die Nachforschung bis zur nächst vorausgehenden Eheschließung, da man ja die frühere Prüfung als geschehen voraussetzen kann. — Der zuständige Pfarrer, den die Brautleute um die Verkündigung angehen, hat die übrigen verpflichteten Seelsorger um die Vornahme der Verkündigung zu ersuchen, welche dann einen Bericht einzusenden haben Can. 1029 (Anzeige der etwaigen Hindernisse; *Ledig* s c h e i n; *Erlaubniß* s c h e i n; letzteren, wenn der Pfarrer des Trauungsortes nicht traubungsberichtigt nach Can. 1097 ist).

3) „*Publicationes fiant... in ecclesia*“ Can. 1024. Zwar ist mit dem Ausdruck „*ecclesia*“ zunächst die *Pfarrkirche* gemeint Can. 216 § 1, allein nichts hindert, denselben auch auf die *Filial-* und andere Kirchen auszudehnen, wenn der Zweck wenigstens in gleicher Weise erreicht würde; selbst *a u ß e r h a l b* der Kirche wäre eine Vornahme zulässig, wenn Gottesdienstfeierlichkeiten zahlreiches Volk anziehen; vgl. Gasparri P.: Tract. de matr. n. 169.

4) „*Publicationes fiant... inter Missarum sollemnia*, aut inter alia divina officia ad quae populus frequens accedat“ Can. 1024.

Feierliche Gottesdienste, welche die Gläubigen zahlreich zu versammeln pflegen, sind zur Vornahme der Verkündigungen gefordert und genügend, wenn auch im einzelnen Falle verhältnismäßig nur wenige sich einfinden, z. B. wegen bedeutender Kälte, Schneefälle usw.

5) „*Publicationes fiant tribus continuis diebus dominicis aliisque festis de praecepto*“ Can. 1024. Zu den Sonntagen kommen die gebotenen Festtage, also die zehn Festtage des Can. 1247 § 1 („Handbuch“ I S. 72), und zwar immer, wenn feierlicher Gottesdienst an denselben stattfindet, mögen sie auch irgendwo abgeschafft sein. In *B a y e r n*

und Preußen kommen noch die zweiten Feiertage von Weihnachten, Ostern und Pfingsten dazu; in Preußen auch der „Buß- und Betttag“ (S. C. C. d. 11. Dec. 1917). An den übrigen abgeschafften Feiertagen, sowie überhaupt an allen sonstigen Tagen bedarf es einer Dispense des Ortsordinarius, reg. 53 iur. in 6°. — Die Verkündigungen müssen ein geschlossenes Ganzes bilden; darum heißt es „tribus c o n t i n u i s diebus“. Doch soll der Verkündigungszeitraum wenigstens acht Tage umfassen und 15 Tage nicht überschreiten Cann. 1024—25. — In dem Worte „tribus“ des Can. 1024 liegt das „Dreimal, ter“ des Trienter Konzils. — Can. 1030 § 1 schreibt vor, daß von der letzten Verkündigung an bis zum Tage der Hochzeit drei Tage verflossen sein sollten, so daß gewöhnlich ein Donnerstag Tag der Verehelichung wäre. Da aber „ein vernünftiger Grund“ entschuldigt, so kann die Hochzeitsfeier ganz gut am Dienstag vorgenommen werden. Einmal ist es so in vielen Gegenden Sitte; dann würden die von der donnerstaglichen Hochzeit nach Hause mitgebrachten Speisen (der „Bescheid“) entweder zur Übertretung des Abstinenzgebotes verleiten oder Schaden leiden.

6) „Wenn innerhalb sechs Monaten die Eheschließung nicht stattfindet, so müssen die Verkündigungen wiederholt werden, außer der Ordinarius urteilt anders“ Can. 1030 § 2.

7) Das schriftliche Aufgebot kann nur vom Ortsordinarius an Stelle der Verkündigungen gestattet werden. a) Inhalt: „Nomina contrahentium, Tauf- und Familiennamen der Brautleute“, freilich mit Beifügungen (familia, paroecia), welche jede Verwechslung verhindern. b) Ort: „Ad valvas ecclesiae, an der Türe jener Kirche“, in welcher die Verkündigungen stattfinden können. c) Zeit: „Per spatium saltem octo dierum,“ quo spatio „duo dies festi de praecepto comprehendantur“, wenigstens acht Tage lang mit Einschluß zweier Festtage“. Can. 1025. Ein am 24. Dezember 1920 angebrachter Verkündigungsanschlag darf also erst am 2. Januar 1921 abgenommen werden Can. 34 § 3 n. 3.

8) Das Aufgebot der Mischehen hat zu unterbleiben. Wird es vom Ortsordinarius dennoch gestattet,



so muß a) jedes Ärgernis beseitigt sein; b) die päpstliche Dispense von *cultus disparitas* oder *mixta religio* vorliegen; c) die Erwähnung der Religion (beider) unterbleiben Can. 1026. In Österreich wird die Verkündigung in der Regel notwendig sein wegen des staatlichen Hindernisses (*defectus proclamationum*).

9) Das Aufgebot von Ehen *domizilloser* Personen (*proclamationes vagorum*) ist im Rechte nicht vorgeschrieben Can. 1032; 1023 § 1. Indes kann sie der Ortsordinarius (oder sein Bevollmächtigter) vorschreiben, an den sich der Trauungspfarrer in diesem Falle stets — den Notfall ausgenommen — zu wenden hat Can. 1032.

10) *Gewissenssehen* (*matrimonia conscientiae*) werden nicht verkündet („*omissis denuntiationibus*“) Can. 1104.

**IV. Dispensen vom Aufgebot.** Einer Dispense bedarf es nicht für Ehen von Domizillosen, Mischehen, Gewissenssehen, Ehen in Todesgefahr Can. 1032; 1026; 1104; 1019 § 2; sonst kann der Ortsordinarius dispensieren. „Der zuständige Ortsordinarius kann nach seinem weisen Ermessen aus rechtmäßigem Grunde von den auch in einer anderen Diözese vorzunehmenden Verkündigungen dispensieren (§ 1). — Von mehreren zuständigen Ordinarien hat das Dispensrecht der Ordinarius des Trauungsortes; bei Trauungen außerhalb der zuständigen Bistümer ein beliebiger zuständiger Ordinarius (§ 2)“ Can. 1028. Beabsichtigen demnach Brautleute in einer zuständigen Diözese sich trauen zu lassen, so ist der Ordinarius dieser Diözese dispensberechtigt für alle Verkündigungspflichten. Wollen sie in einem Bistum getraut werden, wo sie weder Domizil noch Quasidomizil besitzen, so können sie um Dispense sich an jeden berechtigten Ordinarius wenden. — Der dispensierende Ordinarius muß einen rechtmäßigen Grund haben, der dem vollständigen oder teilweisen Erlaß der Verkündigungen entspricht. Über die Gründe vgl. Regensburger WBl. 1920 S. 45; Leitner M.: Ehe recht<sup>3</sup> S. 259. — Beim teilweisen Erlaß der Verkündigungen muß die gewährte Dispense bei Vornahme derselben ausdrücklich erwähnt werden.

**V. Wirkungen der Nachforschungen und Verkündigungen.** Die Verkündigungen äußern eine Wirkung zunächst auf die Gläubigen, dann auf den Seelsorger.

1) „Alle Gläubigen sind gehalten, die ihnen bekannten Hindernisse vor Abschluß der Ehe dem Pfarrer oder Ortsordinarius zu offenbaren“ Can. 1027. Außer der Liebespflicht, vom Nächsten Schaden ferne zu halten, wird hier noch ein Kirchengesetz ausgesprochen, welches jedoch nicht unter eigenem schweren Nachteil bindet c. 3 De clandest. (IV 3). — Auch nach Abschluß der Ehe können Hindernisse dem kirchlichen Obern bekanntgegeben werden Can. 1971 § 2. — Nur jene Hindernisse müssen geoffenbart werden, welche die Gläubigen kennen („impedimenta, si qua norint“) und deren Mitteilung ihnen erlaubt ist. Darum kommt nicht in Betracht die Kenntnis des Beichtvaters, aber auch nicht die durch das Berufsgeheimnis geschützte Kenntnis eines Pfarrers, Arztes, Rechtsanwaltes, einer Hebamme usw. Can. 1755 § 2 n. 1.

2) Die Nachforschungen und Verkündigungen können für die weitere Tätigkeit des Pfarrers ein dreifaches Resultat zeitigen: a) Es stellt sich kein Hindernis heraus; der Seelsorger kann die Brautleute ruhig zur Eheschließung zulassen Can. 1031 § 3.

b) Es entsteht ein Zweifel über das Vorhandensein eines Hindernisses. Die Verkündigungen werden vorgenommen oder fortgesetzt wie gewöhnlich. Der Seelsorger bemüht sich die Sache zu klären durch Erkundigung bei den Brautleuten und bei wenigstens zwei Zeugen, die er nach Umständen vereidigt; letztere Erkundigung fällt weg, wenn die Ehre der Brautleute in Gefahr käme, wie bei geheimen aus einer Sünde entspringenden Hindernissen, z. B. „Verbrechen“. Bleibt der Zweifel ungeklärt, so wende er sich an den Ordinarius ibi § 1. Handelt es sich um ein rein kirchenrechtliches Hindernis, so bedarf es keiner Dispense, wenn der Zweifel ein Gesetzeszweifel (dubium iuris) ist; ist es aber ein Tatsachenzweifel (dubium facti), so kann der Ordinarius dispensieren, wenn der Apostolische Stuhl zu dispensieren pflegt; also nicht bei den Hindernissen der Priesterweihe, der Schwägerschaft aus vollzogener Ehe in der geraden Linie. Diese Dispense hat end-

gültige Bedeutung. — Bezieht sich der Zweifel auf ein göttlich = rechtliches Hindernis, so verfügt der Roder folgendes: α) Bei der *Impotenz* wird der Zweifel als nicht bestehend betrachtet Can. 1068 § 2; β) beim Hindernis des *Ehebandes* wird wenigstens moralische Gewißheit über die Richtigkeit oder Lösung der früheren Ehe verlangt Can. 1069; γ) bei der *Blutsverwandtschaft* (gerade Linie, 1. Grad der Seitenlinie) wird die Ehe nicht gestattet Can. 1076 § 3.

c) Ist das entdeckte Hindernis gewiß und öffentlich, so werden die Verkündigungen nicht angefangen, auch wenn eine geheime Dispense schon vorliegt, aber stets fortgesetzt. — Ein sicheres und geheimes Hindernis hindert die Verkündigungen nicht ibi § 2. Ist das öffentliche oder geheime Hindernis dispensierbar und wünschen die Brautleute dispensiert zu werden, so muß der Seelsorger ihnen behilflich sein, die Dispense zu erlangen.

## § 55. Die kirchlichen Ehedispenfen. Grundsätzliches.

Die kirchlichen Ehehindernisse können in verschiedener Weise gehoben werden: a) durch den Verlauf der Zeit, z. B. das Hindernis des Alters, des zeitlichen Gelübdes; b) durch die *Tätigkeit* der Brautleute selbst, z. B. durch Setzung des richtigen Konsenses, durch die Bekehrung zur katholischen Kirche bei Irr- und Ungläubigen; c) durch *äußere Umstände*, wie durch den Tod beim Hindernisse des Ehebandes, durch *Säkularisierung* bei Ordensleuten, durch Aufhören des staatlichen Hindernisses bei der gesetzlichen Verwandtschaft usw. Weitauß am häufigsten geschieht jedoch die Beseitigung des Hindernisses durch die Dispense der kirchlichen Oberen. Wir behandeln nunmehr: Begriff und Einteilung, Gegenstand; Träger der Ehedispenfen.

### A. Begriff und Einteilung.

I. **Quellen:** Cann. 1040—57; 15; 80—86; 247 § 3; 249; 251 § 3; 257 § 2; 1119; 1962—85; S. C. de Prop. Fide d. 9. Maii 1877.

II. **Begriff.** Unter kirchlicher Ehedispense versteht man den rechtmäßigen Erlaß eines eherecht =

lichen Geſetzes in einem beſtimmten Falle.  
Can. 80: „legis in casu speciali relaxatio“.

Das „eherechtliche Geſetz“ iſt hier hauptſächlich ein verbiethendes oder trennendes Ebehinderniß Can. 1058—80. — Das Geſetz verpflichtet auch in dem beſtimmten Falle, allein der Obere erläßt die Verpflichtung; würde der Obere einen Fall in das Geſetz gar nicht einſchließen, ſo hätten wir die *Epikie*. — Rechtmäßig iſt der Erlaß, wenn der Diſpenſierende zuſtändig, das Hinderniß diſpenſierbar und der Grund „gerecht und vernünftig“ iſt Can. 84.

III. **Einteilung.** Man theilt die Ehedispenſen ein:

1) rüſſichtlich des kirchlichen Obern in päpſtliche und biſchöfliche (Diſpenſen des Pfarrers, Beichtvaters uſw.);

2) hiñſichtlich des Geltungsbereiches in Diſpenſen des äußeren und des inneren Forums;

3) bezüglich des Beſtandes der Ehe in Diſpenſen zum Abſchluß und ſolche zur Gültigmachung einer Ehe;

4) in Rüſſicht auf die Ausführung in Diſpenſen vollſtändig gewährter (*forma gratiosa*) und zum Vollzuge übertragener Gnade (*forma commissoria*);

5) in Hinſicht auf das Tarweſen in Diſpenſen, erteilt in Form der Vornehmen, Armen und in gewöhnlicher Form (*forma nobilium, pauperum, communi*). An ſich iſt die Diſpenſation von den kirchlichen Hinderniſſen dem Apoſtoliſchen Stuhle reſerviert, doch gewähren ſowohl der Noder ſelbſt als auch Apoſtoliſche Indulte den Ordinarien gewiſſe Diſpenſvollmachten. Die Indulte des äußeren Forums haben in letzter Zeit zwar geſchwankt, doch will der Apoſtoliſche Stuhl neuerdings doch wieder ſolche den kirchlichen Oberhirten gewähren.

B. **Gegenſtand der kirchlichen Diſpenſegewalt.** In allen jenen Hinderniſſen, welche dem bloßen Kirchenrechte angehören, kann die Kirche auch diſpenſieren. In den Hinderniſſen des göttlichen Rechtes müſſen wir unterſcheiden: Hinderniſſe, deren Verpflichtung dem menſchlichen Willen (ohne ein weiteres Band) entſpringen, und die ſonſtigen Hinderniſſe. Bei erſteren iſt eine Diſpenſe möglich, bei letzteren nicht. Dies vorausgeſetzt, geben wir einen kurzen Überblick über die Diſpenſierbarkeit der einzelnen Hinderniſſe.



**I. Hindernisse des göttlichen Rechtes.** 1) Alle Hindernisse des fehlenden Konsenses, undispensierbar Can. 1081 § 1; 2) Impotenz, undispensierbar Can. 1068 § 1; 3) Eheband, wenn vollzogen, undispensierbar Can. 1118; wenn nicht vollzogen, dispensierbar durch den Stellvertreter Christi Can. 1119; 4) Blutsverwandtschaft, gerade Linie und 1. Grad der Seitenlinie, undispensierbar Can. 1076; 5) Gelübde (trennendes und verbietendes Hindernis), dispensierbar Cann. 1311—13.

**II. Hindernisse des rein kirchlichen Rechtes.** Niemals wurde amtlich erklärt, welche Hindernisse dem göttlichen, welche dem rein kirchlichen Rechte angehören, obwohl eine solche Scheidung notwendig wäre; vgl. Can. 1043 sqq. Wir rechnen zu den rein kirchenrechtlichen Hindernissen: 1) das des Alters Can. 1067; 2) des Irrthums hinsichtlich des Sklavenstandes Can. 1083 § 2 n. 2; 3) der Entführung Can. 1074; 4) der höheren Weihe Can. 1072; 5) des feierlichen Ordensgelübes Can. 1073; 6) der Blutsverwandtschaft in der Seitenlinie, abgesehen vom ungemischten 1. Grad; 7) der Schwägerschaft Can. 1077; 8) des öffentlichen Anstandes Can. 1078; 9) der geistlichen Verwandtschaft Can. 1079; 10) der gesetzlichen Verwandtschaft Cann. 1059; 1080; 11) des Verbrechens, Can. 1075; 12) der Glaubens- und Bekenntnisverschiedenheit Cann. 1070; 1060; 13) der Alandestinität Cann. 1094 sqq.

Sehr wahrscheinlich gehören zum Gebiete des göttlichen Rechtes die Hindernisse der Furcht (Can. 1087 § 1) und der Bischofsweihe (Cann. 1072; 1043).

**III. Trotzdem die Hindernisse der Priesterweihe und der Schwägerschaft** aus vollzogener Ehe in der geraden Linie dem bloßen Kirchenrechte angehören, werden sie von der Dispensgewalt der Ordinarien usw. nach Can. 1043 ausdrücklich ausgenommen, wie dies schon bisher immer geschah. Sehr ungern wird dispensiert im öffentlichen Hindernisse des Gattenmordes (Can. 1075 nn. 2 et 3) und in der Blutsverwandtschaft, sooft in der Seitenlinie der 1. Grad berührt wird.

**C. Träger der Dispensgewalt in Ehesachen.** Im Rodez werden fünf Träger der Ehedispenſengewalt namhaft gemacht: Apoſtoliſcher Stuhl, Ortsordinarius, Pfarrer, Priester des Can. 1098 und Beichtvater. Der eigentliche und ordentliche Träger dieſer Gewalt iſt der Apoſtoliſche Stuhl Cann. 81; 1040. Der Papſt übt das Dispensrecht aus durch ſeine Behörden in Rom; drei davon ſind ordentliche, drei aber außerordentliche Dispensbehörden. Zur beſſeren Klarſtellung ſeien hier zuerſt die außerordentlichen Dispensbehörden behandelt: Religioſenkongregation, Orientalenkongregation Staatsſekretarie.

**I. Die Religioſenkongregation** gewährt den männlichen und weiblichen Religioſen die Möglichkeit, eine Ehe einzugehen durch Säkulariſierung Can. 640 § 1 n. 2; durch Entlaſſung Cann. 648; 669 § 1 oder Diſpenſe Can. 251 § 3; vgl. „Handbuch“ I S. 477 ff. Andere Hinderniſſe der Religioſen müſſen von den ordentlichen Dispensbehörden beſeitigt werden.

**II. Die Orientalenkongregation** beſitzt für die Mitglieder der unierten morgenländiſchen Kirchen alle Vollmachten der ſonſtigen Dispensbehörden, einzig ausgenommen die beim Pauliniſchen Privileg etwa notwendigen Diſpenſen Cann. 257 § 2; 247; C. C. Cons. d. 12. Nov. 1908 (AAS. 1, 148 ſqq.).

**III. Die Staatsſekretarie** erledigt alle Diſpenſen in Breveform Can. 263 n. 3, während die Bullenform von der Apoſtoliſchen Kanzlei beſorgt wird Can. 260 § 1. Auch dürften die Diſpenſen der Staatsoberhäupter, beſonders wenn ſie im Zuſammenhange ſtehen mit politiſchen Ereigniſſen, im Einvernehmen mit der Kanzlei der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten von der Staatsſekretarie behandelt werden Cann. 263 n. 1; 255. — Die ordentlichen Dispensbehörden ſind: das heilige Offizium; die Pönitenziarie; die Sakramentenkongregation.

**IV. Das heilige Offizium** iſt excluſiv zuſtändig beim Pauliniſchen Privileg; ebenſo (abgeſehen von der Orientalenkongregation) bei den beiden Hinderniſſen der Glaubens- und Bekenntniſſverſchiedenheit (cultus disparitas; mixta religio) Can. 247 § 3. Dieſe Kongregation gibt

auch die notwendigen Vollmachten auf eine Reihe von Jahren oder eine Anzahl von Fällen.

V. **Die Pönitenziarie** (*Sacra Poenitentiaria*) besitzt seit dem 3. November 1908 nur mehr Vollmachten für den **Gewissensbereich**; ihre Zuständigkeit umfaßt „*gratias, absolutiones, dispensationes, commutationes, sanationes, condonationes pro foro interno*“ Can. 258 § 1. Das innere oder Gewissensforum umfaßt alle geheimen Fälle in und außerhalb der heiligen Beicht Cann. 196; 1047. Von größter Bedeutung ist hier, den Begriff „geheim“ klar festzustellen. Der Roder gibt nämlich eine doppelte Erklärung. „Öffentlich ist ein Hindernis, welches im äußeren Forum bewiesen werden kann; sonst ist es geheim“ Can. 1037. „Öffentlich ist ein Vergehen, dessen Kenntnis verbreitet ist oder leicht verbreitet werden kann; sonst ist es geheim“ Can. 2197 nn. 1; 4. Die Erklärer des Roder, wie **Knecht Aug.**: „Grundriß des Eherechts“ 1918 S. 54, 102; **Pöschl Arnold**: „Kath. Kirchenrecht“ § 56 II 313; **Moldin Hier. S. J.**: „*De iure matrimoniali*“ (1919) n. 60 pag. 65; **Vinneborn Joh.**: „Grundriß des Eherechts“ (1919) § 11 S. 104 nehmen für die Vollmachten der Pönitenziarie den Begriff „geheim“ an, wie ihn Can. 1037 bietet: „Geheim ist ein Hindernis, das im äußeren Forum nicht bewiesen werden kann“. Doch scheint die gegenteilige Ansicht, welche auch bisher galt, die richtige zu sein. Bisher (bis 19. Mai 1918) galt: Ein Hindernis ist dann geheim, wenn es seiner Natur nach im verborgenen sich entwickelt und wenn es unbekannt ist. Der Natur nach geheim waren früher: die Hindernisse der illegitimen Schwägerschaft (der Blutsverwandtschaft und geistlichen Verwandtschaft, welche eine außereheliche Geburt zur Voraussetzung hatten), des Verbrechens, des Privatgelübdes und (vor dem 19. April 1908) des öffentlichen Anstandes aus geheimen Sponsalien. Nach dem neuen Rechte bleiben nur die Hindernisse des Verbrechens, der privaten Keuschheitsgelübde und der Blutsverwandtschaft aus außerehelichem Verkehr. Sollen diese Hindernisse unter den Rechtsbereich der Pönitenziarie fallen, so müssen sie auch der Tatsache nach geheim d. h. niemandem oder nur wenigen verschwiegenen Personen bekannt sein. Die Zahl der Personen richtet sich nach der Zahl der Ein-

wohner des Ortes, also höchstens bis drei in Dörfern, bis fünf in mittleren, bis zehn in größeren Orten. — „Ganz geheim“ war und ist ein Hindernis, um welches nur die beteiligten Personen wußten oder außer diesen höchstens eine verschwiegene Person. — „Materiell öffentlich, formell geheim“ war und ist ein Hindernis, dessen Grundlagen zwar bekannt sind, aber so, daß das ausschlaggebende Moment geheim bleibt. Bekannt ist, daß aus der Zivilehe des Tiberius mit Klaudia ein Kind hervorging, aber geheim ist, daß Klaudias Ehemann noch lebt.

Daß die Bedeutung „geheim“ im Sinne des Can. 2197 nn. 1. 4, nicht des Can. 1037 gilt, ergibt sich aus folgenden Erwägungen: 1) Die Pönitenziarie gibt nicht nur dispensationes und sanationes, sondern auch absolutiones und condonationes etc. „pro foro interno“, also in geheimen Fällen. Schon das Wort „Poenitentiaria“ deutet auf das Bußwesen, welches Vergehen zu würdigen, zu sühnen und zu verbessern hat. Darum kommt Can. 2197 zunächst und wegen der Einheitlichkeit der Behandlung ausschließlich in Frage; vgl. auch die Cann. 990; 1045 § 3; 2314 § 2. — 2) Würde der Begriff „geheim“ nach Can. 1037 angewendet, so wäre es um die Vollmachten der Pönitenziarie beinahe geschehen. Denn beweisbar (probari potest) ist fast jedes Hindernis, da nicht nur Dokumente und Zeugen, sondern auch ein einwandfreies Geständnis genügt Can. 1791; 1751; 2314 § 2. — 3) Man wende nicht ein: Bei dieser Annahme ist ja Can. 1037 gegenstandslos. Denn seine Begriffe „öffentlich, geheim“ gelten für die Gültigmachung einer Ehe gemäß Can. 1135.

**VI. Alle Ehedispenssachen**, welche nicht zu einer der bisherigen Dispensbehörden gehören, stehen der **Sakramentenkongregation** zu. Diese Kongregation, ins Leben getreten am 3. November 1908, behandelt in drei Abteilungen (sectiones) die Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit; die erste Sektion beschäftigt sich ausschließlich mit dem Ehedispenswesen. Leichtere Fälle werden von dem Vorstande dieser Sektion (dem Untersekretär) erledigt, während die wichtigeren und schwierigeren durch den Sekretär oder den Kardinalpräfecten der Kongregation verabschiedet werden. In den Ferien (10. September bis 31. Oktober) werden nur die gewöhnlichen Dispensen behandelt, die übrigen finden ihre Erledigung — abgesehen von besonders dringlichen Fällen — erst vom November an.

Die Dispensbehörden während der Erledigung des Päpstlichen Stuhles behalten die gewöhnlichen Vollmachten bei. Handelt es sich aber um außerordentliche Fälle, so werden



sie dem künftigen Papste vorbehalten, außer sie erlitten keinen Aufschub. Dann kann das Kardinalskollegium dem Kardinalsekretär des heiligen Offiziums oder dem Kardinalpräfecten der einschlägigen Kongregation die einstweilige Erledigung übertragen, während der Großpönitentiar ohne dies mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet ist; vgl. Ben. XIV. in Const. „Pastor bonus“ d. 13. Ap. 1744 §§ 51—55; Pius X. in Const. „Vacante“ d. 25. Dec. 1904 nn. 16 sqq.; Reitner M.: Eherecht<sup>3</sup>, S. 275.

### Das Dispensgesuch.

Der Kodex enthält keine besonderen Vorschriften über die Dispensgesuche, wenigstens unmittelbar; vgl. jedoch die Cann. 1048—57; 84. Wir behandeln darum die Dispensgesuche nach der bisherigen bewährten Praxis, mit Hinzueinbringung dessen, was seit dem 19. Mai 1918 unnütz oder abgeschafft erscheint. Da das Gesuch verschieden ist, je nachdem es eine Gnade des äußeren oder des inneren Forum erbittet, so wollen wir zunächst die Gesuche des äußeren Forum behandeln, um dann die Ausführungen als Grundlage auch für Gesuche des inneren Forum verwenden zu können.

### § 56. Das Dispensgesuch bei öffentlichen Hindernissen.

Wenn irgend ein öffentliches Ehehindernis zutage tritt, so hat der Seelsorger das Dispensgesuch an den eigenen Ortsordinarius zu richten. Freilich bleibt es den Bittstellern, sowie deren Seelsorgern unbenommen, sich jederzeit unmittelbar an den Apostolischen Stuhl zu wenden. Für gewöhnlich empfiehlt sich aber dieses Vorgehen nicht; denn a) der Ordinarius kann bereits Vollmachten in der Sache haben, vgl. Cann. 81; 1045 §§ 1 und 2, wodurch Zeit und Geld erspart wird; b) der Ordinarius kennt besser die Vorschriften des Kurialstiles, weshalb er das einlaufende Gesuch zu verbessern oder zu ergänzen vermag; c) der Apostolische Stuhl kennt in der Regel die Bittsteller (die Seelsorger) nicht, weshalb die Rückleitung an den Ordinarius notwendig wird. — Häufig haben die Ordinarien genaue Normen in der Abfassung von Dispensgesuchen erlassen, welche im Interesse der Sache gewissenhaft zu beobachten sind.

Will man das Gesuch genau abfassen, so beachte man folgende fünf Punkte: Person der Bittsteller; Hindernis (Hindernisse); Dispensgrund (Dispensgründe); Taxen; besondere Umstände.

**I. Die Bittsteller (oratores) oder Gesuchsteller (exponentes)** (nicht Brautleute, sponsi) sind zu kennzeichnen durch **N a m e n** (nomen et cognomen), **Al t e r**, **G e b u r t s- u n d W o h n o r t** (an den Ordinarius, nach Rom durch das Bistum des Wohnortes) und **R e l i g i o n**. Das Wesentliche hiebei besteht darin, daß die Bittsteller von jeder Verwechslung von andern geschützt sind, indes gibt die genaue Angabe der vier Bezeichnungsarten dem Gesuche und dem kirchlichen Obern einen lichtvollen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse. — Das Bittgesuch nennt immer beide Eheverber, jedoch geschieht die Bitte nicht immer im Namen der beiden, sondern wenn das Hindernis nur **e i n e n** bindet, zunächst nur im Namen des gebundenen Teils, z. B. des katholischen Teils bei Mischehen, des Professen, des Majoristen usw. Can. 1036 § 3.

**II. Das Hindernis** muß nach **A r t**, **G r a d** und **Z a h l** genau umschrieben sein. Wenn das Hindernis genau beschrieben ist, so verschlägt ein Irrtum in den Kunstausdrücken nichts. Wird in einer Diözese ein **S t a m m b a u m** (schema genealogicum) bei Verwandten vorgeschrieben, so muß er beigebracht werden, wenn auch in Rom eine genaue Beschreibung des Hindernisses genügt, jedenfalls fördert er die Klarheit und Übersichtlichkeit. Übrigens hat die Einschränkung der Hindernisse durch den Kodex das Vorgehen bedeutend erleichtert. Treffen **mehrere** Hindernisse **g l e i c h e n** Rechtsbereiches zusammen, so müssen **a l l e** aufgezählt und genau umschrieben werden. Sind diese Hindernisse **a l l e** bischöflicher Dispensgewalt, so kann der Bischof von allen diesen dispensieren Can. 1049 § 2 (anders bis zum 19. Mai 1918). Sind alle vorkommenden Hindernisse der päpstlichen Dispensgewalt vorbehalten oder treffen päpstliche und bischöfliche Hindernisse in **e i n e m** Falle zusammen, so muß das Gesuch nach Rom gerichtet werden. Wird aber ein Hindernis bischöflicher Dispense erst entdeckt, nachdem der Apostolische Stuhl bereits dispensiert hatte, so kann der Ordinarius

seine Gewalt ausüben. Wird ein päpstliches Hindernis erst entdeckt, nachdem der Ordinarius von dem seinen bereits dispensiert hatte, so muß in dem Gesuche nach Rom auch des bischöflichen Hindernisses (mit gewährter Dispense) Erwähnung geschehen Can. 1050. — Treffen mehrere g e h e i m e Hindernisse zusammen, so gelten die gleichen Regeln. — Treffen ö f f e n t l i c h e u n d g e h e i m e Hindernisse in e i n e m Falle zusammen, so werden die Hindernisse eines jeden Forum so behandelt, als ob sie nur allein beständen, da ja nach dem Rodez die Dispensation teilbar ist, während früher eine einheitliche Dispenzbehandlung im i n n e r e n Forum notwendig war. Jedenfalls tut man gut, in den Dispensgesuchen an die heilige Pönitenziarie auch die öffentlichen Hindernisse zu erwähnen, von denen bereits dispensiert wurde oder für welche Dispense erbeten wird; denn die Dispense der Pönitenziarie gilt unter Umständen auch für das äußere Forum Can. 1047.

1) Unrichtig wären folgende Bezeichnungen eines Hindernisses: Die Bittsteller sind verwandt (*species*), blutsverwandt (*species infima*) in der Seitenlinie (*linea*). Richtig muß es heißen: Die Bittsteller sind blutsverwandt im 3./2. Grad der ungleichen Seitenlinie. — 2) Für die Blutsverwandtschaft im reinen 1. Grad der gleichen Seitenlinie gibt es keine Dispense Can. 1076 § 3. Aber auch wenn der 1. Grad nur berührt wird (3./1., 2./1.), muß mit größter Strenge vorgegangen werden. Ein Erlass der Dataria vom 19. Juni 1895 fordert wirkliche kanonische Gründe, die eigenhändige Ausarbeitung („*litteris manu propria exaratis*“) und begründete Empfehlung des Besuches durch die B i s c h ö f e. — 3) Es empfiehlt sich, in den Gesuchen ausdrücklich festzustellen, daß außer dem erwähnten Hindernisse bzw. den etwaigen Hindernissen trotz sorgfältiger Nachforschung weitere nicht auftauchten.

**III. Gründe für das Gesuch.** Hören wir Can. 84: „Von einem Kirchengesetze werde nicht dispensiert ohne einen rechtmäßigen und vernünftigen Grund, welcher der Wichtigkeit des Gesetzes, von welchem dispensiert wird, entspricht; ohne einen solchen Grund wäre die von einem untergeordneten Obern erteilte Dispense unerlaubt und ungültig (§ 1). Im Zweifel, ob der Grund hinreichend ist, kann die Bitte erlaubterweise gestellt und die Gnade erlaubter- und gültigerweise gewährt werden (§ 2).“

1) Der P a p s t kann in reinen Kirchengesetzen s t e t s g ü l t i g dispensieren; zur Erlaubtheit braucht auch er einen Grund; in g ö t t l i c h e n Gesetzen, welche der Lösungs-

gewalt des Papstes unterstehen, wäre die Gültigkeit gefährdet, wenn gar kein Grund vorläge; vgl. Cann. 1119 (*dispensatio super rato*); 1121 § 2 (*declaratio de interpellationibus*); 1313 (*vota*). — Die Ordinarien können in ihren eigenen Gesetzen gültigerweise auch ohne Grund dispensieren, sonst bedürfen sie stets „eines rechtmäßigen und vernünftigen Grundes“. Alle Personen, welche nicht Gesetzgeber sind, müssen auch zur Gültigkeit stets einen Grund haben. — Als Grund, welcher angeführt werden kann, gilt sowohl ein offenbar als auch ein zweifelhaft hinreichender Grund, dagegen nicht ein Vorwand, von dem man zweifelt, ob er vielleicht ein Grund ist. Im ersten Falle ist sicher ein Grund vorhanden, nur ist zweifelhaft, ob er hinreicht; das genügt. Im zweiten Falle ist es fraglich, ob überhaupt ein Grund vorhanden ist.

2) Einteilung der Dispenstründe: a) E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e (*causae motivae sive finales* Cann. 42 § 2; 1054) und B e f ö r d e r u n g s g r ü n d e (*causae impulsivae*). Welches die *causa motiva* war, weiß der Dispensierende. Wird im Reskripte nur ein Dispenstrund angegeben, so ist dieser die *causa motiva*. Bei den Hindernissen höheren Grades spielt diese Einteilung eine bedeutende Rolle. — b) E h r b a r e (*causae honestae*) und e h r e n r ü h r i g e G r ü n d e (*causae inhonestae, famosae, turpes*); letztere sind gegeben, wenn der Grund einen sittlichen Mangel des Bittstellers (der Bittsteller) enthält. Seit 3. November 1908 (Neuordnung der Römischen Kurie) hat diese Einteilung an Bedeutung wesentlich verloren. Jedenfalls darf man ehrenrührige Gründe, wie Geschlechtsverkehr, Schwangerschaft, außereheliche Kinder, in öffentlichen Gesuchen nur dann anführen, wenn die Tatsachen öffentlich bekannt sind. Die Kirche will keinen Verlust des guten Rufes. — c) K a n o n i s c h e und n i c h t k a n o n i s c h e G r ü n d e. Kardinal Gasparri läßt als „kanonische Gründe“ gelten die „*iustae et rationabiles causae, habitae ratione gravitatis legis a qua dispensatur*“ Can. 84 § 1; vgl. seinen Index zum kirchlichen Gesetzbuch v. „*causae canonicae*“. Daraus folgt, daß es für die Ehedispenzen eigene „k a n o n i s c h e G r ü n d e“, d. h. Gründe, welche das Recht als solche bezeichnet, nicht mehr gibt. Doch tun wir gut, auch jetzt noch die Instruktion der Propagandakongregation vom



9. Mai 1877 eifrig zu Räte zu ziehen; vgl. *Leitner M.: Eherecht*<sup>3</sup> S. 280 ff.

Die Propagandasongregation gab am 3. Mai 1877 folgende Gründe an:

1) *Angustia loci*. Die Bittstellerin stammt aus einem kleinen Orte (nicht Pfarrei) oder wohnt in einem kleinen Orte, wo es ihr schwer ist, einen Bräutigam gleicher Lage zu finden außer unter ihren Verwandten oder überhaupt unter Behinderten. *Allein* ist der Ort, der nicht über dreihundert Feuerstellen (*foci*) mit ungefähr 1500 Einwohnern zählt. Mehrere Orte werden zu *einem* gerechnet, wenn sie nicht weiter als eine Viertelstunde entfernt sind. *Angustia locorum* wird gesagt, wenn auch des Bittstellers Heimat oder Wohnort in angeführtem Sinne beschränkt ist. Es empfiehlt sich genau zu betonen: *Angustia loci, ubi habitat vel orta est Oratrix*.

2) *Aetas feminae superadultae*. Dieser Grund gilt für eine ledige Frauensperson, welche das 24. Lebensjahr bereits überschritten hat (Angabe des genauen Alters, z. B. 30 Jahre); auch der Eintritt ins 24. Jahr kann mit Nutzen betont werden (*proxima superadultae*).

3) *Deficientia aut incompetencia dotis (feminae)*.

4) *Lites super successione bonorum iam exortae, vel earundem grave aut imminens periculum*.

5) *Paupertas viduae*. Diese vermögensrechtlichen Gründe reichen zuweilen für schwierige Dispensen hin. So wurde einmal dispensiert wegen Vermeidung von großen Prozessen im 2./1. Grade der Blutsverwandtschaft.

6) *Bonum pacis* gilt für Völker, Gemeinden und Familien, auch abgesehen von Prozessen über Vermögensfragen.

7) *Nimia, suspecta, periculosa familiaritas necnon cohabitatio sub eodem tecto quae facile impediri non potest*.

8) *Copula — praegnantia — legitimatio prolis*.

9) *Infamia mulieris*. Wichtige Gründe, um so schwerwiegender, je mehr der Ruf der Bittstellerin Schaden gelitten hat und eine Legitimierung des Kindes notwendig ist; vgl. *Can. 1043*.

10) *Revalidatio matrimonii*, die Gültigmachung einer bereits bestehenden, meist vollzogenen, oft mit Kindern belasteten Ehe. Geschah der Abschluß im guten Glauben, so gilt der Grundsatz *Beati possidentes*, aber auch wenn die nichtige Eheeingehung mit Bewußtsein geschah, bleibt noch das Gewicht der unter 8 angeführten Gründe.

11) *Periculum matrimonii mixti, vel coram acatholico ministro celebrandi*. Wie sehr der Apostolische Stuhl bestrebt ist, Glaubensgefahren von seinen Kindern ferne zu halten, ersehen wir aus seinen früheren Anweisungen, z. B. an die Bischöfe Bayerns, der oberrheinischen Kirchenprovinz und Ungarns, aber auch aus dem *Roder Cann. 1102 § 2; 1109 § 3*.

12) *Periculum incestuosi concubinatus*.

13) *Periculum matrimonii civilis*.

14) *Remotio gravium scandalorum*.

15) *Cessatio publici concubinatus*. Diese Gründe gelten, wie man sieht, zur Abstellung bereits vorhandener oder ernstlich drohender Argernisse. — Bei Eingehung einer gemischten oder ungemischten Ehe vor dem akatholischen Religionsdiener kommt seit 19. Mai 1918 auch noch *causa 13* in Frage, da diese Ehen meist ungültig sind (Can. 1099).

16) *Excellentia meritorum*. Die Kirche will auch jenen Personen gegenüber etwas nachgiebig sich zeigen, welche sich um das Wohl der Kirche, des Staates, der Gesellschaft Verdienste erworben haben.

Außer diesen von der Anweisung der S. C. de Pr. F. aufgezählten Gründen gibt es noch andere, welche, wenigstens aus mehreren geeint, eine „*causa iusta et rationabilis*“ auch für *impedimenta maioris gradus* (Can. 1042) abgeben können. Diese Gründe liegen auf seiten der Bittstellerin, des Bittstellers, beider oder auf seiten der Eheschließung selbst. Meist sind es geistige oder körperliche Notlagen, dann aber auch eine gewisse Angemessenheit der Eheschließung.

Jedes Dispensgesuch muß wenigstens einen Dispensgrund enthalten, welcher mit einem Schlagwort, z. B. *Aetas superadulta*, anzugeben und dann genauer zu beschreiben ist, z. B. die Bittstellerin, eine brave Jungfrau, zählt bereits 32 Jahre; oder *Remotio scandalorum*, die Bittstellerin lebt schon seit vier Jahren mit dem Bruder ihres Mannes in sündhaftem Verhältnis, aus dem zwei Kinder hervorgingen. — Trotz der Notwendigkeit des Grundes im Gesuche findet sich im Reskripte zuweilen ein Grund nicht ausgedrückt, sondern nur angedeutet, so wenn es heißt „*Ex certis rationabilibus causis*“, worunter besondere Verdienste, auch die besondere Freigebigkeit der Bittsteller bei Gelegenheit der Dispense angedeutet werden kann; zuweilen wird durch diese „*Dispensatio sine causa*“ ein ehrenrühriger Grund verdeckt.

IV. Die Dispensstagen sind Abgaben in Geld, welche die Bittsteller bei Gelegenheit der Gewährung einer Dispense nach bestimmten Normen zu leisten haben. Erläuterung: 1) Diese „Abgaben an Geld“ haben einen zweifachen Zweck: sie tragen bei zum Unterhalt der päpstlichen oder bischöflichen Kanzlei und des hiebei beschäftigten Kanzleipersonals; sie werden zu einem guten Zweck (als *Romponende*) geleistet, z. B. zum Unterhalt des Päpstlichen Stuhles, für Unternehmungen des Glaubens und der Nächstenliebe, und zwar dafür, daß die Bittsteller eine Ausnahme

auch für sich beanspruchen. Die Berechtigung solcher Forderungen und Leistungen ergibt sich aus Mt 10, 10; Lk 10, 7; 1 Kor 9, 7—14 und aus der Natur der Sache. Auch der Staat verlangt Dispenstaxen für Befreiung von den Hindernissen des BGB. §§ 1303 (Alter); 1312 (Ehebruch) und 1313 (Witwenfrist), und zwar in der Regel höher und ausgedehnter als die Kirche; auch bei Abweisung oder Zurückziehung des Gesuches müssen Gebühren geleistet werden (Taxen von 10—500 Mark). — 2) Die Ehedispenstaxen, welche tatsächlich geleistet werden, fließen in eine vierfache Klasse: a) in die *Taxa* in Rom; b) in die Klasse des römischen *Agenten* (*expeditor, speditionere*), d. h. jenes Beamten in Rom, der die Geschäfte einer Diözese beim Apostolischen Stuhl betreibt; c) in die *Ordinariatsklasse* als seltene und mäßige Gebühren für die Ausführung (*executio decreti*); d) in die *Ausgabenkasse* für die Post. — Die Taxen in Rom teilen sich in die eigentlichen Taxen für die Behörden und deren Beamte und in die *Almosen* (*componendae*), welche zu guten Zwecken verwendet werden. — 3) Die Dispenstaxen haben die *Bittsteller* zu zahlen, bzw. bei Mischehen der katholische Teil. — 4) Die Dispense wird nicht erkaufte, das wäre simonistisch, sondern bei Gelegenheit der Gnadengewährung leistet der Empfänger ein Almosen zugunsten der Kirche und ihrer Diener. — 5) Die Taxen berechnen sich nach gewissen *Abstufungen*, welche wir kurz andeuten mit dem Hinweis auf unsere Ausführungen im „Eherecht“<sup>3</sup> S. 288.

Man unterscheidet eine *forma pauperum, communis, nobilium*. Die wahrhaft Armen zahlen keine *Komponente*. Kommen Bittsteller, welche gar nichts leisten können, so muß der Seelsorger dem Gesuche anfügen: *Oratores sunt ita pauperes ac miserabiles, ut ne obolum quidem solvere possint*. Diese leisten höchstens die Postauslagen, sonst nichts. — Die *wahrhaft Armen* (*vere pauperes*) zahlen niedere Taxen, keine Komponente. — Die *beinahe Armen* (*fere pauperes*) zahlen auch eine kleine Komponente. — Sonst werden höhere Taxen und Komponenten geleistet.

Praktisch gestaltet sich das Vorgehen in unseren Gegenden so, daß der Seelsorger die Bittsteller fragt, ob sie etwas leisten können und wieviel. Nach seinen eigenen Kenntnissen kann der Seelsorger diese Angaben verbessern und sie

mit Zustimmung der Bittsteller im Gesuche anbringen. Wenn notwendig kann auch der Ordinarius die Vorschläge prüfen und, wenn er sie billigt, an den Apostolischen Stuhl senden. Auch die römische Behörde hat zuweilen angefragt, ob die Bittsteller gemäß ihrer sozialen Lage nicht mehr zu leisten vermögen. Die „Normae communes“ ep. 11 n. 3 heben hervor, daß „die Beteiligten zur Angabe der Wahrheit im Gewissen verpflichtet sind“. Immerhin wird „die Gültigkeit der gewährten Gnade niemals durch einen Irrtum oder auch durch einen Betrug in der Angabe der Finanzlage des Bittstellers gefährdet“. — Man beachte gegenwärtig auch die *Valuta*. Daß man mehr anbietet als vor dem Kriege, liegt bei der jetzigen Geldentwertung auf der Hand. Doch beachte man, daß man in Mark anbieten muß, nicht in Franken oder Lire; denn eine italienische Lira (*libella monetae italicae*) gilt 2,25 Mark (August 1920). — Bieten die Bittsteller z. B. 100 Mark für alle Taxen an, so muß der Seelsorger schreiben: „Die Bittsteller bieten 100 Mark im ganzen an, *Oratores offerunt in totum 44,45 libellas (oder 40 lib.) monetae italicae.*“ Denn wird das „im ganzen, in totum“ nicht angefügt, so berechnet man das Angebotene für die päpstlichen Taxen allein. Papst Benedikt XV. gestattete im März 1920 die Berechnung der italienischen Lire einfach in deutsche Mark, wenigstens für die päpstlichen Taxen. Waren ohne vorheriges Angebot z. B. 600 Lire für Taxen angesetzt, so genügte es 600 Mark zu zahlen, während der Agent Anspruch hatte auf den Ansat in Lire.

5) Die b i s c h ö f l i c h e n D i s p e n s t a x e n. In neuester Zeit (Juni 1920) erhielten die Ortsordinarien gewisse Vollmachten im äußeren Forum, welche nicht im Rodez enthalten sind; wir werden auf sie zu sprechen kommen. Wenn nun ein Ordinarius auf Grund dieser besonderen Vollmachten eine (eigentlich) päpstliche Dispense gewährt, so muß er die finanziellen Rechte der römischen Dispensbehörde gerade so wahrnehmen, als ob in Rom die Dispense gewährt worden wäre. — Wenn dagegen der Ordinarius seine eigene Dispensvollmachten zur Ausführung bringt, so kann er für die *Nichtarmen* („*pro non pauperibus*“) nur mäßige *Kanzleitar*en verlangen, außer der Apostolische Stuhl hätte ihm



weitere Rechte eingeräumt. Jede gegenteilige Gewohnheit ist verworfen (Can. 5). Wurde mehr verlangt, so tritt Wiedererstattungspflicht ein („tenentur ad restitutionem“) Can 1056. Diese Vorschrift ist nach dem allgemeinen Rechte praktisch gemäß Can. 1045.

**V. Die besonderen Umstände.** In jedem Dispensgesuche muß erwähnt werden, ob die Ehe zu schließen oder gültig zu machen ist. Handelt es sich um die Gültigmachung, so müssen die einzelnen Umstände (Form, Bollzug, guter Glaube) angegeben werden. — Sind außereheliche Kinder vorhanden, so muß neben dem Dispensgesuch noch ein Legitimierungsgesuch eingereicht werden Can. 1051. — Handelt es sich um die Hindernisse der Glaubens- oder Bekenntnisverschiedenheit, so muß betont werden, daß die Forderungen des göttlichen Rechtes (*c a u t e l a e*) werden erfüllt werden Can. 1060 und daß keine Gefahr eines atatholischen Eheabschlusses besteht. — Am Schluß des Dispensgesuches betont der Seelsorger und gegenüber dem Apostolischen Stuhle der Ordinarius, daß die Ausführungen auf Wahrheit beruhen und die Bittsteller für die Gewährung der G n a d e empfohlen werden mit folgenden Worten: „Exponentes ad dispensationis gratiam humillime commendamus“, wozu bei ehrenrührigen Gründen gefügt wird: „Exponentes a d v e n i a m . . . commendamus“. — Nicht darf vergessen werden die deutliche Angabe der A d r e s s e dessen, an den das Dispensreskript bzw. die Antwort des Obern soll befördert werden. \*

Vor dem 25. Juni 1885 mußte nach einer Forderung des K u r i a l s t i l e s, welche L e o X I I I. durch das heilige Offizium für die Zukunft abschaffte (ASS. 18, 207), die zwischen verwandten Bittstellern stattgehabte *copula incestuosa* sowie auch der „*animus per eam facilius impetrandi dispensationem*“, unter Strafe der Nichtigkeit einer gewährten Dispense, angegeben werden. — Am 1. Juni 1885 wurde Albert dispensiert, damit er die Berta, die Schwester seiner verstorbenen Frau, heiraten könne (*affinitas ex copula licita in primo gradu linea collateralis aequalis*). Die Ehe wurde am 11. Juni 1885 abgeschlossen. Am 25. August 1920 möchte Albert die außereheliche Tochter Blanda seiner inzwischen verstorbenen Frau Berta (zweite Frau) ehelichen. Bei dieser Gelegenheit erfolgte eine genaue Prüfung aller früheren Verhältnisse. Albert hatte sowohl vor dem Tode seiner e r s t e n Frau als nach demselben vollständigen geschlechtlichen Verkehr mit deren Schwester Berta. Von diesem Verkehr sagte kein Teil ein Wort weder dem Seelsorger noch dem Beichtvater. Die Eheschließung am 11. Juni 1885 war ungültig, nicht wegen des Hin-

vernisses des Verbrechens, da ein Versprechen nicht gegeben wurde, sondern wegen des Verschweigens der *copula incestuosa inter affines Albertum et Bertam*. Zwischen Albert und Blanda bestand also seit 11. Juni 1885 das Hindernis des öffentlichen Anstandes (*ex sponsalibus de praesenti nullis*) und jenes der legitimen Schwägerschaft (*ex copula perfecta Oratoris cum matre Oratricis licita*), vorausgesetzt, daß guter Glaube vorhanden war, sonst der illegitimen Schwägerschaft. Am 19. Mai 1918 aber blieb nur mehr das Hindernis der *publica honestas ex matrimonio nullo* im 1. Grade der geraden Linie, von dem eine Dispense möglich ist, vgl. Cann. 1078; 1042; 1043.

## § 57. Dispensreskript und dessen Ausführung.

A. **Vorbemerkungen.** 1) Das Dispensgesuch wird in Rom entweder ganz abschlägig behandelt, z. B. *affinitas ex matrimonio consummato in linea recta*, oder zur Verbesserung bzw. Ergänzung zurückgeschickt, z. B. *quia causae non sufficiunt*, oder endlich es erfolgt die Annahme und Beantwortung durch ein Reskript.

2) Die Reskripte (Cann. 36—62) werden in Ehesachen meist so gegeben, daß eine Ausführung (*executio*) notwendig ist, also in *forma commissoria*; ist die Ausführung aber nicht notwendig, so nennt man dies *forma gratiosa*; vgl. Cann. 38; 41. Die Dispensen mit Ausführungsbefehl stehen in der Mitte zwischen den vom Apostolischen Stuhle vollständig gewährten Gnaden und den vom Ordinarius auf Grund einer Delegation erteilten. Bei Reskripten mit Ausführungsbefehl (*r. in forma commissoria*) ist die Tätigkeit des Beauftragten keine freie, sondern eine „genau vorgezeichnete Dienstleistung, *nudum ministerium*“; vgl. Can. 199 § 2, so daß eine Subdelegation des Auftrages ausgeschlossen ist.

3) Zur Ausführung der vom Apostolischen Stuhle im äußeren Forum gewährten Reskripte wird der *Ordinarius* der Bittsteller bestimmt, gewöhnlich jener Ordinarius, welcher das Zeugnis für die Bittsteller ausstellte oder das Gesuch nach Rom beförderte. Der Begriff *Ordinarius* ist aus Can. 198 (oben S. 4) klar. Dazu fügt dann die Sakramentenkongregation den Namen der Diözese, aus welcher das Gesuch eingereicht wurde, in folgender Form: „S. C. de disciplina Sacramentorum vigore facultatum a Ssmo D. N. Benedicto Papa sibi tributum . . . *Ordinario Passaviensi committit ut servatis canonicis*

praescriptionibus — dispensationem a memorato impedimento oratoribus benigne largiatur, ut contrahere optatas nuptias valeant, c. q. m. o.“ Mögen nun die Bittsteller teilweise oder beide in eine andere Diözese verzogen sein, auch in der Absicht, nie wieder zurückzukehren, so kann der im Reskript genannte Ordinarius (hier der Ordinarius Passavien.) dasselbe ausführen, freilich mit Benachrichtigung des Ordinarius des Trauungsortes. Can. 1055.

4) Die Ausführung eines Reskriptes ist nichtig, wenn der Ordinarius oder der sonstige Beauftragte das Reskript nicht empfangen und dessen Echtheit und Unversehrtheit anerkannt hat. Doch gilt die Ausführung des Reskriptes, wenn die das Reskript ertheilende Behörde die vorgängige Notiz selbst gab oder geben ließ Can. 53.

Die Ausführung des Reskriptes ist sicher ungültig, wenn sie geschah auf eine Privatnachricht hin, sicher gültig, wenn der römische Agent ein Telegramm sandte im Auftrage oder mit Erlaubnis der betreffenden Kongregation oder Behörde. — Wir halten die Ausführung auch dann für gültig, wenn der Beauftragte zwar das Reskript sah, aber ohne dessen Echtheit und Unversehrtheit zu prüfen, vorausgesetzt, daß das Reskript selbst der „*authenticitas et integritas*“ sich erfreut. Denn der Can. 53 will verhindern, daß eine Gnade vollzogen wird, über deren Bestand der Ordinarius usw. nur Privatkenntnis besitzt. Ferner darf der Ordinarius handeln, wenn eine Privatnachricht der römischen Behörde ihr Dasein verdankte, wobei eine Prüfung der Echtheit usw. ja vollständig ausgeschlossen ist. Also genügt das Vorhandensein des Dekrets und die Kenntnis des Exekutors, gewonnen durch Augenschein.

**B. Prüfung des Reskriptes.** Hierüber gelten folgende Regeln: 1) Der Adressat, also der Ordinarius z. B. von St. Pölten, der erwählte Beichtvater (pro foro sacramentali), muß das Reskript genau lesen und untersuchen, ob eine Ausführung notwendig ist. Nur im bejahenden Falle prüfe er auch die Echtheit und Unversehrtheit (*authenticitas et integritas*) desselben Can. 51; 53. Rasuren, Fehler im Latein, unrichtige Datierungen, Anreden oder Unterschriften machen das Reskript verdächtig. — 2) Ist an der Echtheit nicht zu zweifeln, so obliegt dem Adressaten die Pflicht, das Reskript auszuführen, außer in folgenden Fällen: a) wenn es außer allem Zweifel steht, daß das Reskript wegen eines Sub- oder Obreptionsfehlers nichtig ist; b) wenn im Reskript Bedingungen enthalten sind, deren Nichterfüllung der Exekutor auf den

ersten Blick sieht; e) wenn der Reskriptempfänger der Gnade unwürdig erscheint, so daß die Verleihung bei anderen Anstoß erregen würde Can. 54 § 1. — Bezüglich der *Subreption* oder „*reticentia veri*“, d. h. das Verschweigen eines bedeutenden Umstandes, hat der Kodex eine bedeutende Milderung eintreten lassen; weshalb die Subreption ein Reskript nur dann ungültig macht, wenn ein nach dem Kurialstil wesentlicher Punkt übergangen wurde, z. B. ein wichtigeres Hindernis. Auch die „*expositio falsi seu obreptio*“, d. h. die Einführung eines irrtümlichen, ja sogar erlogenen Umstandes, führt die Ungültigkeit nicht herbei, wenn der eigentliche Beweggrund (*causa motiva*) wahr ist und insofern er wahr ist Can. 42. Bei Ehedispenzen minderen Grades schadet keine Obreption und keine Subreption, selbst „wenn der einzige Beweggrund des Dispensgesuches falsch war“ Can. 1054. Es heißt „des Dispensgesuches“, weil im Dispensreskript nur gesagt wird „*ob rationabiles causas a S. Sede probatas*“, weshalb man diese gar nicht untersuchen kann. Ehehindernisse niederen Grades sind folgende: a) „Blutsverwandtschaft im 3. Grade der Seitenlinie; β) Schwägerschaft im 2. Grade der Seitenlinie; γ) öffentliche Ehrbarkeit im 2. Grade; δ) die geistliche Verwandtschaft; ε) Verbrechen aus Ehebruch mit Versprechen oder Versuch der Ehe, auch durch den bloßen bürgerlichen Akt“ Can. 1042 § 2. „Alle anderen Hindernisse sind höheren Grades“ ibi § 3.

Unter die Hindernisse höheren Grades sind einzureihen: a) alle verbietenden Ehehindernisse, also alle Gelübde, dann Bekenntnisverschiedenheit und gesetzliche Verwandtschaft; b) von den trennenden Hindernissen alle nicht genannten, also Alter, Irrtum über den Sklavenstand, Entführung, Prozeß, Weihe, gesetzliche Verwandtschaft (als trennendes Hindernis), Verbrechen mit Gattenmord, Glaubensverschiedenheit und Mangel der Form; Blutsverwandtschaft im 2. und 2./1. Grade; Schwägerschaft im 1. Grade. — c) Aus Can. 96 § 3 geht hervor, daß Blutsverwandtschaft im 3./2. und 3./1. Grade zu den Hindernissen niederen Grades gehört; ebenso Schwägerschaft im 2./1. Grade nach Can. 97 § 3.

3) Ein Dispensreskript, von einem *Zensurierten* erlangt, ist im allgemeinen gültig, so daß die frühere Absolvierung „*a quibusvis ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis*“ seit 3. November 1908 aus dem Kurialstil verschwunden ist. Doch ist ein päpstliches Reskript nichtig, wenn ein *excommunicatus vitandus* (Can. 2258) solches erhält oder ein *Zensurierter p. s.*, vorausgesetzt, daß der Zensur im



Reskripte selbst keine Erwähnung geschieht Can. 2265 § 2; 2275 n. 3; 2283. Ist der Bittsteller frei von jeder Zensur oder wenigstens von jeder verhängten (p. s.) Zensur, so gilt das Reskript; ist die Zensur im Reskript ausdrücklich erwähnt, so kann dasselbe ohne Anstand ausgeführt werden.

4) Prüfung des Reskriptes. Der Exekutor des Reskriptes muß die „*authenticitas et integritas*“ prüfen, wie wir oben sahen. Daran reiht sich die Prüfung des Inhalts, nämlich ob die Angaben des Reskriptes übereinstimmen mit den wirklichen Voraussetzungen des Falles. Die Untersuchung erstreckt sich auf die Bittsteller, Hindernisse, Gründe und Umstände des Falles.

a) Kein Irrtum in der Angabe der Personen (durch das Reskript) macht das Reskript ungültig, wenn nur kein begründeter Zweifel hinsichtlich der Personen aufkommen kann Can. 47. Der Ordinarius hat das zu beurteilen.

b) Das gleiche gilt hinsichtlich der Sache (res) Can. 47, also vor allem der Hindernisse. Doch ist hier das Gesetzbuch noch weiter gegangen. Gültig ist ein Reskript, wenn dasselbe in der Blutsverwandtschaft oder Schwägerschaft einen höheren Grad angibt als den wirklichen, z. B. in der Blutsverwandtschaft den 2. statt des 3., in der Schwägerschaft den 1. statt des 2., ebenso, wenn neben einem richtig oder zu hoch angegebenen Hindernis ein zweites (oder drittes) derselben Art im Gesuche verschwiegen oder im Reskripte nicht erwähnt wurde Can. 1052. Wenn der Apostolische Stuhl durch Dispense eine nicht vollzogene Ehe löste oder wenn er einer verheirateten Person den Freiheitsstand (*status libertatis*) zusprach, so ist mit jedem der beiden Akte die Dispense vom Hindernis des Verbrechens ohne Gattenmord gegeben Can. 1053.

Martha erhält vom Apostolischen Stuhle die Erklärung ihres Freiheitsstandes und die Dispense im 1. Grade der Schwägerschaft zur Verheiratung mit Simon, dem Bruder ihres vermählten zweiten Mannes Jakob. Bei der Sponsalienaufnahme hat sie verschwiegen, daß ihr erster Mann Petrus mit Jakob und Simon im 2. Grade blutsverwandt war, und daß sie schon vor der Nachricht des Vermählungs ihres Mannes mit dessen Bruder Simon im geschlechtlichen Verkehr stand. Martha ist frei vom Hindernis des Ehebandes durch die ausdrückliche Erklärung des Apostolischen Stuhles und damit auch vom Hindernis des Verbrechens (*neutro patrans*) nach Can. 1053. Die Bittsteller Simon und Martha sind frei vom Hindernisse der Schwägerschaft 1. Grades,

entsprungen aus der gültigen Ehe zwischen Jakob und Martha und zugleich vom Hindernisse der Schwägerschaft 2. Grades, hervorgegangen aus der Ehe zwischen Petrus und Martha Can. 1052 II. War jedoch die Ehe zwischen Jakob und Martha ungültig wegen Verschweigens der Schwägerschaft im 2. Grade der Seitenlinie, so war mit der Dispense vom 1. Grade der 2. Grad der Schwägerschaft dispensiert Can. 1052 I. Man wende nicht ein, „error“ im Can. 1052 II setze guten Glauben voraus und dieser habe hier gefehlt; denn das Wort „error“ findet seine Erklärung aus dem „reticentum fuerit“ des Can. 1052 II und aus Can. 42 § 1; es ist also „error“ im Can. 1052 mit Unrichtigkeit auszu-legen.

c) Bei den Dispenstründen ist die Untersuchung nur in seltenen Fällen schwierig; denn a) nur die Gründe im Reskripte brauchen geprüft zu werden; werden also keine ausdrücklichen Gründe angegeben, so fällt diese Nachforschung fort; β) bei den Hindernissen höheren Grades muß wenigstens der eine oder ein Beweggrund wahr sein Can. 42 § 2. Wenn der Dispenstrund (zusammengezogen) im Reskript lautete „Conditio Oratricis filiis illegitimis ab alienis (patribus) gravatae“ und wäre der 2. Grad der Schwägerschaft dispensiert, so könnten alle Begründungsmomente hinfällig sein. Bei Dispense im 1. Grad der Schwägerschaft wäre das Reskript gültig, wenn die Momente zuträfen; ungültig, wenn kein Umstand der Wahrheit entspräche; zweifelhaft, wenn sämtliche außereheliche Kinder bereits gestorben wären, so daß von einer „Belastung“ (gravatae) nicht mehr im vollen Sinne gesprochen werden könnte, immerhin bleibt noch die „conditio Oratricis“, welche an sittlichem Halt und gutem Ruf bedeutend Einbuße erlitten hat; vgl. Can. 84 § 2.

d) Umstände. Man unterscheidet genau die Dispenformularien für Eingehung und Gültigmachung der Ehe. — Sehr wichtig ist der Umstand der Legitimierung. Mit der Dispensvollmacht in einem Reskripte wird die Legitimierungsvollmacht nicht gegeben. Eine Legitimierung ist notwendig bei proles incestuosa, adulterina, sacrilega, also bei den Standes- und Verwandtschaftshindernissen, dagegen nicht bei den übrigen Hindernissen, z. B. Alter, Entführung, Verbrechen nach Aufhören des Ehebandes, Glaubensverschiedenheit. Daraus ergeben sich folgende praktische Regeln: α) Wenn im päpstlichen Dispensreskripte der legitimatio prolis keine Erwähnung geschieht, so kann die proles incestu-

osa, adulterina, sacrilega nicht legitimiert werden. Handelt es sich aber um eine dringende Todesgefahr, so kann der Ordinarius die legitimatio proles incestuosa aus eigener Machtvollkommenheit verleihen Cann. 1051; 1043; 1048; 204 § 2; 1050. —  $\beta$ ) Damit nun die Vollmacht der legitimatio prolis in das Reskript komme, muß sie eigens in dem Dispensgesuch erbeten werden; für die proles adulterina oder sacrilega müssen besondere Gründe obwalten. —  $\gamma$ ) Hat der Ordinarius (oder ein anderer, z. B. der Pfarrer Can. 1044) eine o r d e n t l i c h e oder eine durch Generalindult übertragene Vollmacht zu dispensieren, so ist mit der Gewährung der Dispense auch die „proles iam nata vel concepta, excepta tamen adulterina et sacrilega“ ohne weiteres legitimiert Can. 1051. Der Ordinarius hat eine o r d e n t l i c h e Dispensgewalt gemäß Cann. 1043; 1045; 81. Verschiedene Ordinarien hatten eine „potestas delegata per indultum generale“, so die Fünfjahrsvollmachten der Propagandafongregation, dann die Vollmachten der Sakramentenfongregation, des heiligen Offiziums; auch in neuester Zeit werden solche wiederum gegeben. — Sooft nun ein Ordinarius von einem Ehehindernisse selbst dispensiert, legitimiert er dadurch ausdrücklich oder stillschweigend die „proles iam nata vel concepta“, freilich nicht die aus Ehebruch oder Sakrileg stammende.

Wir müssen dem Ausdruck „proles iam nata vel concepta“ unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn die leiblichen Eltern natürlicher Kinder eine Ehe eingehen, so werden diese Kinder durch die Ehe selbst legitimiert Can. 1116—17; dies geschieht nicht bei der „proles incestuosa, adulterina, sacrilega iam nata“. Hier bedarf es eines eigenen Legitimierungsaktes. Hat der Ordinarius oder ein sonstiger Priester die Dispensvollmacht (potestas ordinaria oder generaliter delegata), so erfolgt mit der Dispense die Legitimierung der „proles iam nata vel concepta“ (ausgenommen die proles adulterina vel sacrilega), auch wenn die Ehe nicht folgt; ebenso, wenn der Exekutor ein päpstliches Legitimierungsdekret ausführt. Die „proles iam concepta“ (nicht geboren) wird legitimiert durch j e d e nachfolgende Ehe (auch die Putativehe), wenn kein trennendes Hindernis entgegenstand oder wenn dieses durch Dispense (auch ohne Legitimierung) beseitigt wurde. Markus erzeugt mit der Tullia zwei Kinder, den Primus und die Sekunda, obwohl er mit Sempronia rechtmäßig verheiratet ist. Sechs Monate nach dem Ableben der Sempronia wird er selbst schwerkrank und bittet seinen Pfarrer um die Trauung auf dem Todtbette. — Der Pfarrer dispensiert wenigstens zur Vorsicht beide vom Hindernisse des Verbrechens (adulterium cum promissione) ohne einen Legitimierungsakt. Die Ehe wird gültig geschlossen,

und zwei Monate nach dem Tode des Mannes schenkt Tullia einem dritten Töchterlein namens Ida das Leben. Primus und Sekunda sind nicht legitimiert als „proles adulterina iam nata“; nur der Apostolische Stuhl kann sie legitimieren. Ida ist legitimiert durch die Ehe der Eltern nach Can. 1116, der Pfarrer hätte dieser „proles iam concepta“ die Legitimierung nicht gewähren können.

Zu den Umständen des Reskriptes gehören auch die **Klauseln** (clausulae) und die **Auflagen** (monita, mandata). Die **Klauseln** sind nach dem neuesten Rechte auf ein Mindestmaß zusammengeschrunpft: Voraussetzungen, die sich eigentlich von selbst verstehen, nämlich „servatis canonicis praescriptionibus“; „si vera sint exposita“ und bei den Hindernissen des Verbrechens „dummodo nullum scandalum intercedat“. Über die Bedeutung der Klauseln handeln Cann. 39; 40 („Handbuch“ I S. 21 § 6). Die **Ausführungen** (exposita) müssen wahr sein bei der forma gratiosa zur Zeit der Datierung, bei der forma commissoria zur Zeit der Ausführung des Reskriptes Can. 41. Wenn bei den Hindernissen des Verbrechens tatsächlich Argerniß vorläge, so wäre das Reskript ungültig Can. 39.

Nur eine Auflage findet sich mehr in den Reskripten für Dispense vom Hindernisse des Verbrechens „imposita Oratoribus salutari poenitentia“. Heilsam ist die Buße, wenn man mit Berücksichtigung der Stellung, des Alters, Gesundheitszustandes, Amtes, Geschlechtes usw. der Bittsteller ihnen einen Abscheu vor der Sünde einflößt, ohne sie jedoch zu entmutigen oder abzuschrecken S. Poen. in Nicoteren. d. 8. Apr. 1890. — Wenn nun der Adressat des Reskriptes alles sorgfältig geprüft hat entweder in eigener Person oder wenigstens im äußeren Forum durch einen Vertreter, so schreitet er zur Ausführung.

**C. Die Ausführung.** Der Ordinarius oder der vom Reskripte bestellte Exekutor muß das Dispensreskript nach folgenden Gesichtspunkten ausführen (exsequi, fulminare):

1) Die Ausführung ist persönliche Sache des bestellten Exekutors Can 57 § 2; eine Subdelegation wäre nur dann möglich, wenn der Apostolische Stuhl sie ausdrücklich gewährt, was gewöhnlich nicht geschieht S. Poen. d.



27. Apr. 1887 ad II. Dies gilt sowohl von der Dispensation als auch von dem etwaigen Legitimierungsaкте.

2) Die Reskripte, welche das äußere Forum betreffen, müssen schriftlich ausgeführt werden Can. 56 mit Erwähnung der Apostolischen Vollmacht Can. 1057. Der Ordinarius kann die Ausführung selbst überall vollziehen, da es sich um einen Gnadenakt handelt, der keinen *strepitus iudicialis* erfordert.

3) Ist der bestimmte Exekutor moralisch überzeugt, daß der Inhalt des Reskriptes mit der wirklichen Sachlage übereinstimmt, was ein Vergleich zwischen Dispensreskript und Dispensgesuch sofort zutage fördert, so kann er das Dispensausführungsschreiben (*rescriptum executionis*) sofort ausstellen; das gilt immer bei den Hindernissen niederen Grades. — Treten jedoch Zweifel auf, so ist die vorherige Prüfung der Übereinstimmung, welche auch ein Delegierter vollziehen kann, festzustellen. Man nennt diesen kleinen Informationsprozeß im italienischen Kurialstile „processetti“; vgl. Leitner M.: „Eherecht“<sup>3</sup> S. 304.

4) Wurde im päpstlichen Reskript Dispense und Legitimierung ausdrücklich gewährt, so können beide Akte in einem oder in zwei getrennten Schreiben erledigt werden. Wurde die Legitimierung nicht gewährt oder aus Übersehen nicht ausgeführt, so kann sie später in einem eigenen Legitimierungsschreiben nachgeholt werden.

**D. Mitteilung und Annahme der Dispense.** Das Reskript des Apostolischen Stuhles bleibt im Diözesanarchiv oder wird wenigstens hier genau notiert Can. 1047. An das Pfarramt wird das Schreiben der Dispensausführung geschickt zur Mitteilung an die Bittsteller. Diese Mitteilung ist nicht vom Rechte, wohl aber von der Moral geboten; denn die Bittsteller müssen wissen, daß sie wirklich dispensiert sind. Früher war auch eine gewisse Annahme (*acceptatio*) seitens der Dispensierten notwendig, S. Alfonsus in Theol. mor.: De matr. n. 1145; nunmehr gilt die Dispense, unabhängig von der Annahme, außer diese wird von besonderen Klauseln vorgeschrieben Can. 37.

**E. Erlöschen des Reskriptes.** Das Dispensreskript erlischt im allgemeinen nicht. Dasselbe muß eigens widerrufen werden Can. 60 § 1. Ehedispensreskripte erlöschen durch die Erledigung des Apostolischen Stuhles nicht; denn wenn auch diese Reskripte die Vollmacht enthalten, anderen eine Gnade zu erweisen, so ist doch diese Vollmacht keine freie (Can. 61), sondern nur eine schlichte Dienstleistung (*nudum ministerium*), welche der Ordinarius ausführen muß. — Das Reskript erlischt nicht einmal durch eine irrtümliche Ausführung („*si quoquo modo . . . erraverit*“) Can. 59 § 1. Der Exekutor kann das Reskript jederzeit in richtiger Weise ausführen.

**F. Dispensen in Religionshindernissen** (*cultus disparitas, mixta religio*). Die Gesuche und Reskripte gleichen den sonstigen Gesuchen und Reskripten im äußeren Forum mit folgenden Sonderbestimmungen: 1) Zuständig ist das heilige Offizium. Diese Behörde dispensiert auch andere Hindernisse, welche mit Religionshindernissen zugleich in Vorlage kommen. 2) In dem Gesuche sind auch die *Schutzmaßnahmen* (*cautelae*) zu bestätigen, sowie die Beseitigung der Gefahr, daß ein akatholischer Religionsdiener aufgesucht wird; die staatlichen Gesetze sind hiebei zu berücksichtigen. 3) *Taren* werden nur für den katholischen Teil in Anschlag gebracht und nach dem mäßigen Tarxsystem des heiligen Offiziums berechnet. 4) Haben die Bittsteller den akatholischen Religionsdiener bereits aufgesucht oder sonstige Verstöße gegen den heiligen Glauben gemacht, so müssen sie vor der Ausführung des Reskriptes von den *Zensuren* absolviert werden Can. 2319.

## § 58. Das Dispensgesuch und Dispensreskript für den Gewissensbereich.

**I. Im Gewissensbereich** (im inneren Forum, *forum internum sive conscientiae*) werden alle Fälle behandelt, welche ihrer Natur und der Tatsache nach geheim sind (oben S. 266). Werden Hindernisse in der heiligen Beicht entdeckt, so gehören sie zum sakramentalen, sonst zum einfachen (nicht-sakramentalen) Gewissensforum Can. 196. Die Dispensgesuche des nicht-sakramen-

talen Gewissensbereiches können und sollen (Can. 1047) den gewöhnlichen Weg der Dispensgesuche gehen (Ordinarius, Agent in Rom); ebenso können die Gesuche des sakramentalen Forum diesen Weg gehen, wenn keine Gefahr des Beichtsigills besteht. In letzterem Falle kann und muß der Beichtvater die Sache direkt an die heilige Pönitentiarie bringen.

**II. Abfassung des Gesuches.** 1) Erdichtete Namen. 2) Die Hindernisse des inneren und soweit bekannt auch des äußeren Forum müssen angegeben werden. 3) Gründe wie oben (S. 270). 4) Taxen kommen nicht in Frage, doch soll man die Auslagen für die Post zu vergüten suchen. 5) Umstände: Gültigmachung und Legitimierung wie oben (S. 273). Besonders genau soll angegeben werden die Adresse, an wen und wohin das Reskript zu senden ist. — Das Gesuch ist in lateinischer Sprache abzufassen, auch wenn es durch den Ordinarius befördert wird, wie viele Diözesanvorschriften eigens betonen. Die wichtigsten Hindernisse sind Verbrechen, private Keuschheitsgelübde, Blutsverwandtschaft aus außerehelicher Zeugung. Wir fügen ein Formular bei.

*Eminentissime et Reverendissime Domine.*

*Melania mulier 20 annos nata votum simplex perfectae et perpetuae castitatis emisit; ipsa 26. annum agens manet in periculo incontinentiae, nisi nubat; supplicat, ut sibi votum praedictum commutetur ad effectum contrahendi matrimonium.*

*Dignetur Eminentia Vestra rescribere ad Franciscum Haslbeck, parochum loci Holzbrunn in Bavaria.*

*Epistola foris dirigatur hisce verbis: Eminentissimo et Reverendissimo Domino Cardinali Maiori Poenitentiario Romam. Palazzo di S. Uffizio. Italien. — Guter Verschluß und sichere Versendung verbürgen die Ankunft. Sollte nach zwei Monaten eine Antwort nicht erfolgt sein, so bitte man mit dem nämlichen Gesuche um Antwort mit der Bemerkung, daß ein erstes (und zweites) Gesuch bereits vor zwei (drei) Monaten abgegangen ist. Muß der Beichtvater (Seelsorger, Ordinarius) rasch handeln, so gebrauche er die Vollmachten der Cann. 1043—45 gemäß Cann. 1048; 204 § 2.*

**III.** 1) Das Reskript des nicht-sakramentalen Gewissensforum läuft beim Ordinariate ein und muß dort genau notiert werden, wenn nicht das Originalreskript dortselbst aufgehoben wird. Beides (die Notiz oder das Reskript) wird im Geheimarchiv des Ordinariates aufbewahrt. Wird später das dispensierte Hindernis o f f e n-

kundig, so bedarf es keiner eigenen Dispense mehr in äußerem Forum Can. 1047. — Im sakramentalen Bereich dagegen wird nichts aufbewahrt, im Gegenteil muß das Reskript der Pönitenziarie „sogleich nach dem Gebrauche vollständig zerrissen werden unter Strafe der Exkommunikation l. s.“ Diese sakramentale Dispense hat für den äußeren Rechtsbereich gar keine Wirkung Can. 1047; darum muß in diesem Bereiche eine eigene Dispense erholt werden, wenn später das Hindernis öffentlich bekannt wird.

Hat im nicht-sakramentalen Gewissensbereich der Ordinarius ein Ausführungsschreiben erlassen, so ist dieses im geheimen Pfarrarchive aufzubewahren; ebenso die vom Pfarrer gewährte Dispense; vgl. Can. 1047. — Der Beichtvater, welcher das Reskript erhält, muß dasselbe aufbewahren, bis der Bittsteller oder die Bittsteller zur heiligen Beicht kommen. Er liest das Reskript auf das genaueste durch und führt dasselbe im Akte der heiligen Beicht aus. Hernach darf er das Reskript den Bittstellern nicht aushändigen (die Aushändigung wäre ja für das äußere Forum ganz zwecklos), sondern er muß es wenigstens in zwei Stücke zerreißen. Noch besser wird er es ganz vernichten. Freilich darf sich der Beichtvater mit Hinweglassung der Einzelheiten des Falles das Reskript zu seiner Belehrung abschreiben. Daß der Beichtvater das Reskript straflos drei Tage lang aufbewahren kann, ergibt sich aus der Lehre des heiligen Alfonsus (Theol. mor.: De matr. n. 1143), sowie aus Can. 59 § 1, wonach er die in der Ausführung des Reskriptes gemachten Fehler zu verbessern hat. Freilich wäre eine spätere Ausführung auch nach der Vernichtung des Reskriptes nicht ausgeschlossen, wenn der Beichtvater das Wesentliche des Reskriptes kennt.

2) Die Klauseln des Reskriptes müssen genau befolgt werden: a) Die Bittsteller (latores) müssen das Reskript dem an der Außenseite desselben genannten Exekutor übergeben, also dem „eigenen Pfarrer“ oder häufiger dem vom Ortsordinarius approbierten „Beichtvater“. Der Bittsteller (lator) kann einen beliebigen Priester wählen, wenn dieser nur die Jurisdiktion vom Ortsordinarius hat, außer es wären weitere Eigenschaften gefordert, z. B. das Doktorat im kanonischen Rechte, der Grad eines Magisters der Theologie. Kann oder will der gewählte Beichtvater das Reskript nicht ausführen, so können die Bittsteller einen anderen Diözesanbeichtvater darum ersuchen. — b) Die Exekution des Reskriptes kann nur innerhalb der heiligen Beicht stattfinden („in sacramentali confessione tantum“); doch ist die Ausführung gütig, auch



wenn die Absolution nicht gegeben wurde oder die Beicht aus einem sonstigen Grunde ungültig war. — c) Das Hinderniß muß im Augenblicke der Ausführung noch geheim sein; sonst wäre die Dispense hinfällig, da die Klausel lautet: „*dummodo impedimentum occultum remaneat*“ Can. 39. — d) Bei sündhaften Handlungen, denen das Hinderniß entspringt, enthält das Reskript auch die Auflegung einer Buße, z. B. beim „Verbrechen“, „*iniuncta eis pro modo culpa gravi poenitentia salutari*“, welche neben der sakramentalen Buße den Bittstellern aufzutragen ist. — e) Die Akte des Beichtvaters lassen sich in folgende zusammenfassen: *α)* Prüfung der Übereinstimmung des Reskripts mit den Tatsachen (Hindernisse, Gründe, Umstände); *β)* Auflegung einer kanonischen Buße neben der sakramentalen; *γ)* Absolvierung von dem Vergehen, welches die Wurzel des Hindernisses bildet, und den etwa damit verbundenen Strafen mit den Worten: „*Dominus N. I. Chr. te absolvat etc.*“; *δ)* Sakramentale Absolution; *ε)* Dispense: *Insuper auctoritate Apostolica dispenso tecum super impedimento hoc (e. gr. criminis) ceterisque in casu concurrentibus. In nomine Patris etc.* Die Dispensation kann auch deutsch gesprochen werden, doch soll sie weitfassend sein und die päpstliche Vollmacht hervorheben. *ς)* Legitimierung. Ist solche möglich und nötig, so kann sie mit folgenden Worten gegeben werden: *Eadem auctoritate prolem legitimam decerno.* Freilich dürfte die Legitimierung nur bei der geheimen Blutsverwandtschaft praktisch sein; vgl. Can. 1051.

## § 59. Gültigmachung der Ehe.

### De matrimonii convalidatione.

I. **Quellen:** Cann. 1133—41; 586. — Wir schließen diesen Gegenstand hier an wegen der nahen Beziehung zum Dispenswesen. Zunächst ist die Rede von der einfachen Gültigmachung, in unmittelbarem Anschluß folgt dann die außerordentliche Gültigmachung der Heilung in der Wurzel.

II. **Begriff.** Die einfache Gültigmachung besteht in der Leistung des Konsenses durch zwei ungültig Berehelichte nach Beseitigung des trennenden Ehehindernisses.

**Erklärung:** Die Ungültigkeit einer Ehe kann ihren Ursprung haben: a) in einem trennenden Ehehindernisse (Cann. 1067—80); b) im Mangel des Eheconsenses (Cann. 1081—93); c) in Nichteinhaltung der Wesensform (Cann. 1094—99). — Es kann sich ferner handeln um ungültige Ehen der Nichtgetauften und der Getauften.

1) Handelt es sich um eine ungültige Ehe von Ungetauften, so genügt die Fortdauer des beim Abschlusse der Ehe gegebenen Consenses und das Aufhören des göttlich-rechtlichen Hindernisses. A und B, beide ungetauft, sind gültig verehelicht. A schließt bei Lebzeiten der B eine Ehe mit C. Sobald das Eheband zwischen A und B gelöst ist durch Tod, päpstliche Bollgewalt oder Paulinisches Privileg Cann. 1118 bis 26, wird die Ehe zwischen A und C sofort gültig, vorausgesetzt, daß der Eheconsens noch fort dauert. War aber die Ehe zweier Ungetaufter ungültig wegen Mangels des Eheconsens auf einer Seite, so genügt zur Gültigmachung der Ehe die Setzung des Eheconsenses auf der einen und die Fortdauer desselben auf der anderen Seite; vgl. Cann. 1133 § 2; 1093.

2) Bei ungültigen Ehen von Christen ist zur Gültigmachung notwendig: a) die Beseitigung des Hindernisses durch eigenes Aufhören (Alter, Eheband usw.) oder kirchliche Dispense (z. B. Verwandtschaft); b) die Neusetzung des Consenses, geleistet wenigstens von jenem Teil, der die Ungültigkeit der Ehe kennt, mögen auch beide Teile vom Anfange an den Consens geleistet und später niemals mehr widerrufen haben Cann. 1133—34.

Das Hindernis muß beseitigt sein. Dieses Erfordernis gilt für die Gültigmachung der Ehen Ungetaufter und Getaufter in gleicher Weise. Der Eheconsens muß da sein. Bei den nichtigen Ehen der Ungetauften genügt das Vorhandensein des alten Consenses; bei den nichtigen Ehen der Getauften dagegen muß eine Neusetzung („novus voluntatis actus in matrimonium quod constat ab initio nullum fuisse“) des Consenses stattfinden mit dem Bewußtsein, die Ehe sei vom Anfange an ungültig gewesen. Diese Neusetzung muß geleistet werden: a) von beiden Teilen, wenn beide Teile um das Hindernis wissen; b) von nur einem Teile, wenn nur einer darum weiß Can. 1133 § 1. Der Roder hat den Fall nicht berührt, daß das Hindernis aufhört und der ursprünglich geleistete Consens fort dauert, jedoch kein Teil die Nichtigkeit der Ehe kennt. Die Neusetzung des Consenses

ist eine rein kirchenrechtliche Vorschrift („haec renovatio iure ecclesiastico requiritur“). Der Wortlaut des Gesetzes erstreckt sich nicht auf den Fall, daß beide Teile das Hindernis nicht kennen. Also verpflichtet das Gesetz in diesem Falle nach begründeter Ansicht nicht. Die nichtige Ehe wird mit dem Aufhören des Hindernisses und der Fortdauer des Konsenses gültig Cann. 19; 15.

3) Art der Konsenserneuerung: a) „Ist die Ehe nichtig wegen Mangels der Wesensform, so muß sie, um gültig zu werden, nochmal in der gesetzmäßigen Form eingegangen werden,“ also gemäß Can. 1094 oder nach Can. 1098.

b) Ist das Hindernis, welches die Nichtigkeit der Ehe veranlaßte, öffentlich, sei es nun ein Hindernis im eigentlichen Sinne, sei es ein Hindernis des fehlenden Konsenses, so muß der Konsens von beiden Teilen in der vorgeschriebenen Form (Cann. 1094 sqq.) neu gesetzt werden Cann. 1135 § 1; 1136 § 3. — Ist das Hindernis geheim und beiden Teilen bekannt, so muß der Konsens von beiden Teilen neu gesetzt werden Cann. 1135 § 2; 1136 § 3. — Ist das Hindernis geheim und nur einem Teile bekannt, so muß dieser Teil den Konsens in beliebiger Form erneuern, während der andere in dem ursprünglichen Konsens verharret Cann. 1135 § 3; 1136 § 2. — Hat nur ein Teil den Konsens zu erneuern, so muß jedenfalls ein Willensakt gesetzt werden Can. 1134. Trat die Nichtigkeit auch nach außen hin hervor, so muß auch eine äußere Handlung die Konsenserneuerung begleiten Can. 1136 § 3, z. B. der eheliche Verkehr.

## § 60. Heilung der Ehe in der Wurzel.

### Sanatio in radice.

I. Quellen: Cann. 1138—41; vgl. Can. 586.

II. Begriff. Die Heilung der Ehe in der Wurzel ist der Nachlaß eines kirchenrechtlichen Hindernisses nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit, soweit es der Kirche möglich ist.

Erläuterung: 1) Es handelt sich um eine bereits geschlossene Ehe. Diese ist jedoch ungültig wegen eines rein kirchenrechtlichen Hindernisses. Die Kirche macht nun von ihrem Dispensrechte in vollem Maße Gebrauch. a) Sie

beseitigt das trennende Hindernis für die Zukunft wie bei gewöhnlichen Dispensen; b) sie dispensiert vom Gesetz der Konsenserneuerung (1133); c) die kirchenrechtlichen Wirkungen der Dispense werden erstreckt bis zum ersten Abschluß (zur Wurzel) der Ehe. — 2) Die Heilung in der Wurzel ist eine Art Gesetzesdispense, kommt also dem Gesetzgeber usw. (Can. 80) zu, hier ausschließlich dem Apostolischen Stuhle (Can. 1040). — 3) Die Kirche kann der nichtigen Ehe von Anfang an die kirchenrechtlichen Wirkungen verleihen, unmöglich aber die göttlich = rechtlichen: a) die fragliche Ehe bleibt von Anfang an bis zur Sanierung nichtig; b) das Sakrament der Ehe tritt erst mit der Sanierung ein; c) die Sünden der im schlimmen Glauben Berehelichten sind und bleiben Sünden. — Dagegen werden die aus der nichtigen Ehe geborenen Kinder als von Anfang rechtmäßige Kinder betrachtet.

**III. Voraussetzungen:** 1) Das Hindernis, welches die Ehe verungültigte, muß ein rein kirchenrechtliches sein; auch der Mangel der Form kann so beseitigt werden Can. 1139 § 1. Kommt ein naturrechtliches oder göttlich-positiv-rechtliches Hindernis in Frage, so wird die Sanierung niemals gewährt, auch von dem Zeitpunkte an nicht, in welchem das Hindernis, z. B. Eheband, aufgehört hat. Dauert das göttlich rechtliche Hindernis bis zur Gewährung der sanatio, so ist die Sache ohnedies klar. Aber die Kirche will die Sanierung auch dann nicht gewähren, wenn das Hindernis schon früher aufhörte. — 2) Der naturrechtliche Konsens muß ununterbrochen fort dauern vom Abschluß der Ehe bis zu deren Sanierung Can. 1140 § 1. Wurde jedoch der anfangs fehlende Konsens im Laufe der Zeit gesetzt, so kann von diesem Zeitpunkt an die Sanierung erteilt werden Can. 1140 § 2. — 3) Die sanatio erheischt einen zwingenden Grund (causa urgens); also einen Dispensgrund und einen speziellen Grund, warum gerade sanatio erbeten wird. Doch sind Dispensen, die der Apostolische Stuhl erteilt, auch ohne Grund gültig, wenn er sie ohne Grund erteilen will; anders wenn Delegierte die sanatio ohne Grund gewähren Can. 84 § 1.

Das Sanierungs-gesuch gleicht den Dispens-gesuchen in allen Stücken: a) Das Gesuch kann öffentlich oder ge-



h e i m sein je nach dem Hindernisse, das ihm zugrunde liegt.  
 b) Die römischen Behörden sind die für Dispensen zuständigen, also Sakramentenkongregation, Orientalenkongregation, heiliges Offizium und Pönitenziarie. Das Gesuch kann ausgehen von beiden „Cheleuten“, von einem „Cheteil“ oder auch von einer dritten Person, z. B. dem Seelsorger. — Das Sanierungsreskript gleicht in allem den Reskripten der Gültigmachung einer Ehe, namentlich hinsichtlich der Taten. — Die Konsistorialkongregation verlieh durch Dekret „Proxima sacra“ den *Ordinarien* von Amerika, Philippinen, Ostindien, Afrika (außerhalb der Mittelmeerküste) und Rußland Sanationsvollmachten für die Hindernisse niederen Grades auf 5 Jahre (AAS. 10, 191). So können also die Ordinarien allgemein oder in besonderen Fällen auch mit der Sanationsvollmacht ausgerüstet werden.

Wenn zuweilen eine *sanatio in radice* für Verstorbene gewährt wird, so ist das eine *sanatio* nur im uneigentlichen Sinne; es handelt sich dabei vielmehr um eine *legitimatio proles*; denn für eine *sanatio in radice* fehlt die Hauptsache: der Fortbestand der Ehe. — Für Irresinnige kann die *sanatio in radice* zwar gegeben werden, aber der Apostolische Stuhl pflegt sie nicht zu geben, da nach staatlichem Rechte wegen Geisteskrankheit eine Ehescheidung möglich ist. — Der *Konfubinat* ist keine Grundlage für die *sanatio*; denn es fehlt der Konsens. — Dagegen wird für eine ungültige *Zivilehe* und für eine ungültige Ehe, eingegangen nach *katholischem Ritus*, *sanatio* gewährt.

**IV. Wirkungen.** Die „Heilung in der Wurzel“ kann erteilt werden entweder in *forma gratiosa* oder in *forma commissoria*. Bei letzterer muß die Ausführung (*exsecutio*) stattfinden. Ist dies geschehen, so sind die Wirkungen bei beiden die gleichen. 1) Mit dem Datum des römischen Reskriptes oder des Ausführungsreskriptes seitens des Ordinarius wird der Ehevertrag gültig ohne weiteres Zutun der „Cheleute“; damit tritt das *Sakrament* der Ehe sofort in Kraft Can. 1012 § 2. Deshalb soll der Seelsorger sich bemühen, den wissenden Teil für den Empfang des Sakramentes zu disponieren. — 2) Die vorhandenen Kinder werden im gleichen Augenblick *legitim*, ohne Rücksicht darauf, ob sie *filii naturales*, *incestuosi* oder *sacrilegi* waren; die *adulterini* werden natürlich nicht legitimiert, da ein göttlich-rechtliches Hindernis in Frage kommt, welches nicht saniert werden kann. — 3) Das Sanations-

reskript des äußeren oder des nicht-sakramentalen inneren Forum muß beim Ordinariate bzw. beim Pfarramte sorgfältig aufbewahrt werden; dagegen ist das Sanationsreskript des sakramentalen Forum zu vernichten wie das gleiche Dispensreskript (oben S. 287). — 4) Die sanierte Ehe muß im Ehe- und Taufregister mit allen Wirkungen genau eingetragen werden Cann. 1103; 470 § 2; 1117. — Die filii legitimated per sanationis rescriptum gelten in den Wirkungen als legitimated per subsequens matrimonium Can. 1117.

Die erste sanatio in radice wurde von Papst Bonifaz VIII. gewährt; die letzte sanatio (nicht „in radice“) für eine Mehrheit von Fällen wurde durch die Konstitution „Provida“ am 15. April 1906 erteilt, indem die akatholischen und gemischten Ehen in Deutschland, welche nur wegen Klandestinität ungültig waren, mit diesem Tage ohne weiteres gültig wurden.

Am 20. Mai 1920 erteilte die Sakramentenkongregation u. a. folgende Vollmacht: „Sanandi in radice matrimonia nulliter contracta ob aliquod ex impedimentis minoris gradus, si magnum adsit incommodum requirendi a parte ignara impedimenti renovationem consensus, dummodo tamen prior consensus perseveret et absit periculum divortii; monita tamen parte conscia de effectu huius sanationis et debita facta adnotatione in libro matrimoniorum.“ — Die Ordinarien Bayerns können also die sanatio in radice gewähren unter folgenden Voraussetzungen bzw. Auflagen: 1) daß ein Hindernis niederen Grades vorliege; 2) daß eine „rechtmäßige und vernünftige Ursache“ gegeben sei; 3) daß die Erneuerung des Konsenses mit großen Schwierigkeiten verbunden sei; 4) daß der Ehekonsens andauere und eine Gefahr der Ehescheidung fern sei; 5) daß der wissende Teil aufgeklärt und der Eintrag in die Register genau gemacht werde. Ob noch andere Ordinarien gleiche Vollmachten erhalten haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Näheres im § 61.

## § 61. Die Dispensgewalt der Bischöfe und Ordinarien.

Can. 1040 gibt folgende Regel an: „Niemand kann in den kirchenrechtlichen Hindernissen (außer dem Papste) dispensieren, es wurde ihm denn vom allgemeinen Rechte oder durch ein Sonderindult des Apostolischen Stuhles eingeräumt.“ Wir haben demnach zweierlei Vollmachten zu würdigen: a) Vollmachten, vom Rechte gegeben; b) Vollmachten, eingeräumt durch Indulte des Apostolischen

Stuhle s. Wir beschäftigen uns im folgenden nur mit den Vollmachten der *Ordinarien*, sollte eine Vollmacht ausschließlich den *Bischöfen* vorbehalten sein, so wird darauf eigens aufmerksam gemacht.

**A) Die Vollmachten der Ortsordinarien in dringender Todesgefahr.** Can. 1043: „Urgente mortis periculo, locorum Ordinarii, ad consulendum conscientiae et, si casus ferat, legitimationi prolis, possunt tum super forma in matrimonii celebratione servanda, tum super omnibus et singulis impedimentis iuris ecclesiastici, sive publicis sive occultis, etiam multiplicibus, exceptis impedimentis provenientibus ex sacro presbyteratus ordine et ex affinitate in linea recta, consummato matrimonio, dispensare proprios subditos ubique commorantes et omnes in proprio territorio actu degentes, remoto scandalo, et, si dispensatio concedatur super cultus disparitate aut mixta religione, praestitis consuetis cautionibus.“

**I. Voraussetzungen:** 1) „Mortis periculum, Todesgefahr“. Jede Todesgefahr genügt ohne Rücksicht auf die Ursache derselben, z. B. Krankheit. Die Todesgefahr kann auch auf seiten des hindernisfreien Teils sein; wie auf seiten der „Zivilehefrau“ eines Majoristen S. Off. d. 1. Jul. 1891. — 2) „Urgens, dringend“ muß die Todesgefahr sein, d. h. so, daß ein römischer Refkurs nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen erscheint. Telephon oder Telegraph brauchen nicht in Anschlag gebracht zu werden. — 3) Als *Dispensgründe* kommen in Frage: „ad consulendum conscientiae et legitimationi prolis, Beruhigung des Gewissens und Legitimierung der Nachkommenschaft“. Dient die Verheiratung der Behinderten zur Beseitigung oder Verhinderung irgend einer Sünde, z. B. einer Feindschaft, einer nächsten Gelegenheit, eines zugesügten Schadens, einer üblen Nachrede usw., oder sind geborene oder zu erwartende Kinder zu legitimieren, so sind das hinreichende *Dispensgründe*.<sup>1)</sup>

**II. Umfang der Dispensgewalt:** 1) *Personen*. „Locorum Ordinarii possunt dispensare proprios subditos ubique commorantes et omnes in proprio territorio actu degentes“, also die Ortsordinarien können dispensieren:

a) ihre Untergebenen, wo immer sie sich aufhalten; b) alle in ihrem Gebiete Anwesenden; c) in eigener Abwesenheit von der Diözese die Untertanen Can. 201 § 3. — 2) *Gegenstand*. „Super omnibus et singulis impedimentis iuris ecclesiastici, sive publicis sive occultis, etiam multiplicibus“, Can. 1043 bedeutet einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Vollmachten von 1888 und 1909, insofern auch alle verbietenden Hindernisse in die Dispensgewalt miteingegriffen sind. Die rein kirchenrechtlichen Hindernisse sind folgende: Alter, Irrtum im Sklavenstand, Entführung; Höhere Weihe, feierliche Profess; Blutsverwandtschaft in der Seitenlinie, ausgenommen den reinen 1. Grad, Schwägerschaft, öffentlicher Anstand, geistliche Verwandtschaft, gesetzliche Verwandtschaft; Verbrechen; Glaubensverschiedenheit; Mangel der Eheschließungsform; Einfache Keuschheitsgelübde; Bekenntnisverschiedenheit.

*Ausnahmen*: a) Die Hindernisse göttlichen Rechtes; b) die besonders ausgenommenen rein kirchenrechtlichen Hindernisse der Priesterweihe und der Schwägerschaft in der geraden Linie aus vollzogener Ehe. — Aus dem Zusammenhalte der Cann. 1043 und 1076 § 3 ergibt sich, daß die Blutsverwandtschaft im reinen 1. Grad der gleichen Seitenlinie ein Hindernis göttlichen Rechtes ist. Ob der *ordo episcopatus* dem göttlichen Rechte angehört; ob *metus* unter die Hindernisse des Naturrechtes zu zählen ist, wird nicht gesagt.

Ob die dispensierbaren Hindernisse bekannt sind oder geheim, ob sie einfach sind oder gehäuft, tut nichts zur Sache.

**III. Auflagen.** 1) Das Argernis muß beseitigt werden („*remoto scandalo*“), wenn solches entweder vorhanden ist oder leicht entstehen kann, z. B. beim Hindernisse des Verbrechens, der Profess, der Weihe, der Blutsverwandtschaft im 2./1. Grad usw. — 2) Bei den beiden Religionshindernissen (*cultus disparitas*, *mixta religio*) müssen die *Auteulen* in Sicherheit sein; vgl. Cann. 1061—62.

**IV. Legitimatio prolis.** Sind aus der behinderten Verbindung Kinder schon geboren, so tritt mit der Dispense des Ordinarius ohne weiteres die Legitimierung der



„proles iam nata“ ein, außer diese wäre eine proles adulterina vel sacrilega. Durch die Dispense allein tritt auch bei der proles iam concepta, wenn sie adulterina vel sacrilega ist, die Legitimierung nicht ein, wohl aber durch die Dispense und darauffolgende Berehelichung Can. 1116.

### B) Vollmachten des Ordinarius im „verwickelten Falle“.

Der Umfang dieser Vollmachten deckt sich mit jenem der Vollmachten in dringender Todesgefahr. — Die Auflagen sind ebenfalls die gleichen. — Dagegen sind die Voraussetzungen verschieden. Der „verwickelte Fall“ liegt vor „quoties impedimentum detegatur, cum iam omnia sunt parata ad nuptias, nec matrimonium, sine probabili gravis mali periculo, differri possit usque dum a Sancta Sede dispensatio obtineatur . . . Haec facultas valeat quoque pro convalidatione matrimonii iam contracti, si idem periculum sit in mora nec tempus suppetat recurrendi ad Sanctam Sedem.“

Der „verwickelte“ oder dringliche Fall (außer der Todesgefahr) ist gegeben: 1) wenn ein Refurs an den Apostolischen Stuhl nicht möglich ist; 2) wenn zugleich der Eheabschluß drängt, und zwar entweder weil alles schon zur Hochzeit bereit ist, weshalb ein schwerer Nachteil droht, oder weil nach Abschluß einer „Ehe“ deren Gültigmachung ohne einen schweren Nachteil sich nicht aufschieben läßt. Diese Vollmachten sind demnach gegeben sowohl zur Eingehung als auch zur Gültigmachung einer Ehe. — Unter „schwerem Nachteil, grave malum“ sind zu verstehen: Verlust des guten Rufes, schweres Ärgernis, Gefahr der Unenthaltbarkeit, großer Schaden am Vermögen usw.

Art der Dispense. Der Ordinarius kann dispensieren im äußeren und im inneren Forum; in diesem wieder sowohl im nicht-sakramentalen als im sakramentalen Forum. Alle Grundsätze der Dispensation in diesen Foren müssen auch hier genauestens eingehalten werden: a) Im äußeren Forum muß das Dispensreskript vollständig abgefaßt und sorgfältig aufbewahrt werden; ebenso im inneren nicht-sakramentalen Forum, hier jedoch im bischöflichen Geheimarchiv. — b) Das Dispensreskript des sakramentalen Forum muß „tectis

nominibus“ abgefaßt und nach dem Gebrauche vernichtet werden; vgl. Cann. 1046—47.

Was hier den Ordinarien für dringende Todesgefahr oder für den „verwickelsten Fall“ (*casus perplexus*) ausdrücklich eingeräumt ist, verleiht Can. 81 für die Kirchengesetze ganz allgemein: „A generalibus Ecclesiae legibus Ordinarii dispensare nequeunt, nisi difficilis sit recursus ad Sanctam Sedem et simul in mora sit periculum gravis damni, et de dispensatione agatur quae a Sancta Sede concedi solet.“ Sollte also ein Ordinarius mit den Vollmachten der Cann. 1043 sqq. nicht ausreichen, so steht immer Can. 81 zur Verfügung.

**c) Die vom Apostolischen Stuhl übertragenen Vollmachten.** Außer den vom Rechte eingeräumten Vollmachten können die Ordinarien solche besitzen, welche der Heilige Stuhl ausdrücklich erteilt hat „speciali indulto“ Can. 1040. Die Vollmachten des Apostolischen Stuhles (*facultates, indulta*) waren zu verschiedenen Zeiten und für verschiedene Gegenden verschieden. In mannigfachen Formularien hat Rom die Ordinarien des Erdkreises mit delegierten Vollmachten betraut. Den besten Aufschluß über die vor der Neuordnung der Römischen Kurie (1908) geltenden Vollmachten bietet das Buch: „*Commentarium in facultates Apostolicas*“, concinnatum ab Antonio Konings C. Ss. R., editio 5a, curante Ioseph Putzer C. Ss. R. (1898); cfr. „*La curia Romana*“ por el R. P. Iuan B. Ferreres S. I. (1911, 2a edición); et „*De Curia Romana*“ auctore Martino Leitner (1909). — Die Ordinarien unserer Gebiete hatten dreierlei ordentliche Vollmachten: a) *Fiñfjahrvollmachten* (*Facultates quinquennales*) der Propagandafongregation; b) *Fiñfjahrvollmachten* (*Facultates quinquennales*) der Pönitenziarie; c) *Dreijahrvollmachten* (*Facultates triennales*) des heiligen Offiziums. Die Vollmachten der Propagandafongregation gab seit 1908 für die Gegenden der ordentlichen Hierarchie die Sakramentenfongregation. Während des Weltkrieges erhielten die Ordinarien der kriegsbeteiligten Länder ganz außerordentliche Vollmachten.

Mit Einführung des Roder glaubte der Apostolische Stuhl für die gewöhnlichen Fälle genügend vorgesorgt zu haben; darum wurden die Vollmachten des äußeren Forums durch das Dekret der Konsistorialkongregation „*Proxima sacra*“ vom 25. April 1918 aufgehoben (AAS. 10, 191). Immerhin sah man sich veranlaßt, die außerordentlichen Kriegsvollmachten noch weiter zu gewähren, bis dann im Mai 1920 neue Vollmachten gegeben wurden. Wir haben also die bleibenden Vollmachten der Pönitenziarie, die neuen der Sakramentenkongregation und des heiligen Offiziums.

**I. Die dem Ordinarius gewährten Vollmachten der Pönitenziarie.** Der Ordinarius besitzt die Vollmacht, im geheimen Hindernis des Verbrechens ohne Gattenmord zur Gültigmachung und zur Eingehung der Ehe zu dispensieren, im letzteren Falle jedoch nur „in casibus urgentioribus in quibus tempus non suppetat recurrendi ad Sancta Sedem“; vgl. Cann. 1043; 1045. Diese facultates in et pro foro interno (Can. 196) können subdelegiert werden, freilich nur „in et pro foro sacramentali“, und zwar für einzelne Fälle allen Beichtvätern, für ständig: a) dem Canonicus Poenitentiarius; b) den Vicariis Foraneis, d. i. den Landdekanen; c) anderen Beichtvätern wegen besonderer Gründe, wie Exerzitien, Missionen. Die Eingaben an den Ordinarius um Dispense gleichen den Dispensgesuchen an die heilige Pönitenziarie. — Wurde vom Ordinarius im inneren nicht=sakramentalen Forum dispensiert, so gilt diese Dispense auch, wenn das Hindernis später bekannt wird; vgl. Can. 1047.

**II. Die neuen Vollmachten der Sakramentenkongregation.** Am 21. Mai 1920 erhielt der Ordinarius Passavien. von der Sakramentenkongregation (M. Card. Lega, Praef. — A. Papi, Subsecretarius) diese Vollmacht:

S. C. de disciplina Sacram. Facultates Matrimoniales.

Beatissime Pater.... Ordinarius Passavien. humiliter postulat a S. V. concessionem specialium facultatum matrimonialium habita ratione casuum urgentium qui satis frequenter recurrunt extra circumstantias in Can. 1045 expositas.

S. C. de disciplina Sacram., vigore facultatum a SSmo. D. N. Benedicto XV. sibi tributarum, attentis expositis, Ordinario Oratori infras-

criptas ad „totum futurum annum 1921“ communicat facultates quibus, sive per se sive per alias ecclesiae personas ad hoc specialiter deputandas, uti poterit in matrimoniis contrahendis et nulliter contractis cum suis subditis ubique commorantibus et aliis omnibus in proprio territorio actu degentibus, facta in unoquoque casu expressa mentione huius apostolicae delegationis ad normam Can. 1057:

1) Dispensandi iusta et rationabili ex causa super matrimonialibus impedimentis minoris gradus quae in Can. 1042 recensentur, necnon super imp. impedimentibus de quibus in Can. 1058 ad effectum tantum matrimonium contrahendi.

2) Dispensandi ex gravi urgentique causa quoties periculum sit in mora et matrimonium nequeat differri usque dum dispensatio a S. Sede obtineatur super impedimentis maioris gradus infra recensitis: a) consang. in 2. aut in 3. cum 1. mixtis, dummodo nullum exinde scandalum aut admiratio exoriat; b) consang. in 2. lin. coll. gradu; c) affin. in 1. lin. coll. gradu aequali vel mixto cum 2.; d) publ. hon. in 1. gradu, dummodo nullum subsit dubium, quod conjux esset proles ab altero contrahentium genita.

3) Dispensandi tempore et in actu S. Pastoralis Visitationis aut Sacr. Missionis, et non ultra, super omnibus matrimonialibus impedimentis memoratis cum iis qui in concubinato vivere reperiuntur.

4) Sanandi in radice matrimonia nulliter contracta ob aliquod ex impedimentis minoris gradus si magnum adsit incommodum requirendi a parte ignara impedimenti renovationem consensus, dummodo tamen prior consensus perseveret et absit periculum divortii; monita tamen parte conscia de effectu huius sanationis et debita facta adnotatione in libro matrimoniorum.

In usu facultatum de quibus in praesenti folio, prae oculis habeantur quae in Cann. 1048 ad 1054 statuta reperiuntur. . . . Curet Ordinarius in singulis praefatis concedendis dispensationibus, ut nupturientes qui pares solvendo inveniantur, aequam oblationem iuxta vires persolvant in obsequium S. Sedis. Idem autem Ordinarius quovis anno, a data praesentium computando, referat ad hanc S. Congr. de numero et specie dispensationum quas vigore praesentis indulti Ipse fuerit elargitus et summam oblationum transmittat salvo praescripto Can. 1056. — Pro facultate dispensandi super impedimentis mixtae religionis et disparitatis cultus sive singillatim sumptis sive cum aliis imp. concurrentibus, recurrendum ad S. Officium.

Zur klareren Erfassung der hier verliehenen Vollmachten unterscheiden wir Gegenstand und Voraussetzungen (Umstände) der Vollmachten.

**I. Gegenstand.** Die delegierten Ordinarien können in vier Fällen dispensieren und in einem Falle sanieren. — Die Ordinarien können dispensieren: 1) in den Hindernissen niederen Grades, wenn eine rechtmäßige und vernünftige Ursache vorhanden ist, zur Eingehung und Gültigmachung einer Ehe; b) in den verbietenden



Hindernissen aus dem gleichen Grunde, aber natürlich nur zur E i n g e h u n g der Ehe; c) in drei Verwandtschaftshindernissen höheren Grades (Blutsverwandtschaft in der Seitenlinie, außer dem reinen 1. Grade; Schwägerschaft in der Seitenlinie; öffentlicher Anstand in der geraden Linie 1. Grad), aber nur bei Unmöglichkeit des Rekurses an den Apostolischen Stuhl und aus einem gewichtigen, dringlichen Grunde, auch zur Gültigmachung; 4) in allen genannten Hindernissen bei Gelegenheit der heiligen Visitation oder Mission zur Beseitigung eines Konkubinats. — Die Ordinarien können sanieren nur in den Hindernissen des n i e d e r e n Grades, wie wir oben (S. 293) dargelegt haben.

Welches die Hindernisse n i e d e r e n Grades seien, haben wir S. 279 gezeigt. — Die heilige Sakramentenkongregation rechnet auch Blutsverwandtschaft Seitenlinie 3./1. Grad und Schwägerschaft Seitenlinie 2./1. Grad zu den Hindernissen höheren Grades, freilich gegen den Wortlaut der Cann. 1042 und 96—97. — Wird der 1. Grad der Blutsverwandtschaft berührt, so darf bei der Dispens kein A r g e r n i s s oder A u f s e h e n entstehen. — Von den v e r b i e t e n d e n Hindernissen gehören hieher nur die Keuschheitsgelübde und die gesetzliche Verwandtschaft. Letzteres Hindernis ist in Deutschland und Österreich niemals praktisch. Es bleiben demnach nur die Keuschheitsgelübde, welche als v e r b i e t e n d e dem Apostolischen Stuhle reserviert sind, nämlich die „vota publica“ und von den „privata“ das „votum perfectae et perpetuae castitatis et votum ingrediendi in religionem votorum sollemnium, quae emissae fuerint absolute et post completum 18. aetatis annum“ Cann. 1308—09. In den übrigen Gelübden kann der Ordinarius iure p r o p r i o dispensieren. — Die Vollmacht in den angeführten Hindernissen höheren Grades deckt sich mit der ordentlichen Vollmacht des Can. 1045, nur daß letztere weit umfassender ist. Die Vollmachten bei Visitationen und Missionen werden dankbar begrüßt werden, da sie über die ordentlichen hinausgehend nur die Heilung eines Konkubinates als Dispensgrund verlangen.

Z u s a m m e n s t e l l u n g nach den Hindernissen: a) Hindernisse niederen Grades; b) verbotende Hindernisse aus Keuschheitsgelübden; c) Hindernisse höheren Grades in den drei Verwandtschaftsarten der Blutsverwandtschaft, Schwägerschaft und des öffentlichen Anstandes.

Z u s a m m e n s t e l l u n g nach Dispensgründen: a) E i n r e c h t m ä ß i g e r und v e r n ü n f t i g e r Grund genügt bei den Hindernissen niederen Grades und bei den verbotenden Hindernissen der Keuschheitsgelübde; b) H e i l u n g eines Konkubinates genügt für a l l e erwähnten Hindernisse bei Visitation und Mission; c) U n m ö g l i c h k e i t des Rekurses nach Rom, sowie eine „gravis urgens-quo causa“ sind erfordert für die Hindernisse höheren Grades (= Can. 1045).

**II. Voraussetzungen und Umstände:** 1) Die Vollmachten gelten zunächst für das Jahr 1921. — 2) Eine Subdelegation ist nicht *habitualiter*, sondern nur in *besonderen* Fällen („*specialiter*“) möglich. — 3) Die Ordinarien vermögen ihre Vollmachten auszuüben: a) gegenüber ihren Untergebenen *ü b e r a l l*; b) gegenüber allen Getauften, welche in ihren Diözesen augenblicklich *verweilen*; vgl. Can. 1043; c) nach der allgemeinen Vorschrift des Can. 1057 hat der Dispensierende der päpstlichen Bevollmächtigung ausdrücklich *Erwähnung* zu tun; d) die *Erleichterungen* und *B e s c h r ä n k u n g e n* der Cann. 1048—54 gelten auch für diese delegierten Vollmachten; e) jedes Jahr müssen die Ordinarien einen Doppelbericht erstatten einerseits über die *Z a h l* der dispensierten Fälle, anderseits über die *T a g e n*, welche nach Anordnung der S. C. Sacr. eingelaufen sind (erster Bericht am 21. Mai 1921).

Die Bittsteller haben, soweit es möglich ist, ein Tagangebot zu machen; die Ordinarien dürfen für sich eine mäßige Kanzleitage verwenden, während die eigentlichen Gebühren dem Apostolischen Stuhle zufließen, dem sie mit dem Bericht zugesandt werden. Gebraucht der Ordinarius seine ordentlichen Vollmachten, so ist er an diese Tagvorschrift nicht gebunden.

**III. Die vom heiligen Offizium gewährten Vollmachten.** Das heilige Offizium gewährte in den christlichen Ländern Vollmachten im Hindernisse der *B e k e n n t n i s v e r s c h i e d e n h e i t* (*mixta religio*), für die Missionsgebiete auch in jenem der *G l a u b e n s v e r s c h i e d e n h e i t* (*cultus disparitas*). Vorderhand behalten unsere Ordinarien ihre Vollmachten bei; doch ergibt sich schon aus der Vollmacht der Sakramentenkongregation (S. 299), daß die Ordinarien gehalten seien, sich neue Weisungen vom heiligen Offizium zu erbitten. — Das bei den Dispensgesuchen an den Heiligen Stuhl und den Dispensreskripten des heiligen Offiziums Gesagte gilt hier entsprechend.

**IV. Die Vollmacht der Ordinarien in zweifelhaften Fällen.** In zweifelhaften Fällen des *g ö t t l i c h e n* Rechts ist allein der Heilige Stuhl zuständig; vgl. Cann. 1038 § 1; 1076 § 3. — In rein kirchenrechtlichen Fällen gilt Can. 15: „*Leges, etiam irritantes et inhabilitantes, in dubio iuris non urgent; in dubio autem facti potest Ordinarius in eis dispen-*

sare, dummodo agatur de legibus in quibus Romanus Pontifex dispensare solet.“ — Taucht ein zweifelhafter Fall auf, so berichte der Seelsorger stets an den Ordinarius; denn dieser vermag am besten zu beurteilen, ob ein begründeter Rechts- oder Tatsachenzweifel vorliegt. Im letzteren Falle spendet der Ordinarius die Dispense, im ersten erklärt er, daß ein Hindernis nicht vorliegt wegen Can. 15; vgl. aber Can. 1043.

## § 62. Vollmachten der Pfarrer und anderer Priester.

Dispensvollmachten werden im Kodex eingeräumt: dem Pfarrer, dem Priester des Can. 1098 und dem Beichtvater. Wir wollen diese Vollmachten im einzelnen kennenlernen.

**I. Vollmachten des Pfarrers.** Wie der Ordinarius, so hat der Pfarrer Vollmachten in dringender Todesgefahr und im „verwickelten“ Falle. 1) In dringlicher Todesgefahr hat der Pfarrer die ganz gleichen Vollmachten wie der Ordinarius, unter der Voraussetzung jedoch, daß auch der Ordinarius nicht erreichbar ist („solum pro casibus in quibus ne loci quidem Ordinarius adiri possit“) Can. 1044. — Unter „Pfarrer“ ist hier zu verstehen jener Priester, welcher iure ordinario den Ehen assistieren kann (S. 299), also der parochus loci. Außer dem Pfarrgebiet ist ja der Pfarrer nur sacerdos aut delegatus aut non delegatus.

2) Im „verwickelten“ Fall besitzt der Pfarrer die gleichen Vollmachten wie der Ordinarius in demselben Fall, wieder unter der Voraussetzung, daß der Ordinarius nicht zu erreichen ist. Doch ist hier die Vollmacht des Pfarrers nur auf „Geheimfälle“ („solum pro casibus occultis“) beschränkt Can. 1045 § 3. — a) Der Ordinarius ist unerreichbar nicht nur, wenn das Auffuchen desselben physisch oder moralisch unmöglich ist, sondern auch wenn bei dem Bittgesuch an den Ordinarius das Amtsgeheimnis verletzt würde („cum periculo violationis secreti“). Daß unter dem Worte „secretum“ nicht nur das Beichtgeheimnis, sondern auch das Amtsgeheimnis zu verstehen ist, ergibt sich aus Cann. 889, 1755 § 2 n. 1; 2369. — b) „Geheim“ ist der Fall, wenn das fragliche Hindernis seiner Natur nach ge-

heim ist, z. B. „Verbrechen“, womit sich das Geheimsein der *Tat s a c h e n* verbinden muß. Wir fassen hier den Begriff „geheim“ wie bei den Vollmachten der Pönitentiarie (S. 266).

3) Die Vollmachten des Pfarrers in dringlicher Todesgefahr gelten für das äußere und innere Forum; jene im „verwickelten“ Falle nur für das innere, sowohl für das sakramentale als das nicht=sakramentale Forum Can. 1045 § 3; 1046; 202. — In beiden Fällen kann dispensiert werden wie für Eingehung so für Gültigmachung der Ehe.

4) *P r a k t i s c h e B e h a n d l u n g* der Dispensation. In allen vorkommenden Fällen frage sich der Pfarrer: Kann ich dispensieren? Soll ich dispensieren? Zu diesem Behufe prüfe er die Voraussetzungen, die Hindernisse, die Gründe, die Auflagen. Kann er sich sagen: Die Voraussetzungen sind gegeben, die Hindernisse sind dispensierbar (auch nach dem staatlichen Recht), so mache er die Auflagen und erteile die Dispense in folgender (oder ähnlicher) Formel: „Auctoritate Apostolica dispenso vobiscum (tecum) super hoc impedimento, e. gr. criminis, ceterisque in casu concurrentibus, in quantum possum, in nomine Patris et Filii et Spiritus sancti. Amen.“ — Es folgt Mitteilung der erteilten Dispense an die Brautleute und Zeugen; an die Brautleute; an eine Brautperson allein, je nach den Umständen; — die *E h e s c h l i e ß u n g* vor dem Pfarrer und zwei Zeugen, wenn nicht auch von der Form dispensiert wurde; — die *E i n t r a g u n g* der Trauung in die Trauungsregister (Can. 1103); — endlich die *M e l d u n g* der im äußeren Forum erteilten Dispense und erfolgten Trauung Can. 1046, ebenso der im nicht=sakramentalen Forum gewährten Dispense; vgl. Can. 1047.

**II. Vollmachten des Priesters** in der Lage des Can. 1098. Wenn in den Notfällen des Can. 1098 ein Priester beigezogen wird, so besitzt dieser die gleichen Vollmachten wie der Pfarrer in der gleichen Lage. Die Eintragungen in die Trauungs- und Taufregister darf er nicht selbst machen, sondern muß sie besorgen nach Can. 1103 § 3, während er selbst die im äußeren und inneren nicht=sakramentalen Forum erteilten



Dispensen an den Ordinarius meldet. — Besitzt er im „verwickelten“ Falle keine Beichtjurisdiktion, so kann er die Dispense nur in *foro non sacramentali* gewähren.

**III. Vollmachten des Beichtvaters.** In dringlicher Todesgefahr und im „verwickelten“ Falle besitzt der Beichtvater die gleichen Vollmachten wie der Pfarrer, nur gelten dieselben ausschließlich für das *innere Forum*, und bei der Todesgefahr kann er sie nur in *actu sacramentali confessionis* erteilen. Im „verwickelten“ Falle ist kein Unterschied gemacht zwischen ihm und dem Pfarrer oder Priester des Can. 1098; vgl. 1045 § 3; 202 § 2.

**IV. Vollmachten des delegierten Priesters.** Der Priester, welcher, sei es vom Ordinarius, sei es vom Pfarrer, zur Eheassistentz bestellt wurde, hat vom Rechte *keine* Dispensvollmacht. Soll er nun eine solche erhalten, so muß er entweder vom Ordinarius oder vom Pfarrer mit der ausdrücklichen Vollmacht, *zu dispensieren*, versehen werden. Daraus folgt, daß der Ordinarius bzw. Pfarrer, welcher einen gewöhnlichen Priester in einem besonderen Fall oder ein Seelsorgehilfspriester (*vicarius cooperator*) für einen Fall oder allgemein mit Assistenzbefugnis betraut (Can. 1096), diesem zugleich die *Dispensgewalt* der Cann. 1043 bis 45 übertragen soll. Beide können diese Gewalt delegieren, weil sie eine *ordentliche* ist Cann. 197 § 1; 199 § 1. Hätte der zur Assistenz delegierte Priester keine Dispensgewalt delegiert erhalten, so könnte er entweder seine (freilich auf das *forum internum* beschränkte) Beichtvatergewalt benützen oder er könnte sich betrachten als Priester des Can. 1098 n. 2. Sollte letztere Ansicht auch nur Wahrscheinlichkeit besitzen, so darf man sich darnach richten auf Grund des Can. 209.

### Positive Vorbereitung des Eheabchlusses.

Sind die etwaigen Hindernisse beseitigt, so gilt es die Ehe positiv vorzubereiten durch die Verlobung, das Brautexamen und die Beibringung der notwendigen Zeugnisse. Die genannten Akte sind zwar eripriesslich, aber nicht wesentlich notwendig.

## § 63. Die Verlobung.

### Sponsalia.

**I. Quellen:** Can. 1017. — Trid. sess. 24. c. 3. d. r. m. — Decr. „Ne temere“ d. 3. Aug. 1907.

**II. Begriff:** Unter Verlobung (Cheverlöbniß, Cheversprechen, sponsalia de futuro) versteht man den Vertrag, welcher eine künftige Ehe zum Gegenstand hat.

**Erläuterung:** 1) Da die Verlobung ein wirklicher Vertrag ist, so muß vorhanden sein: a) ein wahrer Konsens; b) ein möglicher und erlaubter Vertragsgegenstand; hier eine künftige Ehe ohne trennende oder verbietende Hindernisse; c) die Rechtsfähigkeit der Vertragsschließenden; d) die Einhaltung der etwa vorgeschriebenen Rechtsform. — 2) Zur Befestigung des Vertrages kann zwar ein *Angeld* (Ausgeld, *arra, arrha*), aber keine *Strafe* beigelegt werden. — 3) Bis zum 19. April 1908 gab es nur in Spanien und von 1900 an im Lateinischen Amerika eine eigene Rechtsform für die Verlobung; kraft des Dekretes „Ne temere“ wurde die schriftliche Form in der ganzen katholischen Kirche eingeführt, wie sie noch jetzt besteht. Damit wurde das spanische usw. Partikularrecht aufgehoben.

**III. Die Wesensform der Verlobung.** Can. 1017: „Das einseitige Cheversprechen und die zweiseitige Verlobung („*promisso sponsalitia*“) sind nichtig für die beiden Foren, wenn sie nicht geschahen in schriftlicher Form, unterzeichnet von den Vertragsschließenden und entweder vom Pfarrer oder Ortsordinarius, oder wenigstens von zwei Zeugen (§ 1). Wenn jeder (der Brautteile) oder ein Teil des Schreibens unfundig oder unfähig ist, so muß dieser Umstand in dem schriftlichen Akt unter der Bedingung der Gültigkeit hervorgehoben und ein weiterer Zeuge beigezogen werden, der mit den übrigen die Schrift unterfertigt (§ 2).“

**Erläuterung:** 1) Das Cheversprechen muß in schriftlicher Form gefertigt sein, also entweder handschriftlich oder auch künstlich vervielfältigt, wie gedruckt, lithographiert, hektographiert usw. Die Angabe von Zeit und Ort des Vertragsabschlusses darf nicht fehlen S. C. C. d. 27. Jul. 1908 ad II. — 2) Beim Verlobungsvertrag müssen anwesend sein und mitunterzeichnen Zeugen, und zwar entweder ein amtlicher oder zwei gewöhnliche Zeugen. Der amtliche Zeuge ist der Pfarrer oder der Ordinaris des Ortes der Verlobung. Der Amtszeuge kann einen anderen Priester nicht delegieren. — 3) Der Verlobungsvertrag, schriftlich abgefaßt, muß handschriftlich unterzeichnet werden, ein Handzeichen statt der Unterschrift, z. B. ein Kreuz, genügt nicht. Die beigezogenen Zeugen müssen unterschreiben und darum müssen sie des Schreibens fundig und fähig sein. Ist ein Brautteil

des Schreibens nicht kundig oder vermag er nicht zu schreiben, so muß dieser Umstand im Vertrage hervorgehoben und ein weiterer (2. bzw. 3.) Zeuge beigezogen werden, der mit den übrigen anwesend ist und den Vertrag mitunterzeichnet. — 4) Die Verlobung kann wie die Ehe durch einen Stellvertreter (*procurator*) und mit Hilfe eines Dolmetschers (*interpretes*) geschlossen werden; vgl. *Can.* 1089—90. An die Verlobungsform des *Can.* 1017 sind nicht gebunden: a) die Ungetauften *Can.* 12; b) jene getauften Katholiken, welche der Eheeingehungsform nicht unterworfen sind *Can.* 1099.

**IV. Wirkungen der Verlobung.** Jedem Brautteile obliegt die schwere Verpflichtung, die Ehe rechtzeitig einzugehen und in der Zwischenzeit die bräutliche Treue zu bewahren. Ein Ehehindernis erwächst aus den Sponsalien nicht mehr. Denn *Can.* 1017 § 3 lautet: „*At ex matrimonii promissione, licet valida sit nec ulla iusta causa ab eadem implenda excuset, non datur actio ad petendam matrimonii celebrationem; datur tamen ad reparationem damnorum, si quae debeatur.*“ — Vor dem 19. Mai 1918 gab es zwei Ehehindernisse, welche aus der Verlobung erwuchsen: a) das trennende Hindernis des öffentlichen Anstandes aus gültigen Sponsalien, reichend bis zum 1. Grad der geraden und seitlichen Linie; b) das verbotende Hindernis der Sponsalien, welches die Ehe unerlaubt machte zwischen dem Bräutigam und jeder weiblichen Person außer der Braut, und umgekehrt. Diese beiden Hindernisse sind mit dem Rodez für die Zukunft beseitigt worden. — Die „Schadenersatzklage“ (*actio ad reparationem damnorum*) ist „*mixti fori*“, d. h. kann beim geistlichen und weltlichen Richter eingelegt werden, und bewirkt keinen Aufschub der Ehe, *CC. dd.* 2.—3. Jun. 1918 IV n. 1 (*AAS.* 10, 345).

**V. Auflösung der Verlobung.** Die Verlobung kann auf dreifache Weise aufgelöst werden: 1) durch gegenseitige Übereinstimmung; 2) durch physische oder moralische Unmöglichkeit der versprochenen Ehe; c) durch bedeutende Änderung des Standes der Dinge; näheres bei Leitner, *M.*: *Eherecht* (3. Aufl.) S. 342 f.

## § 64. Das Brauteramen.

### Examen Sponsorum.

Das Brauteramen stammt der Natur der Sache gemäß aus der ältesten Zeit der Kirche; in Deutschland war es be-

reits zur Zeit Karls des Großen üblich. Seine Wichtigkeit wird ihm stets einen Platz in der Hirtentätigkeit des Pfarrers bewahren. Der Roderer handelt über das Brautexamen in den Cann. 1020 und 1033; vgl. CC. dd. 2.—3. Jun. 1918 (AAS. 10, 345).

**I. Das Brautexamen**, d. i. die Prüfung und Belehrung der Brautleute über die zum Ehestande notwendigen Kenntnisse, ist eine schwere **Standespflicht** des Pfarrers. Es muß rechtzeitig und an einem würdigen Orte, z. B. in der Hauskapelle, abgehalten werden.

**II. Gegenstand des Brautexamens:** 1) Die Grundwahrheiten des katholischen Glaubens („*doctrina christiana*“); 2) die ehelichen Standespflichten („*sanctitas sacramenti matrimonii; mutuae conjugum obligationes; parentum obligationes erga prolem*“); 3) die Vorbereitung des Eheabschlusses („*adhortetur parochus sponso, ut ante matrimonii celebrationem sua peccata diligenter confiteantur et ss. Eucharistiam pie recipiant*“).

**III. Art des Brautexamens.** Der Brautunterricht ist für alle Brautpaare gleich dem **Inhalte**, nicht der **Form** nach. Vielmehr muß der Pfarrer auf die Fassungskraft, das Alter, die Bedürfnisse und die Stellung derselben gebührend Rücksicht nehmen Cann. 1020—33. Sit „*institutio prorsus pia, brevis, casta, cauta, circumspecta et opportuna*“, Rit. Warmien. pag. 220.

## § 65. Die Trauungszeugnisse.

„*Parochus matrimonio ne assistat, antequam omnia documenta necessaria receperit*“ Can. 1030. Der Pfarrer muß die notwendigen Zeugnisse beibringen, sei es die kirchlichen, sei es die staatlichen, soweit diese gefordert sind.

**I. Kirchliche Zeugnisse.** 1) Das **Tauf- und Geburtszeugnis** ist dann notwendig, wenn ein Brautteil außerhalb der Trauungspfarrei geboren und getauft wurde Can. 1019 § 2; S. C. Sacr. d. 6. Mart. 1911 n. I. — 2) Ein **Bedigschein** wird erfordert, wenn eine Verkündigung außerhalb der Trauungspfarrei geschah. — Am wichtigsten ist der **Bedigschein** dann, wenn ein Brautteil (oder beide)



bereits verheiratet war (*testimonium de statu libertatis*, oben S. 203). — 3) Die *Dispensurkunde*, wenn eine solche notwendig und gewährt ist, muß im Pfarrarchiv vorliegen oder im Ledigschein bezeugt sein. — 4) Der *Entlassschein* (*licentia*) verleiht dem trauenden Pfarrer die Erlaubnis, fremde Brautleute zu trauen. — 5) Für Priester, welche zur Assistenz keine Zuständigkeit besitzen, muß die *Assistenzbefugnis* (*delegatio*) ausdrücklich entweder mündlich oder schriftlich vorliegen. — 6) Bei *domizillosen* Personen muß die Erlaubnis des *Ordinarius* oder seines Delegaten gegeben sein. — 7) Ein *Wicht- und Kommunionzeugnis* ist notwendig, wenn die Brautleute auswärts diese heiligen Sakramente aus Anlaß der Trauung empfangen haben.

**II. Staatliche Zeugnisse.** In Deutschland und in der Schweiz ist für die kirchliche Trauung nur mehr „die *Beseineigung der bürgerlichen Eheschließung*“ gefordert. — Da in *Österreich* der Pfarrer zugleich *Standesbeamter* ist, so benötigt er auch gewisse staatlich geforderte Zeugnisse; vgl. *Leitner M.*: *Eherecht* (3. Aufl.) S. 352 f.

## § 66. Der Eheabschluß.

### *Matrimonii celebratio.*

Wir unterscheiden einen dreifachen Eheabschluß: einen rein naturrechtlichen; einen kirchenrechtlichen, und zwar einen ohne und einen mit den kirchlichen Riten.

**I. Der naturrechtliche Eheabschluß** geschieht durch die äußere Kundgebung des Ehemillens zweier rechtsfähiger Personen: „*Matrimonium facit partium consensus inter personas iure habiles legitime manifestatus*“ *Can. 1081 § 1*. Zwei rechtsfähige Personen müssen sich gegenseitig zum Ehestande verpflichten. Im *Can. 1081* ist nach „*consensus*“ das Wort *maritalis* zu ergänzen. — Wenn der Ehemille so ausgedrückt ist, daß der andere Teil denselben richtig verstehen kann, so genügt das naturrechtlich; eine besondere Form ist nicht notwendig. Wenn darum z. B. getaufte Katholiken ohne die bürgerliche oder „religiöse“ Form sich den Konsens geben, so ist das eine wirkliche Ehe, wenn kein trennendes Hindernis derselben entgegensteht.

**II. Der kirchenrechtliche Eheabschluß** geschieht in gleicher Weise wie der naturrechtliche, nur muß dazu die von der Kirche vorgeschriebene Form eingehalten werden. Diese Eheschließungsform ohne kirchliche Riten wird beschrieben in den Cann. 1094—99, oben S. 229. So oft diese Wesensform eingehalten wird, kommt eine wirkliche Ehe zustande, wenn auch die religiösen Ceremonien fehlen.

**III. Der kirchliche Trauungsakt** besteht a) aus der Wesensform; b) aus dem Ehesegen des Rituale (Kopulation); c) aus dem Ehesegen des Missale („Brautsegen“). Es erübrigt hier nur die beiden Segen genauer kennenzulernen.

#### A. Der Ehesegen des Rituale, die Kopulation.

1) Für alle katholischen Braut- und Ehepersonen besteht die schwere Verpflichtung, sich den Segen des Rituale geben zu lassen. Haben ihn Katholiken bei der Eheschließung schuldbar oder schuldlos versäumt, so müssen sie denselben nachholen lassen, freilich mit Auslassung der Konsenserklärung und der dazu gehörigen Worte „Ego conjungo vos etc.“ — Eheleute, welche sich zur katholischen Kirche bekehrt haben, empfangen ihn mit großem Nutzen.

2) Die Vornahme der Kopulation ist ein Recht und eine Pflicht des zuständigen Pfarrers Cann. 462 n. 4; 1100—01.

3) Die Form der Kopulation nach dem römischen Rituale ist sehr einfach. Jeder trauende Priester muß sich nach dem Diözesanrituale richten. — In der lateinischen Kirche bestehen allgemein folgende Vorschriften: a) Liturgische Kleidung: Superpelliz und Stola von weißer Farbe oder im unmittelbaren Anschluß an die heilige Messe die Messgewänder. — b) Anwesenheit und Dienst eines Klerikers (Mesners, Ministranten), angetan mit Superpelliz. — c) Ort: die Pfarrkirche oder mit Erlaubnis des Ordinarius oder Pfarrers eine sonstige Kirche oder Kapelle (oratorium publicum vel semipublicum) Can. 1109 § 1; eine Privatkapelle oder ein anderer würdiger Ort in einem außerordentlichen Falle und mit Erlaubnis des Ortsordinarius, der sie nur aus rechtmäßigem Grunde gewähren kann; — die Seminar Kirche oder die Kirche weiblicher Religiösen nur im Notfall und

mit Anwendung der gebotenen Vorsichtsmaßregeln Can. 1109 § 2. — d) Zeit: Jederzeit kann die Eheschließung stattfinden. Die liturgische Trauung soll am Vormittag gehalten werden schon in Hinsicht auf die Brautmesse R. R. tit. 7 cp. 2 nn. 1 sqq. Der Bischof kann verbieten, daß die Trauung nachmittags stattfinde.

Die Brautleute sollen dieses heilige Sakrament möglichst würdig empfangen, also in geziemender Kleidung (festlich, sittsam) und in guter Geistesverfassung. — Es ziemt sich, daß die Trauung geehrt sei durch zahlreiche Anwesenheit der Eltern und Anverwandten R. R. tit. 7 cp. 2 n. 1. — Der Bräutigam hat den Platz zur Rechten, die Braut zur Linken; so im Anschluß an 1 Kor 11, 3 die meisten Diözesanritualien. — Werden mehrere Brautpaare zu gleicher Zeit getraut, so können die Ansprache zu Beginn und die Schlußgebete gemeinsam verrichtet werden, die übrigen Riten seien bei jedem Paare getrennt. — An die Trauung schließt sich in der Regel der feierliche Brautsegen der Messe an.

### B. Der Segen des Missale, der feierliche Brautsegen.

I. **Quellen:** Cann. 462 n. 4; 1100—02; 1108; 1143; 2271—72. S. Off. d. 31. Aug. 1881 (Conc. Plen. A. L. n. 598).

II. **Begriff.** Der feierliche Brautsegen ist jener Segen, welcher sich im Missale findet, und zwar in dem Formular der „missa pro sponso et sponsa“. Er besteht aus dem tiefgründigen Messformular selbst und drei Gebeten, die während der Messe, zuerst nach dem „Sed libera nos a malo. Amen“, dann vor dem „Placeat“ eingeschaltet werden. — In ein und derselben Messe kann der Brautsegen mehreren Paaren zu gleicher Zeit gespendet werden, ohne daß dabei etwas müßte verändert werden.

Die Brautmesse darf nach Can. 1108 und S. R. C. d. 14. Jun. 1918 außerhalb der geschlossenen Zeit ohne weiteres, in derselben mit Erlaubnis des Ortsordinarius genommen werden an allen Tagen, ausgenommen: a) die *Sonntage*; b) die *Feste I. und II. Klasse*; c) die privilegierten *Oktaven* von Ostern und Pfingsten (1. D.), von Epiphanie und Fronleichnam (2. D.); d) die privilegierten *Ferien* (Aschermittwoch; Montag, Dienstag, Mittwoch der Karwoche); e) die privilegierten *Vigilien* von Weihnachten, Epiphanie und Pfingsten. — Der Brautsegen mit Einlegung der Orationen aus der Brautmesse (sub una conclusione, wenn die Rubriken die 2. Oration ausschließen) ist an allen Tagen des Jahres statthaft (in der verbotenen Zeit mit Erlaubnis des Ordinarius), ausgenommen Karfreitag und Allerheiligen.

III. **Empfänger.** Das Recht auf den Brautsegen hat jede katholische Ehefrau, welche denselben noch nie empfing, wenn sie mit einem katholischen Manne ver-

mählt ist, Cann. 1102 § 2; 1143. Der Empfang des Brautsegens ist keine Pflicht, doch gehen die ihn versäumenden Eheleute der Gnaden verlustig, welche damit verknüpft sind. — Der Segen kann unmittelbar nach der Eheschließung erteilt und empfangen werden oder erst später, auch nach Verlauf von vielen Jahren. Auch Eheleute, welche sich nach ihrer Eheschließung zur katholischen Kirche bekehrt haben, können denselben theilhaft werden.

**IV. Spender.** Die Ertheilung des Brautsegens ist *Pfarrrecht* und *Pfarrpflicht* Cann. 462 n. 4; 1101 § 2. Die Pflicht tritt ein, wenn die Eheleute rechtmäßig darum bitten und kein schwerwiegender Grund entgegensteht. Der Priester ist nicht verpflichtet, die Brautmesse für die Empfänger des Brautsegens aufzuopfern. — Die Brautmesse und der Brautsegens gehören zusammen. Wenn auch der Apostolische Stuhl Indulte erteilen könnte, so wäre der etwa gespendete Segen zwar ein Sakramentale, aber nicht der feierliche Brautsegens der Messe. Wie groß ist die Auszeichnung der Eheschließung katholischer Brautleute, welche von dem Opferblute der heiligen Messe unmittelbar besprengt wird.

1) Bei *Mischehen* fällt der feierliche Brautsegens immer fort, ebenso sollten nach dem allgemeinen Rechte alle heiligen Riten wegfallen, indes können die Ordinarien bei erlaubten Mischehen zur Vermeidung größerer Übel gewisse Riten dulden, wie es auch in unseren Gegenden geschieht Can. 1102.

2) Ist die Braut bzw. Frau von den Hindernissen der Cann. 1065—66 frei, so darf die kirchliche Trauung, der feierliche Brautsegens nicht ausgeschlossen, erlaubt werden, außer es wäre ein *Obkalinterrdict* vorhanden, bei welchem die „*benedictio nuptialis*“ immer ausgeschlossen ist Cann. 2271—72. Wäre jedoch die Braut (Frau) *behindert*, so kann sie bei einer Exkommunikation oder bei einem *Interdict p. s.* den Segen weder des Rituals noch des Missales erhalten Can. 2260 § 1; sonst könnte der Segen des Rituals geduldet werden.

3) Die „*benedictio thalami*“, d. i. die Segnung des Ehebettes oder des Brautgemaches, soll, wo möglich, vor dem Vollzug der Ehe geschehen; sie ist nicht ausschließliches Pfarrrecht, RR. tit. 8 c. 8.

#### C. Trauungsmatrikel, Trauungsregister, liber matrimoniorum.

**I. Quellen:** Cann. 470 § 1; 1103; 1813 § 1; 2383; 2406.

**II. Berechtigt ist der Pfarrer des Trauungsortes oder dessen Stellvertreter;** ein sonstiger Priester nur mit Be-



willigung des Apostolischen Stuhles. Da die Eintragungen sofort nach der Trauung zu machen sind, so hat der Priester, welcher nicht Seelsorger ist, die Eintragungen aufzuzeichnen und zu beglaubigen, damit sie später in das eigentliche Register aufgenommen werden können.

**III. Gegenstand.** „Parochus quam primum describat in libro matrimoniorum nomina conjugum, ac testium, locum et diem celebrati matrimonii, atque alia, secundum modum in libris ritualibus et a proprio Ordinario praescriptum“ Can. 1103 § 1.

Sehr umfassend sind die Rubriken des Trauungsbuches in Österr. Zur Beachtung und Beleuchtung seien sie hier angeführt: 1) Reihenzahl; 2) der trauende Priester (Copulans); 3) Jahr, Monat, Tag der Eheschließung; 4) Name, Charakter, Geburtsort, Zuständigkeitsgemeinde und Abstammung des Bräutigams; 5) Wohnort des Bräutigams; 6) Religion des Bräutigams; 7) Alter des Bräutigams; 8) und 9) Ledig, Witwer; 10—15) die Angaben 4—9 für die Braut; 16) Beistände; 17) Anmerkungen. In Ländern, wo die Zwangszivilehe besteht, muß auch der Abschluß dieser angemerkt werden.

Da die Taufmatrikel alle wichtigen Angaben zusammenfassen soll, so muß von der geschehenen Trauung auch im Taufregister eine Notiz gemacht werden Can. 1103 § 2. Darum hat der Pfarrer des Trauungsortes dem Pfarrer, welcher die Taufbücher der Neuvermählten verwahrt, genauen und beglaubigten Bericht zu erstatten über die geschehene Trauung: durch Angabe von Tauf- und Familiennamen, Alter und Religion der Neuvermählten; des Ortes und der Zeit der Trauung; der Nummer des Eheregisters, Instruktion der Sakramentenkongregation vom 6. März 1911 ad II. — Bei Ausstellung von Taufzeugnissen zum Zwecke einer erneuten Verheiratung muß im Taufzeugnis der früheren Verheiratung Erwähnung geschehen (latine!) ibi ad I. — Sollte eine bestehende Ehe eines Katholiken erst später entdeckt werden, so muß für allseitige Eintragung in die Register gesorgt werden.

**IV. Außerordentliche Eintragungen.** 1) Wurde eine Ehe in der *Nusnahmeform* des Can. 1098 geschlossen, so müssen die Neuvermählten, die Zeugen, muß der etwa assistierende Priester für die vorgeschriebene Eintragung sorgen Can. 1103 § 3. — 2) Die *Gültigmachung* einer bereits eingetragenen Ehe muß im Ehe- und Taufregister

vermerkt werden. — Die Gültigmachung einer nicht eingetragenen Ehe muß neu eingetragen werden mit dem Vermerk der Gültigmachung (*convalidatio*). — Die gleichen Vorschriften gelten auch für die Sanierung. Nur wenn im inneren sakramentalen Forum eine Ehe gültiggemacht oder saniert wurde, so erfolgt natürlich keine Eintragung ME. 26, 328 n. 19. — 3) Hat der Diözesanbischof eine Trauung vorgenommen, so hat der Pfarrer des Trauungsortes die Einträge zu machen und zu besorgen. — 4) Die Einträge, wie sie Can. 1103 § 1 vorschreibt, müssen immer gemacht werden, auch in Missionsgebieten; sollten sich Schwierigkeiten ergeben, so darf eine Geheimschrift gebraucht werden S. C. Sacr. d. 12. (13.) Mart. 1910 ad IX (AAS. 2, 194 sq.; ME. 22, 109).

**V. Beweis des Eheabschlusses.** Der Eheabschluß wird bewiesen: a) durch ein Zeugnis auf Grund des Ehe- oder Taufregisters Can. 1816; b) durch das Zeugnis einer Amtsperson, also des Priesters, welcher der Ehe assistierte Can. 1791 § 1; c) durch das Zeugnis wenigstens zweier einwandfreier Zeugen ibi § 2. — Diese Beweise genügen immer. Ist es aber unmöglich, solche Beweise zu erlangen, so genügt auch ein „halbvollgültiger“ Beweis (*probatio semiplena*), vorausgesetzt, daß Rechte Dritter dabei nicht berührt werden. — Für die Wiederverheiratung eines „Ehegatten“ oder für die Weihebeförderung eines Mannes oder Sohnes solcher Verbindungen ist ein vollgültiger Beweis erfordert S. C. Sacr. d. 17. Febr. 1911 in *Venetiarum* (AAS. 3, 103; ME. 23, 56).

**VI. Stolgebühren bei Trauungen.** Für die Trauungen gelten die allgemeinen Grundsätze über die Stolgebühren Can. 463; 1097 § 3. Wer traunungsberechtigt ist, hat auch das Anrecht auf die Stolgebühren, vorausgesetzt, daß er tatsächlich die Trauung vornimmt. Nur wenn ein Pfarrvorstand oder dessen Stellvertreter Zugewanderte (*peregrini*) traut ohne Erlaubnis eines zuständigen Pfarrers und außer einer schweren Notlage, so hat der Trauende die Stolgebühren an den traunungsberechtigten Pfarrer abzuliefern Can. 1097 § 3. — Man sieht, daß diese Bestimmungen nur eine allgemeine Grundlage darstellen. Die genauere

Regelung obliegt den Ordinarien, welche unter den Berechtigten selbst eine bestimmte Reihenfolge vorschreiben können.

### § 67. Wirkungen des gültigen Eheabschlusses.

Aus der gültig geschlossenen Ehe ergeben sich Rechte und Pflichten, welche der Kodex hauptsächlich in den Cann. 1110—1117 zusammenfaßt. Wir unterscheiden Gatten-, Eltern- und Familienrechte; dann Rechte nach außen.

**I. Gattenrechte.** Der Eheabschluß bewirkt: 1) das unauflöslliche Band Can. 1110; 2) unter Christen das Sakrament der Ehe Can. 1110; 3) gleiche Rechte und Pflichten des ehelichen Lebens Can. 1111; 4) gleiche Standesrechte der Frau mit dem Manne Can. 1112.

Zu 1). Das unauflöslliche Band enthält zwei große Güter: das Gut der Treue (*bonum fidei*, „*unitas*“ Can. 1013 § 2, „*vinculum exclusivum*“ Can. 1110) und das der Unauflöslichkeit (*bonum sacramenti*, „*indissolubilitas*, *vinculum perpetuum*“ cc. ll.), besonders gefestigt durch das Sakrament und den Vollzug der Ehe Cann. 1013; 1118.

Zu 2). Can. 1110 sagt über die Sakramentalität der Ehe: „*Matrimonium praeterea christianum conjugibus non ponentibus obicem gratiam confert*“. Jede christliche Ehe bewirkt Gnade, also auch die erst später christlich gewordene Ehe, freilich darf kein Hemmungsriegel (*obex*) für die Auswirkung vorhanden sein.

Zu 3). „*Utrique coniugi ab ipso matrimonii initio aequum ius et officium est quod attinet ad actus proprios conjugalis vitae*“ Can. 1111. Das „eheliche Leben“ umfaßt: a) den ehelichen Verkehr („eheliches Recht, eheliche Pflicht, *debitum conjugale*“), welcher nicht schrankenlos, sondern durch Vernunft und Glaube geregelt sein muß „*salva prius personae incolumitate*“ S. Thomas in Suppl. III q. 64 a. l. c.; 1 Cor 7, 1. 5 ss; b) das gemeinsame Wohnen (*cohabitatio quoad thorum et mensam*); c) die gegenseitige Hilfe, auf Liebe gegründet Gn 2, 18; Eph 5, 22 ff.

Zu 4). Über die Standesrechte spricht sich Can. 1112 also aus: „*Nisi iure speciali aliud cautum sit, uxor, circa canonicos effectus, particeps efficitur status mariti*“. Die Ehefrau nimmt teil an dem Wohnsitz und den kirchlichen

Standesehren des Gemahls („*mariti domicilium retinet et honorem*“ c. 3 De sepult. III 12 in 6<sup>o</sup>). Daß im bürgerlichen Rechte Ausnahmen eintreten und festgelegt werden können, haben wir oben schon gesehen; aber hier wird betont, daß es auch Ausnahmen geben kann für die kirchlichen Wirkungen. — So könnte bestimmt werden, daß die Frau nicht teilnimmt am Patronatsrechte ihres Mannes.

**II. Elternrechte, Elternpflichten.** Der Kodex faßt diese zusammen in den folgenden Satz des Can. 1113: „*Parentes gravissima obligatione tenentur proles educationem tum religiosam et moralem, tum physicam et civilem pro viribus curandi, et etiam temporali eorum bono providendi.*“ Die Eltern schulden der Nachkommenschaft dreierlei: „*Esse, nutrimentum, disciplinam*“ S. Thomas in Sup. III q. 41 a. 1. Die Eltern schulden 1) das Sein, d. h. sie dürfen nie unerlaubte Mittel gebrauchen, um das Dasein der Kinder („Kindersegen“) zu verhindern oder die bereits vorhandene Leibesfrucht zu beseitigen (z. B. *procuratio abortus* Can. 2350 § 1). Im Gegenteil müssen von dem zarten Menschengewächse alle Gefahren tunlichst beseitigt werden. Wenn auch der Mutterberuf zuweilen sehr schwere Opfer fordert, zuweilen das des eigenen Lebens, so gilt für sie das Paulinische Wort: „Sie wird ihr Heil erlangen durch Kindergebären“ 1 Tim 2, 15. — 2) Die Eltern schulden ferner die Nahrung: die von Gott eigens bereitete Nahrung der Muttermilch und fortjchreitend die festere Nahrung des späteren Lebens (1 Kor 3, 2; Hbr 5, 12). Zur Nahrung gehört eine gewisse Versorgung für die Zukunft 2 Kor 12, 14. — 3) Die Erziehung besteht in der Umformung des Kindes nicht nur zu einem brauchbaren Menschen, sondern ganz besonders zu einem überzeugten und edlen Christen, befähigt, sein ewiges Ziel zu erreichen. Darum spricht Can. 1113 von einer natürlichen, bürgerlichen, sittlichen und religiösen Bildung und Erziehung. Diese Ziele dürfen nicht etwa voneinander getrennt, sondern müssen gemeinsam erstrebt werden in Unterordnung unter das ewige Ziel; vgl. Cann. 1013; 1113; 1131; 1335; 1372; 2319.



**III. Familienrechte, Familienpflichten.** Durch die Eheschließung wird die Grundzelle der menschlichen Gesellschaft gegründet, in welcher Über- und Unterordnung sein muß. Im Kodex finden wir nur Andeutungen hiebon; so wenn betont wird, daß die Frau Wohnsitz und Stand vom Ehemanne erhält Cann. 93; 1112. Ähnliches gilt für die minderjährigen Kinder cc. 11. Die Rechte und Pflichten der Eltern gegenüber den Kindern gelten entsprechend für die Vorgesetzten gegenüber den Untergebenen; vgl. Can. 1335. — Über die „Frauenfrage“ wurde in neuer Zeit viel geschrieben; die grundsätzlichen Leitsätze findet man bei *Leitner M.*: Eherecht (3. Aufl.) S. 369.

**IV. Rechte der Eheleute nach außen.** Ist eine Ehe gültig eingegangen, so haben die Vermählten das Recht, daß sie von ihren Mitmenschen, namentlich aber von den gottgesegneten Gesellschaften als rechtmäßige Eheleute angesehen werden. Ebenso haben sie das Recht, daß ihre Kinder als rechtmäßige (gesetzmäßige, legitime) betrachtet werden. Zuweilen können über die Rechtmäßigkeit der Kinder Zweifel entstehen; darum hat die Kirche Grundsätze aufgestellt, geeignet, die auftauchenden Fragen zu lösen. Wie die bürgerlichen Gesetzgebungen, so begünstigt die Kirche die Legitimität der Kinder. Die hieher gehörigen Cann. lauten: 1) „Rechtmäßig sind jene Kinder, welche aus einer gültigen oder vermeintlichen Ehe durch Empfängnis oder Geburt entstammen, außer es wäre den Eltern wegen der feierlichen Profess oder der Übernahme einer höheren Weihe der Gebrauch der früher eingegangenen Ehe zur Zeit der Empfängnis verboten gewesen“ Can. 1114.

Grundlage der Rechtmäßigkeit ist die Ehe, mag sie nun gültig sein oder nur auf dem guten Glauben wenigstens eines Teiles beruhen, obwohl sie in Wirklichkeit ungültig ist. Die Rechtmäßigkeit ist sicher gegeben, wenn das ganze intrauterine Leben des Kindes sich im Mutter Schoß einer Ehefrau oder Putativehefrau vollzog. Jedoch genügt der Bestand der Ehe (*matrimonium validum vel putativum*) schon entweder zur Zeit der Empfängnis allein oder der Geburt allein. — Legitim ist also sowohl das Kind eines Vaters, der 8 Monate vor der Geburt dieses Kindes starb, als auch das Kind, welches einen Tag (eine Stunde) nach der Eheschließung geboren wurde. Nicht neu (c. 14 De fil. presb. I 17) ist die Bestimmung der Kirche, daß Kinder rechtmäßiger Eheleute unter Umständen „ungesetzlich“ seien. Es handelt sich um Eltern, von denen ein Teil (oder beide) die feierliche Profess abgelegt oder von denen der Mann eine heilige Weihe übernommen hat. Wir setzen voraus, daß diese

Alte gültig waren (Profess und Weiheempfang); denn wären sie u n - g ü l t i g gewesen oder später durch Dispense in den P f l i c h t e n wieder gehoben, so käme Can. 1114 nicht in Frage. Übrigens dürften diese Fälle äußerst selten sein; vgl. Cann. 542 n. 1; 987 n. 2. Wenn auch die Kinder solcher Verbindungen als „sacrilegi“ gelten, so sind sie doch naturrechtlich l e g i t i m; denn *matrimoniorum semel validum, semper validum*. Näheres im Handbuch I S. 148.

2) „Pater ist derjenige, welchen eine rechtmäßige Ehe als solchen erweist („Pater is est quem iustae nuptiae demonstrant“ l. 5. D. De in ius vocando 2, 4), außer es wird durch augenscheinliche Gründe das Gegenteil bewiesen (§ 1). — Die Rechtsannahme besteht für jene Kinder, welche geboren wurden 6 Monate nach der Verheirathung oder innerhalb 10 Monaten von der Auflösung des ehelichen Lebens an (§ 2).“

Bringt eine Ehefrau ein Kind zur Welt, so gilt nach Verlauf von 6 Monaten von dem Eheabschluß an stets der Ehemann als Vater; diese Rechtsannahme reicht noch 10 Monate über die Lösung des Ehebandes, sowie über die rechtliche und tatsächliche Trennung des ehelichen Lebens hinaus; vgl. BGB § 1592. — Man beachte, daß das Kirchenrecht dem Worte „nuptiae“ den Ausdruck „iustae“ anfügte. Die Präsumption besteht also nur dann, wenn die Ehe vor der Kirche Rechtskraft besitzt. Will der Ehemann die Legitimität des im Präsumptionszeitraum geborenen Kindes bestreiten, so kann er es nur mit augenscheinlichen Beweisgründen tun, z. B. Scheidung, Abwesenheit, zeitweiliges Unvermögen, vollständige Enthaltensamkeit u. ä.; vgl. c. 4. X (IV 17).

3) „Durch eine nachfolgende Ehe der Erzeuger, sei es eine wahre oder vermeintliche, sei es eine neu geschlossene oder gültiggemachte, sei es eine vollzogene oder auch nichtvollzogene, wird die Nachkommenschaft rechtmäßig (legitim), wenn nur die Erzeuger zum Eheabschluß fähig waren entweder zur Zeit der Empfängnis oder der Schwangerschaft oder der Geburt“ Can. 1116.

Friedrich erzeugte während der Ehe mit Mina aus Erna, der Schwester der Mina, ein Kind. Drei Monate vor der Geburt dieses Kindes starb Mina. Zwei Monate nach dem Tode derselben heiratet er mit bischöflicher Dispense (kraft der neuesten Vollmachten) die Erna. Wie steht es mit der Legitimität dieses Kindes? Das Kind ist legitim, vorausgesetzt, daß die 2. Ehe gültig oder wenigstens vermeintlich war Can. 1114. Würde der Ehemann seine Vaterschaft bestreiten, so obläge den sie Behauptenden der Beweis Can. 1115 § 2. — War das Kind schon geboren vor der zweiten Eheschließung, so wurde es schon durch die bischöfliche Dispense legitimiert. Wäre aber neben Schwägerschaft auch „Verbrechen“ vorzulegen, so trat die Legitimation nicht ein, da es sich um eine „proles adulterina“ handelte. Es müßte eine apostolische Legitimation erholt werden Can. 1051.

4) „Die durch nachfolgende Ehe legitimierten Kinder gleichen in den kirchenrechtlichen Wirkungen den ehelichen, außer eine ausdrückliche Norm bestimmt anders“ Can. 1117.

Die Ungefehllichkeit der Geburt wird rechtlich noch gehoben: a) durch ein Reskript des Papstes; b) durch feierliche Profeß in einem eigentlichen Orden; c) durch Dispense (soweit diese reicht). — Manche Wirkungen der legitimen Geburt können den Legitimierten vorenthalten sein; das gilt besonders von der Erlangung gewisser kirchlicher Ämter und Würden (Kardinal, Bischof, Abt oder Prälat mit Eigengebiet, höhere Obern der exempten Klerikalgenossenschaften); vgl. „Handbuch“ I S. 149, 151, 281 f.

5) **Ehrenrechte**, welche den legitimen Eltern und Kindern in der Kirche zukommen: a) das Anrecht auf den Segen der Wöchnerinnen (*benedictio puerperarum, benedictio mulieris post partum, purificatio post partum*); b) das Anrecht auf gewisse außerordentliche Zeremonien bei der Taufe und beim kirchlichen Begräbnis, wie Glockengeläute, Orgelspiel, Aussegnung, besondere Begleitung usw.; c) das Anrecht auf den Empfang der heiligen Weihen und der Zulassung zu weiblichen Orden und Kongregationen gemäß der Konstitutionen; vgl. *Leitner M.*: *Eherecht* (3. Aufl.) S. 374. Dagegen besitzen auch die außerehelichen Mütter das Recht, für ihre Kinder die Paten und die Taufnamen zu bestimmen.

### Anlage und Trennung der Ehe.

Ist die Ehe in kirchlicher Form abgeschlossen, so nimmt die Kirche an, daß sie richtig eingegangen wurde. Will darum ein Ehe teil die Gültigkeit oder die vollen Wirkungen einer Ehe in Frage stellen, so muß er eine förmliche Klage gegen dieselbe erheben. Dieses geschieht in der Regel beim kirchlichen Richter.

### § 68. Anlage gegen eine Ehe.

I. **Quellen**: Cann. 1960—92; 1552 sqq.; 1118—32; CC. d. 16. Oct. 1919 (AAS. 11, 479).

II. **Begriff**: Unter Anlage einer Ehe versteht man das gerichtliche oder außergerichtliche Erscheinen vor dem zuständigen Richter in der Absicht, den Bestand oder die Rechtswirkung einer Ehe in Frage zu stellen. — Wir behandeln in

einzelnen Punkten den Gerichtshof, den Kläger, das Verfahren, das Urteil, die Berufung und das außerordentliche Verfahren.

**A. Der Gerichtshof.** 1) Nach den Grundsätzen der katholischen Kirche ist der **staatliche** Gerichtshof zuständig in allen Fragen, bei welchen es sich handelt um die **bürgerlichen Folgen der Ehe** (oben S. 178). Indes könnte auch die Kirche zuständig sein, wenn nämlich eine solche Frage als **Nebenklage** beim kirchlichen Gerichtshof erscheint Can. 1961. — Nach sehr wahrscheinlicher Ansicht ist das weltliche Gericht auch zuständig, wenn Klagen sich gegen gültige **Ehen Ungetaufter** richten, soweit nämlich die Kirche für die Entscheidung derselben nicht selbst zuständig sein kann. — Neben dem kirchlichen Richter ist der weltliche zuständig für Klagen auf **Schadloshaltung** wegen Verlöbnißbruch Can. 1017 § 3; 1553 § 2.

**Ehen Ungetaufter.** Die Kirche ist kompetent, wenn eine Frage in das kirchliche Gebiet hereinragt, z. B. weil ein Teil sich taufen läßt, oder weil ein Getaufter eine Person ehelichen will, welche bisher in naturrechtlicher Ehe (Ungetaufter) lebte Cann. 1119; 1567. In allen übrigen Fragen ist der weltliche Richter zuständig, und zwar für die bürgerlichen Folgen kraft eigenen Rechtes, sonst kraft des Ergänzungsrechtes.

In allen sonstigen Ehesachen, also auch Eheklagen, ist der **kirchliche** Richter zuständig Can. 1960.

2) **Zuständigkeit der kirchlichen Richter unter sich.** Unter den kirchlichen Richtern kann zuständig sein zunächst der Apostolische Stuhl; dann die übrigen kirchlichen Richter.

I) Der Apostolische Stuhl ist 1) ausschließlich zuständig: a) in den Klagesachen der Staatsoberhäupter, ihrer Kinder und Thronfolger Can. 1557 § 1 n. l.; b) in den Dispensen bei nicht vollzogenen Ehen; c) in Fragen des Paulinischen Privilegs Can. 1962.

Zu a). Der Ausdruck „**Staatsoberhäupter**“ wurde im „Handbuch“ I S. 410, 413 erklärt. — Handelt es sich um derartige Fälle, so bestimmt der Heilige Vater selbst den Gerichtshof zur Untersuchung der Angelegenheit Can. 1962. — Zu b). Der Nichtvollzug einer Ehe wird durch die Sakramentenkongregation behandelt; Näheres hierüber bei dieser Dispense. — Zu c). Für das **Paulinische Privileg** ist ausschließlich das heilige Offizium zuständig, sogar mit Ausschluß der Orientalenkongregation SCC. d. 12. Nov. 1908 (AAS. 1, 148).



Der Apostolische Stuhl ist zuständig 2) in allen Klagen neben den ordentlichen Richtern.

II) Zuständigkeit der sonstigen Richter. „In den übrigen Ehesachen ist zuständig der Richter des Ortes, wo die Eheschließungsfeier stattfand oder wo der belangte Teil oder, wenn ein Teil akatholisch ist, der katholische Teil Domizil oder Quasidomizil hat“ Can. 1964. Die Zuständigkeit ist also eine örtliche; sie kommt dem Ordinarius des Trauungsortes bzw. des Domizilortes des belangten oder des katholischen Teils zu.

Der Ausdruck „in quo matrimonium celebratum est“ deutet auf die katholische Eheschließung, allein es können die verschiedensten Fälle vorkommen, namentlich bei Beurteilung von Ehen ungetaufter oder getaufter Akatholiken. Hier kann und muß man auch die Abschließung der Ehe vor dem bürgerlichen Beamten oder dem akatholischen Religionsdiener ins Auge fassen Can. 1565 § 1. — Zuständig ist ferner der Richter der „pars conventa“, also des gerichtlich belangten, nicht beklagten Teils; beklagt ist eigentlich nur die Ehe, nicht der Ehegatte. Indes so oft ein Teil als Kläger auftritt, erscheint der andere als „gerichtlich belangt“. Ist die Ehefrau die „pars conventa“, so beachte man Can. 93 über das Domizil und Quasidomizil der Ehefrau. — Bei Mischehen ist der Ordinarius des katholischen Teils zuständig. — Kommt eine Ehe zwischen zwei Akatholiken in Frage, so gelten die Grundsätze des Can. 1964, wie die Causa Paderbornensis d. 14. Apr. 1899 (AAS. 11, 296) beweist. — Sollten die Zuständigkeitsgründe des Can. 1964 nicht ausreichen, so kann mit Nutzen Can. 1567 herangezogen werden (conoxio causarum).

3) Der Gerichtshof der bischöflichen Kurie. Der bischöfliche Ehegerichtshof ist ein verschiedener je nach der Verschiedenheit der Klagen, bei denen es sich handeln kann um Ehenichtigkeit (nullitas), Ehetrennung (separatio), Verlöbnißbruch (dissolutio sponsalium ad reparandum damnum) und Nichtvollzug (non-consummatio).

Im Ehenichtigkeitsprozeß besteht der Gerichtshof aus drei Richtern mit beschließender Stimme. Auch im Ehetrennungsprozeß und im Prozesse wegen Verlöbnißbruches können drei Richter tätig sein, doch hat nur der Vorsitzende beschließende Stimme, die anderen nur beratende. Im Prozeß über den Nichtvollzug der Ehe wird vom Apostolischen Stuhle ein Iudex Instructor, ein „Aufklärungsrichter“ aufgestellt ohne beschließende oder beratende Beisitzer.

**Richter** ist zunächst der **Ortsordinarius** mit **Eigengewalt** (*potestas propria*) Can. 1572 § 1, also der **Residenzbischof**, der **Prälat** mit **Eigengebiet**, der **Apostolische Administrator**, **Bischof** und **Präsekt** Can. 198; 197 § 2. Der **Ortsordinarius** kann die (Ehe-) **Gerichtsbarkeit** in eigener Person ausüben oder durch einen **Stellvertreter** Can. 1572 § 2. Der **Stellvertreter**, welchen der **Bischof** usw. aufstellen muß, ist der **Offizial** mit **ordentlicher Richter Gewalt**. In kleinen **Diözesen** mit wenigen **Rechtsgeschäften** kann der **Generalvikar** auch mit dem **Amte** eines **Offizials** betraut werden; sonst muß ein eigener **Offizial** aufgestellt werden Can. 1573 § 1. Der **Offizial** hat die **Gerichtsbarkeit** über alle **bischöflichen Klagesachen**, also auch über die **Ehesachen**. Doch kann der **Bischof** sich **Vorbehalte** machen. — An **Stelle** des **Offizials** kann auch ein **Vize-Offizial** den **Vorsitz** in den **Gerichtsverhandlungen** führen Can. 1577 § 2. — Der **Offizial** (**Vize-Offizial**) muß **Priester**, **unbescholten**, **Doktor** des **kanonischen Rechts** oder **wenigstens rechtskundig** und **mindestens 30 Jahre alt** sein. — Die **Beisitzer** müssen aus der **Zahl** der **Synodal- oder Prosynodalrichter** genommen sein Can. 1574; 385—88. Im **Ehenichtigkeitsprozesse** haben sie, wie oben gezeigt, **beschließende Stimme**. Sie können entweder von **Fall zu Fall** („per turnum“) oder auch **dauernd aufgestellt** werden Can. 1576 § 2. Der **Offizial** (und die **Richter**) bleibt während der **Erledigung** des **Bischöflichen Stuhles**, bedarf aber der **Bestätigung** durch den **neuen Bischof**. Wird der **Generalvikar-Offizial** bei der **Sedisvakanz** zum **Kapitelvikar** gewählt, so hat er einen **neuen Offizial** zu ernennen.

Die **Gerichtsbeamten** sind beim **Ehegericht** der **Gerichtsschreiber**, der **Bandesverteidiger** und der **Rechtswart**.

A) Das **Amte** eines **Gerichtsschreibers** (*Notarius actuarius*) muß von einem **kirchlichen Notare** ausgeübt werden. Dieser **Notar** kann von **Fall zu Fall** oder **besser dauernd aufgestellt** werden. Ist der vom **Ordinarius** aufgestellte **verhindert**, so kann der **Gerichtsvorsitzende** aus der **Zahl** der **kirchlichen Notare** (**Sekretäre**) einen wählen. Werden die **Akten** vom **Ehegerichtsssekretär** nicht **gefertigt** oder **wenigstens unterfertigt**, so wären sie **nichtig**.

B) Der **Bandesverteidiger** (*Defensor vinculi*) hat die **wichtige Stellung**, wie er sie im **alten Rechte** innehatte, im **neuen** nicht nur **beibehalten**, sondern auch **erweitert**. Aus dem „*Defensor matrimonii*“ ist nämlich ein „*Defensor vinculi*“ geworden, d. h. ein **Bandes- oder Standesverteidiger** nicht nur der **Ehe**, sondern auch des **Weihesstandes**. In den **Ehenichtigkeitsprozessen**, sowie im **Aufklärungsprozeß** über den **Nichtvollzug** der **Ehe** muß der „*Defensor vinculi*“ bei **allen Akten** **beigezogen** werden. Doch sind die **Gerichtsverhandlungen** nicht **ungültig**, wenn er, ob-

wohl zitiert, nicht erschien, vorausgesetzt, daß er hernach die Akten zur Einsicht bekommt. Ebenso sind die Akten nicht ungültig, wenn er, obschon nicht zitiert, bei den Verhandlungen tatsächlich erscheint. Über seine Bestellung, seine Aufgaben vgl. *Leitner M.*: *Eherecht* (3. Aufl.) S. 381 f.

C) Der *Rechtswart* (*Promotor iustitiae*) muß bei allen Gerichtssachen das öffentliche Wohl der Kirche, besonders der betreffenden Diözese wahrnehmen. Früher hieß er „*Promotor fiscalis sive fisci*“, Fiskalanwalt, bekannt von den Seligsprechungsprozessen. Das Amt eines Rechtswartes kann mit jenem des Bandesanwaltes vereinigt werden *Can.* 1588. Im Eheprozeß hat der Rechtswart die Befugnis, bei öffentlichen Hindernissen als *Kläger* aufzutreten *Can.* 1971 § 1 n. 2.

**Bereidigung der Gerichtsbeamten.** Alle Mitglieder des Ehegerichtshofes müssen vor ihrer einmaligen oder ständigen Amtstätigkeit den *Amtseid* leisten, also die Richter, ausgenommen der Bischof, der Bandesanwalt, Rechtswart, Gerichtsschreiber, Gerichtsbote (*cursor*), Gerichtsvollzieher (*apparitor*). Die Eidesleistung geschieht vor dem Bischof oder dem Richter, welcher den Beamten ernannt hat, oder einem stellvertretenden Priester *Cann.* 1621—22.

**Eidesformel für Priester:** *In nomine Dei. Amen. Ego N. N. (stans et tangens pectus) coram Reverendissimo Ordinario (vel coram Iudice vel coram Sacerdote delegato) iuro et promitto: me officium Officialis (vel Iudicis Assessoris vel Defensoris vinculi vel Notarii, Actuarii etc.) rite et fideliter esse impleturum iuxta praescripta Codicis Iuris Canonici. Ita iuro et promitto; sic me Deus adiuvet.*  
N. N., Officialis.

**Eidesformel für Nicht-Priester:** Im heiligsten Namen Gottes. Amen. Ich N. N. (die rechte Hand auf das Evangelium legend) schwöre und verspreche unter Verührung dieses heiligen Evangeliums in Gegenwart des Offiziärs dieses Gerichtshofes, daß ich das mir anvertraute Amt eines Kurfors (Gerichtsboten) vorchriftsmäßig und gewissenhaft erfüllen werde. So verspreche und schwöre ich; so wahr mir Gott helfe und dieses sein heiliges Evangelium. N. N., Kursor.

**B. Die gerichtliche Klage.** 1) „Kein Kollegialgericht darf eine Ehesache untersuchen oder entscheiden ohne vorangehende ordnungsgemäße Klage oder rechtmäßiges Ersuchen“ *Can.* 1970. Diese Vorschrift gilt von allen Klagen. Für die Untersuchung über den Nichtvollzug der Ehe erfolgt päpstliche Bevollmächtigung.

2) Über das Klagerrecht in Ehesachen bestimmt Can. 1971: „*Habiles ad accusandum sunt: a) Coniuges, in omnibus causis separationis et nullitatis, nisi ipsi fuerint impediti causa; b) Promotor iustitiae in impedimentis naturae publicis.* — *Reliqui omnes, etsi consanguinei, non habent ius matrimonia accusandi, sed tantummodo nullitatem matrimonii Ordinario vel Promotori iustitiae denuntiandi.*“ — Man erkennt auf den ersten Blick die bedeutende Einschränkung des Klagerrechts. Früher besaß, wenigstens in öffentlichen Ehehindernissen, jeder Katholik das Klagerrecht; die *accusatio matrimonii* war eine *causa „popularis“*. Nunmehr besitzen ein Klagerrecht: a) der Rechtsanwalt; aber dieser nur in den ihrer Natur nach öffentlichen Hindernissen, also nicht in den geheimen Hindernissen des Verbrechens, der Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft, besonders der „illegitimen“, sowie des geheimen Unvermögens; b) die beiden Ehegatten, so lange sie beide leben, und in jenen Hindernissen, die sie selbst nicht veranlaßt haben. — Nur die beiden Ehegatten haben das Bittrecht bei Nichtvollzug der Ehe. Can. 1971—73. Alle übrigen Personen haben nur mehr ein Anzeigerrecht.

Adolf heiratete 1916 die Berta, mit deren Schwester er vollständigen geschlechtlichen Verkehr gepflogen hatte. Niemand wußte davon als die beiden beteiligten Personen. Die Ehe war ungültig. Im Jahre 1920 erzählt A. die ganze Angelegenheit einem befreundeten Priester, der auf Befragen erfährt, daß bei Gelegenheit der Trauung eine Dispense weder erbeten noch gegeben wurde. Wer hat das Klagerrecht? Nicht der Rechtsanwalt, da es sich um ein geheimes Hindernis handelt, das der Natur und Tatsache nach geheim ist; nicht die beteiligte Schwester der Berta, da sie kein Ehegatte ist; ebensowenig der Priester; auch nicht der Ehemann, da er ja Ursache des Hindernisses war. Nur die schuldlose Ehefrau könnte klagen, aber sie hat kein Wissen von dem Hindernis. Es bleibt nur der Ausweg der Anzeige, ausgehend entweder vom Ehemann oder von der Schwester der Ehefrau. Der Priester kann ohne Erlaubnis des Adolfs eine Anzeige nicht erstatten, da er durch Amtsgeheimnis gebunden ist; vgl. 1045 § 3. Aber wenn die Anzeige wirklich erstattet ist, so kann weder der Richter noch der Rechtsanwalt vorgehen, da entgegenstehen die Can. 1970 u. 1971 § 1 n. 2. Die Praxis wird diesen in der Theorie nicht berührten Fall ohne Zweifel lösen, da er gebieterisch eine Lösung erheischt. — Jener Gatte ist von der Klage ausgeschlossen, welcher das Hindernis verursacht hat („*causa impediti*“), nicht an sich hat. Darum dürfte ein Impotenter (*absque culpa propria*) das Klagerrecht besitzen, dagegen nicht ein Gatte, der dem anderen Furcht eingeflößt, durch Täuschung wesentlichen Irrtum veranlaßt oder die Frauensperson entführt hat.



**C. Das Verfahren.** Über das Verfahren gelten neben den allgemeinen Vorschriften des kirchlichen Zivilprozesses die in den Cann. 1960—92 angegebenen Sonderbestimmungen. Das Verfahren gliedert sich in die Aufgaben des Klägers, die Beweisaufnahme, die Tätigkeit der Richter und die Veröffentlichung des Prozesses.

1) **Aufgabe des Klägers.** Der Prozeß wird eingeleitet durch die Klageschrift (libellus), welche der klagende Teil dem Richter übergibt. Die Klageschrift enthält: a) den Gerichtshof; b) den Klageantrag („quid petatur“); c) den Rechtsgrund („quo iure innitatur“); d) das wenigstens allgemeine Beweisangebot. Die Klageschrift muß enthalten: die Unterschrift des Klägers; Zeit und Ort der Abfassung; die Adresse. Gewöhnlich wird die Klageschrift durch das zuständige Pfarramt eingereicht; doch kann der Kläger die Schrift selbst verfassen oder die Klage durch den Ehegerichtsnotar zu Protokoll geben lassen. Der Kläger kann einen Stellvertreter (procurator) und einen oder mehrere Anwälte (advocati) für sich bestellen. Diese müssen die vom Rechte geforderten Eigenschaften und die Anwälte außerdem noch die Gutheißung des Ordinarius haben.

**Formular:** An das Bischöfliche Ehegericht Straßburg stellt die Unterfertigte den Antrag, daß ihre mit Max Leichter am 30. Januar 1902 zu Mühlhausen im Elsaß eingegangene Zivilehe für nichtig erklärt werde auf Grund des Can. 1086 § 2. Mein Wille bei Abschluß der Zivilehe ging nämlich dahin, nur dem bürgerlichen Akte zu genügen, während die katholische Trauung erst folgen sollte. Dieser mein Wille ergibt sich aus den Umständen. Ich, Anna Kern, katholisch, hatte nämlich von dem Lutheraner Max Leichter bereits ein außereheliches Kind und fühlte mich neuerdings in guter Hoffnung. Da mein Bruder mich verließ, sah ich mich gezwungen, den Leichter zu ehelichen. Indes kam es nur zur Zivilehe; dieser folgte die katholische Trauung, wie ich gewollt hatte, nicht nach. Bis zur bürgerlichen Scheidung unserer Zivilehe (1912) war des Unfriedens und Streiten's kein Ende. Von Jugend auf war es meine Überzeugung, daß nur bei der katholischen Trauung die Ehe geschlossen werde. Diese Gesinnung beweisen auch einige Briefe aus damaliger Zeit, welche ich dem Gerichtshofe zur Verfügung stellen kann. Um die Einleitung des kanonischen Prozesses bittet

Mühlhausen i. G., 14. September 1920

Anna, bürgerliche Frau des Johann Bulfer, geborne Kern,  
in Mühlhausen, Baseler Straße 5/I.

Die **Beweismittel** sind: Urkunden, Zeugen, Gutachten, Augenschein, Eid usw. Cann. 1747; 1836.

Die wichtigsten U r k u n d e n in Eheprozessen sind die P f a r r b ü c h e r, welche besonders über die Verwandtschaftshindernisse Aufschluß geben Can. 470.

Z e u g e n werden im Eheprozesse beigezogen wie in den übrigen kirchlichen Zivilprozessen. Eine besondere Klasse von Zeugen sind die „Zeugen der siebenten Hand“. Nur in den Prozessen betreffend Impotenz oder Nichtvollzug der Ehe werden diese Zeugen beigezogen, wenn nicht ein vollgültiger Beweis ohnehin schon vorliegt. Unter „Zeugen der siebenten Hand“ versteht der Kodex „Blutsverwandte oder Verschwägerte, dann Nachbarn guten Rufes, endlich sonstige Eingeweihte, welche schwören können über die Rechtchaffenheit, besonders aber über die Wahrhaftigkeit der Parteien im fraglichen Punkte“. Diesen von den Eheleuten eingeführten Zeugen kann der Richter andere von Amts wegen beigezogen Can. 1975 § 1. Das Zeugnis „der siebenten Hand“ ist ein Hilfsbeweis für die Aussagen der Eheleute; erlangt jedoch die Kraft eines vollgültigen Beweises nur dann, wenn noch andere Stützpunkte und Beweise hinzukommen ibi § 2.

Die Einrichtung der „Zeugen der siebenten Hand“ ist aus dem germanischen Rechte herübergenommen; es sind die „Eideshelfer“, welche die Aussagen der Parteien unterstützen. Kann man auf jeder Seite wirklich sieben Zeugen beibringen, so ist es gut; allein eine absolut strenge Forderung scheint die doppelte Siebenzahl nicht zu sein, wie der Wortlaut des Can. 1975 beweist: „testes, qui septimae manus a u d i u n t“. — Tritt die Lügenhaftigkeit oder Unzuverlässigkeit eines der Ehegatten klar zutage, so wäre es widersinnig, wollte man dessen Aussagen durch Eideshelfer retten; vgl. Can. 1757—58. Sind die Ehegatten und Zeugen unverdächtig, so haben sie stets den W a h r h e i t s e i d zu leisten, dem der S c h w e i g e e i d angefügt werden kann nach dem Ermessen des Richters (iusiurandum de veritate dicenda et de silentio servando). Jede Zeugenaussage muß auf das genaueste b e s c h r i e b e n werden, so daß die Person und Glaubwürdigkeit des Zeugen einwandfrei feststeht (Reumundzeugnis des Pfarrers). — Die Zeugenaussagen sind in der M u t t e r s p r a c h e des Zeugen niederzuschreiben, möglichst wortgetreu. Am Schluß erhält der Zeuge die Aussagen nochmal vorgelesen mit der Vollmacht, zu ändern, verbessern usw. Ist dieser Akt beendet, so folgt die U n t e r s c h r i f t des Zeugen und, wenn der Richter es für gut befindet, eine n o c h m a l i g e Vereidigung. Bei Zeugen, welche nicht zu schreiben vermögen, genügt ein H a n d z e i c h e n (Kreuz). — Befinden sich Zeugen in a u s w ä r t i g e n D i ö z e s e n, so wendet sich der Richter an den Ordinarius dieser Diözese oder ersucht den Zeugen, in die Diözese des Richters zu kommen. — Ist ein benannter Zeuge verstorben oder geisteskrank geworden, so ist der hindernde Umstand durch ein Zeugnis festzulegen, damit kein Verdacht entsteht.

Die Gutachten der Sachverständigen, gestützt auf den Augenschein, haben die größte Bedeutung bei dem Hindernisse der Impotenz und dem Nichtvollzug der Ehe, sowie bei dem Hindernisse des mangelnden Vernunftgebrauches. Nutzlos und darum unstatthaft ist die körperliche Untersuchung der Frau, wenn sie ihre Unversehrtheit durch Geschlechtsverkehr oder gar durch Geburt eines Kindes verloren hat. — Ruht die Impotenz auf einem Gestörtsein der Nerven, so wird die körperliche Untersuchung Positives kaum zutage fördern. — Zu Sachverständigen (periti) können nicht genommen werden ungeeignete, verdächtige oder unfähige Personen; aber auch jene Ärzte, Hebammen usw. sind ausgeschlossen, welche die zu untersuchende Person in der vorliegenden Sache bereits privatim untersucht haben Can. 1978; freilich können diese Zeugen sein. — Wie bei der körperlichen Impotenz so müssen auch bei Geisteskrankheiten Sachverständige (periti) beigezogen werden, welche verschieden sind von den bisher beigezogenen Ärzten Can. 1982; S. Rota coram Sebastianelli in Buscoducensi d. 7. Ian. 1918 (AAS. 10, 517 sqq.).

1) Die Untersuchung des Mannes wird von wenigstens zwei sachverständigen Ärzten, welche amtlich bestellt sind, vollzogen Can. 1979 § 1. Die Bestellung der Sachverständigen (gilt auch im folgenden) geschieht durch den Gerichtshof nach Anhörung des Bundesanwalts Can. 1793, und zwar zunächst aus der Zahl derer, welche eine obrigkeitliche Anerkennung aufzuweisen haben („qui competentis magistratus auctoritate idonei fuerint comprobati“). Ausgeschlossen sind demnach alle Pfücher, aber auch unter den übrigen sind solche zu wählen, deren Stellung eine erprobte Erfahrung voraussetzt. Vor der Ausübung ihrer Tätigkeit haben die Sachverständigen den Eid zu leisten, daß sie ihr Amt gewissenhaft erfüllen wollen Can. 1797 § 1. — 2) Die Untersuchung der Frau geschieht durch zwei Hebammen oder, wenn es die Frau lieber will oder der Ordinarius es für notwendig hält, durch zwei Ärzte (Bestellung, Befähigung, Eid wie oben unter 1) Can. 1979 § 2. Diese Untersuchung der Frau hat zu geschehen mit genauer Beobachtung der Regeln des christlichen Anstandes und in steter Gegenwart einer achtbaren Frau (matrona), welche der Gerichtshof erwählt Can. 1979 §§ 2, 3. Die Hebammen oder Sachverständigen haben einzeln und getrennt (je eine Person) die Untersuchung vorzunehmen; ebenso einzeln und getrennt die Berichte hierüber zu verfassen, um sie innerhalb der gestellten Frist dem Gerichtshof übergeben zu können. Die Gutachten der Hebammen können vom Richter einem sachverständigen Arzte zur Überprüfung ausgehändigt werden Can. 1980. Sind die Berichte abgeliefert, so sollen die Sachverständigen, Hebammen und die Matrone, jede Person einzeln,

vom Richter auf Eid hin verhört werden nach den Artikeln, welche der Bundesanwalt vorher abgefaßt hat Can. 1981. Letzteres gilt auch gegenüber den *Ärzten*, welche den *Mann* untersucht haben.

Die Sachverständigen (Ärzte oder Hebammen) müssen zuerst bei Gericht erscheinen, um den Amtseid zu leisten Can. 1797. Selbstverständlich muß der Richter sie über ihre Aufgabe *aufklären*. Hierbei gilt es, die zu lösende Aufgabe ohne subjektive Färbung den Sachverständigen vorzulegen, um ja jede Beeinflussung (*suggestio*) fernzuhalten. Namentlich wenn es sich um *nerböse* Impotenz handelt, ist der Suggestion bei Sachverständigen Tür und Tor geöffnet. Zwei Größen auf dem Heilgebiete hatten einen Mann für schlechthin unvermögend (*absolute impotens*) erklärt. Nach einigen Monaten wollte der Mann wieder heiraten, und es fanden sich Sachverständige, welche seine *impotentia* als *mero relativa* darlegten, ja mehr als *potentia*; der Erfolg gab den letzteren recht. Wenn auch das einmütige Gutachten der Sachverständigen auf vollständige Unversehrtheit der Frau (*hymen inviolatus, claustrum virginale inviolatum*) lautet, so beweist dieser Umstand allein noch nicht, daß ein *commerceium carnale* überhaupt nicht stattgefunden hat; denn die sachmännischen Gelehrten behaupten, daß in fünfzehn von hundert Fällen trotz des Verkehrs der Hymen unverletzt bleibt; vgl. *Budin* bei *Jwan Bloch*: „Das Sexualleben unserer Zeit“ (9. Aufl. 1909) S. 14; *E. W. M. von Olfers*: „Pastoralmedizin“ S. 62: „Es kann bei unverletztem Hymen sehr wohl eine fruchtbare *copula* stattgefunden haben; dies sind nicht einmal seltene Fälle, sondern etwas ganz Gewöhnliches; auf der anderen Seite ist die Zerreißung des Hymens und das Verstreichen der Vaginalfalten kein absolut sicherer Beweis für den stattgehabten *usus matrimonii*, denn die Zerreißung des Hymens kann von jeder äußeren Gewalt, das Verstreichen der Vaginalfalten von Masturbation herrühren.“ Vgl. *Leitner M.*: *Eherecht* (3. Aufl.) S. 386 f.

Verschieden von dem Zeugeneid ist der *Ergänzungseid* (*iusiurantum suppletorium*). Im Eheprozeß findet der Ergänzungseid dann seine Anwendung, wenn sonst ein vollgültiger Beweis nicht zu erreichen ist. Der Richter kann ihn auflegen mit oder ohne Betreiben des Bundesanwaltes Can. 1830 §§ 1, 3. Bei den geheimen Hindernissen, wie *crimen*, *affinitas ex copula illicita*, dürfte der Ergänzungseid oft das einzige Mittel sein, um festzustellen, daß z. B. der geschlechtliche Verkehr wirklich stattgefunden hat und eine Dispense bei der Eheschließung nicht gegeben wurde. — Freilich genügt dieser Eid nicht für sich, es muß wenigstens ein Halbbeweis vorhanden sein Can. 1829.

2) *Tätigkeit der Richter*. Der Gerichtshof (Richter) hat folgende Aufgaben: a) *Prüfung* der *Zuständigkeit* des Gerichtshofes, des Klägers und der Klage Can. 1646 sqq.; 1709; 1961—64; 1970; b) *Beimühung*,



den Streitfall auf friedlichem Wege zu beseitigen; c) *Beweisaufnahme* vor dem Gerichtshofe, vor einem der Richter oder vor einem eigenen Untersuchungsrichter (*auditor*), wobei der Bandesanwalt und Schriftführer stets zugegen sein müssen; d) *Beratung* des Materials durch den Gerichtshof, wobei einer der Kollegialrichter als Berichtserstatter (*Ponens* oder *Relator*) über die Sache schriftlich berichtet und das Urteil abfaßt; ein Stellvertreter des Berichtserstatters ist zulässig; e) *Veröffentlichung* der Prozeßakten und Abschluß des Prozesses in Form eines richterlichen Dekretes Can. 1858—60. — Nach der Veröffentlichung des Prozesses dürfen ausnahmsweise neue Zeugen zugelassen und die alten nochmals vernommen werden, freilich mit Ausschluß jeglichen trügerischen Einverständnisses (*collusio*), weshalb der Bandesanwalt Einwände machen kann, wie er überhaupt bei allen mündlichen und schriftlichen Akten vorschriftsgemäß das letzte Wort hat Cann. 1983—84. — Handelt es sich um den *Nichtvollzug* einer Ehe, so darf der Aufklärungsrichter keine Veröffentlichung der Akten vornehmen und kein Urteil fällen, sondern wenn der Defensor sich zufrieden gibt, müssen die erwachsenen Akten (lateinisch, italienisch oder französisch übersetzt) an den Apostolischen Stuhl geschickt werden mit Beifügung der beiden Gutachten des Bischofs und des Bandesanwaltes Can. 1985. Hier sind, da es sich um eine Dispense handelt, auch die *Taxen* zu berücksichtigen; wir verweisen auf unsere früheren Ausführungen (oben S. 273—275).

**D. Das Urteil.** Cann. 1868 ff. Wir behandeln die Schlußverhandlungen, den Inhalt und die Form des Urteils.

1) Das *Endurteil* (*sententia definitiva*) bei einem Trennungs- oder Verlobungsbruchprozeß fällt der *eine* Richter; im Ehenichtigkeitsprozeß das *Richterkollegium*; im Aufklärungsprozeß bei Nichtvollzug der Ehe wird kein Urteil gefällt. — Am Gerichtsorte und zur festgesetzten Zeit versammeln sich die Richter des Ehenichtigkeitsprozesses, um ihre Gutachten, mit sachlichen und rechtlichen Gründen belegt, vorzutragen; diese Gutachten bleiben bei den geheimen Prozeßakten. Der Berichtserstatter trägt zuerst sein Gutachten vor; dann folgen die andern dem Range nach; eine maßvolle

Erörterung (*discussio*) schließt sich an, wobei die Richter von ihren ursprünglichen Gutachten wieder abgehen können. — Das Endurteil kann sofort oder mit Aufschub gefällt werden *Can.* 1871. Das Urteil gründet sich auf *moralische Gewißheit*. Ist diese nicht zu erreichen, so entscheidet die Rechtsannahme (*praesumptio*), welche zugunsten der Gültigkeit lautet *Cann.* 1014; 1068 § 2 (*impotentia*); 1070 § 2 (*cultus disparitas*); dagegen 1127 (*privilegium fidei*). Die Entscheidung wird gefällt mit *Stimmenmehrheit* *Can.* 1577 § 1.

2) *Inhalt*. Das Urteil muß dreierlei enthalten: a) die klare Entscheidung; b) die rechtlichen und sachlichen Belege; c) die Auslagenfestsetzung *Can.* 1873.

3) *Form*. Das Urteil beginnt mit Anrufung des göttlichen Namens (*In nomine Dei. Amen*), benennt die Richter, den Kläger, den Belangten (die etwaigen Stellvertreter), endlich den Defensor. Geschlossen wird das Urteil mit Angabe des Tages und Ortes der Abfassung, unterschrieben von sämtlichen Richtern und vom Notar *Can.* 1874. — Die Veröffentlichung des Urteils ist auf dreifache Weise möglich: a) durch den Richter, der es den vorgeladenen Parteien verkündet; b) durch den Kanzler des Gerichtshofes, bei dem es zugänglich gemacht wird; c) durch Zusendung an die Parteien *Can.* 1877.

**E. Die Berufung.** 1) Lautet das Urteil auf Gültigkeit der Ehe, so steht das Recht der Berufung dem *Kläger* oder dem *Rechtswart* zu. Die Berufung kann an den nächst höheren Richter oder an den Apostolischen Stuhl sich richten. Auch gegen ein weiteres gleichlautendes Urteil kann einmal oder auch mehrmal Berufung eingelegt werden; denn Ehesachen werden ihrer Natur nach *nie mal s'recht s'kräftig* (*nunquam transeunt in rem iudicatam*), freilich kann einer leichtfertigen Streitsucht durch die Klausel „*appellatione remota*“ vorgebeugt werden. — 2) Wird die Nichtigkeit der Ehe ausgesprochen, so kann und muß der Bundesanwalt Berufung zum höheren Gerichtshofe einlegen, wozu er vom Richter angehalten werden kann *Can.* 1986. — 3) Die Berufung geschieht beim Richter des angefochtenen Urteils (*iudex a quo*) innerhalb 10 Tagen von

der Kenntniznahme des Urtheils mündlich protokollarisch oder schriftlich; innerhalb eines Monats muß die Sache beim Berufungsrichter weiter verfolgt werden Can. 1881—83. — Nach zwei gleichlautenden Urtheilen für die Nichtigkeit der Ehe tritt die Rechtskräftigkeit des Urtheils ein, vorausgesetzt, daß der Defensor keine weitere Berufung einlegt und 10 Tage verstrichen sind. Die „Ehegatten“ können zu einer neuen Ehe schreiten Can. 1897, wenn nicht ein eigenes Verbot dem Urtheil beigelegt wurde (e. gr. *vetito viro, ne transeat ad novas nuptias inconsulta Ap. Sede*). — Freilich ist die Rechtskräftigkeit der Ehe immer nur eine *relative*.

Vom bischöflichen Gericht geht die Berufung ordentlicherweise an den Metropolitanen; von diesem an den Apostolischen Stuhl. — Vom Metropolitanengericht I. Instanz geht die Berufung an jenen Gerichtshof, den der Metropolitan unter seinen Suffraganen ein für allemal mit Billigung des Apostolischen Stuhles gewählt hat Can. 1594 § 2. Erzbischöfe ohne Suffragane und Bischöfe, welche dem Apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen sind, müssen sich bezüglich des Instanzenweges an jenen Erzbischof halten, zu dessen Provinzialkonzil sie auch gehören Can. 1594 § 3; 285. — Durch besondere Privilegien des Apostolischen Stuhles sind in manchen Ländern auch 3. Instanzen eingeräumt; so ist in *Bahern* für den Metropolitan Sprengel *München* 3. Instanz *Bamberg* und umgekehrt; für *Öln* ist *Freiburg* i. Br. 3. Instanz; für *Breslau* besteht eine eigene Einrichtung.

**F. Abgekürztes Verfahren.** Wenn in einem Falle die klaren Hindernisse vorliegen, so räumt der Kodex ein abgekürztes Verfahren ein Can. 1990—92. Drei Punkte sind zu beachten: die Hindernisse, die Voraussetzungen, das Verfahren.

1) Die *Hindernisse* sind: „*cultus disparitas, ordo, votum sollemnis castitatis, ligamen, consanguinitas, affinitas aut cognatio spiritualis*“ Can. 1990.

2) *Voraussetzungen*: Aus einem durchaus sicheren, echten und einwandfreien Zeugnisse muß erhellen: a) daß eines dieser Hindernisse beim Eheabschlusse *vorhanden* war; b) daß eine *Dispense* hievon *nicht* gegeben wurde *ibi*.

3) *Verfahren*: Der Ordinarius hat die Parteien vorzuladen und ihnen in Gegenwart des Bandesanwaltes zu erklären, daß die Ehe nichtig ist. Erscheint dem Defensor die Sache nicht ganz klar, so hat er das Recht und nach Umständen auch die Pflicht der Berufung zur nächsten Instanz.

Der Richter der 2. Instanz, an den die Akten zu senden sind mit der Bemerkung, daß es sich um den Ausnahmefall Can. 1990 handle, untersucht die Frage mit dem Defensor der 2. Instanz. Kann er das Urteil bestätigen und legt der Defensor keine Berufung ein, so erlangt dasselbe nach 10 Tagen Rechtskraft. Glaubt er, daß die Notwendigkeit des feierlichen Verfahrens gegeben sei, so schickt er die Akten an die Vorinstanz wieder zurück zum ordentlichen Verfahren Can. 1992.

Man glaube ja nicht, daß die genannten Hindernisse immer zum abgekürzten Verfahren berechtigen; dieselben können vielmehr in Dunkel gehüllt sein. Hier muß alsdann das ordentliche Verfahren von Anfang an eingehalten werden; so bei Glaubensverschiedenheit von Katholiken, beim Eheband, das ohne kirchliche Form geknüpft wurde, bei Blutsverwandtschaft aus außerehelichem Verkehr, bei geistlicher Verwandtschaft aus der Nottaufe. — Die ursprünglich gewährten Dispensen können verschleiert sein, weil sie in der „Todesgefahr“ oder im „verwickelten“ Falle gewährt worden waren Cann. 1043—45. — Ein Gerichtshof von drei Richtern ist hier nicht notwendig, doch kann der Ordinarius durch den Offizial vertreten sein. Bandesanwalt und Schriftführer sind notwendig.

Von dem „Mangel der Eheschließungsform“ war in den Cann. 1990—92 keine Rede. Das ordentliche Rechtsverfahren war im Falle der Klandestinität stets einzuhalten. Da schuf die Kodexkommission (CC.) am 16. Okt. 1919 ad 17 (AAS. 11, 479) fast zu gründliche Abhilfe. — Wir geben einen Auszug aus den drei Regeln, welche die CC. aufstellt. Wenn ein Katholik sicher an die Form des Tridentinum oder des Dekrets „No temere“ gebunden war und sie sicher nicht eingehalten hat, so kann das abgekürzte Verfahren der CC. eingehalten werden. Das Verfahren ist folgendes: Der Ordinarius oder der Pfarrer nach Einvernahme des Ordinarius hat den Fall klar zu untersuchen und dann zu erklären, daß das Eheband nicht zu Recht besteht, weshalb die fraglichen Personen zu einer neuen Ehe schreiten können. Ein Bandesanwalt oder Schriftführer muß nicht notwendig beigezogen werden. In Deutschland und Ungarn kommen für das verkürzte Verfahren in Betracht: a) die rein katholischen Ehen vom 15. April 1906 an; b) die Mischehen vom 19. Mai 1918 an. Dagegen dürfen sämtliche in Österreich geschlossene rein katholische Ehen und Mischehen nach dem abgekürzten Verfahren behandelt werden, anders dagegen die auswärts geschlossenen Ehen. (Wiener Diözesanbl. 57, 34.)



**G. Pastorelles Verfahren bei ungültigen Ehen.** Bisher sind wir den Weg des Rechtes gegangen, nunmehr obliegt uns die Aufgabe, auch das Verfahren des guten Hirten zu zeigen, welcher rettet, was zu retten ist. Der Seelsorge eröffnen sich bei ungültigen Ehen drei Wege: der Weg der Gültigmachung; der Weg der Auflösung; der Weg der Duldung.

1) Schon der Richter, um so mehr der Seelsorger hat auf die Gültigmachung der Ehe hinzuwirken Cann. 1965; 1133 ff.; 1138 f. Doch gibt es Fälle, wo dies Bestreben undurchführbar ist, nämlich a) wenn das fragliche Hindernis undispensierbar ist, z. B. geschlechtliches Unvermögen; b) wenn ein Teil (oder beide) die Gültigmachung nicht will; c) wenn aus der Gültigmachung größere Übel zu befürchten sind; so wenn ein Teil bereits in bürgerlicher Ehe mit Kindern lebt. In diesen drei Lagen muß der Seelsorger auf die Nichtigkeitserklärung hinarbeiten, wenn nicht eine gewisse Duldung zu bevorzugen ist.

2) Eine „Scheinehe“ kann geduldet werden, wenn sie einerseits nicht gültig gemacht werden kann, andererseits nicht aufgelöst werden soll. Dies ist leichter, wenn guter Glaube vorhanden ist, nicht ganz ausgeschlossen, wenn er fehlt.

Der Apostolische Stuhl hat das Zusammenleben und den Gebrauch der „Ehe“ geduldet, wenn nur kein Argernis zu befürchten war; so zwischen Halbgeschwistern (aus außerehelichen Verhältnissen), so bei Schwägerschaft in der geraden Linie, entsprungen einem illegitimen Verhältnisse. — Darum hüte sich der Seelsorger, den guten Glauben zu zerstören. — Aber auch wenn der gute Glaube auf einer oder beiden Seiten nicht mehr vorhanden ist, kann ein Zusammenleben gestattet werden, vorausgesetzt, daß kein Argernis entsteht und die Gefahr der Unenthaltbarkeit ausgeschlossen ist.

3) Trennung ist notwendig, wenn eine Gültigmachung unmöglich ist und die Trennung als das kleinere Übel erscheint. Die Trennung auch der ungültigen Ehen darf nicht auf eigene Faust stattfinden, außer im Falle von Seelen- oder Leibesgefahren, es muß vielmehr das Nichtigkeitsurteil des kirchlichen Gerichtes abgewartet werden. — Wird die Ungültigkeit der Ehe privatim genau erkannt, so muß der geschlechtliche Verkehr sofort abgebrochen werden. Entsteht ein begründeter Zweifel an der Gültigkeit der Ehe auf beiden Seiten, so muß der Geschlechtsverkehr aufhören, bis

sich das Hindernis klar herausstellt oder die Unmöglichkeit, den Zweifel zu lösen. Im letzteren Falle steht die Rechtsannahme zugunsten der Ehe, der Geschlechtsverkehr wird wieder erlaubt. Hat nur e i n Teil Zweifel, so darf dieser die eheliche Pflicht leisten, aber nicht fordern, bis nicht der Zweifel wie oben gelöst ist c. 2 De secund. nupt. (IV 21).

### Die Trennung gültiger Ehen.

## § 69. Die Trennung des Ehebandes bei gültigen Ehen.

### A. Allgemeine Grundsätze.

I. Die katholische Kirche stellt folgenden Satz auf: „Die gültige und vollzogene Ehe zweier Getaufte kann durch keine menschliche Gewalt und aus keiner Ursache, außer durch den Tod, gelöst werden“ Can. 1118; Trid. sess. 24 cn. 7. Die M a t t h o l i k e n, z. B. Protestanten und Orientalen, nehmen die Möglichkeit der Scheidung des Ehebandes an mit Berufung auf Mt 5, 32; 19, 9. Doch versetzen sie ihrer Schriftauslegung schon dadurch einen Schlag ins Gesicht, daß sie nicht nur den e i n e n Grund der „fornicatio“, sondern viele Scheidungsgründe gelten lassen. — Aber auch bezüglich des Ehebruchs berufen sie sich mit Unrecht auf Matthäus; denn sowohl der Zusammenhang als die Parallelstellen beweisen, daß Mt 5, 32 und 19, 9 nur von der Scheidung von Tisch und Bett ausgelegt werden kann.

II. Es ist katholische Lehre, daß auch die nichtvollzogene Ehe an sich unauflöslich ist; immerhin kann sie gelöst werden durch die Bollgewalt des Papstes als des Stellvertreters Christi. — Vor Papst Alexander III. nahm man in der Theorie eine leichtere Lösung der nichtvollzogenen Ehe an; vgl. c. 3 De sponsa duorum (IV 4); S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones (ed. 4. a) IV 4 nn. 11—18.

III. Es ist katholische Lehre, daß die Ehe s c h l e c h t h i n, d. i. auch als naturrechtliches Institut = *matrimonium legitimum*, unauflöslich ist; daß sie aber gelöst werden kann durch das „P a u l i n i s c h e P r i v i l e g“.

Die naturrechtliche Unauflösbarkeit der Ehe kann bewiesen werden aus dem unfehlbaren Lehramt der Kirche, Trid.

sess. 24 prooem.; c. 8 De div. IV 19; Pius IX. in Syll. n. 67; Leo XIII. in Enc. „Arcanum“ § „Constat inter omnes“; Can. 1013 § 2. Aber außerdem läßt sich diese Unauflöslichkeit auch aus Vernunftgründen beweisen. Diese Vernunftgründe werden um so einleuchtender wirken, wenn wir vorausschicken, daß unsere These von dem sekundären Naturrechte gilt und daß die Schäden der Lösungsmöglichkeit am System am klarsten zutage treten. Nach der Enzyklika Leo's XIII. „Arcanum“ sprechen folgende Gründe für die Unauflöslichkeit der Ehe: Die Ehescheidung widerspricht: 1) der vollkommenen Gleichheit zwischen Mann und Frau; 2) der gegenseitigen Unterstützung der Eheleute Can. 1013 § 3; 3) der vernünftigen Zügelung der fleischlichen Begierde; „ein Stand der Selbstverleugnung ist die Ehe“, Minister Ferraris bei Lampert, „Entwurf zu einem Schweizer Zivilgesetz“ S. 38—39; 4) dem Hauptzweck der Ehe, also der Kindererzeugung und -erziehung; 5) dem Wohle des Staates und der menschlichen Gesellschaft. Die nähere Darlegung und Begründung findet sich bei Leitner M.: Eherecht (3. A.) S. 397—401.

### B. Lösung der nichtvollzogenen Ehe.

I. **Quellen:** Cann. 1119; 1962—85; 572; 542 n. 1; 987 n. 2.

II. **Grundsatz.** Can. 1119: „Die nichtvollzogene Ehe unter Getauften oder zwischen einem getauften und einem ungetauften Teil wird gelöst einerseits durch die Rechtswirkung der feierlichen Profess, andererseits durch die vom Apostolischen Stuhle aus gerechtem Grunde erteilte Dispense, auf Bitten beider oder nur eines Teils, auch wenn der andere nicht zustimmt.“

**Erläuterung:** 1) Die Lösung der Ehe ist möglich, wenn sie unvollzogen blieb, sei es, daß es sich um eine rein christliche oder um eine gemischte Ehe handelt. Wir stehen aber nicht an, zu behaupten, daß der Apostolische Stuhl die Dispense auch dann erteilen kann, wenn beide Teile ungetauft sind, vorausgesetzt jedoch, daß der Apostolische Stuhl ein Interesse an der Lösung einer solchen nichtvollzogenen Ehe hat. Dies wäre der Fall, wenn ein Christ aus

gewichtigem Grunde einen solchen ungetauften Ehegatten heiraten wollte. — 2) Die unvollzogene Ehe wird gelöst durch die feierliche Profeß in einem eigentlichen Orden. Wie ein Eheteil in einen Orden eintreten kann, wann eine Profeß feierlich und gültig ist, dies alles haben wir bereits im Ordensrechte kennengelernt; vgl. „Handbuch“ I 3. 2., „Ordensrecht“ § 17 (S. 372); § 19 (S. 390 f.). — War die Ehe lediglich geschlossen, aber nicht vollzogen; ist die feierliche Profeß tatsächlich abgelegt, so tritt mit der Profeß die Lösung der Ehe unverzüglich ein („ipso iure“). — 3) Die päpstliche Dispense wird nur auf Bitten erteilt, und zwar nur auf Bitten (wenigstens) eines Ehetteils; eine dritte Person bemüht sich um diese Dispense vergebens Cann. 1119; 1973. Doch hindert die Dispense der gegenteilige Wille oder das Entgegenarbeiten des anderen Teiles nicht. — Zur Dispense sind zwei Voraussetzungen unbedingt gefordert: a) daß der Nichtvollzug der Ehe moralisch sicher sei; b) daß ein gerechter Grund (*causa iusta*) vorliege Can. 1119.

Das Verfahren ist in kurzen Zügen folgendes: a) Das Bittgesuch wird gewöhnlich an den Ordinarius gerichtet. Da dieser unzuständig ist, wird er ein Gesuch an den Apostolischen Stuhl richten, in welchem die Umstände klar dargelegt sind (Nichtvollzug, Gründe), freilich ohne daß der Ordinarius einen eigentlichen Rechtsakt setzt.

Erst wenn der Apostolische Stuhl den Ordinarius bevollmächtigt hat, kann dieser den Prozeß in eigener Person oder durch den Offizial als *Iudex Instructor* führen Cann. 1963; 1966; 1985. Indes gibt es eine Ausnahme. Wenn nämlich der zuständige Richter einen Prozeß über *Im p o t e n z* eingeleitet und geführt hat und sich bei diesem Prozesse nicht die Impotenz, wohl aber der Nichtvollzug der Ehe herausstellt, so können die Akten an die *S. C. Sacramentorum* eingeschickt werden, welche diese als Unterlage zur Begutachtung der Dispense gebrauchen kann Can. 1963 § 2. Freilich darf man diese Ausnahme nicht auf das Hindernis der Impotenz allein beschränken; die Natur der Sache und die Praxis des Apostolischen Stuhles gestatten vielmehr das gleiche Verfahren auch bei anderen Hindernissen, z. B. Furcht, Geisteskrankheit, Schwangerschaft usw.; vgl. *S. C. C. in Wirceburgen*. d. 7. Jul. 1883 (ASS. 16, 262—74). Aus dieser Möglichkeit ergibt sich für den Gerichtshof die Pflicht, die Akten auch nach der Richtung des Nichtvollzuges genau zu führen.

b) Hat der Ordinarius die Vollmacht der *S. C. Sacr.* in Händen, so muß er in eigener Person oder durch einen *Iudex Instructor subdelegatus* den Prozeß führen ohne *Iudices Assessores*, aber mit Beiziehung des Defensors und Schriftführers. Das Ziel ist ein doppeltes: Darlegung des Nichtvollzuges und Vorbringung von gewichtigen Gründen. Der Nichtvollzug läßt sich am leichtesten nachweisen: a) bei „in-



consummatio coarctata tempore“;  $\beta$ ) weniger leicht bei „inconsummatio copula non tentata“;  $\gamma$ ) am schwierigsten bei „inconsummatio copula tentata“ vgl. Leitner M., Eherecht<sup>3</sup> S. 404 f. — Die Gründe können entspringen der Art der Ehereingehung, z. B. geschlossen unter Furcht, mit mangelnden Konsens usw.; — einer neu übernommenen Verpflichtung, wie Abschluß einer Zivilehe; — endlich der Veränderung der ganzen Lage, so durch Krankheit, Verbrechen, unüberwindliche Abneigung usw.; vgl. die Göttsweiger Handschrift bei Freisen: „Geschichte des kan. Eherechts“ S. 178. Wie wir schon oben sahen, kommt es in diesem Prozesse zu keiner Veröffentlichung, zu keinem Urteil, also auch zu keiner Berufung, sondern die Akten werden mit den beiden vota des Bischofs und des Bundesanwalts an die Sakramentenkongregation nach Rom geschickt.

c) Diese heilige Kongregation hat die Aufgabe, die Akten zu prüfen, sie abzuweisen, wenn die Sache aussichtslos ist, sie zu ergänzen durch Rücksendung mit der allgemeinen Anweisung „Corroboventur probationes“ oder mit einer besonderen Instruktion, durch Anerkennung des Nichtvollzuges und der beigebrachten Gründe. Im letzteren Falle lautet die Antwort auf die Frage „An praestandum sit consilium Ssmo pro dispensatione super matrimonio rato et non consummato in casu?“ — „Affirmative.“ — — — Der Sekretär der Sakramentenkongregation trägt alsbald dem Heiligen Vater die Bitte um die Dispense vor mit Darlegung der Kongregationsverhandlungen, worauf der Papst die Dispense in eigener Person erteilt. — Ein neuestes Beispiel bei Leitner M.: Eherecht (3. A.) S. 407.

d) Durch die päpstliche Dispense wird die Ehe dem Banne nach gelöst, so daß jeder Teil zu einer neuen Ehe schreiten kann, wenn nicht ein besonderes Hindernis oder Verbot entgegensteht. Seit 3. Juni 1912 (AAS. 4, 403) kommt bei manchen Personen noch eine weitere Wirkung hinzu. Sollte eine der geschiedenen Personen von dem Hindernis des *crimen neutro patrans* belastet sein, so erlischt das Hindernis mit der Gewährung der päpstlichen Dispense Can. 1053.

### C. Lösung der Ehe durch das Paulinische Privileg.

I. Quellen: a) 1 Kor 7, 12—16. — b) Cann. 1120—27; 247 § 3; 1962.

II. Leitsatz: „Legitimum inter non baptizatos matrimonium, licet consummatum, solvitur in favorem fidei ex privilegio Paulino“ Can. 1120 § 1.

Erläuterung: 1) Es handelt sich um „die Ehe zweier Ungetaufter, auch die vollzogene“. Wenn also die Ehe von Anfang an eine christliche oder eine Mischehe ist, so greift das Paulinische Privileg nicht Platz, wie Can. 1120 § 2 ausdrücklich betont. — Die beiden verheirateten Personen müssen ungetauft ge-

wesen sein; ob sie nun Heiden, Juden, Mohammedaner oder Namenschristen sind, ist ganz gleich. Umgekehrt gilt das Privileg niemals für Heiden, Juden usw., welche getauft sind.

2) Zum Eintritt des Paulinischen Privilegs ist notwendig, daß von den beiden ungetauften Eheleuten der eine sich bekehre und getauft werde 1 Kor 7, 12 ff; Can. 1121. — Die Bekehrung allein genügt nicht; darum entschied das heilige Offizium am 13. (15.) März 1901 (ME. 13, 3): „*Verba illa S. Pauli non esse intelligenda de catechumenis, sed de baptizatis tantum*“. — Selbstverständlich ist die Bekehrung und Taufe gegeben beim Eintritt in die katholische Kirche, allein man nimmt begründeterweise an, daß das Paulinische Privileg angewendet werden darf bei Bekehrung zum christlichen Glauben in einer Sekte, wenn die Taufe gültig gespendet wird. Die Taufe ist ja überall die eine katholische Taufe; immerhin hat der Apostolische Stuhl diese Frage noch nicht entschieden.

3) Die Taufe allein bewirkt noch nicht die Auflösbarkeit der Ehe, „*cum per sacramentum baptismi non solvantur conjugia, sed crimina dimittantur*“ (Inn. III. in c. 8. De divort. IV 19); es wird vielmehr gefordert, daß der ungetaufte Teil „weggehe, sich trenne“ („*discedat*“). Dieses „Sich-trennen, Weggehen, *discedere*“ besteht darin, daß der ungetaufte Teil mit dem christlichen Teil entweder gar nicht oder nicht ohne Verunehrung des Schöpfers zusammensein will. Die „Verunehrung des Schöpfers“ ist nicht nur bei Sünden gegen den heiligen Glauben gegeben, zu denen der ungläubige Teil den getauften verführen oder veranlassen will, sondern auch von anderen schweren Sünden, z. B. gegen die eheliche Keuschheit.

Diese Trennung ist jedoch nicht gegeben: a) wenn nicht der ungetaufte Teil, sondern dessen Verwandte den christlichen Teil zu einer schweren Sünde verleiten; b) wenn der christliche Teil dem anderen gerechten Grund zum Weggehen gab Can. 1123, z. B. durch Ehebruch, begangen nach der Taufe; vgl. Leitner M., Eherecht (3. A.) S. 411.

III. Die Interpellationen Cann. 1121—25. 1) Bevor der getaufte Teil eine neue Ehe gültig eingeht, muß er regelmäßig an den ungetauften zwei Aufforderungen oder Fragen richten, nämlich: a) „*An velit et ipsa (pars) converti ac baptismum suscipere*; — b) *An saltem velit*

*secum cohabitare pacifice sine contumelia Creatoris*“. Werden die beiden Interpellationen mit „Nein“ beantwortet, so kann der getaufte Teil zur neuen Ehe schreiten. Wird die erste Frage mit „Nein“ beantwortet, die zweite mit „Ja“, so muß der Bekehrte bei dem Ungetauften bleiben. — Wird die erste Frage mit „Ja“, die zweite mit „Nein“ beantwortet, so können Fälle eintreten, daß trotzdem das Paulinische Privileg gebraucht werden kann, wie die Antwort des heiligen Offiziums vom 26./28. April 1899 beweist (ME. 11, 111). Das Glaubensprivileg kann demnach eintreten trotz des Willens des ungetauften Teils, sich zu bekehren und taufen zu lassen.

2) Die Interpellationen können *amtliche* und *private* sein. Die amtlichen geschehen auf Anordnung des *Ordinarius* des getauften Teils, wenigstens in *summarischer* und *außergerichtlicher* Form. — Die privaten sind, wenn im äußeren Forum nachweisbar, immer gültig; aber auch erlaubt, wenn die amtlichen ohne physischen oder moralischen Schaden nicht sich vollziehen lassen. Der äußere Nachweis ist vorhanden durch das Zeugnis zweier Zeugen oder sonst in gesetzmäßiger Weise Can. 1122, z. B. durch die tatsächliche Antwort des Interpellierten, durch Bestätigung des Briefempfangs seitens der Post. — Der *Ordinarius* (nicht die Privatperson) kann auch dem interpellierten Teile eine *Stundung* oder *Frist* gewähren, freilich mit der Mahnung, daß mit dem unnützen Verstreichen der Frist die Antwort „Nein“ rechtlich vermutet wird ibi § 1.

3) Die Interpellationen sind immer *notwendig*, außer es hat der Apostolische Stuhl von denselben dispensiert Can. 1121 § 2; 1123; 1125. Sollten die Interpellationen unmöglich oder sehr schwierig sein, so hört die Verpflichtung derselben doch nicht von selbst auf, es muß eine Erklärung oder Dispense des Apostolischen Stuhles vorliegen Can. 1121 § 2. Diese Dispensen können in zweifacher Weise gegeben werden: einerseits in einer *Reihe* von Fällen, anderseits in einem *ganz bestimmten* Falle. — Drei dieser *allgemeinen* Dispensen erwähnt Can. 1125 und *dehnt* sie auf den ganzen Erdfreis aus: a) eine Pauls III. „*Altitudo*“ d. 1. Jun. 1537; b) St. Pius' V. „*Romani Pontificis*“ d. 2. Aug. 1571; c) Gregors XIII. „*Populis*“ d. 25. Jan. 1585. Diese drei

Konstitutionen werden im Anhange zum Roder als nn. VI, VII, VIII aufgeführt. Dazu kommen noch andere, z. B. die Vollmachten der Konzilien von Toledo und des Breves Ben. XIV. „In Suprema“ d. 16. Jan. 1745. — Wenn in einem besonderen Falle die Interpellationen als unmöglich, schädlich oder nutzlos erscheinen, so hat der Ordinarius, wenn er nicht mit Vollmachten schon ausgerüstet ist, sich an das heilige Offizium zu wenden zur Erlangung einer Vollmacht für diesen Fall (pro casu) Can. 247 § 3; vgl. *Leitner M.*: Eherecht (3. A.) S. 414 ff.

4) Recht der Wiederverheirathung. „Wenn die Interpellationen auf Grund einer Erklärung des Apostolischen Stuhles unterlassen wurden oder wenn der ungetaufte Teil mit „Rein“ geantwortet hat ausdrücklich oder stillschweigend, so hat der getaufte Teil das Recht der Wiederverheirathung mit einer katholischen Person, außer er hat dem ungetauften Teil gerechten Grund zum Weggehen gegeben“ Can. 1123. — Dieses Recht wird nicht verkürzt durch ein längeres Zusammenleben des christlichen Eheteils mit dem ungetauften, auch nicht durch den Geschlechtsverkehr; das Recht tritt ungeschmälert ein, wenn die Voraussetzungen des Glaubensprivilegs erst später, ja nach vielen Jahren sich zeigen, wenn also der ungetaufte Teil erst später entweder gar nicht oder nicht ohne Verunehrung des Schöpfers mit dem getauften Teile zusammenleben will Can. 1124.

5) Lösung des Ehebandes. „Das Band der früheren im ungetauften Zustande eingegangenen Ehe wird erst dann gelöst, wenn der getaufte in Wirklichkeit eine neue gültige Ehe eingeht“ Can. 1126. Mit der Anknüpfung des neuen Ehebandes wird das alte zerrissen; darum kann auch der ungetaufte Teil eine neue Ehe eingehen. Die Voraussetzungen der Lösung der früheren Ehe sind folgende drei: a) die Taufe des einen Teils; b) das Weggehen des andern, geklärt durch die Interpellationen oder die apostolische Dispense; c) die gültige Eingehung einer neuen Ehe durch den getauften Teil. — War die nichtchristliche Ehe unvollzogen, so genügt als dritte Voraussetzung auch die feierliche Profeß des getauften Teils oder die päpstliche Dispens nach Can. 1119.



**IV. Prinzip in Zweifelsfällen:** „In re dubia privilegium fidei gaudet favore iuris“ Can. 1127. Dieses Prinzip wird durch ein anderes, scheinbar entgegengesetztes beleuchtet „Matrimonium gaudet favore iuris; quare in dubio standum est pro valore matrimonii, donec contrarium probetur, salvo praescripto Can. 1127“.

Bei allen Ehen steht die Rechtsannahme für die Gültigkeit der Ehe. Nur bei den Ehen der *Ungetauften* steht im Zweifelsfalle die Präsumption für das *Glaubensprivileg*. — Der Häuptling Azor hat eine polygame Ehe eingegangen mit sechs Frauen. Entstehen Zweifel über die Gültigkeit dieser Ehen, so steht die Rechtspräsumption für die Gültigkeit der Ehe Azors mit der ersten Frau. Bestehen die gleichen Zweifel, ist jedoch nicht die erste, sondern die dritte Frau bereit, mit Azor sich taufen zu lassen, so kann Azor diese ohne weiteres ehelichen, wenn beide getauft sind, durch die Erneuerung des Konsenses S. Off. dd. 18. Maii 1892 ad 2; 17. (19.) Aug. 1898 (ME. X<sub>2</sub>, 147). In dieser Lage fallen auch die Interpellationen weg, ebenso die Notwendigkeit der päpstlichen Dispense.

Ricca Esther und Abraham schlossen eine „Ehe unter Ungetauften“; beide waren israelitischen Bekenntnisses. Nach Jahren und nach dem Vollzug dieser Ehe wurde Esther katholisch durch die heilige Taufe. Auf die Interpellation antwortete Abraham mit „Nein“ und sandte der Esther den jüdischen Scheidebrief. Esther verheiratete sich nicht; Abraham dagegen verehelichte sich mit der Jüdin Blanka. Später wollten beide Personen, Abraham und Blanka, sich taufen lassen. Es entstand die Frage: Muß Abraham zu Esther zurückkehren oder kann er bei Blanka bleiben? Die Frage wurde dem Apostolischen Stuhle vorgelegt und die S. C. C. antwortete am 27. Juli 1727: „Dilata et scribant theologi et canonistae et perquirantur exempla.“ Nicht ganz zwei Jahre später wurde die Frage nochmal vorgelegt am 29. März 1729, aber die Kongregation glaubte, von einer Antwort absehen zu sollen; vgl. Ben. XIV. in Syn. l. 6 c. 4 nn. 3 sqq.; l. 13 c. 21; Richter-Schulte: Tridentinum n. 153 pag. 287 sq.; Santi-Leitner: Praelectiones (4. ed.) IV 19 n. 21. Der Satz „S. C. Concilii a responsione abstinendum duxit“ bedeutet nach Benedikt XIV., daß die Ehe zwischen Abraham und Esther noch zurecht besteht, so daß Abraham die Blanka nicht beibehalten kann. — Hierüber berichtet uns nun das Moralwerk von Antonius Ballemini-Dominicus Palmieri, 3. ed. (Prati 1900) vol. 6 n. 449: „In Actis Congregationis editis non legitur, quem finem habuerit ista controversia. . . . Sed aliunde didici (P. Tarquini id rescivit ex Cardinali, ni fallor, Caterini), Pontificem reipsa dispensasse, ac prius matrimonium solvisse. Imo inspectis libris in hospitiiis romanis catechumenorum, inventum est:

**Abrahamum et Blancham conversos permansisse in coniugio, quia Pontifex contra Lambertini secretarii opinionem dispensavit, id est solvit matrimonium prius Abrahami et Esther. Porro ignorare hoc Lambertinius non poterat, utpote Secretarius Congregationis. Et tamen (adeo possunt opiniones praeconceptae!) in opere de Synodo, ubi occasione quaestionis de Pontificia auctoritate circa solvenda infidelium conjugia memorat hanc causam Florentinam, penitus de hac dispensatione concessa silet.** — Bereits einen Schritt weiter geht Aug. L e h m u l l S. I. in seiner Moralthologie (12. A. v. II n. 931), indem er sagt: „ut ex archivis Romanis constat“, so daß man meinen könnte, die Nachricht bei Ballerini-Palmieri stimme aus dem Archiv des Apostolischen Stuhles, mindestens der Konzilskongregation, während diese Autoren ausdrücklich zugeben, daß im Archiv der Konzilskongregation keine Spur sich findet, daß vielmehr die Nachrichten privater Natur seien, welche auch das Gepräge solcher Nachrichten auffällig an sich tragen. — In neuester Zeit (1917 oder 1918) wurde in Rom von Wien aus (Arasa) eine derartige ganz gleichgelagerte Dispense erbeten mit Berufung auf Ballerini-Palmieri; die Dispense wurde verweigert. — Mit Recht sagt G a s p a r r i in seinem „Tractatus de matrimonio“ II (3. ed.) n. 1357: „Pro certo habemus, contra nonnullos, Romanum Pontificem nullo modo dispensare posse, quia iam est matrimonium consummatum fidelium, cum baptismus remittat peccata, sed matrimonii consummationem minime aufert.“ — Wir halten uns an den klaren Bericht des Zeitgenossen Prosper Lambertini im Gegensatz zu den nicht ganz geklärten Nachrichten späterer Gewährsmänner, wenn wir auch ihr sonstiges Ansehen nicht unterschätzen.

Am 17. (19.) Januar 1900 wurde vom heiligen Offizium ein sehr lehrreicher Fall entschieden. Titus, ein Jude, wurde durch den Scheidebrief und das Urteil des weltlichen Richters von seiner rechtmäßigen jüdischen Ehefrau Sara geschieden, worauf er mit der „konfessionslos“ gewordenen Katholikin Berta bürgerlich getraut wurde. Fünf Jahre später, im Jahre 1892, ließ sich Titus auf Betreiben seiner „Zivilehefrau“ Berta taufen und beide schlossen im Angesichte der Kirche die Ehe. Leider hatte der Kurat, welcher die Sache in die Hand genommen, die erste Ehe des Titus ganz außer acht gelassen. Genau nachforschend erfuhr der Kurat, daß Sara weder katholisch werden noch auf irgend eine Aufforderung hin antworten wolle. Deshalb bat er das heilige Offizium um sanatio in radice der im Jahre 1892 geschlossenen Ehe. Darauf erhielt er von der gleichen römischen Kongregation folgende Antwort: „Dummodo constet ex processu saltem summario, mulierem nullum responsum dare voluisse, matrimonium c o n t r a h i posse, et ad mentem. — Mens est, in hoc casu non dari locum dispensationi in radice; nam adhuc viget prius matrimonium in infidelitate contractum, quod non dissolvitur, nisi quando post conversionem et interpellationem inutiliter factam, novum ac validum contractum fuerit matrimonium“ (ME. 11, 533). Demnach gibt es in diesem Falle keine sanatio in radice; denn diese wird nicht gegeben, wenn der Ehe (Titus und Berta) ein göttlich-rechtliches Hindernis (hier ligamen) entgegensteht. — Die privaten Nachforschungen des Kuraten können als Grundlage angesehen werden, auf welcher der summarische Prozeß den Beweis für die verneinenden Antworten der Sara auf-

haut. Erst nach dem Prozeß, den der Ordinarius zu machen hat, kann der Ehekonsens gegeben werden, welcher die frühere Ehe zwischen Titus und Sara löst. Sollte der Prozeß den gewünschten Beweis nicht erbringen, so müßten die Interpellationen amtlich oder privat gemacht oder vom Apostolischen Stuhl dispensiert werden.

**V. Staatliche Bestimmungen.** Für Österreich gilt AbGB. § 136: „Durch den Übertritt eines jüdischen Ehegatten zur christlichen Religion wird die Ehe nicht aufgelöst, sie kann aber aus den oben (§§ 133—135) angeführten Ursachen aufgelöst werden.“ Diese Ursachen sind: Gegenseitiges Übereinkommen und Ehebruch der Ehegattin; in beiden Fällen muß der Scheidebrief ausgestellt und bestimmte Gesetzesnormen beobachtet werden; vgl. Seidl: Matrikenführung, S. 154 ff; Haring: RR. II, S. 490.

## § 70. Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft.

**I. Quellen:** Mt 5, 32; 19, 9; Mt 10, 11—12; 1 Kor 7, 5. 11 ff. — Trid. sess. 24 cn. 8. — Cann. 1128—32; 1110 bis 1112; 542 n. 1; 987 n. 2.

**II. Begriff und Einteilung.** Unter Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft versteht man die Trennung rechtmäßiger Ehegatten nicht dem Bande, sondern nur gewissen Wirkungen nach. Diese Wirkungen sind angedeutet in der Überschrift vor Can. 1128: „De separatione tori, mensae et habitationis“.

Die Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft kann sein: a) eine vollständige und teilweise; b) eine immerdauernde und zeitweilige; c) eine unverschuldete und verschuldete; d) eine amtliche und private. Die unverschuldete Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft kann eintreten durch den Eintritt eines oder beider Gatten in eine religiöse Genossenschaft oder durch die Übernahme einer Weihe seitens des Ehemannes; freilich ist beides nach dem neuen Rechte nur mehr möglich mit Erlaubnis des Apostolischen Stuhles; vgl. Can. 1130. Teilweise und auf eine Zeit kann die eheliche Gemeinschaft aufgehoben werden durch gegenseitige Übereinstimmung der Eheleute; „ad tempus“ 1 Kor 7, 5.

Früher konnte auch der Eintritt eines trennenden Hindernisses eine Ehe in Wirkungen beschränken, sie hinkend (m. claudicans) machen.

Der Fall trat am häufigsten ein bei den Hindernissen der „illegitimen“ Schwägerschaft und der geistlichen Verwandtschaft und beim Keuschheitsgelübde. Das neue Recht kennt keine überkommenden Hindernisse mehr gemäß Can. 1036. Das Keuschheitsgelübde kann zwar auch nach der Eheeingehung noch abgelegt werden, allein kanonische Wirkungen ergeben sich daraus nicht mehr Can. 1036 § 1, sondern nur Wirkungen aus der Tugend der Religion Can. 1307 § 1. Solche Gelübde scheinen dem Apostolischen Stuhle nicht reserviert zu sein Can. 1309.

**III. Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft wegen Ehebruchs** Cann. 1129—30. „Wegen des Ehebruchs eines Gatten kann der andere Gatte die eheliche Gemeinschaft bei Wahrung des Ehebandes, auch für immer, aufheben; außer wenn dieser (unschuldige) Gatte zum Ehebruch die Zustimmung oder Veranlassung oder ausdrückliche bzw. stillschweigende Nachsicht gab, oder wenn er selbst das gleiche Verbrechen beging“ Can. 1129 § 1. Wegen eines materiell und formell vollständigen und unzweifelhaften Ehebruchs eines Gatten kann der andere die vollständige und auch immer dauernde Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft herbeiführen. — Was ein materiell und formell vollständiger Ehebruch ist, haben wir oben gesehen (S. 222). — Statt der moralischen Gewißheit genügt hier (bei der Schwierigkeit des Gegenstandes) auch eine sich mit Gewalt aufdrängende Vermutung (praesumptio gravissima, vehemens, violenta), wie Papst Alexander III. bezeugt in c. 12 De praesumptionibus IV 29. — Nur der vollständig unbeteiligte Ehegatte kann die Trennung herbeiführen. Unbeteiligt ist nicht a) wer den Ehebruch veranlaßt („qui causam dederit“); b) ihm zuflücht („in crimen consenserit“) oder c) ihm Nachsicht gewährt hat („condonaverit“), endlich d) wer selbst einen Ehebruch beging („idem crimen commiserit“).

Die Nachsicht (condonatio) kann eine ausdrückliche oder eine stillschweigende sein. Die stillschweigende Nachsicht ist gegeben, wenn der unschuldige Gatte nach der sicheren Kenntnis des Ehebruchs



aus eigenem Antriebe in ehelicher Liebe mit dem schuldigen verkehrt („*maritali affectu conversatus fuerit*“); — sie wird *vermuetet*, wenn der unschuldige Gatte den anderen nicht innerhalb sechs Monaten des Hauses verwies oder das Haus verließ oder die gesetzmäßige Anklage einreichte“ Can. 1129 § 2. — Die Worte „*si sponte, maritali affectu, conversatus fuerit*“ sind nicht nur vom ehelichen Verkehr auszulegen, sondern auch vom friedlichen Zusammenleben der Ehegatten durch längere Zeit. — Die *Wieder Vergeltung* (*compensatio*) liegt vor, wenn der unschuldige Gatte vor dem gerichtlichen Urtheil selbst einen Ehebruch beging. Gesah dieser Ehebruch nach dem richterlichen Urtheile, so halten die manche Kanonisten für eine Wieder Vergeltung, weshalb eine Wiederherstellung des ehelichen Lebens am Plage sei, andere dagegen meinen, daß mit dem Urtheilspruch die Trennung ein für allemal erledigt sei, c. 5 h. t. IV 19.

**Wirkung der Trennung wegen Ehebruch.** „Der unschuldige Gatte, welcher entweder auf einen Richterpruch hin oder in eigener Machtvollkommenheit den Gatten wegen Ehebruchs verlassen hat, ist niemals verpflichtet, diesen zur ehelichen Lebensgemeinschaft zuzulassen; er kann aber denselben zulassen oder zurückrufen, außer dieser hat mit dessen Zustimmung einen dem Ehestand entgegengesetzten Stand ergriffen“ Can. 1130.

Der Kodex ist sehr milde, daß er das Auseinandergehen der Eheleute wegen Ehebruchs auf eigene Faust gestattet. Doch ist den Selbsttäuschungen genügend vorgebeugt, indem der des Ehebruchs beschuldigte Teil auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen kann auf Grund der Cann. 1013; 1014; 1110—12; 93. — Der unschuldige Gatte hat also das Recht, den anderen Gatten zuzulassen oder zurückzurufen; ausgenommen der schuldige Gatte hat mit Zustimmung des unschuldigen in den ewigen Gelübden den Ordensstand oder in den höheren Weihen den Stand eines Geistlichen auf sich genommen. Daraus folgt, daß der schuldige Gatte der Zustimmung des andern bedarf, um in den Ordens- oder Geistlichenstand sich aufnehmen zu lassen, während der unschuldige ohne weitere Zustimmung eintreten kann. Liegt eine ständige Scheidung von Tisch und Bett vor, namentlich durch Urtheilspruch des kirchlichen Richters, so bedarf der geschiedene Ehegatte keiner besonderen Bewilligung des Apostolischen Stuhles mehr, die Zustimmung des unschuldigen Gatten genügt; vgl. Cann. 542 n. 1 „*Coniux*“; 987 n. 2; 1114; 1130. — Hat der schuldige Gatte nur das Noviziat angetreten oder die zeitweiligen Gelübde gemacht oder hat der Mann nur die niederen Weihen sich erteilen lassen, so kann er vom unschuldigen Teile zurückgerufen werden, da er ja noch keinen *Stand* angetreten hat („*statum suscepit*“) Can. 1130.

**IV. Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft wegen anderer Gründe** Can. 1131. Obwohl Christus nur einen Ehescheidungsgrund kennt, so nimmt die Kirche doch deren mehrere an, freilich ohne sich in Gegensatz zu setzen zu ihrem

göttlichen Stifter. Christus erwähnte bei Gelegenheit der Ehescheidungsfrage nur den einen Ehescheidungsgrund, nämlich den Ehebruch („fornicatio, porneia“), aber er hebt bei anderen Gelegenheiten auch andere hervor, welche jedoch auch anderen Gemeinschaften eigen sein können, z. B. Mt 10, 34—37; Lk 14, 26 (Seelenschaden). Ferner ist der Ehebruch Lösungsgrund für immer, die übrigen Gründe aber dauern, so lange die Verhältnisse eben so gelagert sind. Die Kirche stimmt demnach mit ihrem Meister vollständig überein. Wir kommen nun zu den einzelnen Ehescheidungsgründen gemäß Can. 1131.

1) Die Gründe: a) Glaubensdelikte; b) Seelengefahr; c) Leibesgefahr; d) Zerrüttung des ehelichen Lebens.

a) „Abfall vom Glauben“ löst nicht das Band der Ehe. Trid. sess. 24. cn. 5; wohl aber kann Trennung von Tisch und Bett beantragt werden, indes ist das keine Pflicht, wenn nicht Seelengefahr droht Can. 2267. — Can. 1131 gibt als hierher gehörend noch folgende Vergehen an: „Si alter coniux sectae acatholicae nomen dedit; si prolem acatholice educaverit“, also Anschluß an eine Sekte und akatholische Kindererziehung; vgl. Cann. 2314 § 1 n. 3; 2319. Man nannte den Abfall vom Glauben eine „fornicatio spiritualis“.

b) „Seelengefahr“. Was beim privilegium Paulinum die „contumelia Creatoris“, das ist hier das „grave periculum animae“. Der gefährdete Ehegatte muß die nächste Gefahr in eine entferntere zu verwandeln suchen; wenn seine Bemühungen umsonst sind, so kann er nicht nur, er muß die Trennung herbeiführen gemäß den Grundsätzen des Naturrechts (ordinatus amor incipit a seipso) und den Lehren des göttlichen Meisters: Mt 10, 36 ff; 18, 8 f; Lk 14, 26 usw.

c) Die „Leibesgefahr“ wird im Can. 1131 so dargestellt: „grave periculum corporis; si saevitiis vitam communem nimis difficilem reddat“. Es kann also das Leben oder die Gesundheit unmittelbar bedroht sein oder das eheliche Leben lästig fallen durch fortgesetzte Schläge, Schimpfereien, Gerwürfnisse und ähnliches. Rein vergangene Drohungen, Mißhandlungen oder Gewalttätigkeiten kommen nicht mehr in Betracht.

d) „Zerrüttung des ehelichen Lebens“ kann in verschiedener Weise eintreten: durch Seelen- und Leibesgefahren, durch Mißhandlungen; außerdem aber noch durch „böswilliges Verlassen, affectata absentia, malitiosa desertio“; durch „lästiges Zusammenwohnen, molesta cohabitatio“ (Trid. sess. 24 cn. 5), endlich durch ein „verbrecherisches und schmachvolles Leben“ des einen Ehegatten Can. 1131 § 1.

2) Das Verfahren. Liegt einer dieser Gründe (oder deren mehrere) vor, so hat sich der Ehegatte an den zu-

ständigen Ordinarius zu wenden (Can. 1964). Ist Gefahr auf Verzug, so kann sich der gefährdete Gatte auch auf eigene Faust trennen, doch von Dauer nur dann, wenn der Tatbestand klarliegt („si de eis certo constet“).

3) Die Wirkung der Trennung. Handelt es sich nicht um Ehebruch, sondern um einen der anderen Gründe, so muß mit Aufhören des Grundes auch die Trennung wieder beseitigt werden. Wurde jedoch die Trennung vom Ordinarius für immer ausgesprochen, so ist der unschuldige Gatte nur auf ein neues Dekret des Ordinarius hin verpflichtet, das eheliche Leben herzustellen. Wurde vom Ordinarius eine zeitliche Trennung ausgesprochen, so tritt die Rückkehrverpflichtung auch ein nach Ablauf der Frist.

V. **Sorge für die Kindererziehung** Can. 1132. 1) Sind beide Teile katholisch, so werden die Kinder dem unschuldigen Gatten zur Erziehung zugesprochen. — 2) Ist ein Teil akatholisch, so folgen die Kinder in der Regel dem katholischen Teil. — 3) In beiden Fällen kann der Ordinarius abweichende Bestimmungen treffen, immer aber zugunsten der katholischen Kindererziehung.

Im Can. 1131 § 1 geschieht der Krankheit eines Ehegatten als eines Trennungsgrundes keine ausdrückliche Erwähnung (wohl verschleiert: „aliaque id genus“). Darum müssen wir uns bei der Beurteilung nach den allgemeinen Grundsätzen der Moral halten (Ordnung der Nächstenliebe). Wird demnach das Leben oder die Gesundheit eines Ehegatten durch das Zusammensein mit dem kranken ernstlich bedroht, so ist der gesunde berechtigt, das eheliche Zusammenleben so weit aufzuheben, als eben die Gefahr vorhanden ist. Das gilt namentlich, wenn der kranke Teil vor der Verehelichung dem gesunden die damals schon bestehende Gefahr verschwieg; vgl. *Zeitner M.: Eherecht* (3. A.) S. 429.

## § 71. Staatliche Gesetzgebung über Anklage und Trennung der „Ehe“.

Für den Seelsorger ist es von Wichtigkeit, daß er auch dieses Kapitel wenigstens in den Grundzügen kennt. Doch beschränken wir uns hier auf das Notwendigste, im übrigen auf unser „Eherecht“<sup>3</sup> S. 431 ff. verweisend.

A. **Deutschland.** Die Anklage einer „Ehe“ ist auf vierfache Weise möglich: 1) durch Richtigkeitsklage; 2) Anfechtungsklage; 3) Scheidungsklage; 4) Klage auf Aufhebung

der ehelichen Gemeinschaft; — dazu kommt noch 5) die Klage auf Feststellung des Bestandes einer Ehe; 6) die Klage auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft.

1) Die **Nichtigkeitsklage** ist möglich aus fünf Gründen: a) wegen wesentlicher Verletzung der Eheeingehungsform; b) wegen Geschäftsunfähigkeit; c) wegen Doppelehe; d) wegen Verwandtschaft und Schwägerschaft; e) wegen Ehebruchs nach §§ 1312 und 1328 des BGB.; vgl. die §§ 1309—28.

2) Die **Anfechtungsklage** kann eingereicht werden aus folgenden Gründen: a) Beschränkung der Geschäftsfähigkeit; b) Irrtum in der Eheschließung; c) Irrtum in der Person und in gewissen persönlichen Eigenschaften; d) Irrtum auch in Umständen, herbeigeführt durch Täuschung; e) Mangel des Ehemillens nach § 1332; f) widerrechtliche Drohung; g) Verheiratung mit einem bereits Verheirateten auf Grund einer falschen Todeserklärung BGB. §§ 1304—1335; 1350.

3) Gründe der **Scheidungsklage**: a) Ehebruch; b) Lebensnachsstellung; c) Böslische Verlassung; d) Selbstverschuldete tiefe Zerrüttung des ehelichen Lebens; e) Geisteskrankheit BGB. §§ 1565—69.

**B. In Österreich** gab es bisher keine Scheidung der Ehe dem Bunde nach für **katholische Ehen**, das ist rein katholische und Mischehen mit einer katholischen Person AbGB. § 111. Indes hat die Revolution von 1918 die Scheidung rein katholischer Ehen sofort freigegeben; vgl. Marianne Weber: „Frauenfragen“ 1919 S. 56. — Die Trennung **katholischer Ehen** dem Bunde nach war schon bisher frei gemäß AbGB. §§ 115—119. — Über die Scheidung von **Tisch und Bett** handeln die §§ 103—110.

**C. Die Schweiz** hat seit dem 1. Januar 1912 eine Ehescheidung, welche der deutschen Gesetzgebung fast vollständig entspricht M. 137—142. Art. 139 hebt noch „entehrendes Verbrechen und unehrenhaften Lebenswandel“ hervor. Der „bekannte“ Art. 45 des früheren Gesetzes dagegen ist gefallen: „Wenn beide Ehegatten die Scheidung verlangen, so wird das Gericht dieselbe aussprechen, sofern sich aus den Verhältnissen ergibt, daß ein ferneres Zusammenleben der Ehegatten mit dem Wesen der Ehe unverträglich ist.“ — Wichtig namentlich für Katholiken ist Art. 143: „Die Klage geht entweder auf Scheidung der Ehe oder auf Trennung der Ehegatten.“

## **Einige Winke für das Verhalten des Seelsorgers gegenüber der Zivilehe.**

**I. Ehehindernisse und Zivilehe.** 1) Die Zivilehe oder deren Mangel ist niemals ein Ehehindernis, aber der Katholik



muß die bürgerlichen Vorschriften über Eingehung der bürgerlichen Ehe genau beobachten, um von sich und andern Schaden abzuwenden. — 2) Die Zivilehe ist kein kirchliches Verlöbniß, auch wenn die Form des Can. 1017 vielleicht eingehalten wurde; schon die Absicht ist eine ganz andere. — 3) Bei Gelegenheit der Zivilehe können folgende Hindernisse leicht in Frage kommen: a) das Hindernis des mangelnden Konsenses; b) der Ordensprofess und höheren Weihe; c) des Verbrechens; d) der Eheheimlichkeit für rein katholische und gemischte Ehen. — 4) Das Ehedispenswesen wird durch die Zivilehe ungünstig beeinflusst, insofern die Kirche sich genötigt sieht, Dispensen zu gewähren, welche sie sonst nicht leicht erteilt hätte.

**II. Mitwirkung zur Zivilehescheidung.** 1) Der katholische Ehegatte darf die Klage auf Scheidung seiner bürgerlichen Ehe erst dann stellen, wenn er bei seinem Seelsorger sich versichert hat, daß seine Ehe auch kirchlicherseits für ungültig erklärt oder nach den Cann. 1119—20 gelöst werden kann. Ist dagegen eine solche Trennung nicht möglich, so darf der Katholik in Deutschland und in der Schweiz nicht auf Ehescheidung, sondern nur auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Ähnliches dürfte für die Todeserklärung, für die Nichtigkeits- und Anfechtungsklage gelten. — 2) Ein *Standeseamter* darf in seinem Amte tätig sein, solange er nicht in einem Falle genau erkannt hat, daß ein Katholik, der eine Zivilehe eingehen will, offenbar eine Ehe vor Gott und der Kirche nicht schließen kann; so wenigstens lauten die Entscheidungen des Apostolischen Stuhles für Italien und Frankreich. Sollte im Gebiete des Deutschen Reichs ein so schwieriger Fall auftauchen, so wäre eine Weisung von Rom zu erhalten; vgl. *Leitner M.*: Eherecht (3. A.) S. 439. — 3) Der katholische Richter darf nach unserem Ermessen auch ein Scheidungs- oder Nichtigkeitsurteil in Ehesachen dann fällen, wenn die betreffenden Eheleute kirchlich in keiner Weise geschieden werden können, vorausgesetzt, daß der Richter in formeller Weise zur Ehescheidung nicht mitwirkt und nicht mitwirken will. Wenn auch der katholische Teil seine „Freiheit“ mißbraucht, so ist das nicht Schuld des Richters, sondern des Mißbrauchenden selbst. Freilich würde sich eine Aufklärung seitens des Apostolischen Stuhles empfehlen, da in anderen

ändern nicht immer die gleichen Antworten ergingen; *Deitner M.*: Eherecht S. 440. — 4) Ein Katholik, welcher in bloßer Zivilehe lebt, ist von Strafen f. s. an sich nicht getroffen, doch wird er von der Kirche den öffentlichen Sündern gleichgehalten, welche außer dem Verluste der kirchlichen Ehrenämter vom Ordinarius mit Strafen f. s. belegt werden können. Natürlich können diese Strafen mit um so größerem Rechte verhängt werden, wenn die Zivilehe ehebrecherisch, sakrilegisch oder inzestuös ist.

## § 72. Die zweite Ehe.

### De 'secundis' nuptiis.

I. „Wenn auch die keusche Witwenschaft ehrenvoller ist, so ist doch eine zweite und auch weitere Verheirathung gültig und erlaubt, freilich muß Can. 1069 § 2 beobachtet werden“ Can. 1142. — „Eine Frau, welche den Brautseggen (des Missale) einmal erhalten hat, darf denselben bei den folgenden Verhehlungen nicht mehr empfangen“ Can. 1143.

Erläuterung: 1) Eine zweite usw. Ehe ist erlaubt, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, nämlich die Beweise, welche eine wenigstens moralische Sicherheit einer Lösung der früheren Ehe gewähren. — Die Lösungsmöglichkeiten werden dargelegt in den Cann. 1118 sqq. (Tod, Päpstliche Bollgewalt, Paulinisches Privileg). Wie über den Tod eines Ehegatten moralische Gewißheit erlangt werden kann, ergibt sich aus den Cann. 1053; 1069 § 2; 1097 § 1 n. 1 und aus den im § 38 (S. 203) gemachten Ausführungen. Wir erwarten in Bälde die diesbezügliche Instruktion der heiligen Sakramentenkongregation. — 2) Steht die Lösung des Ehebandes fest, so ist die zweite bzw. die weitere Ehe unter den sonstigen Voraussetzungen gültig und erlaubt, wie aus der Heiligen Schrift und aus Can. 1142 erhellt; vgl. Röm 7, 3; 1 Kor 7, 8. 9. 39. 40, ja eine weitere Ehe kann auch Pflicht sein 1 Kor 7, 9; 1 Tim 5, 11 ff. — 3) Die keusche Witwenschaft ist jedoch ehrenvoller. Diesen Gedanken erfaßte bereits das Judentum, Jdt 16, 26; Mt 2, 36; deutlicher tritt er uns im Neuen Testamente entgegen, 1 Kor 7, 8; 1 Tim 5, 3 ff; 3, 2 ff; Tit 1, 6 ff, und so ist er auch in das kirchliche Recht übergegangen in der Irregularitas ex defectu

sacramenti c. 5 De bigamis (I 21); Can. 984. Näheres im „Handbuch“ I S. 156 f. — Wie wir oben sahen, hat die Frau, welche sich öfter als einmal verheiratet, keinen Anspruch, den Brautsegen zu empfangen; doch liegt der Grund hier mehr in der Fortdauer des Segens als in der Unfähigkeit der Person, ihn zu empfangen; denn eine Witwe kann den Brautsegen erhalten, wenn sie desselben noch nie teilhaft wurde.

II. Unter dem Ausdruck „Zweite Ehe“ wird in manchen Gegenden auch die Jubelhochzeit verstanden, d. h. die kirchliche Feier des 50. Jahrestages der Eheschließung. Wenn auch das allgemeine Recht keine Anweisungen hierüber enthält, so darf man die Feier doch nach den Diözesanritualien begehen, wie das Trid. sess. 24 c. 1 d. r. m. dies nahelegt. Diese Feier ist nicht Pflicht, aber Recht braver Eheleute, welche wenigstens zur Zeit der Jubelfeier in katholischer Ehe leben. Eine Konsenserneuerung darf in keiner Weise stattfinden, sondern nur ein dankbares Gedächtnis der Wohltaten Gottes mit dem Vorsatze, bis zum Ende in den ehelichen Tugenden zu verharren.

**Literatur zum Eherecht:** 1) Vor dem Erscheinen des Rodez: Feije Henricus Ioa.: De impedimentis et dispensationibus matrimonialibus (4. A.) 1893. — Gasparri Petr.: Tractatus de matrimonio (3. A.) 1904. — Heiner Franz: Grundriß des katholischen Eherechts (6. A.) 1910. — Kardinal Rutschke Joh. Rudolf: Das Eherecht der katholischen Kirche nach seiner Theorie und Praxis (5 Bände) 1856—59. — Bischof Rosset Michael: De sacramento matrimonii tractatus dogmaticus, canonicus, moralis, liturgicus, iudiciarius (vol. 6) 1895 f. — Bischof Roskoványi Augustus: De matrimoniis in ecclesia catholica (2 volumina) 1837. — Sanchez Thomas: Disputationes de s. matrimonii sacramento. Genuae 1602. — De Smet Aloisius: De sponsalibus et matrimonio (2. A.) 1910. — Schnitzer Joseph: Katholisches Eherecht (von Weber, 5. A.) 1898. — Schulte Friedrich: Eherecht 1855. — Van de Burgt-Schaepman: Tractatus de matrimonio (2. A.) 1908. — Vogt Joseph: Das kirchliche Eherecht (3. A.) 1910. — Wernz Fr. X.: Ius matrimoniale ecclesiae catholicae (tom. IV. iuris decretalium, 2. A.) 1911. — Zehman J.: Das Eherecht der orientalischen Kirche, Wien 1864.

2) Nach dem Inkrafttreten des Rodez erschienen folgende Abhandlungen: Göller Emil: Das Eherecht im neuen kirchlichen Gesetzbuch<sup>2</sup> 1919. — Knecht Aug.: Grundriß des Eherechts 1918. — Leitner Martin: Lehrbuch des katholischen Eherechts (3. A.) 1920. — Linneborn Johannes: Grundriß des Eherechts 1919. — Noldin Hieronymus: De iure matrimoniali 1919. — Schäfer, P. Timotheus, O. Cap.: Das Eherecht nach dem Rodez I. C. (5. A.) 1919. Dazu kommen Ignaz

**Fahrner:** Das Eherecht im neuen kirchlichen Gesetzbuch, behandelt im Straßburger Diözesanblatt 1918 (3. u. 4. Heft); — **Ferreres Iuan B. S. I.:** „Compendium theol. moralis“ (8. A., nach dem Rodez 1. A.) 1918; — **Perathoner Anton,** Auditor der römischen Rota: „Das kirchliche Sachenrecht“ 1919 § 7 S. 56—96.

3) Über die Geschichte der Ehe und des Eherechts seien hauptsächlich folgende Werke hervorgehoben: **Esmein A.:** Le mariage en droit canonique 1891. — **Freisen Joseph:** Geschichte des kanonischen Ehegesetzes bis zum Verfall der Glossenliteratur 1888, 2. Ausgabe 1893. — **Westermarck Eduard:** Geschichte der menschlichen Ehe, aus dem Englischen übersetzt (2. A.) 1902. Die weitere ausgedehnte Literatur über die Ehe selbst, dann über Geschichte der Ehe, über partikularrechtliche Fragen mit Berührung des einschlägigen Staatsrechtes, über die ethnographischen Darstellungen der Ehe findet sich bei **Sägmüller J. B.:** Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts (3. A.) II § 122 S. 76.

4) Über das „tschechoslowakische Ehe reformgesetz“ vom 22. Mai 1919 gibt Universitätsprofessor Dr. **Joh. Schlenz** in der **DNÖ** (= Vinzerquartalschrift) 1920 S. 347—57 einen vortrefflichen, geschichtlichen und inhaltlichen Überblick. Was den Inhalt betrifft, so hat die Tschechoslowakei seit dem 22. Mai 1919: a) die Wahlzivilhe; b) die Hindernisse der heiligen Weihe, der Ordensprofess, der Religionsverschiedenheit, des Ehebruchs und des Ehebands (Katholizismus) ganz beseitigt und das Hindernis der Schwägerschaft auf den 1. Grad in der Seitenlinie beschränkt; c) die Ehescheidung dem Bande nach ist ungemein leicht gemacht (9 Ehetrennungsgründe und die Trennung drei Jahre nach der Scheidung von Tisch und Bett).

## § 73. Die Sakramentalien.

### De sacramentalibus.

Den Sakramenten nachgebildet sollen die Sakramentalien Reinigung von dem Einflusse der Sünde und des Teufels, sowie Heiligung und Segnung bewirken.

**I. Quellen:** Cann. 1144—1153; 239; 276; 294; 323 (außerordentliche Spender); 1155—56; 1163; 1165; 1169 § 2; 1174; 1176; 1199; 1204; 1255 sqq.; 1290 sqq.; 1296; 1304 (Heilige Orte und Sachen); 2241; 2260; 2271; 2275; 2279; 2322 n. 2 (Strafen bez. der Sakramentalien).

**II. Die Begriffsbestimmung** wird uns vom Rodez selbst gegeben im Can. 1144: „Sacramentalia sunt res aut actiones quibus Ecclesia, in aliquam Sacramentorum imitationem, uti solet ad obtinendos ex sua impetratione effectus praesertim spirituales.“ Wir haben also ähnlich wie bei den heiligen Sakramenten: a) einen Einsetzer oder Begründer (Stifter); b) Materie und Form; c) den Spender; d) den



Empfänger; e) die Wirkungen. Bevor wir die einzelnen Punkte würdigen, obliegt es uns, das Wesen der Sakramentalien durch die Einteilung genauer zu erfassen.

III) **Einteilung.** Die Sakramentalien werden eingeteilt: 1) in **Weißen, Segnungen und Exorzismen** Cann. 1147; 1151 sqq. — 2) in **liturgische und nicht-liturgische Sakramentalien**, d. h. in Sakramentalien, welche mit dem Meßopfer (wie Palmweihe) oder mit der Sakramentsspendung (z. B. Zeremonien bei der Taufe, bei der Kommunionsspendung usw., Brautsegen) sich verbinden — und solche, die ganz für sich vollzogen und gespendet werden, wie die Vorsegnung der Wöchnerinnen, die Errichtung des Kreuzweges usw.; vgl. Cann. 733; 1102; 1143. — 3) in **reservierte und nicht-reservierte** Cann. 1147; 1151, worüber beim Spender die Rede sein wird. — 4) Die Segnungen werden vom Kodex selbst in **constitutivae et invocativae benedictiones** eingeteilt Cann. 1148 § 2; 1150. Die Schaffungssegnungen (b. *constitutivae*) versehen die Person oder Sache in einen bleibenden Stand, wie die Abtweihe, die Benediktion einer Kirche oder von Paramenten; die Anrufungssegnungen dagegen erfliehen über eine Person oder Sache einen augenblicklichen Segen, z. B. die Segnung nach der heiligen Kommunion, die Vorsegnung der Wöchnerin, das Begräbniß. Freilich läßt sich nicht leugnen, daß manche den Schaffungs- und Anrufungscharakter zugleich in sich vereinigen, so die Weihe der Häuser, Schiffe, Andachtsgegenstände. — 5) Der Kodex selbst unterscheidet Sakramentalien der **Sachen und Handlungen** („res aut actiones“), die sich zuweilen in einem Sakramentale vereinigt finden können, z. B. ein Kruzifix wird durch das heilige Kreuzzeichen mit Ablässen versehen. Wir haben eine Sache, das Kruzifix, und eine Handlung, das Kreuzzeichen.

IV. **Einsetzung.** Die Sakramentalien sind nicht von Christus, sondern von der Kirche eingesetzt Cann. 1144—45. Die Kirche ist es ja, welche die Sakramentalien einsetzt, authentisch erklärt, sie abschafft oder ändert, und zwar ist dieses Recht dem Apostolischen Stuhle allein reserviert Can. 1145. Freilich bringt schon das dog-

matifche und rechtliche Gebäude, welches der Herr in seiner Kirche errichtet hat, manche der Sakramentalien notwendigerweise in die Erscheinung. Wir erinnern nur an die Zeremonien, welche die Sakramente wie ein natürlicher Schmuck umgeben, an das kirchliche Begräbniß uſw.; darum drückt ſich auch Can. 1145 ſo vorſichtig aus.

**V. Materie und Form.** Die Sakramentalien beſtehen aus Dingen (Sachen, res), aus Handlungen (actiones) und aus Worten. Die Dinge und Handlungen ſind gleichſam die Materie, die Worte dagegen die Form. „Bei dem Vollzug und der Spendung der Sakramentalien ſind die von der Kirche gebilligten Riten genau einzuhalten.“ Ja, „die Weihungen (consecrationes) und Segnungen (benedictiones), mögen ſie nun ſchaffend (constitutivae) oder anrufend (invocativae) ſein, ſind ſogar ungültig, wenn die von der Kirche vorgeschriebene Formel nicht eingehalten wird“ Can. 1148.

Wird in den liturgiſchen Büchern ein beſtimmter Stoff vorgeſchrieben, ſo wäre die Weihe eines weſentlich anderen Stoffes ungültig, z. B. Waſſer beim Weihwaſſer, Waſch bei den Kerzen (freilich in der heutzutage gemilderten Ausdehnung), Aſche. Daſſelbe gilt auch für die Gebets- und Weiheformeln. Die liturgiſchen Bücher geben hierüber Aufſchluß.

Die Sakramentalien werden gewöhnlich in der Kirche vollzogen, doch manche auch außerhalb, immer aber an einem geeigneten Orte. Unpaſſendes, wie Speiſen, darf nicht auf den Altar geſtellt werden. Sie werden in Verbindung mit dem Meßopfer, mit den heiligen Sakramenten oder außer dieſer liturgiſchen Verbindung geſpendet. — Die Kleidung des Spenders iſt wenigſtens das Supercolliz und die Stola; dieſe von violetter Farbe bei Exorzismen, ſonſt von der Farbe des Tagesoffiziums, wenn nicht eine beſondere Farbe vorgeſchrieben iſt. Doch können noch andere liturgiſche Kleider vorgeſchrieben ſein, wie Meßgewand, Rauchmantel uſw. Die Segnungen geſchehen ſtehend, mit unbedecktem Haupte, außer bei Exorzismen, im Weiſein eines kirchlichen Dieners, wenn die Spendung nicht rein privater Natur iſt, wie bei Segnungen von Roſenkränzen, Kreuzen uſw. Man beachte den Ritus des einzelnen Sakramentales RR. t. 8 c. 1.

**VI. Spender.** Als Spender der Sakramentalien kommen in Frage: die Biſchöfe, Prieſter, Diaſonen, Exorzisten und Leſtoren.

Die Leſtoren dürfen jene Segnungen vornehmen, welche ihnen im Pontifikale eingeräumt ſind, alſo die Seg-

nung „von Brot und neuen Früchten“ Can. 1147 § 4; Pont. Rom. De ordinatione lectorum; „Handbuch“ I S. 193 § 20.

Die *Exorzisten* werden zwar geweiht mit dem Auftrag und der Gewalt, den Besessenen die Hände aufzulegen, allein die Ausübung dieser Gewalt unterliegt manchen Beschränkungen. „Nur wer eine besondere und ausdrückliche Erlaubnis von seiten des *Ordinarius* besitzt, darf erlaubterweise die Teufelsbeschwörungen vornehmen, außer es handelt sich um die Exorzismen bei Gelegenheit der Taufe, der Weihe und Segnungen; denn diese werden vollzogen von dem rechtmäßigen Spender des Sacramentes, der Weihe oder Segnung Can. 1153. Die außerordentlichen Exorzismen darf der *Ordinarius* nur einem *Priester* anvertrauen von erprobter Frömmigkeit, Klugheit und Sittenreinheit; dieser darf an die Beschwörung nur dann herantreten, wenn er sich nach eifriger und vorsichtiger Prüfung überzeugt hat, der zu Beschwörende sei wirklich vom Teufel besessen Can. 1151. — Wir haben bereits bei anderer Gelegenheit betont, daß der *Kodex* die Erlaubnis des *Ordinarius* für genügend hält, so daß also ein exempter Religioſe von einem exempten *Priester* derselben Genossenschaft den Exorzismus erhalten kann, wenn er die Erlaubnis seines höheren Ordensobern besitzt. Will jedoch der Exorzismus an einem Getauften vorgenommen werden, welcher nicht zur gleichen exempten Genossenschaft gehört, so bedarf der *Priester* (ob Ordens- oder Weltpriester) der ausdrücklichen Erlaubnis des *Ortsordinarius*, „Handbuch“ I S. 435. Hat der *Ordinarius* auf die Übertretung dieser Vorschriften eine kirchliche Zensur, z. B. die Suspension auch l. s., gesetzt, so ist diese Strafe nicht unberechtigt; vgl. Regensburger W.-Bl. 1885 S. 79 f.

Auch der *Diakon* darf jene Segnungen ausüben, welche ihm das Recht ausdrücklich einräumt; so die Weihe der Osterkerze, die Segnung des Kranken und des Volkes bei der Spendung der Wegzehrung („Handbuch“ I S. 173), die Segnung des Grabes SRC. d. 14. Aug. 1858 n. 3074.

Alle übrigen Segnungen kommen dem *Priester* zu, abgesehen von den reservierten. Die Segnungen können dem *Papste* reserviert sein, so u. a. die Segnungen des *Palliums*,

der „Agnus Dei“, der „Goldenen Rose“ usw. — Die den Bischöfen vorbehaltenen Segnungen finden sich genau ausgeschieden in den liturgischen Büchern, so im Pontifikale, im Rituale usw. Im neuesten Rituale Romanum sind die nicht reservierten und reservierten Segnungen genau bezeichnet (C. 26—71; C. 72—93). Doch sind durch Can. 1304 bedeutende Milderungen eingetreten; näheres bei den „heiligen Geräten“. Außerdem sind gewisse Segnungen den Religiösen (RR. C. 95—131) und manche den Pfarrern vorbehalten; letzteren z. B. die beiden Brautsegen Cann. 1097, 1101, die Segnungen der Paramente Can. 1304 n. 3. — Indes enthält der Can. 1147 eine große Beruhigung, indem er sagt: „Wird eine reservierte Segnung von einem nichtbevollmächtigten Priester erteilt, so ist sie zwar unerlaubt, aber nicht ungültig, außer der Apostolische Stuhl hat in der Reservation das Gegenteil bestimmt“ § 3. — In welcher Weise die Exorzismen den Ordinarien bzw. den Priestern vorbehalten sind, haben wir bereits gesehen.

„Die Weihen (consecrationes) werden gültigerweise nur von konsekrierten Bischöfen erteilt, außer das Recht oder ein Apostolisches Indult erlaubt es anders“ Can. 1147 § 1. Das Recht räumt solche Konsekrationen ein: den Kardinälen Can. 239; den Apostolischen Vikaren und Präseften Can. 294; den Äbten und Prälaten mit Eigengebiet Can. 323. Ein apostolisches Indult kann einfachen Priestern das Recht einräumen, Kirchen, Altäre, Glocken usw. zu konsekrieren. — Wenn jemand einen Exorzismus, eine Segnung oder eine Weihe ohne Vollmacht vollzieht, so kann die Handlung ungültig sein und der kirchliche Obere kann ihn mit Strafen f. s. belegen Can. 2322 n. 2.

Die kirchlichen Spender der Sakramentalien sind wie bei den Sakramenten, so auch bei den Sakramentalien durch die kirchlichen Strafen behindert, Cann. 2241; 2260 (exc.); 2271 und 2275 (interdictum); 2279 (suspensio).

**VII. Empfänger.** Empfänger von Weihen ist nur der Katholik. Freilich auch der Katholik kann die Sakramentalien nicht empfangen, wenn er durch einen kirchlichen Urteilspruch exkommuniziert oder interdictiert ist Cann. 2260; 2275 n. 2.



Empfänger der Segnungen ist nicht nur der Katholik, sondern auch der Katechumene, ja sogar der Katholik unter gewissen Umständen Can. 1149. Katholiken können die kirchlichen Segnungen empfangen: a) wenn kein ausdrückliches kirchliches Verbot entgegensteht; und b) wenn es zur Glaubenserleuchtung oder in Begleitung damit zur Gesundung des Körpers dient Can. 1149. — Die Exorzismen können empfangen werden nicht nur von Katholiken und Katechumenen, sondern auch von Katholiken oder Exkommunizierten Can. 1152.

U. St u h anerkennt in seinem „Geist des Codex iuris canonici“ (Stuttgart, Ferd. Enke, 1918) S. 93 diese Bestimmungen: „Damit er des Lichtes des Glaubens und eventuell körperlicher Gesundung teilhaftig werde, können auch dem Evangelischen Benedictionen und erst recht Exorzismen zugewandt werden“. Ohne Schranken können die Katholiken, getaufte und ungetaufte, der Exorzismen teilhaft werden; vgl. die *Ordinatio exorcistarum*. Auch bei den Segnungen wird kein Unterschied gemacht zwischen getauften und ungetauften Personen. Doch beachte man hier die Voraussetzungen. Liegt ein ausdrückliches Verbot vor, wie z. B. beim Brautsegen Can. 1102 § 2, so ist die Sache geklärt; ebenso wenn die Gewährung der Segnung auf das „Licht des Glaubens“ abzielt. Doch darf man noch einen Schritt weitergehen. Wenn das Sakramentale die Gesundung des Leibes bezweckt und wenn mit diesem Ziele sich ein Nutzen für die Glaubenserleuchtung erhoffen läßt, so kann man die Segnung dem Katholiken gewähren. So erklärt sich das „*una cum illo*“, i. e. *cum lumine fidei*, am leichtesten.

„Sind Gegenstände geweiht oder gesegnet mit bleibender Bestimmung (*constitutiva benedictione*), so sollen sie ehrfurchtsvoll behandelt und nicht zu weltlichen oder bestimmungswidrigen Gebrauch verwendet werden, auch wenn sie im Besitze von Privaten sind“ Can. 1150. Entbehren Sakramentalien einer bleibenden heiligen Bestimmung, so können sie zu dem ihnen eigenen Zweck, mag er auch rein weltlich sein, verwendet werden, so die geweihten Speisen zu Ostern, so das Salz oder der Haber, für Tiere geweiht. In der Not können auch bleibend geweihte oder gesegnete Gegenstände zu weltlichen Zwecken gebraucht werden, so Weihwasser zur Löschung des Durstes, so geweihtes Licht zur Erleuchtung eines Zimmers, *Ferreres*, *Juan B.*, *Institutiones canonicae* (Barcelona 1918) II n. 35.

**VIII. Wirkungen.** 1) Die Sakramentalien wirken nicht wie die Sakramente *ex opere operato*, aber sie wirken auch

nicht bloß *ex opere operantis*; ihre Wirkungsart liegt in der Mitte; sie wirken „*ex sua impetratione*“, d. h. aus der Erflehung der Kirche Can. 1144; vgl. Schüch-Polz: Pastoraltheologie (17. A. 1914) § 329 S. 721 f. — 2) Die Sakramentalien bewirken: a) Reinigung der Natur durch Hebung des Fluches, der durch die Sünde auf derselben liegt; b) Erhebung, Heiligung und Weihe der Natur, daß sie den Menschen zu Gott emportrage. — Auf die Beseitigung des Einflusses der Sünde und des Teufels zielen ab vor allem die Exorzismen Can. 1152, während die Segnungen und Weihungen hauptsächlich die bleibende oder vorübergehende Heiligung des Menschen an Seele und Leib befördern Can. 1144 „*effectus praesertim spirituales*“. Auch in den Wirkungen sind die Sakramentalien ein getreues Abbild der heiligen Sakramente: Taufe, Buße, Letzte Ölung zielen in erster Linie auf Reinigung; die übrigen auf Heiligung. Auch Standesakramentalien gibt es; so die Benediktion der Äbte, Äbtissinnen, der gottgeweihten Jungfrauen, der Könige und Königinnen usw.; vgl. Pontif. Romanum I pag. 95—205. Der Erlöser und Hohepriester Jesus Christus, welcher den „Starken“ besiegt und alles in seinem Blute gereinigt und geheiligt hat, wirkt auch in den Sakramentalien wunderbarerweise in seiner Kirche fort bis an das Ende der Zeiten.

---

## Ergänzungen.

Zu Seite 22: Der Ambrosianische Ritus wird beobachtet in 672 Pfarreien der Erzdiözese Mailand, in 40 der Diözese Bergamo, in 19 der Diözese Novara und in 55 des Kantons (Apostolische Administration) Tessin; — der Mozarabische Ritus gilt fast ausschließlich in der Stadt Toledo; Solans D. Ioquin: *Manuale liturgico*, vol. 1 nn. 1—2.

Zu Seite 96: Wie sein Vorgänger Ignatius hat sich auch Erz. Bischof Antonius von Henle ungemein erfolgreich um die Beseitigung des *Simultaneum*s in der Diözese Regensburg bemüht; dorthin fließen auch die durch die Applikation an den abgewürdigten Feiertagen gewonnenen Gelder.

Zu Seite 143: Das gesetzliche Vorgehen nach geschehener Anzeige de sollicitatione ist folgendes: 1) *Procedendi modus stricte ordinatus est Instructionibus S. Officii d. 20. Febr. 1866; d. 20. Jul. 1890; d. 6. Aug. 1897 (ME. 1, 364—68; XI, 124 sq.; Nota Cardinalis Gasparri ad Can. 904).* — 2) *Si denuntiatio fit Ordinario loci i. e. Episcopo denuntiantis, hic se dirigere debet iuxta Instructionem citatam d. 6. Aug. 1897, de qua excerpimus normas sequentes:* a) *Episcopus restringitur ad „diligentias circa denuntiatum et denuntiantes peragendas“; quibus peractis totam rem ad S. Officium trasmittet.* b) *Primum ad se advocabit duos viros ecclesiasticos (i. e. sacerdotes), vel saltem viros omni exceptione maiores, qui testari possunt de persona denuntiante et excipiet eorum iudicium super veracitate et nexu ad sacerdotem denuntiatum (fama, veracitas, odium sive inimicitiae denuntiantis in sacerdotem denuntiatum).* — *Pariter aget cum persona denuntiante secunda, tertia etc.* c) *Eodem modo testes advocabit, qui testari possint circa eadem relate ad sacerdotem denuntiatum.* — *Si duo testes omnes et singulas personas bene norint, iidem sufficiunt neque alii advocentur; nam*

res quam paucissimis patefacienda est. d) Quodsi duo non sufficiant, alii necessarii erunt examinandi, et ipsi obstricti duplici illo iuramento. Si personae denuntiantes vel sacerdos denuntiatus versentur in alia dioecesi, Episcopus competens alium Ordinarium specialiter potest delegare ad „diligentias peragendas“. — Idem valet pro dioecesi propria. e) Collectas omnes testium depositiones mittet Episcopus competens quam primum et quam tutissime ad S. Officium, nullo adhibito in Urbe „Agente“ vel Expeditore. f) Iuramento duplici adnecti potest etiam comminatio excommunicationis. — Sacerdotes iurant tacto pectore, laici et clerici sacerdotio inferiores tactis SS. Dei Evangeliiis. g) „Caveatur sollertissime, ne denuntiantium nomina reo manifestentur, et ne sacramentale sigillum quoquomodo violetur“, S. Off. d. 20. Febr. 1866. h) Ulteriora a S. Officio providebuntur. Consuetudo huius Supremae Congregationis est, „ut post unam alteramve denuntiationem rescribatur, ut denuntiatus observe tur, ita videlicet super delato crimine suspectus habeatur, ut cum primum per novas denuntiationes res explorata erit, in iudicium vocandus sit . . . Reus super singulis cuiusque denuntiationis et examinis adiunctis, iuramento dicendae veritatis obstrictus respondere debet“. i) Poenas supra nominatas (pag. 143) pro modo culpa e Iudex irrogabit.

---









GTU Library



3 2400 00685 5583

32460

GTU Library  
2400 Ridge Road  
Berkeley, CA 94709  
For renewals call (510) 649-2500  
All items are subject to recall



